

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 273 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2  
Dokument: **Zeichnerische Darstellung zum 2. RROP-Entwurf** Gliederungspunkt: **Zeichnerische Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

### Einwendung:

Zeichnerische Darstellung, Allgemein

Die Zeichnerische Darstellung ist Bestandteil der Satzung und verräumt die in der Beschreibenden Darstellung getroffenen Festlegungen und die konkretisierten Ziele, die aus Planungs-/Übernahmeaufträgen des LROP resultieren. Die räumliche Bestimmbarkeit der Festlegungen spielt hierbei eine maßgebliche Rolle. In der Zeichnerischen Darstellung Ihres RROP-Entwurfs führt die Reihenfolge der Überlagerung der Planzeichen an einigen Stellen dazu, dass eine eindeutige Abgrenzung und Nachvollziehbarkeit der Festlegungen nur schwer möglich ist. Dies betrifft beispielsweise das Vorranggebiet Schifffahrt, dessen Verlauf mit den Planzeichen der nachrichtlich übernommenen Landes- und Naturparkgrenze überlagert ist. Zur besseren räumlichen Bestimmbarkeit sollte das Vorranggebiet Schifffahrt über der Landesgrenze liegen. Erläuternd legen Sie zudem in der Begründung zu RROP 4.1.4 03 dar, dass die Weser als Bundeswasserstraße entlang der südwestlichen Landkreisgrenze zwischen den Städten Bad Karlshafen und Hann. Münden gleichzeitig die Landesgrenze bildet.

Auch der Verlauf der nachrichtlich übernommenen Naturparkgrenze ist zwar grob erkennbar, jedoch wird dieser stellenweise von der Landesgrenze überlagert und damit die Kenntlichkeit erschwert. Es wird empfohlen, die Naturparkgrenze ebenfalls über die Landesgrenze zu legen.

### Abwägung:

Wird gefolgt

Die Reihenfolge der Darstellung der beiden Planzeichen wird entsprechend angepasst, um die Lesbarkeit zu gewährleisten.

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 260 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2  
Dokument: **Zeichnerische Darstellung zum 2. RROP-Entwurf** Gliederungspunkt: **Zeichnerische Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

### Einwendung:

Zeichnerische Darstellung, Abschnitt 3.2.4 Ziffer 14

Nach Ziffer 02 Satz 5 aus Anlage 3 der Verordnung zum LROP ist durch Textziffern in der Legende der Zeichnerischen Darstellung auf die entsprechenden Aussagen der Beschreibenden Darstellung hinzuweisen. Der Bezug zum Plansatz der Beschreibenden Darstellung für Vorbehaltsgebiete Wasserwerk und Fernwasserleitung ist fehlerhaft. Diese fallen in der Beschreibenden Darstellung unter Textziffer 3.2.4 14 (2), werden in der Zeichnerischen Darstellung jedoch mit der Textziffer 3.2.4 14 (1) gelistet. Die Bezüge sind diesbezüglich zu korrigieren.

### Abwägung:

Wird nicht berücksichtigt

Die Bezüge in der Zeichnerischen Darstellung wurden korrigiert.

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 261 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf** Gliederungspunkt: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

### Einwendung:

3. Sonstige Hinweise aus Sicht der oberen Landesplanungsbehörde

Beschreibende Darstellung, Allgemein

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Im LROP sind Regelungsaufträge für die Träger der Regionalplanung enthalten, die bei Nichtumsetzung in der Regel eine Dokumentation der sachlichen/räumlichen Nichtbetroffenheit bzw. der Abwägung erfordern (Kategorie umsetzungspflichtige Ziele und Grundsätze des LROP). Dies kann sowohl im RROP als auch in einem separaten Dokument erfolgen, welches dem ArL spätestens zum Zeitpunkt des Genehmigungsantrags vorzulegen ist. Im vorliegenden Planentwurf wird uneinheitlich vorgegangen: So wird beispielsweise die LROP-Festlegung Abschnitt 2.1 Ziffer 10 (Planungsauftrag zur Festlegung von Lärmbereichen wegen Fluglärm) aufgenommen und in der Begründung erläutert, aus welchen Gründen eine eigene Festlegung nicht erfolgt. Die LROP-Festlegung Abschnitt 3.1.1 Ziffer 03 Satz 02 (Festlegung siedlungsnaher Freiräume als Vorranggebiete Freiraumfunktion) hingegen wird zwar als nachrichtliche LROP-Darstellung aufgeführt, die Abwägung dazu aber nicht dokumentiert. Es wird empfohlen, Handlungserfordernisse des LROP, von denen der Plangeber zulässigerweise keinen Gebrauch macht bzw. sachlich/räumlich nicht betroffen ist, nicht nachrichtlich in das RROP aufzunehmen und die erforderliche Dokumentation bzw. Abwägung gesondert vorzulegen. Zur Identifizierung dieser Handlungserfordernisse weise ich auf die hilfreiche „Checkliste“ der Kategorisierung von LROP-Regelungen hin, die auch gleichzeitig als Dokumentationsgrundlage verwendet werden kann.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

LROP-Abschnitt 3.1.1 Ziffer 03 Satz 2 sagt aus, dass bei regionalen oder überregionalen Erfordernissen siedlungsnaher Freiräume in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiet Freiraumfunktionen festzulegen sind. Die Begründung des LROP führt dazu aus: "Inwieweit die Festlegung dieses Planzeichens aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten und der erwarteten Entwicklungen im Freiraum erforderlich ist, beurteilt der Träger der Regionalplanung. Ein genereller Auftrag, sämtliche siedlungsnahen Freiräume als Vorranggebiete Freiraumfunktionen auszuweisen, besteht nicht.". Im Falle von schützenswerten, siedlungsnahen Freiräumen erfolgt im RROP-Entwurf eine raumordnerische Sicherung durch die regionalplanerischen Festlegungen diverser Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Kapitel "3. Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen". Ein regionales Erfordernis, zusätzlich zu den bereits in Abschnitt 3.1.2 des RROP-Entwurfs getroffenen Vorrangs- bzw. Zielfestlegungen zu den Freiraumstrukturen Vorranggebiete Freiraumfunktion im RROP festzulegen, besteht aus Sicht des Planungsträgers für den Landkreis Northeim nicht.

Die im 2. RROP-Entwurf gewählte Vorgehensweise, eine Nicht-Umsetzung bestimmter LROP-Regelungen in der Begründung des RROP zu der entsprechenden Ziffer zu begründen (wie bei dem genannten Beispiel in LROP-Abschnitt 2.1 Ziffer 10, Abschnitt 2.1 Ziffer 14 im 2. RROP-Entwurf), entstammt einem Abstimmungstermin mit dem ArL nach der ersten öffentlichen Auslegung des 1. RROP-Entwurfes. Aufgrund des aktuell vorgebrachten Einwands wird ein Abgleich anhand der im Einwand genannten Checkliste vorgenommen und eine Dokumentation zur Umsetzung der Regelungsaufträge aus dem LROP in einem separaten Dokument erfolgen, welches spätestens mit dem Genehmigungsantrag eingereicht werden wird.

Bei den in der Beschreibenden Darstellung des RROP-Entwurfes dargestellten Zielen und Grundsätzen aus dem LROP handelt es sich um nachrichtliche Übernahmen. Im Zuge der RROP-Neuaufstellung hat sich der Landkreis Northeim in Abstimmung mit dem ArL dazu entschieden, lediglich auf die Übernahme ganzer Kapitel, die offensichtlich nicht den Landkreis Northeim betreffen (z. B. LROP-Abschnitt 1.3 "Integrierte Entwicklung der Küste, der Inseln und des Meeres"), insbesondere aus Gründen der Entzerrung und Lesbarkeit der Beschreibenden Darstellung zu verzichten. An dieser Vorgehensweise wird nach wie vor festgehalten und einzelne Ziffern oder Sätze des LROP, wie die genannte Ziffer 03 Satz 2 in Abschnitt 3.1.1, nicht aus der Beschreibenden Darstellung entfernt. Eine Dokumentation zur Nicht-Umsetzung bestimmter LROP-Regelungen wird wie oben ausgeführt mit dem Genehmigungsantrag eingereicht.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **394**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1. Grundsätze zur gesamträumlichen Entwicklung des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

Gesamträumliche Entwicklung des Landkreises Northeim

In den Ausführungen im 2. RROP-E erfolgt keine ausreichende Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft, diese ist als Ziel aufzunehmen.

Eine Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft wird zudem durch Überlagerung der Waldflächen mit Vorranggebieten Biotopverbund, Natur und Landschaft, Biotope etc. immens eingeschränkt. Es ergibt sich damit eine ungleiche Lastenverteilung in der Fläche des Landkreises Northeim. Ökologische Ziele sind vielfach über wirtschaftliche Belange gestellt und den Waldbesitzenden wird so de facto Planungsunsicherheit zugemutet und zusätzliche Kosten auferlegt.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 178.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **178**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1. Grundsätze zur gesamträumlichen Entwicklung des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

## Gesamträumliche Entwicklung des Landkreises Northeim

In den Ausführungen im 2. RROP-E erfolgt keine ausreichende Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft, diese ist als Ziel aufzunehmen. Eine Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft wird zudem durch Überlagerung der Waldflächen mit Vorranggebieten Biotopverbund, Natur und Landschaft, Biotope etc. immens eingeschränkt. Es ergibt sich damit eine ungleiche Lastenverteilung in der Fläche des Landkreises Northeim. Ökologische Ziele sind vielfach über wirtschaftliche Belange gestellt und den Waldbesitzenden wird so de facto Planungsunsicherheit zugemutet und zusätzliche Kosten auferlegt.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und in zeichnerischen und textlichen Festlegungen festzuhalten. Aus den getroffenen Festlegungen lassen sich unter Berücksichtigung auch der bereits im ersten Beteiligungsverfahren genannten Punkte keine übermäßigen, aus den Festlegungen des RROP entstehenden Einschränkungen der Waldbesitzenden oder der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft ableiten. Die genehmigungsfreien Handlungen der forstlichen Bewirtschaftung ist unter Berücksichtigung der ggf. bestehenden geltenden (Schutzgebiets)Verordnungen in der bestehenden Form weiterhin möglich und somit die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gesichert. Auf eine weiterführende textliche Festlegung wird verzichtet.

Es wird weiterführend auf die Ausführungen in der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren unter BE-ID 1126 verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **181**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim

Forderung: Als Ziel des RROP einzufügen:

Bei allen Planungen und Maßnahmen sollen daher die Möglichkeiten der Innovationsförderung, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vor allem auch der Land- und Forstwirtschaft, der Erschließung von Standortpotenzialen und von Kompetenzfeldern ausgeschöpft werden und insgesamt zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen. Dazu wird auch das Potenzial von Windenergieanlagen im Wald ausgeschöpft. Die so erzeugte dezentrale günstige Energie trägt zur Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung bei.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Forderung ist in ähnlicher Form bereits vorgebracht worden. Es wird auf die bereits erfolgten Ausführungen unter BE-ID 180 und BE-ID 178 dieser Abwägungssynopse sowie die BE-ID 1113 der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **311**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

Dies vorausgeschickt, nachfolgende Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf:

Abschnitt 1.1, Absatz 02, Satz 3 mit folgender Ergänzung:

Dabei sollen ...

- zum Erhalt der Natur und Landschaft geeignete Maßnahmen getroffen werden, um den Temperaturanstieg aufzuhalten, zu mindern oder zumindest zu verlangsamen.
- Mehrfachbelastungen durch Vorrang oder Vorbehalt durch Abwägung auf reduziert werden. Dies auch vor dem Hintergrund möglicher Konflikte.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **312**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

Abschnitt 1.1, Absatz 09, Satz 4 mit folgender Ergänzung:

Die Entwicklung der ländlichen Region soll darüber hinaus gefördert werden, um

- die Wertschöpfungsmöglichkeiten im ländlichen Raum zu verbessern und breiter auszurichten.
- einen geeigneten und nachhaltigen Anschluß von urbanen und ländlich geprägten Bereichen zu schaffen.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **131**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

Regionales Raumordnungsprogramm – Beschreibende Darstellung

zu 1.1.1 L2 - Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim

Im 2. Entwurf wurde die Aussage zur „Unterstützung der Dorfmoderation“ nunmehr vom Grundsatz zum Leitsatz abgestuft. Somit besitzt diese Aussage jetzt lediglich noch eine Orientierungsfunktion.

Aufgrund der weiterhin erforderlichen Stärkung der ländlichen Räume sollte die Unterstützung der Dorfmoderation mindestens als Grundsatz im RROG verankert werden, um einen höheren Stellenwert zu erhalten.

Das Einsetzen von Dorfmoderator\*innen trägt wesentlich dazu bei, Entwicklungsprozesse in den Dörfern in Gang zu setzen und zu begleiten, um die Lebensqualität nachhaltig zu erhöhen und gleichzeitig damit ihre Resilienz für die Zukunft zu stärken.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Es wird auf die Abwägung des im 1. Beteiligungsverfahren eingebrachten Einwands zu dem Leitsatz L2 (ehem. Abschnitt 1.1 Ziffer 07) verwiesen (s. Stellungnahme-ID 113, BE-ID 294 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Der ehem. Grundsatz entzieht sich laut Hinweis der für den Landkreis Northeim zuständigen Genehmigungsbehörde der Regelungskompetenz der Raumordnung und ist stattdessen der Regionalentwicklung zuzuordnen. Infolge dessen kam lediglich eine Streichung des ehem. Grundsatzes 1.1 07 (1. RROP-Entwurf) oder eine Umwidmung als Leitsatz in Frage (s. Stellungnahme-ID 219, BE-ID 694 und BE-ID 695 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Da der hohe Stellenwert der Dorfmoderation auch Seitens des Landkreises gesehen wird, hat sich der Landkreis Northeim für eine Umwidmung als Leitsatz und gegen eine Streichung entschieden. An dieser Vorgehensweise wird aus den o. g. Gründen weiterhin festgehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **403**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim**

### **Einwendung:**

1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises Northeim

Forderung: Als Ziel des RROP einzufügen:

Bei allen Planungen und Maßnahmen sollen daher die Möglichkeiten der Innovationsförderung, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vor allem auch der Land- und Forstwirtschaft, der Erschließung von Standortpotenzialen und von Kompetenzfeldern ausgeschöpft werden und insgesamt zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen. Dazu wird auch das Potenzial von Windenergieanlagen im Wald ausgeschöpft. Die so erzeugte dezentrale günstige Energie trägt zur Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung bei.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Forderung ist in ähnlicher bzw. wortgleicher Form bereits vorgebracht worden. Es wird auf die bereits erfolgten Ausführungen unter BE-ID 180 und BE-ID 178 dieser Abwägungssynopse verwiesen.

Stellungnehmer-ID: **76**      Stellungnahme-ID: **92**      BE-ID: **156**      **Stadt Einbeck**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur**

### **Einwendung:**

Wirtschaft

Die Fa. [Name anonymisiert] (mit 415 Mitarbeitern drittgrößter Arbeitgeber in der Region) beabsichtigt am Betriebsstandort Einbeck, Ortschaft Holtensen, Ortsteil Juliusmühle umfassende Erweiterungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zur Standortsicherung und Zukunftssicherung des Betriebes. Diese betreffen u.a. die Aufgabe sanierungsbedürftiger Betriebsgebäude und die Neuerrichtung baulicher Anlagen im Bereich südlich der Landesstraße L 580.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung befindet sich der Bebauungsplan Nr. 6 „Gewerbe-/Industriegebiet Juliusmühle“ im Aufstellungsverfahren, der gem. § 9 BauNVO ein Industriegebiet (GI) festsetzt.

Der Ortsteil Juliusmühle mit der Fa. [Inhalt anonymisiert] ist, wie im RROP 2006 festgelegt, auch im Rahmen der RROP Neuaufstellung als Standort mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten unbedingt zu erhalten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Ortsteil Juliusmühle ist im Vergleich vom 1. zum 2. RROP-Entwurf unverändert als Schwerpunkt für die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten ausgewiesen. Der Einwand wurde zudem bereits im 1. Beteiligungsverfahren berücksichtigt (s. Stellungnahme-ID 267, BE-ID 1150 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: **45**      Stellungnahme-ID: **132**      BE-ID: **313**      **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur**

### **Einwendung:**

Abschnitt 2.1, Absatz 07 mit folgender Änderung:

Der Satz sollte gestrichen werden. Oder es muß aufgezeigt werden, welche Entwicklungsmöglichkeiten Ortschaften haben, die keine „zentralen Orte“ sind. Daher muß der Absatz 8 komplett wieder eingefügt werden! Was ist der inhaltliche Unterschied zu dem eingefügten Satz L5?

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die angesprochene Festlegung in RROP-Abschnitt 2.1 Ziffer 07 (im Einwand als "Absatz" bezeichnet) ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und dort begründet und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

In Bezug auf das geforderte Wiedereinfügen des Abschnitt 2.1 Ziffer 08 1. RROP-Entwurf wird auf die Abwägung zu BE-ID 697 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens verwiesen, in der die Änderungen unter RROP-Abschnitt 2.1 Ziffer 08 und des angesprochenen Leitsatzes L5 dargelegt sind. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit wird an dieser Stelle erneut erläutert, dass im Zuge der Entwurfsüberarbeitung die als Ziel formulierte Begrifflichkeit der "Eigenentwicklung" aus dem RROP-Entwurf entfernt wurde und stattdessen auf den LROP-Grundsatz in Abschnitt 2.1 Ziffer 05 Bezug genommen wird. Von einer Definition des Eigenbedarfs wird abgesehen. Im Vergleich zu den entsprechenden Regelungen im 1. RROP-Entwurf geht damit eine Erweiterung der Entwicklungsmöglichkeiten aller Ortschaften einher. Dem Einwand wird nicht gefolgt.

Der Landkreis hat sich bewusst gegen eine Streichung des Satzes 2 aus Abschnitt 2.1 Ziffer 08 1. RROP-Entwurf und für eine Umwidmung als Leitsatz entschieden, da hiermit ein Prinzip des Landkreises ausgedrückt werden soll, an welches sich der Landkreis selbst binden möchte. Anders als Grundsätze zählen Leitsätze nicht zu den Erfordernissen der Raumordnung nach § 3 ROG und die Adressaten unterliegen nicht den Bindungswirkungen nach § 4 ROG.

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **410**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen**

### **Einwendung:**

Grundsätzlich: Wald als Lebensraum ist bereits funktionsfähig – Vorrangkulissen/Vorranggebiete haben nicht auf Waldflächen abzu zielen:

Ökologe Prof. Roland Irlinger a.D., 2022:

- Keine Wald-Pflanzenart ist in den letzten Jahrzehnten ausgestorben
- Kein Insektenschwund im Wald
- Waldvögel haben zugenommen
- Geschützte Großpilze bleiben stabil
- Wirtschaftswald hat meist höhere Artenvielfalt als Waldwildnis

Eine Ausweisung von Vorranggebieten Natur und Landschaft, Biotopverbund und andere naturschutzmotivierte Vorranggebiete auf Flächen des privaten Waldbesitzes – einschließlich sogenannter Puffer-, Ergänzungs- oder Übergangsbereiche – wird entschieden abgelehnt.

Die umfassende Inanspruchnahme bewirtschafteter Privatwaldflächen, für oft auch sich überlagernde Naturschutzziele, ohne eine individuelle naturschutzfachlich belegte Anforderlichkeit widerspricht dem verfassungsrechtlich geschützten Eigentumsrecht gemäß Art. 14 Abs. 1 GG.

Es fehlt an einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage für eine derart weitreichende planerische Einschränkung privat genutzter Waldflächen durch die Festlegung von Vorranggebieten zugunsten von Naturschutzzielen.

Raumordnerische Festlegungen, die einer faktischen Überplanung des Privateigentums gleichkommen, sind mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie mit dem in §1 Abs.2 ROG geregelten Gebot der Abwägung der Belange der Forstwirtschaft nicht vereinbar.

§ 1 Abs.2 ROG: „Leitvorstellung der Raumordnung ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und eine dauerhafte, großräumig ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilräumen anstrebt.“

Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gemäß § 11 BWaldG und NWaldLG, stellt bereits heute einen aktiven Beitrag zum Erhalt von Biodiversität, Klima- und Ressourcenschutz dar. Die Flächenbereitstellung für überlagernde planerische Schutzkategorien entbehrt jeder fachlichen und rechtlichen Notwendigkeit.

Eine planerische Überformung bewirtschafteter Waldflächen widerspricht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und missachtet die gesetzlich geschützte nachhaltige Waldbewirtschaftung gem. § 11 BWaldG, NWaldLG.

§ 2 Grundsätze der Raumordnung (2) Nr. 4 ROG: Der Raum ist im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln.

Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen.

Daher grundsätzlich: Vorranggebiete sind durch Vorbehaltsgebiete zu ersetzen.

Naturschutzmotivierte Vorranggebiete sind zu streichen und durch Vorbehaltsgebiete ersetzen

Nach § 7 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) ist maximal eine Ausweisung als Vorbehaltsgebiet, gleichrangiger Belang der Forstwirtschaft, hinzunehmen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 184.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **184**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen**

### **Einwendung:**

Grundsätzlich: Wald als Lebensraum ist bereits funktionsfähig – Vorrangkulissen/Vorranggebiete haben nicht auf Waldflächen abzu zielen:

Ökologe Prof. Roland Irlinger a.D., 2022:

- Keine Wald-Pflanzenart ist in den letzten Jahrzehnten ausgestorben
- Kein Insektenschwund im Wald
- Waldvögel haben zugenommen
- Geschützte Großpilze bleiben stabil
- Wirtschaftswald hat meist höhere Artenvielfalt als Waldwildnis

Eine Ausweisung von Vorranggebieten Natur und Landschaft, Biotopverbund und andere naturschutzmotivierte Vorranggebiete auf Flächen des privaten Waldbesitzes – einschließlich sogenannter Puffer-, Ergänzungs- oder Übergangsbereiche – wird entschieden abgelehnt. Die umfassende Inanspruchnahme bewirtschafteter Privatwaldflächen, für oft auch sich überlagernde Naturschutzziele, ohne eine individuelle naturschutzfachlich belegte Erforderlichkeit widerspricht dem verfassungsrechtlich geschützten Eigentumsrecht gemäß Art. 14 Abs. 1 GG.

Es fehlt an einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage für eine derart weitreichende planerische Einschränkung privat genutzter Waldflächen durch die Festlegung von Vorranggebieten zugunsten von Naturschutzzielen.

Raumordnerische Festlegungen, die einer faktischen Überplanung des Privateigentums gleichkommen, sind mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie mit dem in § 1 Abs.2 ROG geregelten Gebot der Abwägung der Belange der Forstwirtschaft nicht vereinbar.

§ 1 Abs.2 ROG: „Leitvorstellung der Raumordnung ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und eine dauerhafte, großräumig ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilräumen anstrebt.“

Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gemäß § 11 BWaldG und NWaldLG, stellt bereits heute einen aktiven Beitrag zum Erhalt von Biodiversität, Klima- und Ressourcenschutz dar. Die Flächenbereitstellung für überlagernde planerische Schutzkategorien entbehrt jeder fachlichen und rechtlichen Notwendigkeit.

Eine planerische Überformung bewirtschafteter Waldflächen widerspricht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und missachtet die gesetzlich geschützte nachhaltige Waldbewirtschaftung gem. § 11 BWaldG, NWaldLG.

§ 2 Grundsätze der Raumordnung (2) Nr. 4 ROG: Der Raum ist im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln.

Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen.

Daher grundsätzlich: Vorranggebiete sind durch Vorbehaltsgebiete zu ersetzen.

Naturschutzmotivierte Vorranggebiete sind zu streichen und durch Vorbehaltsgebiete ersetzen Nach § 7 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) ist maximal eine Ausweisung als Vorbehaltsgebiet, gleichrangiger Belang der Forstwirtschaft, hinzunehmen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der Regionalplanungsträger ist zur Ausweisung von Vorranggebieten Wald verpflichtet. In Bezug auf die Ausweisung naturschutzbezogener Festlegungen wird auf die Ausführungen unter BE-ID 307 dieser Synopse verwiesen. Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und in zeichnerischen und textlichen Festlegungen festzuhalten. Aus den getroffenen Festlegungen lassen sich unter Berücksichtigung auch der bereits im ersten Beteiligungsverfahren genannten Punkte keine übermäßigen, aus den Festlegungen des RROP entstehenden Einschränkungen der Waldbesitzenden oder der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft ableiten. Die genehmigungsfreien Handlungen der forstlichen Bewirtschaftung ist unter Berücksichtigung der ggf. bestehenden geltenden (Schutzgebiets)Verordnungen in der bestehenden Form weiterhin möglich. Es wird weiterführend auf die Ausführungen in der ersten Abwägungssynopse unter BE-ID 1126 und 1231 verwiesen. Der Regionalplanungsträger hat sich bereits im ersten Beteiligungsverfahren ausführlich und mehrfach zu den Eigentumsverhältnissen und entsprechender Berücksichtigung, sowie Auswirkungen auf die Waldbesitzenden geäußert. Es wird auf die BE-ID 1225, 1224, 1230 und 1118 der ersten Abwägungssynopse verwiesen. Zur Wettbewerbsfähigkeit wird auf die bereits erfolgten Ausführungen unter BE-ID 180 und BE-ID 178 dieser Abwägungssynopse verwiesen. Der Regionalplanungsträger hat sich mit Art. 20 a GG bereits im ersten Beteiligungsverfahren auseinandergesetzt und dies unter BE-ID 1177 dokumentiert. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: **39**      Stellungnahme-ID: **157**      BE-ID: **411**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

**Einwendung:**

**Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Gliederungspunkt: **3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen**



Forderung als Ziel im RROP aufzunehmen:

Vorbehaltsgebiete (Anmerkung: anstelle von Vorranggebiete) „Natur und Landschaft, Biotopverbund, Wald sowie NATURA 2000 Flächen sind nur dort im Privatwald auszuweisen, wo dies nachweislich naturschutzrechtlich erforderlich und mit anderen Belangen abgewogen ist. Eine planerische Ausweisung von Ergänzungs-, Puffer- oder sonstigen Flächen im Privatwald ist ausgeschlossen. Die nachhaltige forstwirtschaftliche Nutzung gemäß § 11 BWaldG, § 11 NWaldLG, § 1 NWaldLG und die Eigentumsgarantie nach Art. 14 GG sind uneingeschränkt zu wahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 185.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **424**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen**

### **Einwendung:**

Die Sozialbindung des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 2 GG wird verfassungswidrig zu Lasten der Schutzfunktion/Naturschutz im RROP-E überzogen. Solche Eingriffe über die Raumplanung in das Waldeigentum sowie auf die Berufsausübungsfreiheit nach § 12 GG der Betroffenen ist nicht gerechtfertigt. Die Überplanung des Privatwaldes mit naturschutzmotivierten Vorranggebieten ist als unverhältnismäßiger und damit verfassungswidriger Eingriff in die Grundrechte der Waldeigentümer zu werten. V.a. die Festlegung der naturschutzmotivierten Vorranggebiete hat massive Auswirkungen auf die Waldbewirtschaftung und einzelne Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Wir möchten Sie daher dringlich bitten, die Eingaben des Waldbesitzerverbandes zu berücksichtigen und umzusetzen, d.h. auch entsprechend auf den LROP-E einzuwirken.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 198.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **198**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen**

### **Einwendung:**

Die Sozialbindung des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 2 GG wird verfassungswidrig zu Lasten der Schutzfunktion/Naturschutz im RROP-E überzogen. Solche Eingriffe über die Raumplanung in das Waldeigentum sowie auf die Berufsausübungsfreiheit nach § 12 GG der Betroffenen ist nicht gerechtfertigt. Die Überplanung des Privatwaldes mit naturschutzmotivierten Vorranggebieten ist als unverhältnismäßiger und damit verfassungswidriger Eingriff in die Grundrechte der Waldeigentümer zu werten. V.a. die Festlegung der naturschutzmotivierten Vorranggebiete hat massive Auswirkungen auf die Waldbewirtschaftung und einzelne Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Wir möchten Sie daher dringlich bitten, die Eingaben des Waldbesitzerverbandes zu berücksichtigen und umzusetzen, d.h. auch entsprechend auf den LROP-E einzuwirken.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Gemäß Art. 14 Abs. 1 GG ist das Eigentum zwar garantiert, aber das Eigentumsrecht ist nicht unbegrenzt. Art. 14 Abs. 2 GG stellt klar, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Gleichwohl wird in Art. 14 Abs. 1 GG bereits auf Inhalt und Schranken des Eigentums durch Gesetze hingewiesen. Die Einschränkungen des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG bedürfen zwingend einer sachlichen Rechtfertigung. Der Regionalplanungsträger sieht die Erfordernisse mit dem Vorlegen eines nachvollziehbaren und fachlich sowie rechtlich begründeten Planungskonzepts sowie dem Vorlegen eines endabgewogenen und aufeinander abgestimmten Gesamtergebnisses des RROP als erfüllt an. Die regionalplanerischen Festlegungen erfolgen ohne Wertung der Eigentumsverhältnisse und im Planungsmaßstab 1:50.000. Die Regionalplanung orientiert sich an übergreifenden Zielsetzungen des Landkreises zur Entwicklung stabiler Wälder mit interdisziplinären Interessen, ohne standortkonkreten Bewirtschaftungsplänen, Schutzgebietsverordnungen und Managementplanungen vorzugreifen. Nach § 4 ROG entfaltet ein Regionalplan keine unmittelbare Steuerungswirkung auf Privatpersonen und das genehmigungsfreie Handeln, in diesem Falle die Gestaltung der Bewirtschaftung der Waldgebiete.

Es wird darüberhinaus auf die BE-ID 1224, 1230 und 1118 der ersten Abwägungssynopse verwiesen.

Die Hinweise zum LROP-Verfahren sind nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **185**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen**

### **Einwendung:**

Forderung als Ziel im RROP aufzunehmen:

Vorbehaltsgebiete (Anmerkung: anstelle von Vorranggebiete) „Natur und Landschaft, Biotopverbund, Wald sowie NATURA 2000 Flächen sind nur dort im Privatwald auszuweisen, wo dies nachweislich naturschutzrechtlich erforderlich und mit anderen Belangen abgewogen ist. Eine planerische Ausweisung von Ergänzungs-, Puffer- oder sonstigen Flächen im Privatwald ist ausgeschlossen. Die nachhaltige forstwirtschaftliche Nutzung gemäß § 11 BWaldG, § 11 NWaldLG, § 1 NWaldLG und die Eigentumsgarantie nach Art. 14 GG sind uneingeschränkt zu wahren.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Gemäß Art. 14 Abs. 1 GG ist das Eigentumsrecht nicht unbegrenzt. Art. 14 Abs. 2 GG stellt klar, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Gleichwohl wird in Art. 14 Abs. 1 GG bereits auf Inhalt und Schranken des Eigentums durch Gesetze hingewiesen. Es wird auf die bereits erfolgten inhaltlichen Auseinandersetzungen in der ersten Abwägungssynopse unter BE-ID 1230 und BE-ID 571 verwiesen.

Der Regionalplanungsträger hat sich bereits im ersten Beteiligungsverfahren ausführlich und mehrfach zu den Eigentumsverhältnissen und entsprechender Berücksichtigung, sowie Auswirkungen auf die Waldbesitzenden geäußert. Es wird auf die BE-ID 1225, 1224, 1230 und 1118 der ersten Abwägungssynopse verwiesen.

Der Regionalplanungsträger ist zur Ausweisung der angesprochenen Festlegungen als Vorranggebiete verpflichtet.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **314**

**Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.1 Elemente und Funktionen des Freiraumverbundes, Bodenschutz**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.1, Absatz 01, Satz 1 mit folgender Änderung:

1Die nicht durch Siedlungs- oder Verkehrsflächen in Anspruch genommenen Freiräume sollen zur Erfüllung ihrer vielfältigen Funktionen insbesondere bei der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Erhalt der Kulturlandschaften, der landschaftsgebundenen Erholung sowie der Land- und Forstwirtschaft erhalten [unterstrichen] und gefördert [unterstrichen] werden.

2In den Regionalen Raumordnungsprogrammen sollen klimaökologisch bedeutsame Freiflächen gesichert und entwickelt werden. 3In diesen Gebieten sollen Planungen und Maßnahmen zu einer Verminderung des Ausmaßes der Folgen von Klimaänderungen beitragen.

4Die Freiräume sind zu einem landesweiten Freiraumverbund weiterzuentwickeln. 5Die Funktionsvielfalt des landesweiten Freiraumverbundes ist zu sichern und zu entwickeln.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **315**

**Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.1 Elemente und Funktionen des Freiraumverbundes, Bodenschutz**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.1, Absatz 02, Satz 1 mit folgender Änderung:

1Die weitere Inanspruchnahme von Freiräumen für die Siedlungsentwicklung, den Ausbau von Verkehrswegen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen ist [unterstrichen] bedarfsgerecht und flächenoptimiert vorzunehmen [unterstrichen].

## Abwägung:

Kann nicht gefolgt werden

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 235 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

Abschnitt 3.1.2 Ziffer 13 Satz 2

Gem. § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG sind Vorranggebiete Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Ob Neuaufforstungen mit einem Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung vereinbar sind oder nicht, muss sich aus dem Ziel der Raumordnung (Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung) als solchem bzw. aus der Reichweite des Ziels bestimmen lassen. Satz 2 kann daher nur deklaratorischen Charakter haben. Der Aspekt ist stattdessen an den entsprechenden Stellen in der Begründung wie in Tabelle 3.1.2-16 oder im Abschnitt „Zu RROP 3.1.2 13“ als inhaltlicher Bestandteil des Ziels anzubringen (siehe dazu auch NLT-Arbeitshilfe Planzeichenkatalog - Stand Juli 2024, Planzeichen 2.4 Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung, Anwendungshinweise). Ein allgemeiner Verweis auf die NLT-Arbeitshilfe genügt nicht. Die zielförmige Festlegung des Satzes 2 ist in der Beschreibenden Darstellung zu streichen, zumal die reine „Sperrung“ von Nutzungen durch eine raumordnungsrechtliche Negativplanung für unzulässig erachtet wird.

## Abwägung:

Wird gefolgt

Dieser Satz 2 wurde gegenüber dem ersten RROP-Entwurf im Wortlaut nicht verändert. Die Änderungskennzeichnung bezieht sich rein auf die Verschiebung von RROP-Abschnitt 3.2.1 in 3.1.2 auf Hinweis der oberen Landesplanungsbehörde im ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren. Eine inhaltliche Anpassung war im ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren nicht gefordert. Die Festlegung des Satzes 2 wird gestrichen und die Begründung zu Ziffer 13 Satz 1 - neu Ziffer 13 entsprechend überarbeitet.

---

Stellungnehmer-ID: 75 Stellungnahme-ID: 90 BE-ID: 132 Stadt Northeim

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

zu 3.1.2 - Natur und Landschaft, Biotopverbund, 07

Im Biotopverbundkonzept werden linienhafte Vorbehaltsgebiete langfristig festgelegt.

Als Beispiel in der in Gesamtkarte sei hier der Wildkatzenweg über die Gemarkung Schnedinghausen und Hollenstedt genannt. Dieser linienhafte Verbindungsweg ist im vorliegenden zweiten Entwurf des RROP jetzt Vorbehaltsgebiet und war im ersten Entwurf noch Vorranggebiet Biotopverbund. Weiter Beispiele sind die Biotopverbindungen vom Segelflugplatzgelände in Richtung Edesheim, sowie Gemarkung Hollenstedt in Richtung Böhlenberg / Höhenzug Ahlsburg.

Eine Umsetzung innerhalb der Kerngebiete Entwicklung und der prioritären Entwicklungskorridore bzw. regionalen Habitatkorridore soll geprüft und angestrebt werden.

Die Festlegung der Biotopverbindungen als linienhafte Vorranggebiete für den Biotopverbund ist ein wichtiger planerischer Beitrag zum Aufbau und zur Etablierung zukünftiger Kompensationsflächenpools. Es ist damit zu prüfen, ob eine Höherstufung in ein Vorranggebiet Biotopverbund angestrebt werden sollte.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die linienhaften Vorranggebiete Biotopverbund des ersten RROP-Entwurfs wurden nach eingegangenen Hinweisen des ersten Beteiligungsverfahrens in Vorbehaltsgebiete geändert, sh. BE-ID 711. An der getroffenen Festlegung wird festgehalten.

---

Stellungnehmer-ID: 39 Stellungnahme-ID: 91 BE-ID: 182 Waldbesitzerverband Niedersachsen

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen

Natur und Landschaft, Biotopverbund etc.

Wald als Lebensraum ist bereits funktionsfähig – Vorrangkulissen vor allem als Vorranggebiete haben nicht auf Waldflächen abzielen.

Wir fordern eine Überarbeitung der Vorrangkulisse Biotopverbund etc. mit klarer fachlicher Begründung und Ausschluss von Privatwaldflächen, eine transparente Herleitung mit angemessener Berücksichtigung forstlicher Belange im Rahmen der Abwägung.

§ 7 (2) ROG: Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 sind in der Abwägung nach Satz 1 zu berücksichtigen.

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Der Regionalplanungsträger hat sich bereits im ersten Beteiligungsverfahren ausführlich und mehrfach zu den Eigentumsverhältnissen und entsprechender Berücksichtigung, sowie Auswirkungen auf die Waldbesitzenden geäußert. Es wird auf die BE-ID 1225, 1224, 1230 und 1118 der ersten Abwägungssynopse verwiesen.

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **324**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

Abschnitt 3.1.2, Absatz 16, Satz 1 und 2 mit folgender Änderung:

Welche Gebiete sind das? Wie werden sie bestimmt? Welche wissenschaftliche Grundlage gibt es für diese Einstufung? Die Darstellung ist unbestimmt und daher zu streichen.

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Wie in der textlichen Festlegung der Ziffer 16 zu 3.1.2 in der Beschreibenden Darstellung bereits bezeichnet, handelt es sich um die Vorbehaltsgebiete zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes.

Die Festlegung erfüllt aus Sicht des Regionalplanungsträgers die Bestimmtheitsanforderungen an einen Grundsatz der Raumordnung vollumfänglich. Die Festlegung ist in der entsprechenden Begründung zu Ziffer 16 begründet. In Tabelle 3.1.2-18 sind die Beschreibung und Begründung der Vorbehaltsgebiete Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes sowie weitergehende Informationen enthalten. Die Gebiete sind in der Zeichnerischen Darstellung abgebildet. Die Festlegung wird beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **319**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

Abschnitt 3.1.2, Absatz 05 mit folgender Änderung:

Komplett streichen. Der Sachverhalt wurde in den vorherigen Abschnitten abgehandelt und bedarf keiner zusätzlichen Regelung. Im Übrigen machen diese Regelungen nur Sinn, wenn sich die Habitate und Biotope für die Tiere und Pflanzen nicht so grundlegend durch den Klimawandel verändern, daß sie überhaupt noch als solche erhalten oder gebraucht werden. Insofern fehlt eine Leitlinie für diesen Abschnitt.

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Der Regionalplanungsträger ist zur Übernahme und Ausweisung der Vorranggebiete Biotopverbund des LROP 2022 verpflichtet, die Zielfestlegung und somit die Streichung liegen nicht in seinem Ermessen. Der

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Regionalplanungsträger hält daran fest, biotopvernetzende Strukturen im Landkreisgebiet Northeim im Sinne der getroffenen Festlegungen auf Basis seines kreisweiten Konzeptes zu fördern und zu verbessern.

Stellungnehmer-ID: **137** Stellungnahme-ID: **158** BE-ID: **456** **NLWKN**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### Einwendung:

Überregionale/länderübergreifende Achsen des Biotopverbunds sind in Teilbereichen nicht bzw. als Vorbehaltsgebiet/linienförmig festgelegt. Das betrifft beispielsweise eine Großsäuger- und Waldachse im Bereich östlich Suterode, westlich Sudershausen.

Ich empfehle gemäß der Bedeutung die getroffenen räumlich dargestellten Abgrenzungen der Kernflächen sowie der Habitatkorridore Biotopverbund nicht als Vorbehaltsgebiete, sondern als Vorranggebiete Biotopverbund festzulegen.

### Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Kerngebiete des Biotopverbundes sind entsprechend ihrer Wertigkeiten und potenziell konkurrierenden Überlagerungen in verschiedenen Planzeichenkategorien und als Vorbehalts- oder Vorranggebiete ausgewiesen. Die linienhaften Biotopverbundstrukturen mussten auf Hinweise der Genehmigungsbehörde im ersten Beteiligungsverfahren von Vorrang- in Vorbehaltsgebiete Biotopverbund überführt werden, daran wird nun festgehalten.

Die angesprochenen überregionalen/länderübergreifenden Achsen des Biotopverbundes sind in den Ausweisungen zu Grunde liegenden Fachgutachten zum Biotopverbund berücksichtigt und in die strukturellen Beziehungen und Erarbeitung der linien- und flächenhaften Festlegungen einbezogen. Auf eine eigenständige Ausweisung im RROP wird verzichtet.

Stellungnehmer-ID: **45** Stellungnahme-ID: **132** BE-ID: **322** **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### Einwendung:

Abschnitt 3.1.2, Absatz 10, Satz 1 mit folgender Ergänzung:

6. Gebiete für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

### Abwägung:

Kann nicht gefolgt werden

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Stellungnehmer-ID: **39** Stellungnahme-ID: **91** BE-ID: **183** **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### Einwendung:

Zu 08:

In Gebieten mit nicht naturbedingter Biotop- und Artenarmut ist die Vielfalt der Biotope und Arten zu erhöhen.

Für eine Erhöhung der Vielfalt der Biotope und Arten gibt es keine rechtliche Grundlage -daher streichen. Raumordnerische Festlegungen wie z.B. ein Biotopverbund müssen sich an den Zielen des BNatSchG orientieren: Erhaltung und Entwicklung.

Forderungen die Vorranggebiete so auszuweisen, dass die Vielfalt quantitativ gesteigert wird, gehen über den gesetzlichen Auftrag hinaus und sind rechtlich nicht geboten. Auch Pufferflächen sind nicht erforderlich, rechtl. Begründungen fehlen.

### Abwägung:

Kann nicht gefolgt werden

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **318**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.2, Absatz 04 mit folgender Änderung:

Komplett streichen. Warum muß immer mehr vorsorglich „gesichert“ werden. Es muß doch ersteinmal die Notwendigkeit dafür geben. Welche Tiere und Pflanzen haben wir in unserer Region, für die ein Biotopverbund gebraucht wird. Und wenn, was für einer! Die vorsorgliche Sicherung blockiert und ist daher nicht notwendig!

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens. Zur Sachaufklärung wird zusätzlich auf die BE-ID 319 sowie 307 und entsprechende Abwägung verwiesen.

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **409**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Zu 08:

In Gebieten mit nicht naturbedingter Biotop- und Artenarmut ist die Vielfalt der Biotope und Arten zu erhöhen.

Für eine Erhöhung der Vielfalt der Biotope und Arten gibt es keine rechtliche Grundlage -daher streichen. Raumordnerische Festlegungen wie z.B. ein Biotopverbund müssen sich an den Zielen des BNatSchG orientieren: Erhaltung und Entwicklung.

Forderungen die Vorranggebiete so auszuweisen, dass die Vielfalt quantitativ gesteigert wird, gehen über den gesetzlichen Auftrag hinaus und sind rechtlich nicht geboten. Auch Pufferflächen sind nicht erforderlich, rechtl. Begründungen fehlen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 183.

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **320**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.2, Absatz 06 mit folgender Änderung:

Zur Unterstützung der Umsetzung des Biotopverbundes durch die nachgeordneten Planungsebenen und zur Schonung wertvoller land- und forstwirtschaftlicher Flächen sollen [unterstrichen] Kompensationsmaßnahmen im Rahmen von Wahlmöglichkeiten eigener Angebote oder des [unterstrichen] Flächenpools und in den für den Biotopverbund festgelegten Gebieten inklusive der Habitatkorridore umgesetzt werden.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung stammt aus dem Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen und ist nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **317**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.2, Absatz 03 mit folgender Änderung:

Planungen und Maßnahmen dürfen die Anbindung und die Funktionsfähigkeit der Querungshilfen der Vorranggebiete Biotopverbund in Anlage 2 nicht [unterstrichen] im Grundsatz [unterstrichen] benachteiligen.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **316**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.2, Absatz 02, Satz 2 mit folgender Änderung:

2Darin sollen wertvolle, insbesondere akut in ihrem Bestand bedrohte Lebensräume [unterstrichen] auf Basis geeigneter Instrumente [unterstrichen] erhalten, geschützt und entwickelt sowie untereinander durch geeignete Flächen funktional verbunden werden.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **137**    Stellungnahme-ID: **158**    BE-ID: **454**    **NLWKN**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Zur Konkretisierung schlage ich weiterhin unter Bezug auf die Regelung des LROP (3.1.2 02, 04) vor, dass eingangs die grundsätzlichen Bestandteile des Biotopverbundes (Fließgewässer und Auen, feuchte und trockene Wälder- und Offenlandbereiche) in der Beschreibenden Darstellung benannt werden. Ergänzend empfehle ich zur Klarstellung die Festlegungen aufzuführen, die im RROP für den Landkreis Northeim der Sicherung der Biotopverbundplanung dienen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Einwendung entspricht inhaltlich der BE-ID 894 des ersten Beteiligungsverfahrens, es wird auf die entsprechende dortige Abwägung verwiesen. Die Struktur des Biotopverbundnetzes ist in der Begründung u. a. zu 3.1.2 Ziffer 05 ausführlich beschrieben. Die Ausführungen werden für ausreichend erachtet.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **321**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.2, Absatz 07 mit folgender Änderung:

Zur Vernetzung der Biotopverbundstrukturen werden die prioritären Entwicklungskorridore bzw. regionalen Habitatkorridore des Biotopverbundkonzeptes des Landkreises Northeim als Vorbehaltsgebiete Biotopverbund

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

räumlich festgelegt, welche langfristig entsprechend ihrer Funktion im Biotopverbund entwickelt werden sollen. [durchgestrichen] 2Außerdem sollen die im Biotopverbundkonzept des Landkreises Northeim aufgeführten Kerngebiete Entwicklung langfristig entsprechend ihrer Funktion im Biotopverbund entwickelt werden [durchgestrichen]. Satz 2 ist zu streichen. 3Künftige Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen sowie einzelne Kompensationsmaßnahmen für raumbedeutsame Vorhaben sollen zur Entwicklung des Biotopverbundes beitragen. (Vergleiche hierzu die Ausführungen in Absatz 6, daher hier streichen) 4Eine Umsetzung innerhalb der Kerngebiete Entwicklung und der prioritären Entwicklungskorridore bzw. regionalen Habitatkorridore soll geprüft und angestrebt werden.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der Regionalplanungsträger hält daran fest, dass die Kerngebiete Entwicklung nach Biotopverbundplanung des Landkreises Northeim entsprechend ihrer Funktion weiterentwickelt werden sollen und verweist auf die Ausführungen der Begründung zu Abschnitt 3.1.2 Ziffer 07 sowie Anlage 3.1.2-1 (Biotopverbundkonzept). Satz 2 wird beibehalten.

Die Gestaltung von Kompensationsmaßnahmen obliegt der dem RROP nachgelagerten Ebene und Abstimmung zwischen den Akteuren unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort. Sie sollen die Entwicklung der biotopvernetzenden Strukturen fördern und sich in die interdisziplinäre Konzeptionierung einbinden. Satz 3 wird beibehalten.

Die in dieser Bearbeitungseinheit angesprochenen Ausführungen in Absatz 6 sind in der BE-ID 320 dieser Abwägungssynopse zu finden. Die Abwägung zu den allgemeinen Anmerkungen des Stellungnehmers ist der BE-ID 307 zu entnehmen.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **406**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

3.1 Entwicklung eines Freiraumverbundes und seiner Funktionen  
Natur und Landschaft, Biotopverbund etc.

Wald als Lebensraum ist bereits funktionsfähig – Vorrangkulissen vor allem als Vorranggebiete haben nicht auf Waldflächen abzielen.

Wir fordern eine Überarbeitung der Vorrangkulisse Biotopverbund etc. mit klarer fachlicher Begründung und Ausschluss von Privatwaldflächen, eine transparente Herleitung mit angemessener Berücksichtigung forstlicher Belange im Rahmen der Abwägung.

§ 7 (2) ROG: Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 sind in der Abwägung nach Satz 1 zu berücksichtigen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 182.

---

Stellungnehmer-ID: **137**    Stellungnahme-ID: **158**    BE-ID: **452**    **NLWKN**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Das LROP beinhaltet das Ziel, einen landesweiten Biotopverbund zu sichern und legt als Vorranggebiete Biotopverbund die überregional bedeutsamen Kerngebiete und Querungshilfen fest, die in das RROP zu übernehmen und räumlich zu konkretisieren sind. Zur Vernetzung von Kerngebieten sind zudem auf Basis naturschutzfachlicher Konzepte geeignete Habitatkorridore festzulegen.

Zur Konkretisierung des LROP (3.1.2) durch die Regionalplanung, empfehle ich die grundsätzlichen Bestandteile des Biotopverbundes (Wälder, Fließgewässer und Auen, feuchte und trockene Offenlandbereiche) in der Beschreibenden Darstellung aufzuführen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Einwendung entspricht inhaltlich der BE-ID 894 des ersten Beteiligungsverfahrens, es wird auf die entsprechende dortige Abwägung verwiesen.

Stellungnehmer-ID: **45**      Stellungnahme-ID: **132**      BE-ID: **323**      **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.2, Absatz 13, Satz 1 mit folgender Änderung:

1Grünlandgebiete mit [unterstrichen] besonderer [unterstrichen] Bedeutung für den Naturschutz und die Landschaftspflege [unterstrichen] sowie mesophiles Grünland werden als prägende Kulturlandschaften gegenüber entgegenstehenden Nutzungsansprüchen [unterstrichen] in der Zeichnerischen Darstellung als [unterstrichen] Vorbehaltsgebiet [unterstrichen] Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung festgelegt.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der Einwender spricht sich augenscheinlich gegen die Ausweisung von Vorranggebieten Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung aus, eine Begründung erfolgt an dieser Stelle nicht. Die Vorranggebiete Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung dienen unter anderem der Übernahme von Festlegungen aus dem LROP 2022, der Einwendung kann somit nicht gefolgt werden. Der Regionalplanungsträger hält an der Ausweisung von u. a. mesophilen Grünlandbereichen aufgrund ihrer besonderen ökologischen Bedeutung und Wertigkeit im Offenlandverbund als Vorranggebiete Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung fest.

Stellungnehmer-ID: **45**      Stellungnahme-ID: **132**      BE-ID: **325**      **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.3 Natura 2000**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.3, mit folgender Änderung:

Der hier ausgeführte Abschnitt muß den Änderungen des Klimawandels unterliegen und entsprechende Anpassungsformen vorsehen. Es ist wissenschaftlich belegt, daß es im Rahmen des Klimawandels eine Standortdrift gibt, daß heißt, daß Lebensraumtypen aufgrund der klimatischen Änderungen nicht mehr am Standort verbleiben müssen, wie zu dem Zeitpunkt, als sie kartiert wurden. Insofern muß es eine Vorbehaltsregelung geben. Es kann nicht im Sinne der Natur sein, hier gegen die Entwicklung zu arbeiten. Eine derartige Bestimmung könnte verfassungswidrige Züge zu haben.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Aus der Einwendung geht nicht hervor, auf welche Ziffer sich der Hinweis bezieht. Die Ziffern 01 und 02 sind aus dem LROP 2022 übernommen und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens. Ebenso ist Ziffer 03 lediglich redaktionell geändert gegenüber dem ersten RROP-Entwurf, sodass auf die Präklusionswirkung nach § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG zu verweisen ist. Die Einwendung wird als Statement gewertet. Die Kritikpunkte obliegen nicht dem Ermessensspielraum der Regionalplanung mit dem RROP. Der Regionalplanungsträger hält an der Ausweisung der Vorranggebiete Natura 2000 und den getroffenen Festlegungen fest.

Stellungnehmer-ID: **117**      Stellungnahme-ID: **137**      BE-ID: **259**      **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.3 Natura 2000**

### **Einwendung:**

Zeichnerische Darstellung, Abschnitt 3.1.3 Ziffer 03 Satz 1

Gem. Abschnitt 3.1.3 Ziffer 02 Satz 4 des LROP sind die Vorranggebiete Natura 2000 in das RROP zu übernehmen und dort räumlich zu konkretisieren. Das demgemäß als Vorranggebiet festgelegte FFH-Gebiet „Laubwälder und Klippenbereiche im Selter, Hils und Greener Wald“ (DE4024-332) ist im Bereich des Pumpspeicherwerks Erzhausen auf Grundlage der zuletzt an die EU gemeldeten Natura 2000-Gebiete an die aktuelle Abgrenzung anzupassen (siehe NLWKN-Gebietsdaten, im Umweltbericht richtig dargestellt).

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Es erfolgt eine maßstabsbedingt konkretisierte Anpassung der Festlegung des Vorranggebiets Natura 2000 an die aktuelle Abgrenzung des FFH-Gebietes "Laubwälder und Klippenbereiche im Selter, Hils und Greener Wald". Bei der Überarbeitung des RROP-Entwurfs ergeben sich übertragbare kleinräumige Änderungen des entsprechenden Vorranggebiets Natur und Landschaft (VN 170) sowie des Vorranggebietes Wald (W 253), entsprechende Änderungen sind umgesetzt.

---

Stellungnehmer-ID: **107**   Stellungnahme-ID: **127**   BE-ID: **295**   **Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. - vero**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.1.4 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften**

### **Einwendung:**

Trotz der Berücksichtigung von einigen Punkten aus unserer ersten Stellungnahme, halten wir andere Bemerkungen weiterhin aufrecht (Kap. 1) und bitten um entsprechende Berücksichtigung.

1) Allgemeine Anmerkungen a) 3.1.4 Kulturelles Sachgut Ziffer 06 (BE-ID 459)

Wir begrüßen die Überprüfung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung mit der Überlagerung von Gebieten kulturellen Sachguts und der Streichung des Leitsatzes 3.1.4 Ziffer 06 im vorliegenden Entwurf. Hiermit wird unserer Forderung nachgekommen, indem mögliche Konflikte auf die Zulassungsebene verlagert wurden, und somit eine von uns vorgeschlagene Einzelfallprüfung möglich ist.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die eingegangenen Einwendungen aus dem ersten Beteiligungsverfahren sind in der ersten Abwägungssynopse bearbeitet und vollständig berücksichtigt. Der Hinweis wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.

Zur Sachaufklärung wird ausgeführt: Bei der entfallenen textlichen Ziffer 06 handelte es sich um einen Leitsatz, der im Zuge der Überprüfung der Bau- und Bodendenkmäler entfallen ist.

In der Überarbeitung des zweiten RROP-Entwurfs kommt es zu anteiligen Entlassungen zweier Vorbehaltsgebiete kulturelles Sachgut, um die Rechtmäßigkeit der Festlegungen zugunsten Vorranggebieten Rohstoffgewinnung nach Hinweisen der Genehmigungsbehörde des RROP nicht zu gefährden.

Die im RROP festgelegten sowie die in entsprechenden Fachgutachten als Grundlage des RROP erläuterten historischen Kulturlandschaften regionaler und landesweiter Bedeutung sind im Rahmen möglicher nachgelagerter Zulassungsverfahren zu berücksichtigen bzw. zu beachten.

---

Stellungnehmer-ID: **117**   Stellungnahme-ID: **137**   BE-ID: **239**   **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.1.4 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.1.4 Ziffer 04 Satz 2 und Ziffer 05 Satz 2

Die beiden Plansätze beschreiben, dass die jeweilige Zweckbestimmung der Vorranggebiete/Vorbehaltsgebiete kulturelles Sachgut nicht beeinträchtigt werden dürfen/sollen. Die Festlegungen entfalten keine eigene Regelungswirkung und haben nur deklaratorischen Charakter, da sich ihre Intention auf der Grundlage der Legaldefinition von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten nach § 7 Abs. 3 ROG aus der Sache heraus ergibt. Ihre Festlegungen entsprechen damit nicht den Anforderungen an ein Ziel bzw. Grundsatz der Raumordnung und sind daher zu streichen.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Die angesprochenen Festlegungen orientieren sich an bereits genehmigten Festlegungen wie dem RROP des Landkreises Holzminden zu kulturellem Sachgut.

Die Festlegungen der Sätze 2 werden gestrichen und Ziffern 04 und 05 Satz 1 - neu Ziffer 04 und 05 geringfügig und im Sinne der Verständlichkeit um einzelne Wörter ergänzt, um die Nachvollziehbarkeit der Regelungsintention der Festlegung sicherzustellen.

Im Rahmen der Überarbeitung des RROP-Entwurfs wurde eine vergleichbare textliche Festlegungen in Abschnitt 3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus überarbeitet.

---

Stellungnehmer-ID: **75**   Stellungnahme-ID: **90**   BE-ID: **133**   **Stadt Northeim**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.1.4 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften**

### **Einwendung:**

zu 3.1.4 - Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften

Es wird darum gebeten, die in der Stellungnahme zu ersten Entwurf abgegebene Liste der Archäologischen Fundstellen in die Karte einzuarbeiten

(Beikarte\_3-2\_Erholung\_Tourismus\_kulturelles\_Sachgut.pdf).

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Einwendung wurde bereits im ersten Beteiligungsverfahren zum RROP vorgebracht. Punktuelle Vorbehaltsgebiete kulturelles Sachgut wurden im Zuge der Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs nicht mehr ausgewiesen. Die gelisteten archäologischen Fundstellen werden nicht in die Beikarte aufgenommen, da es sich nicht um Festlegungen des RROP handelt. Es wird auf die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung in den BE-IDs 308, 777 und 715 der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **52**    Stellungnahme-ID: **63**    BE-ID: **62**    **Landwirtschaftskammer Forstamt Südniedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

RROP 3.2.1 10 Satz 1

Nach § 11 (2) Nr. 4 NWaldLG ist Kennzeichen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, dass bei Aufforstungen die standortgerechte Baumartenwahl angewendet wird. Die NW-FVA gibt anhand einer Standortkartierung je nach Lage, Wasser- und Nährstoffverfügbarkeit eine standortgerechte Baumartenempfehlung ab. Diese Baumartenempfehlung stellt zwar keine verbindliche Regelung dar, jedoch handelt es sich um den zusammengeführten naturwissenschaftlichen Sachverstand, der den aktuellen Stand der Erkenntnis widerspiegelt.

Im Westen des Landkreis Northeim stocken häufig Fichten auf mäßigen und ziemlich gut nährstoffversorgten Standorten. Diese reinen oder gemischten Nadelwälder können nach der standortgerechten Baumartenwahl neben Laubmischwäldern ebenso in Nadelmischwälder umgebaut werden. Auf einigen Standorten werden diese Nadelmischwälder sogar vorrangig empfohlen, da es einige Nadelbaumarten gibt, die besonders resistent gegenüber Trockenstress sind. Die besondere Bedeutung des Anbaus von Edellaubbaumarten auf sehr gut nährstoffversorgten Standorten, die nur in sehr geringer Flächengröße in Niedersachsen vorkommen, wird bereits in der Baumartenempfehlung der NW-FVA berücksichtigt. Gleichzeitig sollten auf den ziemlich gut bis mäßig nährstoffversorgten Standorten Reinbestände gemäß der Baumartenempfehlung auch in Nadelmischwälder umgebaut werden. Die Festlegung auf die Wahl bestimmter Baumartengruppen ist in dem RROP unpassend.

Vorschlag zu RROP 3.2.1 10 Satz 1:

Nicht standortgerechte Nadelholzreinbestände sollen außerhalb ihres natürlichen Vorkommens zu stabilen und standortgerechten Mischwäldern entwickelt werden.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Im RROP erfolgt keine abschließende und verbindliche Festlegung der zu wählenden Baumartengruppen. Die textliche Festlegung sowie die entsprechende Begründung der angesprochenen Ziffer führen den Mischwald explizit an und schließen Nadelwaldbestände nicht aus. Die Festlegung und Begründung legen den Fokus bereits auf die Entwicklung stabiler und standortgerechter Bestände.

Auf Grundlage der vorliegenden Daten zur Nährstoffversorgung sind mäßig nährstoffversorgte Standorte im Landkreis Northeim unterrepräsentiert und es ist weiträumig von einer mindestens guten Nährstoffversorgung auszugehen. Die textliche Festlegung und entsprechende Begründung wird in der Überprüfung als plausibel und ausreichend angesehen. Es handelt sich um einen abwägungszugänglichen Grundsatz der Raumordnung, der im Rahmen nachgelagerter genehmigungspflichtiger Vorhaben und Planungen zu berücksichtigen ist. Ein Regionalplan entfaltet nach § 4 ROG keine unmittelbare Bindungswirkung gegenüber Privatpersonen in Bezug auf genehmigungsfreie Handlungen, die Gestaltung der forstwirtschaftlichen Nutzung unterliegt somit i. d. R. nicht der Steuerungswirkung des Regionalplans.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **332**    **Privat**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.1, Absatz 08 (neu), Satz 1 und 2 mit folgender Änderung:

Auch hier ist das Vorranggebiet Wald in Vorbehaltsgebiet zu ändern und der Satz 2 ist komplett wieder aufzunehmen!

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Der Regionalplanungsträger ist verpflichtet, die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als Vorranggebiete Wald in das RROP zu übernehmen. Satz 2 ist nach Hinweisen der oberen Landesplanungsbehörde im ersten Beteiligungsverfahren in die Begründung überführt, da es sich hierbei lediglich um eine Klarstellung handelt (BE-ID 689 der ersten Abwägungssynopse).

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **191**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Einzufügen 9. 08 Innerhalb der Vorranggebiete/Vorbehaltsgebiete Wald ist die forstliche Bewirtschaftung durch Privatpersonen nicht eingeschränkt

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Die angesprochene Formulierung war als Leitsatz deklariert. Es handelt sich um eine Klarstellung, die nach Hinweis der Genehmigungsbehörde zu streichen und in die Begründung zu überführen ist (vgl. BE-ID 689 der ersten Abwägungssynopse). Er wird nicht wieder aufgenommen.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **186**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

Forderung als Ziel im RROP aufzunehmen:

Einzufügen: 1. Die Land- und Forstwirtschaft soll in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozioökonomischen Funktion gesichert werden. Der Wald ist aufgrund seiner aktuellen und künftigen Bedeutung als Produktionsfaktor der Wirtschaft und als Lebensgrundlage sowie wirtschaftliche Ressource für nachfolgende Generationen zu sichern.

Einzufügen: 2. Die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft soll gestärkt werden, wobei ökonomische und ökologische Belange in Einklang gebracht werden sollen. Die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist ein vorrangiger Belang.

Einzufügen: 3. Die Land- und Forstwirtschaft soll bei der Umstellung, Neuausrichtung und Diversifizierung unterstützt werden, damit so Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden.

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Die angesprochene Festlegung ist aus dem Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen übernommen und ist nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **412**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

Forderung als Ziel im RROP aufzunehmen:

Einzufügen: 1. Die Land- und Forstwirtschaft soll in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozioökonomischen Funktion gesichert werden. Der Wald ist aufgrund seiner aktuellen und künftigen Bedeutung als Produktionsfaktor der Wirtschaft und als Lebensgrundlage sowie wirtschaftliche Ressource für nachfolgende Generationen zu sichern.

Einzufügen: 2. Die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft soll gestärkt werden, wobei ökonomische und ökologische Belange in Einklang gebracht werden sollen. Die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist ein vorrangiger Belang.

Einzufügen: 3. Die Land- und Forstwirtschaft soll bei der Umstellung, Neuausrichtung und Diversifizierung unterstützt werden, damit so Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 186.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **134**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

zu 3.2.1 02 Satz 1 - Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

im 2. Entwurf des RROP LK NOM ist der Bereich, der für den neuen gemeinsamen Standort der Feuerwehr und das DGH Hollenstedt/Stöckheim vorgesehen ist, als Vorranggebiet für die Landwirtschaft festgelegt. Bauleitplanverfahren sind bereits durch BP HOL Nr. 8 „DGH/Feuerwehr Hollenstedt und Stöckheim“ und der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes durch Beschluss vom 21.05.2024 eingeleitet worden. Betroffen sind die Flurstücke 6 und 7 der Flur 9 der Gemarkung Hollenstedt (siehe Abbildung Geltungsbereich unten).

Die frühzeitige Beteiligung erfolgt voraussichtlich im zweiten Quartal 2025.

Um dieses wichtige Infrastrukturprojekt umsetzen zu können, ist die Abstufung der Festlegung von Vorranggebiet Landwirtschaft zu einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft notwendig.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der örtlichen Feuerwehren wird eine herausragende Bedeutung zugesprochen und dient der öffentlichen Sicherheit und Gefahrenabwehr. In der Abwägung überwiegt dies gegenüber dem Vorrang Landwirtschaft und einhergehenden, abgegrenzten und geringfügigen Flächenverlusten besonders fruchtbarer Böden.

Das Vorranggebiet Landwirtschaft wird im betroffenen Abschnitt verkleinert.

---

Stellungnehmer-ID: **52**    Stellungnahme-ID: **63**    BE-ID: **59**    **Landwirtschaftskammer Forstamt Südniedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

- Kapitel 3 Beschreibende Darstellung: Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen

RROP 3.2.1 04 Satz 3

Zu einem klimagerechten Waldumbau gibt es unterschiedliche wissenschaftliche Erkenntnisse. Einerseits binden zuwachsstarke Nadelbaumarten durch ihre Verwendung überwiegend als Bauholz langfristig Kohlenstoffdioxid. Andererseits speichern zuwachsschwächere Laubbaumarten zu einem späteren Zeitpunkt in ihrer Produktionszeit durch ihre Verwendung Kohlenstoffdioxid langfristig ein. Diese Thematik wird in der Wissenschaft noch diskutiert und kann hier nicht abschließend behandelt werden. Der klimagerechte Waldumbau ist noch nicht abschließend wissenschaftlich diskutiert und hier unzureichend definiert.

Vorschlag zu RROP 3.2.1 04 Satz 3:

-streichen-

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **331**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.1, Absatz 06 (neu), Satz 1 mit folgender Änderung:

Abänderung der Vorranggebiete Wald in „Vorbehaltsgebiete“ Wald.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **417**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Einzufügen 9. 08 Innerhalb der Vorranggebiete/Vorbehaltsgebiete Wald ist die forstliche Bewirtschaftung durch Privatpersonen nicht eingeschränkt

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 191.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **329**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.1, Absatz 04, Satz 1 und 2 mit folgender Änderung:

Das Streichen der beiden Sätze ist aufzuheben.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Begründung der Streichung ist der Abwägungssynopse des ersten Beteiligungsverfahrens unter BE-ID 719 zu entnehmen. Die Forderung enthält keine weiterführende Begründung.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **326**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.1, Absatz 01, Satz 1 mit folgender Änderung:

Soweit es der Satzkontext zulässt, muss auch die Forstwirtschaft mit aufgenommen werden. Auch sie ist in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig zu erhalten und in ihrer sozioökonomischen Funktion zu sichern. Dies muß sich durch den gesamten Abschnitt widerspiegeln.

## Abwägung:

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Es wird auf weiterführende Hinweise in der BE-ID 178 und entsprechender Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **328**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

## Einwendung:

Abschnitt 3.2.1, Absatz 02, Satz 3 mit folgender Änderung:

[durchgestrichen] 3Zulässige Anlagen innerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft -auf Grund sehr hohen Ertragspotenzials- sollen möglichst flächensparend und verträglich für die landwirtschaftliche Nutzung platziert werden. [durchgestrichen] (Das Streichen ist aufzuheben).

## Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Die Streichung ist im ersten Beteiligungsverfahren begründet und in der BE-ID 717 der Abwägungssynopse dokumentiert. Die Forderung enthält keine weitere fachliche Begründung.

---

Stellungnehmer-ID: **52**    Stellungnahme-ID: **63**    BE-ID: **60**

**Landwirtschaftskammer Forstamt Südniedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

## Einwendung:

RROP 3.2.1 04 Satz 4

Die NW-FVA gibt anhand einer Standortkartierung je nach Lage, Wasser- und Nährstoffverfügbarkeit eine standortgerechte Baumartenempfehlung ab. Diese Baumartenempfehlung stellt zwar keine verbindliche Regelung dar, jedoch handelt es sich um den zusammengeführten naturwissenschaftlichen Sachverstand, der den aktuellen Stand der Erkenntnis widerspiegelt. Besonders auf mäßig nährstoffversorgten Standorten werden Nadelmischwälder vorrangig empfohlen, da es einige Nadelbaumarten gibt, die besonders resistent gegenüber Trockenstress sind. Die besondere Bedeutung des Anbaus von Edellaubbaumarten auf sehr gut nährstoffversorgten Standorten, die nur in sehr geringer Flächengröße in Niedersachsen vorkommen, wird bereits in der Baumartenempfehlung der NW-FVA berücksichtigt. Die Festlegung auf die Wahl bestimmter Baumartengruppen ist in dem RROP unpassend. Die Feststellung, dass mäßig nährstoffversorgte Standorte besonders für Laubwaldbaumarten geeignet sind, ist nicht treffend.

Sehr gut nährstoffversorgte Standorte haben aufgrund ihres geringen Vorkommens in Niedersachsen eine besondere Bedeutung. Diese Standorte von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freizuhalten wird der Verantwortung gerecht diese besonderen Standorte im Landkreis Northeim zu haben.

Vorschlag zu RROP 3.2.1 04 Satz 4:

Die besonderen Waldflächen, die mit Nährstoffen sehr gut versorgt sind, sollen von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freigehalten werden.

## Abwägung:

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **110**    Stellungnahme-ID: **129**    BE-ID: **284**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

## Einwendung:

hiermit geben wir eine Stellungnahme mit dem Wunsch nach Änderung der zeichnerischen Darstellung ab. Es handelt sich hierbei um die Flächen westlich von Dankelsheim, westlich des Bahnstreckenabschnitts Gehrenrode - Orxhausen, an der Grenze zur Gemarkung Ohlenrode.

Der Entwurf des RROP soll dahingehend geändert werden, dass bis 200 m westlich der Bahnstrecke kein Vorranggebiet Landwirtschaft aufgestellt wird. Dies betrifft die Flurstücke der Flur 4 mit den



Flurstücksnummern [Inhalt anonymisiert] .

### Begründung:

Das Land Niedersachsen hat ambitionierte Klimaschutzziele, unter anderem das Erreichen der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040. Der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik) soll landesweit weiter vorangetrieben werden und bis 2035 eine Leistung von 65 GW installiert werden. 15 GW hiervon können in Form von FFPVA eingetragen werden. Bis zum Jahr 2033 sollen auf mindestens 0,5 Prozent der Landesfläche per Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FFPVA) Strom erzeugt werden. (§ 3 NKlimaG) Dies entspricht einer Fläche von 6,335 km<sup>2</sup> (633,5 ha).

Nach §35 Abs. 1 Nr.8 BauGB sind FFPVA in einem 200 m Abstand von einem Schienenweg des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes mit mindestens zwei Hauptgleisen ohne Bauleitplanverfahren möglich.

Laut Kapitel 4.2 Punkt 09, der beschreibenden Darstellung, sollen für Freiflächen- Photovoltaikanlagen (FFPVA) folgende Flächen in Anspruch genommen werden:

- Bereits versiegelte Flächen,
- Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher oder wohnungsbaulicher Nutzung ohne naturschutzfachlicher Bedeutung,
- Flächen entlang bestehender Verkehrsinfrastruktur und
- durch technische Infrastruktur vorbelastete Bereiche.

Die derzeitige Planung des RROP würde dem Entgegenstehen, da mit dem Vorranggebiet Landwirtschaft auf diesen Flächen keine FFPVA möglich wären. Bisher waren alle dort vorliegenden Flächen im RROP von 2006 als Vorbehaltsflächen eingezeichnet. Außerdem sind nördlich und südlich der Flächen bereits 200 m Puffer um die Bahntrasse mit eingezeichnet worden. Diese Flächen unterscheiden sich kaum von denen, die zum VR-Landwirtschaft hin verändert werden sollen.

Wie im Kapitel 3.2.1. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei 01 steht soll „[d]ie Landwirtschaft [...] in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozioökonomischen Funktion gesichert werden“. Mithilfe des 200 m Puffer um bestehende Infrastruktur, können landwirtschaftliche Flächen freigehalten werden, während die Ziele für erneuerbare Energien erreicht werden können.

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung wird ausgeführt:

Der Regionalplanungsträger ist sich seiner interdisziplinären Verantwortung bewusst und hat im Rahmen der Neuaufstellung des RROP sämtliche landwirtschaftlichen Flächen überprüft. Zugleich sind die Neuerungen der Gesetzeslagen zur Förderung Erneuerbarer Energien im RROP hinreichend berücksichtigt. So wurden Teilbereiche beibehalten, verändert oder aus Festlegungen entlassen – beispielsweise zugunsten privilegierter Lagen. Ausgewählte Bereiche mit höchsten Bodenfruchtbarkeiten sind im Landkreisgebiet als Vorranggebiete Landwirtschaft aufgenommen und stehen für eine weiträumige Inanspruchnahme durch Freiflächen-PV aufgrund der fehlenden Standortvariabilität grundsätzlich nicht zur Verfügung – unabhängig der räumlichen Lage - auch entlang der BAB 7 sowie Bahngleisen. An der Einschätzung wird festgehalten, in der Abwägung überwiegt die Standortgebundenheit und Bedeutung der landwirtschaftlichen Flächennutzungen gegenüber der standortvariablen Inanspruchnahme durch Freiflächen-PV.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **413**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Einzufügen: 4. Zulässig innerhalb der Vorranggebiete/Vorbehaltsgebiete Land- und Forstwirtschaft sind alle Vorhaben, die der Land- und Forstwirtschaft unmittelbar dienen, sowie Windenergieanlagen, Funk-, Strommasten oder ähnliche mastartige Anlagen, die von öffentlichem Interesse sind.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Einwendung ist inhaltlich vergleichbar mit entsprechender Abwägung unter BE-ID 327 dieser Abwägungssynopse dokumentiert.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **187**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Einzufügen: 4. Zulässig innerhalb der Vorranggebiete/Vorbehaltsgebiete Land- und Forstwirtschaft sind alle Vorhaben, die der Land- und Forstwirtschaft unmittelbar dienen, sowie Windenergieanlagen, Funk-, Strommasten oder ähnliche mastartige Anlagen, die von öffentlichem Interesse sind.

### Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Einwendung ist inhaltlich vergleichbar an anderer Stelle vorgebracht, es wird auf die entsprechende Abwägung unter BE-ID 327 dieser Abwägungssynopse verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **414**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Einzufügen: 5. Wald soll vor allem wegen seines wirtschaftlichen Nutzens erhalten und vermehrt werden und 04 wo verträglich mit der Waldbewirtschaftung, für die Umwelt und für die Erholung der Bevölkerung erhalten werden

Einzufügen: 6. Seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung muss nachhaltig gesichert werden. 3Ein klimagerechter Waldumbau muss unterstützt werden.

Zu streichen:04 [durchgestrichen]4Die hierfür aus forstwirtschaftlicher Sicht besonders geeigneten Waldflächen, die mit Nährstoffen sehr gut versorgt bis mäßig versorgt sind und daher als besonders geeignet für Laubwaldbaumarten gelten, sollen von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freigehalten werden. [durchgestrichen]

Anmerkung zu streichen, weil: Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum: Art. 14 GG.

06 1Die Waldstandorte in den in Anlage 2 festgelegten

- Vorranggebieten Wald sowie

- Vorranggebieten Natura 2000 und Vorranggebieten Biotopverbund, sofern diese den naturschutzfachlichen Erhaltungs- und Entwicklungszielen entsprechen, sind zu erhalten und zu entwickeln.

2 Die in Anlage 2 festgelegten Vorranggebiete Wald sind in die Regionalen Raumordnungsprogramme zu übernehmen und dort räumlich näher festzulegen. 3Ausnahmsweise können im Hinblick auf § 3a Abs. 2 des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz (NABEG) die in Anlage 2 festgelegten Vorranggebiete Wald für Höchstspannungsleitungen, für die eine Bundesfachplanung oder Planfeststellung nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz notwendig ist, in Anspruch genommen werden, wenn keine geeignete, rechtlich zulässige Trassenalternative gefunden werden kann.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 188.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **330**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Abschnitt 3.2.1, Absatz 04 (neu), Satz 1 bis 5 mit folgender Änderung:

1Wald soll wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt und für die Erholung der Bevölkerung erhalten und vermehrt werden. 2Seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung soll nachhaltig gesichert werden. 3Ein klimagerechter Waldumbau soll unterstützt werden. 4Die hierfür aus forstwirtschaftlicher Sicht besonders geeigneten Waldflächen, die mit Nährstoffen sehr gut versorgt bis mäßig versorgt sind und daher als besonders geeignet für Laubwaldbaumarten gelten, sollen von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freigehalten werden. 5In waldarmen Teilräumen sollen Waldflächen vergrößert und der Waldanteil erhöht werden.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Forstwirtschaft soll in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozioökonomischen Funktion gesichert werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft soll gestärkt werden, wobei ökonomische und ökologische Belange in Einklang gebracht werden sollen.

Die Forstwirtschaft soll beim waldbaulichen Umbau, der Neuausrichtung und der Diversifizierung unterstützt werden, damit so Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **188**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Einzufügen: 5. Wald soll vor allem wegen seines wirtschaftlichen Nutzens erhalten und vermehrt werden und 04 wo verträglich mit der Waldbewirtschaftung, für die Umwelt und für die Erholung der Bevölkerung erhalten werden

Einzufügen: 6. Seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung muss nachhaltig gesichert werden. 3Ein klimagerechter Waldumbau muss unterstützt werden.

Zu streichen:04 [durchgestrichen] 4Die hierfür aus forstwirtschaftlicher Sicht besonders geeigneten Waldflächen, die mit Nährstoffen sehr gut versorgt bis mäßig versorgt sind und daher als besonders geeignet für Laubwaldbaumarten gelten, sollen von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freigehalten werden. [durchgestrichen]

Anmerkung zu streichen, weil: Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum: Art. 14 GG.

06 1Die Waldstandorte in den in Anlage 2 festgelegten

- Vorranggebieten Wald sowie

- Vorranggebieten Natura 2000 und Vorranggebieten Biotopverbund, sofern diese den naturschutzfachlichen Erhaltungs- und Entwicklungszielen entsprechen, sind zu erhalten und zu entwickeln.

2Die in Anlage 2 festgelegten Vorranggebiete Wald sind in die Regionalen Raumordnungsprogramme zu übernehmen und dort räumlich näher festzulegen. 3Ausnahmsweise können im Hinblick auf § 3a Abs. 2 des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz (NABEG) die in Anlage 2 festgelegten Vorranggebiete Wald für Höchstspannungsleitungen, für die eine Bundesfachplanung oder Planfeststellung nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz notwendig ist, in Anspruch genommen werden, wenn keine geeignete, rechtlich zulässige Trassenalternative gefunden werden kann.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **52**    Stellungnahme-ID: **63**    BE-ID: **61**    **Landwirtschaftskammer Forstamt Südniedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

RROP 3.2.1 05 Satz 2

Waldränder haben besondere ökologische Funktionen und sollten in einem definierten Abstand von Bebauung und störenden Nutzungen freigehalten werden.

Vorschlag zu RROP 3.2.1 05 Satz 2:

Waldränder sollen mit einer 100 m breiten Schutz- und Pufferzone von Bebauung und störenden Nutzungen freigehalten werden.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens. Es wird auf die Begründung zur LROP-Verordnung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **105**   Stellungnahme-ID: **124**   BE-ID: **201**   **Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - Dez. Binnenfischerei**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Landkreis Northeim nimmt der Fischereikundliche Dienst des Landes Niedersachsen wie folgt Stellung:

Es ist zu begrüßen, dass die Belange der Binnenfischerei im Landkreis Northeim bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden sollen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **45**   Stellungnahme-ID: **132**   BE-ID: **327**

**Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.1, Absatz 02, Satz 2 mit folgender Änderung:

2Zulässig innerhalb der Vorranggebiete Landwirtschaft sind alle Vorhaben, die der Landwirtschaft unmittelbar dienen, sowie [durchgestrichen] Windenergieanlagen [durchgestrichen] (das Streichen ist aufzuheben), Funk-, Strom-masten oder ähnliche mastartige Anlagen, die von öffentlichem Interesse sind.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Auf Hinweis der oberen Landesplanungsbehörde im ersten Beteiligungsverfahren zum RROP ist eine Entflechtung vorgenommen und der Vorrang für die Landwirtschaft auf den betroffenen Teilgebieten und nach raumbezogener Überprüfung einem Vorbehalt für die Landwirtschaft gewichen. Die Forderung einer Begriffsergänzung ist somit obsolet, zumal Windenergieanlagen nach Erreichen des regionalen Teilflächenziels regelmäßig nur innerhalb der Vorranggebiete Windenergienutzung zulässig sein werden. Sh. auch weiterführende Ausführungen in den BE-IDs 603, 753 und 717 der Synopse zum ersten Beteiligungsverfahren.

---

Stellungnehmer-ID: **69**   Stellungnahme-ID: **82**   BE-ID: **101**

**Landesfischereiverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Die Belange der Binnenfischerei und Aquakultur sind bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Neben der ordnungsgemäßen Fischereiwirtschaft sollte auch die Aquakultur ausdrücklich Erwähnung finden. Diese umfasst sowohl die Karpfen- und Forellenteichwirtschaft, welche einer ordnungsgemäßen Teichbewirtschaftung folgen als auch kreislaufbasierte Systeme. Die Aquakultur muss im Entwurf Berücksichtigung finden, da sich die Bundesregierung in ihrem „Nationalen Strategieplan Aquakultur“ (Bund und Länder) ausdrücklich für eine Steigerung der Produktion von Fisch und Fischerzeugnissen ausgesprochen hat.

Wir empfehlen den genannten Sachverhalt daher in Abschnitt 3.2.1 des RROP zu ergänzen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung wird trotzdem ausgeführt:

Für den Landkreis Northeim lassen sich aus den Ausführungen auf Ebene der Regionalplanung und für den Zuständigkeitsbereich aktuell über die bereits getroffenen Festlegungen in 3.2.1 hinaus keine fachlich-inhaltlichen konkreten Regelungsbedarfe erkennen.

---

Stellungnehmer-ID: **117**   Stellungnahme-ID: **137**   BE-ID: **240**   **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.1

In der Begründung zu Abschnitt 4.1.3 Ziffer 06 wird ausgeführt, dass bei der Ortsumgehung Lütgenrode (Vorbehaltsgebiet Hauptverkehrsstraße im RROP-Entwurf) der aktuelle Planungsverlauf der Ortsumgehung von einer Vorrangfestlegung für die Landwirtschaft ausgenommen sei. Dies geht jedoch weder aus der Beschreibenden Darstellung noch aus der Zeichnerischen Darstellung eindeutig hervor. Aus Gründen der Normenklarheit hat daher diese Entflechtung verbal in der Beschreibenden Darstellung zu Abschnitt 3.2.1 oder zeichnerisch in der Plankarte im Maßstab 1:50.000 zu erfolgen.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Die zeichnerische Darstellung hat dies bereits im zweiten Entwurf berücksichtigt und weist im Verlauf der Ortsumgehung Lütgenrode kein Vorranggebiet Landwirtschaft aus. Zur Verbesserung der Darstellbarkeit wird die Festlegung zeichnerisch optimiert. Es wird darauf hingewiesen, dass Liniendarstellungen (in diesem Fall die Darstellung des Vorbehaltsgebietes Hauptverkehrsstraße) generalisiert im Maßstab 1:50.000 dargestellt sind und die Vorgaben der zeichnerischen Darstellung berücksichtigt sind.

---

Stellungnehmer-ID: **39**   Stellungnahme-ID: **91**   BE-ID: **192**   **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Einzufügen 10. Die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes sollen grundsätzlich als gleichrangig betrachtet werden. Die Sicherung der Existenz der Forstbetriebe ist ein vorrangiger Belang.

09 Zur Sicherung und Entwicklung ihrer Nutz-, Schutz-, Erholungs- und weiteren Funktionen sind Waldflächen [durchgestrichen] außerhalb der Vorranggebiete Wald [durchgestrichen] im Landkreis Northeim in der Zeichnerischen Darstellung Ergänzung: grds. als Vorbehaltsgebiete Wald dargestellt. 3Innerhalb dieser Gebiete sollen die Waldfunktionen vollumfänglich erhalten oder verbessert werden.

10 1Wenig gemischte und reine Nadelwälder sollen außerhalb ihres natürlichen Vorkommens durch konsequente ausreichende Förderung [durchgestrichen] von Laubbäumen [durchgestrichen] zu stabilen und standortgemäßen Mischwäldern und Laubmischwäldern [durchgestrichen] bzw. Laubwäldern [durchgestrichen] entwickelt werden. [durchgestrichen] 2In Anpassung an die jeweiligen ökologischen Verhältnisse soll die Vermehrung von standortheimischen Laubmischwäldern bzw. Laubwäldern bevorzugt werden. [durchgestrichen]

Anmerkung: Reine Laubwälder sind ebenso „Monokulturen“ und haben ein wesentlich höheres Risiko für Kalamitäten als Mischwälder.

[durchgestrichen] 3 [durchgestrichen] 2Die Sicherung, Entwicklung oder Herstellung der Stabilität und Gesundheit der Waldökosysteme [durchgestrichen] möglichst mit ihren autochthonen Arten der Flora und Fauna [durchgestrichen] soll besonders im Hinblick auf den Klimawandel bei allen waldbaulichen Maßnahmen intensiv berücksichtigt werden.

Anmerkung: Gerade im Hinblick auf den Klimawandel ist eine Einschränkung der Baumartenwahl nicht zielführend.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Nach § 4 ROG entfaltet ein Regionalplan keine unmittelbare Steuerungswirkung auf Privatpersonen und das genehmigungsfreie Handeln, in diesem Falle die Gestaltung der Bewirtschaftung der Waldgebiete, sondern zielt auf genehmigungspflichtige raumbedeutsame Planungen und Vorhaben ab. Der Regionalplanungsträger ist zudem zur Übernahme der Vorranggebiete Wald im RROP verpflichtet.

Die textlichen Festlegungen zu Ziffer 13 (neu 10) wurden nach dem ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren entsprechend überarbeitet, vgl. BE-IDs 535, 536, 541 und dortige entsprechende Abwägung in der ersten Synopse. An der Formulierung wird festgehalten. Wo statt Mischwäldern und Laubmischwäldern stabile und standortgerechte Laubwälder entwickelt werden, werden diese neben der Hauptbaumart regelmäßig auch weitere Laubbaumarten als Nebenbaumarten aufweisen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Im Fokus der regionalplanerischen Festlegungen steht die Entwicklung stabiler Waldökosysteme mit standortgerechten Mischwäldern möglichst mit ihren autochthonen Arten der Flora und Fauna unter Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen. Das Waldökosystem besteht dabei bei weitem nicht nur aus den forstlich genutzten Arten. Die Festlegung wird beibehalten.

Stellungnehmer-ID: **39** Stellungnahme-ID: **157** BE-ID: **418** **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Einzufügen 10. Die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes sollen grundsätzlich als gleichrangig betrachtet werden. Die Sicherung der Existenz der Forstbetriebe ist ein vorrangiger Belang.

09 Zur Sicherung und Entwicklung ihrer Nutz-, Schutz-, Erholungs- und weiteren Funktionen sind Waldflächen [durchgestrichen] außerhalb der Vorranggebiete Wald [durchgestrichen] im Landkreis Northeim in der Zeichnerischen Darstellung Ergänzung: grds. als Vorbehaltsgebiete Wald dargestellt. 3Innerhalb dieser Gebiete sollen die Waldfunktionen vollumfänglich erhalten oder verbessert werden.

10 1Wenig gemischte und reine Nadelwälder sollen außerhalb ihres natürlichen Vorkommens durch konsequente ausreichende Förderung von Laubbäumen [durchgestrichen] zu stabilen und standortgemäßen Mischwäldern und Laubmischwäldern [durchgestrichen] bzw. Laubwäldern [durchgestrichen] entwickelt werden. [durchgestrichen]2In Anpassung an die jeweiligen ökologischen Verhältnisse soll die Vermehrung von standortheimischen Laubmischwäldern bzw. Laubwäldern bevorzugt werden. [durchgestrichen]

Anmerkung: Reine Laubwälder sind ebenso „Monokulturen“ und haben ein wesentlich höheres Risiko für Kalamitäten als Mischwälder.

[durchgestrichen] 3 [durchgestrichen] 2 Die Sicherung, Entwicklung oder Herstellung der Stabilität und Gesundheit der Waldökosysteme [durchgestrichen] möglichst mit ihren autochthonen Arten der Flora und Fauna [durchgestrichen] soll besonders im Hinblick auf den Klimawandel bei allen waldbaulichen Maßnahmen intensiv berücksichtigt werden.

Anmerkung: Gerade im Hinblick auf den Klimawandel ist eine Einschränkung der Baumartenwahl nicht zielführend.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 192.

Stellungnehmer-ID: **107** Stellungnahme-ID: **127** BE-ID: **296** **Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. - vero**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung**

### Einwendung:

b) 3.2.2. Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung Ziffer 08 Satz 2 (BE-ID 462)

Die Ergänzung in der Begründung zu Kapitel 3.2.2. Ziffer 08 Satz 2 begrüßen wir sehr. Jedoch halten wir es weiterhin für angezeigt, die Nachnutzung von Sand- und Kiesgewinnungsstätten durch schwimmende PV-Anlagen zu ermöglichen, um deren Beitragspotential zur Energietransformation auszunutzen. Die in der Abwägungssynopse benannte BfN-Studie ist aus unserer Sicht auch nur ein Baustein, um evtl. Auswirkungen aufzuzeigen. Andere internationale Studien, die entsprechende Untersuchungen in Bereichen, die mit denen in Deutschland vergleichbar sind, zeigen, dass es keine negativen Einflüsse durch Floating-PV- Anlagen gibt. Daher regen wir an, auch diese Anlagen mindestens in die Begründung in Form einer Beispielnennung mit aufzunehmen.

### Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Nachnutzungsmöglichkeiten und erfolgten Ergänzungen in der Begründung beschränken sich nicht nur auf schwimmende PV-Anlagen und Kiesabbaustätten sondern sind übergreifend und bewusst offengehalten. Der Punkt wurde im Rahmen der Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs aufgegriffen und ergänzt ausgeführt. Die Beurteilung der Rekultivierungsmöglichkeiten ist vorhaben- und standortkonkret im Einzelfall und auf nachgelagerter Ebene zu bewerten, eine Ergänzung in der Begründung würde zu keinem anderen Ergebnis führen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf Beispielnennungen an dieser Stelle verzichtet. Die erfolgten Ergänzungen werden für ausreichend erachtet.

Eine Nachnutzung von Kies-Abbaussees durch Floating-PV ist im Landkreis Northeim bisher nicht gegeben und aktuell nicht abzusehen.

Stellungnehmer-ID: **117** Stellungnahme-ID: **137** BE-ID: **243** **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung**

### Einwendung:

Abschnitt 3.2.2 Ziffer 10 Satz 4

In Satz 4 legen Sie als Ziel der Raumordnung fest, dass die vorrangigen Zweckbestimmungen der sich überlagernden Vorranggebiete Natur und Landschaft sowie Rohstoffgewinnung im Bereich der Northeimer Seenplatte miteinander vereinbar sind. Da ein Vorranggebiet eine abschließende Festlegung zugunsten einer Nutzung trifft, ist eine Überlagerung mit anderen Vorranggebieten nur dann zulässig, wenn die jeweiligen vorrangigen Zweckbestimmungen miteinander vereinbar sind. Durch den Plangeber ist zu bestimmen, welche Kriterien der konkreten Vorranggebietsfestlegung zugrunde gelegt werden und ob z.B. diese Gebiete mit anderen verträglichen Festlegungen überlagert werden können, und wenn ja, mit welchen. Die Vereinbarkeit von Nutzungen muss sich aus der Sache heraus ergeben und kann nicht allein „per Definition“ über ein Ziel der Raumordnung erzeugt werden. Ein Überlappen verschiedener Nutzungen ist nur möglich, wenn diese miteinander realisiert werden können und nicht eine Nutzung die andere ausschließt. Die Festlegung ist in dieser Form nicht möglich und Satz 4 daher zu streichen. Die Vereinbarkeit der vorrangigen Zweckbestimmungen bzw. vorgesehenen Nutzungen ist stattdessen in der Begründung ausführlich darzulegen.

In der Begründung (S. 273) werden u. a. die Rohstoffgebiete Ki19, Ki11 und Ki3 als die Vorranggebiete Natur und Landschaft überlagernden Vorranggebiete Rohstoffgewinnung aufgeführt. Diese Angaben sind hinsichtlich ihres tatsächlichen Vorhandenseins (Ki19) sowie ihrer Lage im Vorranggebiet Natur und Landschaft (Ki11) bzw. im Naturschutzgebiet (Ki3) zu überprüfen und die Ausführungen entsprechend zu korrigieren.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Der Einwendung wird im Ergebnis teilweise gefolgt. Die Kritik kann nicht vollständig nachvollzogen werden und wird zurückgewiesen. 3.2.2 Ziffer 10 Satz 4 wurde gegenüber dem ersten RROP-Entwurf nicht geändert. Der Wortlaut und die Begründung sind das Ergebnis eines vorangegangenen Abstimmungsprozesses mit dem ArL. Es wurde abgestimmt, dass in der Begründung die Nennung der konkret betroffenen Gebiete in der Beschreibenden Darstellung oder in der Begründung zu ergänzen sind, die genaue Ausführung obliege dem Regionalplanungsträger. Es wurde nicht gefordert, den Satz komplett zu streichen. Die Hinweise aus vorangegangenen Beteiligungen wurden entsprechend umgesetzt. Die Festlegung wird für räumlich und inhaltlich ausreichend bestimmt angesehen. Der Satz wird für notwendig erachtet, da er die regionale Konkretisierung und fachliche Ausführung der Festlegung im LROP 2022 3.2.2 Ziffer 04 Satz 2 darstellt. Die Ausführungen in der Begründung greifen diese gebietsbezogenen Festlegungen auf und setzen sich fachlich- inhaltlich mit ihnen auseinander. Eine Streichung würde dem Auftrag in LROP 2022 3.2.2 Ziffer 04 Satz 2 nicht gerecht und wäre auch im Hinblick auf die FFH-Vorprüfung und SUP aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht zweckdienlich und fachlich nicht ausreichend gewürdigt.

Der Regionalplanungsträger hält die fachliche Auseinandersetzung innerhalb der Begründung zu dieser Ziffer, unter Berücksichtigung der vorangegangenen Herleitung und fachlicher Auseinandersetzung während der Erarbeitung der entsprechenden Vorranggebietskulisse in der vorangestellten Ziffer, auf die entsprechend verwiesen wird, sowie den Steckbriefen Rohstoffgewinnung für sachgerecht und ausreichend und beruft sich auf die vorangegangenen Abstimmungen mit dem ArL, dem LBEG, der UNB und den Vorhabenträgern. Auf weiterführende, sich wiederholende Informationen in der Begründung wird an dieser Stelle zugunsten der Übersichtlichkeit verzichtet und auf die bereits bestehenden Verweise verwiesen. Die fachliche Nachvollziehbarkeit ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers gegeben.

Die in der Begründung enthaltene Aufzählung der Rohstoffgebiete sowie die Ausführungen zu Ki3 werden korrigiert.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **193**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus

01 1Die Voraussetzungen für Erholung und Tourismus in Natur und Landschaft sollen in allen Teilräumen gesichert und weiterentwickelt werden, Ergänzen: soweit dadurch keine Beeinträchtigungen für die Waldbewirtschaftung entstehen.

Waldeigentum ist durch das Grundgesetz (Art. 14 GG – Eigentumsgarantie) geschützt. Eine übermäßige Belastung durch Tourismus, Erholung kann zu unzumutbaren Eingriffen in die Nutzung, zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen führen.

2Gebiete, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die landschaftsgebundene Erholung eignen, [durchgestrichen] sollen [durchgestrichen] können für diese Nutzung, Ergänzen: mit Zustimmung des Grundeigentümers erschlossen werden.

Anmerkung: Aber Widerspruch, die Ungestörtheit ist damit obsolet.  
Zustimmung des Eigentümers erforderlich.



5Durch die Nutzung von Natur und Landschaft für Erholung und Tourismus Ergänzen: darf keine Beeinträchtigung der Bewirtschaftung und der Wirtschaftlichkeit der Wälder entstehen und sollen die ökologischen Funktionen des Naturhaushalts und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werden.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **420**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

02 Zur Sicherung und Entwicklung der Erholungsfunktionen sind besonders stark für die landschaftsbezogene Erholung genutzte und geeignete Landschaftsräume als [durchgestrichen] Vorranggebiete [durchgestrichen] Vorbehaltsgebiete landschaftsbezogene Erholung festgelegt.

04 Zur Sicherung und Entwicklung der infrastrukturbezogenen Erholungsaktivitäten sind besonders stark für die infrastrukturbezogene Erholung genutzte und geeignete Gebiete als [durchgestrichen] Vorranggebiet [durchgestrichen] Vorbehaltsgebiete infrastrukturbezogene Erholung festgelegt.

07 1In ihrer Erholungs- und Tourismusfunktion sind regional bedeutsame Wanderwege, Radwege und Wasserwanderwege als [durchgestrichen] Vorranggebiet [durchgestrichen] Vorbehaltsgebiet regional bedeutsamer Wanderweg festgelegt. 2Sie sind in ihrer Beschaffenheit und Vernetzungsfunktion zu sichern und zu entwickeln.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 194.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **194**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

02 Zur Sicherung und Entwicklung der Erholungsfunktionen sind besonders stark für die landschaftsbezogene Erholung genutzte und geeignete Landschaftsräume als [durchgestrichen] Vorranggebiete [durchgestrichen] Vorbehaltsgebiete landschaftsbezogene Erholung festgelegt.

04 Zur Sicherung und Entwicklung der infrastrukturbezogenen Erholungsaktivitäten sind besonders stark für die infrastrukturbezogene Erholung genutzte und geeignete Gebiete als [durchgestrichen] Vorranggebiet [durchgestrichen] Vorbehaltsgebiete infrastrukturbezogene Erholung festgelegt.

07 1In ihrer Erholungs- und Tourismusfunktion sind regional bedeutsame Wanderwege, Radwege und Wasserwanderwege als [durchgestrichen] Vorranggebiet [durchgestrichen] Vorbehaltsgebiet regional bedeutsamer Wanderweg festgelegt. 2Sie sind in ihrer Beschaffenheit und Vernetzungsfunktion zu sichern und zu entwickeln.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der Einwender nennt an dieser Stelle keine weitergehenden Argumente für die gestellten Forderungen. Der Regionalplanungsträger hat sich bereits im ersten Beteiligungsverfahren mit Hinweisen des Einwenders zur Erholungsnutzung im Wald auseinandergesetzt und verweist auf die BE-ID 1105 der ersten Abwägungssynopse.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **263**

**Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

### Abschnitt 3.2.3 Ziffer 04

In der Zeichnerischen Darstellung ist erkennbar, dass sich einige Vorranggebiete infrastrukturbezogene Erholung teilweise mit Vorranggebieten regionale bedeutsame Sportanlage überlagern. Laut der NLT-Arbeitshilfe „Planzeichenkatalog – Planzeichen in der Regionalplanung“ sollte, sofern eine spezifische Nutzung besteht, die eine Festlegung als Vorranggebiet regionale bedeutsame Sportanlage zulässt, dieses Planzeichen zur Anwendung kommen. Die „doppelte“ Festlegung sollte dahingehend überprüft und auch angesichts der Vielzahl zeichnerischer Festlegungen in Ihrem RROP-Entwurf, welche die Lesbarkeit der Zeichnerischen Darstellung teilweise vermindern, mind. bei annähernd gebietsgleichen Festlegungen wie beispielsweise dem Golf und Country Club Leinetal, dem Flugplatz Bad Gandersheim oder dem Segelfluggelände „Sultmer Berg“ zurückgenommen werden.

#### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Vorranggebiete infrastrukturbezogene Erholung und die Vorranggebiete regional bedeutsame Sportanlage stellen keine konkurrierenden Nutzungen dar. Die Festlegungen sind aus Sicht des Landkreises Northeim miteinander vereinbar, da sich eine intensive Erholungsnutzung und eine sportliche Nutzung im Sinne des Vorranggebietes regional bedeutsame Sportanlage nicht widersprechen. In der zeichnerischen Darstellung sind zudem beide überlagernde Festlegungen eindeutig erkennbar und lesbar. Aus dem Einwand geht kein Hinweis auf eine konkrete Stelle in der zeichnerischen Darstellung hervor, in der aufgrund der Überlagerung der im Einwand genannten Vorranggebiete die Abgrenzung beider Vorranggebiete nicht eindeutig ersichtlich ist. An der überlagernden Festlegung der Vorranggebiete infrastrukturbezogene Erholung und Vorranggebiete regional bedeutsame Sportanlage wird daher festgehalten.

Es ergeht an dieser Stelle der Hinweis, dass der im Einwand genannte Passus der NLT-Arbeitshilfe "Planzeichenkatalog" zum Zeitpunkt der konzeptionellen Erarbeitung der im RROP-Entwurf vorgenommenen Festlegungen der Vorranggebiete infrastrukturbezogene Erholung und Vorranggebiete regional bedeutsame Sportanlage dort nicht enthalten war und erst zu einem späteren Zeitpunkt in der Arbeitshilfe ergänzt wurde. Dementsprechend lagen keine Hinweise vor, dass eine Überlagerung beider Planzeichen nicht anzustreben ist, zumal es sich nach Ansicht des Landkreises um keine sich widersprechenden, vorrangigen Nutzungen handelt.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **419**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

#### **Einwendung:**

3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus

01 1Die Voraussetzungen für Erholung und Tourismus in Natur und Landschaft sollen in allen Teilräumen gesichert und weiterentwickelt werden, Ergänzen: soweit dadurch keine Beeinträchtigungen für die Waldbewirtschaftung entstehen.

Waldeigentum ist durch das Grundgesetz (Art. 14 GG – Eigentumsgarantie) geschützt. Eine übermäßige Belastung durch Tourismus, Erholung kann zu unzumutbaren Eingriffen in die Nutzung, zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen führen.

2 Gebiete, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die landschaftsgebundene Erholung eignen, [durchgestrichen] sollen [durchgestrichen] können für diese Nutzung, Ergänzen: mit Zustimmung des Grundeigentümers erschlossen werden.

Anmerkung: Aber Widerspruch, die Ungestörtheit ist damit obsolet.  
Zustimmung des Eigentümers erforderlich.

5 Durch die Nutzung von Natur und Landschaft für Erholung und Tourismus Ergänzen: darf keine Beeinträchtigung der Bewirtschaftung und der Wirtschaftlichkeit der Wälder entstehen und sollen die ökologischen Funktionen des Naturhaushalts und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werden.

#### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 193.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **333**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Abschnitt 3.2.4, mit folgender Änderung:

Es ist ein neuer Absatz aufzunehmen, der die Möglichkeit aufführt, daß zur Reduzierung von Hochwasserereignissen Zisternen geeignet sind, die entweder das Oberflächenwasser von größeren versiegelten Flächen durch entsprechende Zuflüsse „zwischen Speichert“ oder auch solche Rückhaltungsmöglichkeiten in der Natur- und Landschaft umgesetzt werden. Dies ist sowohl im Wald als auch im Offenland eine Option. Die Kosten trägt die Gesellschaft! Es handelt sich um freiwillige Maßnahmen, die im Sinne der Prävention gesellschaftlich gewünscht werden.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung:

Der Regionalplanungsträger hat sich mit der Wasserrückhaltung auseinandergesetzt und zielt insbesondere auf die Schaffung oder Rückgewinnung natürlicher Retentionsräume ab (beinhalten beispielsweise die Renaturierung von Gewässern, Etablierung von Flutmulden etc.) und das Freihalten von geeigneten Bereichen für weitere Hochwasserschutzmaßnahmen wie z. B. Hochwasserrückhaltebecken. Davon unbenommen können Retentionszisternen im jeweiligen Einzelfall im Innenbereich geeignet sein und im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen oder nachträglich errichtet werden. Die Geeignetheit kann im RROP nicht allgemein festgelegt werden. Zisternen werden regelmäßig als nicht raumbedeutsam zu beurteilen sein.

---

Stellungnehmer-ID: **104**    Stellungnahme-ID: **126**    BE-ID: **223**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Zu der Beikarte 3-4 Vorrang- und Vorbehaltsgebiete des Wassermanagements und der Wasserversorgung:

Beantragt wird die Erweiterung der Vorranggebiete Trinkasserversorgung Offensen um das Bremkertal incl. der WEA-Flächen Uslar 01, s. Anlage.

Anlagen: siehe pdf als Anhang Seite 4

Auszug Karte 16: Vorranggebiet Trinkwasserversorgung, Erweiterung TW-Versorgung TW4 Offensen bis Bremker Tal / Hexentanzplatz – Schlarper Kreuz, ggf. Zusammenlegung mit TW8a und TW3

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Der Einwender erhofft sich augenscheinlich eine Verhinderung der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung durch die Erweiterung und Vergrößerung des Wassereinzugsgebietes und begründet seine Forderung auch damit.

Fachlich bleibt auszuführen, dass die Vorranggebiete Trinkwassergewinnung in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde festgelegt sind und auf den ermittelten Einzugsgebieten der bestehenden und geplanten Trinkwassergewinnungsanlagen bzw. Gewinnungsgebieten Zonen II und III basieren. Der zur Aufnahme geforderte Bereich fällt nicht in den ermittelten Einzugsbereich der geplanten oder bestehenden verordneten Trinkwasserschutzgebiete und zudem nicht in den aus dem LROP 2022 zu übernehmenden Bereich.

---

Stellungnehmer-ID: 104 Stellungnahme-ID: 126 BE-ID: 224 Privat

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

## Einwendung:

Gülleverbot im Bremkertal und im Schwülmetal

Der[Name anonymisiert] beantragt ein Verbot des Einbringens von Gülle und Düngung im Bereich der Trink-wasserversorgungsgebiete im Bremkertal sowie im Bereich des Schwülmetals auf den Wiesen aufgrund der hohen Nitratbelastung des Trinkwassers. Die eingebrachte Gülle wird teilweise durch Drainagerohre in den Wiesen oder alte Flutgräben direkt in die Bäche geleitet und verun-reinigt diese erheblich.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Forderung fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Regionalplanung und entzieht sich der Steuerungswirkung des RROP.

---

Stellungnehmer-ID: 45 Stellungnahme-ID: 132 BE-ID: 334 Privat

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

## Einwendung:

Abschnitt 3.2.4, Absatz 21, Satz 3 mit folgender Ergänzung:

Es ist ein neuer Satz 3 einzufügen, der berücksichtigt, daß auch innerorts Hochwasserschutzmaßnahmen möglich sind. Hier zum Beispiel durch ein „Zwischenspeichern“ von Oberflächen oder Dachwasser in Zisternen.

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung wird auf die BE-ID 333 und die dazugehörige Abwägung in dieser Synopse verwiesen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **195**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

3.2.4. Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz

04 Bei einer naturnahen Gewässergestaltung sollen natürlich mäandrierende Gewässerverläufe der oberirdischen Gewässer erhalten bzw. wiederhergestellt werden.

Ergänzen: Eingriffe dürfen nur erfolgen, wenn sie mit einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung vereinbar sind. Waldbesitzende dürfen durch Maßnahmen nicht belastet werden.

10 1Die Deckung des gegenwärtigen und künftigen Bedarfs der öffentlichen Trinkwasserversorgung ist in allen Landesteilen sicherzustellen.

Ergänzen: Die Wasserversorgung des Waldes ist dabei als Bestandteil einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Sinne des § 1 BWaldG zu erhalten und zu schützen.

19 1Der natürlichen Rückhaltung von Hochwasser soll Vorrang vor dem Bau von Hochwasserschutzanlagen gewährt werden. 1Die Gewinnung von geeigneten und Rückgewinnung von natürlichen

Retentionsräumen soll Vorrang haben vor dem Bau von Rückhalteräumen.

Ergänzen: Die Eigentumsrechte der Waldbesitzenden werden gewahrt und eine enge Beteiligung dieser im Rahmen der Planung und Umsetzung wird sichergestellt. Maßnahmen zur Hochwasserrückhaltung in Waldflächen dürfen nur unter Berücksichtigung eigentumsrechtlicher Belange erfolgen und sind, wie bei allen Bewirtschaftungseinschränkungen, durch geeignete Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen zu flankieren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Ausgestaltung von konkreten Planungen und Maßnahmen obliegt der dem RROP nachgelagerten Ebene, Abstimmungen zu Ausführungen und Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen erfolgen nicht im RROP und sind somit nicht Teil dieses Beteiligungsverfahrens. Vgl. außerdem BE-ID 1128 des ersten Beteiligungsverfahrens zum RROP. Bei Ziffer 3.2.4 10 handelt es sich um eine Übernahme aus dem LROP, die nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens ist.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **421**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

3.2.4. Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz

04 Bei einer naturnahen Gewässergestaltung sollen natürlich mäandrierende Gewässerverläufe der oberirdischen Gewässer erhalten bzw. wiederhergestellt werden.

Ergänzen: Eingriffe dürfen nur erfolgen, wenn sie mit einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung vereinbar sind. Waldbesitzende dürfen durch Maßnahmen nicht belastet werden.

10 1Die Deckung des gegenwärtigen und künftigen Bedarfs der öffentlichen Trinkwasserversorgung ist in allen Landesteilen sicherzustellen.

Ergänzen: Die Wasserversorgung des Waldes ist dabei als Bestandteil einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Sinne des § 1 BWaldG zu erhalten und zu schützen.

19 1Der natürlichen Rückhaltung von Hochwasser soll Vorrang vor dem Bau von Hochwasserschutzanlagen gewährt werden. 1Die Gewinnung von geeigneten und Rückgewinnung von natürlichen

Retentionsräumen soll Vorrang haben vor dem Bau von Rückhalteräumen.

Ergänzen: Die Eigentumsrechte der Waldbesitzenden werden gewahrt und eine enge Beteiligung dieser im Rahmen der Planung und Umsetzung wird sichergestellt. Maßnahmen zur Hochwasserrückhaltung in Waldflächen dürfen nur unter Berücksichtigung eigentumsrechtlicher Belange erfolgen und sind, wie bei allen Bewirtschaftungseinschränkungen, durch geeignete Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen zu flankieren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 195.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **135**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.1 Entwicklung der technischen Infrastruktur, Logistik**

### Einwendung:

zu 4.1.1 - Entwicklung der technischen Infrastruktur, Logistik

Hinsichtlich der verkehrsgünstigen Lage der Stadt Northeim mit Nähe zur BAB 7 sowie der Nord-Süd Bahnstrecke wäre die Ansiedlung von Logistikwirtschaft denkbar.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand bezieht sich nach Auffassung des Planungsträgers auf die Begründung zu RROP-Abschnitt 4.1.1 Ziffer 03, in der aufgeführt wird, warum im aktuellen RROP-Entwurf auf die Festlegung eines Vorranggebietes Güterverkehrszentrum verzichtet wird. Der Einwand wird als Statement gewertet und enthält keine weitere für die Planung relevanten Hinweise.

Zur Sachaufklärung ergeht an dieser Stelle der Hinweis, dass eine Ansiedlung von Logistikwirtschaft auch ohne die Festlegung eines Vorranggebietes Güterverkehrszentrum grundsätzlich möglich ist.

---

Stellungnehmer-ID: **38**    Stellungnahme-ID: **41**    BE-ID: **44**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

### Einwendung:

Punkt 03, Satz 2:

Der Probetrieb der RB 86 zwischen den Haltepunkten Einbeck-Mitte und Einbeck-BBS/PS.Speicher ist durch die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) zunächst im Mai 2024 und abschließend im Januar 2025 bewertet worden mit dem Ergebnis, dass die Strecke aufgrund der schwachen Auslastungszahlen, hohen Infrastrukturkosten im siebenstelligen Bereich sowie zu geringen Distanz zum vorausgehenden Haltepunkt langfristig kein Potential bietet und daher nicht SPNV-würdig ist, so dass der Regelbetrieb zukünftig nicht in Frage kommt.

Es handelt sich bei dem Haltepunkt Einbeck-BBS/PS.Speicher daher keineswegs um eine Ausweitung der RB 86 und somit auch nicht um einen Anschluss an das Schienennetz seit dem 01.11.2022, sondern lediglich um einen befristeten Probetrieb, der nach der abschließenden Beurteilung durch die LNVG im Dezember 2025 eingestellt werden wird. Insoweit besteht auch keine Inbetriebnahme dieses Haltepunktes, was gegen eine Darstellung zeichnerisch und verbal als Bahnhof / Bahnstation im RROP spricht.

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Die aus der Einwendung vorgebrachte Bewertung steht im Widerspruch zu der Bilanz des Probetriebs der Ilmetalbahn GmbH vom 18.10.2024 (verfügbar im Kreistagsinformationssystem des Landkreis Northeim). Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 19.09.2025 beschlossen, dass der Betrieb der Regionalbahn 86 bis zur Station Einbeck BBS/PS.SPEICHER bis 31.12.2027 unter Ausweitung des Fahrplans verlängert wird. Die Entwicklung zu einer Bahnstation mit regionaler Bedeutsamkeit bedingt sich durch die Anbindung des westlichen Teils des Stadtgebiets Einbeck mit unter anderem dem PS-Speicher als touristischem Ziel sowie der BBS als Schulstandort. Die Festlegung wird beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **58**    Stellungnahme-ID: **73**    BE-ID: **81**    **Landesnahverkehrsgesellschaft LNVG**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

### Einwendung:

Beschreibende Darstellung

Kapitel 4.1.2, Seite 47

Die Stationen Kreensen und Northeim werden nicht mehr vom Fernverkehr bedient.

Begründung

Kapitel 4.1.2, Seite 346

Die Stationen Kreensen und Northeim werden nicht mehr vom Fernverkehr bedient.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Bahnhöfe Northeim und Kreensen sind im Landkreis Northeim die wichtigsten Umsteigebahnhöfe für Schienen- und Busverkehr. Aus regionalplanerischer Sicht ist die Festlegung als Vorranggebiet für Fernverkehrsfunktionen daher sinnvoll und wird entsprechend beibehalten. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die Begründung überarbeitet. Die Festlegung wird beibehalten.

Stellungnehmer-ID: 76      Stellungnahme-ID: 92      BE-ID: 157      **Stadt Einbeck**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

## **Einwendung:**

Verkehr

In der zeichnerischen Darstellung und in der Begründung unter Ziffer 4.1.2 07 Satz 2 ist zu monieren, dass der Abschnitt zwischen Einbeck-Sachsenbreite und Juliusmühle fälschlicherweise als sonstige Eisenbahnstrecke und Ziel der Raumordnung festgelegt wurde, obwohl für die gleiche Trasse durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr derzeit ein Planfeststellungsverfahren für den Bau eines Radweges entlang der Landesstraße L 580 durchgeführt wird. Nach durchgeführter Beteiligung und eingeholten Stellungnahmen hat hierzu bereits am 16.01.2025 ein Erörterungstermin stattgefunden. Folglich ist dieser Bereich linienhaft als Vorranggebiet mit dieser Zweckbestimmung festzulegen.

## **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Gemäß LROP (2022) Abschnitt 4.1.2 Ziffer 05 Satz 1 (Ziel der Raumordnung) sind die in der Anlage 2 (LROP) festgelegten Vorranggebiete Haupteisenbahnstrecke und Vorranggebiete sonstige Eisenbahnstrecke in die RROP zu übernehmen und dort räumlich näher festzulegen. Das LROP legt die Strecke von Salzderhelden nach Juliusmühle als Vorranggebiet sonstige Eisenbahnstrecke fest. Die Übernahme in das RROP stellt einen Pflichtauftrag dar. Dies wurde im ersten Beteiligungsverfahren von der Genehmigungsbehörde angemerkt (s. Stellungnahme-ID 219, BE-ID 733 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren), die aktuelle Festlegung wird daher beibehalten.

Im aktuellen RROP-Entwurf werden unter Abschnitt 3.2.3 Ziffer 07 Rad-, Wander- und Wasserwanderwege aufgrund ihrer regionalen oder überregionalen Bedeutsamkeit für Erholung und Tourismus als Vorranggebiete regional bedeutsamer Wanderweg ausgewiesen. Eine Ausweisung sämtlicher (Alltags-)Radwege im Landkreis erfolgt dabei nicht. Eine entsprechende Bedeutsamkeit für den im Einwand genannten Radweg ist aktuell nicht erkennbar und geht aus dem Einwand nicht hervor. Dem Vorschlag, den genannten Radweg als Vorranggebiet regional bedeutsamer Wanderweg festzulegen, wird daher nicht gefolgt.

Stellungnehmer-ID: 75      Stellungnahme-ID: 90      BE-ID: 136      **Stadt Northeim**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

## **Einwendung:**

zu 4.1.2 - Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr

Hier kann positiv festgehalten werden, dass der Bahnhof Northeim als Vorranggebiet Bahnstation mit Fernverkehrsfunktion festgelegt ist, und Northeim somit auch weiterhin eine wichtige Rolle spielt.

In Bezug auf die mögliche Planung eines neuen Haltepunktes in der Stadt Northeim an der Mühlentorkreuzung, wäre der Bau frühzeitig mit der Stadt Northeim abzustimmen, da vermutlich der gesamte Kreuzungsbereich Mühlentor davon tangiert wäre.

Umfangreiche Baumaßnahmen wären u. a. in Abstimmung mit der DB umzusetzen. Ent-sprechende finanzielle Mittel müssten im Haushalt frühzeitig berücksichtigt werden.

## **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die konkrete Umsetzung von Infrastrukturprojekten liegt nicht in der Zuständigkeit der Regionalplanung. Es finden sich keine weiteren für das RROP-Verfahren relevanten Hinweise.

Stellungnehmer-ID: 76      Stellungnahme-ID: 92      BE-ID: 160      **Stadt Einbeck**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

## **Einwendung:**

Zum Ausbau und zur langfristigen Sicherung von Bahnhöfen in Einbeck (Kapitel 4.1.2, L10) und im Falle von bedarfsgerechtem Ausbau ist zu berücksichtigen, dass Bahnhöfe zentrale Orte für Mobilitätsind, bei denen Sicherheits- und Barrierefragen zum Tragen kommen müssen. Bei Fragen zum Ausbau und zur langfristigen Sicherung sollten aus Gleichstellungsperspektive z.B. auf gute Beleuchtung und Notrufstellen geachtet werden, um Angsträume zu vermeiden. Barrierefreie Zugänge kommen zudem nicht nur Frauen/Männern mit Kinderwagen zugute, sondern auch anderen Bevölkerungsgruppen (Senioren, Menschen mit Behinderung).



### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Neben dem Leitsatz L 10 ist der Einwand bereits in dem Leitsatz L 12 inhaltlich berücksichtigt. Die bisherige Formulierung wird als angemessen angesehen. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass Leitsätze nicht zur Systematik der Beschreibenden Darstellung gehören, ihre Begründung ist nicht Bestandteil des RROP.

---

Stellungnehmer-ID: **38**    Stellungnahme-ID: **41**    BE-ID: **287**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

### Einwendung:

Punkt 01, Satz 4:

"Höhengleiche Bahnübergänge sollen beseitigt werden"

Auf dem Streckenabschnitt zwischen Einbeck-Mitte und Einbeck-BBS/PS.Speicher befinden sich auf einem äußerst kurzen Teilstück von nur ca. 1,3 km gleich 5 höhengleiche Bahnübergänge, die dem Umstand geschuldet sind, dass es sich um einen antiquierten Schienenweg, der vor ca. 150 Jahren geplant wurde, handelt.

An 2 dieser 5 Bahnübergänge findet regelmäßig intensiver Schülerverkehr zu Fuß der unmittelbar angrenzenden Pestalozzi-Grundschule sowie des Goethe-Gymnasiums statt.

Der Straßenverkehr staut sich regelmäßig aufgrund der minutenlangen Blockierung durch die Bahnübergänge in einem erheblichen Ausmaß zurück.

Insbesondere aus Gründen der Sicherheit der Fußgänger und des ungehinderten Verkehrsflusses auf der Straße sollte hier kein dauerhafter Schienenverkehr mehr in Betracht gezogen werden.

### Abwägung:

Kann nicht gefolgt werden

Die genannte Festlegung 4.1.2 01 Satz 4 stammt aus dem Landes-Raumordnungsprogramm und ist nicht der Abwägung im Verfahren zum Regionalen Raumordnungsprogramm zugänglich. Die Festlegung der Strecke als Eisenbahnstrecke entstammt ebenfalls dem Landes-Raumordnungsprogramm und ist nicht der Abwägung im Verfahren zum Regionalen Raumordnungsprogramm zugänglich.

---

Stellungnehmer-ID: **56**    Stellungnahme-ID: **67**    BE-ID: **76**    **Regierungspräsidium Kassel**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### Einwendung:

Betrifft: Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung

Im Bereich des Fleckens Bodenfelde sowie des benachbarten Ortsteils Lippoldsberg der nordhessischen Gemeinde Wesertal ist in der zeichnerischen Darstellung des RROP die Ortsdurchfahrt von Lippoldsberg über die Lippoldsberger Straße (Flecken Bodenfelde) bzw. Neuendorfstraße (Gemeinde Wesertal) als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung festgelegt (siehe Kartenausschnitt in der Anlage).

Zwar entspricht dies der Festlegung im derzeit geltenden Regionalplan Nordhessen (RPN) 2009, jedoch wurde die Einstufung dieser Straße als Sonstige regional bedeutsame Straße Bestand mit dem 1. Entwurf zum neuen Regionalplan Nordosthessen aufgehoben. Diese Änderung wurde vorgenommen, da mit der Montanstraße am Ortsrand eine verkehrlich bedeutsamere Straße in unmittelbarer Nähe verläuft, welche eine Nutzung der Ortsdurchfahrt durch den überörtlichen Verkehr unnötig macht. Es wird daher darum gebeten, in Übereinstimmung mit dem 1. Entwurf zum Regionalplan Nordosthessen, die Festlegung der Lippoldsberger Straße im Flecken Bodenfelde als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung aufzuheben.

Auch wenn dies aufgrund der Grenznähe zeichnerisch nicht sichtbar ist, sollte stattdessen die Montanstraße als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung festgelegt werden, sofern dies nicht bereits der Fall ist.

### Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

Zur Sachaufklärung:

Die Festlegung der Lippoldsberger Straße als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung auf dem Gebiet des Landkreises Northeim wird beibehalten, da diese als Verbindung zur L 551 und somit zum Grundzentrum Bodenfelde weiterhin als regional bedeutsam einzustufen ist. Die Festlegung der Montanstraße erfolgt nicht, da sich diese nicht im Landkreis Northeim befindet. Von einer nachrichtlichen Darstellung wird aus Lesbarkeitsgründen sowie der fehlenden Rechtskraft des 1. Entwurfs des Regionalplans Nordhessen abgesehen.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **137**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### **Einwendung:**

zu 4.1.3 - Straßenverkehr

Der Wichtigkeit der BAB 7 für unser Stadtgebiet in Bezug auf Neuansiedlungen von Gewerbe, Gesundheitszentren, Hotels und Industrie wird mit den Anschlussstellen Northeim-West u. Nord Rechnung getragen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **56**    Stellungnahme-ID: **69**    BE-ID: **78**    **Regierungspräsidium Kassel**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### **Einwendung:**

Betrifft: Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung

Im Bereich des Ortsteils Offensen der Stadt Uslar wurde die Heisebecker Straße in der zeichnerischen Darstellung des RROP als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung festgelegt (siehe Kartenausschnitt in der Anlage).

Hier besteht eine ähnliche Situation wie in Lippoldsberg: In einiger Entfernung zum Ort gibt es einen direkten Anschluss der L558, welche in die Planungsregion Nordosthessen führt, an die L554, sodass durch den überörtlichen Verkehr keine Nutzung der innerorts abzweigenden Heisebecker Straße notwendig ist.

Da die Heisebecker Straße bereits vor der Landesgrenze in die L558 einmündet, sind die Belange der Planungsregion Nordosthessen hier zwar nicht betroffen, jedoch wird angeregt, eine Verlegung des Vorranggebiets Straße von regionaler Bedeutung auf die ortsferne L558 bis zur Einmündung in die L554 in Betracht zu ziehen, da diese Linienführung dem Charakter einer überörtlichen bzw. regionalen Straßenverbindung eher gerecht wird.

### **Abwägung:**

Wird nicht gefolgt

Die Festlegung der Heisebecker Straße als Straße von regionaler Bedeutung basiert unter anderem auf der Festlegung als Landesstraße L 558, aber auch auf ihrer verbindenden Funktion zum Bahnhof Offensen und zur L 554. Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und die Festlegungen beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **56**    Stellungnahme-ID: **68**    BE-ID: **77**    **Regierungspräsidium Kassel**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### **Einwendung:**

Betrifft: Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung

Im Bereich der Ortschaft Wahmbeck des Fleckens Bodenfelde wird in der zeichnerischen Darstellung des RROP die Ortsdurchfahrt einschließlich der Weserstraße bis zur Weserfähre (festgelegt als Vorbehaltsgebiet Fährverbindung) als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung festgelegt (siehe Kartenausschnitt in der Anlage).

Die auf hessischer Seite anschließende K78 ist weder im derzeit geltenden Regionalplan Nordhessen (RPN) 2009, noch im 1. Entwurf zum neuen Regionalplan Nordosthessen, als Sonstige regional bedeutsame Straße Bestand festgelegt. Da die Straßen- und Fährverbindung aus verkehrlicher Sicht keine überörtliche oder regionale, sondern nur eine lokale und touristische Bedeutung besitzt, kommt eine solche Einstufung aus Sicht der Planungsregion Nordosthessen auch nicht in Frage.

Die Festlegung der Fährverbindung als Vorbehaltsgebiet bleibt hiervon unberührt, da es in Hessen kein vergleichbares Planzeichen für eine zeichnerische Festlegung gibt und die bestehenden Fährverbindungen gemäß dem RPN 2009, wie auch dem 1. Entwurf zum neuen Regionalplan Nordosthessen, grundsätzlich ebenfalls erhalten werden sollen.

Sofern ein Anschluss der Ortschaft Wahmbeck und der Weserfähre an das Netz der Straßen von regionaler Bedeutung auf niedersächsischer Seite erforderlich ist, kann die Festlegung in der bisherigen Form grundsätzlich akzeptiert werden, um die Darstellung eines schlüssigen Verkehrsnetzes (innerhalb des Landkreises Northeim) zu wahren. Da hierdurch jedoch leicht der Eindruck einer grenzüberschreitenden Straßenverbindung von regionaler Bedeutung entsteht, welche aus Sicht der Planungsregion Nordosthessen nicht gegeben ist, wird um die Prüfung einer alternativen Darstellung gebeten.

Sofern die Festlegung der K447 als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung nur dem Anschluss der Ortschaft Wahmbeck an das übergeordnete Straßennetz dienen soll, könnte diese etwa auch bereits an einem Netzknoten innerhalb der Ortschaft enden. Sollte die Anbindung der Ortschaft bzw. der Fähre an das Netz der Straßen von regionaler Bedeutung ohne eine grenzübergreifende Verbindung hingegen entbehrlich sein, so wird der Entfall der Festlegung bereits ab dem Abzweig der K447 von der Amelither Straße in Bodenfelde angeregt.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

Zur Sachaufklärung:

Die K 447, welche als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung festgelegt ist, führt von Bodenfelde in Richtung Wahnbeck zur Weserfähre. Die Verbindung von Wahnbeck zum Grundzentrum Bodenfelde ist von regionaler Bedeutung, ebenso wie die Querungsmöglichkeit der Weser über die Weserfähre, welche als Vorbehaltsgebiet Fährverbindung gesichert ist. Die Festlegung des Vorranggebiets Straße von regionaler Bedeutung bis zur Weserfähre wird beibehalten, da die regionale Bedeutsamkeit der Straße auch über die gesamte Strecke gegeben ist, hier besonders auch von dem Standort der Weserfähre ausgehend. Die Einschätzung, dass durch diese Festlegung auf dem Gebiet des Landkreises Northeim der Eindruck entsteht, dass auf hessischer Seite eine regional bedeutsame Straße vorhanden sei, wird nicht geteilt, da keine Festlegungen auf hessischer Seite wiedergegeben werden und die Grenze des Planungsraums eindeutig gekennzeichnet ist.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **142**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.5 Luftverkehr**

### **Einwendung:**

zu 4.1.5 - Luftverkehr Hier kann positiv festgehalten werden, dass der Flugplatz Northeim als Vorranggebiet Verkehrslandeplatz festgelegt ist.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **56**    Stellungnahme-ID: **70**    BE-ID: **75**    **Regierungspräsidium Kassel**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Betrifft: Vorranggebiete Windenergienutzung

Gegen den Entwurf des RROP des Landkreises Northeim werden aus Sicht des Sachgebietes Energie keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen. Vorranggebiete zur Windenergienutzung sind überwiegend mit deutlichem Abstand zur Grenze der Planungsregion Nordosthessen vorgesehen. Lediglich eine sehr kleine Fläche grenzt unmittelbar an das auf nordhessischer Seite festgelegte Vorranggebiet KS 09 „südlich Heisebeck“. Eine Beeinträchtigung der Ortslagen der Gemeinde Wesertal sowie der Stadt Bad Karlshafen durch zu geringe Abstände ist somit nicht zu erwarten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **245**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Abschnitt 4.2.1 Ziffer 05 Satz 2

Es handelt sich hier um einen Grundsatz der Raumordnung. Die Formulierung „ist anzustreben“ suggeriert eine Zielqualität, die dem Grundsatzcharakter nicht gerecht wird. Die Formulierung ist entsprechend anzupassen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Kritik kann nicht nachvollzogen werden. Die angesprochene Ziffer hat sich gegenüber dem ersten RROP-Entwurf nicht geändert. Der Wortlaut "ist anzustreben" ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers ein nicht-messbares Merkmal, das eine Richtung vorgibt, ohne ein Ergebnis konkret festzulegen. Einem Zielcharakter würde die Formulierung aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht gerecht. Die Formulierung "ist anzustreben" ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers eine angemessene Vorgabe für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zur Berücksichtigung einer entsprechenden Entwicklung des

Raums.

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **422**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

## **Einwendung:**

### 4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung

05 2 Um den weiteren Ausbau der Windenergie an Land sicherzustellen, sollen bis 2030 1,4 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung gesichert werden. 6Ab 2030 sollen 2,1 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung gesichert werden.

Ergänzen: Die im LROP – E vorgesehene Möglichkeit auf Vorranggebieten Wald Windenergieanlagen zu errichten wird aufgenommen:

LROP-E: Ist das jeweilige regionale Teilflächenziel nach Spalte 4 der Anlage des Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) erreicht, wird der Landkreis Northeim den jeweils angegebenen Flächenwert in Vorranggebieten Wald des Landes-Raumordnungsprogramms als Vorranggebiete Windenergienutzung festlegen: – Landkreis Northeim 374 ha.

Ergänzen: Weiterhin werden vorsorglich weitere Windenergienutzungen im Wald mit der Wirkung von Eignungsgebieten oder als Vorranggebiete Windenergienutzung ausgeschöpft und festgelegt.

[durchgestrichen] 02 9Soweit Waldstandorte für die Nutzung von Windenergie in Anspruch genommen werden sollen, sollen zunächst

-mit technischen Einrichtungen oder Bauten vorbelastete Flächen oder

-mit Nährstoffen vergleichsweise schwächer versorgte forstliche Standorte genutzt werden. [durchgestrichen]

Vorrangig muss die Windhöflichkeit, die Effizienz, für die Auswahl sein! Waldflächen haben hier vielfach höheres Potenzial als Offenlandflächen.

Nach § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Nach § 2 Nr. 2 NROG sollen die verdichteten und die ländlichen Regionen gleichrangig zur Entwicklung des ganzen Landes beitragen. Dies kann im Rahmen der Energiewende für den ländlichen Raum nur gelingen, wenn maßgeblich nach vertretbaren und möglichst einheitlichen naturschutzfachlichen Maßstäben auf Bundes- und Landesebene und im Übrigen nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geeignete Windkraftstandorte und PV – Standorte im Wald genutzt werden können. Für den Landkreis Northeim ist das vollumfängliche Ausschöpfen des Potentials der Windenergie über Wald im -Integrierten Klimakonzept- aufzunehmen.

Bei einer durchschnittlichen WEA mit 10 Mio. kWh/a erzielt man 4.000 t CO<sub>2</sub> Ersparnis, bei einer ganz neuen höheren WEA mit 20 Mio. kWh/a können 8.000 t/a eingespart werden. Ein Wald bindet etwa 8- 1 2t CO<sub>2</sub>/ha/a im Durchschnitt.

Eine WEA bindet etwa bis zu 1.000 mal mehr CO<sub>2</sub> (bei heutigem Strommix) als 1 ha Wald. Bei Errichtung einer Windenergieanlage im Wald wird aber erfahrungsgemäß nur 0,5 ha Wald verdrängt bzw. unter der WEA kann Wald wachsen. Somit bindet die Windenergieanlage 2.000 mal mehr CO<sub>2</sub> als der von ihr verdrängte Wald. Unterstellt man, dass der erzeugte Strom in den Bereichen Wärme und Verkehr zum Betrieb von E-Autos und Wärmepumpen verwendet wird, dann „bindet“ dieses System bis zu 4.000 mal mehr CO<sub>2</sub> als der verdrängte Wald.

Im Landkreis Northeim sind die windhöflichen Bergkuppen regelmäßig bewaldet. Diese Standorte versprechen – bei Nutzung des gleichen Anlagentyps und entsprechend der gleichen Beanspruchung von Ressourcen – einen um rund 70 % höheren Energieertrag gegenüber den bisher fokussierten Gebieten der Tallagen um Einbeck oder im Leinetal.

Zwar ist aufgrund der besonderen Ausgestaltung des EEG ein wirtschaftlicher Anlagenbetrieb auch in diesen Tallagen möglich; um die gleichen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen in diesen Tallagen aber 70 % mehr Windenergieanlagen errichtet werden, als es bei einer Nutzung der windhöflichen Waldstandorte erforderlich wäre. Der Verzicht auf die Waldstandorte ist verbunden mit einer Verschwendung von Ressourcen und einer vermeidbaren Belastung für die Anwohner.

Wälder eignen sich für die Windenergie auch, weil sie meist siedlungsferner sind (Einhaltung von relativ großen Schutzabständen zu Siedlungen / Anwohnenden) und die Bäume ermöglichen eine Sichtverschattung und einen Schallschutz im näheren Umfeld.

## **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 196.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **336**    **Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

Abschnitt 4.2.1, Absatz 10, Satz 2 mit folgender Änderung:

1Die in der Zeichnerischen Darstellung als Vorbehaltsgebiet kulturelles Sachgut festgelegten historischen Kulturlandschaften regionaler Bedeutung sollen für Freiflächen-Photovoltaik nicht in Anspruch genommen werden.

2Auf Flächen mit dem Vorbehalt der Landwirtschaft können nach der unter Ziffer 09 genannte Bereiche mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen realisiert werden.

### Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG).

Zur Sachaufklärung wird trotzdem ausgeführt:

Die geforderte Umformulierung ist sinnverändernd und mit den Festlegungen des LROP 2022 unvereinbar. Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft sollen nach LROP 2022 (Abschnitt 4.2.1 Ziffer 03 Satz 4) nicht für Freiflächen-Photovoltaik zur Verfügung gestellt werden.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **196**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung

05 2 Um den weiteren Ausbau der Windenergie an Land sicherzustellen, sollen bis 2030 1,4 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung gesichert werden. 6Ab 2030 sollen 2,1 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung gesichert werden.

Ergänzen: Die im LROP – E vorgesehene Möglichkeit auf Vorranggebieten Wald Windenergieanlagen zu errichten wird aufgenommen:

LROP-E: Ist das jeweilige regionale Teilflächenziel nach Spalte 4 der Anlage des Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) erreicht, wird der Landkreis Northeim den jeweils angegebenen Flächenwert in Vorranggebieten Wald des Landes-Raumordnungsprogramms als Vorranggebiete Windenergienutzung festlegen: – Landkreis Northeim 374 ha.

Ergänzen: Weiterhin werden vorsorglich weitere Windenergienutzungen im Wald mit der Wirkung von Eignungsgebieten oder als Vorranggebiete Windenergienutzung ausgeschöpft und festgelegt.

[durchgestrichen] 02 9Soweit Waldstandorte für die Nutzung von Windenergie in Anspruch genommen werden sollen, sollen zunächst

- mit technischen Einrichtungen oder Bauten vorbelastete Flächen oder

- mit Nährstoffen vergleichsweise schwächer versorgte forstliche Standorte genutzt werden. [durchgestrichen]

Vorrangig muss die Windhöflichkeit, die Effizienz, für die Auswahl sein! Waldflächen haben hier vielfach höheres Potenzial als Offenlandflächen.

Nach § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Nach § 2 Nr. 2 NROG sollen die verdichteten und die ländlichen Regionen gleichrangig zur Entwicklung des ganzen Landes beitragen. Dies kann im Rahmen der Energiewende für den ländlichen Raum nur gelingen, wenn maßgeblich nach vertretbaren und möglichst einheitlichen naturschutzfachlichen Maßstäben auf Bundes- und Landesebene und im Übrigen nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geeignete Windkraftstandorte und PV – Standorte im Wald genutzt werden können. Für den Landkreis Northeim ist das vollumfängliche Ausschöpfen des Potentials der Windenergie über Wald im -Integrierten Klimakonzept- aufzunehmen.

Bei einer durchschnittlichen WEA mit 10 Mio. kWh/a erzielt man 4.000 t CO<sub>2</sub> Ersparnis, bei einer ganz neuen höheren WEA mit 20 Mio. kWh/a können 8.000 t/a eingespart werden. Ein Wald bindet etwa 8- 12t CO<sub>2</sub>/ha/a im Durchschnitt.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Eine WEA bindet etwa bis zu 1.000 mal mehr CO<sub>2</sub> (bei heutigem Strommix) als 1 ha Wald. Bei Errichtung einer Windenergieanlage im Wald wird aber erfahrungsgemäß nur 0,5 ha Wald verdrängt bzw. unter der WEA kann Wald wachsen. Somit bindet die Windenergieanlage 2.000 mal mehr CO<sub>2</sub> als der von ihr verdrängte Wald. Unterstellt man, dass der erzeugte Strom in den Bereichen Wärme und Verkehr zum Betrieb von E-Autos und Wärmepumpen verwendet wird, dann „bindet“ dieses System bis zu 4.000 mal mehr CO<sub>2</sub> als der verdrängte Wald.

Im Landkreis Northeim sind die windhöffigen Bergkuppen regelmäßig bewaldet. Diese Standorte versprechen – bei Nutzung des gleichen Anlagentyps und entsprechend der gleichen Beanspruchung von Ressourcen – einen um rund 70 % höheren Energieertrag gegenüber den bisher fokussierten Gebieten der Tallagen um Einbeck oder im Leinetal.

Zwar ist aufgrund der besonderen Ausgestaltung des EEG ein wirtschaftlicher Anlagenbetrieb auch in diesen Tallagen möglich; um die gleichen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen in diesen Tallagen aber 70 % mehr Windenergieanlagen errichtet werden, als es bei einer Nutzung der windhöffigen Waldstandorte erforderlich wäre. Der Verzicht auf die Waldstandorte ist verbunden mit einer Verschwendung von Ressourcen und einer vermeidbaren Belastung für die Anwohner.

Wälder eignen sich für die Windenergie auch, weil sie meist siedlungsferner sind (Einhaltung von relativ großen Schutzabständen zu Siedlungen / Anwohnenden) und die Bäume ermöglichen eine Sichtverschattung und einen Schallschutz im näheren Umfeld.

### Abwägung:

*Kann nicht gefolgt werden*

Der Hinweis zum ersten Entwurf zum Fortschreibungsverfahren des LROP wird zur Kenntnis genommen. Das RROP hat zum Zeitpunkt der Genehmigung den aktuell gültigen Rechtsrahmen zu Grunde zu legen und ist aus dem LROP zu entwickeln (vgl. § 13 Abs. 2 Satz 1 ROG).

Unabhängig von dem im landkreisweiten Planungskonzept zur Windenergie berücksichtigten Kriteriums der Windhöffigkeit stehen weiträumige Waldgebiete des Landkreises Northeim aufgrund der aktuell geltenden Rechtslage und verpflichtenden Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 weiträumig nicht für eine Windenergienutzung zur Verfügung. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Dieser Sachverhalt steht somit nicht im Ermessensspielraum des Regionalplanungsträgers. Es wird auf die BE-ID 1129 der Abwägungssynopse des ersten Beteiligungsverfahrens verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **335**

**Privat**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

Abschnitt 4.2.1, Absatz 07, Satz 4 und 5 mit folgender Änderung:

Diese Sätze sind zu streichen.

### Abwägung:

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **264**

**Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

Abschnitt 4.2.1 Ziffer 03

Nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG sind Flächen für die Windenergie aus Bauleitplänen, die nach dem 01.02.2023 wirksam geworden sind und Angaben zu Mindest- oder Maximalhöhen für Windenergieanlagen enthalten, nicht für das Erreichen des Flächenbeitragswertes bzw. Teilflächenziels anrechenbar. Es wird empfohlen, die ausdrückliche Nichthöhenbegrenzung im RROP festzulegen, um das Risiko einer etwaigen Nichtanrechenbarkeit gem. § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG durch die Bauleitplanung auszuschließen. Maßgeblich bei einer etwaigen Festlegung ist, dass die „Nichthöhenbegrenzung“ bzw. „unbegrenzte Höhe“ in Bezug auf die gewählte Referenzanlage inhaltlicher Bestandteil der Vorranggebiete Windenergienutzung ist. Neben der Darlegung in der Begründung wäre auch ein Plansatz als Grundsatz in Form einer Positivfestlegung denkbar, die wie folgt lauten könnte: „Für eine optimale Ausschöpfung der Windpotenziale soll auf Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen verzichtet werden.“ Denkbar ist auch eine Ergänzung des bestehenden Plansatzes 03 um „...ohne Höhenbegrenzung festgelegt.“ (siehe auch Pkt. 2.3.2 der Arbeitshilfe Windenergie (ML))

### Abwägung:

### Wird gefolgt

Der Planungsträger sieht in den Vorranggebieten Windenergienutzung keine Beschränkung der Maximalhöhe von Windenergieanlagen vor. Die Nicht-Höhenbeschränkung als inhaltlicher Bestandteil der Vorranggebiete Windenergienutzung wird zur Klarstellung in der Begründung näher erläutert.

---

Stellungnehmer-ID: **107**   Stellungnahme-ID: **127**   BE-ID: **297**   **Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. - vero**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

c) 4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung Ziffer 09 (BE-ID 464)

Da diesem Punkt nicht gefolgt wurde, er aber aus unserer Sicht durch unseren Vorschlag eine entsprechende Priorisierung in der Nachnutzung zulässt, halten wir an unserer Argumentation aus unserer Stellungnahme zum ersten Entwurf fest und verweisen zusätzlich auf unsere Argumentation unter b):

Eine explizite Erwähnung von schwimmenden PV-Anlagen auf künstlichen Gewässern, wie z.B. Baggerseen, wäre aus unserer Sicht sinnvoll, um die Möglichkeit der Installation dieser Anlagen und den Weiterbetrieb auch nach Beendigung der Kies- und Sandgewinnung raumordnerisch abzusichern. Es ist zudem zu prüfen, ob die Möglichkeit einer zeitlichen Nutzungsabfolge im Sinne der Rohstoffgewinnung im Verordnungstext verankert werden kann:

In Kapitel 4.2.1 Ziffer 09 wird dargelegt welche Bereiche für Freiflächen-Photovoltaik in Anspruch genommen werden sollen. Bei schwimmenden PV-Anlagen handelt es sich unserer Meinung nach um eine bestimmte Form der Freiflächen-PV-Anlagen.

Um effektives Potential zur Erzeugung regenerativer Energien nicht unnötig zu verlieren, ist es sinnvoll die Installation von schwimmenden PV-Anlagen raumordnerisch zu sichern und den Ausbau nicht zu erschweren. Daher schlagen wir folgende Ergänzung in Kap. 4.2.1 Ziffer 09 vor:

„Für Freiflächen-Photovoltaik in Anspruch genommen werden sollen

? bereits versiegelte Flächen,

? Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher oder wohnungsbaulicher Nutzung ohne naturschutzfachliche Bedeutung,

? Flächen entlang bestehender Verkehrsinfrastruktur,

? durch technische Infrastruktur vorbelastete Bereiche,

? künstliche Gewässer, wenn keine konkurrierende Nutzung entgegensteht, wobei eine parallele Nutzung von Rohstoffgewinnung und Erzeugung regenerativer Energie durch schwimmende PV-Anlagen möglich ist.“

### Abwägung:

#### Wird nicht gefolgt

Die Inanspruchnahme von künstlichen Gewässern für Floating-PV steht für den Landkreis Northeim nicht im Fokus. Es sind konkurrierende Nutzungsansprüche zu erwarten. Sofern die bereits vereinbarten und bestehenden Nachnutzungsfunktionen der jeweiligen Abbauten nicht beeinträchtigt werden, können erneuerbare Energien nachrangig zugelassen werden. Dies obliegt der nachgelagerten Prüfebene.

An der Abwägung der BE-ID 464 des ersten Beteiligungsverfahrens wird festgehalten. Es wird ergänzend auf die BE-ID 296 und entsprechende Abwägung zum zweiten RROP-Entwurf verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **39**   Stellungnahme-ID: **157**   BE-ID: **423**   **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### Einwendung:

4.2.2 Energieinfrastruktur

Für Höchstspannungsleitungen wird eine Ausnahme vom VR Wald im LROP 3.2.1 -04 mit der Begründung in Teil B, S. 29 aufgenommen: Übertragungsnetzausbau ist ein zwingend notwendiger Schritt, der den Ausbau der erneuerbaren Energien begleitet.

Damit leistet er einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Netzstabilität in Deutschland. Neben dem Netzausbau ist aber auch die regenerative Erzeugung von Strom von Bedeutung und das dezentral. Windenergie über Wald leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz und versorgt die regionalen Stromnetze, für die es in absehbarer Zeit große Speicheranlagen geben wird. Also auch hier ist eine allgemeingültige Ausnahme aufzunehmen.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Begründung in Teil B, S. 29 Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) soll zur Beschleunigung des Ausbaus der länder- und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beitragen, die aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind (§ 1 NABEG).

Ein überragendes öffentliches Interesse besteht ebenfalls an einer dezentralen Versorgungssicherheit, bezahlbaren Energiepreisen und verlässlichen Rahmenbedingungen durch WEA im Wald!

§ 2 EEG. Begründung in Teil B, S. 29: Um zu vermeiden, dass Vorranggebiete Wald eine unüberwindbare Barriere für Netzausbauprojekte nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz darstellen, ist für diese eine entsprechende Ausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG erforderlich.

Es sollte kein Vorranggebiet Wald festgelegt, sondern es sollten die Potentiale genutzt werden.

Ziel der Raumordnung muss der Ausbau der Windenergie über Wald sein. Die Festlegung von Vorranggebieten Wald ist zu streichen. Unsere enggestrickte solide Bundes- und Landeswaldgesetzgebung enthält bereits klare Maßgaben zum Walderhalt, es bedarf keiner weiteren Regulierung. Zu bedenken ist auch, dass ein Vorranggebiet Wald der Entwicklung von Mooren entgegensteht.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine bereits in ähnlichem Wortlaut und inhaltlich vergleichbar vorgebrachte Einwendung, für die Abwägung sh. BE-ID 189 dieser Abwägungssynopse. Zudem handelt es sich um eine doppelte Eingabe, sh. BE-ID 197.

---

Stellungnehmer-ID: **40**    Stellungnahme-ID: **42**    BE-ID: **49**    **TenneT TSO GmbH**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### Einwendung:

220-kV-Leitung Abzweig Erzhausen, Portal - Mast 005 (LH-10-2013)

380-kV-Leitung Lamspringe – Hardeggen, Portal - Mast 019 (LH-10-3034)

380-kV-Leitung Hardeggen – Mecklar, Mast 013 – Portal (LH-11-3040)

Umspannwerk Erzhausen

Umspannwerk Hardeggen

Geplanter SuedLink (Projekt A100)

Projekt Wahle – Mecklar (A120)

- 380-kV-Leitung Abzweig Erzhausen (LH-10-3035) inkl. KÜA

in dem angefragten Bereich befinden sich die o. a. Versorgungsanlagen und Planungen unseres Unternehmens. Für unsere o.a. Freileitungen und Umspannwerke gilt: Im Bereich des Regionalplans befinden sich die im Betreff genannten Höchstspannungsanlagen der TenneT TSO GmbH. Des Weiteren verlaufen in dem vorgenannten Regionalplan Planungskorridore von Neubauprojekten unseres Unternehmens. In den uns übersandten Unterlagen (zeichnerische Darstellung) sind unsere Freileitungen und Umspannwerke augenscheinlich lagerichtig dargestellt. Wir übersenden Ihnen der Vollständigkeitshalber eine DWG-Datei der Freileitung LH-10-2013 zu, aus der der Schutzbereich, den Leitungsverlauf und die Maststandorte zu entnehmen sind. Eine Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet. Nach der Verwendung ist die Datei zu löschen. Für die übrigen Anlagen ist der Leitungsverlauf der angehängten Übersichtskarte zu entnehmen. Seitens unserer Gesellschaft bestehen keine Einwendungen gegen die Änderungen des Regionalplanes, sofern die zur Sicherung des Anlagenbestandes und -betriebes erforderlichen Maßnahmen ungehindert durchzuführen sind und auch die Erneuerung, Verstärkung oder ein durch Dritte veranlasster Umbau der Anlagen an gleicher Stelle bzw. auf gleicher Trasse unter Beibehaltung der Schutzbereiche keinen Beschränkungen unterliegen. Der Leitungsschutzbereich der oben genannten Anlagen beträgt jeweils 40,00 m beiderseits der Leitungsachse (Verbindungsline der Mastmitten). Wir weisen darauf hin, dass innerhalb der Schutzbereiche unserer Leitungen und im Nahbereich von Umspannwerken Bau- und Bepflanzungsbeschränkungen bestehen. Deshalb sind alle Maßnahmen innerhalb der Schutzbereiche bzw. in unmittelbarer Nähe von Umspannwerken zur Stellungnahme vorzulegen sind. Die Bestands- und Betriebssicherheit der Höchstspannungsleitungen muss jederzeit gewährleistet sein. Maßnahmen zur Sicherung des Leitungsbestandes und -betriebes müssen unter Beibehaltung der Schutzbereiche ungehindert durchgeführt werden können. Hierzu zählen beispielsweise Korrosionsschutzarbeiten, Arbeiten zur Trassenfreihaltung von betriebsgefährdendem Aufwuchs, die Leitungsbefliegung und -wartung mit Drohnen sowie die Erneuerung oder Verstärkung oder ein durch Dritte veranlasster Umbau auf gleicher Trasse. Für Inspektions- und Wartungsarbeiten müssen der Zugang und die Zufahrt mittels LKW zu den Maststandorten weiterhin ungehindert möglich sein. Die Zugänglichkeit zur Leitungstrasse/zur den Leiterseilen muss ebenfalls gegeben sein. Wir bitten Sie, unsere Anlagen inklusive der Schutzbereiche sowie die genauen Bezeichnungen mit in Ihre Planungen aufzunehmen.

### Abwägung:

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die genannten Versorgungsanlagen sind bereits im aktuell vorliegenden, 2. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Leitungstrasse, Vorranggebiet Umspannwerk und Vorranggebiet Kraftwerk (Pumpspeicherwerk Erzhausen) festgelegt. Dies bestätigt auch der Abgleich mit der übermittelten DWG-Datei und der in der Stellungnahme enthaltenen Karte, die bereits im 1. Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf übermittelt und entsprechend im Abwägungsprozess berücksichtigt wurde (s. Abwägungen zur Stellungnahme-ID 252 in der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Aus Gründen der Klarstellung und Nachvollziehbarkeit werden die

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

bereits im aktuellen RROP-Entwurf als Vorranggebiet Leitungstrasse festgelegten Abschnitte "Lamspringe – Hardeggen" und "Hardeggen – Mecklar" in der Begründung zu Abschnitt 4.2.2 Ziffer 07 ergänzend genannt.

Zur Klarstellung wird angemerkt, dass im RROP keine Schutzbereiche für Leitungen festgelegt werden und das RROP Arbeiten im Leitungsbestand regelmäßig nicht entgegensteht.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **337**    **Privat**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### Einwendung:

Abschnitt 4.2.2, Absatz 7, Satz 2 mit folgender Änderung:

Bei der Verbindung Münchehof nach Pöhlde, ist Kalefeld wieder mit aufzunehmen  
Außerdem ist in der Aufzählung von Umspannwerken, das Umspannwerk Dögerode/Kalefeld aufzunehmen und zu erweitern.

### Abwägung:

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Aufgrund der Lesbarkeit wurden die Beschreibende Darstellung und Begründung vom 1. zum 2. RROP-Entwurf zu der genannten Festlegung gekürzt, sodass nur noch die Start- und Endpunkte der Leitungen beschrieben sind. Dies betrifft auch die Angabe "Kalefeld" der betroffenen 110-kV-Leitung. Der Verlauf dieser Leitung kann in der zeichnerischen Darstellung nachvollzogen werden und wurde nicht verändert. Die Ortsbezeichnung wird nicht wieder aufgenommen.

Das Umspannwerk Kalefeld (in Dögerode) wird aufgrund der Umstellung der Betriebsspannung auf 110 kV als Vorranggebiet Umspannwerk festgelegt.

---

Stellungnehmer-ID: **40**    Stellungnahme-ID: **42**    BE-ID: **52**    **TenneT TSO GmbH**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### Einwendung:

Für unser Projekt Wahle – Mecklar (A120) gilt: Die LH 10-3035 (Anbindungsleitung Erzhausen incl KÜA) ist planfestgestellt. Die Bauphase dauert voraussichtlich bis Ende 2028/Anfang 2029. Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an den Teilprojektleiter Bau, [Inhalt anonymisiert]

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die aktuellen Leitungsverläufe der Wahle-Mecklar sind im RROP bereits enthalten.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **246**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### Einwendung:

Abschnitt 4.2.2 Ziffer 08 Satz 2

Nach Abschnitt 4.2.2 08 Satz 3 LROP ist das Vorranggebiet Kabeltrassenkorridor Gleichstrom im RROP als Vorranggebiet Leitungstrasse festzulegen, sobald ein unangefochtener Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Es handelt sich um ein umsetzungspflichtiges Ziel des LROP, bei dem der Träger der Regionalplanung explizit Adressat der Vorgabe ist. Die Planfeststellungsunterlagen für die den Landkreis Northeim betreffenden Abschnitte B3 und C1 der Hochspannungsgleichstromleitung „SuedLink“ liegen derzeit der Bundesnetzagentur zur Genehmigung vor. Es ist davon auszugehen, dass die Erteilung der Genehmigung zeitnah erfolgt. Sollte während des Aufstellungsverfahrens des RROP für den Landkreis Northeim ein unanfechtbarer Planfeststellungsbeschluss für die betroffenen Abschnitte des SuedLink ergehen, ist die Trasse in Ihrem RROP als Vorranggebiet Leitungstrasse festzulegen und die Festlegung 4.2.2 Ziffer 08 Satz 3 zu streichen.

## Abwägung:

Wird gefolgt

Zum Zeitpunkt der Abwägung liegen die Planfeststellungsbeschlüsse für die den Landkreis Northeim betreffenden Abschnitte B3 und C1 der Hochspannungsgleichstromleitung „SuedLink“ vor, daher werden die RROP-Dokumente entsprechend angepasst, um dem Ziel aus dem LROP 2022 in Abschnitt 4.2.2 unter Ziffer 08 gerecht zu werden. Die planfestgestellte Trasse wird als Vorranggebiet Leitungstrasse in RROP-Abschnitt 4.2.2 Ziffer 07 festgelegt und Ziffer 08 (ehem.) in Abschnitt 4.2.2 gestrichen. Die Festlegung als Vorranggebiet Leitungstrasse stellt eine deutliche Konkretisierung des 1.000 m breiten Korridors dar.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **197**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

## Einwendung:

4.2.2 Energieinfrastruktur

Für Höchstspannungsleitungen wird eine Ausnahme vom VR Wald im LROP 3.2.1 -04 mit der Begründung in Teil B, S. 29 aufgenommen: Übertragungsnetzausbau ist ein zwingend notwendiger Schritt, der den Ausbau der erneuerbaren Energien begleitet.  
Damit leistet er einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Netzstabilität in Deutschland. Neben dem Netzausbau ist aber auch die regenerative Erzeugung von Strom von Bedeutung und das dezentral.  
Windenergie über Wald leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz und versorgt die regionalen Stromnetze, für die es in absehbarer Zeit große Speicheranlagen geben wird. Also auch hier ist eine allgemeingültige Ausnahme aufzunehmen.  
Begründung in Teil B, S. 29 Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) soll zur Beschleunigung des Ausbaus der länder- und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beitragen, die aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind (§ 1 NABEG).  
Ein überragendes öffentliches Interesse besteht ebenfalls an einer dezentralen Versorgungssicherheit, bezahlbaren Energiepreisen und verlässlichen Rahmenbedingungen durch WEA im Wald!  
§ 2 EEG. Begründung in Teil B, S. 29: Um zu vermeiden, dass Vorranggebiete Wald eine unüberwindbare Barriere für Netzausbauprojekte nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz darstellen, ist für diese eine entsprechende Ausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG erforderlich.  
Es sollte kein Vorranggebiet Wald festgelegt, sondern es sollten die Potentiale genutzt werden.  
Ziel der Raumordnung muss der Ausbau der Windenergie über Wald sein. Die Festlegung von Vorranggebieten Wald ist zu streichen. Unsere enggestrickte solide Bundes- und Landeswaldgesetzgebung enthält bereits klare Maßgaben zum Walderhalt, es bedarf keiner weiteren Regulierung. Zu bedenken ist auch, dass ein Vorranggebiet Wald der Entwicklung von Mooren entgegensteht.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine bereits in ähnlichem Wortlaut und inhaltlich vergleichbar vorgebrachte Einwendung, für die Abwägung sh. BE-ID 189 dieser Abwägungssynopse.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **266**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**  
Dokument: **Beschreibende Darstellung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

## Einwendung:

Abschnitt 4.2.2 Ziffer 07 Satz 2

Aus Gründen der Stringenz sollte die Festlegung das Wort Umspannwerk in der Einzahl enthalten, da sich durch die Verwendung des voranstehenden Wortes Vorranggebiete bereits die Festlegung mehrerer Umspannwerke ergibt.

## Abwägung:

Wird gefolgt

Die Formulierung wird entsprechend angepasst.

---

Stellungnehmer-ID: **125**    Stellungnahme-ID: **145**    BE-ID: **362**    **Deutsche Bahn AG - DB Immobilien**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur**

## Einwendung:

Immissionen

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Dies ist bei der Ausweisung neuer Baugebiete (o.Ä.) zu beachten.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Ausweisung von Baugebieten obliegt der dem RROP nachgelagerten Ebene. Für die regionalplanerische Abwägung werden keine relevanten Hinweise genannt, die nicht bereits berücksichtigt sind.

---

Stellungnehmer-ID: 136    Stellungnahme-ID: 156    BE-ID: 340    **Flecken Nörten-Hardenberg**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur**

## Einwendung:

1. Unterlage Begründung Regionales Raumordnungsprogramm 2. Entwurf

1.1

Auf der Seite 37 ist die Tab. 2.1-3 als Übersicht und Begründung der Standorte für die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten aufgeführt. Für den Standort Angerstein ist die Begründung zur Festlegung wie folgt zu ändern:

- a) ... der Logistikbranche und Mikrooptik mit Erweiterungsabsichten - ist zu streichen
- b) ... (bereits eingeleitete Erschließung); bauleitplanerisch gesichert - ist zu streichen
- c) unter Sonstige Anmerkungen: ... der Logistikbranche und - ist zu streichen und „vom“ - ist zu ergänzen

## Abwägung:

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Zu a): Die Bezeichnung "Logistikbranche" wird korrigiert, da das angesprochene Unternehmen zwar in der Logistikbranche tätig ist, am Standort Angerstein jedoch diese Sparte nicht prioritär bedient wird. Die Formulierung wird in "Dienstleistungsbranche im Bereich Elektronik" angepasst. Die Zuordnung des weiteren Unternehmens im Bereich Mikrooptik hat weiterhin Bestand. Dem Einwand, die Formulierung zu den Erweiterungsabsichten zu streichen, wird gefolgt. Die genannten Erweiterungsabsichten sind nicht maßgeblich für die Festlegung Angersteins als Standort für die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten.

Zu b): Dem Einwand wird gefolgt.

Zu c): Die Formulierung in der Begründung unter "sonstige Anmerkungen" wird dahingehend präzisiert, dass es sich bei dem angesprochenen Unternehmen der Logistikbranche nicht um das unter a) im Einwand genannte Unternehmen handelt, sondern um ein im Ort Nörten-Hardenberg (nördlich von Angerstein) angesiedeltes Unternehmen, welches eindeutig der Logistikbranche zuzuordnen ist.

---

Stellungnehmer-ID: 120    Stellungnahme-ID: 140    BE-ID: 392    **Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur**

## Einwendung:

Gleichermaßen sollte in den Entwurf des RROP aufgenommen werden, dass in Überschwemmungsgebieten für die Bebauung dargestellte Flächen in Flächennutzungsplänen zurückgenommen werden, sofern für diese Bereiche noch keine Baurechte bestehen (vgl. II.2.2 (G) BRPH). Dieses Erfordernis der Rücknahme von Flächen für die Siedlungsentwicklung wird bereits in einigen Raumordnungsplänen verbindlich vorgeschrieben, wie der LEP NRW[1] zeigt: „Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern.“

[1] Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2022): Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), 7.4-6 Ziel Überschwemmungsbereiche (S. 110). Online verfügbar <https://landesplanung.nrw.de/system/files/media/document/file/202409829-lesefassung-lep.pdf> (letzter Zugriff: 20.05.2025)

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Da im Zuge der Erarbeitung des 2. RROP-Entwurfs umfangreichere Ergänzungen zum BRPH erfolgt sind, wird im Folgenden näher auf den Einwand eingegangen.

Die Aufstellung und Aufhebung von Bauleitplänen fällt grundsätzlich in die Planungshoheit der Städte und Gemeinden. Da es sich bei dem BRPH um einen übergeordneten Raumordnungsplan handelt, der als Adressaten die Landes-, Regional- und Kommunalplanung benennt, sind die dort formulierten Ziele und Grundsätze nach Auffassung des Planungsträgers auch ohne eine Übernahme in das RROP von den entsprechenden Adressaten der jeweiligen Festlegungen zu beachten bzw. zu berücksichtigen, so auch im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Ein entsprechender Hinweis auf die Beachtens- und Berücksichtigungspflicht des BRPH im Zuge der Bauleitplanung wurde auf Hinweis des BBSR im ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren (s. Stellungnahme-ID 223, BE-ID 801 und 807 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren) in den Planunterlagen des RROP ergänzt und wird an dieser Stelle für ausreichend erachtet. Der vorgebrachte Hinweis wird für nachfolgende Beteiligungsverfahren zu Bauleitplanungen zur Kenntnis genommen.

Bei II.2.2 (G) des BRPH handelt es sich, anders als das angeführte Beispiel des Landes-Entwicklungsplans NRW (Ziel, kein Ermessensspielraum), um einen Grundsatz der Raumordnung, mit dem ein Ermessensspielraum einhergeht. Unter Anbetracht der Planungshoheit der Städte und Gemeinden im Landkreis sowie der o. g. Ausführungen wird von einer Zielfestlegung des Grundsatzes II.2.2 (G) aus dem BRPH im aktuellen RROP-Entwurf verzichtet. Dies steht nach hiesiger Auffassung im Einklang mit den Intentionen des BRPH, der auf eine Konkretisierung u. a. durch die kommunale Bauleitplanung angelegt ist und die Planungshoheit der Länder und Kommunen wahrt (vgl. Anlage zur Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz vom 19. August 2021, Präambel).

---

Stellungnehmer-ID: <b>54</b>	Stellungnahme-ID: <b>65</b>	BE-ID: <b>70</b>	<b>Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest)</b>
Dokument: <b>Begründung zum 2. RROP-Entwurf</b>			Gliederungspunkt: <b>2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur</b>

### **Einwendung:**

A.) Stellungnahme der Niederlassung Nordwest:

Fachabteilung Immissionsschutz

In einem RROP werden die Ziele und Grundsätze zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums festgelegt. Diese liegen im Spannungsfeld zwischen Landesplanung, Fachplanung und kommunaler Bauleitplanung. Konkrete schalltechnische oder luftschadstofftechnische Berechnungen bzw. daraus abgeleitete Maßnahmen sind in einem RROP daher nicht enthalten.

Das RROP LK Northeim enthält unter 2.1 04 das Ziel, im Bereich der A7 ein gemeindeübergreifendes Vorranggebiet für industrielle Anlagen und Gewerbe festzulegen. Das entspricht grundsätzlich dem unter 2.1 13 aus dem LROP 2.1 09 übernommenen Grundsatz, dass Nachteile und Belästigungen für die Bevölkerung durch Luftverunreinigungen und Lärm durch vorsorgende räumliche Trennung nicht zu vereinbarender Nutzungen und durch hinreichende räumliche Abstände zu störenden Nutzungen vermieden werden sollen.

Unabhängig davon ist bei Neuausweisung von Nutzungen im Einwirkungsbereich von Autobahnen zu berücksichtigen, dass der Straßenbaulastträger keine Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz neuer Baugebiete errichtet und hierfür auch keine Kosten übernimmt. Geeignete Maßnahmen zur Minderung der durch die Schallbelastung vorgefundenen Konflikte sind auf der Ebene der jeweiligen Bebauungspläne zu treffen. Dazu sind schalltechnische Untersuchungen nach den dann gültigen Regelungen durchzuführen.

Ansprüche hinsichtlich der Emissionen wie Lärm, Staub, Gasen oder Erschütterungen können gegenüber der Autobahn GmbH des Bundes nicht hergeleitet werden. Gegenüber dem Träger der Straßenbaulast der Autobahn sowie dem Fernstraßen-Bundesamt besteht für das Vorhaben kein Anspruch auf Lärm- oder sonstigen Immissionsschutz. Dies gilt auch für den Fall der Zunahme des Verkehrsaufkommens. Jeder Bauantragssteller hat selbst für entsprechenden Immissionsschutz zu sorgen, einschließlich Wartung, Kontrolle und Instandsetzung. Dies gilt auch für die Rechtsnachfolger.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Das angesprochene Vorranggebiet industrielle Anlagen und Gewerbe bzw. die Zielfestlegung unter Abschnitt 2.1 Ziffer 04 ist im Vergleich vom ersten zum zweiten RROP-Entwurf von keiner wesentlichen Änderung betroffen. Die Einwendung enthält daher keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) und bezieht sich vornehmlich auf dem RROP nachgelagerte Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren.

---

Stellungnehmer-ID: <b>120</b>	Stellungnahme-ID: <b>140</b>	BE-ID: <b>395</b>	<b>Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung</b>
Dokument: <b>Begründung zum 2. RROP-Entwurf</b>			Gliederungspunkt: <b>2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur</b>

### **Einwendung:**

Zum risikobasierten Ansatz im vorbeugenden Hochwasserschutz in der Regionalplanung

Der risikobasierte Ansatz, welcher in Zielfestlegung I.1.1 (Z) des BRPH normiert wird, verlangt von der Regionalplanung die Prüfung der vorherrschenden Risiken durch Hochwasser auf Grundlage bei öffentlichen Stellen verfügbarer Daten. Auf Grundlage der identifizierten Risiken sollen Festlegungen in zeichnerischer und/oder textlicher Form erfolgen. Die Prüfung von Hochwasserrisiken wurde im zweiten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim teilweise nachgeholt, indem für die zentralen Siedlungsbereiche eine Gefahrenstufenzonierung auf Grundlage der verfügbaren Daten der Eintrittswahrscheinlichkeit und jeweiligen Einstautiefe vorgenommen wurde. Die daraus gewonnene Gefahrenstufenzonierung wird von Seiten der Bundesraumordnung begrüßt und soll nach Lesart des Entwurfs des Raumordnungsprogramms den nachgelagerten Planungsebenen als Entscheidungsgrundlage zweckdienlich sein. Da Ausführungen zur Gefahrenstufenzonierung nur in der Begründung enthalten sind, resultiert keine raumordnungsrechtliche Verbindlichkeit der Zonierung.

Wieso die Gefahrenstufenzonierung nur für den zentralen Siedlungsbereich und nicht für den Gesamttraum erstellt und kartographisch dargestellt wurde, bleibt unklar. Eine Flankierung der Gefahrenzonen anhand verbindlicher textlicher Festlegungen, möglichst als Ziele der Raumordnung, würde eine sinnvolle Umsetzung des risikobasierten Ansatzes darstellen. So könnten Raumnutzungen und Raumfunktionen in Abhängigkeit ihrer Vulnerabilität räumlich ausgeschlossen oder ermöglicht werden. Auch bei baulichen Inanspruchnahmen außerhalb der zentralen Siedlungsbereiche sind die Gefahren durch Hochwasserereignisse von großer Relevanz und sollten daher einer Risikoabschätzung auf Grundlage von Gefahrenzonierungen unterliegen. Es wird deshalb angeregt, die im zweiten Entwurf des Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim vorgenommene Gefahrenstufenzonierung auf den gesamten Planungsraum auszuweiten, mit verbindlichen Festlegungskarten darzustellen und durch textlich verbindliche Plansätze zu ergänzen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Eine Festlegung setzt aus Sicht des Regionalplanungsträgers eine verlässliche und aktuelle Datengrundlage und weiterführende landkreisweite Untersuchungen voraus. Wie bereits in der Abwägung zum Einwand aus dem 1. Beteiligungsverfahren erläutert, stehen die für eine flächendeckende Betrachtung benötigten Daten, die durch die jeweils zuständigen Fachbehörden erhoben werden, aktuell nicht für den gesamten Landkreis zur Verfügung (s. Stellungnahme-ID 223, BE-ID 806 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Gemäß der Planbegründung des BRPH zu I.1.1 (Z) wird dem Bestimmtheitsgebot und dem Verhältnismäßigkeitsprinzip bei der Planfestlegung I.1.1 auch insofern Rechnung getragen, als Satz 1 der Festlegung nur zur Anwendung kommt, soweit entsprechende Daten bei öffentlichen Stellen verfügbar sind. Die einzelnen Aspekte dieser Daten sind dabei abschließend im BRPH genannt ("Wahrscheinlichkeit, zeitlicher und räumlicher Umgriff des Hochwasserereignisses, die Wassertiefe und die Fließgeschwindigkeit"). Der im BRPH vorgegebenen, verbindlichen Prüfung zur Umsetzung von I.1.1 wurde aus Sicht des Planungsträgers mit der im 2. RROP-Entwurf vorgenommenen Ergänzungen nachgekommen, soweit dies auf Ebene der Regionalplanung und mit den verfügbaren Daten möglich ist. Auf entsprechende Zielfestlegungen wird aufgrund der fehlenden Daten und entsprechender Untersuchungen verzichtet. Im Rahmen von Fortschreibungs- oder Änderungsverfahren des RROP wird dieser Themenkomplex erneut zu prüfen sein. Die Ausführungen in der Begründung diesbezüglich werden für ausreichend erachtet.

Die Gefahrenstufenzonierung wurde für das zentrale Siedlungsgebiet vorgenommen, da es sich hierbei um eine flächenhafte, im RROP-Entwurf räumlich bestimmte Festlegung handelt, deren Bestandteile nach Einschätzung des Planungsträgers besonders vulnerabel bei einem Hochwasserereignis sein können. Eine detailliertere Begründung hierzu ist bereits in der Abwägung des 1. Beteiligungsverfahrens unter der o.g. Stellungnahme- und BE-ID enthalten und findet sich in der Begründung zum RROP wieder. Ergänzend wird der Hinweis vorgebracht, dass im RROP keine standortkonkrete Planung oder gar Festlegung von Einrichtungen, wie bspw. Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen, erfolgt. Die bereits im RROP-Entwurf enthaltenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz, die für den gesamten Planungsraum einheitlich ermittelt wurden, sind bei nachfolgenden Planungen entsprechender Einrichtungen zu beachten bzw. zu berücksichtigen und weisen auf die Gefahren und Risiken im Rahmen von Hochwasserereignissen hin.

---

Stellungnehmer-ID: 136    Stellungnahme-ID: 156    BE-ID: 342    **Flecken Nörten-Hardenberg**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **2.2 Entwicklung der Daseinsvorsorge und Zentrale Orte**

### **Einwendung:**

1.3  
Seite 74 Karte Zentrales Siedlungsgebiet Nörten-Hardenberg  
Unter 4 - Sportanlagen - ist zu streichen und zu ersetzen durch „im FNP gewerbliche Fläche“  
Dafür wurde die 28. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt. Dieser wurde am 15.09.2023 genehmigt.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Ein entsprechender Hinweis wird in Abb. 2.2-15 "Zentrales Siedlungsgebiet Nörten-Hardenberg" unter der Nummer 4 aufgenommen. Es ergeht der klarstellende Hinweis, dass die Entwicklungsabsichten des Fleckens nicht im Konflikt mit der Festlegung des zentralen Siedlungsgebietes stehen.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 55      Stellungnahme-ID: 66      BE-ID: 74      **Stadt Moringen**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **2.2 Entwicklung der Daseinsvorsorge und Zentrale Orte**

### **Einwendung:**

-Aufgrund der langjährigen Gültigkeit des RROP und der Verpflichtung zur Einhaltung übergeordneter Planvorgaben bei der Aufstellung von F-Plänen, hat die Stadt Moringen ihre Entwicklungsabsichten in der Anlage 6 mit den Ziffern I- IV dargelegt. Sollte eine Einbeziehung in das zentrale Siedlungsgebiet aus den nachvollziehbaren Gründen nicht möglich sein, werden die o.g. Flächen dennoch als mögliche Entwicklungsbereiche festgelegt. Zur weiteren Entwicklung des Zentralen Ortes werden die Bereiche I - IV dringend benötigt. Um F-Plan-Änderungen zielführend und gesetzeskonform durchführen zu können, ist eine entsprechende Darstellung im RROP geboten. Es wird um die Darstellung der Erweiterungsflächen I - IV gebeten.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die im Einwand genannten Hinweise und Anlage 6 beziehen sich auf die Stellungnahme der Stadt Moringen und die zugehörige Anlage 6, die bereits im 1. Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf übermittelt wurden. Der Einwand wurde daher bereits im RROP-Verfahren abgewogen und angemessen berücksichtigt (s. Stellungnahme-ID 273, BE-ID 910). Der nach dem 1. Beteiligungsverfahren durchgeführte Erörterungstermin führte zu keiner abweichenden Erkenntnis.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Klarstellung und Sachaufklärung wird ausgeführt, dass die Festlegungen des aktuellen RROP-Entwurfes, welche die in der Anlage 6 dargestellten Bereichen betreffen, die Entwicklungsabsichten der Stadt Moringen auch mit ausbleibender Festlegung als zentrales Siedlungsgebiet nicht grundsätzlich ausschließen. Eine abschließende, raumordnerische Beurteilung kann jedoch erst bei Vorliegen eines konkreten Entwurfs einer Bauleitplanung bzw. eines konkreten Vorhabens erfolgen.

---

Stellungnehmer-ID: 117      Stellungnahme-ID: 137      BE-ID: 262      **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **2.2 Entwicklung der Daseinsvorsorge und Zentrale Orte**

### **Einwendung:**

Abschnitt 2.2 Ziffer 06 Satz 1

In der Begründung zu Abschnitt 2.2 Ziffer 06 Satz 1 wird folgender Satz ausgeführt: „Die Mittelzentren haben darüber hinaus aber noch die Aufgabe, Einrichtungen und Angebote zur Deckung des spezialisierten gehobenen Bedarfs bereitzustellen.“ Laut LROP Abschnitt 2.2 Ziffer 05 Satz 4 sind in Mittelzentren zentralörtliche Einrichtungen und Angebote zur Deckung des gehobenen Bedarfs zu sichern und zu entwickeln. Das Wort „spezialisiert“ sollte daher gestrichen werden.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Die Formulierung in der Begründung zu RROP-Abschnitt 2.2 Ziffer 06 Satz 1 wird dem Einwand entsprechend korrigiert.

---

Stellungnehmer-ID: 136      Stellungnahme-ID: 156      BE-ID: 341      **Flecken Nörten-Hardenberg**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **2.2 Entwicklung der Daseinsvorsorge und Zentrale Orte**

### **Einwendung:**

1.2

Seite 55 für Nörten-Hardenberg

Die Anzahl der Kindergarten/Kindertagesstätten beträgt im Flecken Nörten-Hardenberg 5 und nicht 3. In Nörten sind 3 Kindergärten vorhanden, in Bishausen und Angerstein jeweils eine.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Aussage in der angesprochenen Tabelle 2.2-1 "Begründung der Grundzentren im Landkreis Northeim", dass die Anzahl der Kindergärten/Kindertagesstätten für den Ort Nörten-Hardenberg 3 beträgt, bezieht sich nicht auf das gesamte Gebiet des Fleckens und alle Ortschaften des Fleckens, sondern ausschließlich auf den Ort Nörten-Hardenberg, der als Grundzentrum ausgewiesen wird und dessen Festlegung entsprechend begründet wird. Die Ausführungen in dem Einwand bestätigen die Richtigkeit des Inhalts in Tab. 2.2-1 und führen zu keinem Änderungsbedarf.



Stellungnehmer-ID: 126 Stellungnahme-ID: 146 BE-ID: 404 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.1 Elemente und Funktionen des Freiraumverbundes, Bodenschutz**

### **Einwendung:**

Boden

Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG).

Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen. Es wird begrüßt, dass diese Böden im Umweltbericht benannt werden. Dabei handelt es sich um Böden mit besonderer Erfüllung der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion. In Niedersachsen können dies Böden mit besonderen Standorteigenschaften, Böden mit hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit, Böden mit naturgeschichtlicher Bedeutung, Böden mit kulturgeschichtlicher Bedeutung oder seltene Böden sein. Die Karten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden. Eine Zusammenstellung der schutzwürdigen Böden in Niedersachsen finden Sie in Geoberichte 8.

Auch eine regionalspezifische Auswertung der Schutzwürdigkeit ist möglich (vgl. z.B. RROP des Landkreises Hildesheim). Hinweise, wie auf der Grundlage von flächendeckend in Niedersachsen vorliegenden Daten und im Niedersächsischen Bodeninformationssystem NIBIS verfügbaren Auswertungsmethoden eine regionalspezifische, zusammenfassende Bodenfunktionsbewertung auf kommunaler Ebene durchgeführt werden kann, finden Sie in Geobericht 26 Bodenfunktionsbewertung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Im Plangebiet liegen kohlenstoffreiche Böden mit Bedeutung für den Klimaschutz. Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten sollen entsprechend dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 06) in ihrer Funktion als natürliche Speicher für klimarelevante Stoffe erhalten werden. Die Daten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden.

Zusätzlich weisen wir darauf hin, dass sich im Bereich oder im Umkreis des Plangebiets eine Boden-Dauerbeobachtungsfläche (BDF) befindet. Boden-Dauerbeobachtungsflächen dienen der langfristigen Erfassung von belastungs- und nutzungsspezifischen Bodenveränderungen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es unbedingt erforderlich, dass diese Flächen gesichert bleiben. Wir verweisen auf die Darstellung der BDF im NIBIS® Kartenserver.

[Tabelle]

Bei Detailplanungen in diesen Bereichen sind genaue Koordinaten beim LBEG unter dem folgenden Kontakt zu erfragen.

Reduzierung von Flächenneuinanspruchnahme und Neuversiegelung

Wir unterstreichen den Bedarf nach einem sparsamen Umgang mit den Ressourcen Boden und Fläche. Um die Ziele zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme (Deutsche und Niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie) und der Neuversiegelung (NNatSchG §1a, LROP 3.1.1, 05) zu erreichen, ist eine verstärkte Berücksichtigung dieser Belange in Planungsprozessen erforderlich.

Die Bundesregierung hat als ein Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine Reduktion der Flächenneuinanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2030 auf unter 30 ha pro Tag ausgegeben. Für Niedersachsen wird basierend darauf eine reduzierte Flächeninanspruchnahme von unter 4 ha pro Tag bis 2030 angestrebt. Das NNatSchG gibt in §1a vor, die Neuversiegelung von Böden landesweit bis zum Ablauf des Jahres 2030 auf unter 3 ha pro Tag zu reduzieren und bis zum Ablauf des Jahres 2050 zu beenden. Hieraus ergibt sich der Bedarf nach einem sparsamen Umgang mit der Ressource Boden für die regionale Raumplanung. Wir empfehlen die Prüfung, ob stärker auf das Planungsgebiet heruntergebrochene Zielwerte für die Reduzierung der Neuversiegelung oder der Flächenneuinanspruchnahme im Rahmen der Neuaufstellung zu erarbeiten sind. Ein Beispiel für solche regionalen Flächensparziele bietet der Flächenrechner des Umweltbundesamtes.

Wir weisen darauf hin, dass Flächenneuinanspruchnahme und Neuversiegelung nicht gleichzusetzen sind, da die Neuversiegelung nur eine Teilmenge der Flächenneuinanspruchnahme ist. Für die Berechnung der regionalisierten Werte ist dies von Bedeutung. Eine Erläuterung der Begrifflichkeiten ist bei Bedarf in Geobericht 14 des LBEG (Flächenneuinanspruchnahme und Bodenversiegelung in Niedersachsen) zu finden.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Die Einwendung wurde inhaltlich vergleichbar bereits im ersten Beteiligungsverfahren vorgebracht und ist unter BE-ID 627 der ersten Abwägungssynopse mit entsprechender Erwiderung nachzulesen. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu planerischen für die Abwägung relevanten Hinweisen, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 247 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 3.1.2 05

In der Zeichnerischen Darstellung ist erkennbar, dass sich einige Vorranggebiete Biotopverbund im Lebensraumkomplex gewässer- und auebezogene Biotope mit Vorranggebieten Hochwasserschutz überlagern. In der Begründung und speziell in der Tabelle 3.1.2-6 wird diese regionalplanerische Überlagerung nicht aufgeführt. Bei Überlagerung von Vorrangfestlegungen ist in der Begründung herzuleiten, ob eine Vereinbarkeit

der jeweiligen vorrangigen Zweckbestimmungen vorliegt. Sollte dies nicht der Fall sein und ein Zielkonflikt bestehen, wären die vorrangigen Festlegungen zu entflechten.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Es wird davon ausgegangen, dass Überlagerungen, die sich "aus der Sache heraus" ergeben, nicht vollständig aufzugreifen und zu thematisieren sind, wenn sich die Überlagerungsmöglichkeiten logisch erschließen lassen. Dies dient auch dem Grundsatz der Wahrung der Übersichtlichkeit und Verzicht auf redundante Informationen.

Die Vorranggebiete Biotopverbund sind tlw. aus dem LROP 2022 zu übernehmen. Die Vorranggebiete Hochwasserschutz leiten sich aus berechneten Hochwassersituationen und gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebieten ab. Für die im RROP und den zu Grunde gelegten Fachgrundlagen abgeleiteten Zielarten des regionalen Biotopverbundes ergibt sich der Mobilitätscharakter im Wasser oder in der Luft, sodass sämtliche in Tab. 3.1.2-1 genannten Zielarten überschwemmte Bereiche unbeschadet überwinden können. Zudem sind die Kerngebiete entsprechend des Lebensraumkomplexes gewässer- und auenbezogener Biotope auf den Wasserbezug angewiesen, eine temporäre Überschwemmung bzw. temporär auftretende höhere Wasserstände begünstigen somit die Ausgestaltung und Attraktivität der Kerngebiete.

Auf eine Entflechtung zu Lasten der Vorranggebiete Hochwasserschutz (festgesetzte ÜSG) wird aufgrund der Vereinbarkeit verzichtet. Stattdessen wird auf die Ausdifferenzierung des Biotopverbundes und seiner Elemente in Lebensraumkomplexe verwiesen, aus denen sich eine Vereinbarkeit regelmäßig ableiten lässt. Auch die LROP 2022 Kerngebiete sind auf regionaler Ebene einem Lebensraumkomplex zugeführt, um die Nachvollziehbarkeit und fachliche Integration zu gewährleisten.

---

Stellungnehmer-ID: **137**   Stellungnahme-ID: **158**   BE-ID: **451**   **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Die landeseigenen Naturschutzflächen (LNF) sind zentraler Bestandteil im Handlungsfeld des Naturschutzes zur Umsetzung der Zielsetzungen des Naturschutzrechts. Im Anhang zu diesem Schreiben sende ich die Geodaten zum aktuellen Stand der LNF im Landkreis Northeim mit dem Hinweis diese bei der Festlegung bzw. Anpassung von Vorranggebieten für Natur und Landschaft, auch unter Entwicklungsaspekten gem. BNatSchG, zu beachten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Festlegungen des RROP werden im Planungsmaßstab 1:50.000 getroffen und orientieren in der Regel nicht an Flurstücks- oder Schlaggrenzen, sondern zielen auf die Funktionsfähigkeit der getroffenen Festlegungen ab. Die Festlegungen erfolgen maßstabsbedingt unabhängig der Eigentumsverhältnisse. Eigentumsverhältnisse können zudem Veränderungen unterliegen.

---

Stellungnehmer-ID: **137**   Stellungnahme-ID: **158**   BE-ID: **455**   **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Der gesetzliche Auftrag zur Schaffung eines funktionsfähigen Biotopverbunds (§ 21 BNatSchG) beinhaltet neben der „dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensstätten [...]“ auch „die Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger und ökologischer Wechselbeziehungen“. Die Biotopverbundplanung beinhaltet neben der Sicherung und dem Erhalt des, hinsichtlich der Funktionsfähigkeit defizitären, Status Quo auch eine planerische Entwicklungsperspektive, die nur mittelbar abhängig von konkreten aktuellen Artenvorkommen zu sehen ist. Neben der Sicherung von naturschutzfachlich bedeutenden Flächen aufgrund ihrer aktuellen biotischen und abiotischen Ausstattung als Ausgangsbereiche für Wiederbesiedlungsprozesse ist somit ebenso der dauerhaften Sicherung identifizierter erforderlicher Entwicklungsflächen für den Biotopverbund Sorge zu tragen, um die gesetzliche Vorgabe eines funktionsfähigen Biotopverbunds künftig erfüllen zu können. Hierzu sind weitere Kernflächen sowie Elemente zur Verbindung dieser zentralen Bestandteile mit entsprechenden Zielfestlegungen einzubeziehen. Eine nicht schlussabgewogene Festlegung als Vorbehaltsgebiet Biotopverbund erscheint nicht zielführend.

Folgende Bereiche (keine abschließende Nennung) sind nicht gemäß ihrer Wertigkeit, auch im Zusammenhang mit überregionalen Bezügen des Biotopverbunds, in der Zeichnerischen Darstellung aufgenommen.

Nach überschlägiger Prüfung betrifft dies beispielhaft:

Kernflächen Landesweiter Waldbiotopverbund

- nordwestlich Moringen, Festlegung als Vorranggebiet Wald

- nordwestlich Kalefeld, Festlegung als Vorranggebiet Wald

- nordwestlich Bad Gandersheim, Festlegung als Vorranggebiet Wald

Kernflächen Landesweiter Offenlandbiotopverbund

- nördlich Wenzen, keine Festlegung als Vorranggebiet
- nördlich Stroitz, keine Festlegung als Vorranggebiet
- nördlich Schönhagen

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Im RROP sind Festlegungen zum Biotopverbund getroffen, die auf Basis naturschutzfachlicher Konzepte die nachhaltige Sicherung heimischer Tier- und Pflanzenarten sowie deren Population im Sinne einer Biotopvernetzung gewährleisten. Dabei wurden unter anderem die sonstigen landesweit bedeutsamen Kerngebiete des landesweiten Biotopverbundkonzeptes betrachtet, die nicht bereits im LROP 2022 und somit in die RROP zu übernehmen sind. Es handelt sich nach Aussage des LROP 2022 durch die ausgebliebene Ausweisung somit nicht unmittelbar um überregional bedeutsame Kerngebiete des landesweiten Biotopverbundes. Demnach sind sie durch den Regionalplanungsträger zu prüfen und zu begründen und können nicht ungesichtet übernommen werden (LROP 2022 3.2.1 Ziffer 04). Die Festlegungen im RROP sollen die Biotopstrukturen des LROP 2022 ergänzen. Im Ergebnis der Prüfung erfüllen einige dieser Kerngebiete im Sinne des regionalen Biotopverbundkonzeptes und der erfolgten Untersuchungen aufgrund ihrer Lage, Größe, Biotopausstattung, Vernetzungsstrukturen und Entwicklungspotenzialen aus Sicht des Regionalplanungsträgers und nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Northeim derzeit nicht die entsprechenden Anforderungen an ein Kerngebiet mit mindestens regionaler Bedeutung im Planungsmaßstab des Regionalplanungsträgers und somit die Voraussetzungen für die Übernahme als Vorranggebiet in das RROP. Die verbleibenden Elemente des landesweiten Biotopverbundkonzeptes sind daher im Konzept bspw. als Trittsteine oder Verbindungsflächen den Lebensraumkomplexen zugeordnet und bilden bspw. die weiterführende Grundlage für die räumliche Ausgestaltung und Lage der Habitatkorridore bzw. prioritären Entwicklungskorridore, die als linienhafte Vorbehaltsgebiete Biotopverbund in den RROP eingegangen sind.

Die zu übernehmenden Festlegungen aus dem aktuell geltenden LROP 2022 sind erneut geprüft und vollständig im zweiten RROP-Entwurf enthalten. In der Begründung zu 3.2.1 Ziffer 08 wird mit Verweis auf 3.1.2 Ziffer 05 und zur Klarstellung ergänzt, welche Rolle die Vorranggebiete Wald aus Sicht des Regionalplanungsträgers für die Biotopvernetzung insb. in Bezug auf den Lebensraumkomplex Wald spielen. Die Ausweisung der Gebiete als Vorranggebiete Wald wird im Sinne des Biotopverbundkonzeptes für ausreichend erachtet, da sie im Sinnzusammenhang mit einer originären Waldentwicklung steht, was in der Begründung wiederzufinden ist und ergänzend ausgeführt wird. Die Einzelbegründungen der Vorranggebiete Wald enthalten bereits detaillierte Informationen und werden beibehalten.

Zu den einzelnen angesprochenen Verortungen hat ein Austausch mit dem NLWKN zur Verortung stattgefunden. Die fachliche Erläuterung und Abwägung zu den Gebieten wie folgt:

Moringen: Die Bereiche sind nach Sichtung des Regionalplanungsträgers als Vorranggebiet Wald oder Vorranggebiet Natur und Landschaft festgelegt. Die Festlegung wird für ausreichend erachtet.

Kalefeld: Die Bereiche sind maßstabsbedingt konkretisiert weiträumig als Vorranggebiet Wald bereits aus dem LROP 2022 übernommen. Sie sind im regionalen Biotopverbundkonzept als Trittsteine und Verbindungsflächen des Waldverbundes aufgenommen, der erste LROP-Entwurf der Fortschreibung enthält die Flächen ebenso wenig als Vorranggebiete Biotopverbund, wie das LROP 2022. Somit wird die regionalplanerische Bewertung der Flächen als bestätigt angesehen, auf eine Ausweisung im RROP wird verzichtet und auf das Biotopverbundkonzept verwiesen.

Bad Gandersheim: Die Kerngebiete sind als Vorranggebiet Wald aus dem LROP 2022 übernommen oder tlw. als Vorranggebiet Natur und Landschaft festgelegt. Die Begründung zu VN 162 wird an dieser Stelle ergänzt. Es handelt sich um Verbindungsflächen des Waldverbundes mit z. T. außerdem besonderer Bedeutung für den (Halb-)Offenlandverbund, die Wertigkeit spiegelt sich in den Festlegungen und Ausführungen des Regionalplanungsträgers mit dem RROP und dem Biotopverbundkonzept wider und wird beibehalten.

Wenzen: Die Gebiete sind als Vorranggebiet Wald aus dem LROP 2022 übernommen, zugleich ist aufgrund des halboffenen Charakters eine Zuordnung einzelner Bereiche zum Vorranggebiet Biotopverbund im RROP kh 48 erfolgt. Die Festlegung wird durch den beschriebenen halboffenen Charakter als im Sinn der landesweiten Planung angesehen. Daran wird festgehalten. Verbleibende Bereiche liegen nicht im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Northeim oder sind für eine Ausweisung im Maßstab 1:50.000 aufgrund der Kleinräumigkeit nicht umsetzbar. Sie stellen im Sinne der regionalen Verbundkonzeptionierung eine Verbindungsfläche des Offenlandes dar.

Stroitz: Die angesprochenen Flächen erfüllen aus Sicht des Regionalplanungsträgers aufgrund ihrer Größe und Biotopausstattung nicht die Anforderungen an eine darstellbare Festlegung im RROP. Sie sind als Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft überplant, an der Festlegung wird nach Überprüfung der räumlich-örtlichen Gegebenheiten festgehalten.

Schönhagen: Die angesprochene Fläche liegt im Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung. Der Kritikpunkt wurde seitens NLWKN zurückgezogen und eine textliche Ergänzung erbeten. Die

Begründung zu 3.1.2 Ziffer 13 mit Verweis auf 3.1.2 Ziffer 05 wird ergänzt.

Stellungnehmer-ID: **71**      Stellungnahme-ID: **84**      BE-ID: **103**      **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

ich bin Land- und Forstwirt in Hilprechtshausen/Heckenbeck in der Stadt Bad Gandersheim, dementsprechend auch Land- und Waldbesitzer in der betroffenen Region.

In der öffentlichen Auslegung ist mir aufgefallen, ein sehr großer Teil meines Waldes als Kerngebiet für den Lebensraumkomplex „Wald“ und Vorranggebiet Biotopverbund eingestuft ist. In dem Biotopverbund handelt sich hierbei um das Kerngebiet KW 15. In der Erläuterung wurde darin aufgeführt, dass in diesem Gebiet langfristig eine intensive Forstwirtschaft vermieden werden soll. Da meine Vorfahren und ich (und später auch meine Nachfolger) seit langem schon Forstwirtschaft betrieben haben und dies auch ein Teil der Einkommenserzielung ist, wehre ich mich dagegen, dass diese Einstufung und auferlegte Extensivierung des Waldes erfolgen soll. Dies ist ein Eingriff ins Eigentumsverhältnis und eine Enteignung, was ich nicht dulden kann.

Seit Jahrhunderten wurde in diesem Gebiet intensiv nachhaltige Forstwirtschaft betrieben und so ist dieser Wald entstanden, der nun durch dieses Raumordnungsprogramm „geschützt“ werden soll.

Niemand weiß, wie der Wald durch die Klimaveränderung in Zukunft aussehen wird, und welche Baumarten für die nächsten Jahrzehnte bzw. -hunderte zukunftsfähig sind. In den letzten Jahren haben wir feststellen können, dass die Fichte, die Esche und auch die Buche nicht mehr die Baumarten der Zukunft sind. Aus diesem Grund ist eine Festlegung/Erhaltung als mesophiler Buchenwald meines Erachtens überhaupt nicht tragbar, weshalb ich gegen diese Einordnung meinen Einwand einreiche.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die fachlich-inhaltlich nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung wird trotzdem ausgeführt:

Nach § 4 ROG entfaltet das RROP keine unmittelbare Steuerungswirkung auf Privatbesitzer im genehmigungsfreien Handeln, wie der Gestaltung der Bewirtschaftung, sondern zielt auf eine Berücksichtigung auf nachgelagerter Genehmigungsebene in Zusammenhang mit raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ab. Die Regionalplanung schränkt die bisherige Nutzung in der bestehenden Form nicht ein. Eine forstwirtschaftliche Bewirtschaftung in der bestehenden Form im Sinne des genehmigungsfreien Handelns nach § 4 ROG ist uneingeschränkt möglich und wird durch die Festlegungen nicht beeinträchtigt. Dies spiegelt sich auch in den Ausweisungen und der Überlagerung mit dem Vorranggebiet Wald wider. Die Kritik wird zurückgewiesen.

Stellungnehmer-ID: **137**      Stellungnahme-ID: **158**      BE-ID: **457**      **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Zur Zielerreichung der WRRL sind die in den Nds. Beiträgen zu den Maßnahmenprogrammen 2021 – 2027

([https://www.nlwkn.niedersachsen.de/Bewirtschaftungsplan\\_Massnahmenprogramm2021\\_2027/aktualisierte-wrri-bewirtschaftungsplane-und-massnahmenprogramme-fur-den-zeitraum-2021-bis-2027-128758.html](https://www.nlwkn.niedersachsen.de/Bewirtschaftungsplan_Massnahmenprogramm2021_2027/aktualisierte-wrri-bewirtschaftungsplane-und-massnahmenprogramme-fur-den-zeitraum-2021-bis-2027-128758.html), s. Kap. 2.2.1) Mindestbreiten von Fließgewässerkorridoren landesweit als Konvention festgelegt und soll in geeigneter Form Eingang finden. Gleichzeitig weise ich auf die Einhaltung der in § 61 BNatSchG verfassten Freihaltung von Gewässern und Uferzonen von baulichen Anlagen hin.

Die Prioritären Fließgewässer sind unabhängig von ihrer Ausprägung aufgrund ihrer besonderen Funktion fester Bestandteil des Biotopverbunds und haben Eingang in das LROP gefunden. Bei der Festlegung der Prioritären Fließgewässer zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) als Vorranggebiete Biotopverbund bzw. Natur und Landschaft für die Biotopverbundplanung ist ein Teilbereich des Reiherbach I+II, Malliehagenbach noch nicht als Vorranggebiet Biotopverbund in der Zeichnerischen Darstellung festgelegt.

Ich empfehle hier eine Prüfung auf Vollständigkeit und für fehlenden Teilbereiche der Prioritären Fließgewässer die entsprechenden Festlegungen zu treffen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Vollständigkeit der Festlegungen wurde erneut geprüft. Teilweise werden Fließgewässerabschnitte lediglich als flächenhafte Festlegung ausgewiesen, wenn der Gewässerkörper sich als inhaltlich wesentlicher Teil der Flächenfestlegung darstellt. Dies dient der Verbesserung der Darstellbarkeit und ist mit der Genehmigungsbehörde des RROP abgestimmt. Somit sind neben den linienhaften Festlegungen auch flächenhafte Festlegung bspw. der Vorranggebiete Natur und Landschaft zu berücksichtigen. Nach erneuter Rückkopplung mit dem NLWKN ist der angesprochene Bereich über diese Festlegung bereits gesichert, sodass kein weiterer Handlungsbedarf besteht.

Stellungnehmer-ID: 45      Stellungnahme-ID: 132      BE-ID: 307      **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Der landesweite Biotopverbund und dessen Umsetzung ist in Frage zu stellen. Es wird angezweifelt, dass Organismen in der Lage sind, parallel zu den immer rascher verlaufenden klimatischen Veränderungen ihr Verbreitungsgebiet einem Biotopverbund folgend, zu verlagern. Ein Biotopverbund zielt zudem auf die Erhaltung der Arten und Populationen nach deren Bedürfnissen und nicht auf deren weitere Verbreitung an.

Die erforderlichen Voraussetzungen und die wirksamen Mittel eines Biotopverbundes sind nicht hinreichend bekannt. Zudem besteht über die Ausbreitungsbiologie sowie die Ausbreitungsgeschwindigkeit zahlreicher Arten nur unzureichendes Wissen. Die Ausweisung von Biotopkorridoren etc. sind vielfach auf Vermutungen festgesetzt und es werden vielfach Lebensräume vernetzt, die keiner Vernetzung bedürfen. Erforderlich sind hier zunächst klare und wissenschaftliche Belege für die Notwendigkeit der Ausweisung sowie deren Eignung und Wirksamkeit.

Eine Biotopvernetzung kann nur dann stattfinden, wenn mit den Grundstückseigentümern eine Vereinbarung über den finanziellen Ausgleich für Einschränkungen rechtssicher vereinbart ist. Die dafür erforderlichen Mittel müssen vollständig, verbindlich und dauerhaft bereitgestellt werden. Ein derartiger Hinweis muss für die Aufnahme eines Biotopverbundes im RROP Voraussetzung sein.

Es dürfen keine weiteren Kerngebiete, Biotopverbunde, Habitatkorridore zur Vernetzung etc. über Regionale Raumordnungsprogramme ohne Zustimmung der Betroffenen Flächeneigentümer und Nutzer festgelegt werden. Erforderlich sind zunächst klare und wissenschaftlich belegbare fachliche Vorgaben. Zudem ist die Forderung nach einem Verzicht auf intensive Forstwirtschaft in einem Kerngebiet nicht nur grundsätzlich abzulehnen, sondern bei der Klimaveränderung kontraproduktiv, da es wissenschaftlich belegt ist, daß eine nachhaltige Forstwirtschaft einen deutlich höheren Beitrag zum Klimaschutz beiträgt, als die Flächen unbehandelt zu lassen. Hier zeigen sich erhebliche Widersprüche zu den Zielen der Raumplanung.

Ein Biotopverbund im Rahmen eines Vertragsnaturschutzes könnte eine Grundlage sein.

Mit einem Anteil von 15 % an der Landkreisfläche oder 73% der Waldfläche im Landkreis Northeim, ist der Wald vom Biotopverbund betroffen. Diese überproportional starke Betroffenheit führt unweigerlich zu Einschränkungen in der Eigentumsfreiheit.

Mit 38% der Landkreisfläche, nimmt der Wald innerhalb des Landkreises, die zweitgrößte Flächennutzung ein. Dieser Stellung und wirtschaftlichen Bedeutung, wird leider an KEINER Stelle des RROP Rechnung getragen. Vielmehr geht es um Vorgaben, Einschränkungen, Dokumentationspflichten und erheblichen Eingriffen in die Eigentumsfreiheit und Berufsausführung, anstelle dieses Potential für einen prosperierenden Landkreis zu nutzen. Würde der Wald im Landkreis Northeim als Potential für Klima- und Artenschutz, wirtschaftliche Entwicklung und seine Sozialleistungen verstanden, müßten einige Passagen des RROP-Entwurfes gestrichen werden.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die inhaltlichen Ausführungen zum Biotopverbund und seiner Funktionen werden zur Kenntnis genommen. Inhaltlich vergleichbare Einwendungen sind bereits im ersten Beteiligungsverfahren eingegangen und entsprechend abgewogen. Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung: Der Regionalplanungsträger ist zur Ausweisung und Konkretisierung entsprechender Planzeichen im RROP zu einer Herstellung des Biotopverbunds verpflichtet (vgl. LROP 2022, Abschnitt 3.1.2 Ziffer 02 und 04). Die ermittelten Flächen und Elemente und darauf resultierenden Ausweisungen basieren auf bestehenden Schutzgebieten und bereits getroffenen Festlegungen des LROP 2022, fachlichen Grundlagen und Erhebungen und entsprechen der aktuellen wissenschaftlichen Grundlage und werden von den Fachbehörden bestätigt. Die Ausweisungen sind begründet und in der Begründung dokumentiert. Dem Landkreis Northeim wird aufgrund seines vergleichsweise hohen Waldanteils und der Lage zwischen Harz und Solling eine herausragende Bedeutung für den Wald-Biotopverbund zugesprochen. Der Einwendung einer überproportionalen Ausweisung kann nicht gefolgt werden. Die ausgewiesenen Strukturen erscheinen gut geeignet, um eine Verbesserung der Biotopvernetzung zu erreichen und sind begründet. Auch die waldbezogenen Ausweisungen basieren auf bestehenden Schutzgebieten und bereits getroffenen Festlegungen des LROP 2022 und ergänzen diese.

Nach § 4 ROG entfaltet ein Regionalplan keine unmittelbare Steuerungswirkung auf Privatpersonen und das genehmigungsfreie Handeln, in diesem Falle die Gestaltung der Bewirtschaftung der Waldgebiete, sondern zielt auf genehmigungspflichtige raumbedeutsame Planungen und Vorhaben ab. Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren. Die regionalplanerischen Festlegungen erfolgen ohne Berücksichtigung und Wertung der Eigentumsverhältnisse, da diese Veränderungen unterliegen können, und im Planungsmaßstab 1:50.000 auf Grundlage der

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

tatsächlichen Gegebenheiten und landesplanerischen Vorgaben. Zudem fällt die Einwendung nach Einschätzung der Regionalplanung in den Bereich individueller und privatwirtschaftlicher Vertragsgestaltungen und Eigentumsverhältnisse, auf die die Regionalplanung keinen Einfluss hat und die regelmäßig Schwankungen unterliegen, ebenso wie das Interesse, Flächen je nach Anreiz zur Verfügung zu stellen. Die genehmigungsfreien Handlungen der forstlichen Bewirtschaftung sind unter Berücksichtigung der ggf. bestehenden geltenden (Schutzgebiets)Verordnungen in der bestehenden Form weiterhin möglich. Das RROP entfaltet durch die Festlegungen keine Verpflichtung für Privatbesitzer, aus dem die Notwendigkeit eines finanziellen Ausgleichs abgeleitet werden kann. Der Vertragsnaturschutz unterliegt nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung und liegt nicht in seinem Zuständigkeitsbereich.

Es wird weiterführend auf die BE-ID 397 und entsprechende Abwägung dieser Synopse verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **118**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Regionales Raumordnungsprogramm – Begründung

zu 3.1.2 05 - Natur und Landschaft, Biotopverbund

Zum Aufbau des Biotopverbundes wurde ergänzt: „Die durch das Land Niedersachsen vorgegebenen Vorranggebiete Biotopverbund wurden in die Betrachtung einbezogen und differenziert einem der genannten Lebensraumkomplexe zugeordnet.“ Sowie „Die regional bedeutsamen Kerngebiete und Kerngebiete Entwicklung ergänzen die über-nommenen Kerngebiete aus dem LROP funktional und gegenseitig und spiegeln aus regionaler Sicht die Biotopvernetzungsstruktur im Landkreis Northeim wider.“

Die überregionale Betrachtung der Vernetzung der Kernbiotope über die Landkeisgren-zen hinaus wird begrüßt. Eine Ableitung des Biotopverbundkonzeptes aus dem Landes-raumordnungsprogramm (LROP) ist daher zielführend.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **112**    Stellungnahme-ID: **131**    BE-ID: **368**    **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest) - Außenstelle Bad Gandersheim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Bei der Ausweisung von u. a. Biotopverbundachsen sind die im Planungsraum verlaufende BAB insbesondere hinsichtlich (Aus-)Baumaßnahmen und unter Beachtung der oben benannten Zonen nach § 9 Abs. 1 und Abs. 2 FStrG zu berücksichtigen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **137**    Stellungnahme-ID: **158**    BE-ID: **458**    **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

### **Einwendung:**

Mit Bezug zu den Bewirtschaftungszielen nach § 27 WHG und dem gesetzlichen Auftrag des Biotopverbunds gem. § 21 BNatSchG gebe ich den Hinweis, dass der NLWKN derzeit einen Auftrag vergibt, der eine landesweite, raumkonkrete Zuordnung typspezifischer Gewässerentwicklungskorridore für alle WRRL-Gewässer zum Ziel hat. Die räumlich konkreten Geodaten werden im Herbst 2025 erwartet.

Gewässerentwicklungskorridore stellen nach einem durch die LAWA entwickelten Verfahren, den gewässertypspezifischen lateralen Mindestflächenbedarf dar, der für das Erreichen der Bewirtschaftungsziele (§ 27 WHG) sowie der Erhaltung und Weiterentwicklung der Auen (§ 21 Abs. 5 BNatSchG) unabdingbar ist und der somit von jeder baulichen Inanspruchnahme freizuhalten ist (s. u. Zu 4.2 Energie).

Ich empfehle gemäß der Bedeutung der Auenbereiche die getroffenen räumlich dargestellten Abgrenzungen nicht als Vorbehaltsgebiete, sondern als Vorranggebiete Biotopverbund festzulegen.



## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Auenbereiche der Gewässer sind in die Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs als Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz eingeflossen, wie in der Begründung dokumentiert. Sie dienen als vorsorgeorientierten Suchraum für nachgelagerte Planungen. Sie werden durch natur- und landschaftsbezogene raumkonkrete Festlegungen überlagert und ergänzt, die Festlegungen lassen sich miteinander vereinbaren. Die Weite und Größe der Kulisse der Nds. Gewässerlandschaften ist dabei zu weiträumig, um eine umfassende pauschale, aber zugleich endabgewogene Festlegung als Vorranggebiete Biotopverbund zu ermöglichen und gleichzeitig den interdisziplinären Anforderungen an die Regionalplanung gerecht zu werden.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 277    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

Ferner wird um Überarbeitung der Aussage in Gesamtdokument\_Begründung\_RROP\_2.Entwurf. pdf, Seite 122 f. "Durch Einbeziehung der Aspekte des Biotopverbundes ist zudem zu vermeiden, dass im Zuge von Flurbereinigungsverfahren bestehende Verbundstrukturen beeinträchtigt werden." bzw. den Begründungen auf den Seiten 187, 205, 208 und 210 gebeten. Die Flurbereinigung hat sich von einem rein agrarisch-strukturell ausgerichteten Instrument hin zu einem umfassenden Instrument der ländlichen Entwicklung gewandelt. Der Schutz und die Förderung des Biotopverbundes sind heute integraler Bestandteil von Flurbereinigungsverfahren. Dies wird durch gesetzliche Vorgaben, Richtlinien und die Einbeziehung von Naturschutzbelangen in die Planungsprozesse sichergestellt.

Ziel ist es, im Rahmen der Flurbereinigung nicht nur die Agrarstruktur zu verbessern und die ländliche Entwicklung zu fördern, sondern auch einen aktiven Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung des Biotopverbundes zu leisten. Mögliche Beeinträchtigungen bestehender Verbundstrukturen sollen von vornherein vermeiden werden, um durch Flurbereinigungsverfahren im Idealfall sogar eine Verbesserung der ökologischen Situation zu erreichen. Unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kompensiert und sichern den Biotopverbund langfristig.

## Abwägung:

Wird gefolgt

Die Begründung zu Ziffer 05 wird geändert und die weiteren genannten Stellen durch entsprechende Streichungen auf den fachlichen Inhalt konkretisiert.

---

Stellungnehmer-ID: 125    Stellungnahme-ID: 145    BE-ID: 359    **Deutsche Bahn AG - DB Immobilien**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:

Naturschutz

Die DB AG hat nach § 4 AEG selbst dafür zu sorgen, dass ihre Betriebsanlagen allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Im Rahmen dieser Verpflichtung sind von ihr auch Belange des Landschafts-/ Naturschutzes zu berücksichtigen.

Nach § 4 Nr. 3 BNatSchG ist auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken u. a. des öffentlichen Verkehrs als wichtige öffentliche Verkehrswege dienen (dazu gehört das gesamte Schienennetz der DB InfraGO AG, aber auch die 110-kV-Bahnstromleitungen der DB Energie GmbH), deren bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten.

Demgemäß dürfen wichtige Verkehrswege (Bahnanlagen) in ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung nicht beeinträchtigt werden. In entsprechenden Fällen müssen daher in Verordnungen hinsichtlich planfestgestellter Bahnanlagen von vornherein Ausnahmeregelungen getroffen werden.

Grundsätzlich ist von einer Ausweisung als Landschafts-/ Naturschutzgebieten und Biotopen auf planfestgestellten Bahnanlagen (Bahndämme, Bahngräben etc.) abzusehen.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Einwendung wurde bereits im ersten Beteiligungsverfahren vorgebracht, sh. BE-ID 167.

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

---

Stellungnehmer-ID: 137    Stellungnahme-ID: 158    BE-ID: 450    **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**

## Einwendung:



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

vielen Dank für die Beteiligung am Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2025 für den Landkreis Northeim und die gewährte Fristverlängerung. Von Seiten des NLWKN gebe ich unter Bezug zur vorangegangenen Stellungnahme (vom 20.12.2023) zum 2. Entwurf folgende Hinweise und Anregungen:

### Zu 3.1.2 Natur und Landschaft

Grundvoraussetzung für Abwägungen auf Ebene des RROP ist, dass insgesamt Klarheit über den Zustand von Natur und Landschaft besteht, da eine angemessene und nachvollziehbare Gewichtung der einzelnen Belange sonst kaum möglich ist. Die fachliche Grundlage ist ein hinreichend aktueller Landschaftsrahmenplan (s. Erläuterungen zum LROP zu 3.1.2, Ziffer 05), der für den Landkreis Northeim bislang nicht vorliegt. Für Landschaftsrahmenpläne besteht die Verpflichtung zur Aufstellung sowie zur Fortschreibung im Sinne einer Aktualisierung alle 10 Jahre (Bundesnaturschutzgesetz § 10 Abs. 2 und 4).

#### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise entziehen sich teilweise der Steuerungs- und Regelungskompetenz der Regionalplanung und werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalplanungsträger hat sich im Vorfeld der RROP-Erarbeitung intensiv mit der Landschaftsrahmenplanung auseinandergesetzt und mehrere entsprechende Fachgutachten zu den Schutzgütern des Landschaftsrahmenplans in Auftrag gegeben, um seine RROP-Festlegungen auf aktuellen (naturschutz)fachlichen Grundlagen zu stützen. Die erarbeiteten Fachgrundlagen sind u. a. mit dem NLWKN inhaltlich und strukturell abgestimmt und erfüllen die notwendigen Anforderungen an eine Fachgrundlage für die erfolgten Festlegungen des RROP.

---

Stellungnehmer-ID: **136**   Stellungnahme-ID: **156**   BE-ID: **343**   **Flecken Nörten-Hardenberg**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.1.2 Natur und Landschaft, Biotopverbund**  
**Einwendung:**

1.4

ab Seite 174 ff. zu VB N 8. 11. 15, 20

Stadt - ist zu streichen und zu ersetzen durch „Flecken“

#### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Die Begrifflichkeit ist korrigiert.

---

Stellungnehmer-ID: **137**   Stellungnahme-ID: **158**   BE-ID: **453**   **NLWKN**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.1.3 Natura 2000**  
**Einwendung:**

Mit Bezug zu 3.1.3 Natura 2000 schlage ich zudem vor die Aussagen zum Biotopverbund um die folgende Formulierung zu ergänzen und auch die überregionale Bedeutung des Biotopverbunds klarzustellen: „Der Biotopverbund besitzt überregionale funktionale Bezüge, ist Teil eines landesweiten Biotopverbunds und dient auch der Umsetzung von Natura 2000.“

#### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die geforderten Aussagen sind in vergleichbarem Wortlaut in der Begründung zu 3.1.3 Ziffer 03 sowie 3.1.5 Ziffer 05 bereits inhaltlich enthalten, daher wird auf eine Ergänzung verzichtet.

---

Stellungnehmer-ID: **137**   Stellungnahme-ID: **158**   BE-ID: **460**   **NLWKN**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**   Gliederungspunkt: **3.1.3 Natura 2000**  
**Einwendung:**  
Zu 3.1.3 Natura 2000

Für die Vollständigkeit empfehle ich eine textliche Ergänzung zur Integration der Vorranggebiete Natura 2000 in einen kreisweiten und überregional konnektiven Biotopverbund einzufügen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Die Einwendung entspricht der Einwendung unter BE-ID 895 des ersten Beteiligungsverfahrens, es wird auf die entsprechende Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **61**      Stellungnahme-ID: **76**      BE-ID: **86**      **LK Northeim - FB 41**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.4 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften**

### **Einwendung:**

Aus denkmalrechtlicher Sicht (Baudenkmalpflege) werden keine Bedenken gegen den zweiten Entwurf des RROP geltend gemacht.

Hinweis:

Zu Punkt 3.1.4 04 Begründung, S. 214 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften Satz 1 und 2 3. Satz: Wortlaut § 6 Abs. 1 NDSchG:

„Kulturdenkmale sind instandzuhalten, zu pflegen, vor Gefährdung zu schützen und, wenn nötig, instandzusetzen.“

### **Abwägung:**

Wird gefolgt

Die entsprechende Satz in der Begründung zu 3.1.4 Ziffer 04 wird angepasst.

---

Stellungnehmer-ID: **21**      Stellungnahme-ID: **26**      BE-ID: **23**      **LK Northeim - FB 41**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.1.4 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften**

### **Einwendung:**

aus denkmalrechtlicher Sicht (Bodendenkmalpflege) werden keine Bedenken gegen den zweiten Entwurf des RROP geltend gemacht.

Ich möchte aber zwei Hinweise geben:

Zu Punkt 3.1.4 04 Begründung, S. 214 Kulturelles Sachgut, Kulturlandschaften Satz 1 und 2

3. Satz: besser “ ... wenn nötig, instand zu setzen.“ (nicht instand zu halten), Wortlaut siehe § 6 Abs. 1 NDSchG

### **Abwägung:**

Wird gefolgt

Der Wortlaut in der Begründung zu 3.1.4 Ziffer 04 wird entsprechend geändert.

---

Stellungnehmer-ID: **76**      Stellungnahme-ID: **92**      BE-ID: **158**      **Stadt Einbeck**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Siedlungsentwicklung und Vorranggebiete für Landwirtschaft

Die Festlegung von Vorranggebieten für Landwirtschaft darf die Siedlungsentwicklung, insbesondere der Wohn- und Gewerbegebiete im Stadtgebiet nicht beeinträchtigen und einschränken. Dies betrifft auch derzeit in der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung befindliche Bauleitplanverfahren zu großflächigen Photovoltaikanlagen, wie z.B. die vorhabenbezogenen Bebauungspläne Nr. 5 „Solarpark Stroitz“ und Nr. 6 „Solarpark Naensen“, jeweils mit zugehöriger Änderung des Flächennutzungsplanes. Es sollte geprüft werden, ob vor dem Hintergrund der Förderung regenerativer Energien Energien nicht eine Vereinbarkeit von großflächigen Photovoltaikanlagen mit Vorranggebieten für Landwirtschaft gegeben ist. Dies sollte auch im Text zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes dargestellt werden.

### **Abwägung:**

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Zur Sicherung der Nahrungsmittelproduktion werden landwirtschaftlich besonders ertragreiche Böden als Vorranggebiete Landwirtschaft im RROP von raumbedeutsamen konkurrierenden Nutzungen freigehalten.

Großflächige Photovoltaikanlagen sind regelmäßig aufgrund ihrer hohen Flächeninanspruchnahme und Verhinderung der landwirtschaftlich-maschinellen Bewirtschaftung nicht mit der Vorrangfunktion Landwirtschaft

zu vereinbaren. Auf eine entsprechende Ergänzung der Begründung wird daher verzichtet.

Zur Wahrung der kommunalen Planungshoheit und Arrondierung eines Gewerbestandortes bzw. dessen Erweiterung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen etc. wird im Bereich Opperhausen eine kleinräumige Entlassung und Konkretisierung des VR Landwirtschaft vorgenommen. Die gewerbliche Entwicklungsmöglichkeit überwiegt in der Abwägung gegenüber dem Belang der Landwirtschaft in dem abgegrenzten Bereich.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **306**    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

**Einwendung:**

Für Höchstspannungsleitungen wird eine Ausnahme vom VR Wald im LROP 3.2.1 -04 mit der Begründung in Teil B, S. 29 aufgenommen: Übertragungsnetzausbau ist ein zwingend notwendiger Schritt, der den Ausbau der erneuerbaren Energien begleitet. Damit leistet er einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Netzstabilität in Deutschland. Neben dem Netzausbau ist aber auch die regenerative Erzeugung von Strom von Bedeutung und das dezentral. Windenergie über Wald leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz und versorgt die regionalen Stromnetze, für die es in absehbarer Zeit große Speicheranlagen geben wird. Also auch hier ist eine allgemeingültige Ausnahme aufzunehmen. Begründung in Teil B, S. 29 Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) soll zur Beschleunigung des Ausbaus der länder- und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beitragen, die aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind (§ 1 NABEG). Ein überragendes öffentliches Interesse besteht ebenfalls an einer dezentralen Versorgungssicherheit, bezahlbaren Energiepreisen und verlässlichen Rahmenbedingungen durch WEA im Wald! § 2 EEG. Begründung in Teil B, S. 29: Um zu vermeiden, dass Vorranggebiete Wald eine unüberwindbare Barriere für Netzausbauprojekte nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz darstellen, ist für diese eine entsprechende Ausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG erforderlich. Es sollte kein Vorranggebiet Wald festgelegt, sondern es sollten die Potentiale genutzt werden. Ziel der Raumordnung muss der Ausbau der Windenergie über Wald sein. Die Festlegung von Vorranggebieten Wald ist zu streichen. Unsere enggestrickte solide Bundes- und Landeswaldgesetzgebung enthält bereits klare Maßgaben zum Walderhalt, es bedarf keiner weiteren Regulierung. Zu bedenken ist auch, dass ein Vorranggebiet Wald der Entwicklung von Mooren entgegensteht.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine bereits in ähnlichem Wortlaut und inhaltlich vergleichbar vorgebrachte Einwendung, für die Abwägung sh. BE-ID 189 dieser Abwägungssynopse.

---

Stellungnehmer-ID: **137**    Stellungnahme-ID: **158**    BE-ID: **461**    **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

**Einwendung:**

Zu 3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

Die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft darf erforderlichen Entwicklung des Biotopverbunds, insbesondere beim Waldbiotopverbund, nicht entgegenstehen. Beispielhaft könnte dies im Bereich um Moringen auf den Vorranggebieten Landwirtschaft zu thematisieren sein.

Ich empfehle dies als Klarstellung aufzunehmen und in der Begründung zu erläutern.

**Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Einwendung entspricht inhaltlich der Einwendung unter BE-ID 897 des ersten Beteiligungsverfahrens. Es wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **121**    Stellungnahme-ID: **141**    BE-ID: **425**    **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

**Einwendung:**

als Träger öffentlicher Belange für Wald und Forstwirtschaft nehme ich in Abstimmung mit den Forstämtern Dassel, Reinhausen, Seesen, Münden und Grünenplan zum o.g. Vorhaben wie folgt Stellung:

Beschreibende Darstellung:

Zu: 3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – Waldrandabstand

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

In der Abwägung zur 1. Stellungnahme wird dem Hinweis zur Konkretisierung des Waldrandabstands nicht gefolgt. Das ist nicht nachzuvollziehen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländer, die Regelungen zum Waldrandabstand im Landeswaldgesetz festhalten, gibt es in Niedersachsen nur den Orientierungswert von 100m aus der Landesraumordnung. Eine weitere rechtliche Regelung kann man indirekt aus dem Baurecht (Gefahrenabwehrabstand von 35m) ableiten, das sich mit dem Schutz baulicher Anlagen beschäftigt.

In der Vergangenheit wurden und auch zukünftig werden wir mit dem Thema immer wieder konfrontiert. Ein eindeutig formulierter Mindestabstand im RROP würde die Diskussion und Argumentation voranbringen. Vor allem, da die Schutzwürdigkeit bzw. die Bedeutung des Abstandes auch nach Aussage der Abwägung nicht in Frage gestellt wird. Ich weise nochmals auf die verschiedenen Bedeutungen hin:

- Ökologische Bedeutung: Waldränder besitzen als linienförmige Übergangsbiopte zwischen Wald und offener Landschaft mit ihrer großen Artenvielfalt eine hohe Bedeutung für den Artenschutz und den Biotopverbund. Wegen der verschiedenen Licht- und Wärmeverhältnisse auf engstem Raum besteht häufig ein besonders großes Angebot an Nahrungs-, Brut- und Deckungsmöglichkeiten und dadurch eine hohe Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren. Der Trend für die Bestandsentwicklung strukturreicher Waldränder ist negativ (stark gefährdet bis beeinträchtigt), insofern bedürfen alle Waldränder des besonderen Schutzes.

- Landschaftsbild: Waldränder bereichern das Landschaftsbild bzw. gliedern die Landschaft und verleihen ihr Struktur. Sie haben eine hohe Bedeutung für den Erholungswert der Landschaft, sowohl beim Anblick von außen als auch unmittelbar beim Besuch und Ausblick aus dem Waldrand hinaus, da die kleinklimatischen Bedingungen besonders und abweichend vom Wald und dem Freiland sind.

- Klimaschutzfunktion: Waldränder lenken und leiten Luftmassen und fördern damit die klimaausgleichende Wirkung des Waldes. Sie schützen das Waldinnere zudem vor Lärm und Immissionen.

- Bodenschutz: Waldränder schützen den Waldbestand gegen Aushagerung, d.h. die Verfrachtung von Boden und organischer Substanz und damit Nährstoffverlusten. Die Bodenschutzfunktion erhält somit die Ertragskraft.

- Forstwirtschaft: Ein stufig aufgebauter Waldrand lenkt Luftmassen und schützt den Bestand vor Windwurf und Sonnenbrand, was wiederum den Waldbesitzenden bspw. vor vorzeitigen Vorratsverlusten oder höheren betrieblichen Aufwendungen (z.B. erhöhte Verkehrssicherungspflicht, teurer Spezial-Maschineneinsatz) bewahrt.

Aufgrund ihrer Funktionen und ihrer Erlebnisqualitäten sollen Waldränder und ihre Übergangszonen daher grundsätzlich von Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen freigehalten werden. Ein ausreichend großer Abstand zu anderen Planungen führt zudem zu geringen betrieblichen Erschwernissen bei der Waldbewirtschaftung und kann bspw. auch die Waldbrandgefahr senken.

Dazu folgender Formulierungsvorschlag:

„Sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sollen von jeder Bebauung und störender Nutzung freigehalten werden. Zu den Waldrändern soll ein Abstand von 100 eingehalten werden. Aus Gründen der allgemeinen Gefahrenabwehr ist jedoch ein Mindestabstand von 35 m bei der Planung von Bauflächen generell einzuhalten. Ein struktur- und artenreicher Aufbau der Waldränder soll gefördert werden.“

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Abwägung zur Einwendung im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens ist entsprechend unter BE-ID 531 der ersten Synopse dokumentiert. An den Ausführungen wird festgehalten und auch aufgrund der fehlenden Darstellbarkeit unter Bezugnahme auf den Planungsmaßstab 1:50.000 weiterhin lediglich auf die LROP-Festlegung abgestellt.

Die angesprochenen fachlichen Argumente sind in den fachspezifischen Themenkomplexen wie dem Biotopverbund, Natur und Landschaft sowie der Windenergieplanung einbezogen und aus Sicht des Regionalplanungsträgers ausreichend berücksichtigt. Der Planungsträger sieht in Bezug auf den Waldrandabstand weiterhin eine Bewertung des Einzelfalls in den dem RROP nachgelagerten Verfahren unter Berücksichtigung der Funktionen des Waldrandes als sachgerecht an.

---

Stellungnehmer-ID: **121**    Stellungnahme-ID: **141**    BE-ID: **426**    **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Zu: 3.2.1 11 - Flächenpools

Hier steht: „Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen [...]“.

Neben den genannten naturschutzrechtlichen Kompensationen können ggfs. auch walddrechtliche Kompensationen in anerkannten Flächenpools erfolgen, sofern Ersatzaufforstungen nicht „vor Ort“ realisiert werden können. Dies sollte hier genannt werden, bspw. durch die Formulierung „Naturschutz- und walddrechtliche Kompensationsmaßnahmen [...]“.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung wird dennoch ausgeführt:

Der Grundsatz 3.2.1 Ziffer 11 hat die Lenkung naturschutzrechtlich erforderlicher Kompensationsmaßnahmen durch Eingriffe in Waldökosysteme möglichst auf Flächen des landkreisweiten Kompensationspools zum Inhalt. Die Ziffer regelt nicht den Umgang mit Ersatzaufforstungen nach dem NWaldLG, auch wenn die Flächen des Kompensationspools bei einer im Einzelfall zu prüfenden entsprechenden Eignung auch als Ersatzwaldflächen für den waldrechtlichen Ausgleich geeignet sein können. In der Begründung wird eine entsprechende Ergänzung vorgenommen.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 267    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Begründung, Zu RROP 3.2.1 02

In Bezug auf Ihre Aussage, dass der Regionalplanungsträger mit seiner vorgelegten Planung die Absicht verfolgt, das regionale Teilflächenziel nach NWindG zu erreichen, sollte an dieser Stelle ebenfalls die Angabe des beabsichtigten Teilflächenziels (31.12.2027 oder 31.12.2023) ergänzt werden.

### Abwägung:

Wird gefolgt

Die Nennung des Stichtages des beabsichtigten Teilflächenziels wird in der Begründung unter Ziffer 02 ergänzt.

---

Stellungnehmer-ID: 45    Stellungnahme-ID: 132    BE-ID: 308    **Privat**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### Einwendung:

Im Klimawandel sind vielfach die Hauptbaumarten der Lebensraumtypen v.a. mit Buche aber auch Eiche u.a. abgestorben. Im Leitfaden für die Praxis des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz NATURA 2000 in niedersächsischen Wäldern steht auf S. 38:

„Damit der Buchen-Lebensraumtyp erhalten bleibt, muss der Mischungsanteil der Rotbuche mindestens 50 % betragen“.

Vielfach stehen keine oder wesentlich weniger als 50 % Buchen im Bestand, der Bestand ist insgesamt nicht mehr von führender Buche bestimmt und damit der Buchen-Lebensraumtyp nicht mehr zu halten. Es muss dringend eine Öffnungsklausel für Baumarten in LRT und eine zukunftsweisende klimadynamische pnV zum Schutz und Erhalt des Waldes erarbeitet werden! Vielfach ist bereits eine Standortdrift durch Wetterextreme und Klimawandel erfolgt. Klimaschutz muss Vorrang vor Artenschutz haben, ansonsten wird eine umfangreiche Artendrift nicht zu verhindern sein.

Die im LROP und RROP vorgesehenen Vorranggebiete Wald bzw. Wald als Vorranggebiet zu kategorisieren, wird abgelehnt. Eine weitere Benachteiligung der Grundstückseigentümer ist auch in der Formulierung der Nichteinschränkung der forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung nur als Leitsatz zu sehen: Innerhalb der Vorranggebiete Wald ist die forstliche Bewirtschaftung durch Privatpersonen nicht eingeschränkt. Die Einführung von Vorranggebieten Wald im aktuellen LROP hat ohne erkennbares Erfordernis zu weitgehenden und unverhältnismäßigen, beschränkenden Regulierungen mit erheblichen Eigentumsbeschränkungen der Waldeigentümer geführt. Der bisher verbliebene Freiraum „Wald“ in Niedersachsen und im Landkreis Northeim, ist schon großflächig durch vielfältige raumgreifende naturschutzfachlich begründete Festsetzungen / Schutzgebiete mit Beschränkungen belegt.

Die zum Schutz der Wälder in Niedersachsen und den verschiedenen unterschiedlichen Waldfunktionen geeigneten, aber auch ausreichenden Schutzkategorien sind im europäischen und deutschen Naturschutzrecht und im Forstrecht sowie im europäischen und nationalen Bodenschutzrecht bereits umfassend und hinreichend bestimmt und rechtlich qualifiziert normiert.

Einer zusätzlichen Kategorie mit Einführung von Vorranggebieten Wald auch zum Schutz „Historisch alte Waldstandorte“ bedarf es dementsprechend nicht.

Die Festlegung von Vorranggebieten Wald ist aufgrund diffuser, fachlich angreifbarer Begrifflichkeiten und der Kategorisierung „Historisch alte Waldstandorte“ auf Grundlage undifferenziert erhobener Daten nicht

rechtssicher umsetzbar und führt bereits zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten, die auch der notwendigen zeitnahen Umsetzung der Energiewende in Niedersachsen entgegenstehen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Der Regionalplanungsträger ist zur Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als Vorranggebiete Wald im RROP verpflichtet.

Zur Sachaufklärung wird auf die BE-IDs 184 und 198 dieser Synopse verwiesen. In Bezug auf die Ausführungen zu NATURA 2000 wird auf die in Teilen inhaltsgleiche BE-ID 1121 der Abwägungssynopse des ersten Beteiligungsverfahrens verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **310**    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Der Plangeber muss eine Abwägung zwischen den Vorranggebieten Wald- und dem potenziellen Nutzen der Windenergie für die Gesellschaft vornehmen, um Vorranggebiete, endabgewogene Tabuzonen für raumbedeutsame Planungen, auszuweisen. Es muss explizit ein Hinweis erfolgen, dass Windenergie über Wald sowie Nutzung für Tourismus und Erholung auf Wunsch des Eigentümers in ausgewiesenen Vorranggebieten Wald generell möglich ist.

Generell ist die überregulierte Planung abzulehnen. Sofern es konkrete und belegbare Hinweise auf ein aktives Handeln gibt, ist eine Planung alternativlos. Es sollten aber keine präventive Planungen vorgenommen werden, für die es keinen konkreten Anlaß gibt, aber zu einem Bürokratieraufwand führen. Vielmehr muß die Planung dem Grundsatz folgen, daß „weniger mehr ist“ und die Regionalplanung auf ein „mehr“ an Bürokratie und Bearbeitung, grundsätzlich verzichten sollte, vor allem dann nicht, wenn es keine konkreten Hinweise oder Anlässe für entsprechende Regulierungen gibt.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der Regionalplanungsträger ist zur Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als Vorranggebiete Wald im RROP verpflichtet. Windenergieanlagen sind nach aktuell geltender Rechtslage im Vorranggebiet Wald nicht zulassungsfähig. Entsprechend geforderte entgegengesprechende Ausführungen im RROP sind somit nicht zulässig.

Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept kommt der Planungsträger den gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nach. Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei müssen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermitteln und bewerten werden. Wesen jeder Planung ist eine planerische Abwägung anhand von Bewertungskriterien, die sich der Planungsträger selbst gibt. Eine konzeptionelle Grundlage, die die Flächenauswahl nachvollziehbar macht und die begründet darzulegen ist, ist unverzichtbar. Unverzichtbar für jede Windenergieplanung ist dabei zudem die Auseinandersetzung mit Bereichen, in denen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen Windenergieanlagen nicht geplant oder nicht errichtet werden dürfen. Solche Bereiche wirken als Planungsverbote, die zwingend zu beachten sind. Der Regionalplanungsträger verfolgt das Ziel durch die gesteuerte Standortwahl der Windenergienutzung zum einen angemessenen Raum zu verschaffen und zum anderen einen zusätzlichen Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft zu gewährleisten. Dabei soll unter anderem eine Gleichverteilung im Raum, unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und Charakteristika, angestrebt werden, um eine durch Windenergieanlagen großräumig visuelle Überprägung und Beeinträchtigung des Planungsraumes zu vermeiden und einen geordneten Ausbau der Windenergienutzung zu ermöglichen. Der Regionalplanungsträger gibt dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug. Eine Planung wie in der Einwendung gefordert, entspricht nicht den aktuellen gesetzlichen Anforderungen.

---

Stellungnehmer-ID: **121**    Stellungnahme-ID: **141**    BE-ID: **427**    **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Begründung:

Zu: 3.2.1 10 Satz 1 - heimische Baumarten

Hier steht: „Baumarten, die im jeweiligen Wuchsgebiet nicht heimisch sind, [...]“.

Wir sehen in der Abwägung und im 2. Entwurf unsere Anmerkung, die wir bereits in der Stellungnahme zum ersten Entwurf abgegeben haben (damals 3.2.1 Satz 13), nicht umgesetzt. Und das, obwohl in der Abwägung steht, dass dem Einwand gefolgt und die Begründung entsprechend angepasst wird.

Wir weisen daher wieder darauf hin, dass nicht auf „heimische“ Baumarten, sondern auf „standortgerechte“ Baumarten verwiesen werden muss.

In diesem Zusammenhang eine weitere allgemeine Bemerkung, die pauschal gilt: Die Phrase „Mischwaldbestände und Laub-/Mischwald- bzw. Laubwaldbestände“ taucht an verschiedenen Stellen in den Dokumenten auf. Der Schrägstrich zwischen „Laub-/Mischwald“ ist irreführend. Generell kann u.E. auf „Laub-/Mischwald“ verzichtet werden, da einerseits „Mischwaldbestände“ als auch „Laubwaldbestände“ das Bestandsziel eindeutig definieren.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die Begründung wird teilweise angepasst, der Einwendung zur Aufzählung wird teilweise gefolgt und der Wortlaut in "Mischwaldbestände bzw. Laubwaldbestände" geändert. Bei Nennung zur Darstellung des aktuellen Zustands wird sie für sachgerecht und verständlich erachtet und beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **136**   Stellungnahme-ID: **156**   BE-ID: **344**   **Flecken Nörten-Hardenberg**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

1.5

Seite 260 zu RROP 3.2.1 11

Es werden als anerkannte Kompensationsflächenpools die zwei der Landesforsten aufgeführt.

Im Landkreis Northeim befindet sich aber auch in Hardeggen eine Kompensationsfläche der Niedersächsischen Landgesellschaft mbH „Espoldetal“ bei Hevensen. Eine entsprechende Dokumentation wird als Anlage beigelegt.

Dieser Kompensationsflächenpool ist mit aufzunehmen.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Der Anregung wird gefolgt. Die Begründung zu 3.2.1 11 wird um den Kompensationsflächenpool "Espoldetal" und weitere Angaben ergänzt.

---

Stellungnehmer-ID: **105**   Stellungnahme-ID: **124**   BE-ID: **203**   **Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - Dez. Binnenfischerei**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei**

### **Einwendung:**

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Bestände der Edelkrebse (*Astacus astacus*) durch Besatzmaßnahmen gestärkt werden sollen. Vom Besatz mit Edelkrebsen in Fließgewässern wird jedoch abgeraten, da in der Regel dort bereits invasive bzw. gebietsfremde Krebsarten vorkommen. Der Fischereikundliche Dienst befürwortet daher ausdrücklich die Entwicklung der Edelkrebsbestände durch Besatzmaßnahmen in isolierten Stillgewässern.

Zudem weise ich darauf hin, dass Edelkrebse in Niedersachsen dem Fischereirecht unterliegen, ein Besatz ist nur durch den Fischereiberechtigten/Pächter eines Gewässers zulässig. Eine Genehmigung des Fischereikundlichen Dienstes für den Besatz ist gemäß Anlage zu §12 Abs. 3 Binnenfischereiordnung nicht erforderlich. Vor einer geplanten Besatzmaßnahme sollte jedoch unbedingt durch ein umfassendes Monitoring überprüft werden, ob das Gewässer frei von invasiven gebietsfremden Krebsarten ist.

Zum Schutz der genetischen Ressourcen sollten für den Besatz nur Edelkrebse niedersächsischer Herkunft verwendet werden, die zudem idealerweise aus dem Einzugsgebiet des Gewässers stammen. Ein Zuchtstamm von Edelkrebsen aus dem



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Einzugsgebiet der Weser/Aller/Leine befindet sich in der Teichanlage des Anglervereins  
Niedersachsen in Poggenhagen.

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass bei jeglichen Aktivitäten am und im Gewässer die Gefahr besteht, den Erreger der Krebspest zu verbreiten oder einzuschleppen (insbesondere über Geräte wie Reusen, Kescher u. ä., aber auch über Gummistiefel). Daher sind im Zusammenhang mit dem Monitoring und den Besatzmaßnahmen unbedingt Präventionsmaßnahmen und Verhaltensweisen zur Verhinderung der Verbreitung von Krebspestserregern einzuhalten.

Nähere Informationen hierzu können Sie auf der Homepage des LAVES unter den nachfolgenden beiden Links bekommen:

<https://www.laves.niedersachsen.de/startseite/tiere/binnenfischerei/aktuell/hinweise-zur-fischkrankheitspraevention-bei-fischereilichen-untersuchungen--150003.html>

[https://www.laves.niedersachsen.de/startseite/tiere/tiergesundheit/gesundheit\\_von\\_fischen\\_krebstieren\\_und\\_weichtieren/informationen\\_fur\\_aquakulturbetriebe/hinweise-und-empfehlungen-zur-desinfektion-in-der-fischzucht-166986.html](https://www.laves.niedersachsen.de/startseite/tiere/tiergesundheit/gesundheit_von_fischen_krebstieren_und_weichtieren/informationen_fur_aquakulturbetriebe/hinweise-und-empfehlungen-zur-desinfektion-in-der-fischzucht-166986.html)

Neben den dort benannten Methoden der Desinfektion zum Abtöten von Krankheitserregern kann der Erreger der Krebspest auch durch vollständige Austrocknung unschädlich gemacht werden. Hierzu muss nach gründlicher Reinigung eine sorgfältige und vollständige Trocknung der Ausrüstungsgegenstände vorgenommen werden (mindestens 24 h in trockenen und warmen Räumen, bei 60°C reichen auch einige Stunden). Auch ein Durchfrieren tötet die Erreger ab (- 20°C für 48 h).

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **126**   Stellungnahme-ID: **146**   BE-ID: **405**   **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung**

### **Einwendung:**

Rohstoffe

Da sich im vorliegenden 2. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Northeim keine neuen Bezüge zum Entwurf der Zeichnerischen Darstellung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung sowie zum Kapitel 3.2.2 der Beschreibenden Darstellung und der Begründung ergeben, verweisen wir auf unsere Stellungnahme aus rohstoffwirtschaftlicher Sicht zum RROP-Entwurf von 2023, Az. L3.5/L68211/00-01/2023- 0006/006 vom 06.12.2023, die weiterhin (auch für den vorliegenden 2. Entwurf) Gültigkeit besitzt.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwände der genannten Stellungnahme sind im Rahmen der Abwägung zum ersten Beteiligungsverfahren zum RROP bereits vollumfänglich berücksichtigt und in der entsprechenden Synopse dokumentiert.

---

Stellungnehmer-ID: **126**   Stellungnahme-ID: **146**   BE-ID: **407**   **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung**

### **Einwendung:**

Da der 2. Entwurf, im Gegensatz zum Entwurf von 2023, bereits Pläne für konkrete Vorranggebiete für Windenergienutzung enthält, wird die o.g. Stellungnahme aber bezüglich des Entwurfs der Zeichnerischen Darstellung sowie des Kapitels 4.2.1 der Beschreibenden Darstellung und der Begründung in folgenden Punkten ergänzt:

Wir weisen aus rohstoffwirtschaftlicher Sicht erneut darauf hin, dass

- die Nutzung „Windenergie“ (d.h. die Errichtung und Betrieb einer oder mehrerer Windenergieanlagen inklusive der zum Betrieb notwendigen Zuleitungen und Zuwegungen) mit der Nutzung

„Rohstoffgewinnung“ auf der gleichen Fläche grundsätzlich nicht vereinbar ist

- die Nutzung „Windenergie“ nicht als Zwischennutzung angesehen werden kann, sondern dass, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen und der Möglichkeit des Repowerings, von einer „sich verstetigenden

Nutzung“ auszugehen ist.

Daraus ergeben sich für den vorliegenden Entwurf die folgenden Punkte:

- Gemäß Darstellender Beschreibung und Begründung des 2. Entwurfs unterliegen die dargestellten geplanten Vorranggebiete für Windenergienutzung grundsätzlich der sog. „Rotor-Out“ – Regelung. Eine solche „Rotor Out“ – Regelung ist aus rohstoffwirtschaftlicher Sicht mit einer direkt benachbarten oder sogar unmittelbar angrenzenden Nutzung „Rohstoffgewinnung“ unvereinbar, da im Nahbereich des Mastfußes und im Überstreichbereich der Windenergieanlagen, insbesondere unter Gesichtspunkten der Standsicherheit, keine Rohstoffgewinnung möglich ist. Dementsprechend wird die vorrangige Nutzung „Rohstoffgewinnung“ dann durch die Windenergienutzung unzulässig erschwert oder behindert (Landes- Raumordnungsprogramm Kap. 3.2.2, Ziffer 02, Satz 9). Derartige Nutzungskonflikte bestehen
  - o für das Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung in den Rohstoffsicherungsgebieten (RSG) 1. Ordnung für Sand 4323 S/9 und 4324 S/8 bei Bollensen (VR Windenergie südlich direkt angrenzend an VR Rohstoffgewinnung)
  - o für das Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung im Rohstoffsicherungsgebiet (RSG) 1. Ordnung 4326 K/1 für Kalkstein: Abstand des VR Windenergie lediglich ca. 50 – 70 Meter. Da das Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung bereits kleinfächig ist, kann bei ungünstiger Standortwahl ein WEA-Rotor mit derzeit üblichem Rotordurchmesser von mehr als 100 m einen Großteil des VR Rohstoffgewinnung überstreichen.
- In zwei Fällen werden Vorbehaltsgebiete für Rohstoffgewinnung in Rohstoffsicherungsgebieten durch Vorranggebiete Windenergienutzung überlagert. Davon ausgehend, dass es sich, wie oben beschrieben, bei der Windenergie nicht um eine temporäre Nutzung handelt, wird eine Rohstoffgewinnung in den überlagerten Bereichen nicht mehr möglich sein. Betroffen sind:
  - o Vorbehaltsgebiet für Rohstoffgewinnung im RSG 2. Ordnung für Kies 4326 Ki/2 bei Lindau (Überlagerung des östlichen Drittels mit VR Windenergienutzung)
  - o Vorbehaltsgebiet für Rohstoffgewinnung im RSG 2. Ordnung für Ton und Tonstein 4224 To/5 bei Wellersen (Überlagerung der östlichen Ecke des VR Windenergienutzung, auch direkt angrenzend).

Es wird dringend empfohlen, diese Nutzungskonflikte zu entflechten und dafür den Zuschnitt der VR Windenergie entsprechend so zu ändern, dass zu den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung ein Abstand in der Größenordnung von mindestens 50 – 100 m verbleibt. Alternativ könnte auch für die betroffenen Bereiche der VR Windenergienutzung eine „Rotor-In“ - Regelung getroffen werden, um so die Nutzungskonflikte bei geringstmöglichem Verlust an Flächen zur Windenergieerzeugung aufzulösen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Vorbehalts- und auch Vorranggebiete Rohstoffgewinnung sind nicht automatisch mit einem tatsächlichen Abbau von Rohstoffen verbunden und dienen der frühzeitigen Vermeidung von Überplanungen mit entgegenstehenden Nutzungen. Zu dieser Einschätzung kommt auch der Landkreis Lüneburg in seinem zweiten RROP-Entwurf und entsprechender Abwägung zum ersten Beteiligungsverfahren (<https://www.landkreis-lueneburg.de/fuer-unsere-buergerinnen-und-buerger/bauen-und-planen/regionalplanung/beteiligung-rrop-entwurf-2.html>). Die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung sichern die Lagerstätten und bereiten eine ggf. spätere Ausweisung von Vorranggebieten Rohstoffgewinnung und einen tatsächlichen Abbau vor, der unter Berücksichtigung der Planungssystematik grundsätzlich auch außerhalb der festgelegten Gebiete erfolgen kann.

Vorbehaltsgebiete dienen der Sicherung standortgebundener Nutzungen oder Funktionen und sind aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht endabzuwägen. Sie bleiben der Abwägung auf nachgelagerter Planungsebene zugänglich.

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete können sich überlagern, wenn die Nutzungen miteinander vereinbar sind oder wenn absehbar ist, dass die vorrangige Nutzung temporär als Zwischennutzung und die vorbehaltliche Nutzung als Folgenutzung anzusehen ist (vgl. NLT 2014 Arbeitshilfe Planzeichenkatalog sowie ARL 2018 Arbeitshilfe Vorranggebiet, Vorbehaltsgebiet und Eignungsgebiet).

Wie in der Begründung und den Steckbriefen zum RROP ausgeführt wird, dienen die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung zunächst der langfristigen Sicherung der Rohstoffvorkommen für nachfolgende Generationen. Dies ist auch in den textlichen Grundsatzfestlegungen des RROP ausgeführt, indem der Abbau zunächst und grundsätzlich auf die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung konzentriert werden soll und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung regelmäßig erst erschlossen werden sollen, wenn die Gewinnung in Vorranggebieten Rohstoffgewinnung eingestellt wird. Bei der Gewichtung von raumkonkreten Nutzungsansprüchen an die Fläche sind die räumlichen Gegebenheiten und Eigenheiten der Nutzungen zu berücksichtigen. Das Ergebnis dieser Abwägung spiegelt sich in den Festlegungen der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete wider und wird in der Begründung, sowie ggf. den Steckbriefen und den Gebietsblättern ausführlich thematisiert. Dementsprechend können höherrangige Vorranggebietsausweisungen grundsätzlich mit dem Vorbehalt für die Rohstoffgewinnung im Einzelfall zu vereinbaren sein.

Die Bearbeitung der Themenkomplexe Windenergienutzung und Rohstoffgewinnung erfolgte parallel. Aus Sicht des Regionalplanungsträgers sind die getroffenen Überlagerungen und aneinander angrenzenden Gebiete miteinander zu vereinbaren. Ein temporärer Nutzungscharakter der Windenergienutzung ist gegeben.

Der Einwand, die Nutzung Windenergie und Rohstoffgewinnung seien grundsätzlich nicht miteinander vereinbar, steht nicht im Einklang mit dem vorangegangenen Abstimmungsprozess mit dem LBEG und wird zurückgewiesen.

Der Flächenzuschnitt der Rohstoffgewinnungsgebiete ist im Sinne vorausschauender Bedarfsplanung weiträumig und über eine Bedarfsdeckung hinaus vorgenommen. Bestehende Abbauten sind als berücksichtigungspflichtige Belange in die Abwägungen einbezogen.

Bei der Prüfung der Vereinbarkeit ist außerdem bedacht, dass gerade durch aktive Abbauten in direkter räumlicher Nähe im sich überlagernden oder angrenzenden Bereich und potenziellen Bereich einer Errichtung von Windenergieanlagen eine dezentrale Verwertung der Rohstoffe, die temporär während der Bauphase durch Fundamentierungen, Infrastrukturmaßnahmen und Zuwegungen anfallen, angestrebt werden kann. Somit werden Rohstoffverluste, auch im Sinne der Festlegungen im LROP 2022, vermieden und durch eine nachhaltige und vorausschauende Planung dezentrale Verwertungsmöglichkeiten genutzt. Der Regionalplanungsträger beabsichtigt hierauf im Rahmen der Selbstbindung in den Genehmigungsverfahren verstärkt hinzuwirken. Eine Vereinbarkeit der Nutzungen bei den bestehenden Überlagerungen zwischen Rohstoff- und Windenergiegebieten ist somit gegeben.

Die entsprechenden Gebiete sind weiträumig ausgewiesen um Entwicklungspotenziale zu berücksichtigen. Im Planungskonzept ist bereits berücksichtigt, dass lediglich 65 % der Fläche ohne aktiven Abbau für einen späteren tatsächlichen Abbau zur Verfügung stehen könnten. Teilflächen sind entsprechend großzügig abgegrenzt, berücksichtigen Erweiterungspotenziale und übererfüllen die Bedarfsermittlung der jeweiligen Rohstoffart in Summe regelmäßig.

Die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung sind auf eine weiträumigere Inanspruchnahme in 15 bis 35 Jahren angelegt, sowie nachrangig anderer als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung im Landkreis überplanten Bereichen zum Abbau vorzusehen. In dieser genannten Zeitspanne ist die Nutzung für Windenergie als temporäre Nutzung anzusehen. Aktuell genehmigte Windenergieanlagen im Landkreis Northeim sind regelmäßig für ca. 20 Jahre erfolgt. Repowering von Windenergieanlagen sind der Steuerungswirkung der Regionalplanung bis 2030 auf Ebene der Bundesgesetzgebung entzogen worden und können aus Sicht des Regionalplanungsträgers daher an dieser Stelle nicht angeführt werden, um bereits im aktuellen RROP-Verfahren eine Flächenveränderung vorgehend herbeizuführen. Zudem wird nach Erfahrung des Regionalplanungsträgers aus aktuellen Repoweringvorhaben in den wenigsten Fällen ein Repowering am räumlich-identischen Mastfuß des Altstandorts vorgenommen.

Diese Einschätzung der temporären Nutzung teilen ebenso andere Regionalplanungsträger, die von einem entsprechenden Charakter der Windenergienutzung ausgehen wie der Regionalplanungsträger des Regionalplans Ostthüringens

([https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/Ostthueringen/Dokumente/Ost-GremDok/O-GremDok-7PV/O7PV-Beschl-2024/O7PV-Beschl-PV-30-01-24/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-Abw/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-17.pdf](https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user_upload/Ostthueringen/Dokumente/Ost-GremDok/O-GremDok-7PV/O7PV-Beschl-2024/O7PV-Beschl-PV-30-01-24/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-Abw/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-17.pdf)).

Die Festlegungen im RROP im Hinblick auf die Rohstoffsicherung und –gewinnung zielen auf eine frühzeitige Berücksichtigungs- und Beachtungspflicht auf nachgelagerter Ebene hin und sind für den Regionalplanungsträger von herausragender Bedeutung, gerade im Hinblick auf die fehlende Durchsetzungsmöglichkeit ohne regionalplanerische Gebietsfestlegungen an dieser Stelle. Der Regionalplanungsträger ist von seinem Planungskonzept nach wie vor überzeugt.

Rohstofflagerstätten stellen kein allgemeingültiges und unüberwindbares Tabukriterium für nachgelagerte Planungen, Maßnahmen oder Überplanungen dar. Der konkrete Zuschnitt eines Rohstoffabbaus obliegt der nachgelagerten Planungs- und Prüfebene. Rohstofflagerstätten unterliegen in der Abwägung ohne entsprechende Sicherung im RROP regelmäßig auf nachgelagerter Ebene, was zu Verlusten und Schwierigkeiten der Bedarfsdeckung führt. Die regionale Bedarfsermittlung ist im Rahmen des RROP durchgeführt, mit dem LBEG abgestimmt und in den Festlegungen umgesetzt. Teilflächen sind großzügig abgegrenzt und die Bedarfsdeckung regelmäßig übererfüllt.

Das OVG Sachsen-Anhalt hat zuvor bereits als fraglich geäußert, inwieweit die Festsetzung eines Vorranggebietes für Rohstoffgewinnung die Windenergienutzung auf eben diesen Flächen aus tatsächlichen Gründen ausschließen würde und verweist auf eine Behandlung als hartes Tabukriterium erst bei Vorlage eines Planfeststellungsbeschlusses bzw. einer Abgrabungsgenehmigung und weiterführende grundsätzliche Möglichkeiten der Zielabweichung (<https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/NJRE001250286>).

Wenn kein hartes Ausschlusskriterium im nachgelagerten Verfahren vorliegt, kann aus Sicht des Regionalplanungsträgers in einem Neuaufstellungsverfahren nicht automatisch von einem entgegenstehenden Belang auszugehen sein. Vielmehr ist eine abwägungszugängliche Prüfung des Einzelfalls notwendig.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass die überlagernde Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung mit Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung auch in anderen Planungsregionen vorgenommen wird, wie die 1. Änderung des RROP 2008 des Großraums Braunschweig zur „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“, in 2024 genehmigt, zeigt. Als Argumente für eine Vereinbarkeit werden unter anderem vorgebracht, dass es sich bei den Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung des RROP 2008 um weiche Tabuzonen handelt, die der Abwägung zugänglich sind. Im Ergebnis wird eine Überlagerung mit einem Vorranggebiet Windenergienutzung vorgenommen. Die vorgebrachten Argumente, die Bedarfe seien über andere Lagerstätten gesichert, sind mit den hier vorliegenden Gegebenheiten vergleichbar, wie bereits ausgeführt wurde. Wenn es in einem Änderungsverfahren möglich ist, ausgewiesene Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung als potenzielle Windenergiestandorte zu behandeln weist das für den Regionalplanungsträger sehr deutlich darauf hin, dass eine Vereinbarkeit der Nutzungen unter entsprechender Begründung auch in einem gemeinsamen Neuaufstellungsverfahren erfolgen kann.

Ein Entlassen der Vorbehaltsgebietsfestlegung Rohstoffgewinnung wird für nicht sachgerecht erachtet, da dies die Belange der Rohstofffirma und Bedarfsermittlung nicht angemessen berücksichtigen würde. Der laufende Abbau stellt ein berechtigtes und berücksichtigungspflichtiges Interesse dar, das in die Abwägung einzustellen und angemessen zu berücksichtigen und an dieser Stelle nicht zu vernachlässigen ist. Die Windenergienutzung stellt im Abwägungsergebnis aufgrund der Lage und fachlichen Bewertung, sowie unter Berücksichtigung der Bedarfsermittlung und Erweiterungsabsichten und –bedarfe für den Rohstoffabbau jedoch den höherrangigen Belang dar.

Eine Konfigurationsmöglichkeit um den aktiven Abbau herum ist nach der bisherigen Erfahrung des Regionalplanungsträgers gegeben, ebenso wie die Tatsache, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz des Vorranggebiets Windenergienutzung tatsächlich auf Ebene der Genehmigungsplanung durchsetzen werden kann.

Zur Überlagerung zwischen dem Vorranggebiet Lindau 01 sowie Vorbehaltsgebiet Ki17 wird auf die Abwägung unter BE-ID 251 dieses Beteiligungsverfahrens sowie die bereits erfolgten Hinweise unter der BE-ID 639 des ersten Beteiligungsverfahrens verwiesen. Entsprechende Ergänzungen erfolgen in der Begründung zum RROP. Die Vereinbarkeit sowie der temporäre Charakter werden vom Regionalplanungsträger als vollumfänglich erfüllt beurteilt.

Ebenso der aktive Abbau bei Wellersen To4 ist bereits in der Synopse zum ersten Beteiligungsverfahren unter der BE-ID 639 thematisiert und wird wie folgt inhaltlich ergänzt:

Der sich überlagernde Abschnitt des Tonabbaus bei Wellersen To4 (VB) und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Einbeck 01 des zweiten RROP-Entwurfs ist gegenüber dem ersten RROP-Entwurf unverändert. Es handelt sich um einen Bestandwindpark, der eine Lagerstätte (2. Ordnung nach RSK 25 sowie Vorsorgegebiet Rohstoffgewinnung im RROP 2006) überlagert. Es handelt sich um eine Sonderbaufläche der Stadt Einbeck für Windenergienutzung. Die Inanspruchnahme der Rohstoffvorkommen im Untergrund ist somit tlw. bereits erfolgt, Baumaßnahmen sind abgeschlossen.

Die Flächenfestlegungen für die Rohstoffgewinnung sind nicht automatisch mit einem tatsächlichen Abbau der Rohstoffe verbunden. Sie stehen im Einklang mit der Einschätzung des hiesigen Regionalplanungsträgers und seiner erfolgten textlichen Festlegungen.

Baumaßnahmen sind im Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung aufgrund der vollständigen Inanspruchnahme des Vorranggebietes Windenergienutzung mit Windenergieanlagen nicht abzusehen, wären aber zulässig. Im Sinne einer Vermeidung von Rohstoffverlusten kann eine dezentrale Verwertungsmöglichkeit genutzt werden. Eine Vereinbarkeit wird damit begründet.

Auch an dieser Stelle ist das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung weiträumig und über die absehbaren Entwicklungstendenzen hinaus festgelegt, um eine Flexibilität zu wahren und Rohstoffvorkommen frühzeitig vor raumbedeutsamen Inanspruchnahmen zu sichern. Vorbehaltsgebiete unterliegen der Abwägung, sind bei nachgelagerten Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen, worauf die weiträumige Ausweisung an dieser Stelle abzielt.

Die Festlegungen spiegeln bereits geschaffene Tatsachen wider. Eine Herausnahme des Vorranggebietes Windenergienutzung hätte durch den Bestandspark keine geänderte Situation für die Rohstoffgewinnung zur Folge.

Das mögliche Repowering von Windenergieanlagen kann aus Sicht des Regionalplanungsträgers an dieser Stelle nicht angeführt werden, um bereits im aktuellen RROP-Verfahren eine Flächenveränderung vorgehend herbeizuführen, wie bereits ausgeführt. Windenergieanlagen werden nicht für die Ewigkeit gebaut, wie oben bereits ausgeführt und auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet wird.

Aus Sicht des Regionalplanungsträgers sind sowohl die Vereinbarkeit der Nutzungen als auch der temporäre Charakter der Windenergienutzung im Vorrang mit der Nachnutzung im Vorbehalt für Rohstoffgewinnung an dieser Stelle für den Abbau bei Wellersen To4 (VR Windenergienutzung Einbeck 01) nachgewiesen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Rotor-Out: Aus Gründen der Anrechenbarkeit an die regionalen Teilflächenziele wird an der Rotor-Out-Planung grundsätzlich festgehalten. Es wird zudem auf die bereits erfolgte inhaltliche Prüfung und Abwägung dieses Punktes unter BE-ID 639 des 1. Beteiligungsverfahrens verwiesen.

Bollensen Sa1: Es handelt sich um eine bestehende Windenergieanlage, mit geplanten weiteren Bauabsichten. Der bestehende Rohstoffabbau liegt in nördlichem Bereich des Vorranggebietes Rohstoffgewinnung. Die Vorranggebiete überlagern sich nicht. Unter Berücksichtigung der Maßstabsungenauigkeit, Vor-Ort-Begutachtungen und der Zuwegung und bestehender Infrastruktur besteht kein Zweifel daran, dass das Vorranggebiet Rohstoffgewinnung durch das Vorranggebiet Windenergienutzung, möglicherweise einhergehenden Fundamentierungen und Zuwegungen von Beeinträchtigungen freigehalten werden kann. Hierfür spricht auch die laufende Planung von Windenergieanlagen sowie der bestehende Abbau. Die Planung sieht nach aktuellem Planungsstand Fundamentierungen in ca. 400 m Abstand zum Vorranggebiet Rohstoffgewinnung vor. Zuwegungen und Infrastruktur ist durch das Bestandswindrad bereits vorhanden. Beeinträchtigungen (auch im Sinne der angeführten LROP-Festlegung (2022) in 3.2.2 Ziffer 02 Satz 9) durch benachbarte Nutzungen der Windenergie sind auf Ebene der Regionalplanung unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen auszuschließen. Ebenso besteht kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz der Fläche des Vorranggebietes – trotz des Vorranggebietes Rohstoffgewinnung – durchsetzen kann. Auf Ebene der Regionalplanung lassen sich keine dauerhaft unüberwindbaren Beeinträchtigungen der Vorranggebiete im Planungshorizont des neu aufzustellenden RROP absehen.

Es bleibt anzuführen, dass auch andere Regionalplanungsträger sich mit diesem Aspekt befassen und in der Abwägung zu dem Schluss kommen, dass entsprechende benachbarte Vorranggebiete dieser Nutzungen im regionalplanerischen Bezugsmaßstab entsprechend regelmäßig miteinander zu vereinbaren sind:

„Die Nachbarschaft eines Vorranggebietes Windenergie und eines Vorranggebietes Rohstoffe stellen aus Sicht des Plangebers keinen unüberwindbaren Konflikt dar, da in den Genehmigungsverfahren konkret die Belange miteinander und untereinander abgestimmt werden können“

([https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/Ostthueringen/Dokumente/Ost-GremDok/O-GremDok-7PV/O7PV-Beschl-2024/O7PV-Beschl-PV-30-01-24/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-Abw/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-17.pdf](https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user_upload/Ostthueringen/Dokumente/Ost-GremDok/O-GremDok-7PV/O7PV-Beschl-2024/O7PV-Beschl-PV-30-01-24/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-Abw/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-17.pdf)).

Unter Berücksichtigung des vorangehend zitierten Urteils des OVG Sachsen-Anhalt wäre ein Vorranggebiet nicht zwingend als hartes Tabukriterium zu beurteilen und differenziert zu betrachten, was im Sinne benachbarter Planungen grundsätzlich die Möglichkeiten einer Vereinbarkeit offenhält und zu einer Einzelfallbetrachtung wie vorliegend geführt drängt. Wenn es kein hartes Ausschlusskriterium im nachgelagerten Verfahren darstellt, dann kann aus Sicht des Regionalplanungsträgers in einem Neuaufstellungsverfahren nicht automatisch von einem entgegenstehenden Belang auszugehen sein, sondern eine abwägungszugängliche Prüfung des Einzelfalls ist notwendig.

Darauf weisen auch genehmigte RROP mit entsprechenden direkt aneinander grenzenden Vorranggebietsfestlegungen für Windenergie und Rohstoffgewinnung hin, wie das aktuelle RROP des Landkreises Holzminden sowie die genehmigte 1. Änderung des RROP 2008 des Großraums Braunschweigs mit vergleichbaren Flächenfestlegungen.

Langfast Ka1: Die Rohstofflagerstätte befindet sich nicht im Abbau, es ist kein Abbauiinteresse bekannt. Der Regionalplanungsträger zweifelt zudem an der Möglichkeit einer Abbaugenehmigung aus Wasserschutzgründen. Dies ist in den Steckbriefen dokumentiert, es handelt sich um eine verpflichtende Übernahme eines Vorranggebietes Rohstoffgewinnung aus dem LROP 2022, das begründet verkleinert übernommen ist. Angrenzend besteht eine Planung sowie, im Abstand von ungefähr (gemessen am Regionalplanungsmaßstab) einem Rotorradius der Referenz-Windenergieanlage ein Vorranggebiet Windenergienutzung. Die Vorranggebiete überlagern sich nicht und halten einen Abstand zueinander ein, um topographische Gegebenheiten angemessen zu berücksichtigen. Das Gebiet ist durch Forstwege soweit erschlossen, dass eine Inanspruchnahme des Vorranggebietes Rohstoffgewinnung – auch im Hinblick auf die Topographie - sehr unwahrscheinlich erscheint. Aufgrund des Abstandes sind Beeinträchtigungen unter den Vorranggebieten gegenseitig nicht zu erwarten. Es besteht durch den Abstand und die Zuwegung, sowie nach erfolgter Vor-Ort-Besichtigung kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann. Hierauf weist auch die bestehende Planung hin. Eine Genehmigungsfähigkeit des Rohstoffabbaus ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers kritisch zu bewerten, zu Einschränkungen führen jedoch nicht die geplanten Windenergieanlagen oder die Ausweisung des Vorranggebietes Windenergienutzung. Auf Ebene der Regionalplanung lassen sich keine dauerhaft unüberwindbaren Beeinträchtigungen der Vorranggebiete durch ihre räumliche Nähe zueinander absehen.

Der Forderung, Vorranggebiete Windenergienutzung zurückzunehmen wird nicht gefolgt. In der Abwägung überwiegt an anderer Stelle regelmäßig die Windenergienutzung gegenüber dem Rohstoffabbau. Ein Entlassen der Vorbehaltsgebietsfestlegung Rohstoffgewinnung wird für nicht sachgerecht erachtet, da dies die Belange der Rohstofffirma und Bedarfsermittlung nicht angemessen berücksichtigen würde. Der laufende Abbau stellt ein berechtigtes und berücksichtigungspflichtiges Interesse dar, das in die Abwägung einzustellen und angemessen zu berücksichtigen und an dieser Stelle nicht zu vernachlässigen ist. Die Festlegungen im vorliegenden RROP-Entwurf dienen der vorausschauenden Sicherung von Erweiterungsmöglichkeiten und Lagerstätten unter frühzeitiger Berücksichtigung des allgemeinen Nutzungsdrucks auf das Schutzgut Fläche durch raumbedeutsame Planungen und greifen die Anforderungen der bundesgesetzlichen Vorgaben zu Erneuerbaren Energieerzeugung an die Fläche angemessen auf.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Vereinbarkeit der Nutzungen miteinander wird erneut begründet und als gegeben bewertet. Zur Verbesserung der Nachvollziehbarkeit werden die Begründung und Steckbriefe Rohstoffgewinnung und Windenergienutzung um Ausführungen aus dieser Aufarbeitung und Abwägung sowie entsprechenden Bezügen erneut ergänzt. Eine Herausnahme und Verkleinerung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung wird nicht verfolgt, da die Vereinbarkeits- und Nachnutzungsthematik aus Sicht des Regionalplanungsträgers ausreichend und differenziert betrachtet nachgewiesen sind.

Stellungnehmer-ID: 136 Stellungnahme-ID: 156 BE-ID: 348 Flecken Nörten-Hardenberg

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung**

### Einwendung:

2.

Punkt 3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung ab Seite 261 ff.

Für den Flecken Nörten-Hardenberg ist ein Vorranggebiet Rohstoffgewinnung Ki12 mit einer Größe von 134,39 ha festgelegt.

In der Begründung zum RROP 3.2.2. 06 heißt es u.a., dass:

„Als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung werden vorrangig Flächen ausgewiesen, die für einen zeitnahen Abbau in den folgenden 15 Jahren genehmigt oder auf Grundlage der vorliegenden Untersuchung für einen möglichst verträglichen und vollständigen Abbau gut geeignet sind. Die Ausweisung als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung ist auf ebendieser Fläche mit einer anderweitigen raumbedeutsamen Nutzung mit mittelfristiger zeitlicher Nutzungsdauer nicht zu vereinbaren. ... Die Lagerstätten sollen langfristig von konkurrierenden Nutzungen freigehalten werden, um einen Verlust der Rohstoffe zu vermeiden und eine dezentrale Bedarfsdeckung für nach-folgende Generationen zu sichern. ...

Zu RROP 3.2.2 08 Seite 272

Satz 1

Durch den Rohstoffabbau sind Beeinträchtigungen und Belastungen von Mensch und Umwelt nicht immer vollständig vermeidbar. Um diese zu reduzieren, sowie dem Grundsatz einer flächenschonenden Planung zu entsprechen, soll darauf hingewirkt werden, dass der Bedarf an neuen Aufschlüssen verringert wird. Hierzu sollen bereits erschlossene und im Abbau befindliche Lagerstätten möglichst bis zur vollständigen Erschöpfung ausgebeutet werden, bevor neue Lagerstätten erschlossen werden.

Satz 2

Um die Beeinträchtigungen flächenbezogen gering zu halten, ist eine abschnittsweise Erschließung anzustreben. Bestehende Beeinträchtigungen durch erfolgte Erschließungen sollen zeitnah zurückgebaut werden, um die Fläche anderen Nutzungen zugänglich zu machen und zur Akzeptanzsteigerung beizutragen....“

Der Flecken Nörten-Hardenberg weist auf die Ausweisung von Kompensationsflächen für den Artenschutz in diesem Bereich hin. In der Dokumentation zum Steckbrief Ki12 sollte ein Hinweis aufgenommen werden, dass die Planungen miteinander vereinbar sind. Die Beteiligten sollten die Flächennutzungen eng miteinander abstimmen.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Planung der Kompensationsflächen erfolgt unter Beteiligung u. a. des Regionalplanungsträgers. Die geplanten Kompensationsmaßnahmen sind kleinräumig und schränken den laufenden Abbau nicht ein, zudem werden Rohstoffvorkommen im Untergrund nicht gefährdet. Unter dem Aspekt, dass die geplanten Kompensationsmaßnahmen grundsätzlich ortsvariabel gestaltet werden können, führt die Planung nicht zu einem Konflikt mit der Festlegung und ist im Sinne einer Zwischennutzung vereinbar. In einem Genehmigungsverfahren zu einem Rohstoffabbauvorhaben würden sowohl der Grundstückseigentümer als auch der Flecken Nörten-Hardenberg beteiligt werden, sodass davon ausgegangen werden kann, dass eine frühzeitige Abstimmung in Bezug auf die Kompensationsmaßnahme gewährleistet sein wird. Kompensationsmaßnahmen können grundsätzlich ortsvariabel gestaltet werden und stellen fachrechtlich regelmäßig eine überwindbare Hürde dar, sodass kein atypischer Fall vorliegt. Auf eine Nennung von Kompensationsmaßnahmen wird in den Steckbriefen Rohstoffgewinnung daher grundsätzlich verzichtet.

Stellungnehmer-ID: 136 Stellungnahme-ID: 156 BE-ID: 345 Flecken Nörten-Hardenberg

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.2 Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung**

### Einwendung:

1.6

Seite 271 unter Dolomit (Do) 2. Absatz erster Satz



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Hinter dem Wort Landkreis sollte Northeim miteingefügt werden.

### **Abwägung:**

Wird gefolgt

---

Stellungnehmer-ID: 21    Stellungnahme-ID: 26    BE-ID: 24    **LK Northeim - FB 41**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

Zu Punkt 3.1.4 04 S. 304

T 13 Kalefeld/ Wiershausen

1. Satz: „Im Ortsteil Wiershausen... befindet sich das Römerschlachtfeld...“

Das Römerschlachtfeld erstreckt sich im Wesentlichen auf die Gemeinde Kalefeld/ Oldenrode und die Stadt Bad Gandersheim/ Harriehausen

### **Abwägung:**

Wird gefolgt

Der betroffenen Satz in der Begründung zu Abschnitt 3.2.3 Ziffer 05, Tourismusschwerpunkt T 13, sowie die Überschrift werden entsprechend der Anregung um die korrekte Ortsangabe ergänzt. Es handelt sich dabei um eine redaktionelle Anpassung, da die korrekte Ortsangabe bereits in Tabelle 3.2.3-4 des 2. RROP-Entwurfs enthalten ist.

---

Stellungnehmer-ID: 136    Stellungnahme-ID: 156    BE-ID: 347    **Flecken Nörten-Hardenberg**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

1.7

Seite 314 Abb. 3.2.3-1: Reitanlage Gräflicher Landsitz Hardenberg im Maßstab 1:5.000

Die Darstellung des Parkplatzes „P“ ist herauszunehmen, da hier der B-Plan Nr. 24 „Am Schlosspark“ aufgestellt wurde für ein Wohngebiet.

### **Abwägung:**

Wird nicht gefolgt

Die Abb. 3.2.3-1 dient der Veranschaulichung der als Vorranggebiet festgelegten Reitsportanlage, die Darstellung des Parkplatzes ist für die Festlegung unerheblich. Die genannte Parkfläche ist Bestandteil der Hintergrundkarte mit Stand 2021 und nicht durch den Planungsträger selbst eingezeichnet. Die Darstellung dient der Verortung. Ein entsprechender Quellenvermerk und Datenstand sind bereits in der Abbildung enthalten. Nach Überprüfung stellt die aktuellste Version dieser Hintergrundkarte sowie eine alternativ geprüfte Hintergrundkarte in dem betroffenen Bereich nach wie vor eine Parkfläche dar, sodass selbst mit einer Aktualisierung der Hintergrundkarte die Parkfläche ebenfalls dargestellt wäre.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 268    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 3.2.3 Ziffer 06

Der als Vorranggebiet regional bedeutsame Sportanlage festgelegte Freizeitsee Northeimer Seenplatte wird, wie von Ihnen angeführt, durch ein Vorranggebiet Biotopverbund überlagert. Es wird empfohlen, die Vereinbarkeit beider vorrangigen Zweckbestimmungen auch an dieser Stelle herzuleiten. Alternativ ist mindestens auf die Ausführungen in Tab. 3.1.2-6 zu verweisen.

### **Abwägung:**

Wird gefolgt



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

In der Begründung zu RROP-Abschnitt 3.2.3 Ziffer 06, Abschnitt Freizeitsee Northeimer Seenplatte, ist die Überlagerung mit dem Vorranggebiet Biotopverbund kg 88 klar benannt. Eine Entflechtung der überlagernden Festlegungen erfolgt in Tabelle 3.1.2-6 in der konkreten Einzelbegründung zu kg 88. Eine Entflechtung beider Festlegungen hat daher stattgefunden und ist dokumentiert. Zu Gunsten der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit der Begründung wird auf eine Doppelnennung der Entflechtung von überlagernden Festlegungen verzichtet und in der Begründung zu der regional bedeutsamen Sportanlage ein Bezug zur Tabelle 3.1.2-6 ergänzt.

---

Stellungnehmer-ID: **136** Stellungnahme-ID: **156** BE-ID: **346** **Flecken Nörten-Hardenberg**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung und Tourismus**

### **Einwendung:**

1.6

Seite 303 unter T 11 Nörten-Hardenberg und analog Seite 313 2. Absatz

Es sollte für das stattfindende „Hardenberger Burgturnier“ das „jährlich“ gestrichen werden, da die Veranstaltung momentan nicht stattfindet.

Die Gartenmesse „Klassika“ sollte durch „Majas Pflanzentage“ ersetzt werden (siehe Anhang).

Aufgeführt werden könnte noch, dass die Hardenberg Distillery Führungen und Workshops anbietet, wie z.B. Whisky oder Gin Tastings. Weiterhin finden jährlich die Keilertage - Mittelalterfest und von April bis Oktober Feierabend Veranstaltungen mit Live Musik statt.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Der Anregung, in der Beschreibung des Burgturniers die Formulierung "jährlich" zu streichen, wird aufgrund der Tatsache, dass dieses gegenwärtig nicht jährlich stattfindet, gefolgt.

Die Gartenmesse findet dort zwar regelmäßig statt, aufgrund der sich ändernden Bezeichnung der Gartenmesse und der langen Geltungsdauer des RROP, für die keine Beibehaltung des Namens prognostiziert werden kann, wird die Begründung zu T 11 dahingehend geändert, dass nur auf die Gartenmesse an sich abgestellt wird, diese jedoch nicht mehr namentlich genannt wird.

Dass an dem Tourismusschwerpunkt T 11 Führungen stattfinden, ist bereits im 1. und 2. RROP-Entwurf Teil der Begründung zu T 11 in Tabelle 3.2.3-4. Zur Präzisierung der Aussage wird bei der Hardenberg Distillery im Begründungstext unterhalb der Tabelle ergänzt, dass dort u. a. Führungen und Workshops angeboten werden.

Auf die explizite Nennung der "Keilertag" in der Begründung zu T 11 wird verzichtet, da bereits in Tabelle 3.2.3-4 auf das Stattfinden von Veranstaltungen hingewiesen wird und auf eine namentliche Nennung sämtlicher dort stattfindenden Veranstaltungen verzichtet wird.

Bei den vorgenommenen Anpassungen handelt es sich um redaktionelle Änderungen.

---

Stellungnehmer-ID: **142** Stellungnahme-ID: **163** BE-ID: **469** **Stadt Uslar**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

[Name anonymisiert] erläutert anhand der vom Landkreis Northeim bereitgestellten Präsentation das RROP und verliest die zwei Änderungen unter Nummer 03 und Nummer 21, welche die Stadt Uslar betreffen.

Nummer 21: Zur Gewährleistung des vorbeugenden Hochwasserschutzes werden in der Zeichnerischen Darstellung Vorranggebiete Hochwasserschutz und Vorranggebiete Hochwasserrückhaltebecken festgelegt.

Für ein weitergehendes Hochwasserrisikomanagement werden Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz und Vorbehaltsgebiete Hochwasserrückhaltebecken festgelegt und sollen bei raumbedeutsamen Planungen berücksichtigt werden.

[Name anonymisiert] erkundigt sich, ob die beiden Rückhaltebecken in Kammerborn zu einem größeren Bauwerk zusammengelegt werden, da das Vorhaben dadurch umfangreicher erscheint und wie eine solche Umsetzung konkret erfolgen könnte.

[Name anonymisiert] erklärt daraufhin, dass die Rückhaltebecken nicht gebaut werden, weil die finanziellen Mittel dafür fehlen. Die betreffende Fläche bleibt jedoch weiterhin bestehen und könnte künftig für Hochwasserschutzmaßnahmen genutzt werden

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: 120 Stellungnahme-ID: 140 BE-ID: 396 Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung

Dokument: Begründung zum 2. RROP-Entwurf

Gliederungspunkt: 3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz

## Einwendung:

Zu weiteren Belangen des BRPH

Der BRPH definiert als wichtigen Belang des vorbeugenden Hochwasserschutzes die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Festlegungen I.2.1 (Z) und I.2.2 (G). Die Möglichkeiten der Anpassung sind im Allgemeinen breit gefasst und können Maßnahmen der Retentionsflächensicherung und -rückgewinnung, Entsiegelung und hochwasserangepasste Bauweisen umfassen. Neben den Gefahren durch Flusshochwasser sollen insbesondere auch die Gefahren, die durch Starkregenereignisse entstehen, Berücksichtigung finden. Um diesen Belang des BRPH zu adressieren wird empfohlen, eine eigene Festlegung für die Berücksichtigung der Gefahren durch Starkregen in das Raumordnungsprogramm aufzunehmen, welche die nachgelagerten Planungsebenen zur Vorsorge motivieren, beispielsweise durch Freihaltung von potentiellen Abflussbahnen von Neubebauungen. Derartige Festlegungen werden bereits in vielen Planungsregionen von der Praxis aufgegriffen. Das Regionale Raumordnungsprogramm Harburg[2] stellt ein niedersächsisches Beispiel dar das zeigt, wie eine Umsetzung erfolgen kann. Darüber hinaus zeigen der Regionalplan Bayerischer Untermain[3] sowie der LEP Bayern[4] und der Entwurf des LEP Sachsen-Anhalt[5] Umsetzungsmöglichkeiten in Form textlicher Festlegungen.

[2] Landkreis Harburg, Regionales Raumordnungsprogramm 2025. Ziffer 3.2.4.2 07. Online verfügbar:

<https://www.landkreis-harburg.de/portal/seiten/regionales-raumordnungsprogramm-rrop-2025-fuer-den-landkreis-harburg-901000407-20100.html> (letzter Abruf: 21.05.2025)

[3] Regionalplan Bayerischer Untermain (2024), Kapitel 4.2.7, Grundsatz 04. Online verfügbar:

[https://www.regierung.unterfranken.bayern.de/mam/aufgaben/bereich2/sg24/2024-03-22\\_rp1\\_gem\\_%C3%8417\\_inkl.\\_umschlag.pdf](https://www.regierung.unterfranken.bayern.de/mam/aufgaben/bereich2/sg24/2024-03-22_rp1_gem_%C3%8417_inkl._umschlag.pdf) (letzter Abruf: 21.05.2025)

[4] Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (2023): Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP), 7.2.5 S. 119. Online verfügbar:

[https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user\\_upload/stmwi/Landesentwicklung/Dokumente/Instrumente/Landesentwicklungsprogramm/LEP\\_2023/230601\\_LEP\\_Lesefassung.pdf](https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Landesentwicklung/Dokumente/Instrumente/Landesentwicklungsprogramm/LEP_2023/230601_LEP_Lesefassung.pdf) (letzter Abruf: 21.05.2025)

[5] Ministerium für Infrastruktur und Digitales (2024): Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt. 1. Entwurf zur Neuaufstellung 2023. G 7.2.1-5, S. 223. Online verfügbar:

[https://mid.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MLV/MID/Infrastruktur/Raumordnung-Landesentwicklung/LEP/Planunterlagen/LEP-1.-Entwurf-Textteil-und-Begrueendung.pdf](https://mid.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLV/MID/Infrastruktur/Raumordnung-Landesentwicklung/LEP/Planunterlagen/LEP-1.-Entwurf-Textteil-und-Begrueendung.pdf) (letzter Abruf: 21.05.2025)

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Die Adressierung der Belange des BRPH an die nachgelagerte Ebene im Sinne dieser Einwendung als verbindliche Zielfestlegung wie im Bsp. des Landkreises Harburg u. a. setzt aus Sicht des Regionalplanungsträgers eine verlässliche und aktuelle Datengrundlage und weiterführende landkreisweite Untersuchungen voraus. Die Gefahrenabwehr und -potenziale des Starkregens sind aktuell im zweiten RROP-Entwurf in die Thematik des Schutzes vor Hochwasser integriert. So sind neben Hochwasser- auch Regenrückhaltebecken in das RROP aufgenommen.

Auf entsprechende Zielfestlegungen wird aufgrund der fehlenden Daten und entsprechender Untersuchungen verzichtet. Im Rahmen von Fortschreibungs- oder Änderungsverfahren des RROP wird dieser Themenkomplex und entsprechende Datengrundlage erneut zu prüfen sein.

Stellungnehmer-ID: 99 Stellungnahme-ID: 117 BE-ID: 176 Landkreis Holzminden

Dokument: Begründung zum 2. RROP-Entwurf

Gliederungspunkt: 3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz

## Einwendung:

Untere Wasserbehörde:

Standortbezogener Gewässerschutz

Der Landkreis Northeim beabsichtigt die Neuaufstellung des regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für das Kreisgebiet. In wasserwirtschaftlicher Hinsicht ist hierzu folgendes zu bemerken:

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Tabelle 3.2.4-3 enthält eine Übersicht der Vorranggebiete Trinkwassergewinnung innerhalb des Geltungsbereiches des RROP; die Gebiete sind in der Beikarte 3-4 „Vorrang– und Vorbehaltsgebiete des Wassermanagements und der Wasserversorgung“ abgebildet.  
Hier fehlt die Darstellung der Wasserschutzgebiete  
- Boffzen gem. VO Bez. Reg. Hannover v. 20.10.1986, Zone II und IIIA, sowie  
- Ahlequelle, Verordnung des LK Holzminden v. 15.04.2024, Zone II und III,  
deren Schutzgebietskulissen jeweils anteilig innerhalb des Geltungsbereiches des RROP liegen. Die Flächen wären dementsprechend in der Tabelle 3.2.4 nachzutragen und in der Beikarte 3-4 zeichnerisch darzustellen.

Abwasser/Niederschlagswasser  
Gemäß der hier zu vertretenden Aspekte bestehen keine Bedenken.

Anlage  
• GIS-Shape Ahlequelle (ZIP) (nur digital)

Hinweis:  
• Für das WSG Boffzen gibt es kein separates GIS-Shape, die Abgrenzung ist lediglich in dem allgemeinen GIS-Shape „Wasserschutzgebiete“ enthalten. Dieses liegt hier nicht vor und wäre daher separat über den hiesigen GIS-Admin [Name anonymisiert] ([Inhalt anonymisiert] ) zu beziehen.

2.81 Kreisentwicklung

Regionalplanung  
Im 2.Entwurf des RROP fehlt der östliche Teil des TSWG Boffzen (VR Trinkwassergewinnung), das in das Gebiet des Landkreises Northeim hineinragt. Ansonsten gibt es keine Hinweise oder Bedenken.

**Abwägung:**  
*Wird gefolgt*  
Die WSG-Abgrenzungen Boffzen und Ahlequelle des Landkreises Holzminden werden als Vorranggebiete Trinkwassergewinnung aufgenommen und finden sich unter TW 19 und TW 20. Die Begründung sowie Beikarte werden ebenfalls angepasst.

Stellungnehmer-ID: 75      Stellungnahme-ID: 90      BE-ID: 120      **Stadt Northeim**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**      Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

**Einwendung:**  
zu 3.2.4 19 Satz 1 - Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz  
Die fachliche Erarbeitung des Themenkomplexes Hochwasserschutz zum RROP erfolgt in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der UWB des Landkreises Northeim, den Städten und Gemeinden sowie den überregional zuständigen und im Landkreis Nort-heim aktiv tätigen Fachbehörden und Verbänden und berücksichtigen laufende Schutz-gebietsverordnungsverfahren sowie aktuelle Hochwasserereignisse innerhalb und außerhalb des Landkreises Northeim.  
Die beschriebene Zusammenarbeit dieser Akteure zum Hochwasserschutz wird für sinnvoll erachtet.

**Abwägung:**  
*Wird zur Kenntnis genommen*

Stellungnehmer-ID: 75      Stellungnahme-ID: 90      BE-ID: 121      **Stadt Northeim**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**      Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

**Einwendung:**  
zu 3.2.4 21 Satz 1 - Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung des Hochwasserschutzes in den Vorranggebieten Hochwasserschutz beitragen und mit der vorrangigen Nutzung nicht vereinbar sind, dürfen in Vorranggebieten Hochwasserschutz nicht geplant oder umgesetzt werden (§ 7, Abs. 3 Nr. 1 ROG).

Dieser Grundsatz zum Hochwasserschutz wird für sinnvoll erachtet.

Die Stadt Northeim verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf den erforderlichen Hochwasserschutz im Bereich L572 Hollenstedt aus der Stellungnahme zum ersten Entwurf der Überarbeitung des RROP. Die Versiegelung und damit der Abfluss von Oberflächenwasser vergrößert sich fortlaufend mit der sich stetig vergrößernden Oberfläche der Kieseeseen. Dieser Entwicklung hält jedoch die Vorflut der Gräben im Umfeld nicht stand. In der Folge kommt es zu wiederkehrenden Überschwemmungsereignissen im Bereich der L572 bei Hollenstedt. Zusätzlich sollte die Wasserführung der Freizeitseelanlage und der Abfluss in folgende Gewässer regulierbar sein und besonders deren Bewirtschaftung dazu führen, dass es dadurch zu weniger Verkehrsraumüberflutungen kommt und die Ortschaften Stöckheim und Hollenstedt rasch die Kernstadt erreichen können.

Es wird daher angeregt, dass die Schaffung von zusätzlichen Wasserabführvermögen an Gräben und Altarm der Leine wasserrechtlich geprüft und umgesetzt wird.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die angesprochenen Veränderungen in der Bewirtschaftung und in Bezug auf das Abflussregime fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich und unter die Steuerungswirkung der Regionalplanung mit dem RROP und ist nicht Teil dieses Beteiligungsverfahrens.

Es wird zudem auf die zuvor erfolgte fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung in der BE-ID 320 der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 269    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 3.2.4 21 Satz 1

Am Ende des 1. Absatzes sollte der Hinweis erfolgen, dass raumordnungsrechtliche Regelungen in Bezug auf die Zulässigkeit von Planungen und Maßnahmen nicht über fachgesetzliche Bestimmungen hinausgehen noch dahinter zurückbleiben können.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Entsprechende Ergänzungen sind erfolgt.

---

Stellungnehmer-ID: 120    Stellungnahme-ID: 140    BE-ID: 389    **Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Zu Ziffer 3.2.4 21

Die Überschwemmungsgebiete der HQ100 Kulisse werden mittels Vorranggebieten gesichert. In der ersten Stellungnahme wurde angeregt, neben den festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten auch die noch nicht vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete durch Vorranggebiete zu sichern. Der BRPH legt dies in Festlegung nach Ziffer II.2.1 (G) fest. Der Plangeber des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim hat diese Anregung nun mittels Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz umgesetzt. Eine „Sicherung auf geeignete Weise“, wie sie der BRPH formuliert, wird hierdurch zwar nachgekommen, eine planungsrechtliche Sicherung durch Vorranggebiete wird jedoch als geeigneter angesehen. Mittels Vorbehaltsgebieten kann die Wasserwirtschaft bei der vorläufigen Sicherung von Überschwemmungsgebieten nur begrenzt unterstützt werden.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Es wird zunächst für die bereits aufgeführten Hinweise auf die BE-ID 804 der ersten Abwägungssynopse verwiesen. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit wurde auf die Auswahl autotypischer Bereiche der Programmkulisse des Nds. Aktionsprogramms Gewässerlandschaften zurückgegriffen und weiträumige Bereiche als Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz ergänzt. Die erweiterte Ausweisung erfüllt jedoch aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht die Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung und ist mit dem Leitbild der Regionalplanung, konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum zu steuern und miteinander zu vereinbaren aufgrund der hohen Flächeninanspruchnahme nicht zusammen zu bringen. Der Regionalplanungsträger verfolgt einen risikobasierten und interdisziplinären Ansatz zur Verbesserung der Berücksichtigung auf nachgelagerter Planungsebene und hält an den Grundsatzfestlegungen fest.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 120 Stellungnahme-ID: 140 BE-ID: 390 Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Die Anregung, die Vorranggebiete für den Hochwasserschutz mit einem verbindlichen Entwicklungsauftrag zu versehen, wie in der ersten Stellungnahme formuliert, wurde in Teilen nachgekommen. Die Begründung enthält nun Ausführungen, die eine Verschlechterung des Hochwasserschutzes in diesen Gebieten untersagen. Wir regen weiterhin an, diese Formulierung in den verbindlichen Plansatz zu integrieren und mit Handlungsaufträgen bzw. Entwicklungsaufträgen der Gebiete z. B. für die Herstellung natürlicher Fließgewässerumgebungen oder Renaturierungen anzureichern.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Biotopverbundplanung des Landkreises Northeim setzt sich unter anderem mit den prioritären Fließgewässern nach WRRL im Landkreisgebiet und deren aktuellen Bedingungen und anzustrebenden Entwicklungsmöglichkeiten auseinander, die als Teil des RROP in das Kapitel 3.1.2 aufgenommen und ausgeführt sind. Diese greifen auch die genannten, interdisziplinär wichtigen Entwicklungsmöglichkeiten auf. Auf eine tiefergehende Auseinandersetzung und Wiederholung wird daher im Abschnitt 3.2.4 verzichtet.

---

Stellungnehmer-ID: 101 Stellungnahme-ID: 121 BE-ID: 215 Leineverband

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Weitere Hinweise und Anregungen:

Kapitel 3.2.4 Ziffer 04:

Es wurde im Entwurf 2025 eine Reduzierung von Gehölzanpflanzungen an begradigten Gewässerabschnitten vorgeschlagen, um die natürliche Mäanderbildung wieder zu fördern. Grundsätzlich stimme ich dem Vorschlag zu. Eine Entfernung von Ufergehölzen sollte jedoch nur in Maßen stattfinden und immer mit einer Neuanpflanzung an anderer Stelle einher gehen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Ausführungen grundsätzlich begrüßt, sie unterliegen allerdings nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung mit dem RROP. Der Wortlaut der Ergänzung wurde geprüft und entspricht mit der vorbehaltlichen Formulierung "kann ... notwendig sein" der Intention des Einwenders. Die konkrete Ausgestaltung ist vorhaben- und standortbezogen abzustimmen.

---

Stellungnehmer-ID: 120 Stellungnahme-ID: 140 BE-ID: 388 Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

Zu Ziffer 3.2.4 19

Die Grundsatzfestlegung, die in Ziffer 3.2.4 19 des Entwurfs zum Regionalen Raumordnungsprogramm normiert wird, greift wesentliche Aspekte des (vorbeugenden) Hochwasserschutzes auf, indem die Gewinnung und Rückgewinnung von natürlichen oder geeigneten Retentionsflächen auch unter Verweis auf Grundsatz II.1.4 (BRPH) angesprochen wird. Der Plansatz wurde um „die Gewinnung von geeigneten [Retentionsräumen]“ erweitert und umfasst somit nicht mehr ausschließlich natürliche Retentionsräume, was aus unserer Sicht folgerichtig erscheint. Welche Flächen damit konkret gemeint sind, wird in der Begründung jedoch nicht ausgeführt.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine Grundsatzfestlegung, diese ist nicht endabzuwägen und greift in der Begründung überschwemmungsgefährdete Bereiche sowie Flächen auf, die aktuell nicht als Retentionsraum genutzt werden. Auf eine abschließende Nennung wird bewusst verzichtet. Zudem verweist die Festlegung auf Ziffer 21 Satz 2 und somit auf die im RROP ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz.

---

Stellungnehmer-ID: 120 Stellungnahme-ID: 140 BE-ID: 393 Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **3.2.4 Wassermanagement, Wasserversorgung und Hochwasserschutz**

### **Einwendung:**

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Nach Lesart der Begründung zur Festlegung nach Ziffer 3.2.4 21 Satz 1 und Satz 2 wird die Gebietskulisse der Vorranggebiete sowie der Vorbehaltsgebiete um weitere Fachkulissen erweitert. Begrüßt wird die Erweiterung der Flächenkulisse um die in der Begründung genannten autotypischen Bereiche der Programmkulisse des Aktionsprogramms Niedersächsische Gewässerlandschaften sowie des Retentionskatasters mit dem Parameter des Rückhaltevermögens von Böden. Durch Erweiterung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz über die wasserwirtschaftliche Fachgebietskulisse hinaus, erreichen die Raumordnungsgebietstypen auch den notwendigen eigenständigen, raumordnungsrechtlichen Festlegungscharakter.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 125    Stellungnahme-ID: 145    BE-ID: 356    Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4. Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotenziale**

### Einwendung:

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o.a. Vorhaben.

Die nachfolgenden planfestgestellten Bahnanlagen (Bahnstrecken und 110-kV-Bahnstromleitungen) verlaufen im Landkreis Northeim:

- Bahnstrecke 1733 Hannover – Kassel - Würzburg, Bahn-km 57,0 – 92,0
- Bahnstrecke 1940 Helmstedt - Holzminden, Bahn-km 93,1 – 121,5
- Bahnstrecke 1732 Hannover - Kassel, Bahn-km 62,0 – 100,6
- Bahnstrecke 1810 Northeim - Nordhausen, Bahn-km 88,5 – 102,2
- Bahnstrecke 2975 Ottbergen – Northeim, Bahn-km 17,6 – 63,9
- 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 564, Mastbereich 9685 - 9823

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die genannten Bahnstrecken und Bahnstromleitung im Landkreis Northeim werden im RROP-Entwurf entsprechend raumordnerisch gesichert (vgl. 4.1.2 05+07 sowie 4.2.2 07).

---

Stellungnehmer-ID: 125    Stellungnahme-ID: 145    BE-ID: 357    Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4. Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotenziale**

### Einwendung:

Wir bitten bei der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms die folgenden Auflagen / Bedingungen und Hinweise zu beachten:

Bahnanlagen

Wir nehmen zur Kenntnis, dass

- die Bahnhöfe und Haltepunkte in der zeichnerischen Darstellung als Vorranggebiet Bahnstation und Vorbehaltsgebiet Bahnstation festgelegt werden.
- die 110-kV-Bahnstromleitung in der zeichnerischen Darstellung als Vorranggebiet ELT-Leitungstrasse festgelegt wird.

Planfestgestellte und gewidmete Bahnanlagen dürfen nicht überplant werden. Die Bahnanlagen unterliegen gemäß § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) der Planungshoheit des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA). Daher ist das EBA im Rahmen der Fachanhörung direkt am Verfahren zu beteiligen.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es werden keine für die regionalplanerische Abwägung relevanten Hinweise genannt, die im Rahmen der Neuaufstellung des RROP nicht bereits berücksichtigt sind.

---

Stellungnehmer-ID: 125    Stellungnahme-ID: 145    BE-ID: 358    Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1 Mobilität, Verkehr, Logistik**

## Einwendung:

Bahneigene Planungen

Wir weisen auf den Bundesverkehrswegeplan 2030 hin. Die Planungen aus dem BVWP 2030 können über das PRINS System ([http://www.bvwp-projekte.de/map\\_railroad.html](http://www.bvwp-projekte.de/map_railroad.html)) abgerufen werden.

- Neubau Verkehrsstation Uslar-Verliehausen an der Strecke 1801, bereits im RROP dargestellt
- Erforderlicher Ausbau der bestehenden Bahnstrecken im Plangebiet muss abgesichert werden. Dazu ist wenigstens eine Freihaltung eines Streifens von 12m ab Gleisachse bei eingleisigen Strecken und jeweils 8m ab Gleisachse bei zweigleisigen Strecken einzuhalten. Als Fernziele sind wenigstens die Elektrifizierung aller Strecken und der (abschnittsweise) zweigleisige Ausbau freizuhalten. Insbesondere im Bereich bestehender Bahnhöfe an den Hauptstrecken soll der Neubau oder die Wiederherstellung von Überholgleisen in ausreichender Länge für den Güterverkehr (740m Nutzlänge) planerisch berücksichtigt werden.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Dem BVWP 2030 (mit Beschluss vom 03.08.2016) kann keine Information über eine "Verkehrsstation Uslar-Verliehausen" entnommen werden, weder aus der genannten Online-Karte (Abruf am 11.07.2025 sowie 18.07.2025), noch aus der textlichen Fassung. Da der Standort im RROP-Entwurf bereits als Vorbehaltsgebiet Bahnstation festgelegt ist und die bestehenden Bahnstrecken im Plangebiet ebenfalls durch entsprechende Festlegungen raumordnerisch gesichert sind, wird der Hinweis lediglich zur Kenntnis genommen. Die Forderung nach der Berücksichtigung eines zweigleisigen Ausbaus sowie der Elektrifizierung aller Strecken greift der Planungsträger bereits im Leitsatz 11 sowie in der Begründung zu 4.1.2 07 auf. Die Forderung nach der konkreten Berücksichtigung von 12 m bzw. 8 m ab Gleisachse ist im Maßstab der Regionalplanung von 1:50.000 nicht umsetzbar.

---

Stellungnehmer-ID: **58**    Stellungnahme-ID: **73**    BE-ID: **82**    **Landesnahverkehrsgesellschaft LNVG**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

## Einwendung:

Kapitel 4.1.2 07, Satz 2, Seite 350

Dort heißt es, dass der Einsatz von Akku-Triebwagen anstelle von vollständigen Elektrifizierenden möglich wäre. Der Einsatz von Akku-Triebzügen auf den nicht elektrifizierten Strecken im Landkreis ist bereits konkret geplant. Dafür sind im Bereich Kreiensen und Bad Karlshafen Elektrifizierungsinselfen nötig. Diese werden aktuell geplant.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Festlegungen des zweiten RROP-Entwurfs stehen dem Einsatz von Akku-Triebwagen auf den sonstigen Eisenbahnstrecken nicht entgegen, der Hinweis wird daher zur Kenntnis genommen und die Begründung entsprechend um den geplanten Einsatz von Akku-Triebwagen ergänzt.

---

Stellungnehmer-ID: **108**    Stellungnahme-ID: **128**    BE-ID: **285**    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

## Einwendung:

zum zweiten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms reiche ich in Rücksprache mit weiteren Verliehäuser Bürgerinnen und Bürger folgende Stellungnahme ein:

Bahnhof Verliehausen

Die Ausweisung des Vorbehaltsgebiets Bahnstation in Uslar-Verliehausen begrüßen wir. Allerdings wehren wir uns gegen die Einfügung des Satzes „Voraussetzung für die Reaktivierung des Haltepunktes ist die Entwicklung eines Gesamtverkehrskonzeptes Bus-Bahn im Gebiet Uslar – Göttingen.“

Seit Jahren hält die LNVG die kommunalen Vertreter und Initiativen mit diesem Hinweis hin, damit der Haltepunkt Uslar-Verliehausen nicht wiedereröffnet werden kann. Schienenverkehr hat den Vorrang vor dem Busverkehr, weil er schneller ist und komfortabler. Der Busverkehr muss und kann den Schienenverkehr ergänzen. Dafür benötigt es aber kein neues Konzept. Bereits jetzt fährt die Buslinie 210 parallel zum



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Schienenverkehr zwischen Verliehausen und Göttingen. Für die Bahnhöfe in Offensen, Adelebsen, Lödingsen und Lengeln ist das kein Problem. Bus und Bahn ergänzen sich gut. Wieso sollte mit der Wiedereröffnung des Bahnhofs Verliehausen der Busverkehr Probleme bekommen? Die Buslinie 210 ist gut ausgelastet, allein schon dadurch, dass der Bus in jedem Dorf hält und die örtliche Versorgung sicherstellt. Es muss darum gehen, mehr Menschen dazu zu bewegen mit Bus und Bahn zu fahren. Dies lässt sich nur durch ein ansprechendes Angebot wie zum Beispiel mit der Wiedereröffnung von stillgelegten Haltepunkten bewerkstelligen.

Mit der in dem RROP eingefügten Forderung schiebt der LNVG erneut seine Verantwortung für die Wiedereröffnung des Haltepunktes Uslar-Verliehausen auf andere ab. Der eingefügte Satz ist aus dem RROP wieder zu streichen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die etwaige Reaktivierung des Haltepunkts und das SPNV Angebot liegen nicht direkt beim RROP, die Zuständigkeit liegt bei der LNVG. Der Satz wurde ergänzt, da seitens der LNVG im ersten Beteiligungsverfahren mitgeteilt wurde, dass diese Abstimmung nötig sei (vgl. BE-ID 55 erstes Beteiligungsverfahren). Das RROP hat mit der Festlegung als Vorbehaltsgebiet Bahnstation eine mögliche Umsetzung bereits raumordnerisch vorgesehen. Der Satz wird beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **74**    Stellungnahme-ID: **89**    BE-ID: **99**    **Landkreis Göttingen**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.2 Schienenverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Fahrradverkehr**

### **Einwendung:**

Hinweise

Zu Ziffer 4.1.2 07, Sätze 1 und 2:

Der Landkreis Göttingen nimmt zur Kenntnis, dass die Bahnstrecken, die sowohl den Landkreis Northeim als auch den Landkreis Göttingen durchqueren, als Vorranggebiete (VR) ausgewiesen werden. Der Landkreis Göttingen hat in seinem 1. RROP-Entwurf 2020 analog zum vorliegenden RROP-Entwurf des Landkreises Northeim die Bahnstrecken Hannover-Alfeld-Northeim-Göttingen-Bebra und Ottbergen-Northeim-Nordhausen als VR Haupteisenbahnstrecke sowie die Verbindung Göttingen-Bodenfelde als VR sonstige Eisenbahnstrecke ausgewiesen, doch anders als der Landkreis Northeim hat er die Strecken zusätzlich als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet Elektrischer Betrieb festgelegt. Eine Elektrifizierung der Bahnstrecken wird seitens des Landkreises Göttingen befürwortet, da dies eine erhebliche Verbesserung für den Personennahverkehr bedeutet und auch aus Gründen des Immissionsschutzes angebracht ist. Der Landkreis Göttingen würde eine einheitliche Festlegung durch beide Landkreise begrüßen, um eine durchgehende Elektrifizierung zu sichern, zumal in Ihrer Begründung (S. 349) auf die Bedeutung als elektrifizierte Hauptbahnen hingewiesen wird. Gleichwohl wird zur Kenntnis genommen, dass in Ihrem Entwurf erwähnt wird, dass anstelle einer vollständigen Elektrifizierung der Streckeninfrastruktur auch der Einsatz von Akku-Triebwagen möglich wäre (Begründung S. 350).

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Eine Elektrifizierung der Bahnstrecken wird auch durch den Landkreis Northeim befürwortet. Die Darstellung der Haupteisenbahnstrecken als Vorrang-/Vorbehaltsgebiet Haupteisenbahnstrecke steht einer Elektrifizierung nicht entgegen.

---

Stellungnehmer-ID: **53**    Stellungnahme-ID: **64**    BE-ID: **64**    **Fernstraßen-Bundesamt**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### **Einwendung:**

Anbaurechtliche Belange

Für das weitere Verfahren sind folgende allgemeine Hinweise bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Längs der Bundesautobahnen dürfen jegliche Hochbauten, einschließlich Nebenanlagen als solche, auch auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche innerhalb der 40 m-Anbauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStrG nicht errichtet werden. Dies gilt auch für Abgrabungen und Aufschüttungen größeren Umfangs.

Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen konkrete Bauvorhaben (auch baurechtlich verfahrensfreie Vorhaben) der Zustimmung/Genehmigung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 m, gemessen vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden.

Für Photovoltaikanlagen gilt seit dem 29.12.2023 der § 9 Abs. 2c FStrG. Gemäß § 9 Abs. 2c S. 2 FStrG ist das Fernstraßen-Bundesamt im Genehmigungsverfahren für eine Photovoltaikanlage zu beteiligen,

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

wenn diese Anlage längs einer Bundesautobahn in Entfernung bis zu 100 m oder längs einer Bundesstraße außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 m, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet oder erheblich geändert werden soll. Bedarf eine Anlage nach § 9 Abs. 2c S. 1 FStrG keiner Genehmigung, hat der Vorhabenträger das Vorhaben vor Baubeginn bei der jeweils zuständigen Behörde nach § 9 Abs. 2c S. 2 FStrG anzuzeigen. Bei der Genehmigung, der Errichtung und dem Betrieb einer solchen Photovoltaikanlage sind gemäß § 9 Abs. 2c S. 4 FStrG einerseits die straßenrechtlichen Belange - die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, etwaige Ausbauabsichten und Maßnahmen der Straßenbaugestaltung - zu berücksichtigen. Andererseits sind auch die in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannten Belange zu beachten.

Hinweis: Die Abstände bemessen sich nach dem äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, zu der neben der Hauptfahrbahn auch die Beschleunigungs- und Verzögerungstreifen der Anschlussstellen sowie die Anschlussstellen selbst zählen. Die Abstände gelten auch im Bereich der Zu- und Abfahrt von Rastanlagen. Entlang der Durchfahrtsgassen, jedoch nur für die am nächsten liegende Durchfahrtsgasse zur Hauptfahrbahn.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand zu Hochbauten und konkreten Bauvorhaben längs der Bundesautobahnen im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Der Einwand ist inhaltlich identisch mit dem Einwand, der bereits im 1. Beteiligungsverfahren vorgebracht wurde (s. Stellungnahme-ID 272, BE-ID 905 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Die Einwendung enthält daher keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Die genannten Belange bezüglich der Genehmigungsverfahren von Photovoltaikanlagen längs der Bundesautobahnen sind Bestandteil von Genehmigungsverfahren, wobei es sich um dem RROP nachgelagerte Verfahren handelt. Sie sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens. Im RROP sind zudem keine flächenbezogenen Festlegungen für Photovoltaik vorgesehen.

---

Stellungnehmer-ID: **53**    Stellungnahme-ID: **64**    BE-ID: **67**    **Fernstraßen-Bundesamt**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### Einwendung:

Wir weisen Sie im Allgemeinen darauf hin, dass der aktuell gültige Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG) sowie die Verkehrsvorhaben des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) (Anlage 4 Abschnitt 1 Bau- und Ausbauvorhaben zu § 20 InvKG) konkret und projektbezogen bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen sind.

Die Bedarfsplanprojekte (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG) und Verkehrsvorhaben (Anlage 4 zu den §§ 20 und 21 InvKG) finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.gesetze-im-internet.de/fstrausbau/Anlage.html>

<https://www.gesetze-im-internet.de/invkg/BJNR179510020.html>

Projektinformationssystem (PRINS\*) zum Bundesverkehrswegeplan:

[https://www.bvwp-projekte.de/map\\_street.html](https://www.bvwp-projekte.de/map_street.html)

\*Hinweis: Das PRINS dient als Hintergrundinformation. Es stellt lediglich ergänzende Informationen dar. Maßgebend sind die Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG).

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im 1. Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf vorgebracht (s. Stellungnahme-ID 272, BE-ID 904 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

---

Stellungnehmer-ID: **74**    Stellungnahme-ID: **89**    BE-ID: **100**    **Landkreis Göttingen**  
Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**    Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### Einwendung:

Zu Ziffer 4.1.3 07:

Der Landkreis Göttingen begrüßt die Festlegung von Vorranggebieten Straße von regionaler Bedeutung zur Sicherung und Entwicklung der Anbindung an das überregionale Straßennetz und somit auch an den Landkreis Göttingen.

Die Festlegung der Landesstraße 557 (Hardeggen-Hettensen) als VR Straße von regionaler Bedeutung wird zur Kenntnis genommen. Der Landkreis Göttingen zieht in Erwägung, die auf seinem Kreisgebiet verlaufende Landesstraße im 2. Entwurf des RROP 2020 ebenfalls als VR festzulegen, da diese im 1. Entwurf noch nicht berücksichtigt wurde (Anbindung an die zentralen Orte und Bahnanschlüsse an die Strecke Offensen-Göttingen).

Es wird darauf hingewiesen, dass der Landkreis Göttingen in seinem 1. RROP-Entwurf die Kreisstraße 403 als Vorranggebiet Straße von regionaler Bedeutung festgelegt hat, die sich ab der Kreisgrenze in Richtung Westen im Landkreis Northeim als K 603 fortsetzt. Eine einheitliche Festlegung als VR Straße von regionaler Bedeutung durch beide Landkreise würde das Netz der Vorranggebiete Hauptverkehrsstraße ergänzen und die Verbindung zwischen den Orten Willensen und Willershausen sowie die Anbindung an die Ortsteile mit Funktionszuweisung in den benachbarten Gemeinden sichern.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise zur Landesstraße 557 sowie Kreisstraße 403 werden zur Kenntnis genommen. Nach Überprüfung anhand der Kriterien des Planungsträgers zur Ausweisung des Vorranggebietes Straße von regionaler Bedeutung resultiert aus dem Hinweis kein Änderungsbedarf, die Festlegungen werden daher in der bisherigen Form beibehalten. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: <b>53</b>	Stellungnahme-ID: <b>64</b>	BE-ID: <b>65</b>	<b>Fernstraßen-Bundesamt</b>
Dokument: <b>Begründung zum 2. RROP-Entwurf</b>			Gliederungspunkt: <b>4.1.3 Straßenverkehr</b>

### **Einwendung:**

Hinweise bzgl. der weiteren Planung:

Der Aufprallschutz für abkommende Fahrzeuge gemäß der Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS 2009) muss gewährleistet werden. Dies kann unter Berücksichtigung der Höhenunterschiede des Vorhabens zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der Bundesautobahn einen Mindestabstand zum Schutz abkommender Fahrzeuge erforderlich machen.

Die Errichtung von Werbeanlagen ist nach § 9 Abs. 1 und 6 FStrG oder § 9 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 FStrG zu beurteilen und bedarf, auch bei temporärer Errichtung im Zuge von Bauarbeiten, der Genehmigung oder Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. Bei der Errichtung von Werbeanlagen ist darauf zu achten, dass die Verkehrssicherheit auf der Bundesautobahn nicht beeinträchtigt wird. Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf §§ 33, 46 StVO wird verwiesen.

Eine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer auf der BAB durch Blendwirkung der geplanten Photovoltaikanlage ist zu verhindern. Dies ist durch ein geeignetes Gutachten oder einen anderen wissenschaftlich fundierten Nachweis zu belegen und in Form von ggf. notwendigen Blendschutzmaßnahmen umzusetzen

Zur Brandvermeidung und Brandbekämpfung im Falle eines Brandes sind schlüssige Ausführungen, ohne gesteigerte Risiken für die straßenrechtlichen Belange (insb. zur Zuwegung zu der Anlage über das nachgeordnete Netz), vorzutragen.

Bezüglich der möglichen Errichtung von Zäunen – insbesondere zur Einfriedung – wird auf § 11 Abs. 2 FStrG verwiesen. Danach dürfen Anpflanzungen, Zäune, Stapel, Haufen und andere mit dem Grundstück nicht fest verbundene Einrichtungen nicht angelegt werden, wenn sie die Verkehrssicherheit (konkret) beeinträchtigen. Soweit sie bereits vorhanden sind, haben die Eigentümer ihre Beseitigung zu dulden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Das RROP trifft keine Festlegungen zu der Errichtung von Werbeanlagen und keine flächenbezogenen Festlegungen für Photovoltaikanlagen. Die genannten Belange sind Bestandteil von Genehmigungsverfahren, wobei es sich um dem RROP nachgelagerte Verfahren handelt. Sie sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: <b>112</b>	Stellungnahme-ID: <b>131</b>	BE-ID: <b>365</b>	<b>Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest) - Außenstelle Bad Gandersheim</b>
Dokument: <b>Begründung zum 2. RROP-Entwurf</b>			Gliederungspunkt: <b>4.1.3 Straßenverkehr</b>

### **Einwendung:**

Aus der Prüfung der Unterlagen zum e.g. Verfahren ergaben sich Hinweise, dass Belange des geltenden Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßenausbaugesetz

(FStrAbG)) betroffen sein können und Konflikte nicht auszuschließen sind.

So ist gemäß Bundesverkehrswegeplan 2030 für den im Planungsraum verlaufenden Abschnitt der BAB 7 AS Göttingen bis AD Salzgitter der sechs- streifige Ausbau als laufend und fest disponiert vermerkt (Proj.-Nr.: A7- IP10-NI-IP).

Wir weisen Sie im Allgemeinen darauf hin, dass der aktuell gültige Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG) sowie die Verkehrsvorhaben des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) (Anlage 4 Abschnitt 1 Bau- und Ausbauvorhaben zu § 20 InvKG) konkret und projektbezogen bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen sind.

Die Bedarfsplanprojekte (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG) und Verkehrsvorhaben (Anlage 4 zu den §§ 20 und 21 InvKG) finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.gesetze-im-internet.de/fstausbaug/anlage.html>

<https://www.gesetze-im-internet.de/invkg/BJNR179510020.html>

Projektinformationssystem (PRINS) zum Bundesverkehrswegeplan:

[https://www.bvwp-projekte.de/map\\_street.html](https://www.bvwp-projekte.de/map_street.html)

Hinweis: Das PRINS dient dabei als Hintergrundinformation. Es stellt lediglich ergänzende Informationen dar. Maßgebend sind die Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG).

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Begründung zu 4.1.3 02, der Festlegung der BAB7 als Vorranggebiet Autobahn, wurde zum genannten Thema des sechs-streifigen Ausbaus bereits vom 1. zum 2. RROP-Entwurf ergänzt und ist somit im aktuellen RROP-Entwurf bereits enthalten. Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen wird entsprechend der Vorgaben des LROP ( 4.1.3 01 + 02) berücksichtigt. Die weiterhin genannten Belange sind Bestandteil von Genehmigungsverfahren, wobei es sich um dem RROP nachgelagerte Verfahren handelt.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **244**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.1.3 Straßenverkehr**

### **Einwendung:**

Abschnitt 4.1.3 Ziffer 06

Die Ortsumgehung Uslar ist im LROP als Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße festgelegt. Obwohl das LROP 4.1.3 03 den Pflichtauftrag enthält, Vorranggebiete Hauptverkehrsstraße aus dem LROP in die RROP zu übernehmen und räumlich näher festzulegen, wird die Ortsumgehung Uslar in den RROP-Entwurf als Vorbehaltsgebiet übernommen. Dies ist zulässig, da Sie in der Begründung ausgeführt haben, dass es für das Vorhaben Ortsumgehung Uslar keinen verfestigten Planungsstand gibt, der eine Zielfestlegung (Vorranggebiet) rechtfertigen würde. Die Bestandsstrecke (bestehende Ortsdurchfahrt der B 241) ist in Ihrem Planentwurf als Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße festgelegt.

Die aktuell im LROP festgelegte Trassenführung ist im RROP allerdings von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten, denn das Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße besteht als beachtenspflichtiges Ziel fort.

Das Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße (LROP) berührt verschiedene in Ihrem RROP-Entwurf enthaltene Vorranggebiete (Hochwasserschutz, Natur und Landschaft (linienhaft), Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung, Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung (Sand)). In der Begründung führen Sie aus, dass den dem LROP-Ziel entgegenstehenden Festlegungen im RROP-Entwurf eine höhere Bedeutung zugesprochen werde und nach Vorlage konkreter Planungen und Planungsalternativen für die Ortsumgehung eine Abstimmung herbeizuführen sei.

Diese Auseinandersetzung mit den entgegenstehenden Belangen ist jedoch unzureichend, da hier mehrere Zielkonflikte mit potenzieller Unvereinbarkeit bestehen. Im Rahmen der Aufstellung Ihres RROP müssen diese Konflikte aufgelöst werden, da Ziele der Raumordnung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG letztabgewogene Festlegungen sind. Mit Inkrafttreten des RROP muss daher eine Normklarheit gegeben sein. Die hier erforderliche Letztabwägung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, wäre unzulässig. Die Begründung ist dahingehend zu ergänzen.

Sollte die Vereinbarkeit nicht festgestellt werden können, wäre bei der obersten Landesplanungsbehörde ein Antrag auf Zielabweichung zu stellen. Sollte das Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße (LROP) im Rahmen des derzeit laufenden LROP-Änderungsverfahrens entfallen, wären anderweitige Festlegungen im RROP ohne weiteres möglich.

## Abwägung:

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Der Landkreis Northeim begrüßt die durch die Genehmigungsbehörde bestätigte Zulässigkeit, das Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße (LROP) im Bereich Uslar aufgrund des frühen, nicht verfestigten Planungsstandes als Vorbehaltsgebiet Hauptverkehrsstraße festzulegen. Die Ortsumgehung Uslar (B 241) von Bollensen bis westlich von Uslar wird mit angepasster Linienführung als Vorbehaltsgebiet Hauptverkehrsstraße in das RROP übernommen, da die Anforderung einer räumlich und sachlich bestimmbar, abschließend abgewogenen Festlegung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG zur Übernahme als Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße, wie im LROP 2022 vorgesehen, nicht erfüllt sind. Der erste Entwurf der LROP-Fortschreibung sieht keine Ortsumgehung Uslar vor und weist die bestehende B 241 aus. Seitens des Straßenplanungsträgers wird angestrebt, eine Raumverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen um die unterschiedlichen Varianten zu vergleichen, damit die grundsätzliche Lage der Trasse raumverträglich bestimmt werden kann.

Die im RROP dargestellte Vorbehaltsgebiet Hauptverkehrsstraße überlagert sich mit verschiedenen linienhaften Vorrang- und Vorbehaltsgebieten. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.

Eine Überlagerung mit den Vorranggebieten Landwirtschaft, Grünlandbewirtschaftung, -pflege und – entwicklung ist nach Überprüfung nicht vorhanden.

Im Ergebnis bestehen aus Sicht des Regionalplanungsträgers keine Zielkonflikte bzw. potenzielle Unvereinbarkeiten des Vorbehaltsgebietes mit den anderen Festlegungen des RROP.

---

Stellungnehmer-ID: 75      Stellungnahme-ID: 90      BE-ID: 127      **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

## Einwendung:

zu E.2.3 - Infrastruktur und Technik, Korridor SuedLink

Die Trasse SüdLink ist im Abschnitt C1 flurstücksgenau planfestgestellt. Die vorherige Planung von einem 1000 m Korridor wurde konkretisiert. Eine Redaktionelle Aktualisierung des Planungsstandes zu SüdLink ist erforderlich.

## Abwägung:

Wird gefolgt

Die Planfeststellung der SuedLink-Abschnitte B3 und C1 ist im zweiten bzw. dritten Quartal 2025 erfolgt. Die planfestgestellten Trassenabschnitte decken sich nach Überprüfung mit der Vorzugstrassierung, die, wie im aktuellen RROP-Entwurf dokumentiert, zusätzlich zu dem 1.000 m breiten SuedLink-Korridor bereits in die Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung im 1. RROP-Entwurf (und unverändert im 2. RROP-Entwurf) einbezogen wurde (vgl. Teil II zur Begründung der Vorranggebiete Windenergienutzung, Abschnitt E 2.3).

Die Dokumente zum RROP werden an den aktuellen Verfahrensstand zum SuedLink angepasst.

---

Stellungnehmer-ID: 130      Stellungnahme-ID: 150      BE-ID: 353      **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

## Einwendung:

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgenden Potenzialflächen zur Windenergienutzung

Hevensen 01,

Nörten-Hardenberg 01,

Stellung bezogen.

Anlässlich des anstehenden 2. Planungsentwurfs des RROP Landkreis Northeim sind einige Belange des Naturschutzes und des Wasserschutzes, die im Nachfolgenden näher erläutert werden, zu beachten. Dies muss dazu führen, dass die hier gegenständlichen Windkraftflächen künftig als Ausschussfläche gelten muss.

Dementsprechend wir auf das

Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, verwiesen, dass ausdrücklich für die Regionalplanung gilt und folgendes beinhaltet:

"Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung so weit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann."

Dies bedeutet, dass auch schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.

Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.

Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet. Dies geschieht insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften. Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Arten- und Naturschutzes ausgetragen werden. Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.

Im Folgenden werden die Einwände zu den Vorranggebieten Hevensen 01 und Nörten-Hardenberg 01 im Detail erläutert:

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 145.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **231**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Zur Begründung:

Hinweis zur Fußnote Nr. 70: Das Urteil des OVG betraf Windenergieanlagen, die bereits ein umfassendes Brandschutzkonzept berücksichtigen (Schutzbereich bis 750 m u.v.m.). Über das in der BlmSch-Genehmigung geforderte Brandschutzkonzept besteht lediglich für die übrigen Flächen kein erhöhtes Risiko. Daher ist die Fußnote zu streichen oder die Formulierung entsprechend anzupassen.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die obergerichtliche Rechtsprechung nimmt an, dass üblicherweise von Windkraftanlagen keine über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehenden Brandgefahren ausgehen (vgl. OVG Koblenz, Beschluss vom 30. Juli 2020 – 8 A 10157/20.OVG – juris Rn. 24 m.w.N.; OVG Münster, Urteil vom 4. Mai 2022 – 8 D 297/21.AK – juris Rn. 159 m.w.N.). Auch verfügbare Brandstatistiken deuten grundsätzlich nicht darauf hin, dass von Windkraftanlagen erhöhte Brandgefahren ausgehen. Die Anzahl der aufgetretenen Brände gemessen an der Gesamtanzahl der Anlagen in Deutschland ist als gering einzustufen (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (Oktober 2018): Faktenpapier Sicherheit von Windenergieanlagen. Abgerufen am 24.06.2025).

Die Begründung wird zur Klarstellung angepasst.

---

Stellungnehmer-ID: **20**    Stellungnahme-ID: **25**    BE-ID: **17**    **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Hubschrauber-Sonderlandeplätze werden gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Hubschrauberflugplätzen angelegt und betrieben. Hier sind die farbigen An-/Abflugflächen hindernisfrei zu halten (siehe Anlage).

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (siehe BE-ID 205 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Die in der Anlage enthaltenen An- und Abflugflächen wurden erneut überprüft und sind von keiner Festlegung des RROP betroffen, die eine Beeinträchtigung der An- und Abflugflächen des Hubschrauber-Sonderlandeplatzes der Albert-Schweitzer-Klinik Northeim darstellt oder potenziell vorbereitet. Weitere Hubschrauber-Sonderlandeplätze sind nicht von der Planung berührt.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **83**    Stellungnahme-ID: **100**    BE-ID: **148**    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgenden Potenzialflächen zur Windenergienutzung  
Hevensen 01,  
Nörten-Hardenberg 01,  
Stellung bezogen.

Anlässlich des anstehenden 2. Planungsentwurfs des RROP Landkreis Northeim sind einige Belange des Naturschutzes und des Wasserschutzes, die im Nachfolgenden näher erläutert werden, zu beachten. Dies muss dazu führen, dass die hier gegenständlichen Windkraftflächen künftig als Ausschussfläche gelten muss.

Dementsprechend wir auf das

Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295,

verwiesen, dass ausdrücklich für die Regionalplanung gilt und folgendes beinhaltet:

"Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung so weit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann."  
"

Dies bedeutet, dass auch schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.

Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.

Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet. Dies geschieht insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften.

Diesen Erfordernissen Ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Arten- und Naturschutzes ausgetragen werden.

Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.

Im Folgenden werden die Einwände zu den Vorranggebieten Hevensen 01 und Nörten- Hardenberg 01 im Detail erläutert:

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 145.

---

Stellungnehmer-ID: 20      Stellungnahme-ID: 25      BE-ID: 21      **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Die Erteilung einer Genehmigung für ein Vorhaben erfordert meine Zustimmung nach § 14 Luftverkehrsgesetz (LuftVG), wenn die dort genannten Tatbestandsmerkmale

• Höhe von mehr als 100 m über der Erdoberfläche oder • Höhe von mehr als 30 Meter auf natürlichen oder künstlichen Bodenerhebungen, sofern die Spitze dieser Anlage um mehr als 100 Meter die Höhe der höchsten Bodenerhebung im Umkreis von 1,6 Kilometer Halbmesser um die für die Anlage vorgesehene Bodenerhebung überragt, vorliegen.

In diesen Fällen ist regelmäßig eine Kennzeichnung als Luftfahrthindernis erforderlich, die aus einer Tages- und Nachtkenzeichnung besteht. Meine Entscheidung über die Zustimmung nach § 14 LuftVG erfolgt auf Grund einer gutachtlichen Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung GmbH. Details der Tages- und Nachtkenzeichnung werden im Rahmen meiner Entscheidung über die Zustimmung festgelegt. Diese Festlegungen werden als Auflagen in die bau- oder immissionsschutzrechtliche Genehmigung übernommen.

Zusätzlich ist § 18a LuftVG zu beachten, wonach Bauwerke nicht errichtet werden dürfen, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Hier entscheidet das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung auf der Grundlage einer gutachtlichen Stellungnahme der Flugsicherungsorganisation, ob durch die Errichtung der Bauwerke Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Es teilt seine Entscheidung der zuständigen Landesluftfahrtbehörde mit.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (siehe BE-ID 208 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Die genannten Belange sind Bestandteil von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und nicht Bestandteil dieses RROP-Verfahrens.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: 45      Stellungnahme-ID: 132      BE-ID: 305      **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Die Bürger der Gemarkung Ahlshausen-Sievershausen haben sich intensiv mit den Alternativen der Windenergienutzung im Feld oder im Wald auseinandergesetzt. Neben einer professionellen Visualisierung wurden mit Bussen Waldflächen mit Windenergieanlagen in Nordhessen besucht. Eine anschließende Befragung ergab unabhängig von Alter, Geschlecht und wirtschaftlicher Teilhabe mehrheitlich, dass ein Ausbau der Windenergie im Wald anstelle der offenen Feldlage gewünscht wird.

Wald kann unter der Windenergieanlage wachsen, weil die heutigen Anlagen hohe Nabenhöhen haben. Die Nutzung der durch Klimawandel geschädigten Flächen (Stürme, Trockenheit, Brände, Schädlinge etc.) bietet sich an und dient zur Finanzierung der Wiederbewaldung und des Waldumbaus.

Nutzungsentgelte aus der Windenergie kommen auch dem Waldumbau (Nadelwald-Reinbestände zu Laubmischwald-Beständen) zugute. Wind über Wald erbringt einen Beitrag zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel!

Klimaschutz muss Vorrang vor Artenschutz haben, ansonsten wird eine umfangreiche Artendrift nicht zu verhindern sein. Windenergie über Wald trägt zur Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und Beschäftigung bei. Gerade in strukturarmen, wachstumsschwachen ländlichen Räumen wie dem Landkreis Northeim ist die Förderung der Forstwirtschaft mit dem vollumfänglichen Ausschöpfen des Potentials der Windenergie über Wald erforderlich.

Ein Angebot an dezentraler günstiger Energie (Windenergie über Wald) ist eine Grundvoraussetzung für die Ansiedlung innovativer Unternehmen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit bereits ansässiger Unternehmen und schafft sowie sichert damit Arbeitsplätze im Landkreis.

Daher sind die Vorranggebiete Wald als Vorbehaltsgebiete Wald auszuweisen und dürfen nicht dazu führen, dass eine weitere Konkurrenzsituation (Verhinderung potenzieller Windeignungsgebiete) entsteht oder Genehmigungsverfahren sich weiter verzögern. Für die Forstwirtschaft ist, gleichlautend wie bei der Landwirtschaft, als verbindliches Ziel einzufügen: Zulässig innerhalb der Vorranggebiete Wald sind alle Vorhaben, die der FORSTWIRTSCHAFT unmittelbar dienen, dies sind auch Windenergieanlagen, Funk-, Strommasten oder ähnliche mastartige Anlagen, die von öffentlichem Interesse sind. Sollte dies für die Waldflächen nicht gleichfalls gelten, entspricht die Formulierung im RROP-E dem Vorrang von Windenergie im Offenland, der als nicht rechtens im LROP gestrichen wurde. Nach § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung:

Wie dem Einwender bekannt ist stehen weiträumige Waldgebiete des Landkreises Northeim aufgrund der aktuell geltenden Rechtslage und verpflichtenden Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 aktuell weiträumig nicht für eine Windenergienutzung zur Verfügung. Dieser Sachverhalt steht nicht im Ermessensspielraum des Regionalplanungsträgers. Der Regionalplanungsträger ist zur Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als Vorranggebiete Wald im RROP verpflichtet.

Zur geforderten Ergänzung bleibt auszuführen, dass die Forderung bereits im ersten Beteiligungsverfahren erfolgt ist und entsprechend abgewogen wurde. An der Abwägung (BE-ID 1107 der Synopse zum ersten Beteiligungsverfahren) wird festgehalten. Zudem wird auf die Abwägung unter BE-ID 327 dieser zweiten Abwägungssynopse verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **20**    Stellungnahme-ID: **25**    BE-ID: **15**    **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Luftfahrthindernisse in Niedersachsen außerhalb von Bauschutzbereichen;

Anforderung einer luftrechtlichen Stellungnahme gem. § 14 LuftVG für den 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms

Ort: Kreisgebiet des Landkreises Northeim

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der von meiner Behörde wahrzunehmenden luftverkehrsrechtlichen Belange weise ich auf Folgendes hin:

Die Flächen um die Gelände aller Flugplätze müssen von Luftfahrthindernissen freigehalten werden.

Im Landkreis Northeim befinden sich folgende Flugplätze:

- Verkehrslandeplatz Bad Gandersheim
- Verkehrslandeplatz Northeim
- Sonderlandeplatz Uslar
- Sonderlandeplatz für Luftsportgeräte Hoppensen
- Hubschrauber-Sonderlandeplatz Albert-Schweitzer-Klinik Northeim

- Segelfluggelände Sultmer Berg
- Segelfluggelände Weper
- Aufstiegsgelände für Flugmodelle des Modellbauclubs RC Einbeck e.V., Gemarkung Holtensen, Flur 4
- Aufstiegsgelände für Flugmodelle der Modellsportflieger Moringen e.V., Gemarkung Moringen, Flur 54
- Aufstiegsgelände für Flugmodelle der Modellfluggruppe Uslar e.V., Gemarkung Wiensen, Flur 2
- Aufstiegsgelände für Flugmodelle des Modell-Flugsport-Club Northeim e.V., Gemarkung Katlenburg, Flur 6
- Außenstart- und Landegelände des Drachen- und Gleitsegelvereins Göttingen e.V., Gemarkung Lütgenrode, Flur 3

Gemäß der Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb sind die Start- und Landebahnen und der sie umgebende Streifen von Hindernissen freizuhalten. Hindernisse sollen nicht in die An- und Abflugflächen und die inneren und äußeren Hindernisbegrenzungsflächen hineinragen.

Im Bereich der Platzrunde eines Flugplatzes sollen keine Hindernisse vorhanden sein, die die sichere Durchführung des Flugplatzverkehrs gefährden können. Von einer Gefährdung des Flugplatzverkehrs in der Platzrunde ist grundsätzlich dann auszugehen, wenn relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen innerhalb der Platzrunde errichtet werden sollen oder wenn in anderen Bereichen relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen einen Mindestabstand von 400 m zum Gegenanflug von Platzrunden und/oder 850 m zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen) unterschreiten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (siehe BE-ID 203 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Die Flugplätze wurden bereits bei der Erarbeitung des ersten RROP-Entwurfs berücksichtigt. Im Rahmen der Erarbeitung des zweiten RROP-Entwurfs wurden die Platzrunden für die Flugplätze im Landkreis Northeim sowie die Mindestabstände nicht überarbeitet oder geändert.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **20**      Stellungnahme-ID: **25**      BE-ID: **20**      **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Bei den Flugplätzen, für die ich keine Platzrunde im Anhang beigefügt habe, ist die Standardplatzrunde gemäß der „Grundsätze des Bundes und der Länder für die Regelung des Flugverkehrs an Flugplätzen ohne Flugverkehrskontrollstelle“ (NfL II 37/00).

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Für den Sonderlandeplatz für Luftsportgeräte Hoppensen, der unter der Aufsicht des Deutschen Aero Club e.V. steht, wurden keine Platzrunden im Anhang beigefügt.

Der Sonderlandeplatz wurde bereits bei der Erarbeitung des ersten RROP-Entwurfs berücksichtigt. Das nächstgelegene Vorranggebiet Windenergienutzung mit bereits bestehenden und genehmigten Windenergieanlagen liegt in einer Entfernung von über 3.000 m. Aufgrund des Abstands besteht grundsätzlich keine Betroffenheit.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **75**      Stellungnahme-ID: **90**      BE-ID: **124**      **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu D.1.2 - Begründung der Tabuzonen, D.1.2.3 - Natur und Landschaft, Umwelt, Natu-ra 2000

Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete werden pauschal als Tabuzonen mit 80 m Rotor-Out-Zugabe betrachtet.

Im Stadtgebiet befindet sich ein Teil des Vogelschutzgebietes DE4225-401, V08 als Na-turschutzgebiet Leinetal bei Salzderhelden. Um das Schutzgebiet insgesamt von einer möglichen Windenergienutzung weiträumig freizuhalten und so zum einen den durch die maßgeblichen Vogelarten des VSG stark frequentierten Naturraum auch im direkten Umfeld des VSG zu schützen und zum anderen eine Barrierewirkung durch an das VSG angrenzende Windenergieanlagen zu vermeiden bzw. zu vermindern, wird ein vorsorge-orientierter Schutzabstand von 2.000 m um das Vogelschutzgebiet gelegt. Durch den zu-sätzlichen Abstand wird eine

Rotor-Out-Zugabe von 80 m nicht berücksichtigt.

Es wird begrüßt, dass ein vorsorglich hoher Schutzabstand zum Vogelschutzgebiet V08 eingehalten wird.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Zur Klarstellung ergeht der Hinweis, dass bei den Vogelschutzgebieten keine Rotor-Out-Zugabe berücksichtigt wurde.

Im Planungskonzept des Regionalplanungsträgers wurden die Vogelschutzgebiete mit einem schutzgebietsspezifischen Mindestabstand als Tabuzone berücksichtigt, um die Schutzgebiete weiträumig von einer möglichen Windenergienutzung freizuhalten. Durch den vorsorgeorientierten Schutzabstand wurde eine zusätzliche Rotor-Out-Zugabe nicht berücksichtigt.

---

Stellungnehmer-ID: **112**   Stellungnahme-ID: **131**   BE-ID: **366**   **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest) - Außenstelle Bad Gandersheim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Bzgl. der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung weisen wir darauf hin, dass sofern sich der Turm oder Mast der gegenständlichen Windenergieanlage innerhalb der vorgenannten Entfernungen von 100 m zum befestigten Rand der Fahrbahn (sogenannte Anbaubeschränkungszone) befindet, bei der Errichtung oder erheblichen Änderung der Windenergieanlage eine straßenrechtliche Zustimmung erforderlich ist.

Für Windenergieanlagen, bei denen lediglich der Rotor in die Anbaubeschränkungszone hineinragt, gilt § 9 Abs. 2b FStrG, wonach die Regelungen des § 9 Abs. 2 und Abs. 2a FStrG hier keine Anwendung finden. In diesem Fall ist die oberste Landesstraßenbaubehörde an Bundesfernstraßen und, soweit dem Bund die Verwaltung der Bundesfernstraßen zusteht, das Fernstraßen-Bundesamt in den Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren für die Anlage zu beteiligen. Die für die Erteilung der Genehmigung oder für die Anzeige zuständige Behörde hat im Rahmen der Beteiligung die Stellungnahme der jeweiligen Behörde nach Satz 2 einzuholen. Bedarf es keiner Genehmigung oder Anzeige der Anlage, hat der Vorhabenträger die in Satz 2 genannten Behörden um eine Stellungnahme zu dem Vorhaben zu ersuchen. Bei der Errichtung und dem Betrieb einer in Satz 1 bezeichneten Anlage sind die in Absatz 3 und in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannten Belange zu beachten.

In diesem Zusammenhang wird bereits zu diesem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass im Rahmen der straßenrechtlichen Bewertung eine abstrakte Gefährdungsbeurteilung vorgenommen wird. Aufgrund eines besonderen Näheverhältnisses zur BAB innerhalb des Gefahrenradius der Windenergieanlagen können die Risiken Flugsicherheitsbefeuerung, Diskoeffekt, Eisabwurf/Eissturz, Maschinenhausbrand, optische Gefahren und Rotorblattbruch sowie Turmbruch (Bauteilversagen) relevant sein. Im Rahmen dessen weise ich darauf hin, dass bei der Einhaltung der Kipphöhe der Anlagen als Abstand zum Fahrbahnrand, vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung, in der Mehrzahl der Anlagen jedoch davon auszugehen ist, dass allen aufgezeigten Risiken mit Nebenbestimmungen begegnet werden kann, um eine Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auszuschließen. Generell sind damit notwendige Mindestabstände und notwendige Nebenbestimmungen immer im konkreten Einzelfall zu beurteilen und erfordern gutachterliche Bewertungen bzw. entsprechende Erklärungen, die sich auf den konkreten Standort sowie die jeweilige Anlage beziehen.

Hinweis: Die Abstände bemessen sich nach dem äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, zu der neben der Hauptfahrbahn auch Randstreifen, die teilweise als Standstreifen für das Halten in Notfällen bestimmt sind, sowie die Beschleunigungs- und Verzögerungsstreifen der Anschlussstellen und die Anschlussstellen selbst zählen. Die Abstände gelten auch im Bereich der Zu- und Abfahrt von Rastanlagen. Entlang der Durchfahrtsgassen, jedoch nur für die am nächsten liegende Durchfahrtsgasse zur Hauptfahrbahn.

Zudem weisen wir darauf hin, dass die gesicherte Erschließung der Windenergieanlagen in der Planung frühzeitig berücksichtigt werden sollte. Die gesicherte Erschließung ist Voraussetzung für eine vollumfängliche rechtliche Beurteilung.

Eine Errichtung und Nutzung von Behelfszufahrten an Bundesautobahnen für den Transport und die Errichtung der Windenergieanlagen ist nur unter engen Voraussetzungen möglich. Dabei sind die vorstehenden anbaurechtlichen Regelungen zu sowie gegebenenfalls weitere notwendige Gestattungserfordernisse zu beachten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung: Die konkrete Umsetzung der Windenergienutzungen auf Projektebene ist nicht Gegenstand des RROP. Die Hinweise entziehen sich in Bezug auf die Standortpositionierung der Windenergieanlagen der Steuerungswirkung des RROP. Die Prüfung und Beurteilung erfolgt auf der nachgelagerten Genehmigungsebene.

Stellungnehmer-ID: 112    Stellungnahme-ID: 131    BE-ID: 367    **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest) - Außenstelle Bad Gandersheim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

## Einwendung:

Für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie gilt seit dem 29.12.2023 der § 9 Abs. 2c FStrG. Gemäß § 9 Abs. 2c S. 2 FStrG ist das Fernstraßen-Bundesamt im Genehmigungsverfahren für eine Photovoltaikanlage zu beteiligen, wenn diese Anlage längs einer Bundesautobahn in Entfernung bis zu 100 m oder längs einer Bundesstraße außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen in einer Entfernung bis zu 40 m, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet oder erheblich geändert werden soll. Bedarf eine Anlage nach § 9 Abs. 2c S. 1 FStrG keiner Genehmigung, hat der Vorhabenträger das Vorhaben vor Baubeginn bei der jeweils zuständigen Behörde nach § 9 Abs. 2c S. 2 FStrG anzuzeigen. Bei der Genehmigung, der Errichtung und dem Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie sind die in Absatz 3 FStrG und in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannten Belange zu beachten.

Grundsätzlich dürfen dem folgende straßenrechtliche Belange nicht entgegenstehen:

- Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs während der Errichtung und des Betriebs (insbesondere keine Verkehrseingriffe, Blendwirkung, Brandvermeidungs- und Brandbekämpfungsmaßnahmen)
- Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der autobahneigenen Anlagen (Bestandsanlagen im Sinne des § 1 Abs. 4 FStrG und Funktionsflächen)
- Einhaltung eines Mindestabstands zwischen der PV- Anlage/Einfriedung und BAB zum Schutz abkommender Fahrzeuge nach den Vorgaben der Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS 2009)
- Sicherstellung von bereits bestehenden Ausbauabsichten oder anderer straßenbaugestalterischer Maßnahmen.

Eine konkrete Beurteilung von Vorhaben ist erst anhand entsprechender Detailunterlagen möglich. Dies gilt auch nach nunmehriger Privilegierung der Photovoltaikflächen und des Entfalls des Erfordernisses einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 9 Abs. 8 FStrG vom Anbauverbot des § 9 Abs. 1 FStrG bzw. des Zustimmungserfordernisses gemäß § 9 Abs. 2 FStrG.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im RROP sind keine Gebietsausweisungen für Freiflächen-Photovoltaik vorgesehen.

---

Stellungnehmer-ID: 96    Stellungnahme-ID: 115    BE-ID: 169    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

## Einwendung:

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgenden Potenzialflächen zur Windenergienutzung Hevensen 01, Nörten-Hardenberg 01, Stellung bezogen.

Anlässlich des anstehenden 2. Planungsentwurfs des RROP Landkreis Northeim sind einige Belange des Naturschutzes und des Wasserschutzes, die im Nachfolgenden näher erläutert werden, zu beachten. Dies muss dazu führen, dass die hier gegenständlichen Windkraftflächen künftig als Ausschlussfläche gelten muss.

Dementsprechend wir auf das

Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295,

verwiesen, dass ausdrücklich für die Regionalplanung gilt und folgendes beinhaltet:

"Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung so weit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann.  
„

Dies bedeutet, dass auch schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.

Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.

Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet. Dies geschieht insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften.

Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Arten- und Naturschutzes ausgetragen werden.

Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.

Im Folgenden werden die Einwände zu den Vorranggebieten Hevensen 01 und Nörten- Hardenberg 01 im Detail erläutert:

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 145.

---

Stellungnehmer-ID: **119**    Stellungnahme-ID: **139**    BE-ID: **370**    **Deutscher Aero Club**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

seitens des Deutschen Aero-Clubs als in diesem Fall Vertreter der betroffenen Fluggelände bestehen keine Bedenken.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **82**    Stellungnahme-ID: **99**    BE-ID: **145**    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgenden Potenzialflächen zur Windenergienutzung Hevensen 01,

Nörten-Hardenberg 01,  
Stellung bezogen.

Anlässlich des anstehenden 2. Planungsentwurfs des RROP Landkreis Northeim sind einige Belange des Naturschutzes und des Wasserschutzes, die im Nachfolgenden näher erläutert werden, zu beachten. Dies muss dazu führen, dass die hier gegenständlichen Windkraftflächen künftig als Ausschussfläche gelten muss.

Dementsprechend wir auf das

Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295,

verwiesen, dass ausdrücklich für die Regionalplanung gilt und folgendes beinhaltet:

"Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung so weit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann."

Dies bedeutet, dass auch schon Im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.

Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.

Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet. Dies geschieht insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften.

Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Arten- und Naturschutzes ausgetragen werden.

Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.

Im Folgenden werden die Einwände zu den Vorranggebieten Hevensen 01 und Nörten- Hardenberg 01 im Detail erläutert:

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Zur Klarstellung und Sachaufklärung erfolgt der Hinweis, dass die in der Einwendung genannten Belange im Rahmen des Planungskonzeptes von Beginn an bereits berücksichtigt wurden, soweit sie auf der Maßstabsebene der Regionalplanung erkennbar und von Relevanz sind. Die vom Einwender herangezogene Rechtsprechung ist nach erfolgter Prüfung nach hiesiger Auffassung nicht auf die Planung des Landkreises Northeim übertragbar. Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei sollen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermittelt und beurteilt werden. Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept kommt der Regionalplanungsträger den aktuellen gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nach. Der Regionalplanungsträger gewichtet dabei den Arten- und Naturschutz in seiner Planung grundsätzlich hoch. Eine Missachtung von bundesrechtlichen Vorgaben erfolgt nicht.

Im Ergebnis und unter Berücksichtigung aller auf Ebene der Regionalplanung relevanter und bekannter Belange werden Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP-Entwurf ausgewiesen, die aus Sicht des Regionalplanungsträgers für eine umweltverträgliche Nutzung für die Windenergie geeignet sind und auf denen sich die Windenergienutzung im Grundsatz vorrangig durchsetzen kann.

Das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung und den Betrieb von WEA (§ 2 EEG) wird im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Es erfolgt keine pauschale regionalplanerische Entscheidung zugunsten der Windenergienutzung.

---

Stellungnehmer-ID: 125    Stellungnahme-ID: 145    BE-ID: 361    **Deutsche Bahn AG - DB Immobilien**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Photovoltaikanlagen

Bei der Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Nähe von Bahnanlagen sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.
- Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen) entstehen können und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflektionseffekte erhöht werden.
- Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z.B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.
- Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können. Bei mit 110-kV-Bahnstromleitungen überspannten Anlagen ist die DB bei allen witterungsbedingten Ereignissen, z.B. Eisabfall von den Seilen der Hochspannungsleitung, von allen Forderungen freizustellen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Der Hinweis wurde bereits im ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren übermittelt, es wird auf die BE-ID 168 und entsprechende Abwägung in der ersten Synopse verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 265    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Abschnitt 4.2.1 Ziffer 10 Satz 2

Ihre als Grundsatz gefasste Festlegung, dass auf Flächen mit dem Vorbehalt der Landwirtschaft außerhalb der unter Ziffer 09 genannten Bereiche Agrar-Photovoltaikanlagen realisiert werden sollen, ist missverständlich formuliert. Es sollte durch eine sprachliche Überarbeitung deutlich werden, dass, sofern auf Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft außerhalb der unter Ziffer 09 genannten Bereiche die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung solarer Strahlungsenergie beabsichtigt ist, Agrar-Photovoltaikanlagen errichtet werden sollen. In der Begründung zu 4.2.1 Ziffer 10 Satz 2 sollte erläuternd eine Abgrenzung der Agrar-Photovoltaikanlagen in Bezug auf den allgemeinen Begriff der Freiflächen-Photovoltaikanlagen erfolgen.

### **Abwägung:**

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Für die Differenzierung zwischen Freiflächen-PV und Agri-PV wird auf die im selbigen Abschnitt der Beschreibenden Darstellung übernommenen Ziele und Grundsätze aus dem LROP 2022 verwiesen, die vorangestellt abgedruckt sind. Die Differenzierung wird aus dem Wortlaut aus Sicht des Regionalplanungsträgers ausreichend klar. Die missverständliche Formulierung der textlichen Festlegung in Bezug auf die mögliche Inanspruchnahme von Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft für Agri-Photovoltaikvorhaben gem. LROP Festlegung wird sinngemäß der Einwendung entsprechend angepasst.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 270 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

Begründung, Zu RROP 4.2.1 03 bis 06, Kap. B. Methode

Sie geben in der Begründung Ihres Plansatzes Abschnitt 4.2.1 Ziffer 04 zur Rotor-Out-Planung an, dass der Mastfuß innerhalb der Vorranggebiete Windenergienutzung liegt, während die Gebietsgrenzen durch die Rotorblätter überstrichen werden dürfen. Weiterhin wird die Dimensionierung der gewählten Referenzanlage in Kap. C. Planerische Grundlagen beschrieben (S. 373) und daraus in Kap. B. Methode die Rotor-Out-Zugabe abgeleitet (S. 370). Vor dem Hintergrund der in § 4 Abs. 3 WindBG angegebenen Parameter einer Standardwindenergieanlage an Land sollte die Herleitung der Rotor-Out-Zugabe auf Grundlage Ihrer ermittelten Referenzanlage nochmals auf Schlüssigkeit überprüft und entsprechend angepasst werden.

### Abwägung:

Wird gefolgt

Die Herleitung der Rotor-Out-Zugabe auf Grundlage der Referenzanlage wird auf Schlüssigkeit überprüft. Die Begründung wird entsprechend angepasst.

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 271 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

Begründung, Zu RROP 4.2.1 03 bis 06, Kap. C Planerische Grundlagen

Die Aussage, dass seit 2021 „unter anderem vor allem der Anlagentyp Vestas V162 mit einer Gesamthöhe von 250 m verwendet“ wird, ist missverständlich formuliert (S. 373). Entweder wurde vor allem oder unter anderem dieser Anlagentyp im Planungsraum realisiert. In der Tabelle 4.2.1-2 werden überwiegend Anlagen mit weniger als 250 m Gesamthöhe angegeben. Die Aussage sollte präzisiert werden, da sie maßgeblich als Begründung für die Bestimmung der Referenzanlage dient.

### Abwägung:

Wird gefolgt

Seit 2021 wurde im Landkreis Northeim vor allem der Anlagentyp Vestas V162 mit einer Gesamthöhe von 250 m verwendet. Die Aussage wird in der Begründung präzisiert.

---

Stellungnehmer-ID: 129 Stellungnahme-ID: 149 BE-ID: 350 Privat

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### Einwendung:

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgenden Potenzialflächen zur Windenergienutzung

Hevensen 01,

Nörten-Hardenberg 01,

Stellung bezogen.

Anlässlich des anstehenden 2. Planungsentwurfs des RROP Landkreis Northeim sind einige Belange des Naturschutzes und des Wasserschutzes, die im Nachfolgenden näher erläutert werden, zu beachten. Dies muss dazu führen, dass die hier gegenständlichen Windkraftflächen künftig als Ausschussfläche gelten muss.

Dementsprechend wir auf das

Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, verwiesen, dass ausdrücklich für die Regionalplanung gilt und folgendes beinhaltet:

„Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung so weit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann.“

Dies bedeutet, dass auch schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.

Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet. Dies geschieht insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften.

Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Arten- und Naturschutzes ausgetragen werden.

Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.

Im Folgenden werden die Einwände zu den Vorranggebieten Hevensen 01 und Nörten-Hardenberg 01 im Detail erläutert:

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 145.

---

Stellungnehmer-ID: **121**    Stellungnahme-ID: **141**    BE-ID: **428**    **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Zu 4.2.1 06 Teil II, D. 1.2.3 Natur und Landschaft, Umwelt - Waldrand

Hier steht: „Um diese Funktionen zu schützen und eine Beeinträchtigung vorsorgeorientiert zu vermeiden, wird ein Abstand von 180 m, von der Waldrandlinie nach innen und außen als Tabuzone festgelegt.“ In Tab. 4.2.1-3 wird hingegen ein Abstand von 100 m angegeben. Das ist in sich nicht konsistent.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Aus Gründen der Aufklärung und Klarstellung wird ausgeführt, dass in Tab. 4.2.1-3 zwar der Waldrandabstand mit 100 m angegeben ist. Der Spalte "Rotor-Out-Zugabe" der genannten Tabelle ist jedoch zu entnehmen, dass zusätzlich zu den 100 m eine Rotor-Out-Zugabe erfolgt ist, welche 80 m beträgt. In Summe ergibt dies einen Waldrandabstand von 180 m.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **123**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu D.1.2 Begründung der Tabuzonen, D.1.2.1 - Siedlungsstruktur

Während im ersten Entwurf noch von einem Schutzabstand für von 1000 m für Wind-energie Tabuzone Siedlung ausgegangen wurde, wird im vorliegenden zweiten Entwurf eine „Rotor-Out-Zugabe“ von 80 m hinzugerechnet. Die Vergrößerung des Schutzabstandes der Windenergieanlagen zu Siedlungen von 1000 auf 1080 m wird begrüßt.

zu D.1.2 Begründung der Tabuzonen, D.1.2.1 - Siedlungsstruktur

Für die Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich (§ 35 BauGB) wird weiter-hin von einem Schutzabstand zu den Windenergieanlagen von 600 m ausgegangen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Da es sich um Wohnnutzung im Außenbereich handelt ist hier eine Rücksichtnahme auf das „Schutzgut Mensch“ geboten. Der Schutzabstand sollte von 600 auf 1080 m angehoben werden, angelehnt an den Schutzabstand zu Siedlungsbereichen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Zur Klarstellung wird ausgeführt, dass der im Windenergieplanungskonzept angewendete Siedlungsabstand (1000 m) gegenüber dem ersten RROP-Entwurf nicht verändert wurde und bereits im vorherigen Entwurf eine Rotor-Out-Zugabe (80 m) einbezogen war; der Abstand entsprechend schon im ersten RROP-Entwurf mit 1080 m im Planungskonzept berücksichtigt wurde.

Die Einwendung in Bezug auf den Schutzabstand zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich wurde vom Einwender bereits im ersten Beteiligungsverfahren zum RROP vorgetragen. Es ergibt sich keine neue Rechts- oder Sachauffassung, daher wird auf die BE-ID 340 der ersten Abwägungssynopse verwiesen.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 272    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 4.2.1 03 bis 06, Kap. F Abschließende Prüfung, Ergebnis Erreichung des regionalen Teilflächenziels

Gem. § 4 Abs. 1 WindBG können auf den Flächenbeitragswert ausgewiesene Flächen nur dann angerechnet werden, wenn für sie standardisierte Daten geografischer Informationssysteme (GISDaten) vorliegen. Dieser Anforderung ist Rechnung zu tragen. Es wird angeregt, auch in der Begründung einen entsprechenden Hinweis aufzunehmen, so dass deutlich wird, dass für die zur Anrechnung gebrachten Flächen entsprechende GIS-Daten vorliegen.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass im Falle einer Anrechnung von Flächen der Bauleitplanung oder von Einzelwindenergieanlagen im Sinne von § 4 Abs. 1 S. 3 WindBG (i.V.m. § 2 WindBG), die neben den Vorranggebieten Windenergienutzung zur Erreichung des regionalen Teilflächenziels herangezogen werden sollen, folgende zusätzlich Angaben erforderlich sind: In Bezug auf Flächen, die 13 aus Bauleitplänen stammen, ist der jeweilige Bauleitplan unter Angabe des Rechtskraftdatums zu benennen und anzugeben, ob Festsetzungen zu Höhenbeschränkungen o.ä. bestehen. Diese Angaben sind erforderlich für die Bilanzierung gem. § 5 Abs. 1 WindBG, da gem. § 4 Abs.1 Satz 5 WindBG Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen sind. Bei einer Bauleitplanung mit Rotor-In-Ansatz ist zudem die Berechnung des Flächenabzugs gem. § 4 Abs. 3 WindBG entsprechend zu dokumentieren. Hinsichtlich der Anrechnung von Flächen im Umkreis von Einzelwindenergieanlagen sind Angaben zur genauen Lage/Ortsbezeichnung der angerechneten Windenergieanlagen zu tätigen.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

In der Begründung wird ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

Im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Neuaufstellung des RROP beabsichtigt der Planungsträger keine Anrechnung von Flächen der Bauleitplanung oder von Einzelwindenergieanlagen.

---

Stellungnehmer-ID: 75    Stellungnahme-ID: 90    BE-ID: 128    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu E.2.3 - Infrastruktur und Technik, Präferenzräume nach § 12c Abs. 2a EnWG für die Vorhaben DC41 und DC42

Der Hinweis auf den Sicherheitsabstand zu den Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetzen DC41 und DC42 muss redaktionell angepasst werden.

Nach dem aktuellen Planungsstand wurden die Planungen der Präferenzräume zu Trassenplanungen konkretisiert.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Konkrete oder planfestgestellte Trassenplanungen sind nicht bekannt, es handelt sich um erste grobe Entwürfe der Trassenverläufe, welche sich noch deutlich innerhalb der Trassenkorridore/Präferenzräume

ändern können. Daher wird der Hinweis in der jetzigen Form beibehalten.

Stellungnehmer-ID: 137 Stellungnahme-ID: 158 BE-ID: 462 NLWKN

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Zu 4.2 Energie

Die Regionalplanung soll im Rahmen der Abwägung eine Standortwahl treffen, die die Umweltauswirkungen minimiert und eine rahmensetzende Steuerungswirkung für die nachgelagerte Vorhabenebene entfaltet. Diese Steuerungswirkung erlangt besonderes Gewicht angesichts aktueller rechtlicher Vorgaben und der in Rede stehenden Änderungen zur Planungsbeschleunigung für den Energiesektor. Der Schutz der Avifauna umfasst nicht nur nachgewiesene Artvorkommen, er benötigt auch den Erhalt der Lebensräume für diese Arten. Unter Vorsorgegesichtspunkten sind auch die Brutvogel- und Gastvogelgebiete zu berücksichtigen, die den „Status offen“ aufweisen und für die damit keine aktuellen Daten vorliegen. Ergänzend zu den vorliegenden Bestandserfassungen zur Avifauna möchte ich auf das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) beauftragte Forschungsvorhaben „Konzeption und Erarbeitung von Arten-Aktionsplänen für Vogelarten im Kontext Ausbau erneuerbarer Energien“, durchgeführt vom Dachverband der Avifaunisten (DDA), hinweisen. Im Ergebnis wurden für 11 Vogelarten landesweit bedeutende Vorkommen die Darstellung von Vorkommenswahrscheinlichkeiten artbezogen und flächendeckend ermittelt. Mit Hilfe der Modellvorhersagen können Gebiete mit hoher Aufenthaltswahrscheinlichkeit und Lebensraumeignung für die betrachteten Arten dargestellt werden. Für die Arten Fischadler, Seeadler, Wanderfalke und Wiesenweihe liegt in Niedersachsen ein sehr guter Kenntnisstand über Verbreitung und Bestandssituation vor, für die Arten Baumfalke, Rohrweihe, Rotmilan, Schwarzmilan, Uhu, Wespenbussard und Weißstorch wird die Modellierung als sehr gut geeignet betrachtet, um Datenlücken füllen zu können. Die Daten sind öffentlich zugänglich (<https://zenodo.org/records/13237339>) und bieten eine Grundlage für die räumliche Planung, um frühzeitig artenschutzrechtliche Belange identifizieren und einbeziehen zu können. Nicht zuletzt sind sie neben den vorliegenden Bestandserfassungen ein weiterer Baustein für die gebietsbezogenen Bewertung voraussichtlich erheblicher Umweltbelange im Umweltbericht, insbesondere dort, wo keine Arterfassungen vorliegen. Das schließt auch eine frühzeitige Betrachtung erforderlicher Minderungsmaßnahmen ein. Für eine fachliche Interpretation der Daten und deren Verwendung stellt die Staatliche Vogelschutzwarte im NLWKN bei Bedarf erste Auswertungen zur Verfügung, die auch für die Verwendung im Umweltbericht und die Aussagen zu voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen einzelner Gebiete empfohlen werden.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die Brutvogel-Lebensräume mit „Status offen“ sind bekannt und werden im Rahmen des Planungskonzeptes weiterhin nicht berücksichtigt, da keine aktuellen Daten vorliegen. Die Daten spiegeln insgesamt keine landesweit einheitliche Kartierung wider; es handelt sich um die Bewertung einer Datensammlung, die auf Meldungen basiert. Dementsprechend ist die Qualität der Daten sowie die Bewertung von der gemeldeten Datenlage der entsprechenden Art abhängig. Die Brutvogel-Lebensräume stehen einer möglichen Genehmigung von Windenergieanlagen regelmäßig nicht entgegen. Die Gastvogel-Lebensräume werden im Planungsraum weiträumig von einer möglichen Windenergienutzung freigehalten.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse dem Artenschutz ausreichend Genüge getan, um auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen möglichst auszuschließen und geht mit der erfolgten avifaunistischen Untersuchung über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinaus. Im Sinne der Einwendung wurden dabei im Rahmen des Planungskonzeptes nicht nur nachgewiesene Artvorkommen berücksichtigt. Weiträumige sensible und besonders kritische Bereiche, die dem Erhalt und Schutz der Lebensräume dienen, wurden als Tabuzonen unter Vorsorgegesichtspunkten von einer möglichen Windenergienutzung ausgeschlossen. Bei der Prüfung potenzieller Konflikte wurde die aktuell gegebene naturräumliche Ausstattung des Planungsraums und die Eignung der Flächen als Habitat berücksichtigt. Außerdem wurden frühzeitig erforderliche Minderungsmaßnahmen in das Planungskonzept einbezogen, die für die Vorranggebiete Windenergienutzung flächenbezogen ermittelt wurden und sich zur Berücksichtigung und Konkretisierung an das nachgelagerten Zulassungsverfahren richten.

Stellungnehmer-ID: 15 Stellungnahme-ID: 106 BE-ID: 290 Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Anmerkungen zu den Vorranggebieten Windenergie

Dem Straßenbaulastträger obliegt die Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichen Straßen. Alle Verkehrsteilnehmer, die diese zweckgebunden nutzen, sind vor Gefahren zu schützen. Steht eine Windenergieanlage (WEA) zu nah an einer Straße, so kann von ihr eine Gefahr für den öffentlichen Verkehr ausgehen.

Zu der verkehrlichen Erschließung von Windenergiestandorten mache ich folgende Angaben:

Bei der Festlegung von geeigneten Windenergiestandorten und dem Repowering sollte insbesondere auch auf die verkehrliche Erschließung geachtet werden. Für die Errichtung von Windenergieanlagen werden

Sondertransporte mit Überbreiten und -längen abgewickelt.

Es wäre wünschenswert, wenn bereits bei der Planung der Windparks darauf geachtet wird, dass diese über das kommunale Straßennetz ausreichend erschlossen werden. Die Anlage von neuen oder die Änderung vorhandener Zufahrten zu Bundes- oder Landesstraßen ist außerhalb der Ortsdurchfahrten im Einzelfall zu prüfen.

Zu den erforderlichen Abständen zwischen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen und Windenergieanlagen (WEA) mache ich folgende Angaben:

Berücksichtigung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone mit Abständen von 40 m zu Bundes-, Landes- und Kreisstraßen beinhalten die vorgeschriebenen Zonen zu Bauverboten und Baubeschränkungen für klassifizierte Straßen gemäß § 9 FStrG bzw. § 24 NStrG.

Diese sich aufgrund straßenrechtlicher Gesetze ergebenden Abstandsmaße werden jedoch den tatsächlichen Gefährdungsverhältnissen von Windenergieanlagen nicht gerecht. Stehen WEA in einem geringen Abstand an Straßen oder ragen Teile von Rotoren in die Anbaubeschränkungszone dann können - auf den Einzelfall bezogen - besondere Gefahren auftreten (mangelnde Standsicherheit, Abwurf von einzelnen Objekten und/oder Teilen, optisch bedrängende Wirkung durch die Drehbewegung des Rotors, Schattenwurf, erhöhtes Ablenkungspotenzial für die Verkehrsteilnehmer, Human Factors bezogen auf die Raumwahrnehmung), die zur Wahrung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs unzureichend sind.

Die Bauverbotszone ist zwingend frei zu halten!

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Die Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind im Planungskonzept der Windenergiegebiete berücksichtigt. Die Standortpositionierung obliegt der nachgelagerten Genehmigungsebene und ist nicht Bestandteil des RROP-Verfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **54**    Stellungnahme-ID: **65**    BE-ID: **71**    **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest)**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Unter RROP 4.2.1 08 wird als Grundsatz die vorrangige Errichtung von Solarthermie- und Photovoltaikanlagen an oder auf baulichen Anlagen (z. B. Dachflächen, Gebäudefassaden, Lärmschutzwänden) festgelegt. Das entspricht den Vorgaben im "Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien im Städtebaurecht" (BGBl. 2023 I Nr. 6 vom 11.01.2023). Ob eine Lärmschutzwand an einer Autobahn tatsächlich für die Ausstattung mit einer PV-Anlage geeignet ist, kann allerdings nur unter Berücksichtigung der für die Autobahn GmbH geltenden Vorgaben nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalls beurteilt werden. Dabei sind insbesondere die reflektierenden Eigenschaften der Lärmschutzwände zu berücksichtigen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **126**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Zu E.2 - gebietsbezogene Einzelfallprüfung, E.2.2 - Siedlung und Erholung, Für die Erholung besonders geeignete Bereiche

Im Rahmen der Betrachtung der Erholungsinfrastruktur werden in oder nahe der Vor-rangfläche verlaufende Rad- und Wanderwege, Naherholungsgebiete und für die Erho-lung geeignete Landschaftsräume thematisiert und in die Abwägung eingestellt. Die Er-holungsinfrastruktur führt regelmäßig nicht zu einer Unzulässigkeit der Windenergienut-zung und unterliegt in der Abwägung regelmäßig gegenüber dem Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien. Dies ist fraglich.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*



Der Hinweis wird als Statement gewertet und beinhaltet keine weiteren, für die Planung relevanten Hinweise.

Stellungnehmer-ID: **48**    Stellungnahme-ID: **60**    BE-ID: **56**    **Klosterkammerforstbetrieb**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

in Bezug auf Ihre Rückmeldung zur zweiten Entwurfsfassung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) möchten wir uns erneut mit Nachdruck für die Ausweisung geeigneter Flächen im Revier „Westerhof“ der Klosterkammer Hannover als Windvorranggebiet einsetzen. Das Revier liegt im Bereich der Stadt Northeim sowie der Gemeinde Kalefeld und die Hauptliegenschaft umfasst eine Fläche von über 1.900 ha. Es handelt sich um einen Wald, der in den letzten Jahren in Folge multipler Kalamitäten - insbesondere massiver Borkenkäferbefälle sowie Sturmschäden - gravierend geschädigt wurde. Die dominierende Baumart Fichte ist in weiten Teilen bereits abgestorben oder vitalitätsgeschwächt. Der ökologische und forstwirtschaftliche Wert dieser Bestände ist inzwischen stark reduziert. Eine natürliche Regeneration ist auf vielen dieser Flächen nur noch eingeschränkt möglich. Vor diesem Hintergrund halten wir die pauschale Festsetzung dieser schwer geschädigten Kalamitätsflächen als „Vorranggebiet Wald“ für nicht mehr sachgerecht. Die historische Ableitung dieser Vorrangkulisse aus der preußischen Landesaufnahme berücksichtigt weder den gegenwärtigen Zustand des Waldes noch dessen ökologische Leistungsfähigkeit. Es ist aus unserer Sicht dringend geboten, das aktuelle Waldbild differenzierter zu betrachten - insbesondere dort, wo naturnaher Mischwald nicht mehr vorhanden ist und eine Umwandlung in klimaresiliente Strukturen ohnehin unumgänglich wird. Gleichzeitig bietet das Revier „Westerhof“ durch seine exponierte, windreiche Lage (durchschnittlich 7 m/s laut Windatlas Anemos) hervorragende Voraussetzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen. Das Areal ermöglicht den Bau von bis zu zwei Dutzend Anlagen mit einem geschätzten Stromertrag von 490.865 MWh pro Jahr. Ein Eingriff in rund 25 ha (1,3 % der Fläche) ist erforderlich - ein äußerst geringer Flächenverlust im Verhältnis zum Nutzen. Die Einnahmen aus der Windenergienutzung könnten direkt in den dringend notwendigen Umbau des Waldes hin zu klimaresilienten Mischbeständen reinvestiert werden. Damit würde nicht nur ein Beitrag zur Energiewende geleistet, sondern zugleich ein nachhaltiger, gemeinwohlorientierter Waldumbau ermöglicht - ganz im Sinne unseres Stiftungsauftrags. Zudem ergibt sich durch § 2 EEG 2023 sowie das Windenergieflächenbedarfsgesetz eine neue gesetzliche Grundlage: Die Windenergie steht im überragenden öffentlichen Interesse und genießt Vorrang gegenüber anderen Belangen - auch gegenüber festgesetzten Raumordnungszielen, soweit diese einer Zielerreichung entgegenstehen. Wir appellieren daher an Sie, eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen und die Kalamitätsflächen im Revier „Westerhof“ im laufenden RROP-Verfahren aus der Vorrangkategorie „Wald“ zu entlassen und stattdessen als Windvorranggebiete auszuweisen. Eine starre Bindung an historische Waldfunktionen wird der heutigen klimatischen, ökologischen und energiewirtschaftlichen Realität nicht gerecht.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Im Landkreis Northeim sind weiträumige Waldbereiche als Vorranggebiet Wald im aktuell rechtsgültigen LROP 2022 ausgewiesen. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind ins RROP zu übernehmen und dürfen nicht verkleinert werden. Sie sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Das Auftreten von Kalamitätsbereichen ändert an diesen bindenden Vorgaben nichts. An der verpflichtenden Ausweisung als Vorranggebiete Wald muss daher festgehalten werden. Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Die geforderte Abwägung der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 mit § 2 EEG ist aufgrund der fehlenden Abwägungsmöglichkeit nicht im RROP vorzunehmen sondern auf Ebene des LROP anzustellen. Das „überragende öffentliche Interesse“ ist im Rahmen von planerischen Abwägungen zwar zu berücksichtigen, wirkt aber nur gegenüber abwägbaren Belangen. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 können dadurch nicht überwunden werden.

§ 249 Abs. 5 BauGB ermöglicht zwar unter bestimmten Voraussetzungen die Überwindung von Zielen der Raumordnung. Dies betrifft die planerische Abwägung und berechtigt die Träger der Regionalplanung nur dann zur Nichtbeachtung von Planvorgaben, soweit dies „erforderlich ist“, um das gesetzlich vorgegebene Teilflächenziel zu erreichen. Das Hineinplanen von Windenergiegebieten in entgegenstehende Vorranggebiete ist nur dann „erforderlich“, wenn keine anderen Flächen verfügbar sind, auf denen die Vereinbarkeit mit Zielen der Raumordnung oder anderen Belangen oder Erfordernissen gegeben ist. Die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme von Vorranggebieten Wald liegt nicht vor. Der Landkreis Northeim erreicht mit dem vorliegenden 2. RROP-Entwurf das erste regionale Teilflächenziel zum 31.12.2027 ohne Einbezug der Vorranggebiete Wald. Der geforderten Entlassung des Reviers „Westerhof“ aus der Festsetzung Vorranggebiet Wald und Ausweisung der Flächen als Vorranggebiet Windenergienutzung kann nicht gefolgt werden.

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **130**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu E.2.4 - Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild, Landschaftsbild

Die Landschaftsbildwertigkeit gilt regelmäßig nicht als Ablehnungsgrund für die Zulassungsverfahren von Windenergieanlagen. Dieser Aussage wird jedoch keine weitere Begründung hinzugefügt. Eine Darstellung der gesetzlichen und planerischen Grundlage ist dahingehend erforderlich, weshalb die Bewertung des Landschaftsbildes bezogen auf das „Schutzgut Mensch“ nicht als Ablehnungsgrund für Windkraftanlagen gilt.



### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die genannte Aussage bezieht sich auf nachfolgende Genehmigungsverfahren, in denen im konkreten Einzelfall unter Anbetracht der spezifischen, örtlichen Gegebenheiten der Landschaft und anlagen- und standortkonkreten Informationen des jeweiligen Vorhabens eine Bewertung der Auswirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt. Von einer expliziten Auflistung der gesetzlichen und planerischen Grundlage in der Begründung des RROP wird daher abgesehen. Der Planungsträger hat auf Ebene des RROP zu prognostizieren, dass sich die Windenergie auf den als Vorranggebiet ausgewiesenen Flächen überwiegend durchsetzen kann. Dies ist unter Anbetracht des Landschaftsbildes in den als Vorranggebiet Windenergienutzung festgelegten Bereichen gegeben. Es wird zudem auf die Abwägung zum Einwand der Stadt Northeim aus dem 1. Beteiligungsverfahren und die dort angeführten Erläuterungen und Urteile verwiesen (s. Stellungnahme-ID 113, BE-ID 314 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren).

Das „Schutzgut Mensch“ wurde im Rahmen der Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung umfassend berücksichtigt. Die Untersuchung der Auswirkungen der im RROP getroffenen Festlegungen auf das Schutzgut Mensch ist zudem Bestandteil bei der gesetzlich vorgeschriebenen Umweltprüfung, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen durchzuführen ist.

---

Stellungnehmer-ID: 71      Stellungnahme-ID: 84      BE-ID: 104      **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Auch gegen die Einstufung von historischen Buchenwäldern, die nicht als Windkraftgebiete ausgewiesen werden können bzw. als Vorranggebiet „Wald“ und nicht als Vorbehaltsgebiet „Wald“ eingestuft sind, möchte meinen Einspruch einlegen. Sollte auf diesen kargen Kalkverwitterungsgesteinen keine Buche, Esche oder Nadelbaum mehr wachsen können, sollte die Möglichkeit bestehen, auch auf diesen Flächen regenerative Strom mit geringen Flächenverbrauch bei sehr hohen Stromertrag zu erwirtschaften.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die angesprochenen Flächenzuschnitte liegen im Vorranggebiet Wald des LROP und sind somit für den Regionalplanungsträger nicht abwägungszugänglich. Sie stehen für eine Windenergienutzung grundsätzlich nach aktuell geltender Rechtslage nicht zur Verfügung. Für die im LROP 2022 zugrunde gelegten Daten der Waldfunktionenkarte ist die durchgängige Waldsignatur seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts mit maximal geringer Unterbrechung ausschlaggebend, die Art der Bestockung oder Auftreten von Kalamitäten dagegen irrelevant. Der Regionalplanungsträger ist zur Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als Vorranggebiete Wald im RROP verpflichtet.

Für die angrenzenden Waldbereiche im Vorranggebiet Biotopverbund kw 15 besteht die planerische Absicht, alte und strukturreiche Waldbestände zu entwickeln und zu erhalten und die überregional bedeutende Vernetzungsstruktur zum Sackwald zu verbessern. Dies steht im Sinne der Vorrangfestlegung Wald. Es handelt sich zudem großflächig um historisch alte Waldstandorte nach Datenlage des LBEG BSB 50. Die Festlegungen werden beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: 75      Stellungnahme-ID: 90      BE-ID: 122      **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu 4.2.1 03 und F - Erneuerbare Energienutzung

Der Landkreis Northeim muss sicherstellen, dass bis zum 31.12.2027 0,80% (1019 ha) und bis zum 31.12.2032 1,04% (1319 ha) der Landkreisfläche für die Windenergie an Land als Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP ausgewiesen wird (§ 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 NWindG, vergl. Anlage zu § 2 NWindG).

Werden die Flächenbeitragswerte bzw. die regionalen Teilflächenziele erreicht oder überschritten, entfällt die gesetzliche Privilegierung außerhalb der nach dem WindBG anrechenbaren Windenergiegebiete (§ 249 Abs. 2 BauGB). Wird der Flächenbeitragswert zum jeweiligen Stichtag nicht erreicht, so können einem Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB keine Darstellung der Flächennutzungspläne und Ziele der Raumordnung (Re-gional- und Landesplanung) entgegengehalten werden ("Privilegierung Plus").

Die vorgesehenen Vorranggebiete weisen insgesamt einen Flächenumfang von 1.210,57 ha auf. Damit werden 0,95 % der Landkreisfläche für den Ausbau der Wind-energie zur Verfügung gestellt (vgl. Teil II der Begründung zu 4.2.1 03 bis 06, Kapitel F), womit der Landkreis Northeim sicherstellt, dass in seinem Planungsraum bis zum 31.12.2027 das regionale Teilflächenziel für den 1. Stichtag von 0,80 % (vgl. Anlage NWindG) für die Windenergie an Land im Sinne des § 3 Abs. 1 WindBG ausgewiesen wird.

Es fehlen somit derzeit 0,09 % zur Erreichung des erforderlichen zweiten Beitragswertes bis zum 31.12.2032. Somit besteht bei Nichterreichung bis zu dem genannten Zeitraum das Risiko der „Privilegierung PLUS“.

Dies muss zwingend vermieden werden. Es wird daher um Klarstellung gebeten, welche zusätzlichen Flächen herangezogen werden sollen, um den zweiten Flächenbeitragswert bis zum 31.12.2032 erreichen zu können.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Mit dem vorgelegten RROP-Entwurf wird das regionale Teilflächenziel zum 31.12.2027 erreicht, dies ist in der Begründung dokumentiert. Die zusätzlichen Vorranggebiete Windenergienutzung werden in einem anschließenden Fortschreibungsverfahren des RROP ausgewiesen. Im Rahmen des Fortschreibungsverfahrens werden die dem Windenergieplanungskonzept zugrunde liegenden Abstands- und Abwägungskriterien überprüft und optimiert. Dabei werden mögliche Änderungen der gesetzlichen Grundlagen und Vorgaben sowie aktuelle Entwicklungen und Voraussetzungen berücksichtigt.

Im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren kann keine Klarstellung erfolgen, welche Flächen für das Erreichen des verbindlich vorgegebenen Teilflächenziels zum 31.12.2032 (2. Stichtag) herangezogen bzw. ausgewiesen werden. Die zusätzlich auszuweisenden Vorranggebiete Windenergienutzung sind nicht Bestandteil des laufenden Neuaufstellungsverfahrens.

Der Hinweis zum Risiko des Eintretens der Privilegierung-Plus bei der Nichterreichung des Teilflächenziels zum 31.12.2032 (2. Stichtag) wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalplanungsträger verfolgt in Bezug auf den Themenkomplex Windenergie langfristig das übergeordnete Ziel, die regional zugewiesenen Teilflächenziele zu den entsprechenden Stichtagen zu erreichen und darüber hinaus auch zu halten, um das Eintreten einer sog. „Privilegierung-Plus“ möglichst dauerhaft zu verhindern und die Windenergienutzung im Landkreis Northeim zu steuern.

---

Stellungnehmer-ID: **108**   Stellungnahme-ID: **128**   BE-ID: **286**   **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Zur Windenergieplanung

Als einen wichtigen Planungsgrundsatz möchte der Plangeber eine Bündelung von mindestens drei Windenergieanlagen in einem Vorranggebiet erreichen.

In der Begründung zum RROP-Entwurf des Landkreises Northeim wird zu den Mindestabständen von Windenergieanlagen folgende Aussage gemacht:

Windenergieanlagen in einem Windpark müssen bestimmte Abstände zueinander einhalten, um sich während des Betriebs nicht gegenseitig zu stören. Ausschlaggebend ist dabei die Ausrichtung zur Hauptwindrichtung. Als allgemein anerkannt gilt die Regel:

5-fache des Rotordurchmessers als Abstand zur Hauptwindrichtung (800 m)

3-fache des Rotordurchmessers als Abstand quer zur Hauptwindrichtung (480m).

In der Windpotenzialstudie im Anhang zum RROP wird die Hauptwindrichtung Südwest für den südlichen Solling angegeben (S.51).

Das in dem RROP-Entwurf vorgeschlagene Vorranggebiet Windenergienutzung Offensen 01 streckt sich von Südwest nach Nordost also in Hauptwindrichtung. Die Fläche hat eine Länge von knapp über 1150m und eine Breite von knapp 400 m.

In dieser Fläche können mit den geforderten Abständen von 800 m in Hauptwindrichtung keine drei Anlagen aufgestellt werden, ohne dass die Standfestigkeit der Anlagen gefährdet ist, oder ihr Ertrag so gemindert ist, dass sich die Aufstellung nicht lohnt.

Ähnliches gilt für die Fläche Uslar 01. Dort liegt die nordöstliche Teilfläche im Windschatten der beiden südlichen Flächen. Auch hier ist ein ausreichender Abstand von 800m der Anlagen untereinander nicht einzuhalten.

Entweder ist der Grundsatz der Bündelung aus Ihrem Planungskonzept zu streichen oder der Plangeber muss auf die Vorrangflächen Windenergienutzung Offensen 01 und Uslar 01 verzichten.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die in der Einwendung genannten Abstände gelten als allgemein anerkannte Regel und Orientierungspunkt, stellen jedoch kein Genehmigungskriterium bzw. keinen Ablehnungsgrund für die nachgelagerte Zulassungsebene dar. Auf Ebene der Regionalplanung erfüllen die genannten Flächen die Voraussetzungen für ein Vorranggebiet Windenergienutzung und werden beibehalten.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Zur Klarstellung und Sachaufklärung wird ausgeführt:

Der Landkreis Northeim strebt grundsätzlich die Konzentration der Windenergie und Bündelung von Windenergieanlagen im Planungsraum an. Nach Abstimmung mit Windenergiebetreibenden im Landkreis Northeim und der Überprüfung bestehender Anlagen wird im Rahmen des Planungskonzeptes der 3-fache Rotordurchmesser der Referenzanlage als Mindestabstand angelegt und die zitierte Regel als Grundlage verwendet, um im Planungskonzept ein auf den Planungsraum des Landkreises Northeim zugeschnittenes Modell anzusetzen, das in der Begründung entsprechend erläutert wird. Im Rahmen der Windenergieplanung wurde mit Hilfe des Modells überprüft, ob die Potenzialflächen (-cluster) gemessen an der Referenzwindenergieanlage Raum für mindestens drei Anlagen bieten. Die Überprüfung gilt dabei als Voreinschätzung.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der räumlichen Gegebenheiten, der Absicht der Bündelung von Windenergieanlagen Genüge getan. Die Anzahl der Windenergieanlagen, die auf den Flächen realisiert werden, sind unter anderem abhängig von der räumlichen Situation sowie der Anlagenkonfiguration, Anlagentyp und -standorten und unterliegt nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung. Die Regionalplanung legt die konkreten Standorte der Windenergieanlagen nicht fest, diese Informationen liegen auf Ebene des RROP somit nicht vor und können nicht berücksichtigt werden. Die Wirtschaftlichkeit ist abhängig von vielzähligen Faktoren, die sich der regionalplanerischen Prüfebene entziehen. Die Prüfung der Standfestigkeit Bestandteil der dem RROP nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und nicht Bestandteil des RROP-Verfahrens. Eine detaillierte Prüfung geht weit über die auf Ebene der Regionalplanung erforderliche Ermittlungstiefe hinaus.

Der Regionalplanungsträger hält an der Absicht fest eine Konzentration von drei Windenergieanlagen im räumlich zusammenhängenden Komplex mit seinen Ausweisungen zu erreichen. Die Flächen Offensen 01 und Uslar 01 werden im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren weiterhin als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Die in der Einwendung genannten Belange führen nicht zu einer veränderten Einschätzung der Vorranggebiete oder der Abwägung.

Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **180**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Auch die Möglichkeiten zur Eindämmung des Treibhausgasen werden nicht ausgeschöpft.

Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität.

In diesem Kontext wird der Gleichbehandlungsgrundsatz nach § 3 GG eingefordert. Im RROP müssen ausreichend Vorranggebiete für die Windenergienutzung auch im Wald ausgewiesen werden.

Eine rein prozentuale Flächenausweisung nach dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz im RROP genügt nicht. Das Potenzial der Windenergienutzung über Waldflächen muss im Sinne des Klimaschutzes umfassend ausgeschöpft werden.

Windhöfliche Standorte im Wald bieten vielfach auch im Vergleich zum Offenland weitreichendere Möglichkeiten wie eine höhere Stromerzeugung mit großem CO<sub>2</sub>-Einsparpotential.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der Regionalplanungsträger hat sich mit Art. 20 a GG bereits im ersten Beteiligungsverfahren auseinandergesetzt und dies unter BE-ID 1177 dokumentiert. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Die zitierten und der Argumentation der Einwendung zugrunde gelegten Gesetzesgrundlagen nach Art. 20a GG zielen auf eine Berücksichtigung im Rahmen von Abwägungsentscheidungen ab, die hier für den Regionalplanungsträger nicht gegeben sind. Daran ändert auch der Gleichbehandlungsgrundsatz nach § 3 GG nichts. Gemäß Art. 14 Abs. 1 GG ist das Eigentumsrecht nicht unbegrenzt. Art. 14 Abs. 2 GG stellt klar, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Gleichwohl wird in Art. 14 Abs. 1 GG bereits auf Inhalt und Schranken des Eigentums durch Gesetze hingewiesen. Es wird weitergehend auf die bereits erfolgten inhaltlichen Auseinandersetzungen in der ersten Abwägungssynopse unter BE-ID 1230, BE-ID 1126 und BE-ID 571 verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **129**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu E.2.4 - Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild, Artenschutz

Die Regionalplanung unterliegt nicht unmittelbar den Verboten des Artenschutzes, weil die Planung selbst noch zu keiner direkten Beeinträchtigung von geschützten Arten führt. Die Belange des Artenschutzes für den Rotmilan werden Vorhabenbezogen nach CEF §44 BNatSchG geprüft. Das Vorhandensein von besetzten Horsten stellt kein Ausschlusskriterium für Windkraftanlagen dar. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände können nicht für die gesamte Geltungsdauer eines RROP mit Sicherheit vorhergesagt werden. Die Lage der Brutplätze und die räumliche Verteilung ist dynamisch und kann von Jahr zu Jahr

variieren.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich das potenzielle Angebot an Habitaten für den Rotmilan auch für die Geltungsdauer des RROP nicht ändern wird, da grundsätzlich die Habitatstrukturen aus Waldrand in Verbindung mit Offenland durch Vorranggebiet Wald und Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft weiterhin über das RROP gesichert sind. Die Belange des Artenschutzes für den Rotmilan vollständig auf die Vorhabenebene bzw. Genehmigungsebene zu verschieben erscheint wenig plausibel.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwendung enthält keine neuen planerischen für die Abwägung relevante Hinweise und wird zur Kenntnis genommen. Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

Zur Sachaufklärung wird dennoch ausgeführt:

Die Aussage, dass die Belange des Artenschutzes für den Rotmilan vollständig auf die Vorhabenebene bzw. Genehmigungsebene verschoben werden, wird vom Regionalplanungsträger nicht geteilt.

Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ist der Artenschutz im Sinne einer Vorabschätzung zu berücksichtigen. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindbares Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine dem Planungsmaßstab angepasste Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse dem Artenschutz Genüge getan und kann auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen hinreichend sicher ausschließen. Der Regionalplanungsträger geht mit der erfolgten avifaunistischen Untersuchung über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinaus.

Im Rahmen des Planungskonzeptes wurden dabei nicht nur nachgewiesene Artvorkommen berücksichtigt. Bei der Prüfung potenzieller Konflikte wurde die aktuell gegebene naturräumliche Ausstattung des Planungsraums und die Eignung der Flächen als Habitat berücksichtigt. Außerdem wurden frühzeitig erforderliche Minderungsmaßnahmen in das Planungskonzept einbezogen, die für die Vorranggebiete Windenergienutzung flächenbezogen ermittelt wurden und sich zur Berücksichtigung und Konkretisierung an das nachgelagerten Zulassungsverfahren richten.

Die konkrete Auseinandersetzung mit avifaunistischen Belangen ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Die artenschutzrechtliche Letztentscheidung kann erst im Zulassungsverfahren unter Berücksichtigung der anlagen- und standortkonkreten Informationen erfolgen.

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 249 **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 4.2.1 03 bis 06, Kap. E.2.4 Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild

Unter dem Abschnitt Artenschutz legen Sie den Umgang mit den artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in Bezug auf die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung dar. Ihre Ausführungen zur Bewältigung des gem. § 45b Abs. 2 BNatSchG signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisikos kollisionsgefährdeter Brutvogelarten durch den Betrieb von Windenergieanlagen mittels Auflagen oder Zahlungen an Artenhilfsprogramme sind ungenau. Vielmehr ist unter bestimmten Voraussetzungen (s. u.) eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG i. V. m. § 45b (8) BNatSchG ggf. mit einer Zahlung an nationale Artenhilfsprogramme nach § 45d (2) BNatSchG möglich. Die Begründung ist dahingehend zu präzisieren.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann im Rahmen der Genehmigungsentscheidung eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Absatz 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. Zieht der Plangeber das Zustandekommen dieser Möglichkeit im späteren Zulassungsverfahren in Einzelfällen in Betracht, ist zumindest prognostisch und hinreichend valide im RROP für jede betroffene artenschutzrechtlich relevante Art einzeln darzulegen, ob die Bedingungen nach § 45b Abs. 8 Nr. 6, wie u. a. das Nichtvorhandensein zumutbarer Standortalternativen oder die Sicherung des Erhaltungszustands der lokalen Population, voraussichtlich gegeben sind und die Erteilung einer Ausnahme von den Verboten des § 44 Absatz 1 BNatSchG möglich erscheint.

Ihre Aussage, dass Brutvorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten im Nah- bzw. zentralen Prüfbereich gem. § 45 Abs. 2 und 3 BNatSchG vor dem Hintergrund der dynamischen Verbreitung und Varianz ihrer Brutplätze nicht grundsätzlich zum planerischen Ausschluss einer Windenergienutzung im RROP führen, ist zu pauschal geraten. Bestimmte Arten weisen durchaus eine Revier- oder auch Nistplatztreue auf, um daraus bereits auf RROP-Ebene ein planerisch zu würdigendes Konfliktrisiko ableiten zu können. Denn soweit artenschutzrechtliche Aspekte in einem geplanten Vorranggebiet Windenergienutzung ein absehbar dauerhaft unüberwindliches Hindernis für die Erteilung einer Anlagengenehmigung darstellen könnten, wäre eine solche Festlegung im RROP nicht zulässig. Die Begründung ist diesbezüglich zu präzisieren.

Vor diesem Hintergrund sind Ihre Ausführungen in den Gebietsblättern zu einigen Vorranggebieten Windenergienutzung hinsichtlich des Unterschreitens des Nahbereiches gem. § 45b Abs. 2 BNatSchG und der damit

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

verbundenen Überschreitung der artenschutzrechtlich legal definierten Signifikanzschwelle nicht vollumfänglich nachvollziehbar und kritisch zu überprüfen. Dies betrifft auch Ihre Aussage, dass durch geeignete Maßnahmen ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. Sind damit fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen gem. Anlage 1 Abschnitt 2 BNatSchG gemeint, können diese i. d. R. erst im zentralen Prüfbereich gem. § 45b (3) BNatSchG berücksichtigt werden. In den Gebietsblättern ist nachvollziehbar zu belegen, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko im Nahbereich nicht signifikant erhöht ist. Ihre Abwägung ist unter Beachtung der vorgenannten Aspekte in den Gebietsblättern zu überarbeiten und um die jeweiligen Ausführungen des Umweltberichts zu ergänzen. Dies betrifft die Vorranggebiete Windenergienutzung Brunsen 01, Einbeck 01, Lindau 01, Moringen 01 und Moringen 02.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ist der Artenschutz im Sinne einer Vorabschätzung zu berücksichtigen. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindbares Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine, dem Planungsmaßstab angepasste, Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint. Die konkrete Auseinandersetzung mit avifaunistischen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Die im Einwand enthaltenen Forderungen übersteigen teilweise den Planungsmaßstab der Regionalplanung.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse, dem Artenschutz Genüge getan, um auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen möglichst auszuschließen.

Zur Klarstellung werden die Begründung sowie die Gebietsblätter zum Abschnitt Artenschutz überprüft, ergänzt und präzisiert.

Im Rahmen der Überprüfung und nachgelagerter Abstimmungen werden zur Vollständigkeit auch die Voraussetzungen zu möglichen Ausnahmen, die sich aus weiteren gesetzlichen Bestimmungen ergeben, wie z.B. Landschaftsschutz und Hochwasserschutz, kontrolliert und ggf. angepasst bzw. vervollständigt.

---

Stellungnehmer-ID: 20    Stellungnahme-ID: 25    BE-ID: 18    **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Gemäß der Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Segelfluggeländen sind die Start- und Landebahnen und der sie umgebende Streifen von Hindernissen freizuhalten. Hindernisse sollen nicht in die An- und Abflugflächen und die inneren und äußeren Hindernisbegrenzungsflächen hineinragen.

Im Bereich der Platzrunde eines Flugplatzes sollen keine Hindernisse vorhanden sein, die die sichere Durchführung des Flugplatzverkehrs gefährden können. Von einer Gefährdung des Flugplatzverkehrs in der Platzrunde ist grundsätzlich dann auszugehen, wenn relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen innerhalb der Platzrunde errichtet werden sollen oder wenn in anderen Bereichen relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen einen Mindestabstand von 400 m zum Gegenanflug von Platzrunden und/oder 850 m zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen) unterschreiten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (siehe BE-ID 206 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden (siehe BE-ID 15).

---

Stellungnehmer-ID: 74    Stellungnahme-ID: 89    BE-ID: 94    **Landkreis Göttingen**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Zu RROP 4.2.1 03 Erneuerbaren Energien:

Die Festlegungen des 2. Entwurfes des Landkreises Northeim beinhalten 5 Vorranggebiete Windenergienutzung, die im räumlichen Zusammenhang mit dem Landkreis Göttingen stehen. Insgesamt führen die

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Vorranggebiete Berka 02, Gillersheim 01 sowie Lindau 01 weiterhin zu einer Überfrachtung des Landschaftsraumes zwischen den Landkreisen Northeim und Göttingen, insbesondere wenn die Vorranggebiete Windenergienutzung des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen sowie die Flächennutzungsplanungen der Samtgemeinden Gieboldehausen und Hattorf am Harz einbezogen werden. Gegenüber der Stellungnahme vom 15.11.2023 zum 1. Entwurf des RROP 2023 wird begrüßt, dass der 2. Entwurf nun eine Betrachtung der Umfassungswirkung enthält und dabei die Umfassung der Ortschaften des Landkreises Göttingen berücksichtigt.

Insgesamt ist nach den vorliegenden Unterlagen des Landkreises Northeim nicht von einer Beeinträchtigung der Umsetzbarkeit der Vorranggebiete Windenergienutzung des 1. Entwurf des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen auszugehen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Aufgrund des Zuschnitts, der Lage und der Abstände der Vorranggebiete Berka 02, Gillersheim 01 sowie Lindau 01, ist eine unzulässige Überfrachtung des Gebietes zwischen dem Landkreis Göttingen und Northeim aus Sicht des Regionalplanungsträgers grundsätzlich nicht zu erwarten. Aus den Vorranggebieten Windenergienutzung des Landkreises Northeim in seinen bereits angepassten Zuschnitten entstehen keine umfassenden, erheblichen Beeinträchtigungen auf die Ortschaften des Landkreises Göttingen.

Der Regionalplanungsträger will vorsorgeorientiert vermeiden, dass die Landschaft bei kumulativer Wirkung von Vorranggebieten durch Windenergieanlagen großräumig visuell überprägt und beeinträchtigt wird. Um unzumutbare Beeinträchtigungen im Bereich der Landkreisgrenze zu vermeiden, erfolgte eine Überprüfung der Umfassung unter Berücksichtigung des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen sowie der Flächennutzungsplanungen der Samtgemeinden Gieboldehausen und Hattorf am Harz und frühzeitige Abstimmung mit dem Landkreis Göttingen. Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der räumlichen Gegebenheiten, der Absicht der Vermeidung von großräumigen visuellen Überprägungen und Beeinträchtigungen grundsätzlich Genüge getan.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Landschaftsbild und die Wertigkeit einer Landschaft sowie eine mögliche Überfrachtung regelmäßig keinen Ablehnungstatbestand für die Zulässigkeit von Windenergieanlagen darstellen. Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gewertet.

Die Aussage, dass nicht von einer Beeinträchtigung der Umsetzbarkeit der Vorranggebiete Windenergienutzung des 1. Entwurf des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen auszugehen ist, wird zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: 20    Stellungnahme-ID: 25    BE-ID: 19    **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Gemäß der Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Erteilung von Erlaubnissen und die Zulassung von Ausnahmen zum Betrieb von Flugmodellen gemäß § 21a, b LuftVO müssen bei einem Aufstiegs Gelände für Flugmodelle die Start- und Landefläche sowie ausreichend bemessene An- und Abflugsektoren hindernisfrei sein.

Ein von dem Aufstiegs Gelände aus sicher benutzbarer Luftraum ist als Flugraum für den erlaubnispflichtigen Modellflugbetrieb festzulegen. In diesen Flugraum dürfen keine Hindernisse hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Modellflugbetriebs gefährden können. Außerdem muss der geplante Flugraum so gewählt werden, dass zu Straßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen und Freileitungen Abstände eingehalten werden, um Gefährdungen durch den Modellflugbetrieb ausschließen zu können. Der hindernis- und gefahrungsfrei benutzbare Flugraum soll dabei mindestens den Umfang eines Halbkreises mit einem Radius von 300 m um den Flugplatzbezugspunkt aufweisen. Bei Flugmodellen mit einer Startmasse von über 25 kg wird der freizuhaltende Flugraum-Radius mit 500 m angesetzt. Außenstart- und Landegelände sollten in einem Umkreis von 500 m hindernisfrei bleiben.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (siehe BE-ID 207 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Die Modellflugplätze mit Aufstiegs erlaubnis wurden bereits bei der Erarbeitung des ersten RROP-Entwurfs berücksichtigt. Im Rahmen der Erarbeitung des zweiten RROP-Entwurfs wurden die Mindestabstände nicht überarbeitet oder geändert.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 248 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 4.2.1 03 bis 06, Kap. D.1.2 Begründung der Tabuzonen

Sie führen im Abschnitt zum Kriterium der Gewerbe- und Industriegebiete (S. 377) richtigerweise an, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in diesen Gebieten gem. §§ 8 Abs. 2 Nr. 1 sowie 9 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO grundsätzlich zulässig ist, schließen diese Flächen jedoch konzeptionell für eine Windenergienutzung aus. Auch pauschalisierte Planungskriterien i. S. v. „weichen Tabuzonen“, die sich der Plangeber selbst gibt, sind als Teil der planerischen Abwägung nachvollziehbar zu begründen. Der Mangel ist in der Begründung entsprechend zu beseitigen. Planerische Intention könnte bspw. die Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbe- und Industriegebiete sein.

Gem. § 61 Abs. 1 BNatSchG dürfen im Außenbereich an Bundeswasserstraßen und Gewässern erster Ordnung sowie an stehenden Gewässern mit einer Größe von mehr als 1 ha im Abstand bis 50 m von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden. Dies betrifft die Weser, die als Bundeswasserstraße und Gewässer 1. Ordnung zumindest teilweise innerhalb ihres Planungsraums liegt, sowie einige stehende Gewässer > 1 ha. Dieser bereits in Tab. 4.2.1- 3 aufgeführte Abstand ist aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Vollständigkeit auch in den zugehörigen Abschnitten der Begründung dazulegen (S. 382 und 394). Insbesondere ist bezüglich des Kriteriums Bundeswasserstraße klarzustellen, ob -abweichend vom sonstigen Vorgehen- eine alleinige Rotor-Out-Zugabe von 80 m angenommen wird oder die Gesamtdistanz summarisch 130 m zur Uferlinie beträgt.

Sie stellen mehrere den Wald betreffende Kriterien in Ihr Planungskonzept ein, denen unterschiedliche Abstände zu Windenergieanlagen zugewiesen werden. Aus der Begründung geht nicht eindeutig genug hervor, warum Waldränder einerseits einen Abstand von 100 m zuzüglich Rotor-Out-Zugabe erhalten, bei Kerngebieten Waldverbund, Laubmischwald oder prioritären Entwicklungskorridoren Wald andererseits aber ein Rotorblatt-Überstrich möglich ist. Begründen sich die gewählten Abstände allein durch die ökologische Wertigkeit der Flächen, wäre nach Ihren Darlegungen (S. 391- 393) für alle Kriterien ein Abstand bzw. eine Rotor-Out-Zugabe zu attestieren. Unter der Annahme, dass jedem Wald i. d. R. auch ein Waldrand vorgelagert ist, träte ferner ein Rotorblatt-Überstrich der o. g. Kriterien unter Beachtung des planerisch gewählten Abstands zu Waldrändern gar nicht ein. Diese argumentativen Widersprüche sind aufzulösen und die planerische Intention ggf. unter Heranziehung der betrachteten Fallkonstellationen bzw. der Gegebenheiten im Planungsraum näher auszuführen und schlüssig herzuleiten.

### **Abwägung:**

Wird gefolgt

Die Begründung der Tabuzonen wird überprüft und zur Klarstellung angepasst.

Ergänzend wird für die den Wald betreffende Kriterien ausgeführt, dass es sich um selbst gewählte planerische Kriterien handelt, die Teil der planerischen Abwägung sind und im Ermessensspielraum des Regionalplanungsträger liegen. Weiträumige Waldbereiche sind bereits aufgrund der Festlegung als Vorranggebiet Wald im LROP 2022 von einer möglichen Windenergienutzung ausgeschlossen. Sie überlagern sich zudem mit zahlreichen weiteren Tabuzonen, die dem Schutz und der Erhaltung der Funktionen des Waldes dienen. Im Rahmen des mehrstufigen Planungskonzeptes wird sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit der besonders wertvollen Waldbereiche im Planungsraum nicht schwerwiegend beeinträchtigt wird.

---

Stellungnehmer-ID: 39 Stellungnahme-ID: 157 BE-ID: 398 Waldbesitzerverband Niedersachsen

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Auch die Möglichkeiten zur Eindämmung des Treibhausgasen werden nicht ausgeschöpft.

Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität.

In diesem Kontext wird der Gleichbehandlungsgrundsatz nach § 3 GG eingefordert.

Im RROP müssen ausreichend Vorranggebiete für die Windenergienutzung auch im Wald ausgewiesen werden.

Eine rein prozentuale Flächenausweisung nach dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz im RROP genügt nicht. Das Potenzial der Windenergienutzung über Waldflächen muss im Sinne des Klimaschutzes umfassend ausgeschöpft werden.

Windhöfliche Standorte im Wald bieten vielfach auch im Vergleich zum Offenland weitreichendere Möglichkeiten wie eine höhere Stromerzeugung mit großem CO<sub>2</sub>-Einsparpotential.

### **Abwägung:**



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 180.

---

Stellungnehmer-ID: **142**    Stellungnahme-ID: **163**    BE-ID: **470**    **Stadt Uslar**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

**Einwendung:**

Nummer 03: In der zeichnerischen Darstellung sind für die Nutzung der Windenergie geeignete Standorte als Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt.

Dahingehend weist [Name anonymisiert] auf den Windpark und die Landschaftlichen belange in, welche dem Landkreis mitgeteilt werden sollten.

[Name anonymisiert] antwortet, dass dies Teil der Stellungnahme ist. Zusätzlich weist er darauf hin, dass ein Mindestabstand von 200 Metern zu Waldgebieten sowie 1000 Metern zum Dorf einzuhalten sei.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Zur Weiterleitung der eingegangenen Hinweise und Anregungen der Kernstadt Uslar, der Ortschaften, der Fraktionen und der Verwaltung zum 2. Entwurf 2025 zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) in Bezug auf die geänderten Teile, die in den Unterlagen kenntlich gemacht sind, 2. Öffentlichkeitsbeteiligung, wird das Einvernehmen der Stadt Uslar erteilt / nicht erteilt.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

---

Stellungnehmer-ID: **53**    Stellungnahme-ID: **64**    BE-ID: **66**    **Fernstraßen-Bundesamt**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

**Einwendung:**

Für Windenergieanlagen, bei denen lediglich der Rotor in die Anbaubeschränkungszone hineinragt, gilt § 9 Abs. 2b FStrG, wonach die Regelungen des § 9 Abs. 2 und Abs. 2a FStrG hier keine Anwendung finden. In diesem Fall ist die oberste Landesstraßenbaubehörde an Bundesfernstraßen und, soweit dem Bund die Verwaltung der Bundesfernstraßen zusteht, das Fernstraßen-Bundesamt in den Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren für die Anlage zu beteiligen. Die für die Erteilung der Genehmigung oder für die Anzeige zuständige Behörde hat im Rahmen der Beteiligung die Stellungnahme der jeweiligen Behörde nach Satz 2 einzuholen. Bedarf es keiner Genehmigung oder Anzeige der Anlage, hat der Vorhabenträger die in Satz 2 genannten Behörden um eine Stellungnahme zu dem Vorhaben zu ersuchen. Bei der Errichtung und dem Betrieb einer in Satz 1 bezeichneten Anlage sind die in Absatz 3 und in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannten Belange zu beachten.

In diesem Zusammenhang wird bereits zu diesem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass im Rahmen der straßenrechtlichen Bewertung eine abstrakte Gefährdungsbeurteilung vorgenommen wird. Aufgrund eines besonderen Näheverhältnisses zur BAB innerhalb des Gefahrenradius der Windenergieanlagen können die Risiken Flugsicherheitsbefeuerung, Diskoeffekt, Eisabwurf/Eissturz, Maschinenhausbrand, optische Gefahren und Rotorblattbruch sowie Turmbruch (Bauteilversagen) relevant sein. Im Rahmen dessen weise ich darauf hin, dass bei der Einhaltung der Kipphöhe der Anlagen als Abstand zum Fahrbahnrand, vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung, in der Mehrzahl der Anlagen jedoch davon auszugehen ist, dass allen aufgezeigten Risiken mit Nebenbestimmungen begegnet werden kann, um eine Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auszuschließen. Generell sind damit notwendige Mindestabstände und notwendige Nebenbestimmungen immer im konkreten Einzelfall zu beurteilen und erfordern gutachterliche Bewertungen bzw. entsprechende Erklärungen, die sich auf den konkreten Standort sowie die jeweilige Anlage beziehen.

Hinweis: Die Abstände bemessen sich nach dem äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, zu der neben der Hauptfahrbahn auch Randstreifen, die teilweise als Standstreifen für das Halten in Notfällen bestimmt sind, sowie die Beschleunigungs- und Verzögerungsstreifen der Anschlussstellen und die Anschlussstellen selbst zählen. Die Abstände gelten auch im Bereich der Zu- und Abfahrt von Rastanlagen. Entlang der Durchfahrtsgassen, jedoch nur für die am nächsten liegende Durchfahrtsgasse zur Hauptfahrbahn.

Zudem weisen wir darauf hin, dass die gesicherte Erschließung der Windenergieanlagen in der Planung frühzeitig berücksichtigt werden sollte. Die gesicherte Erschließung ist Voraussetzung für eine

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

vollumfängliche rechtliche Beurteilung. Eine Errichtung und Nutzung von Behelfszufahrten an Bundesautobahnen für den Transport und die Errichtung der Windenergieanlagen ist nur unter engen Voraussetzungen möglich. Dabei sind die vorstehenden anbaurechtlichen Regelungen zu sowie gegebenenfalls weitere notwendige Gestattungserfordernisse zu beachten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die in der Einwendung genannten Hinweise beziehen sich auf die Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen, wobei es sich um dem RROP nachgelagerte Verfahren handelt.

Im Rahmen des angewendeten Planungskonzeptes zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung wird die Anbauverbotszone der Straßen als Tabuzone von der Windenergienutzung ausgeschlossen und der Rotorüberstrich von 80 m berücksichtigt. Aus der Einwendung werden keine Hinweise abgeleitet, die einen Missstand oder unberücksichtigten Belang des Planungskonzeptes erkennen lassen.

Die Erschließung und Beurteilung einer potenziellen Gefährdung und Einschränkung obliegt der dem RROP nachgelagerten Zulassungsprüfung und vorliegenden anlagen- und standortkonkreten Informationen, die der Regionalplanung nicht vorliegen und somit nicht in das RROP einfließen können. Die konkrete Umsetzung von Windenergienutzungen auf Projektebene ist nicht Gegenstand des RROP.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **125**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

zu D.1.2 - Begründung der Tabuzonen, D. 1.2.4 Raumordnung, Vorranggebiet Wald

Die windenergetische Nutzung von Waldstandorten lässt für die Waldfunktionen (Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion) erhebliche Beeinträchtigungen erwarten und ist mit der vorrangigen Funktion der Vorranggebiete Wald nicht vereinbar. Die Vorranggebiete Wald sind im RROP zu konkretisieren, sie schließen eine Windenergienutzung grundsätzlich aus und werden als Tabuzone im Planungskonzept berücksichtigt.

Für die Bereiche der Kalamitätsflächen in den Vorranggebieten Wald ist eine potenzielle Vereinbarkeit mit der Nutzung durch Windenergieanlagen zu prüfen und als Anforderung an die Landesraumordnung weiterzugeben.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Vorranggebiete Wald des LROP 2022 stehen unabhängig des Vorhandenseins von Kalamitäten und der jeweiligen Bestockung nach aktuell geltender Rechtslage nicht für eine Windenergienutzung zur Verfügung und sind in den RROP zu übernehmen.

Die Hinweise zur Weitergabe an die Landesraumordnung werden zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: **137**    Stellungnahme-ID: **158**    BE-ID: **463**    **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Im Folgenden ist die Betroffenheit tabellarisch den Vorranggebieten Windenergienutzung (VR WEN) zugeordnet und beispielhaft, jedoch nicht abschließend, gebietsbezogen aufgeführt:

Für die Avifauna sind Überlagerungen mit bedeutenden Brutvogelgebieten und Großvogellebensräumen sowie Vorkommen im Nahbereich enthalten, für die aufgrund des signifikant erhöhten Tötungsrisikos gemäß § 45b Abs. 2 BNatSchG eine Streichung bzw. Anpassung des Gebiets empfohlen wird sowie Hinweise auf Minderungsmaßnahmen explizit in die Gebietsblätter aufgenommen werden.

Vorkommen im zentralen Prüfbereich mit ebenfalls signifikant erhöhtem Tötungsrisiko gemäß § 45b Abs. 3 BNatSchG empfehle ich ebenfalls anzupassen.

Ich empfehle zudem die beispielhaft benannte erhöhte Aufenthaltswahrscheinlichkeit und das damit verbundenen signifikant erhöhte Tötungsrisiko im erweiterten Prüfbereich gemäß § 45b Abs. 4 BNatSchG zu überprüfen und ggf. anzupassen zur Vermeidung.

Überlagerungsbereiche der VR WEN mit Flächen des landesweiten und Korridoren des länderübergreifenden Biotopverbunds sind ebenfalls zu prüfen und ggf. anzupassen. Auch wenn der Betrieb von Windenergieanlagen auf dem Biotopverbund zugeordneten Flächen nicht immer unmittelbar der Zielsetzung und den Zielarten des Biotopverbunds entgegenstehen muss, führt die Überplanung zum Verlust derselben und damit zu negativen Auswirkungen auf deren Funktionsfähigkeit.

Die Überlagerung von Elementen des Fließgewässer- und Auenverbunds durch VR WEN steht deren Erhalt und Entwicklung regelmäßig entgegen. Auenbereiche von Prioritätsgewässern zur Umsetzung der

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

EG-WRRL sind in Teilbereichen überlagert durch VR WEN bzw. grenzen unmittelbar an. Ich empfehle dahingehend die Gebiete anzupassen.

[Tabelle "gebietsbezogene Übersichtstabelle"]

VR WEN: Ahlshausen-Sievershausen 01

Avifauna: Rotmilan Brutplätze im Nahbereich

VR WEN: Altgandersheim 01

Avifauna: randliche Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelgebiets (4026.3/3)

randliche Überlagerung eines Schwarzstorchlebensraums (SST-LBR-301)

VR WEN: Berka 02

Avifauna: Rotmilan Brutplatz im Nahbereich

VR WEN: Gillersheim 01

Avifauna: Randliche Überlagerung eines Landesweit bedeutsamen Brutvogelgebiets (4326.4/2),

Überlagerung eines Brutvogelgebiets mit Status offen (4326.4/1, Rotmilan)

VR WEN: Gremshausen 01

Avifauna: Rotmilan Brutplatz im zentralen Prüfbereich

VR WEN: Hevensen 01

Avifauna: Rotmilan Brutplatz im zentralen Prüfbereich

VR WEN: Hollenstedt 01

Avifauna: Rotmilan Brutplatz im Nahbereich

VR WEN: Lindau 01

Avifauna: randliche Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelgebiets (4326.2/2, Rotmilan)

VR WEN: Moringen 01

Avifauna: randliche Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelgebiets (4225.3/2, Rotmilan)

Zwei Brutplätze des Rotmilans im Nahbereich, ein weiterer im zentralen Prüfbereich

Biotopverbund: Lage im Bereich von länderübergreifenden Biotopverbundachsen für Wald und Großsäuger, Verbindungsraum für Waldlebensräume

VR WEN: Moringen 02

Avifauna: Zwei Rotmilan Brutplätze im Nahbereich

angrenzend an Schwarzstorchlebensraum (SST-LBR-482)

WRRL: Überlagerung des Auenbereichs der Bolle

VR WEN: Northeim 03

Avifauna: Rotmilan Brutplatz im Nahbereich

VR WEN: Nörten-Hardenberg 01

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Avifauna: Angrenzend/randliche Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelgebiets (4325.2/1, Rotmilan)

WRRL: Überlagerung des Auenbereichs der Leine

VR WEN: Oldenrode 01

Avifauna: Unmittelbar angrenzend an ein landesweit bedeutsames Brutvogelgebiet (4126.4/4, Rotmilan)

VR WEN: Uslar 01

Avifauna: Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelgebiets (4324.3/1)

randliche Überlagerung eines Schwarzstorchlebensraums (SST-LBR-364)

Tabelle Ende]

Die Daten zu den in der Tabelle benannten avifaunistischen Vorkommen können von der Staatlichen Vogelschutzwarte im NLWKN bei Bedarf bereitgestellt werden.

### **Abwägung:**

#### *Wird nicht gefolgt*

Der Landkreis Northeim weist teilweise hohe Brutdichten von windenergiesensiblen Groß- und Greifvögeln, insbesondere des Rotmilans, auf. Der Rotmilan kann im Landkreis Northeim im Waldrandbereich mit geeigneten Horstbäumen und im Offenland potenziell überall vorkommen. Aufgrund der naturräumlichen Ausstattung des Landkreises Northeim mit einer großen geomorphologischen Vielfalt und dem Wechsel von agrarisch genutzten Becken und Senken sowie bewaldeten Bergkuppen und Höhenzügen, die von Fließgewässern durchzogen werden, bestehen im Planungsraum grundsätzlich keine Flächen, die für alle artenschutzfachlich relevanten Arten konfliktfrei sind.

Aufgrund der Anwendung des Planungskonzeptes mit dem Ausschluss der avifaunistisch sensiblen und äußerst kritischen Bereichen wird davon ausgegangen, dass die Vorranggebiete Windenergienutzung die für die Avifauna grundsätzlich konfliktärmeren Flächen im Landkreis Northeim darstellen. Ein Freihalten des Nahbereichs und des zentralen Prüfbereichs erfolgt im Rahmen des Planungskonzeptes grundsätzlich nicht, da sich aufgrund der beim Rotmilan i. d. R. jährlich wechselnden Horststandorte keine abschließende Beurteilung der zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Windenergieanlage entscheidenden Abstände treffen lässt. Das Vorhandensein windkraftsensibler und kollisionsgefährdeter Groß- und Greifvögel im artspezifischen Nahbereich oder im zentralen Prüfbereich kann auf Ebene der Regionalplanung nicht grundsätzlich zu der Annahme führen, dass dauerhaft ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko besteht.

Das Freihalten des Nahbereichs und des zentralen Prüfbereichs würde das Schutzniveau der Avifauna im Landkreis Northeim zudem nicht grundsätzlich erhöhen. Der Landkreis ist zur Erreichung der regionalen Teilflächenziele nach NWindG gesetzlich verpflichtet. Um das Teilflächenziel zu erreichen, müssten die für die Windenergienutzung nicht berücksichtigten Flächen demnach an anderer Stelle festgelegt werden. Aufgrund der naturräumlichen Voraussetzungen würde es sich um Flächen handeln, die aus avifaunistischen Gesichtspunkten grundsätzlich nicht konfliktärmer wären oder die aufgrund von anderen Belangen für eine mögliche Windenergienutzung nicht zur Verfügung stehen.

Hinweise auf Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind bereits flächenbezogen in den Gebietsblättern aufgenommen und richten sich zur Berücksichtigung und Konkretisierung an das nachgelagerten Zulassungsverfahren.

Überlagerungsbereiche der Vorranggebiete Windenergienutzung mit Flächen des landesweiten und Korridore des länderübergreifenden Biotopverbunds sowie des Fließgewässer- und Auenverbundes stehen einer möglichen Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Im Rahmen des Planungskonzeptes zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung wurde der Biotopverbund sowie die Prioritätsgewässer der EG-WRRL aus Sicht des Planungsträger ausreichend berücksichtigt. Besonders sensible und schützenswerte Bereiche des Biotopverbundes wurden als Tabukriterium von einer möglichen Windenergienutzung ausgeschlossen (vgl. Begründung zu RROP 4.2.1 03 bis 06). Aus den punktuellen Errichtungen der Windenergieanlagen wird in der Regel keine Riegelwirkung der verbindenden Elemente erzeugt, die die Strukturen in ihrer Funktion beeinträchtigen würden. Über eine entsprechende Standortpositionierung und untereinander einzuhaltenden Abstände der Anlagen zueinander können erhebliche Beeinträchtigung im Rahmen der standortkonkreten Planung in der Regel ausgeschlossen werden. Die Vorranggebiete Windenergienutzung und eine mögliche Windenergienutzung mit Kompensationserfordernissen bieten vielmehr die Möglichkeit, Maßnahmen frühzeitig und gezielt in diese Bereiche zu legen, um den Biotopverbund zu verbessern und geeignete Strukturen neu zu schaffen bzw. zu verbessern.

Die in der Einwendung genannten Hinweise wurden überprüft. Die Daten zu den avifaunistischen Vorkommen wurden von der Staatlichen Vogelschutzwarte im NLWKN erneut abgefragt und unter Berücksichtigung der vorhandenen Datenbank überprüft. Nach Rücksprache mit der Staatlichen Vogelschutzwarte liegen die Rotmilan Brutplätze im Bereich der Flächen Berka 02 und Northeim 03 im zentralen Prüfbereich und nicht wie in der Einwendung genannt im Nahbereich. Die gemeldeten Horststandorte sind bereits bekannt und in der avifaunistischen Untersuchung und Bewertung der Vorranggebiete Windenergienutzung berücksichtigt.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Bei der avifaunistischen Bewertung der Vorranggebiete Windenergienutzung wurden nicht nur die Daten der Staatlichen Vogelschutzwarte berücksichtigt, sondern auch vorhandene Daten der Unteren Naturschutzbehörde. Außerdem wurden in den Jahren 2020 und 2024 Horstkartierungen mit Besatzkontrollen im Bereich von potenziellen Windenergiegebieten durchgeführt, sodass eine umfassende Datengrundlage für die Beurteilung der Vorranggebiete Windenergienutzung vorliegt, die im Rahmen des Planungskonzeptes berücksichtigt wurde. Im Ergebnis führen die Meldungen dieser Einwendung zu keinen Gebietsanpassungen der Vorranggebiete Windenergienutzung.

Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept kommt der Planungsträger den gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nach. Der Planungsträger gewichtet den Arten- und Naturschutz in seiner Planung grundsätzlich hoch. Im Ergebnis und unter Berücksichtigung aller auf Ebene der Regionalplanung relevanter und bekannter Belange werden Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP-Entwurf ausgewiesen, die aus Sicht des Regionalplanungsträgers für eine umweltverträgliche Nutzung für die Windenergie geeignet sind und auf denen sich die Windenergienutzung grundsätzlich vorrangig durchsetzen kann. Eine Berücksichtigung der Belange wie in der Einwendung empfohlen wird den interdisziplinären Anforderungen an die Regionalplanung nicht gerecht.

---

Stellungnehmer-ID: 55    Stellungnahme-ID: 66    BE-ID: 73    **Stadt Moringen**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

-Der neu vorgelegte Entwurf des Landesraumordnungsprogramms sieht für den Landkreis Northeim vor, dass nach Erreichen der Flächenziele im Offenland auch Windenergie im Wald in begrenztem Umfang möglich ist. Deshalb wird die Forderung zur Aufnahme des Waldbereiches Ahlsburg zur Errichtung von WEA wird beibehalten. Auf den nachweislich vorhandenen Kalamitätsflächen sollte die Errichtung von WEA zugelassen werden, sobald das LROP hierzu Möglichkeiten eröffnet.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Waldbereich Ahlsburg ist im aktuell rechtsgültigen LROP 2022 weiträumig als Vorranggebiet Wald ausgewiesen. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind ins RROP zu übernehmen und dürfen nicht verkleinert werden. Sie sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Das RROP hat zum Zeitpunkt der Genehmigung den aktuell gültigen Rechtsrahmen zu Grunde zu legen und ist aus dem LROP zu entwickeln (vgl. § 13 Abs. 2 Satz 1 ROG). Der LROP-Entwurf der Fortschreibung wird gem. § 4 ROG als sonstiges Erfordernis der Raumordnung berücksichtigt (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG).

Das RROP muss die Vorgaben des LROP beachten. Die Vorranggebiete Wald gemäß LROP 2022 lassen eine Windenergienutzung aufgrund der aktuell geltenden Rechtslage nicht zu.

In der Fortschreibung des RROP kann eine sich möglicherweise geänderte Rechtslage durch das Änderungsverfahren des LROP eingearbeitet werden. Derzeit ist noch unklar, ob bzw. wie genau eine Öffnung des Waldes für Windenergienutzung im Ergebnis durch das Änderungsverfahren des LROP ermöglicht und im RROP umgesetzt werden wird.

---

Stellungnehmer-ID: 121    Stellungnahme-ID: 141    BE-ID: 431    **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

VR Windenergienutzung

Im Hinblick auf den aktuellen Änderungsentwurf des LROP, der für den Landkreis Northeim eine Inanspruchnahme des Vorranggebiets Wald für VR Windenergienutzung im Umfang von 374 ha ermöglicht, wird erneut auf die 2023 von den Niedersächsischen Landesforsten ausgewiesenen Potenzialflächen für Windenergienutzung hingewiesen und um Prüfung/Abwägung zur Öffnung der VR Wald für eine Windenergienutzung gebeten. Die Potenzialflächen wurden von den Forstämtern unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien, wie bspw. Windpotenzial, Flächenvorbelastung, Kalamitäten, vorhandene Wegestruktur oder Artenschutzaspekte, ausgewählt. Karten der Flächen finden Sie anbei.

Für Rückfragen dazu stehen die jeweiligen Forstämter gerne zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass bei Festlegung von VR Wald als VR Windenergienutzung ein „Ausnahmetatbestand“ formuliert werden muss, um keine sich konterkarierenden Regelungen bspw. hinsichtlich der Tabuzonen-Definition vorliegen zu haben.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Das RROP hat zum Zeitpunkt seiner Genehmigung auf die aktuell geltende Rechtslage abzustellen. Wie dem Einwender bekannt ist stehen nach LROP 2022 weiträumige Waldbereiche als Vorranggebiet Wald nicht für eine Überlagerung mit einem Vorranggebiet Windenergienutzung zur Verfügung. Somit ergibt sich für das aktuelle Neuaustellungsverfahren zum RROP kein Ausnahmetatbestand. Die Hinweise werden für nachfolgende RROP-Verfahren zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer-ID: **137** Stellungnahme-ID: **158** BE-ID: **464** **NLWKN**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Für die mit RED III [1] anstehenden Regelungen ist eine Umsetzung in nationales Recht, einschließlich weitergehender Definitionen, der Festlegung entsprechender Kriterien für die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten - insbesondere für Windenergiegebiete – bislang noch nicht erfolgt [2]. Gemäß RED III ist die Erfassung der Gebiete vorgesehen, die für die nationalen Beiträge zur Erreichung des Gesamtziels der EU für Energie aus erneuerbaren Quellen bis 2030 notwendig sind; Raumordnungspläne sind hierzu ausdrücklich benannt. In einem weiteren Schritt sollen aus diesen Gebieten als Untergruppe Beschleunigungsgebiete für Erneuerbare Energien ausgewiesen werden, sofern mit diesen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sind.

Für die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten und den Verfahrensschritt des Screenings bzw. der Festlegung von geeigneten Minderungsmaßnahmen gem. RED III sollte demnach die SUP eine entscheidende Beurteilungsgrundlage liefern. Nach hiesiger Auffassung sind zu den in RED III genannten Gebieten, die von einer Festlegung als Beschleunigungsgebiet ausgeschlossen sein sollen (Artikel 15c (1) a) ii)), folgende Gebiete einzubeziehen:

- mind. landesweite Bedeutung für Brutvögel und Großvogellebensräume (kollisionsgefährdete Vogelarten, störungsempfindliche Vogelarten)
- Kulisse des Nds. Wiesenvogelschutzprogramms
- Faunistisch wertvolle Bereiche
- Landesweite Biotopkartierung (Bedeutung für den landesweiten Biotopschutz)
- Floristisch wertvolle Bereiche
- Landschaftsschutzgebiete
- Gewässertypspezifische Entwicklungsflächen (fachliche Annäherung an die rezente Aue)
- Kernflächen des landesweiten Biotopverbunds und weitere Elemente mit zentraler Bedeutung für einen funktionsfähigen Biotopverbund gem. BNatSchG

Die Regelungen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt, beinhaltet zwar das hohe Gewicht der EE, nicht aber automatisch ein regionalplanerische Entscheidung zugunsten der Windenergienutzung an einem konkreten Standort. Um einer fehlerhaften Abwägung vorzubeugen, empfehle ich bei der Bewertung der im Entwurf vorgelegten Gebiete die Belange (s. u. Übersichtstabelle zu Gebieten und Betroffenheit) zu einzustellen und zu beachten.

Das erfordert eine möglichst umfassende und weitreichende Aufbereitung der gebietsbezogenen Aussagen des Umweltberichts (UB) und eine fachgerechte und umfassende Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen.

[1] Richtlinie (EU) 2023/2413 („Erneuerbare-Energien-Richtlinie/RED III“)

[2] Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeichereinrichtungen am selben Standort, Regierungsentwurf per Kabinettsbeschluss vom 24.07.2024.

### **Abwägung:**

*Wird nicht berücksichtigt*

Die Hinweise zur RED III werden zur Kenntnis genommen. Die Ausweisung der Beschleunigungsgebiete gem. RED III erfolgt in einem Fortschreibungsverfahren und ist nicht Gegenstand dieses RROP-Verfahrens.

Soweit Umwelt- und Artenschutzbelange auf der Maßstabsebene der Regionalplanung erkennbar und von Relevanz sind, wurden sie im Rahmen des Planungskonzeptes aufgearbeitet. Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei sollen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermittelt und beurteilt werden. Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept kommt der Planungsträger den gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nach. Im Ergebnis werden Vorranggebiete Windenergienutzung im zweiten RROP-Entwurf ausgewiesen, die aus Sicht des Regionalplanungsträgers für eine möglichst umweltverträgliche Nutzung für die Windenergie geeignet sind.

Das überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung und den Betrieb von WEA (§ 2 EEG) wird im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Es erfolgt keine pauschale regionalplanerische Entscheidung zugunsten der Windenergienutzung.

Stellungnehmer-ID: 122 Stellungnahme-ID: 142 BE-ID: 432 Privat

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, Stellung zum 2. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Northeim zu beziehen.

Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass die im ersten Entwurf vorgesehenen Windenergiegebiete in Vorranggebieten Wald aufgrund der Zielvorgaben des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen gestrichen wurden. Aus unserer Sicht sind diese Standorte jedoch unerlässlich für eine effektive Umsetzung der Energiewende.

Gerade die in den Vorranggebieten Wald vorgesehenen Flächen weisen im Durchschnitt eine deutlich höhere Windhöufigkeit auf als die aktuell ausgewiesenen Offenlandstandorte. Da die Windhöufigkeit maßgeblich den potenziellen Stromertrag bestimmt, kommt der Nutzung dieser Standorte eine besondere Bedeutung zu. Windenergieanlagen in bewaldeten Höhenlagen erzielen in der Regel deutlich höhere Erträge als solche im tiefer gelegenen Offenland. Die Konzentration auf windstarke Standorte leistet daher einen wichtigen Beitrag zur schnellen und ressourcenschonenden Erreichung der Klimaziele.

Zudem ermöglichen Standorte im Forst in der Regel größere Abstände zu Siedlungen, was die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen kann. Insbesondere die großen Kalamitätsflächen bieten eine Chance, Windenergieanlagen mit hohem Ertragspotenzial umweltverträglich zu errichten.

Wir haben jedoch Verständnis für das Vorgehen des Landkreises, der sich – angesichts der Vorgaben des Landesraumordnungsprogramms sowie des engen zeitlichen Rahmens – gezwungen sieht, derzeit auf die Ausweisung von Windenergiegebieten in Waldvorranggebieten zu verzichten.

Umso positiver bewerten wir die Perspektive, die sich mit dem aktuellen Entwurf des Landesraumordnungsprogramms abzeichnet: Unter bestimmten Voraussetzungen könnten künftig wieder Windenergiegebiete in Vorranggebieten Wald ausgewiesen werden.

Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns nachdrücklich dafür aus, dass bei einer entsprechenden Änderung des Landesraumordnungsprogramms die ursprünglich im ersten Entwurf enthaltenen Windenergiegebiete in den Vorranggebieten Wald im Rahmen einer Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms wieder aufgenommen und ausgewiesen werden.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 125 Stellungnahme-ID: 145 BE-ID: 360 Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.1 Erneuerbare Energieerzeugung**

### **Einwendung:**

Windenergieanlagen

Bei der Festlegung / Festsetzung von Vorranggebieten / Konzentrationszonen / Standorten für Windenergieanlagen (WEA) sind folgende Punkte zu beachten:

- Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG).
- Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs, des Brandes (insbesondere bei Brand im Turm, in der Gondel und des Rotors), des Turmversagens, des Rotorblattbruchs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt, dringend geschützt werden.
- Um dies zu gewährleisten, müssen WEA gemäß EITB Teil A Kapitel A 1 lfd. Nr. 1.2.8.7 i.V.m. Anlage A 1.2.8/6 einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) Abstand zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen.
- Grundsätzlich gilt, dass Windenergieanlagen einschließlich ihrer Energiekabel die Betriebsanlagen der Eisenbahn nicht unzulässig beeinflussen dürfen.
- Für Freileitungen aller Spannungsebenen, z.B. 110-kV-Bahnstromleitungen, gelten die Abstandsregelungen in DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2019-09. Es ist für jeden Leiter zu prüfen, ob die Summe aus dem Horizontalen Abstand der Leiterposition zwischen ruhendem Leiter und ausgeschwungenem Leiter und dem Schutzabstand nach DIN VDE 0105-100 größer ist als der spannungsabhängige Mindestabstand am Standort der Windenergieanlage. Der größte der ermittelten Werte ist anzuwenden.
- Des Weiteren ist bei geplanten WEA der benötigte Arbeitsraum projektbezogen vom WEA Betreiber verbindlich anzugeben und anschließend zwischen Freileitungsbetreiber und WEA-Betreiber zu vereinbaren.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

- Gemäß der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4):2019-09 muss nachgewiesen werden, ob die Leiter innerhalb oder außerhalb der Nachlaufströmung liegen. Mit dem Ergebnis eines Gutachtens über die Nachlaufströmung kann dann entschieden werden, ob Schwingungsschutzmaßnahmen ergriffen werden müssen. Liegen die Leiter innerhalb der Nachlaufströmung und ist der kleinste Abstand zwischen Turmachse der WEA und dem nächstliegenden ruhenden Leiter kleiner 3 x Durchmesser des Rotors ist für ausreichenden Schwingungsschutz zu sorgen. Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden. Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstigsten Stellungen des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf.
- Vor Erteilung einer Baugenehmigung für die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) ist der DB Energie GmbH der genaue Standort der WEA sowie der Nachweis zur Nachlaufströmung in Form eines Gutachtens zwecks Prüfung vorzulegen. Die Kosten für evtl. erforderliche Schwingungsschutzmaßnahmen an der Bahnstromleitung sind nach dem Verursacherprinzip vom Betreiber der Windenergieanlage zu tragen.
- Sollten in der Nähe von Bahnstromleitungen Windenergieanlagen errichtet werden, so sind die erforderlichen Sicherheitsabstände und notwendigen Schutzmaßnahmen mit der DB Energie GmbH als Leitungsbetreiber abzustimmen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Geleisanlagen, Schienenwege und Freileitungen wurden in die Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung einbezogen. Dies ist bereits im RROP dokumentiert (vgl. Begründung und Gebietsblätter zu den Vorranggebieten Windenergienutzung, Abschnitt E.2.3 Infrastruktur und Technik). Auf die Festlegung von zusätzlichen Schutzabständen wurde auf der 1. Planungsebene verzichtet. Die in der Regel zusätzlich benötigten Schutzabstände sind von mehreren Faktoren abhängig (u.a. technische Ausführung, die im Zulassungsverfahren gewählten Anlagentypen und -standorte, notwendige temporäre und dauerhafte Baustelleneinrichtungen, Netzanbindung etc.), welche auf der Ebene der Regionalplanung nicht abschließend bestimmt werden können, sondern erst in nachfolgenden Genehmigungsverfahren. Unter dem Aspekt, dass Windenergieanlagen in einem Windpark einen gewissen Abstand voneinander einhalten müssen, um sich nicht gegenseitig zu stören, kann über die Wahl der Anlagenstandorte in der Regel sichergestellt werden, dass die angesprochenen Infrastrukturtrassen mit den ihnen jeweils zuzuordnenden Schutzabständen Berücksichtigung finden. Dies spiegelt sich auch in den aktuellen Genehmigungsverfahren im Landkreis wider. Auf Ebene der Regionalplanung erfolgt daher die Prognose, dass unzulässige Beeinträchtigungen durch eine Standortkonfiguration im Rahmen nachgelagerter Planungen regelmäßig vermieden werden können.

Die genannten Hinweise beziehen sich überwiegend auf dem RROP nachgelagerte Genehmigungsverfahren und werden daher lediglich zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: **100**    Stellungnahme-ID: **119**    BE-ID: **177**    **EAM Netz GmbH**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### **Einwendung:**

Gegen die oben genannte Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms Für den Landkreis Northeim, bestehen seitens der EAM Netz GmbH grundsätzlich keine Bedenken.

Die vorhandenen Versorgungsleitungen für Strom und Gas der EAM Netz GmbH müssen bei Ihrer Baumaßnahme berücksichtigt werden. Eine Erneuerung, Umlegung oder Änderung der Versorgungsleitung ist zurzeit nicht geplant. Diese Leitungstrassen dürfen nicht mit Bäumen bepflanzt oder anderweitig überbaut werden - während der Baumaßnahmen müssen diese Versorgungsleitungen gesichert werden.

In unserem Onlineportal unter EAM Netz/Marktpartner sind die Bestandspläne zur weiteren Planung und späteren Bauausführung einzuholen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **60**    Stellungnahme-ID: **75**    BE-ID: **84**    **TransnetBW GmbH**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### **Einwendung:**

wir haben die von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Neuaufstellung des 2. Entwurfs 2025 des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim erhalten und geprüft. Wir äußern uns als Vorhabenträger für das Vorhaben SuedLink mit folgender Stellungnahme:

Im Projekt SuedLink wurden zwischenzeitlich folgende weitere Verfahrensschritte durchgeführt: Die TransnetBW GmbH hat für den Abschnitt B3 am 15. Februar 2024 den bearbeiteten Plan sowie weitere Unterlagen

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

gemäß § 21 NABEG eingereicht, für den Abschnitt C1 bereits am 10. November 2023. Der Erörterungstermin für B3 fand am 4. Februar 2025 in Einbeck statt, für den Abschnitt C1 am 20. August 2024.

Die TransnetBW wurde bereits am ersten Entwurf 2023 beteiligt und hat dazu Stellung genommen. Wir gehen davon aus, dass auch für den 2. Entwurf 2025 der SuedLink ausreichend berücksichtigt wurde und haben keine Bedenken und Anmerkungen vorzubringen.

Wir bitten weiterhin um Beteiligung an allen nachfolgenden Genehmigungsverfahren, die im SuedLink Korridor durchgeführt werden.

Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren und stellen bei Bedarf gerne weitere Informationen zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage (<http://www.transnetbw.de/suedlink>).

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der aktuelle Umsetzungsstand des Projektes SuedLink im Landkreis Northeim ist, entsprechend des aktuellen Planungsstandes, als Vorranggebiet Leitungstrasse berücksichtigt. Die nachfolgenden Genehmigungsverfahren sind dem RROP nachgelagert und nicht Bestandteil dieses Verfahrens. Eine weitere Beteiligung im RROP-Verfahren ist vorgesehen.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **250**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.2.2 Energieinfrastruktur**

### **Einwendung:**

Begründung, Zu RROP 4.2.2 07

Mit der Festlegung der 220-kV-Leitung Lehrte – Hardeggen – Göttingen als Vorranggebiet Leitungstrasse entsprechen Sie der LROP-Vorgabe in Abschnitt 4.2.2 Ziffer 04 Satz 5, die in Anlage 2 der Verordnung festgelegten Leitungstrassen in das RROP zu übernehmen und dort räumlich näher festzulegen. Das Handlungserfordernis für den Träger der Regionalplanung bleibt trotz des derzeitigen Rückbaus der Leitung bestehen, da sie ein rechtswirksames Ziel der Raumordnung ist und es weiterhin rechtlich und praktisch möglich bleibt, in der Trasse eine Leitung zu errichten. Damit sind alle der vorrangigen Zweckbestimmung entgegenstehenden Vorhaben oder Nutzungen unzulässig. Ihre Ausführungen zu den das Vorranggebiet Leitungstrasse überlagernden Festlegungen Ihres RROP sind in der Begründung zu korrigieren (S. 447). Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Festlegung in Ihrem RROP mit einer auflösenden Bedingung gem. § 7 Abs. 1 ROG zu versehen, wonach die Funktion des Vorranggebietes Leitungstrasse entfällt, sobald die Festlegung im LROP rechtswirksam entfallen ist.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die Ausführungen zum Vorranggebiet Leitungstrasse werden entsprechend der Einwendung berichtigt. Auf die Möglichkeit der Festlegung einer auflösenden Bedingung wird verzichtet.

---

Stellungnehmer-ID: **91**    Stellungnahme-ID: **110**    BE-ID: **164**    **Privat**

Dokument: **Begründung zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **4.3 Sonstige Standort- und Flächenanforderungen**

### **Einwendung:**

ergänzend zu unserer Stellungnahme vom 26.11.2023 und 27.11.2023 möchten wir uns bezüglich des zweiten Entwurfes des RROP äußern:

Im zweiten Entwurf wird unter der ID 211 auf o.g. Anmerkungen eingegangen, jedoch mit einem für uns nicht verständlichen Ergebnis.

Bezüglich der Gebietsabgrenzungen wird auf die am 13.12.2024 beschlossene Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Sollingvorland - zwischen Elfas und Amtsberge" im Landkreis Northeim verwiesen. Der dortige Kartenmaßstab mit 1:500 lässt deutlich erkennen, dass unsere Deponie im südöstlichen Bereich durch den bestehenden Kontaktwasserteich beschnitten ist. Dies hat aus unserer Sicht deutliche Einschränkungen zur Folge.

Weiter wird angefügt, dass die uns zugeordneten Abfälle – als Betriebsdeponie – nicht als Massenstrom bei der Abschätzung des Bedarfes an öffentlich zugänglichen Deponiekapazitäten zu berücksichtigen sind. Fakt ist jedoch, dass der Großteil unserer Abfälle aus Niedersachsen anfällt. Wir sehen daher unsere Asche-Deponie in Lüthorst als elementar für die Entsorgungssicherheit der Niedersächsischen Kraftwerksbetreiber. Dies beinhalten auch Abfälle, welche z.B. bei der Papierherstellung entstehen. Diese Aschen werden in Silos angeliefert und können durch ihre staubförmige Art nicht 1:1 auf einer Boden-Bauschutt-Deponie abgelagert werden. Hier möchten wir den Hinweis geben, dass eine Boden- Bauschuttdeponie nicht mit der Asche-Deponie in Lüthorst zu vergleichen ist.

Wir bitten Sie unsere Anmerkungen – im Bezug auf die Entsorgungssicherheit in Niedersachsen – zu berücksichtigen.

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachaufklärung wird erläuternd ausgeführt:

Wie bereits in der Abwägung zum 1. Beteiligungsverfahren geschildert, führt die Festlegung des Vorranggebietes Natura 2000 sowie des Vorranggebietes Natur und Landschaft nicht zu einer Einschränkung bei der Ausübung der mit Planfeststellungsbescheid vom 08.08.2017 genehmigten Aktivitäten. Rechtskräftig genehmigte Nutzungen z. B. gewerblicher oder industrieller Art genießen Bestandschutz. Gemäß RROP-Abschnitt 3.1.3 Ziffer 03 sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in den Vorranggebieten Natura 2000 unter den Voraussetzungen des § 34 BNatSchG zulässig. Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes und entsprechende Verordnung ist nicht Bestandteil des RROP. Es wird auf den verbindlich vorgeschriebenen Bezugsmaßstab des RROP von 1:50.000 verwiesen, der deutlich kleiner ist als der im Einwand genannte Kartenmaßstab von 1:500.

Die Weiterentwicklung der Deponie Lüthorst als betriebseigene Deponie für nicht gefährliche Abfälle im Ablagerungsbetrieb ist nach Abschluss des hoheitlichen Sicherungsverfahrens unter den Voraussetzungen des § 34 BNatSchG grundsätzlich möglich, jedoch nicht Bestandteil dieses RROP-Neuaufstellungsverfahrens. Es wird darüber hinaus auf die Abwägung zur Stellungnahme-ID 211 aus dem 1. Beteiligungsverfahren verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **137** Stellungnahme-ID: **158** BE-ID: **459** **NLWKN**

Dokument: **Beikarten zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Beikarte 3-1 Vorrang- und Vorbehaltsgebiete der Freiraumkategorien Natur und Landschaft**

### **Einwendung:**

Die Darstellung des Biotopverbunds in einer eigenen Karte bietet eine sinnvolle Ergänzung, der Fachbeitrag Biotopverbund als Grundlage zur Integration des regionalen Biotopverbundplanung in das RROP entfaltet so über die kartografische Darstellung einen hohen Informationsgehalt. In der Erläuterungskarte 6 zur Änderung der Festlegungen sind die linearen Strukturen und die Vorbehaltsgebiete nicht dargestellt, in einer Beikarte zum RROP sollte dies erfolgen, um die Elemente des Biotopverbunds mit Blick auf dessen Funktionsfähigkeit zu visualisieren.

Zur Verdeutlichung rege ich die Darstellung der mit dem Biotopverbund unmittelbar und mittelbar dienenden Festsetzungen in einer Beikarte an.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der zweite RROP-Entwurf enthält Erläuterungskarten, Beikarten zum RROP-Entwurf sowie Anlagen inkl. Beikarten. Die Biotopverbundstrukturen sind in Erläuterungskarte 9, Beikarte 3-1 Natur und Landschaft sowie als Anlage mit dem Biotopverbundkonzept und entsprechend anliegenden Kartendokumenten enthalten. Auf eine weitere Beikarte wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

---

Stellungnehmer-ID: **117** Stellungnahme-ID: **137** BE-ID: **234** **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 3.1.2 Fachbeitrag zur Aktualisierung ausgewählter LRP-Schutzgüter – Teilbericht Biotopverbund (Planungsgruppe Umwelt, 2020)**

### **Einwendung:**

2. Genehmigungsrelevante Aspekte aus der Sicht der oberen Landesplanungsbehörde

Abschnitt 3.1.2 Ziffer 05

Die der Begründung beigelegte Karte 3.1.2 2 dient neben tabellarischen Darlegungen und weiterer Beikarten der Darstellung des Biotopverbunds in seiner Gesamtheit und der Nachvollziehbarkeit, ob den Beachtens- und Umsetzungspflichten des LROP nachgekommen wurde. Um die Bestandteile der Vorranggebiete der Anlage 2 der Verordnung zum LROP eindeutig zuordnen zu können, ist den in Beikarte 3.1.2 2 dargestellten Kerngebieten das rechtskräftige LROP 2022 zu Grunde zu legen. Die Umsetzung der beabsichtigten Vorgehensweise gem. Synopse zur 1. Offenlage, BE-ID 713 ist zu überprüfen und entsprechend vorzunehmen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Bei der angesprochenen Kartendarstellung handelt es sich um eine Anlage zum naturschutzfachlichen Fachbeitrag des Biotopverbundkonzeptes, nicht um die Beikarte zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs. In der

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Überarbeitung der Beikarte zur Begründung des RROP ist entsprechend der Abwägungen zum 1. RROP-Entwurf unter BE-ID 713 mit Verweis auf BE-ID 710 das aktuell rechtskräftige LROP von 2022 aufgeführt und dargestellt. Die Vorgehensweise wurde in einem gemeinsamen Abstimmungstermin festgelegt.

Das hier angesprochene Fachgutachten dient als fachliche Grundlage für die natur- und landschaftsbezogenen Festlegungen. Es handelt sich um ein in sich geschlossenes, extern vergebenes Fachgutachten mit entsprechendem Kartenmaterial, das 2021 fertiggestellt wurde und entsprechend textlich wie zeichnerisch die LROP-Festlegungen 2017 aufgreift. Die Unterlagen sind vollständig als Anlage zum RROP geführt. Das Fachgutachten greift zudem auf das Landschaftsprogramm Nds. im Entwurfsstand von 2020 ab, das in seiner fertiggestellten Version als fachliche Grundlage auch für die Festlegungen im LROP 2022 diente. Die vorgeschlagenen Gebiete sind vor Übernahme in das RROP abgeprüft und mit überlagernden und angrenzenden, potenziell konkurrierenden Festlegungen im Sinne des RROP vereinbart bzw. entflochten und entsprechend zugeschnitten, ausgewiesen und einzeln im RROP begründet. Die Flächenzuschnitte sind nicht identisch.

Eine isolierte Anpassung der Kartendarstellung des abgeschlossenen Fachbeitrags wird für nicht zielführend erachtet, da auch textlich auf das LROP 2017 Bezug genommen wird. Eine vollständige Überarbeitung des Fachbeitrags wird für nicht zielführend erachtet im Hinblick auf Zeit- und Kostenaufwand sowie Nutzen. Die Ausweisungen im LROP 2022 sowie der Fachbeitrag basieren mit dem Landschaftsprogramm auf der selben Fachgrundlage. Die Anpassung des Fachbeitrags auf den RROP-Entwurf wären rein redaktionell. Die Ausweisungen im RROP-Entwurf aus Übernahmeverpflichtungen aus dem LROP 2022 wurden im Rahmen der Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs korrigiert.

Daher wird gebeten, die Nachvollziehbarkeit der Beachtens- und Umsetzungspflichten des LROP 2022 anhand der Beikarte 3-1 zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs und den dort dargestellten Festlegungen des LROP 2022 abzu prüfen.

---

Stellungnehmer-ID: 105 Stellungnahme-ID: 124 BE-ID: 202

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - Dez. Binnenfischerei

Gliederungspunkt: **Anlage 3.1.2 Fachbeitrag zur Aktualisierung ausgewählter LRP-Schutzgüter – Teilbericht Biotopverbund (Planungsgruppe Umwelt, 2020)**

### **Einwendung:**

Die geplante Entwicklung der Strukturvielfalt sowie die Verbesserung bzw. Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit durch Um- oder Rückbau der Wanderhindernisse sind aus fischereifachlicher und fließgewässerökologischer Sicht zu begrüßen und zu befürworten, da solche Maßnahmen maßgeblich zur ökologischen Aufwertung der Fließgewässer beitragen.

Nach hiesiger Einschätzung ist davon auszugehen, dass die geplante Vorhaben sich positiv auf die Entwicklung des Fischbestandes in den Fließgewässern auswirken können. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erscheinen die Vorhaben geeignet, einen positiven Beitrag zum Erreichen bzw. zum Erhalt des guten ökologischen Zustands bzw. des guten ökologischen Potenzials der Qualitätskomponente Fischfauna in betreffenden Wasserkörpern zu liefern.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 278

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Gliederungspunkt: **Anlage 3.2.1 Landwirtschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalen Raumordnungsprogramm im Landkreis Northeim (Landwirtschaftskammer Niedersachsen, 2021)**

### **Einwendung:**

Daran anschließend ist bezüglich lfd. Nr. 4.3 des landwirtschaftlichen Fachbeitrags der LWK kritisch anzumerken, dass die Aussage, der Wegebau stehe bei Flurbereinigungsverfahren aufgrund starker Förderung häufig im Vordergrund, möglicherweise eine zu starke Gewichtung auf diesen Aspekt legt. Während die Bedeutung gut ausgebauter Wirtschaftswege unbestritten ist, sollte im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms sichergestellt werden, dass auch andere wichtige Ziele der Flurbereinigung, wie die Verbesserung der Agrarstruktur im Hinblick auf Flächenzuschnitte und die Integration von Naturschutzbelangen, angemessen berücksichtigt werden.

Abschließend wird eine aktuelle Ausführung der "Übersicht über die Flurbereinigungsverfahren im Landkreis Northeim", vgl. Landwirtschaftlichen Fachbeitrag der LWK, Seite 12 zur Verfügung gestellt: [Tabelle Übersicht über die Flurbereinigungsverfahren im Landkreis Northeim]

Um Berücksichtigung der Anmerkungen im weiteren Verfahren wird gebeten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um ein in sich geschlossenes, extern vergebenes Fachgutachten und basiert u. a. auf den Beobachtungen und Erfahrungen des Auftragnehmers, in diesem Fall der Landwirtschaftskammer. Die Unterlagen sind als Anlage zum RROP geführt. Die vorgeschlagenen Gebiete und textlichen Inhalte sind vor Übernahme in das RROP abgeprüft. Von einer Anpassung im Fachbeitrag wird abgesehen, da sie keine Auswirkungen auf die textlichen und zeichnerischen Festlegungen hätte. Die Kritik wird zur Kenntnis genommen und ist im Fall einer zukünftigen Fortschreibung oder Erneuerung des Fachbeitrags zu prüfen.

---

Stellungnehmer-ID: **85**    Stellungnahme-ID: **102**    BE-ID: **152**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 3.2.2 Steckbriefe der Rohstofflagerstätten im Landkreis Northeim**

### **Einwendung:**

Stellungnahme zur Neuaufstellung RROP LK Northeim: 2. Beteiligungsverfahren

hiermit möchten wir unsere Stellungnahme zur Neuaufstellung RROP LK Northeim abgeben.

Bezugnehmend auf die Unterlage -

24 04 Steckbriefe Rohstoffe Part1 Änderungskennz. möchten wir folgende Punkte anmerken:

Seite 41 und Seite 72:

Ki2 / Ki 13 - Das Flurstück 13/8, Flur 22 (östlich der Autobahn A7), Gemarkung Northeim ist zum überwiegenden Teil als „rote“ inaktive Abbaustätte gekennzeichnet. Eine Verbindung von der Prüffläche Ki2 (Teil a und b) zu Ki13 ist nicht gegeben.

Das in Bereich Ki2 abgebaute Material wird mittels Schuten zur Aufbereitungsanlage (Ki13) verbracht. Zu diesem Zweck werden auf dem betreffenden Flurstück 13/8, Flur 22 auch Unterwasserhalden angelegt und das Material wird von dort mittels eines kleinen Tiefengreifers in einem eigenen Prozessschritt in die Aufbereitungsanlage verbracht. Eine teilweise Rückgewinnung des Sandes aus der Aufbereitungsanlage findet hier ebenfalls statt.

Die Fläche gehört somit zur Betriebsfläche und ist für die Gewinnung und Aufbereitung des gewonnenen Rohstoffes von entscheidender Bedeutung. Daher beantragen wir die Berücksichtigung dieses Punktes im neuen RROP.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

Zur Sachaufklärung wird trotzdem folgender Hinweis gegeben:

Die Gebietsabgrenzungen der geplanten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung wurden auf Grundlage der aktiven und inaktiven Abbaubereiche festgelegt. Diese sind in Beteiligung und Abstimmung mit den Betreibern und, wie im vorliegenden Fall, bei Bedarf in einem gemeinsamen Termin im Frühjahr 2020 erfolgt. Die Forderungen übersteigen den regionalplanerischen Bezugsmaßstab von 1:50.000 und die Regelungskompetenz der Regionalplanung. Das Rohstoffvorkommen im Bereich der angesprochenen Fläche sind erschöpft, daher wird eine Überplanung auch nach Überprüfung für nicht zielführend erachtet. Die geplanten Festlegungen im RROP schränken den laufenden Betrieb in seiner mit den zuständigen (Fach-)Behörden abgestimmten Form nicht ein und werden für ausreichend erachtet.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **251**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 3.2.2 Steckbriefe der Rohstofflagerstätten im Landkreis Northeim**

### **Einwendung:**

Begründung, Anlage 3.2.2 Steckbriefe der Rohstofflagerstätten – Ki17 Katlenburg-Lindau

Das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung Kies (Ki17), das laut Ihrer Begründung für die langfristige Bedarfsdeckung gesichert und gegenüber raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in seiner Eignung und besonderen Bedeutung möglichst nicht beeinträchtigt werden soll, überlagert sich großflächig sowohl mit einem Vorranggebiet Landwirtschaft als auch mit einem Vorranggebiet Windenergienutzung (Lindau 01). Sie gewähren jeweils zum einen der landwirtschaftlichen Nutzung vor dem Hintergrund der hochertragreichen bodenkundlichen Standorte als auch der Windenergienutzung aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen (§ 2 EEG) den Vorrang und drücken dies durch die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft und Windenergienutzung aus.

Die Möglichkeit einer Überlagerung erscheint allerdings angesichts der flächendeckend wirkenden Nutzungen der Rohstoffgewinnung, der Landwirtschaft und auch der Windenergiegewinnung fraglich. In Bezug auf die Windenergienutzung muss sich der Plangeber bewusstmachen, dass bei einer möglichen zukünftigen Gewinnung des Rohstoffes umfangreiche Maßnahmen zur Standsicherheit der dann bestehenden Windenergieanlagen erforderlich werden (größere Aussparungen, Zuwegungen, Böschungen, Schüttkegel usw.), die den Rohstoffabbau erschweren und das Abbauvolumen verringern. Die Aussage unter Pkt. 2.7 des Gebietsblattes zum Vorranggebiet Windenergienutzung - Lindau 01, wonach beide Festlegungen grundsätzlich vereinbar sind und das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung eine Windenergienutzung nicht ausschließt, ist somit nicht nachvollziehbar. Auch würde dem Ziel der Raumordnung im LROP in Abschnitt 3.2.2 Ziffer 01 Satz 5, wonach Rohstoffvorkommen möglichst vollständig auszubeuten sind, demzufolge nicht entsprochen werden.

Sie legen im Steckbrief zum Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung Ki17 dar, dass die landwirtschaftliche Nutzung die Lagerstätte als solche nicht beeinträchtigt. Allerdings würde ein Abbau der Lagerstätte zum Verlust der landwirtschaftlichen Fläche führen. Die Rohstoffgewinnung wäre daher mit der vorrangigen Zweckbestimmung des Vorranggebietes Landwirtschaft nicht vereinbar, wodurch die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Rohstoffgewinnung an dieser Stelle gegenstandslos wird. Zumal ein Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung, anders als ein Vorranggebiet Rohstoffsicherung, dessen vorrangige Zweckbestimmung die langfristige Sicherung von Rohstoffvorkommen ist, der Zulassung eines raumbedeutsamen Rohstoffabbaubegehrens grundsätzlich nicht entgegensteht.

Im Rahmen Ihrer RROP-Neuaufstellung sollen die sich überlagernden Festlegungen daher entflochten werden.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Vorbehalts- und auch Vorranggebiete Rohstoffgewinnung sind nicht automatisch mit einem tatsächlichen Abbau von Rohstoffen verbunden und dienen der frühzeitigen Vermeidung von Überplanungen mit entgegenstehenden Nutzungen. Zu dieser Einschätzung kommt auch der Landkreis Lüneburg in seinem zweiten RROP-Entwurf und entsprechender Abwägung zum ersten Beteiligungsverfahren (<https://www.landkreis-lueneburg.de/fuer-unsere-buergerinnen-und-buerger/bauen-und-planen/regionalplanung/beteiligung-rrop-entwurf-2.html>). Die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung sichern die Lagerstätten und bereiten eine ggf. spätere Ausweisung von Vorranggebieten Rohstoffgewinnung und einen tatsächlichen Abbau vor, der unter Berücksichtigung der Planungssystematik grundsätzlich auch außerhalb der festgelegten Gebiete erfolgen kann.

Vorbehaltsgebiete dienen der Sicherung standortgebundener Nutzungen oder Funktionen und sind aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht endabzuwägen. Sie bleiben der Abwägung auf nachgelagerten Planungsebene zugänglich.

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete können sich überlagern, wenn die Nutzungen miteinander vereinbar sind oder wenn absehbar ist, dass die vorrangige Nutzung temporär als Zwischennutzung und die vorbehaltliche Nutzung als Folgenutzung anzusehen ist (vgl. NLT 2014 Arbeitshilfe Planzeichenkatalog sowie ARL 2018 Arbeitshilfe Vorranggebiet, Vorbehaltsgebiet und Eignungsgebiet).

Wie in der Begründung und den Steckbriefen zum RROP ausgeführt wird, dienen die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung zunächst der langfristigen Sicherung der Rohstoffvorkommen für nachfolgende Generationen. Dies ist auch in den textlichen Grundsatzfestlegungen des RROP ausgeführt, indem der Abbau zunächst und grundsätzlich auf die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung konzentriert werden soll und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung regelmäßig erst erschlossen werden sollen, wenn die Gewinnung in Vorranggebieten Rohstoffgewinnung eingestellt wird. Bei der Gewichtung von raumkonkreten Nutzungsansprüchen an die Fläche sind die räumlichen Gegebenheiten und Eigenheiten der Nutzungen zu berücksichtigen. Das Ergebnis dieser Abwägung spiegelt sich in den Festlegungen der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete wider und wird in der Begründung, sowie ggf. den Steckbriefen und den Gebietsblättern ausführlich thematisiert. Dementsprechend können höherrangige Vorranggebietsausweisungen grundsätzlich mit dem Vorbehalt für die Rohstoffgewinnung im Einzelfall zu vereinbaren sein.

Die Bearbeitung der RROP-Themenkomplexe Windenergie und Rohstoffgewinnung erfolgte parallel. Die Vereinbarkeiten der überlagernden Nutzungen des Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung Ki17 mit dem Vorranggebiet Windenergienutzung Lindau 01 sind aus Sicht des Regionalplanungsträgers an dieser Stelle ebenso erfüllt, wie der Fakt, dass es sich um eine temporäre Vorrangfunktion mit Folgenutzung zwecks Rohstoffgewinnung handelt:

Eine aktuelle Nutzung der Rohstoffgewinnung ist weiträumig in Ki17 nicht zu verzeichnen. Der aktive Kiesabbau ist im landkreisweiten Vergleich kleinräumig und liegt im Bereich des Vorranggebiets Windenergienutzung. Der räumliche Zuschnitt des Rohstoffabbaus ist bekannt, ebenso die nicht-vorhandenen Erweiterungsabsichten nach aktuellem Informationsstand und Abstimmungsstand mit allen im Landkreis Northeim tätigen Rohstoffbetreibern. Hinweise sind auch in den Beteiligungsverfahren nicht eingegangen. Jedoch ist das Interesse am aktiven Abbau der Rohstofflagerstätte und der laufende Abbau als berücksichtigungspflichtiger Belang in die Abwägung der Windenergieplanung eingestellt.



Der Entwurf des RROP behandelt die Gegebenheiten, dass – auch auf Grundlage vorangegangener Abstimmungen mit dem LBEG als Fachbehörde - grundsätzlich davon auszugehen und bereits bei Entwurfserstellung einberechnet ist, dass von einer Lagerstätte bzw. Teilen ohne aktiven Abbau einer Lagerstätte lediglich 65 % der Fläche tatsächlich zu späterem Zeitpunkt für die Rohstoffgewinnung zur Verfügung steht. Dementsprechend sind die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung entsprechend vergrößert zugeschnitten, um mögliche Rohstoffverluste und räumliche Gegebenheiten, die im Maßstab der Regionalplanung sowie aufgrund unbekannter Details zum Zeitpunkt der Entwurfserstellung unberücksichtigt bleiben, frühzeitig und unter Wahrung der Bedarfsdeckung einzukalkulieren. Das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung Ki17 fällt entsprechend bewusst weitaus weiträumiger aus, als der bekannten aktiven Abbaufäche und vergleichbaren Abbaustätten entsprechen würde, um Erweiterungsabsichten und –spielräume entsprechend, auch unter frühzeitiger Berücksichtigung der überlagernden Festlegungen, zu sichern.

Zudem ist der Rohstoffbedarf auf Grundlage der erfolgten, über die Anforderungen an die Planung hinausgehende und mit dem LBEG abgestimmten Bedarfsermittlung für die Rohstoffart Kies übererfüllt, was in der Begründung dokumentiert ist.

Durch die aktive Abbaustätte in direkter räumlicher Nähe ist eine dezentrale Verwertungsmöglichkeit der Rohstoffe, die temporär während der Bauphase von Windparks durch Fundamentierungen, Infrastrukturmaßnahmen und Zuwegungen anfallen, möglich und Rohstoffverluste können grundsätzlich vermieden werden. Der Regionalplanungsträger beabsichtigt hierauf im Rahmen der Selbstbindung in den Genehmigungsverfahren verstärkt hinzuwirken.

Eine Konfigurationsmöglichkeit der Windenergieanlagen um den aktiven Rohstoffabbau herum ist nach der bisherigen Erfahrung des Regionalplanungsträgers aus aktuellen Vorhaben gegeben, ebenso wie die Tatsache, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz des Vorranggebiets Windenergienutzung tatsächlich auf Ebene der Genehmigungsplanung durchsetzen kann.

Der Abbau hat eine Ergänzungsfunktion zu anderen Kiesabbauvorhaben. In der genannten Zeitspanne ist die Nutzung für Windenergie als temporäre Nutzung anzusehen. Aktuell genehmigte Windenergieanlagen im Landkreis Northeim sind regelmäßig für ca. 20 Jahre erfolgt. Repowering von Windenergieanlagen sind der Steuerungswirkung der Regionalplanung auf Ebene der Bundesgesetzgebung bis 2030 entzogen worden und können aus Sicht des Regionalplanungsträgers daher an dieser Stelle nicht angeführt werden, um bereits im aktuellen RROP-Verfahren eine Flächenveränderung vorgehend herbeizuführen. Windenergieanlagen werden nicht für die Ewigkeit gebaut. Zudem wird nach Erfahrung des Regionalplanungsträgers aus aktuellen Repoweringvorhaben in den wenigsten Fällen ein Repowering am räumlich-identischen Altstandort des Mastfußes vorgenommen. Der Charakter der Nutzung weist somit eindeutig auf eine temporäre Inanspruchnahme durch die Windenergienutzung hin.

Zu ähnlichem Ergebnis in Bezug auf die Bewertung der Windenergienutzung als temporär kommen auch andere Regionalplanungsträger wie der Regionalplanungsträger des Regionalplans Ostthüringens ([https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user\\_upload/Ostthueringen/Dokumente/Ost-GremDok/O-GremDok-7PV/O7PV-Beschl-2024/O7PV-Beschl-PV-30-01-24/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-Abw/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-17.pdf](https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user_upload/Ostthueringen/Dokumente/Ost-GremDok/O-GremDok-7PV/O7PV-Beschl-2024/O7PV-Beschl-PV-30-01-24/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-Abw/O7PV-Beschl-PV-30-01-24-Anl2-17.pdf)).

Aus Sicht des Regionalplanungsträgers sind sowohl die Vereinbarkeit der Nutzungen als auch der temporäre Charakter der Windenergienutzung im Vorrang mit der Nachnutzung im Vorbehalt für Rohstoffgewinnung an dieser Stelle nachgewiesen.

Die Festlegungen im RROP im Hinblick auf die Rohstoffsicherung und –gewinnung zielen auf eine frühzeitige Berücksichtigungs- und Beachtungspflicht auf nachgelagerter Ebene hin und sind für den Regionalplanungsträger von herausragender Bedeutung, gerade im Hinblick auf die fehlende Durchsetzungsmöglichkeit ohne regionalplanerische Gebietsfestlegungen an dieser Stelle. Der Regionalplanungsträger hält an seinem Planungskonzept nach wie vor fest.

Rohstofflagerstätten stellen kein allgemeingültiges und unüberwindbares Tabukriterium für nachgelagerte Planungen, Maßnahmen oder Überplanungen dar. Der konkrete Zuschnitt eines Rohstoffabbaus obliegt der nachgelagerten Planungs- und Prüfebene. Rohstofflagerstätten unterliegen in der Abwägung ohne entsprechende Sicherung im RROP regelmäßig auf nachgelagerter Ebene, was zu Verlusten und Schwierigkeiten der Bedarfsdeckung führt. Die regionale Bedarfsermittlung ist im Rahmen des RROP durchgeführt, mit dem LBEG abgestimmt und in den Festlegungen umgesetzt. Teilflächen sind großzügig abgegrenzt und die Bedarfsdeckung regelmäßig übererfüllt.

Das OVG Sachsen-Anhalt hat zuvor bereits als fraglich geäußert, inwieweit die Festsetzung eines Vorranggebietes für Rohstoffgewinnung die Windenergienutzung auf eben diesen Flächen aus tatsächlichen Gründen ausschließen würde und verweist auf eine Behandlung als hartes Tabukriterium erst bei Vorlage eines Planfeststellungsbeschlusses bzw. einer Abtragungsgenehmigung und weiterführende grundsätzliche Möglichkeiten der Zielabweichung (<https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/NJRE001250286>).



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Wenn kein hartes Ausschlusskriterium im nachgelagerten Verfahren vorliegt, kann aus Sicht des Regionalplanungsträgers in einem Neuaufstellungsverfahren nicht automatisch von einem entgegenstehenden Belang auszugehen sein. Vielmehr ist eine abwägungszugängliche Prüfung des Einzelfalls notwendig.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass die überlagernde Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung mit Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung auch in anderen Planungsregionen vorgenommen wird, wie die 1. Änderung des RROP 2008 des Großraums Braunschweig zur „Weiterentwicklung der Windenergienutzung“, in 2024 genehmigt, zeigt. Als Argumente für eine Vereinbarkeit werden unter anderem vorgebracht, dass es sich bei den Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung des RROP 2008 um weiche Tabuzonen handelt, die der Abwägung zugänglich sind. Im Ergebnis wird eine Überlagerung mit einem Vorranggebiet Windenergienutzung vorgenommen. Die vorgebrachten Argumente, die Bedarfe seien über andere Lagerstätten gesichert, sind mit den hier vorliegenden Gegebenheiten vergleichbar, die bereits ausgeführt wurde. Wenn es in einem Änderungsverfahren möglich ist, ausgewiesene Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung als potenzielle Windenergiestandorte zu behandeln, weist das für den Regionalplanungsträger sehr deutlich darauf hin, dass eine Vereinbarkeit der Nutzungen unter entsprechender Begründung auch in einem gemeinsamen Neuaufstellungsverfahren erfolgen kann.

Ein Entlassen der Vorbehaltsgebietsfestlegung Rohstoffgewinnung wird für nicht sachgerecht erachtet, da dies die Belange der Rohstofffirma und Bedarfsermittlung nicht angemessen berücksichtigen würde. Der laufende Abbau stellt ein berechtigtes und berücksichtigungspflichtiges Interesse dar, das in die Abwägung einzustellen und angemessen zu berücksichtigen und an dieser Stelle nicht zu vernachlässigen ist.

Der Hinweis auf die vollständige Ausbeutung der Lagerstätten (LROP 2022) ist nicht nur in Bezug zu setzen auf die überplanten Vorbehaltsgebiete und Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, wie hier die Lagerstätte 2. Ordnung nach RSK 25, sondern auch allgemeingültig auf alle Rohstofflagerstätten inkl. der Lagerstätten der RSK25 ohne entsprechende Sicherung anzuwenden. Somit wäre für die Beachtung der textlichen Festlegung im LROP 2022 unerheblich, ob eine Festlegung als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung beibehalten wird, oder entfallen würde. Die angesprochene LROP-Festlegung lässt dabei Handlungsspielraum für die nachgelagerte Ebene durch die Formulierung „möglichst“ in einer Zielfestlegung, da bereits bekannt ist, dass eine absolut vollständige Inanspruchnahme ohne jegliche Rohstoffverluste im Planungsmaßstab nicht realisierbar ist.

An den überlagernden Festlegungen mit dem Vorranggebiet Windenergienutzung wird festgehalten und diese nicht zu Ungunsten des Vorbehaltsgebietes Rohstoffgewinnung verkleinert, da eine Vereinbarkeit der Nutzungen nachgewiesen wurde, eine temporäre Planung besteht und ein Zielkonflikt mit den Vorgaben des LROP 2022 fachlich widerlegt werden konnte.

Überlagerung mit VR Landwirtschaft:

Festzustellen ist, dass durch die landwirtschaftliche Nutzung (maschinelle Flächenbewirtschaftung) auf der Fläche das Rohstoffvorkommen nicht nachhaltig beeinträchtigt werden kann. Ein Verlust an Rohstoffen durch die landwirtschaftliche Nutzung ist nicht zu verzeichnen. Ebenso schränkt das Rohstoffvorkommen im Untergrund die landwirtschaftliche Nutzung nicht ein. Im überlagernden Zuschnitt findet kein Bodenabbau statt. Wie bereits ausgeführt dienen die Festlegungen als Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung der Sicherung der Rohstoffvorkommen für nachfolgende Generationen und der Vorbereitung eines ggf. späteren Abbaus.

Ein Rohstoffabbau (Neu-Genehmigung wie Erweiterung) auf diesem betroffenen Abschnitt wäre eine genehmigungspflichtige Maßnahme und die getroffenen Festlegungen zu berücksichtigen bzw. zu beachten. Mit der Festlegung als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung zielte der Regionalplanungsträger prioritär auf die Sicherung der Rohstoffvorkommen im Untergrund ab, wobei eine Inanspruchnahme im Horizont des RROP für den Rohstoffabbau im Zuschnitt der hier angesprochenen Überlagerung u. a. aufgrund der Distanz vom aktiven Abbau zunächst nicht vorgesehen war.

Nach Abstimmung mit dem ArL führt die fehlende Inanspruchnahmemöglichkeit der Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung durch die partielle Überlagerung mit dem Vorranggebiet Landwirtschaft zu einem unzulässigen Festlegungskonflikt, der die Genehmigungsfähigkeit des RROP gefährdet.

Nach Prüfung des Regionalplanungsträgers ist die Festlegung des Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung im überlagernden Zuschnitt des Vorranggebiets Landwirtschaft obsolet. Die planerische Absicht, die Lagerstätte langfristig von konkurrierenden Festlegungen freizuhalten, wird durch die Vorrangfestlegung weiterhin erfüllt. Das Vorranggebiet Landwirtschaft sichert die Lagerstätte, ohne Rohstoffverluste herbeizuführen. Die Bedarfsdeckung ist für die Rohstoffart Kies hergeleitet.

Die zeichnerische Festlegung des Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung wird um den überlagernden Zuschnitt des Vorranggebiets Landwirtschaft verkleinert. Die Begründung, Steckbriefe zur Begründung inkl. Bedarfsermittlung und Inhalte des Umweltberichts werden entsprechend geändert.

Von einer Ausweisung von Vorranggebieten Rohstoffsicherung als Alternative zu Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung wurde im Vorfeld der RROP-Entwurfserstellung in gemeinsamen Abstimmungsterminen und auf dringendes Anraten des ArL sowie nach Rückkopplung mit dem LBEG verzichtet, da der erarbeitete Vorentwurf aus Sicht des ArL nicht genehmigungsreif und ausreichend war. Aus Sicht des Regionalplanungsträgers

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

werden – gemessen an einer Ausweisung von Vorranggebieten ohne Ausschlusswirkung – vergleichsweise hohe Hürden gesetzt, die vom Regionalplanungsträger unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel, Informationen und Daten nicht zu erfüllen sind. Angeführt wurden seinerzeit die im Umweltbericht zum LROP 2017 angeführten Nachweise, dass es sich um einen Planungsraum oder –teilraum mit einer hohen Belastung durch Bodenabbau handelt. Zudem ist ein landkreisweites Planungskonzept zugrunde zu legen, nach dem Abbauvorräte für mindestens 30 Jahre anzusetzen sind, wovon Abbauvorräte für mindestens 20 Jahre als Vorranggebiete Rohstoffgewinnung zu sichern sind. Vorranggebiete Rohstoffsicherung stehen für einen Rohstoffabbau nicht zur Verfügung, sondern dienen lediglich der Freihaltung der Lagerstätten vor konkurrierenden Nutzungen. Außerdem sind ein laufendes Monitoring und Abbaustände zu überwachen. Dies kann von Seiten der Regionalplanung nicht geleistet werden und erschwert die Ausweisung von Vorranggebieten Rohstoffsicherung unverhältnismäßig. Auf diese Punkte hat der Regionalplanungsträger auch in seinen Ausführungen zu LROP-Fortschreibungsverfahren wiederholt hingewiesen.

Ein Nachweis einer hohen Belastung durch Bodenabbau ist für diesen Planungsraum, auch nach vorangegangener Abstimmung mit dem LBEG, nicht zu führen. Dies wurde seinerzeit auch vom ArL entsprechend angeführt. Zwar ist eine überschlägige Bedarfsermittlung erfolgt, die mit dem LBEG abgestimmt ist. Jedoch können keine Angaben zu Mächtigkeiten der Lagerstätten zur Verfügung gestellt werden, auf Grundlage derer ein landkreisweites und verbindliches Monitoring der Abbauvorräte für Kies von Seiten der Regionalplanung geführt werden könnte. Dieser Punkt führte seinerzeit zu einer Bewertung als unzureichende Nachweiserbringen für eine Ausweisung von Vorranggebieten Rohstoffsicherung von Seiten des ArL. Ein isolierter Ansatz und Ausweisung eines isolierten Vorranggebietes Rohstoffsicherung an dieser Stelle von Ki17 erscheint in der grundlegenden Systematik eines landkreisweit anzusetzenden Planungskonzeptes nicht umsetzbar.

Vorranggebiete Rohstoffsicherung können nach dem Charakter der Gebiete an dieser Stelle jedoch gar nicht zur Diskussion stehen, da die Gebiete nicht zum Abbau vorzusehen sind, sondern der Sicherung von Lagerstätten dienen, hier jedoch ein aktiver Abbau besteht. Von einer Ausweisung eines Vorranggebietes Rohstoffsicherung an dieser Stelle wird daher abgesehen.

Es wird ergänzend auf die BE-ID 407 verwiesen.

In der weiteren regionalplanerischen Prüfung auf Grundlage der Stellungnahme des ArL zum Gebiet Ki17 ist eine weitere Überlagerung zwischen dem Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung To4 und einem Vorranggebiet Landwirtschaft aufgefallen, die zu bereinigen ist. Die Begründung der Entlassung aus der Vorbehaltsgebietsfestlegung von Ki17 für die Rohstoffgewinnung ist vollständig auf To4 übertragbar. Der Sicherungszweck ist im Sinne der Intention des Regionalplanungsträgers weiterhin erfüllt, sodass 10.218 qm (korr. Schätzwert 6.642 qm) des Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung To4 aus der Festlegung entlassen werden. Die Bedarfsdeckung ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers weiterhin erfüllt und im entsprechenden Abschnitt hergeleitet.

Die weitere regionalplanerische Prüfung ergab Überlagerungen der geplanten Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung Nw1 und Qu2 mit Vorranggebieten Wald. Äquivalent zur Ausführung im Zusammenhang mit der Überlagerung mit Vorranggebieten Landwirtschaft am Bsp. Ki17 (Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung) wird ausgeführt, dass durch die forstwirtschaftliche Nutzung und Waldentwicklung bzw. den Waldbestand auf den Flächen das Rohstoffvorkommen nicht nachhaltig beeinträchtigt werden kann. Ein Verlust der Rohstoffvorkommen durch die forstwirtschaftliche Nutzung und entsprechende Waldentwicklung und –bewirtschaftung im Rahmen des genehmigungsfreien Handelns ist regelmäßig nicht zu verzeichnen.

Ebenso schränkt das Rohstoffvorkommen im Untergrund die forstwirtschaftliche Nutzung und Waldentwicklung in seiner bereits bestehenden Form augenscheinlich nicht ein. Im überlagernden Zuschnitt findet aktuell kein genehmigter Bodenabbau statt.

Ein Rohstoffabbau (Neu-Genehmigung wie Erweiterung) auf diesem betroffenen Abschnitt wäre eine genehmigungspflichtige Maßnahme und die getroffenen Festlegungen zu berücksichtigen bzw. zu beachten. Mit der Festlegung als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung zielte der Regionalplanungsträger prioritär auf den Schutz der Rohstoffvorkommen im Untergrund ab, wobei eine Inanspruchnahme im Horizont des RROP für den Rohstoffabbau im Zuschnitt der hier angesprochenen Überlagerung u. a. aufgrund der Distanz vom aktiven Abbau zunächst nicht vorgesehen war.

Nach Einwendung im zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren und weiterer Abstimmung mit dem ArL und entsprechender Ableitung von bereits ausgeführten vergleichbaren Überlagerungen führt die fehlende Inanspruchnahmemöglichkeit der Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung durch die partielle Überlagerung mit dem Vorranggebiet Wald aus Sicht des Regionalplanungsträgers ebenfalls zu einem unzulässigen und nicht aufzulösenden Festlegungskonflikt, der die Genehmigungsfähigkeit des RROP gefährdet.

Nach Prüfung des Regionalplanungsträgers und nach Vergleich mit der Situation in Vorranggebieten Landwirtschaft ist die Festlegung des Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung auch im überlagernden Zuschnitt des Vorranggebietes Wald obsolet. Die planerische Absicht, die Lagerstätte langfristig von konkurrierenden Festlegungen freizuhalten, wird durch die Vorrangfestlegung bereits hinreichend erfüllt. Das Vorranggebiet Wald sichert die Lagerstätte langfristig für nachfolgende Generationen, ohne Rohstoffverluste herbeizuführen und führt im Detail zu einer besseren Schutzfunktion der Lagerstätte durch ein Vorranggebiet Wald, als ein der Abwägung auf nachgelagerter Ebene zugängliches Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung generieren kann.

Daher wird, äquivalent zum Umgang mit den Überlagerungen mit Vorranggebieten Landwirtschaft, an dieser Stelle eine Bereinigung der Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung Qu2 und Nw1 vorgenommen.

Die verbleibenden Flächenanteile von Qu2 sind äußerst kleinräumig und überlagern sich mit einem Vorranggebiet Natur und Landschaft VN 203, das ein Vorranggebiet Biotopverbund des LROP 2022 sichert. Für das Gebiet steht im Sinne des regionalen Biotopverbundkonzeptes ebenfalls eine natürliche Waldentwicklung im Fokus. Qu2 diente in dem Zusammenhang bereits von Beginn der Planung an der langfristigen Sicherung des Rohstoffvorkommens und nachrangig der überlagernden Festlegungen. Im Ergebnis der Prüfung bietet auch das Vorranggebiet Natur und Landschaft einen ausreichenden Schutz vor Inanspruchnahme der Rohstoffvorkommen und sichert die Lagerstätte bei gleichzeitiger und von Vorranggebieten Wald und Landwirtschaft übertragenen potenziell konkurrierenden Festlegungssituationen. Um die Genehmigungsfähigkeit des RROP nicht zu gefährden entfällt auch der überlagernde Part des Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung mit dem Vorranggebiet Natur und Landschaft.

Das Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung Qu2 wird mit 183.292 qm vollständig aus der Festlegung entlassen, ist jedoch durch die überlagernde Festlegung als Vorranggebiet Wald und Vorranggebiet Natur und Landschaft weiterhin und im Sinne der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung vor anderweitiger konkurrierenden Nutzungen geschützt, ohne dass Rohstoffverluste herbeigeführt werden. Dabei bietet unter genauerer Betrachtung die Vorrangfestlegung Wald und Natur und Landschaft eine bessere vorsorgende Schutzfunktion, als durch ein Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung bieten kann, das auf nachgelagerter Ebene der Abwägung zugänglich ist. Die Bedarfsdeckung ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers weiterhin erfüllt und im entsprechenden Abschnitt hergeleitet.

Das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung Nw1 wird mit 311.470 qm vollständig aus der Festlegung entlassen. Durch eine überlagernde Festlegung mit einem Vorranggebiet Wald ist das Gebiet jedoch weiterhin und im Sinne der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Rohstoffgewinnung vor konkurrierenden Nutzungen geschützt, ohne dass Rohstoffverluste herbeigeführt werden. Dabei bietet unter genauerer Betrachtung die Vorrangfestlegung Wald eine bessere vorsorgende Schutzfunktion, als durch ein Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung generiert werden kann, das auf nachgelagerter Ebene der Abwägung zugänglich ist.

Das Gebiet ergänzt die bestehenden Vorranggebiete Rohstoffgewinnung für Naturwerkstein und trägt zur langfristigen Bedarfsdeckung und Sicherung der Rohstoffvorkommen für nachfolgende Generationen bei.

Nach weiteren Hinweisen des ArL und weiteren Prüfungen nach dem zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren zu Überlagerungen zwischen Festlegungskategorien ist ebenso das Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung Ka4 mit 631.689 qm (korr. Schätzwert 410.597 qm) vollständig aus der Festlegung zu entlassen, um die Genehmigungsfähigkeit des RROP nicht zu gefährden. Nach entsprechender Einschätzung im Laufe des Abstimmungsprozesses mit dem ArL liegt hier ein vergleichbarer Fall zu Nw1, Qu2 und Ki17 vor, wodurch die Festlegung als Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung aufgrund der Überlagerung mit einem Vorranggebiet Biotopverbund (Kerngebiet Halboffenland) aus Sicht des ArL gegenstandslos und unzulässig wird. Die Lagerstätte 1. Ordnung wird durch die überlagernde Festlegung grundsätzlich nicht gefährdet. Sie trägt zur langfristigen Bedarfsdeckung und Sicherung der Rohstoffvorkommen für nachfolgende Generationen bei.

Fazit: Durch die Bereinigung stehen die mit Vorranggebieten überlagernden Flächenzuschnitte für nachfolgende Generationen im Sinne der ursprünglichen Vorbehaltsgebietsfestlegung Rohstoffgewinnung zur Verfügung. Ein Abbau soll im Sinne der bereits gefassten textlichen Festlegungen des Regionalplanungsträgers auf die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung gelenkt werden und war in den überplanten Abschnitten im mittelfristigen Zeitabschnitt zunächst regelmäßig nicht vorgesehen. Der Regionalplanungsträger hat mit seinen Festlegungen die Absicht verfolgt, durch Vorbehaltsgebietsausweisung für die Rohstoffgewinnung die Möglichkeit eines späteren Abbaus langfristig und für den Zeitpunkt zu sichern, an dem aktuelle Vorranggebiete Rohstoffgewinnung und im Abbau befindliche Lagerstätten vollständig erschöpft sind. Die Bedarfsermittlungen der bereinigten Flächenfestlegungen werden angepasst, da die Bedarfsermittlungen sich auf die Lagerstätten beziehen, die im RROP festgelegt werden. Die überlagernden, entlassenen Zuschnitte sind mit der genannten Herleitung und einhergehenden Schutzausübung der Vorranggebietsausweisungen an die Bedarfsermittlung vollständig anzurechnen und weiterhin Part der Bedarfsermittlung, es erfolgt zur besseren Nachvollziehbarkeit und zum besseren Verständnis eine klarstellende Überarbeitung.

Die Dokumentation und Begründung erfolgt in der Begründung zu Abschnitt 3.2.2 Ziffer 06 Sätze 1 und 4 in einem eigens eingeführten Abschnitt sowie im Rahmen der Bedarfsermittlung, welche ebenfalls überarbeitet wird. Die zeichnerischen Festlegungen werden bereinigt, die Steckbriefe überprüft und korrigiert.

Nach einem weiteren Hinweis des ArL und der folgenden weiteren regionalplanerischen Überprüfung nach dem zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren sind die Überlagerung zwischen einem Vorranggebiet Ka12 mit einem Vorbehaltsgebiet Kulturelles Sachgut (K 4) sowie einem Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung Qu3 mit einem Vorbehaltsgebiet Kulturelles Sachgut (K 3) als kritisch zu bewerten. Die grundlegenden Gegebenheiten sind mit den vorangegangenen, detailliert ausgeführten Überlagerungen vergleichbar, sodass die Genehmigungsfähigkeit des RROP als gefährdet anzusehen ist. Zur Auflösung werden an dieser Stelle die Vorbehaltsgebiete Kulturelles Sachgut überarbeitet, die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung verbleiben an dieser Stelle unverändert. Der Steckbrief wird aktualisiert. Es wird auf die ergänzte Begründung zu 3.1.4 Ziffer 05 verwiesen.

### **Einwendung:**

Zudem begrüßen wir die Übernahme der gesamten Lagerstätte To3 der Firma[Inhalt anonymisiert] als Vorranggebiet Rohstoffgewinnung (BE-ID 465). Hierdurch werden die entsprechenden Rohstoffmengen langfristig gesichert und die Voraussetzungen für eine dezentrale Versorgung mit Lehm- und Tonprodukten geschaffen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **96**    Stellungnahme-ID: **115**    BE-ID: **172**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Nörten-Hardenberg 01

In Ihrem RROP-Entwurf 08/2023 wurde unter Punkt 2.4 „Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild“ noch folgender Befund aufgeführt:

„Der aktuell besetzte Rotmilan-Horst befindet sich in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Grenze der Potentialfläche.“

Im aktuellen RROP, 2. Entwurf Stand: 11/2024 ist dieser Rotmilan-Horst weder aufgeführt noch erwähnt. Wie kommt es, dass ein so wichtiger und entscheidender Fund nicht weiter untersucht wird. Werden kritische Bereiche von der avifaunistischen Untersuchung generell ausgeschlossen oder schaut man einfach nicht so genau hin, damit sich die Windkraft auch in ökologisch wichtigen Bereichen „durchsetzen“ kann?

Des Weiteren schreiben Sie:

„Im Bereich der Fläche liegt zudem ein Entwicklungskorridor für Offenland, mit dem Ziel Grünland und Feuchtbiotopen zu entwickeln (po 44) (PU 2020). Die Korridore stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Die Korridordarstellung steht lediglich symbolisch für einen Suchraum, in welchen Wildkatzen wahrscheinlich wandern...“

Zudem wird auf die beiden angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete „Wahrberg“ und „Mäuseberg und Eulenberg“ hingewiesen.

Was ist denn jetzt das Ziel in diesem Bereich?

Wollen Sie ein attraktives Naherholungs- und Naturschutzgebiet schaffen oder weisen Sie die Gebiete nur „symbolisch“ aus, um öffentliche Subventionen einwerben zu können? Eine Weiterentwicklung des Gebietes in ein offenes Grünland und Feuchtbiotop hat doch nicht nur symbolischen Charakter. Das Gebiet ist hoch attraktiv für eine Vielzahl von Vögeln, Greifvögeln und Fledermäusen. Die Windkraftnutzung führt damit unweigerlich, wie Sie ja auch schon im Entwurf 08/2023 unter Punkt 2.4 festgestellt haben, zu schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten!

Die unter Punkt 5, vorgeschlagene Maßnahme „V6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereiches und der Zuwegung im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ ist in diesem Zusammenhang wohl als Witz zu verstehen, oder? Wollen Sie die stark subventionierten Feuchtbiopte im Rahmen der Errichtung der Windkraftanlagen wieder trockenlegen?

Hier scheint ein Konzept bereits in der Planungsphase nicht stimmig zu sein. Dies muss als Konsequenz haben, dass der RROP diesbezüglich überprüft und nachgearbeitet wird. Eine Verlagerung des Konzeptes auf die Genehmigungsphase wird der Diskrepanz, die bereits in der Planungsphase vorliegt, nicht gerecht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Vorranggebiete der Windenergienutzung bereits jetzt im Planungsstand im Überschwemmungsgebiet der Leine befinden. Dies erfordert, wie Sie selbst schreiben, besondere Nebenbestimmungen, die mit der Unteren Wasserbehörde im Genehmigungsverfahren festzulegen und zu prüfen sind.

Zudem befinden sich im angrenzenden Bereich in Richtung Elvise Wasserschutzgebiete für die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise zugunsten des Flecken Nörten- Hardenberg mit der Schutzgüte I bis III.

Die Standortwahl in einem Überschwemmungsgebiet und der direkten Nähe zum Fluss lassen einen sehr weichen Boden bis in größere Tiefen vermuten. Um die Windkraftanlagen unter diesen Umständen sicher aufbauen und betreiben zu können, werden sog. Pfahlgründungen errichtet. Dies sind in der Regel Ortbetonrammpfähle und/oder Rüttelstopfsäulen, die nicht selten bis zu Tiefen von über 30 m! in den Boden

reichen. Pro Windkraftanlage können bis zu 60 Pfähle nötig sein!

Die Auswirkungen dieser Pfahlgründungen auf das Grundwasser sowie insbesondere auf die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvese sind in Ihrem RROP-Entwurf nicht aufgeführt. Zudem sind die Auswirkungen der Pfahlgründungen in einem wassertechnisch genutzten und damit hoch sensiblen Bereich nicht abschätzbar.

Eine Durchstoßung von wasserführenden Schichten kann verheerende und irreparable Auswirkungen haben, insbesondere auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvese. Die Folgen könnten gesellschaftliche und politische Verwerfungen mit sich bringen.

Die Fließrichtung der Leine ist beim Hochwasserschutz besonders zu berücksichtigen. Die Leine passiert zunächst den Ort Nörten-Hardenberg bevor dieser die gleich angrenzenden beiden Vorranggebiet der Windkraftanlagen Nörten-Hardenberg 01 passiert. Ein Rückstau an den hier geplanten Windkraftanlagen hätte unmittelbar die Folge, dass die tiefer liegen Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt würden. Aufgrund des Klimawandels ist mit vermehrten Wetterextrem zu rechnen, lange Trockenzeiten (wie gerade im April und Mai 2025) sowie extreme starregen Ereignisse. Auch dieser Sachverhalt muss bereits im Planungsentwurf mit entsprechenden Gutachten berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe des Landkreises und, so nehme ich an, der Unteren Wasserbehörde Vorsorge für Jahrhunderthochwasser zu treffen und Schaden von der Bevölkerung möglichst abzuwenden.

Fazit:

Aufgrund des Entwicklungskorridors mit Grünland und Feuchtbiotop, den angrenzenden Naturschutzbereichen und insbesondere den nicht abzusehenden baulichen Folgen auf die Wassergewinnung, dem Grundwasser- und dem Hochwasserschutz muss das Windvorranggebiet Nörten-Hardenberg 01 aus der RROP-Planung ausgeschlossen werden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 147.

---

Stellungnehmer-ID: **135**   Stellungnahme-ID: **155**   BE-ID: **477**   **Gemeinde Bilshausen**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

In Bezug auf das Vorranggebiet Lindau 01 äußere ich ebenfalls weiterhin Bedenken. Auch durch dieses Vorranggebiet ergibt sich unter Berücksichtigung der Vorranggebiete des Entwurfes des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen eine deutliche Überfrachtung und überproportionale Belastung des Landschaftsraumes, hier auch insbes. rund um Bilshausen.

Sie führen aus, dass eine Wohnnutzung im Gewerbegebiet als nachrangig zu sehen ist, da eine solche nur in Ausnahmefällen zulässig ist. Ihrer Abwägung, dass ein erhöhter Schutzanspruch für die vorhandene Wohnnutzung am angemerkt Standort nicht gegeben ist, trete ich entgegen. Wohnnutzungen bestehen, wenn auch nur als Ausnahmefall; dies kann nicht zu einer nachrangigen Bedeutung des Schutzgutes Mensch führen.

Entgegen Ihres der Abwägung zu Grunde liegenden Kenntnistandes gibt es sehr wohl Erweiterungsabsichten des Gewerbegebietes von einem dort bereits ansässigen Gewerbetreibenden. Erste Gespräche dazu wurden zwischen dem Investor und der Gemeinde Bilshausen bereits geführt. Die in Richtung Wulfen a.H. angedachte Erweiterung Gewerbegebietes wird von der Gemeinde Bilshausen unterstützt. Darüber hinaus wurde kürzlich im Gemeinderat auch eine mögliche Erweiterung um bis zu 5.000 qm westlich des Radweges diskutiert. Diese Planungen müssen Berücksichtigung finden und zu einer Verkleinerung der Windvorrangfläche und insbes. auch zu einer Erhöhung des Mindestabstandes zum Gewerbegebiet führen, um dessen Bestand und Weiterentwicklung nicht entgegenzustehen. Der Abstand zum Gewerbegebiet wird noch immer als nicht zumutbar erachtet. Der derzeitige Abstand unterschreitet die Entfernung von 600 m, die mindestens gefordert wird.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Hinweise wurden im ersten Beteiligungsverfahren bereits vorgebracht und sind in der ersten Abwägung und entsprechender Synopse bereits behandelt (vgl. Stellungnahme-ID 276, BE-ID 985 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gehalten. Zur Sachaufklärung wird zusätzlich auf die BE-ID 98 und entsprechende Abwägung verwiesen.

Aus Gründen der Klarstellung und Nachvollziehbarkeit wird darauf hingewiesen, dass sich die im Einwand genannten Erweiterungsabsichten weder im kürzlich erstellten Gewerbeflächenentwicklungskonzept der

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Landkreise Göttingen und Northeim widerspiegeln, noch eine offizielle Beteiligung des Landkreises Northeim an einem derartigen Vorhaben erfolgt ist. Entwicklungsmöglichkeiten des Gewerbestandortes sind nach hiesiger Auffassung nach wie vor gegeben und werden durch das Vorranggebiet Windenergienutzung nicht verhindert. Um unzulässige Beeinträchtigungen im Bereich der Landkreisgrenze zu vermeiden, erfolgte eine Überprüfung der Umfassung unter Berücksichtigung des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen sowie der Flächennutzungsplanungen der Samtgemeinden Gieboldehausen und Hattorf am Harz und frühzeitige Abstimmung mit dem Landkreis Göttingen.

Stellungnehmer-ID: **98**    Stellungnahme-ID: **118**    BE-ID: **292**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

durch das am 19.04.2024 in Kraft getretene Niedersächsische Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) ist der Landkreis Northeim verpflichtet, bis Ende 2027 Windenergiegebiete im Umfang von 0,8 % der Landkreisfläche und bis zum 31.12.2032 insgesamt 1,04 % auszuweisen und dauerhaft vorzuhalten. Zu diesem Zweck hat der Kreistag die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms beschlossen. Infolgedessen wurde durch den Landkreis Northeim mit dem Beschluss im Kreistag am 07.03.2025 die Einleitung des zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahrens vom 21. März 2025 im Zeitraum vom 23. Mai 2025 gemäß § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 3 Abs 2 NROG eingeleitet. Von der Möglichkeit der Beteiligung möchten wir mit folgender Stellungnahme Gebrauch machen.

Die [Inhalt anonymisiert] ist eine Tochtergesellschaft des dänischen Unternehmens [Inhalt anonymisiert] und spezialisiert auf die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Parks für erneuerbare Energien. Von unserem Hauptsitz in Hamburg aus sowie fünf weiteren Niederlassungen in Deutschland, realisieren wir bundesweit erfolgreich Projekte für erneuerbare Energien. Derzeit besitzt und betreibt die [Inhalt anonymisiert] Kapazitäten von 2,2 GW in Wind- und Solarparks. In Deutschland betreibt die [Inhalt anonymisiert] 843 MW mit ca. 414 MW Eigenbesitz. Im Jahr 2023- 24 erzeugten diese Anlagen über 2,3 TWh sauberen und erneuerbaren Strom.

Im Rahmen unserer Projektentwicklung im Bereich der Windenergie sind wir auch im Landkreis Northeim tätig. In diesem Zusammenhang möchten wir mit unserer Stellungnahme Bezug auf das im Entwurf ausgewiesene Vorranggebiet Windenergienutzung Schoningen nehmen.

Wir freuen uns über die Ausweisung als Windvorranggebiet durch die Regionalplanung. Seit 2016 haben wir das Gebiet in Kooperation mit der ehemaligen [Inhalt anonymisiert] in der Entwicklung und sind derzeit (mittlerweile alleinige Inhaber der Projektrechte) mit dem Bau unserer Windkraftanlage befaßt. Dennoch stimmen wir der Abgrenzung des Gebiets nicht vollständig zu. Aus unserer Sicht gehen wichtige weitere Potenziale für die Errichtung von Windenergieanlagen verloren (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Windvorranggebiet Schoningen und Erweiterungspotenzial

Wir sprechen uns für eine noch weitere Fassung des Windvorranggebiets Schoningen aus und möchten dazu folgende Argumente anbringen:

Mit dem 2. Entwurf der Neuaufstellung des RROP verfolgt der Landkreis Northeim die Erreichung des Teilflächenziels 2027. Die bis 2027 notwendigen 0,8 % der Kreisfläche werden mit 0,95 % im aktuellen Entwurf zwar übertroffen, nichtsdestotrotz werden bis 2032 weitere Flächenanteile von 0,09 % notwendig (insgesamt bis 2032 1,04% der Kreisfläche – siehe Begründung S. 362). Durch die Ausdehnung bereits avisierter Flächen auf eine vertragliche Ausdehnung, kann das Flächenziel 2032 zügiger erreicht werden und damit die dringend notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels Wirkung zeigen. Gleichzeitig wird die Errichtung von Windenergieanlagen an diesen Stellen gebündelt und einer „Verspargelung“ der Landschaft entgegengewirkt.

Die benannte Erweiterungsfläche liegt innerhalb eines Landschaftsschutzgebiets und dem Naturpark Solling-Vogler. In Kapitel 4 (S. 54) des vorliegenden Entwurfs wird beschrieben, dass diese Gebiete grundsätzlich auch für Windenergievorhaben in Anspruch genommen werden dürfen, sofern das Vorhaben nach Maßgabe der §§ 26 und 27 BNatSchG geprüft wurde. Somit stellen diese Aspekte aktuell für die Ausweisung des Gebiets keinen Hindernisgrund dar.

Die Beschreibung des Kapitel 4, gibt einen Einblick in die Ermittlung von Tabuzonen für die Errichtung von Windenergieanlagen. Unterschieden wird dabei in harte und weiche bzw. vorsorgeorientierte Tabuzonen. Die letztgenannten Tabuzonen liegen im Ermessungsspielraum des Planungsträgers. Hervorgehoben wird innerhalb der weichen bzw. vorsorgeorientierten Tabuzonen der Waldrand (Waldrandlinie nach innen und außen), dem ein 100 m Abstand plus eine Rotorzugabe zuzusprechen ist (insgesamt 180 m). Der angegebene Erweiterungsbereich des Windvorranggebiets Schoningen ist davon direkt betroffen und fällt damit in die im Entwurf benannte Tabuzone. Diese leitet sich u.a. aus dem im LROP vorgegeben Schutz von Waldrändern ab. So nennt auch der aktuell öffentlich ausliegende Entwurf der LROP Neuaufstellung, dass „Waldränder [...] von störenden Nutzungen und von Bebauung freigehalten werden [sollen]“. Gleichzeitig wird innerhalb des LROP jedoch kein Schutzabstand festgelegt, sodass dieser per se nicht umgesetzt werden muss und die weiche Tabuzone und Abstand zum Waldrand im Einzelfall überprüft werden sollte.

Die bereits vertraute Zusammenarbeit mit den Grundstückseigentümern ermöglicht einen beschleunigten Planungsprozess und eine hohe Wahrscheinlichkeit für den Planungs- und Ausbaurfolg erneuerbarer



Energien.

Aus unserer Sicht ist es für den Ausbau der erneuerbaren Energien unerlässlich, möglichst großflächig Windvorranggebiete auszuweisen und in Bereichen eines hohen Ausbaufortschritts, die Gewichtung der einzelnen Tabuzonen aufzuweichen.

**Abwägung:**  
*Wird zur Kenntnis genommen*  
Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Der in der Einwendung geforderte Erweiterungsbereich war im 1. und 2. RROP-Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung vorgesehen.

Aus Gründen der Sachaufklärung und Nachvollziehbarkeit wird Folgendes ausgeführt:

Der in der Einwendung genannte Erweiterungsbereich beansprucht teilweise den planerisch angewendeten Siedlungs- und Waldrandabstand. Darüber hinaus führt die Erweiterung zu einer zusätzlichen und großflächigeren Beanspruchung des Landschaftsschutzgebietes „Solling“ und des Naturparks Solling-Vogler. Im Bereich des Vorranggebietes Schoningen 01 wird zwar teilweise vom Planungskonzept abgewichen. Ein Abweichen von den Ausschluss- und Abstandskriterien erfolgt allerdings im vorliegenden Fall nur begründet unter Berücksichtigung der bereits genehmigten und bestehenden Windenergieanlagen. Darüberhinausgehende Erweiterungen in dem Bereich widersprechen dem landkreisweit angewendeten Planungskonzept. Der Planungsträger gibt in den Bereichen dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug. Der Planungsträger verfolgt das Ziel durch die gesteuerte Standortwahl der Windenergienutzung zum einen angemessenen Raum zu verschaffen und zum anderen einen zusätzlichen Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft zu gewährleisten. Dabei soll unter anderem eine Gleichverteilung im Raum, unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und Charakteristika, angestrebt werden, um eine durch Windenergieanlagen großräumig visuelle Überprägung und Beeinträchtigung des Planungsraumes zu vermeiden und einen geordneten Ausbau der Windenergienutzung zu ermöglichen. Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Die planerische Abwägung umfasst grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Der Abwägungsspielraum wurde dabei bereits durch die verbindlichen Vorgaben von Teilflächenzielen vorbestimmt. Der Regionalplanungsträger ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann.

Der Regionalplanungsträger hält daran fest, dass der vom Einwender genannte Erweiterungsbereich nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen wird und der Flächenzuschnitt von Schoningen 01 in seinem Zuschnitt bestehen bleibt.

---

Stellungnehmer-ID: **93**    Stellungnahme-ID: **112**    BE-ID: **166**    **Privat**  
Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**    Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

**Einwendung:**  
im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand; 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgender Potenzialflächen zur Windenergienutzung Hevensen 01, Stellung bezogen.

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“



Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotop, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

„Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: **96**    Stellungnahme-ID: **115**    BE-ID: **170**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Hevensen 01

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80

Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlaflplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotop, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

### „Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: **76**    Stellungnahme-ID: **92**    BE-ID: **155**    **Stadt Einbeck**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Windenergie

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Es ist festzuhalten, dass die im Rahmen der 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Einbeck ausgewiesenen Sonderbauflächen für Windenergieanlagen zwischen Brunsen und Stroitz (Brunsen 01) und zwischen Dassensen und Holtensen (Einbeck 01) sowie der als „Ahlshausen-Sievershausen 01“ dargestellte Bereich nördlich von Ahlshausen in die Planungen des Landkreises übernommen und in der Neuaufstellung des RROP als Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt wurden. Dies wird nach wie vor begrüßt. Letzterer Bereich war bereits unter Anwendung der zugrunde gelegten Ausschlusskriterien Gegenstand des Vorentwurfs der 15. F-Planänderung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange war, musste jedoch zum damaligen Zeitpunkt aufgrund von artenschutzrechtlichen Konflikten entfallen. Voraussetzung ist hier allerdings, dass diese Konflikte unter Zugrundelegung und Beachtung der aktuellen Gesetzeslage ausgeräumt werden können. Des Weiteren ist anzumerken, dass der Landkreis Northeim den Forderungen der Stadt Einbeck gefolgt ist, den in das Stadtgebiet südlich von Ahlshausen hineinragenden Teil des Vorranggebietes für Windenergienutzung (benannt als Hohnstedt 01) und auch den Bereich am Holtershäuser Berg nun im 2. Entwurf des RROP entfallen zu lassen. Diese Bereiche widersprechen auch dem Planungskonzept der Stadt Einbeck.

Die Stadt Einbeck wird sich weiterhin in den weiteren Planungsprozess des Landkreises konstruktiv einbringen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Stadt Einbeck zukünftig neben der Windenergie auch mit der Solarenergie durch die Errichtung von Photovoltaikanlagen ihren Beitrag zum Ausbau der regenerativen Energien leisten wird.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **95**    Stellungnahme-ID: **114**    BE-ID: **168**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2 Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgender Potenzialflächen zur Windenergienutzung

Hevensen 01,

Stellung bezogen.

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlerchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen. Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. - Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotox, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

### „Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### Abwägung:

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 256 **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

**Einwendung:**

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Langfast 01

Die nördliche Teilfläche des Vorranggebietes Langfast 01 befindet sich innerhalb eines Golfplatzes, der als Vorranggebiet regional bedeutsame Sportanlage (und Vorranggebiet infrastrukturbezogene Erholung) festgelegt ist. Als schlussabgewogene Ziele der Raumordnung ist bei Überlagerung von Vorrangfestlegungen in der Begründung herzuleiten, ob eine Vereinbarkeit der vorrangigen Zweckbestimmungen vorliegt. Diese wäre dann gegeben, wenn die jeweiligen vorrangigen Zweckbestimmungen bzw. Nutzungen sich überwiegend durchsetzen können. In der Begründung zur Festlegung des Golfplatzes und v. a. im Gebietsblatt zum Vorranggebiet Windenergienutzung ist dies zu kurz geraten und daher dezidiert darzulegen, inwiefern die Errichtung von Windenergieanlagen im Vorranggebiet einerseits zu einer Beeinträchtigung des Golfplatzes oder seiner Nutzung führt oder andererseits die regional bedeutsame Sportanlage die Nutzbarkeit des Vorranggebietes Windenergienutzung für die Energieerzeugung einschränkt.

**Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Die Begründung zu den betroffenen Vorranggebieten infrastrukturbezogene Erholung (V IE 2) und regional bedeutsame Sportanlage sowie das Gebietsblatt zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Langfast 01" werden präzisiert.

Aus Sicht des Planungsträgers bestehen aus tatsächlichen Gründen keine Zweifel daran, dass sich die jeweiligen vorrangigen Zweckbestimmungen bzw. Nutzungen im vorliegenden Fall überwiegend durchsetzen können. Im Bereich des bestehenden Golfplatzes gibt es bereits konkrete Planungen für die Errichtung und Bau von Windenergieanlagen.

---

Stellungnehmer-ID: 127 Stellungnahme-ID: 147 BE-ID: 377 **Klosterkammer Hannover**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

**Einwendung:**

Als weiterer Punkt, der angesprochen werden muss, ist das Windvorranggebiet im Bereich Wiebrechtshausen zu nennen (Fläche Northeim 03). Bereits in der Stellungnahme zum Ersten Entwurf wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Begrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung nach Süden hin nicht nachvollziehbar ist. Als Begründung durch die Raumplanung wurde angemerkt, dass vorsorgeorientiert ein Abstand von 1.080 bzw. 600 Metern zu Siedlungsbereichen mit Wohnnutzung bzw. Einzelgebäuden im Außenbereich zu berücksichtigen sei. Hierzu muss jedoch der Hinweis erlaubt sein, dass es sich bei dem Gebäude, das sich auf dem Flurstück der Gemarkung Denkershausen, [Inhalt anonymisiert] befindet, um eine Scheune handelt, so dass der Abstand reduziert und das Vorranggebiet Windenergienutzung nach Süden hin ausgeweitet werden könnten. Diese Verlagerung wäre insofern vorzugswürdig, als dass der nördliche Teilbereich der Teilfläche "e" ein großes avifaunistisches Konfliktpotential in sich birgt.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Der in der Einwendung geforderte Erweiterungsbereich war im 1. und 2. RROP Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung vorgesehen.

Wie bereits in der Abwägung zur Einwendung zum ersten RROP-Entwurf (siehe BE-ID 507 des 1. Beteiligungsverfahrens) beschrieben, lässt das Vorranggebiet Windenergienutzung Northeim 03 Flächen unberücksichtigt, die den Siedlungsabstand von 1.080 m unterschreiten oder im Bereich weiterer im Planungskonzept festgelegten Tabuzonen liegen. Die in der Einwendung genannte Scheune wurde im Planungskonzept nicht als Siedlungsbereichen mit Wohnnutzung bzw. Einzelhaus im Außenbereich berücksichtigt. Die Abgrenzung ergibt sich aufgrund des südlich liegenden Segelflugplatzes und berücksichtigt die nötigen Sicherheitsabstände zu den Platzrunden, die im Rahmen des Planungskonzeptes als Tabuzone gewertet werden.

Die Einwendung enthält keine neuen planerischen für die Abwägung relevante Hinweise und wird zur Kenntnis genommen. Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

---

Stellungnehmer-ID: 130 Stellungnahme-ID: 150 BE-ID: 355 **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

**Einwendung:**

Nörten-Hardenberg 01

In Ihrem RROP-Entwurf 08/2023 wurde unter Punkt 2.4 „Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild“ noch folgender Befund aufgeführt:

„Der aktuell besetzte Rotmilan-Horst befindet sich in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Grenze der Potentialfläche.“

Im aktuellen RROP, 2. Entwurf Stand: 11/2024 ist dieser Rotmilan-Horst weder aufgeführt noch erwähnt. Wie kommt es, dass ein so wichtiger und entscheidender Fund nicht weiter untersucht wird. Werden kritische Bereiche von der avifaunistischen Untersuchung generell ausgeschlossen oder schaut man einfach nicht so genau hin, damit sich die Windkraft auch in ökologisch wichtigen Bereichen „durchsetzen“ kann?

Des Weiteren schreiben Sie:

„Im Bereich der Fläche liegt zudem ein Entwicklungskorridor für Offenland, mit dem Ziel Grünland und Feuchtbiotopen zu entwickeln (po 44) (PU 2020). Die Korridore stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Die Korridordarstellung steht lediglich symbolisch für einen Suchraum, in welchen Wildkatzen wahrscheinlich wandern...“

Zudem wird auf die beiden angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete „Wahrberg“ und „Mäuseberg und Eulenberg“ hingewiesen.

Was ist denn jetzt das Ziel in diesem Bereich?

Wollen Sie ein attraktives Naherholungs- und Naturschutzgebiet schaffen oder weisen Sie die Gebiete nur „symbolisch“ aus, um öffentliche Subventionen einwerben zu können? Eine Weiterentwicklung des Gebietes in ein offenes Grünland und Feuchtbiotop hat doch nicht nur symbolischen Charakter. Das Gebiet ist hoch attraktiv für eine Vielzahl von Vögeln, Greifvögeln und Fledermäusen.

Die Windkraftnutzung führt damit unweigerlich, wie Sie ja auch schon im Entwurf 08/2023 unter Punkt 2.4 festgestellt haben, zu schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten!

Die unter Punkt 5, vorgeschlagene Maßnahme „V6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereiches und der Zuwegung im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ ist in diesem Zusammenhang wohl als Witz zu verstehen, oder? Wollen Sie die stark subventionierten Feuchtbiootope im Rahmen der Errichtung der Windkraftanlagen wieder trockenlegen?

Hier scheint ein Konzept bereits in der Planungsphase nicht stimmig zu sein. Dies muss als Konsequenz haben, dass der RROP diesbezüglich überprüft und nachgearbeitet wird. Eine Verlagerung des Konzeptes auf die Genehmigungsphase wird der Diskrepanz, die bereits in der Planungsphase vorliegt, nicht gerecht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Vorranggebiete der Windenergienutzung bereits jetzt im Planungsstand im Überschwemmungsgebiet der Leine befinden. Dies erfordert, wie Sie selbst schreiben, besondere Nebenbestimmungen, die mit der Unteren Wasserbehörde im Genehmigungsverfahren festzulegen und zu prüfen sind.

Zudem befinden sich im angrenzenden Bereich in Richtung Elvise Wasserschutzgebiete für die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise zugunsten des Flecken Nörten-Hardenberg mit der Schutzgüte I bis III.

Die Standortwahl in einem Überschwemmungsgebiet und der direkten Nähe zum Fluss lassen einen sehr weichen Boden bis in größere Tiefen vermuten. Um die Windkraftanlagen unter diesen Umständen sicher aufbauen und betreiben zu können, werden sog. Pfahlgründungen errichtet. Dies sind in der Regel Ort betonrampfpfähle und/oder Rüttelstopfsäulen, die nicht selten bis zu Tiefen von über 30 m! in den Boden reichen. Pro Windkraftanlage können bis zu 60 Pfähle nötig sein!

Die Auswirkungen dieser Pfahlgründungen auf das Grundwasser sowie insbesondere auf die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise sind in Ihrem RROP-Entwurf nicht aufgeführt. Zudem sind die Auswirkungen der Pfahlgründungen in einem wassertechnisch genutzten und damit hoch sensiblen Bereich nicht abschätzbar.

Eine Durchstoßung von wasserführenden Schichten kann verheerende und irreparable Auswirkungen haben, insbesondere auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvise. Die Folgen könnten gesellschaftliche und politische Verwerfungen mit sich bringen.

Die Fließrichtung der Leine ist beim Hochwasserschutz besonders zu berücksichtigen. Die Leine passiert zunächst den Ort Nörten-Hardenberg bevor dieser die gleich angrenzenden beiden Vorranggebiet der Windkraftanlagen Nörten-Hardenberg 01 passiert. Ein Rückstau an den hier geplanten Windkraftanlagen hätte unmittelbar die Folge, dass die tiefer liegen Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt würden. Aufgrund des Klimawandels ist mit vermehrten Wetterextrem zu rechnen, lange Trockenzeiten (wie gerade im April und Mai 2025) sowie extreme starregen Ereignisse. Auch dieser Sachverhalt muss bereits im Planungsentwurf mit entsprechenden Gutachten berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe des Landkreises und, so nehme ich an, der Unteren Wasserbehörde Vorsorge für Jahrhunderthochwasser zu treffen und Schaden von der Bevölkerung möglichst abzuwenden.

Fazit:

Aufgrund des Entwicklungskorridors mit Grünland und Feuchtbiotop, den angrenzenden Naturschutzbereichen und insbesondere den nicht abzusehenden baulichen Folgen auf die Wassergewinnung, dem Grundwasser- und dem Hochwasserschutz muss das Windvorranggebiet Nörten-Hardenberg 01 aus der RROP-Planung ausgeschlossen werden.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 147.

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 257

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

**Einwendung:**

Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Schoningen 01

Im Gebietsblatt ist eine Auseinandersetzung mit der kleinflächigen Überlagerung des Vorranggebietes mit dem Naturpark „Solling-Vogler“ und dem LSG „Solling“ erforderlich.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Das Gebietsblatt zur Fläche "Schoningen 01" wird entsprechend angepasst. Die Auseinandersetzung mit dem Landschaftsschutzgebiet "Solling" und dem Naturpark Solling-Vogler werden ergänzt.

Stellungnehmer-ID: **92**    Stellungnahme-ID: **111**    BE-ID: **165**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand; 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgender Potenzialflächen zur Windenergienutzung

Hevensen 01,

Stellung bezogen.

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen Im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie

Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotoxik, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

### „Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: 134 Stellungnahme-ID: 154 BE-ID: 475 **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ich bin Flächeneigentümer innerhalb des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf. Mit großer Verwunderung habe ich wahrgenommen, dass diese Fläche im 2. RROP-Entwurf entfallen ist und dies mit einer angeblichen Umfassungswirkung von Ortschaften begründet wird. Dabei kann ich mit meiner Ortskenntnis mitteilen, dass jedenfalls die zwei östlich von Ahlshausen befindlichen alten, kleinen Windkraftanlagen keine maßgebliche Wirkung auf die Umgebung entfalten.

Ich mache mir insofern auch die anwaltliche Stellungnahme in Anlage zu eigen zu meiner Äußerung und fordere den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 in das RROP wieder aufzunehmen sowie damit den zwischenzeitlichen Fehler des 2. RROP-Entwurfs zu beseitigen. Anderenfalls wäre sonst mein sich bereits durch laufende Planungen für Windkraftanlagen auf meinen Flächen verfestigtes Eigentumsinteresse fehlerhaft und nachhaltig sowie nachteilig betroffen.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 472.

Stellungnehmer-ID: **83**    Stellungnahme-ID: **100**    BE-ID: **150**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Nörten-Hardenberg 01

In Ihrem RROP-Entwurf 08/2023 wurde unter Punkt 2.4 „Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild“ noch folgender Befund aufgeführt:

„Der aktuell besetzte Rotmilan-Horst befindet sich in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Grenze der Potentialfläche.“

Im aktuellen RROP, 2. Entwurf Stand: 11/2024 ist dieser Rotmilan-Horst weder aufgeführt noch erwähnt. Wie kommt es, dass ein so wichtiger und entscheidender Fund nicht weiter untersucht wird. Werden kritische Bereiche von der avifaunistischen Untersuchung generell ausgeschlossen oder schaut man einfach nicht so genau hin, damit sich die Windkraft auch in ökologisch wichtigen Bereichen „durchsetzen“ kann?

Des Weiteren schreiben Sie:

„Im Bereich der Fläche liegt zudem ein Entwicklungskorridor für Offenland, mit dem Ziel Grünland und Feuchtbiotopen zu entwickeln (po 44) (PU 2020). Die Korridore stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Die Korridordarstellung steht lediglich symbolisch für einen Suchraum, in welchen Wildkatzen wahrscheinlich wandern...“

Zudem wird auf die beiden angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete „Wahrberg“ und „Mäuseberg und Eulenberg“ hingewiesen.

Was ist denn jetzt das Ziel in diesem Bereich?

Wollen Sie ein attraktives Naherholungs- und Naturschutzgebiet schaffen oder weisen Sie die Gebiete nur „symbolisch“ aus, um öffentliche Subventionen einwerben zu können? Eine Weiterentwicklung des Gebietes in ein offenes Grünland und Feuchtbiotop hat doch nicht nur symbolischen Charakter. Das Gebiet ist hoch attraktiv für eine Vielzahl von Vögeln, Greifvögeln und Fledermäusen.

Die Windkraftnutzung führt damit unweigerlich, wie Sie ja auch schon im Entwurf 08/2023 unter Punkt 2.4 festgestellt haben, zu schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten!

Die unter Punkt 5, vorgeschlagene Maßnahme „V6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereiches und der Zuwegung im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ ist in diesem Zusammenhang wohl als Witz zu verstehen, oder? Wollen Sie die stark subventionierten Feuchtbiopte im Rahmen der Errichtung der Windkraftanlagen wieder trockenlegen?

Hier scheint ein Konzept bereits in der Planungsphase nicht stimmig zu sein. Dies muss als Konsequenz haben, dass der RROP diesbezüglich überprüft und nachgearbeitet wird. Eine Verlagerung des Konzeptes auf die Genehmigungsphase wird der Diskrepanz, die bereits in der Planungsphase vorliegt, nicht gerecht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Vorranggebiete der Windenergienutzung bereits jetzt im Planungsstand im Überschwemmungsgebiet der Leine befinden. Dies erfordert, wie Sie selbst schreiben, besondere Nebenbestimmungen, die mit der Unteren Wasserbehörde im Genehmigungsverfahren festzulegen und zu prüfen sind.

Zudem befinden sich im angrenzenden Bereich in Richtung Elvise Wasserschutzgebiete für die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise zugunsten des Flecken Nörten- Hardenberg mit der Schutzgüte I bis III.

Die Standortwahl in einem Überschwemmungsgebiet und der direkten Nähe zum Fluss lassen einen sehr weichen Boden bis in größere Tiefen vermuten. Um die Windkraftanlagen unter diesen Umständen sicher aufbauen und betreiben zu können, werden sog. Pfahlgründungen errichtet. Dies sind in der Regel Ortbetonrammpfähle und/oder Rüttelstopfsäulen, die nicht selten bis zu Tiefen von über 30 m! in den Boden reichen. Pro Windkraftanlage können bis zu 60 Pfähle nötig sein!

Die Auswirkungen dieser Pfahlgründungen auf das Grundwasser sowie insbesondere auf die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise sind in Ihrem RROP-Entwurf nicht aufgeführt. Zudem sind die Auswirkungen der Pfahlgründungen in einem wassertechnisch genutzten und damit hoch sensiblen Bereich nicht abschätzbar.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Eine Durchstoßung von wasserführenden Schichten kann verheerende und irreparable Auswirkungen haben, insbesondere auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvise. Die Folgen könnten gesellschaftliche und politische Verwerfungen mit sich bringen.

Die Fließrichtung der Leine ist beim Hochwasserschutz besonders zu berücksichtigen. Die Leine passiert zunächst den Ort Nörten-Hardenberg bevor dieser die gleich angrenzenden beiden Vorranggebiet der Windkraftanlagen Nörten-Hardenberg 01 passiert. Ein Rückstau an den hier geplanten Windkraftanlagen hätte unmittelbar die Folge, dass die tiefer liegen Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt würden. Aufgrund des Klimawandels ist mit vermehrten Wetterextrem zu rechnen, lange Trockenzeiten (wie gerade im April und Mai 2025) sowie extreme starregen Ereignisse. Auch dieser Sachverhalt muss bereits im Planungsentwurf mit entsprechenden Gutachten berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe des Landkreises und, so nehme ich an, der Unteren Wasserbehörde Vorsorge für Jahrhunderthochwasser zu treffen und Schaden von der Bevölkerung möglichst abzuwenden.

Fazit:

Aufgrund des Entwicklungskorridors mit Grünland und Feuchtbiotop, den angrenzenden Naturschutzbereichen und insbesondere den nicht abzusehenden baulichen Folgen auf die Wassergewinnung, dem Grundwasser- und dem Hochwasserschutz muss das Windvorranggebiet Nörten-Hardenberg 01 aus der RROP-Planung ausgeschlossen werden.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 147.

---

Stellungnehmer-ID: **74**    Stellungnahme-ID: **89**    BE-ID: **98**    **Landkreis Göttingen**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

Zu Gebietsblatt 10 Lindau 01:

Die im Rahmen der Stellungnahmen des Landkreises Göttingen vom 15.11.2023 geforderte Überprüfung der Umfassungswirkung für die Ortschaften Wulften am Harz und Bilshausen ist erfolgt und entsprechend nachvollziehbar innerhalb der Begründung bzw. dem Gebietsblatt dargelegt. Ungeachtet dessen entsteht durch das Vorranggebiet Lindau 01 im Zusammenhang mit den geplanten Vorranggebieten des Entwurfs des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen eine deutliche Überfrachtung des Raumes.

Der Abstand von lediglich 130 m zu dem Gewerbegebiet Bilshausen, ausgehend von der südöstlichen Ausdehnung des Vorranggebietes, ist aus Sicht des Landkreises Göttingen weiterhin inakzeptabel. Die Verlagerung einer Auseinandersetzung mit möglichen Beeinträchtigungen des Gewerbegebietes jenseits der Regionalplanungsebene ist aus Gründen der Vorsorge kritisch zu bewerten. Daher wird unverändert die Einhaltung eines Mindestabstandes von einer Kipphöhe der Referenzanlagen (250 m) zum Gewerbegebiet gefordert, um die Betriebssicherheit bei Unfällen bzw. Havarien sowie die Erweiterungsmöglichkeiten des Gewerbegebietes zu gewährleisten.

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Hinweise wurden im ersten Beteiligungsverfahren bereits vorgebracht und sind in der ersten Abwägung und entsprechender Synopse bereits behandelt (vgl. Stellungnahme-ID 119, BE-ID 1038 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gehalten.

Zur Sachaufklärung:

Aus den Vorranggebieten Windenergienutzung des Landkreises Northeim in seinen bereits angepassten Zuschnitten des zweiten RROP-Entwurfs entstehen keine umfassenden, erheblichen Beeinträchtigungen auf die Ortschaften des Landkreises Göttingen. Um unzumutbare Beeinträchtigungen im Bereich der Landkreisgrenze vorsorgeorientiert zu vermeiden, erfolgte eine Überprüfung der Umfassung unter Berücksichtigung des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen und frühzeitige Abstimmung mit dem Landkreis Göttingen. Aufgrund des Zuschnitts, der Lage und der Abstände des Vorranggebietes Lindau 01 im Zusammenhang mit den geplanten Vorranggebieten des Entwurfs des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen, ist eine unzulässige Überfrachtung des Gebietes zwischen dem Landkreis Göttingen und Northeim aus Sicht des Regionalplanungsträgers grundsätzlich nicht zu erwarten. Es obliegt dem Landkreis Göttingen, seine Planungen in seinem Sachlichen Teilplan Wind zugunsten einer raumverträglicheren Verteilung zu reduzieren und die Vorranggebiete Windenergienutzung des RROP-Entwurfs des Landkreises Northeim für seine weitere Bearbeitung heranzuziehen.

Industrie- und Gewerbegebiete schließen eine Windenergienutzung nicht aus. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist in Gewerbe- und Industriegebieten (§§ 8 und 9 BauNVO) oder in Gebieten, die nach § 34 Abs. 2 BauGB als solche zu beurteilen sind, grundsätzlich zulässig. Eine Zulässigkeit kann auch auf Versorgungsflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB gegeben sein. Der Landkreis Northeim schließt die Gebiete in

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

seinem Planungskonzept zwar aus, um die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Gebiete für Gewerbe- und Industrie zu sichern. Darüberhinausgehende Schutzabstände sind aus Sicht des Planungsträgers allerdings nicht notwendig. Im Sinne der Gleichbehandlung werden die im Planungskonzept angewendeten Tabuzonen und Kriterien auch im Grenzbereich des Landkreises angewendet. Durch das Vorranggebiet Windenergienutzung wird eine Entwicklungsmöglichkeit des Gewerbegebietes nicht grundsätzlich eingeschränkt oder gefährdet. Dem Planungsträger sind keine konkreten Erweiterungsabsichten auf Seiten des Landkreises Northeim bekannt. Aus Sicht des Planungsträgers wird die Betriebssicherheit durch Windenergieanlagen nicht erheblich beeinträchtigt. Von Windenergieanlagen gehen grundsätzlich keine erhöhten abstrakten Gefahren aus. Die Anzahl der aufgetretenen Unfälle bzw. Havarien ist gemessen an der Gesamtanzahl der Windenergieanlagen in Deutschland als gering einzustufen. Windenergieanlagen erfüllen hohe Sicherheitsstandards. Eine bloße abstrakte Gefahr für das Auftreten von Unfällen begründet aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht die Notwendigkeit von zusätzlichen Schutzabständen, wenn Windenergieanlagen innerhalb der Gewerbe- und Industriegebieten grundsätzlich zulässig sind. Sie stehen einer möglichen Genehmigung von Windenergieanlagen somit auch grundsätzlich nicht entgegen. Der Forderung zur Einhaltung eines Mindestabstands von einer Kipphöhe der Referenzanlage (250 m) zum Gewerbegebiet wird nicht gefolgt. Es liegt im landkreisweiten Vergleich kein atypischer Fall vor.

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 255 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Lindau 01

Die nördliche Abgrenzung des Vorranggebietes grenzt punktuell unmittelbar an das FFH-Gebiet „Sieber, Oder, Rhume“ (DE4228-331) an. Es ist nicht erkennbar, warum in diesem Fall die in das Planungskonzept eingestellte und in Tab. 4.2.1-3 angeführte Rotor-Out-Zugabe von 80 m nicht zur Anwendung kommt. Die Ausnahme vom Planungskonzept ist in der Begründung und im Gebietsblatt darzulegen oder der Gebietszuschnitt entsprechend anzupassen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht berücksichtigt*

Aus Sicht des Planungsträgers ist die Nähe zu dem FFH-Gebiet "Sieber, Oder, Rhume" vertretbar. Der Abstand zum FFH-Gebiet wird in einem Bereich unterschritten, der landwirtschaftlich intensiv als Ackerfläche genutzt wird und für den Schutzzweck des Schutzgebietes nicht von Bedeutung ist. Das FFH-Gebiet ist lediglich von einem möglichen Rotorüberstrich betroffen. Ein Abweichen vom vorsorgeorientierten Abstand zum FFH-Gebiet wird unter Berücksichtigung der Naturschutzgebietsausweisung und der im FFH-Gebiet relevanten Zielarten im Rahmen der Abwägung als vertretbar erachtet, um ein Erreichen der regionalen Teilflächenziele sicherzustellen und hierfür andernorts auf zusätzliche Festlegungen verzichten zu können.

Im Rahmen der Überarbeitung wird das Gebietsblatt entsprechend präzisiert.

---

Stellungnehmer-ID: 115 Stellungnahme-ID: 136 BE-ID: 283 Privat

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

mit diesem Schreiben möchte ich Stellung zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms, Vorranggebiet Windenergienutzung Ahlshausen-Sievershausen 01, nehmen:

mit Verwunderung mussten wir Bürger von Ahlshausen-Sievershausen feststellen, dass die im Hinblick auf eine Nutzung durch Windenergieanlagen schon mehrfach betrachtete und zurückgewiesenen Fläche im Bereich Hainberg/Ortberg abermals in diesem zweiten Beteiligungsverfahren des RROP zur Disposition stehen.

Dazu möchte ich aus einer Stellungnahme der Stadt Einbeck vom 17.12.2020 (aktualisiert am 23.02.2022) zitieren:

„Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich der Stadt Einbeck Entgegen anderslautender Berichte ist die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) im Gebiet der Stadt Einbeck weiterhin nur innerhalb der im Flächennutzungsplan dargestellten sog. Sonderbauflächen zwischen Brunsen und Stroit, zwischen Dassensen und Holtensen sowie am Süllberg südlich von Naensen zulässig. Der vom Landkreis Northeim genehmigte Flächennutzungsplan verbietet durch seine rechtliche Ausschlusswirkung WEA im übrigen Stadtgebiet.

Die Stadt Einbeck wird dies als Stellungnahme zur geplanten Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) des Landkreises Northeim einbringen. Der Landkreis hat ein förmliches Beteiligungsverfahren jedoch noch nicht eingeleitet. Mit dem Inkrafttreten des neuen RROP dürfte frühestens in einem bis zwei Jahr zu rechnen sein. Die Regelungen des Flächennutzungsplans der Stadt Einbeck sind dabei zu berücksichtigen.“

(Einbeck, 2025)

Aufgrund dieser eindeutigen Stellungnahme der Stadt Einbeck wundert es mich, dass das Vorranggebiet Windenergienutzung Ahlshausen-Sievershausen 01 in dieser Neuaufstellung wieder aufgeführt wird.

Des Weiteren möchte ich noch auf einzelne Abwägungsrelevante Einzelbelange und deren Bewertung (Anlage 4.2.1-1) Stellung nehmen:

### 2.2 Siedlung und Erholung

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Der Bereich Hainberg/Echter ist ein häufig genutztes Naherholungsgebiet, das täglich von vielen auch ortsfremden Spaziergängern genutzt wird. Hier vor allem der Forstwirtschaftsweg an der Waldkante des Waldgebietes „Echter“. Windkraftanlagen in diesem Bereich stellen eine erhebliche Beeinträchtigung der Naherholung dar. Vor allem der weite und freie Blick auf die tiefergelegene Gemarkung und Ortschaften würde durch die Windkraftanlagen verloren gehen. Das würde für viele, Spaziergänger, den Erholungswert dieser Strecke deutlich verringern.

Am Ende des Wirtschaftsweges befindet sich der „Brockenblick“ (Waldkante in der Nähe des Gipfels Hainberg). Hier gibt es mehrere, auch überdachte Sitzmöglichkeiten und einen Baumlehrpfad. Der „Brockenblick“ ist ein gern genutzter Anlaufpunkt von Wanderern und Fahrradfahrern. Die Blickrichtung vom „Brockenblick“ überstreicht direkt die geplanten Flächen. Auch hier würde der Erholungswert durch Windkraftanlagen deutlich gesenkt werden.

Die Abstände zu Siedlungen und Einzelgebäuden werden laut der Bewertung eingehalten, jedoch wird die o.g. Auswirkungen auf die Naherholung überhaupt nicht betrachtet.

### 2.4 Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild

Neben den in der Bewertung bereits aufgeführten Rot- und Schwarzmilan -Population konnte im Rahmen der Jagdausübung beobachtet werden, dass sich Kraniche im Bereich Hainberg während des Vogelzugs sammeln und kreisen bevor diese ihren Flug in ihre Sommer/Wintergebiete fortsetzen. Dieser Sammelpunkt befindet sich genau im Bereich der geplanten WEA-Fläche Hainberg. Des Weiteren weichen aufgrund der hohen Populationsdichte im Leinetal auch Weißstörche auf die Gemarkung Ahlshausen aus. Mehrere Störche wurden bereits auf der Suche nach einer Nistmöglichkeit beobachtet, so dass es nur eine Frage der Zeit ist, dass Weißstörche im Ortsgebiet wieder ansässig werden. Neben den bereits aufgeführten Arten sind auch in unregelmäßigen Abständen große Gänsegruppen (mehrere hundert Tiere) im Bereich Hainberg/Ortberg zu sehen. Entsprechend sehe ich die Aussage, dass es keine grundlegenden Beeinträchtigungen aufgrund des Abstandes von ca. 3800 m zum Vogelschutzgebiet „Leinetal bei Salzderhelden“ gibt, kritisch.

### 2.8 Sonstige Belange:

Wie schon am Beginn der Stellungnahme ausgeführt verbietet sich laut der öffentlichen Stellungnahme der Stadt Einbeck auf ihrer Website eine Errichtung von weiteren Windkraftanlagen außerhalb der genannten Flächen aus dem Flächennutzungsplan (15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Einbeck, in Kraft getreten am 11.10.2019).

Zum letzten Satz der Bewertung im Punkt 2.8 („Dadurch wird zu-dem die Windenergienutzung im Landkreisgebiet Northeim gleichmäßiger verteilt“) möchte ich noch folgendes Anbringen: In Ahlshausen-Sievershausen wurde die erste Windenergieanlage im gesamten Landkreis Northeim installiert. Wir tragen bereits seit über 30 Jahren zur Windenergienutzung im Landkreis Northeim bei.

Nur weil diese beiden Windenergieanlagen in keinem Vorranggebiet eingebettet sind können diese nicht unberücksichtigt bleiben. Beide Anlagen liegen deutlich unterhalb der heute vorgeschriebenen Abstandsregelungen. Dadurch haben wir seit 30 Jahren mit folgenden Phänomenen zu kämpfen: Erheblicher Schlagschatten bei Sonnenauf- (Ahlshausen) und Sonnenuntergang (Sievershausen). Des Weiteren entsteht bei mittleren und hohen Windgeschwindigkeiten ein lautes Flügelgeräusch, welches in beiden Orten deutlich zu hören ist. Entsprechend spüren die Bewohner seit 30 Jahren auch die negativen Auswirkungen, die Windenergieanlagen mit sich bringen, aus erster Hand.

Wenn die Windenergienutzung im Kreisgebiet gleichmäßiger verteilt werden soll, so kann Ahlshausen-Sievershausen mit Sicherheit sagen: Wir tragen seit 30 Jahren dazu bei! Entsprechend kann auch aus Gründen der Gleichbehandlung nur folgende Entscheidung getroffen werden: Kein Windvorranggebiet in der Gemarkung Ahlshausen-Sievershausen!

Literaturverzeichnis Einbeck, S. (23. 05 2025). Von <https://www.einbeck.de/portal/meldungen/errichtung-von-windenergieanlagen-im-bereich-der-stadt-einbeck-900000060-30110.html> abgerufen

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Die Fläche Ahlshausen-Sievershausen ist im 1. und 2. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Windenergienutzung vorgesehen.

### Zur Sachaufklärung:

Rechtskräftige Flächennutzungspläne der Gemeinden nach § 13 Abs. 2 ROG sind zwar als abwägungsrelevanter Belang (§ 7 Abs. 2 ROG) in die regionalplanerische Abwägung einzubeziehen. Sie erzeugen für Regionalplanungsträger allerdings keine Bindungswirkung. Aufgrund von Gesetzesänderungen kann die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen zukünftig nicht mehr über eine Ausschlusswirkung verhindert werden. Im Genehmigungsverfahren der Windenergieanlagen nach dem BImSchG ist eine planerische Ausschlusswirkung spätestens ab dem 01.01.2028 nicht mehr zu berücksichtigen (§ 249 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 245e Abs. 1 Satz 2 BauGB). Der Landkreis Northeim muss als Träger der Regionalplanung sicherstellen, dass die regionalen Teilflächenziele bis zu den entsprechenden Stichtagen für die Windenergie an



Land ausgewiesen werden (§ 2 NWindG).

Die Erholungsnutzung und -eignung stellt regelmäßig keinen Ablehnungsgrund für Windenergieanlagen dar. Eine vollständige Verunstaltung des Landschaftsbilds oder erhebliche Beeinträchtigung des Naherholungsgebietes ist aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht zu erwarten. Es liegt im landkreisweiten Vergleich kein atypischer Fall vor. Die genannten Infrastrukturen zur Naherholung weisen eine lokale Bedeutung auf und stehen einer möglichen Windenergienutzung grundsätzlich nicht entgegen.

Der Artenschutz stellt im Bereich der Fläche kein unüberwindbares Hindernis dar, die Einhaltung artenschutzrechtlicher Bestimmungen kann durch festzulegende geeignete Maßnahmen sichergestellt werden. Die in der Einwendung vorgebrachten Hinweise ändern nichts an dieser Einschätzung. Die Windenergienutzung ist unter Berücksichtigung der derzeit gültigen artenschutzrechtlichen Voraussetzungen (§ 44 und § 45b BNatSchG) und des überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung und den Betrieb von WEA (§ 2 EEG) im Grundsatz möglich.

Die beiden Bestandwindenergieanlagen sind zwar nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Sie werden allerdings im Rahmen des Windenergieplanungskonzeptes vorsorgeorientiert aufgrund ihrer Lage im Raum und ihrer optischen Wirkung berücksichtigt. Eine Einbeziehung dieser Windenergieanlagen berücksichtigt die aktuellen räumlichen Gegebenheiten im Einzelfall.

Der Planungsträger verfolgt das Ziel, durch die gesteuerte Standortwahl der Windenergienutzung das Teilflächenziel zu erreichen und zum anderen einen zusätzlichen Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft zu gewährleisten. Sofern höherrangige Belange dies zulassen, ist der Landkreis Northeim mit der vorgelegten Planung bestrebt, sich einer Gleichverteilung im Raum anzunähern. Als höherrangiger Belang ist dabei zu werten, dass vergleichbare Natur- und Landschaftsräume im Planungsgebiet des Landkreises Northeim gleichermaßen bewertet und beachtet werden, unberücksichtigt ihrer ggf. naturräumlichen Häufung, ohne eine übermäßige Belastung im Raum darzustellen. Der Regionalplanungsträger hält daran fest, dass die Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten im Landkreis Northeim einen höherrangigen Belang darstellen und eine absolute Gleichverteilung im Planungsraum mit Vorranggebieten Windenergienutzung nicht rechtfertigen. Dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung entspricht der Planungsträger durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien.

Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung. Die Fläche Ahlshausen-Sievershausen 01 wird weiterhin als Vorranggebiet Windenergienutzung berücksichtigt.

---

Stellungnehmer-ID: **66**    Stellungnahme-ID: **81**    BE-ID: **91**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Zweite Änderung des RROP gegenüber dem vorherigen Entwurf:

Stellungnahme zur Beikarte 3-3 und Anlage 4.2.1-1. Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung

Für den Bereich des Nörtener Waldes wurde im vorherigen Entwurf des RROP für den Bereich u.a. der Flurstücke Gemarkung Nörten-Hardenberg, Flur 19, Flurstücke 56/1 und 69/1 ein Vorranggebiet Waldfläche ausgewiesen. Im aktuellen Entwurf ist dieses Vorranggebiet herausgenommen und durch Vorranggebiet Waldfläche ersetzt.

Dieser Änderung widersprechen wir.

Als Gründe sind zu nennen:

-Mit dem in Landkreis Göttingen angrenzenden Windvorranggebiet Bovenden 03 (siehe Anlage) bildet die im vorherigen Entwurf ausgewiesene Fläche eine zusammenhängende Windpotenzialfläche. Natürlich ist der Landkreis Northeim für seinen Planungsbereich unabhängig zu sehen, nicht desto trotz sollte die überregionale bzw. angrenzende Planung nicht vernachlässigt werden. Dieses Vorgehen wird im Bereich der Industrie- und Gewerbeflächen, als Beispiel ist hier das Gebiet Area3 zwischen den Gemeinden Nörten-Hardenberg und Bovenden zu sehen, bereits positiv umgesetzt. Laut §1 des Raumordnungsgesetz heißt es: "Der Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume sind durch Raumordnungspläne, durch raumordnerische Zusammenarbeit und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern."

- Die [Inhalt anonymisiert] hat auf Grundlage des vorherigen Entwurfs einen Vertrag mit dem Projektierer [Inhalt anonymisiert] geschlossen, die für den geänderten Bereich eine Windenergieanlage (WEA) plant. Die [Inhalt anonymisiert] ist auch in dem Gebiet Bovenden 03 als Projektierer tätig und mit der Planung der WEAn betreut. Aus der Anlage kann man das geänderter Gebiet im Nörtener Wald und das angrenzende Gebiet im Landkreis Göttingen erkennen, wo die Planungen der [Inhalt anonymisiert] eingezeichnet sind.

- Der geänderte Bereich ist komplett von Kalamitäten (bedingt durch den Sturm Friederike am 18.01.2018) betroffen und daher in Gänze vorgeschädigt. Vorher war der Bereich mit Fichten, d.h. mit einem naturfernen Nadelwaldbestand bepflanzt, der in den 1950er Jahren aufgeforstet worden ist. Davor waren Teile als Mischholzfläche hauptsächlich mit Kiefern bepflanzt. Teile dieser Flächen sind sukzessive als landwirtschaftliche Flächen aufgekauft und dann erst aufgeforstet worden, so dass ein historischer Wald hier nicht in Gänze gegeben ist. Eine Zuordnung der angekauften Flurstücke ist schwer bzw. kaum nachvollziehbar, da die Flurstücke umfangreich verschmolzen worden sind, so dass die ehemalige Struktur nicht mehr ableitbar ist.

- Die durch die Windenergieanlagen bedingten baulichen Maßnahmen könnten jetzt noch ohne Rodungsmaßnahmen umgesetzt werden.

- Die Windenergienutzung schränkt die Nutzbarkeit des Waldes grundsätzlich nicht ein, sodass die forstwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich ist.

- Aufgrund des geringen und punktuellen Flächenverbrauchs der Windenergieanlage im Wald und der bestehenden Zuwegungen vor Ort, ist eine Beeinträchtigung der Waldböden nur im geringem Maß zu erwarten.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Vorhandene Forstwege können für die Erschließung der Windenergieanlagen genutzt bzw. ertüchtigt werden, so dass hier nur geringe Beeinträchtigungen durch die Zuwegung erfolgt.

- Ziel der RROP ist es laut § 1 (2) des Raumordnungsgesetz die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Die[Inhalt anonymisiert] hat mit den bereits erwähnten Sturm Friederike ca. 1/3 ihres Waldbestandes verloren, bereits aktuell hat sie über eine Million Bäume wieder aufgeforstet, die wirtschaftliche Auswirkungen hieraus sind herausfordernd und kaum umsetzbar. Die Einnahmen aus einer WEA würden weitestgehend in den aufzubauenden Wald zurück investiert. Nach der Aufforstung ist eine jahrelange Kulturpflege für die neuen Bestände umzusetzen, so dass hiermit ein intaktes ökologisches System geschaffen werden kann.

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Der angesprochene Waldbereich war bereits im ersten RROP-Entwurf und ist im aktuell rechtsgültigen LROP 2022 als Vorranggebiet Wald ausgewiesen. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind ins RROP zu übernehmen und dürfen nicht verkleinert werden. Sie sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Die Vorranggebiete Wald gemäß LROP 2022 lassen eine Windenergienutzung aufgrund der geltenden Rechtslage nicht zu und wurden im Rahmen des Planungskonzeptes zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung im überarbeiteten zweiten Entwurf als Ausschlusskriterium berücksichtigt.

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Zur Sachverhaltsaufklärung wird mit Verweis auf BE-ID 748 der Abwägungssynopse des ersten Beteiligungsverfahrens angeführt, dass eine Vereinbarkeit von Vorranggebieten Windenergienutzung mit den Vorranggebieten Wald des LROP nicht gegeben ist.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **252**

**Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Allgemein

Aus der Begründung und den Gebietsblättern geht hervor, dass sich einige Vorranggebiete Windenergienutzung zumindest teilweise mit Bauleitplänen der Kommunen überlagern. In diesen Fällen ist der jeweilige Bauleitplan (Flächennutzungs- und/oder Bebauungsplan) unter Angabe des Rechtskraftdatums zu benennen und anzugeben, ob Festsetzungen zu Höhenbeschränkungen o.ä. bestehen. Diese Angaben sind erforderlich für die Bilanzierung gem. § 5 Abs. 1 WindBG, da gem. § 4 Abs.1 Satz 5 WindBG Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen sind.

Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit sollte in sämtlichen Gebietsblättern das in der Legende zu Karte 1 aufgeführte Planzeichen der Vorranggebiete Windenergienutzung auch in der Legende zu Karte 2 enthalten sein.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die Sondergebiete für Windenergienutzung der Flächennutzungs- bzw. Bebauungspläne der Kommunen im Landkreis Northeim sind vor dem 1. Februar 2023 wirksam geworden. Nach dem 1. Februar 2023 sind im Landkreis Northeim keine Pläne wirksam geworden, die Windenergiegebiete ausweisen. Für die Bilanzierung gem. § 5 Abs. 1 WindBG zur Erreichung des Teilflächenziels gem. Spalte 1 der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG werden die Flächen angerechnet, die im RROP als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen werden. Es erfolgt ein Hinweis in der Begründung.

Aus Sicht des Planungsträgers sind die Karten in den Gebietsblättern nachvollziehbar. Das Planzeichen der Vorranggebiete Windenergienutzung ist aus der Legende der Karte 1 in Karte 2 übertragbar.

---

Stellungnehmer-ID: **83**    Stellungnahme-ID: **100**    BE-ID: **149**

**Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Hevensen 01

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2,4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotop, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

„Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: **143**    Stellungnahme-ID: **164**    BE-ID: **479**    **Gemeinde Bodensee**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

In der Gesamtbetrachtung vermissen wir, ebenso beim Landkreis Göttingen, eine proaktive Abstimmung zwischen den Planungsträgern. Es ist augenfällig, dass an der Grenze zwischen den Landkreisen in dieser Region überproportional hohe Flächenteile ausgewiesen werden sollen. Dieser Eindruck wird durch die geplante Vorrangfläche Lindau 01 verstärkt. Insbesondere die salopp anmutende Bewertung, dass die Fläche von geringer Bedeutung für das Landschaftsbild sei verwundert. Es handelt sich doch um eine offene Agrarlandschaft, das quasi in das Flusstal der Oder, den Höhenzügen des Eichsfeldes eingebettet ist. Nun betrifft das geplante Gebiet nicht unmittelbar unsere Gemeinde. Es würde aber bei der Realisierung der Planungen immer noch ein Übermaß an Konzentration solcher Windenergieanlagen, mit entsprechenden Einschränkungen, in unserer Region bedeuten. In der Bevölkerung gibt es dafür nur eine geringe Akzeptanz.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Regionalplanungsträger hat sich im Rahmen seiner Windenergieplanung frühzeitig mit dem Landkreis Göttingen abgestimmt.

Der 1. Entwurf des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen sowie die Flächennutzungsplanungen der Samtgemeinden Gieboldehausen und Hattorf am Harz wurden bei der Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP-Entwurf des Landkreises Northeim einbezogen. Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gehalten.

Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass das Landschaftsbild auf Grundlage der Landschaftsbewertung (Anlage 4.2.1-2 zum RROP-Entwurf) im Rahmen der Einzelfallprüfung in die Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung einbezogen wurde. Das Landschaftsbild und die Wertigkeit einer Landschaft stellen regelmäßig keinen Ablehnungstatbestand für die Zulässigkeit von Windenergieanlagen dar. Zur Sachaufklärung wird zusätzlich auf die BE-ID 94 und entsprechende Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **80**    Stellungnahme-ID: **96**    BE-ID: **112**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor. Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ..die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **74**    Stellungnahme-ID: **89**    BE-ID: **96**    **Landkreis Göttingen**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Zu Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung:

Berka 02:

Die bestehenden Windenergieanlagen des Landkreises Göttingen sowie das Vorranggebiet für Windenergienutzung Nr. 18 Hattorf am Harz - Osterode am Harz des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie, welches

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

teilweise das Sondergebiet Windenergie des Flächennutzungsplans der Samtgemeinde Hattorf am Harz beinhaltet, wurden im Rahmen des 2. Entwurfs des RROP 2023 ausführlich in dem entsprechenden Gebietsblatt berücksichtigt. Den Ausführungen zu der Umfassungswirkung der Ortschaft Wulfen wird seitens des Landkreises Göttingen gefolgt.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **67**    Stellungnahme-ID: **85**    BE-ID: **111**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Der Unterzeichner hält seine im Herbst 2023 erhobenen Einwendungen (Identifikationsnummer: 381) gegen die Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieerzeugung Moringen 01, Moringen 02 und Hollenstedt 01 aufrecht und verweist vollumfänglich auf die am 26.11.2023 abgegebene Stellungnahme, die leider in der überarbeiteten Planung nicht berücksichtigt wurde. Zur Begründung der Einwendungen wird ergänzend wie folgt vorgetragen:

Die am 25. September 2024 von der ÖKOTOP GbR vorgelegte Avifaunistische Untersuchung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Zuge der Neuausweisung des RROP für den Landkreis Northeim bestätigt nicht nur, sondern erhöht die Relevanz der im Herbst 2023 erhobenen Einwendungen. Es ist daher mehr als unverständlich, warum diesen Einwendungen nicht gefolgt werden soll.

Der Landkreis Northeim missachtet bei der Aufstellung seines Regionalen Raumordnungsprogrammes nicht nur die Belange des Artenschutzes, sondern betreibt dadurch gleichzeitig eine rechtswidrige Verhinderungsplanung zu Lasten der Nutzung der Windenergie. Durch diese Planungen wird insbesondere gegen das Gebot der Konfliktvermeidung verstoßen.

Das Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz definiert die Zielsetzung der Raumordnung wie folgt:

Aufgabe der Raumordnung ist es, die vielfältigen Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und einen „Grundkonsens“ über die Nutzung des Raums und seine weitere Entwicklung zu schaffen. Raumordnung soll zwischen den unterschiedlichen Interessen und Belangen vermitteln und die verschiedenen Anforderungen an den Raum aufeinander abstimmen. Sie soll zusammenfassend, fachübergreifend und überörtlich dafür vorsorgen, dass für die einzelnen Nutzungen und Funktionen genügend geeignete Flächen zur Verfügung stehen und dass Konflikte möglichst vermieden oder ausgeglichen werden.

Quelle: [https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/raumordnung\\_landesplanung/grundlagen\\_der\\_raumordnung\\_landes\\_und\\_regionalplanung/aufgabe-der-raumordnung-145476.html](https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/raumordnung_landesplanung/grundlagen_der_raumordnung_landes_und_regionalplanung/aufgabe-der-raumordnung-145476.html)

Bezüglich der Windenergienutzung folgt daraus, dass wenn einem Regionalen Raumordnungsprogramm Windenergieflächen mit Ausschlusswirkung ausgewiesen werden, die Planung der Windenergienutzung nicht nur substantiell Raum geben muss, sondern dies auf eine möglichst konfliktarme Art und Weise gewährleisten muss. Ob diese Zielsetzung erreicht wurde, kann anhand der Nebenbestimmungen, mit der eine Genehmigung nach dem BImSchG zu versehen wäre, zu überprüfen. Je mehr Auflagen, insbesondere Abschaltzeiten, wegen Artenschutzbelangen verfügt werden müssen, desto weniger werden Konflikte vermieden oder ausgeglichen.

Diese Grundsätze werden in den bisherigen Planungen verkannt. Stattdessen scheinen die Planungen davon auszugehen, dass die Konflikte durch die Abwägungsentscheidungen entschärft wurden. In Wirklichkeit werden die Konflikte mit dem Artenschutz durch die Abwägungsentscheidungen jedoch verschärft. Diese Zusammenhänge werden im Folgenden anhand der Potenzialflächen Moringen 01, Moringen 02 und Moringen 03 dargestellt:

Im ersten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes wurde das avifaunistische Konfliktpotenzial der Potenzialflächen Moringen 01, Moringen02 und Moringen03 wie folgt bewertet:

#### **Moringen 01**

Nach gutachterlicher Einschätzung weist die Potenzialfläche insgesamt ein hohes avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird nicht empfohlen (ÖKOTOP 2020).

Schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte können derzeit nicht ausgeschlossen werden. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens sind die Belange der Avifauna besonders zu beachten.

Kleinräumig vorhandene Gehölze stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen.

- Die Hochspannungsleitung sowie die LV Radaranlage Auenhausen können zu Einschränkungen der Nutzbarkeit für Windenergieanlagen führen.

### Moringen 02

Nach gutachterlicher Einschätzung weist die Teilfläche ein mittleres avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird als bedingt möglich bewertet. Die Teilfläche a weist ein hohes avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird nicht empfohlen (ÖKOTOP 2020).

### Moringen 03

Nach gutachterlicher Einschätzung weist die Potenzialfläche ein mittleres avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird als bedingt möglich bewertet (ÖKOTOP 2020).

Im Widerspruch zu dieser gutachterlichen Einschätzung sollen nach dem Willen der Planer die Gebiete Moringen 01 und Moringen 02 zu Vorranggebieten für die Windenergienutzung werden. Das Gebiet Moringen 03 soll hingegen kein Vorranggebiet für die Windenergienutzung werden. Trotz der am 25. September 2024 von der ÖKOTOP GbR vorgelegten Avifaunistische Untersuchung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Zuge der Neuausweisung des RROP für den Landkreis Northeim, welche die die Nichteignung des Gebietes Moringen 01 bestätigt, wird an dieser Entscheidung festgehalten. Auch die Tatsache, dass massive Auflagen, d.h. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, verhängt werden muss, vermochte die Planer nicht umzustimmen.

Diesbezüglich finden sich im aktuellen Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes die folgenden Erläuterungen:

„Im niedersächsischen Verbreitungsschwerpunkt des Rotmilans gelegen, ist dem Landkreis Northeim eine besondere Bedeutung als Lebensraum für den Rotmilan zuzuschreiben. Der Rotmilan kann im Landkreis Northeim im Waldrandbereich mit geeigneten Horstbäumen und im Offenland potenziell überall vorkommen. Die avifaunistischen Untersuchungen der Potenzialflächenkulis, durchgeführt in den Jahren 2020 und 2024, bieten eine fachliche Grundlage zur Berücksichtigung der Avifauna bei der Abwägung zur Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung. Trotzdem bedarf es Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind und die dann auch auf sich ggf. veränderte Vorkommen kollisionsgefährdeter Arten anzupassen sind. Auf Grundlage des avifaunistischen Gutachtens werden dabei die folgenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen empfohlen, die im Genehmigungsverfahren bevorzugt berücksichtigt werden sollen:

- V 1 Erfassung von Groß- und Greifvögeln (Gastvögel)
- V 2 Angepasste Standortwahl auf Basis von Erfassungsdaten
- V 4 Phänologisches Abschaltkonzept
- V 5 Bewirtschaftungsabschaltung
- V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel

Zum Schutz der Fledermäuse ist bei der Neuerrichtung von Windenergieanlagen regelmäßig ein Gondelmonitoring durchzuführen. Im 1. Betriebsjahr sind pauschale Abschaltzeiten einzuhalten, die im 2. Betriebsjahr durch anlagenspezifische Abschaltalgorithmen ersetzt werden.

Die vorgenannten Anforderungen beinhalten nicht alle nach BNatSchG aus Natur- und Artenschutzgründen erforderlichen Nebenbestimmungen, die in das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren eingehen. Die vollständigen Nebenbestimmungen sind erst in der endgültigen Genehmigung enthalten und werden im Einzelfall standort- und artenbezogen festgelegt.“

Auf S. 59 der avifaunistischen Untersuchung der ÖKOTOP GbR vom 25. September 2024 ist zu lesen:

### Konflikte mit Avifauna

Das Potenzialgebiet wurde im Jahr 2024 von insgesamt vier besetzten Rotmilan-Horsten innerhalb des 1.200-m-Radius umgeben. Dabei brütete ein Paar in unter 500 m Entfernung zum Vorranggebiet, das somit innerhalb des artspezifischen Nahbereichs der Art liegt. Im erweiterten Prüfbereich von 3,5 km befinden sich nordöstlich zwei weitere Rotmilanbrutplätze, sowie ein Altnachweis aus dem Jahr 2022 südlich des Vorranggebiets vor. Aufgrund der hohen Revierdichte, die bereits bei der Erfassung im Jahr 2020 herausgestochen ist, ist mit einer hohen Flugaktivität über dem Vorranggebiet zu rechnen. Neben dieser hohen Dichte von Brutrevieren des Rotmilans kamen auch zwei Mäusebussarde als Brutvögel innerhalb des 1.200-m-Radius vor.

### Begründung Konfliktbewertung

Bereits in der ersten Fassung des Fachgutachtens (ÖKOTOP GBR 2020) wurde dieses Gebiet als Schwerpunktgebiet des Rotmilans beschrieben. Die Ergebnisse aus der aktuellen Erfassung bestätigen das Bild vor vier Jahren. Einige der alten Brutplätze sind zwar erloschen, jedoch wurden einige neue gebaut und weitere fünf potenzielle Rotmilanhorste, die unbesetzt blieben, zeigen die Stetigkeit als Bruthabitat. Die Nähe zum Waldrand und somit zu potenziellen Brutplätzen des Rotmilans verstärken die Konflikte. Drastische Abschaltmaßnahmen wären hier gefordert, dennoch bliebe das Risiko einer erheblichen Störung allein durch die Anlagen, da die Fläche so nah vom Bruthabitat des Rotmilans umgeben ist. Ob die Paare das Gebiet auch weiterhin als Brutplatz nutzen würden, ist ungewiss. Eine WE-Nutzung wird hier folglich nicht empfohlen.“



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Davon unbeeindruckt treffen die Planer die folgende Abwägungsentscheidung:

„Die Belange können bei der Errichtung und dem Betrieb von WEA teilweise zu Einschränkungen führen, es bestehen jedoch auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse der regionalplanerischen Prüfung keine Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung in dem Vorranggebiet im Grundsatz durchsetzen kann.

Nach umfassender Prüfung ist nicht davon auszugehen, dass die aufgeführten Belange weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit einer möglichen Windenergienutzung im Bereich des festgelegten Vorranggebietes Windenergienutzung grundsätzlich entgegenstehen.

Verbleibende Konflikte werden als nicht unüberwindbare Hindernisse beurteilt und sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, z.B. durch die Anwendung von Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen oder durch die Positionierung der Windenergieanlagen, lösbar oder werden im Rahmen der Abwägung weniger gewichtet. In der Abwägung wurde dabei das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung und den Betrieb von WEA als vorrangiger Belang in der Schutzgüterabwägung berücksichtigt (§ 2 EEG).“

Zunächst ist zu bedenken, dass bezüglich des besser für die Windenergienutzung geeigneten Gebietes Moringen 03, in dem wesentlich weniger starke Auflagen zur Sicherstellung des Artenschutzes ausgereicht hätten, Ausschlusswirkung besteht. Die obenstehende Abwägungsentscheidung wird daher die Windenergienutzung in Gebieten mit weniger gravierenden Konflikten mit dem Natur- und Artenschutz, die trotzdem nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen, beispielsweise der 2020 untersuchten Potentialfläche Moringen 03, ausschließen. Das kann nicht dem öffentlichen Interesse an umweltfreundlicher Stromerzeugung dienen.

Innerhalb des geplanten Vorranggebietes Moringen 01 sind die oben dargestellten umfangreichen Auflagen erforderlich. Insbesondere werden massive Abschaltzeiten erforderlich. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zweifelhaft, ob eine wirtschaftliche Nutzung im geplanten Vorranggebiet überhaupt möglich wäre. Sollte dennoch die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet gewagt werden, verbliebe laut der avifaunistischen Untersuchung „das Risiko einer erheblichen Störung allein durch die Anlagen, da die Fläche so nah vom Bruthabitat des Rotmilans umgeben ist.“ Ob die Paare das Gebiet auch weiterhin als Brutplatz nutzen würden, sei ungewiss. Folglich kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass eine Windenergienutzung im vorgesehenen Gebiet Moringen 01 nicht empfehlenswert ist.

Die bisherigen Planungen maximieren folglich die Konflikte zwischen der wirtschaftlichen Nutzung der Windenergie und artenschutzrechtlichen Belangen.

Schließlich kommt es Sicht der Raumplanung nicht darauf an, ob in einem Gebiet theoretisch unter sehr hohen Auflagen der Betrieb von Windenergieanlagen genehmigungsfähig wäre. Wenn die entsprechenden Genehmigungen nur mit erheblichen Auflagen, insbesondere Abschaltzeiten, erteilt werden können, an anderen Standorten, bezüglich derer nach den Planungen allerdings Ausschlusswirkung bestehen soll, solche Auflagen nicht erforderlich wären, ist der Nutzung der Windenergie nicht substantiell Raum gegeben.

Weiterhin ist es nachvollziehbar, warum südlich des Vogelschutzgebietes „Leinepolder bei Salzderhelden“ ein knapp 10km breiter Riegel in Ost-West Richtung aus Potentialflächen für die Windenergienutzung entstehen soll. Kollisionen auf dem in Nord-Süd Richtung stattfindenden Vogelzug durch das Leinetal und das Moringer Becken zum überregional bedeutsamen wichtigen Rastgebiet im Vogelschutzgebietes „Leinepolder bei Salzderhelden“ mit Windenergieanlagen sind durch die geplante Anordnung der Windenergieanlagen vorprogrammiert. Dieses Risiko hätte durch eine Nord-Süd Ausrichtung, der Potentialflächen für die Windenergienutzung, welche die Zugwege der Vögel freihält, deutlich verringert werden können. Das zu erkennen, wäre Aufgabe der Raumplanung gewesen. Leider ist das jedoch nicht erfolgt.

Nach alledem muss leider das Fazit gezogen werden, dass die jetzigen Pläne des Landkreises Northeim zur Aufstellung seines Regionalen Raumordnungsprogrammes die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllen können, weil sie gegen das Gebot der Konfliktvermeidung verstoßen, artenschutzrechtliche Belange nicht ausreichend berücksichtigen und der Nutzung der Windenergie nicht substantiell Raum geben. Würde hingegen anstatt der Fläche Moringen 01 die Fläche Moringen 03 berücksichtigt werden, würden diese Fehler nicht begangen werden. Eine solche Planung würde tatsächlich zur Konfliktvermeidung beitragen.

Vor diesem Hintergrund wird freundlich darum gebeten, den Einwendungen zu folgen. Sollte das nicht geschehen, muss die Einschaltung der Kommunalaufsicht vorbehalten bleiben.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Einschätzung, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms die Belange des Artenschutzes missachtet und eine rechtswidrige Verhinderungsplanung zu Lasten der Windenergienutzung betrieben wird, wird widersprochen. Auch die Aussage, dass mit der Planung gegen ein "Gebot der Konfliktvermeidung" verstoßen wird, wird nicht geteilt. Bei der Aufstellung der



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Diese ebenengerechte Konfliktbewältigung ist den Steckbriefen Windenergie zu entnehmen.

Der Landkreis Northeim legt im aktuellen RROP-Entwurf keine Vorranggebiete Windenergienutzung mit Ausschlusswirkung fest. Aufgrund der aktuellen Rechtslage weist der Planungsträger Vorranggebiete Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung aus und muss der Windenergienutzung demnach auch nicht substanziell Raum verschaffen. Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept erfüllt der Planungsträger die gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung vollumfänglich und erreicht das zugewiesene Teilflächenziel nach WindBG i. V. m. NWindG vom 31.12.2027.

Der Planungsträger verfolgt grundsätzlich das Ziel möglichst konfliktärmere Standorte für die Festlegung von Windenergiegebieten in Anspruch zu nehmen. Aufgrund der naturräumlichen Ausstattung des Landkreises bestehen im Planungsraum grundsätzlich keine Flächen, die für alle artenschutzfachlich relevanten Arten konfliktfrei sind.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse dem Artenschutz Genüge getan und kann auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen hinreichend sicher ausschließen. Der Regionalplanungsträger geht mit der erfolgten avifaunistischen Untersuchung über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinaus.

Der Planungsträger muss nicht beweisen, mit den festgelegten Windenergiegebieten eine „Bestenauswahl“ getroffen zu haben. Es ist für das Planungskonzept ausreichend darzulegen, dass sich die Windenergienutzung auf den festgelegten Gebieten im Grundsatz durchsetzen kann. Dies hat der Regionalplanungsträger für die getroffenen Festlegungen vollumfänglich erfüllt. Für die in der Einwendung genannten Flächen ergibt sich dies teilweise bereits aus tatsächlichen Gründen. Die Fläche Moringen 01 und Moringen 02 sind bereits als Sonderbauflächen für Windenergie im Flächennutzungsplan der Stadt Moringen ausgewiesen. Im Bereich von Moringen 01 sind Windenergieanlagen genehmigt. Demnach stellt sich die Frage nach einer theoretischen Genehmigungsfähigkeit von möglichen Windenergieanlagen nicht. Eine Nichtberücksichtigung der Fläche Moringen 01 würde, durch die bereits genehmigten Windenergieanlagen, nicht zu einer Konfliktminderung führen. Im Bereich Moringen 02 besteht eine Genehmigungsplanung, bei der im aktuellen Verfahrensstand keine artenschutzrechtlichen, durch verbindlich festzulegende geeignete Vermeidungsmaßnahmen unüberwindbare Konflikte abzusehen sind. Aus diesen Gründen überwiegt an dieser Stelle die regionalplanerische Abwägung zum RROP zugunsten der Windenergienutzung, auch um das Erreichen des regionalen Teilflächenziels sicherzustellen und gleichzeitig auf Festlegungen an anderer Stelle verzichten zu können.

Die Bedeutung des EU-Vogelschutzgebietes als Brut-, Aufzucht-, Nahrungs-, Rast- und Überwinterungsgebiet ist im Planungskonzept des Regionalplanungsträgers, der gutachterlichen Empfehlung folgend (Ökotop 2020), mit einem Mindestabstand von 2.000 m zwischen dem Vogelschutzgebiet und den Vorrangflächen Windenergienutzung, berücksichtigt. Das Avifaunistische Gutachten führt dazu aus: „Im Umkreis des SPA muss an- und abfliegenden Rastvögeln, wie Kranichen und Gänsen, ein ungefährlicher, störungsarmer Bereich erhalten bleiben. Hierfür ist in einem Abstand von 2.000 m um das Vogelschutzgebiet V08 die Fläche als Ausschlussgebiet für die Windenergienutzung zu werten und bereits auf Ebene der Regionalplanung auszuschließen.“ Auf Ebene der Regionalplanung ist damit die Bedeutung des EU-Vogelschutzgebietes ausreichend berücksichtigt, zu keinem anderen Ergebnis kommt der Umweltbericht mit der darin enthaltenen FFH-Verträglichkeitsvorprüfung. Durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung entsteht südlich des Vogelschutzgebietes "Leinepolder bei Salzderhelden" kein, wie in der Einwendung genannt, 10 km breiter Riegel in Ost-West-Richtung.

Die Forderung, anstatt der Fläche Moringen 01 die Fläche Moringen 03 zu berücksichtigen, wird nicht gefolgt und stellt in Anbetracht der aktuellen Anforderungen an eine Positivplanung bzw. eine Planung ohne Ausschlusswirkung, wie sie im aktuellen RROP-Entwurf erfolgt, keinen Abwägungsfehler dar. Die Fläche Moringen 03 erfüllt aufgrund des angesetzten Planungskonzeptes für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung mit seinen Tabuzonen, entsprechenden Abstandskriterien und planerischen Kriterien der Einzelfallprüfung und kumulativen Prüfung aktuell nicht die Voraussetzungen für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren. Auch die in der Einwendung vorgebrachten Hinweise ändern nichts an dieser Einschätzung. Hilfsweise wird ausgeführt, dass der Landkreis Northeim als Regionalplanungsträger nicht verpflichtet ist, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem ggf. nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchsetzen kann.

Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf den Flächen Moringen 01, Moringen 02 und Hollenstedt 01 unter Berücksichtigung der rechtlichen aktuellen Rahmenbedingungen durchsetzen kann. Dies wird insbesondere dadurch deutlich, dass die laufenden bzw. bereits genehmigten Zulassungsverfahren auf nachgelagerter Ebene bereits zwischenzeitlich teilweise Tatsachen geschaffen haben und die angesprochenen Flächen im Rahmen von Bauleitplanungen bereits als Sonderbauflächen für die Windenergienutzung festgelegt worden sind. Dies überwiegt in der Abwägung an dieser Stelle. Entsprechend wird an der Ausweisung der Flächen festgehalten.

Aus Gründen der Klarstellung und Aufklärung erfolgt an dieser Stelle der Hinweis, dass mit dem vorliegenden RROP-Entwurf keine Ausschlusswirkung besteht. Die Einwendung enthält keine neuen planerischen für die Abwägung relevante Hinweise. Die im Herbst 2023 vorgebrachten Einwendungen wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf abgewogen. Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im

Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

Der Hinweis zur Einschaltung der Kommunalaufsicht wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer-ID: **62**    Stellungnahme-ID: **77**    BE-ID: **87**    **NABU-Ortsgruppe Gillersheim**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Stellungnahme zur Neuausweisung der Windenergie-Vorrangfläche „Gillersheim 01“

Die NABU-Ortsgruppe Gillersheim begrüßt die Zielsetzung des Landkreises Northeim, den Ausbau der Windenergie im Sinne der Energiewende und des Klimaschutzes voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir uns als Naturschutzverband in der Verantwortung, darauf hinzuweisen, dass der notwendige Ausbau erneuerbarer Energien im Einklang mit dem Arten- und Naturschutz erfolgen muss.

Vor diesem Hintergrund möchten wir als Naturschutzverband im Rahmen dieser Stellungnahme unsere bereits am 23.11.2023 eingereichte erste Stellungnahme bekräftigen. Im Folgenden nehmen wir Bezug auf die im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) des Landkreises Northeim vorgesehenen Windenergie-Vorrangflächen „Gillersheim 01“. Unser Ziel ist es, auf mögliche Konflikte zwischen Naturschutz und Ausweisung der Vorrangflächen hinzuweisen und aktuelle naturschutzfachliche Informationen zu den Vorranggebieten bereitzustellen. Die Informationen stammen, wenn nicht anders angegeben, ausschließlich aus eigenen Beobachtungen oder Untersuchungen der NABU-Mitglieder (insbesondere von [Name anonymisiert] und [Name anonymisiert]). Informationen zur Avifauna können größtenteils der Online-Meldeplattform ornitho.de entnommen werden.

Windenergie-Vorranggebiet „Gillersheim 01“

Das Windenergie-Vorranggebiet „Gillersheim 01“ zwischen den Ortschaften Gillersheim, Lindau und Bilshausen umfasst intensiv genutzte Ackerflächen, extensiv genutztes Grünland, Brachen und kleinflächige Gehölzstrukturen. Des Weiteren finden sich Feldraine und Blühstreifen, die, wie auch die Brachflächen von besonderer Bedeutung für die Biodiversität im Gebiet sind. Angrenzend an das Gebiet findet man neben weiteren Acker- und Grünlandflächen Mischwälder mit Altbauumbeständen, Wälder mit auwald- und bruchwaldähnlichen Strukturen, Hochstaudenflure, Frischwiesen, Schilf- und Röhrichtbereiche und diverse Feuchtbiotopie wie Bäche, Gräben und Kleingewässer. Die hohe Vielfalt an verschiedensten Lebensräumen bietet die Grundlage für eine besonders hohe Biodiversität. Im Folgenden möchten wir für den Naturschutz relevante Punkte, welche zu Konflikten zwischen Naturschutz und Ausweisung der Windenergie-Vorrangflächen führen könnten, aufgreifen und genauer erläutern.

1. Seltene und geschützte Brutvogelarten im Windenergie-Vorranggebiet
2. Windenergie-Vorranggebiet als Großvogellebensraum
3. Nähe zu Naturschutz- und FFH-Gebiet
4. Vogelzugschneise und Rastgebiet

1. Seltene und geschützte Brutvogelarten im Windenergie-Vorranggebiet

Innerhalb des Windenergie-Vorranggebietes kommen u.a. folgende Vogelarten als Brutvögel vor:

- Feldlerche *Alauda arvensis*
- Feldsperling *Passer montanus*
- Goldammer *Emberiza citrinella*
- Rebhuhn *Perdix perdix*

Die genannten Arten nutzen vorwiegend die Feldraine, Blühstreifen, Brachflächen und die letzten verbliebenden Gehölzstrukturen als Brutplätze. Alle vier Arten gelten nach der Roten Liste der Brutvögel Niedersachsens und Bremens als gefährdet (Feldlerche), stark gefährdet (Rebhuhn) oder werden auf der Vorwarnliste geführt (Goldammer, Feldsperling) (KRÜGER & SANDKÜHLER 2021). Besonders die Singvogelarten besetzen im Gebiet mehrere Brutreviere (Goldammer und Feldsperling je vier Reviere, Feldlerche neun Reviere). Rebhuhn-Reviere konnten in den Jahren 2024 und 2025 im Rahmen des Monitoring-Programm „seltener Brutvögel“ (DDA) nicht mehr festgestellt werden (letzter Nachweis 2023 im NSG BR 084), allerdings können jährlich im Spätsommer und Herbst Rebhühner, teils mit Küken bzw. Jungvögeln, auf den abgeernteten Flächen beobachtet werden. Ob die Rebhühner im Vorranggebiet selbst oder in den angrenzenden Flächen reproduzieren lässt sich nachträglich nicht eindeutig feststellen. Da potenziell geeignete Bruthabitate (Brachen und Blühstreifen) im Vorranggebiet vorhanden sind, ist die Reproduktion dort nicht unwahrscheinlich.

Zwar gelten die genannten Vogelarten nicht als schlaggefährdet, allerdings könnten größere Baumaßnahmen und der Betrieb von Windkraftanlagen die Vogelarten in ihrem Bruthabitat empfindlich stören (MPG

2022, HIENZ & RIEHLE 2024). Besonders im Kontext von landesweit stark abnehmenden Populationen von Feldsperling und Rebhuhn, sowie den intensiven Bemühungen des Rebhuhnschutzprojektes der Universität Göttingen im Landkreis Göttingen (u.a. in Krebeck unweit des Vorranggebietes) sollte der Landkreis Northeim die verbleibenden Rebhuhn- und Feldsperlingpopulationen besonders schützen und fördern (GOTTSCHALK & BEETE 2014; BRANDT et al. 2024, MAYER 2025).

### 2. Windenergie-Vorranggebiet als Großvogellebensraum

Das Windenergie-Vorranggebiet „Gillersheim 01“ grenzt an Großvogellebensräume und ist auch selbst als Solcher zu verstehen. Die Flächen im Vorranggebiet werden intensiv von Weißstorch *Ciconia ciconia*, Rotmilan *Milvus milvus*, Mäusebussard *Buteo buteo* und Turmfalke *Falco tinnunculus* zur Nahrungssuche genutzt, wodurch ein besonders hohes Kollisionsrisiko für diese Vögel vorliegt. Auf Basis der avifaunistischen Untersuchungen der ÖKOTOP GBR aus dem Jahr 2020 wurde je ein Rotmilan-Horst, ein Weißstorch-Horst und ein Schwarzstorch-Horst, sowie vier Mäusebussard-Horste innerhalb der artspezifischen Grenzen zum Vorranggebiet nachgewiesen. Bei einer im folgenden Jahr durchgeführte Erhebung von Mitgliedern der NABU-Ortsgruppe Gillersheim konnten 2021 mindestens fünf besetzte Rotmilan-Horste in direkter Nähe zum Vorranggebiet nachgewiesen werden. Ein weiteres Gutachten der [Name anonymisiert] (Windkraftbetreiber) aus dem Jahr 2022 bestätigte eine hohe Rotmilan-Aktivität im Vorranggebiet (liegt dem Vorstand als E-Mail-Auszug vor). Auch die neuerlichen avifaunistischen Untersuchungen von ÖKOTOP GbR aus dem Jahr 2024 bestätigen Horste von Schwarzmilan *Milvus migrans*, Rotmilan und Weißstorch in direkter Nähe zum Vorranggebiet (ÖKOTOP GBR 2024). Beobachtungen aus den letzten Jahren (2023 und 2024) zeigen, dass südwestlich des Vorranggebietes besonders im Herbst große Ansammlungen Rotmilanen (bis zu 70 Individuen) vorzufinden sind. Dabei werden die Flächen des Vorranggebietes intensiv zur Nahrungssuche genutzt und die angrenzende Pappelbestände als Schlafbäume aufgesucht.

Die Untersuchungen von ÖKOTOP GbR, die Horst-Erfassung der NABU-Mitglieder, sowie die genannten Beobachtungen verdeutlichen, die Bedeutung der Flächen als Großvogellebensraum, der möglichst nicht durch einen Windenergieanlagen beeinträchtigt oder vollständig zerstört werden sollte.

### 3. Nähe zu Naturschutz- und FFH-Gebiet

Das Windenergie-Vorranggebiet „Gillersheim 01“ liegt unweit des FFH-Gebietes 134 „Sieber, Oder, Rhume“ und des Naturschutzgebietes BR 084 „Rhumeaue/Ellerniederung/Gillersheimer Bachtal“. Die Schutzgebiete dienen dem Schutz seltener, geschützter oder spezialisierter Biotoptypen und Arten, sodass eine Beeinträchtigung und Störung der Schutzgebiete durch mögliche Baumaßnahmen oder Windenergieanlagen vermieden werden sollte ().

Der NABU-Ortsgruppe Gillersheim verfügt über sehr gute Orts- und Artenkenntnisse für den südlichen Teil des Naturschutzgebietes BR 084 „Rhumeaue/Ellerniederung/Gillersheimer Bachtal“, welcher teilweise in einer nur geringen Entfernung von 250 Metern zu den potenziellen Windenergie-Vorrangflächen liegt. In unserer ersten Stellungnahme vom 23.11.2023 sind wir bereits auf einige Arten (Blaukehlchen *Luscinia svecica*, Kranich *Grus grus*, Wachtelkönig *Crex crex*, Schwarzmilan) eingegangen. Wir möchten nun einige aktuelle Informationen bereitstellen.

Wie auch 2023 gibt es 2025 einen Brutverdacht bei der Rohrweihe *Circus aeruginosus*. Ein Brutnachweis kann aktuell nicht erbracht werden, da Schilfbestände eine Einsicht in den potenziellen Brutplatz unmöglich machen. Die Art wird auf der Vorwarnliste der Roten Liste der Brutvögel Niedersachsens und Bremens gelistet und ist durch die EU-Vogelschutzrichtlinie geschützt (KRÜGER & SANDKÜHLER 2021). Im Landkreis Northeim stammen regelmäßige Rohrweihen-Nachweise vorwiegend aus dem Leinepolder bei Salzderhelden. Die Art nutzt nicht nur die Schilfbereiche des Naturschutzgebietes als Brutplatz, sondern auch die umliegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen als Nahrungsrevier, was das Kollisionsrisiko erhöht. Zudem wird die Rohrweihe als kollisionsgefährdete Vogelart eingestuft (BNATSCHG, ANHANG I). Seit mindestens 2022 brütet der Wendehals *Jynx torquilla* im Naturschutzgebiet am Gillersheimer Bach (ein bis zwei Reviere). Der Wendehals gilt in Niedersachsen als stark gefährdet (KRÜGER & SANDKÜHLER 2021). An den Kleingewässern können regelmäßig Knäkenten *Spatula querquedula* nachgewiesen werden. Ob Brutversuche im Gebiet erfolgt sind, ist unklar, wobei das paarweise Auftreten im Frühjahr und Sommer Brutversuche nicht unwahrscheinlich macht. Knäkenten werden in Niedersachsen als vorm Aussterben bedroht eingestuft, sodass Vorkommen besonders schützenswert sein sollten (KRÜGER & SANDKÜHLER 2021). Neben den drei genannten Arten kommen auch weitere geschützte oder seltene Arten wie Gelbspötter *Hippolais icterina*, Nachtigall *Luscinia megarhynchos*, Feldschwir *Locustella naevia* und Schlagschwir *Locustella fluviatilis* regelmäßig im Naturschutzgebiet vor (KRÜGER & SANDKÜHLER 2021). Auch die bereits genannten Arten Rebhuhn und Feldsperling können regelmäßig nachgewiesen werden. Die geringe Distanz zu Naturschutzgebieten und FFH-Gebiet trifft auch auf die Windenergie-Vorrangfläche „Lindau 01“ zu.

Auf Grund der Vielzahl von gesetzlich geschützten Arten sehen wir die Ausweisung des Windenergie-Vorranggebiete in Nähe des Naturschutz- und FFH-Gebietes für kritisch. Das Potenzial für Umweltkonflikte ist, im Gegensatz zu anderen Vorranggebieten deutlich erhöht, sodass es zu erheblichen negativen Konsequenzen für die Umwelt kommen kann.

### 4. Vogelzugschneise und Rastgebiet

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Das gesamte Gebiet zwischen Gillersheim, Lindau und Bilshausen liegt in einer direkter Vogelzugschneise zwischen den bedeutsamen Naturschutz-, Vogelschutz- und FFH-Gebieten um den Seeburger See (NSG BR 038, NSG BR 147, EU-Vogelschutzgebiet V19, FFH-Gebiet 140) und dem Northeimer Seenplatte bzw. dem Leinepolder (NSG BR 042, NSG BR 097, EU-Vogelschutzgebiet V08). Jährlich nutzt eine kleine Anzahl von Zugvögeln wie die Kornweihe *Circus cyaneus*, Kraniche, diversen Wasservögeln das Gebiet um das Gillersheimer Bachtal zur Zwischenrast. Darunter auch kollisionsgefährdete Vogelarten wie Fischadler *Pandion haliaetus* (BNATSCHG, ANHANG I). Was ein Windpark für Zugvögel bedeutet konnte man bereits mit dem Bau des Windparks am Höherberg sehen. Der Kranich hat die Rast am Bilshäuser Wald und am Höherberg mit dem Bau des dortigen Windparks völlig eingestellt. Auch die Kornweihe ist in diesem Bereich nicht mehr vorzufinden und nutzt nun jährlich ausschließlich die Agrarflächen westlich des NSGs zur Überwinterung und Rast.

### Fazit

Die dargelegten Punkte machen deutlich, dass das Windenergie-Vorranggebiet „Gillersheim 01“ aus naturschutzfachlicher Sicht mit besonderer Sorgfalt bewertet werden muss. Die hohe Brutvogeldichte geschützter und seltener Arten, die Bedeutung als Lebensraum für Großvögel, die unmittelbare Nähe zu ökologisch wertvollen Schutzgebieten sowie die Lage in einer bedeutenden Vogelzugschneise verdeutlichen das erhebliche Konfliktpotenzial. Angesichts der dokumentierten Bedeutung für bedrohte und kollisionsgefährdete Vogelarten sowie möglicher Beeinträchtigungen benachbarter FFH- und Naturschutzgebiete bewertet die NABU-Ortsgruppe Gillersheim die geplante Ausweisung der Vorrangfläche „Gillersheim 01“ äußerst kritisch.

### Quellen

- I. BRANDT, T., ELLERSIEK, H., KÖNIG, C. (2024): Regionaler Zusammenbruch der Feldsperlingbestände. *Der Falke*. 71(4). 7-11.
- II. BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT (BMU) (2020): Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) - Anhang I: Liste der besonders geschützten Vogelarten gemäß der EU-Vogelschutzrichtlinie. BGBl. I S. 2545, zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 12.7.2020 I 1767.
- III. GOTTSCHALK, E. & BEEKE, W. (2014): How can the drastic decline in the Grey Partridge (*Perdix perdix*) be stopped? Lessons from ten years of the Grey Partridge Conservation Project in the district of Göttingen. *Ber. Vogelschutz* 51: 95–116.
- IV. HIENZ, G. & RIEHLE, M. (2024): Windpark Ebne-Reuth - Artenschutzrechtliche Stellungnahme zur Feldlerche. Emch+Berger GmbH. Karlsruhe.
- V. KRÜGER, O. & SANDKÜHLER, A. (2021): Rote Liste der Brutvögel Niedersachsens und Bremens. Band 1: Brutvögel. Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN).
- VI. MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT (2022): Flug in eine saubere und sichere Zukunft – Können Zugvögel und Windräder miteinander koexistieren?. Max-Planck-Gesellschaft. Verfügbar unter: <https://www.mpg.de/18547303/windkraft-vogel-tod> (14.05.2025)
- VII. MAYER, J. (2025). Feldsperling (*Passer montanus*) – Dokumentation eines lokalen Aussterbeereignisses. *Artenschutz und Biodiversität*, 6(1), 1–9.

### Abwägung:

#### *Wird zur Kenntnis genommen*

Der Regionalplanungsträger folgt der in der Einwendung getroffenen Aussage, dass der notwendige Ausbau erneuerbarer Energien im Einklang mit dem Arten- und Naturschutz erfolgen muss. Im Rahmen der Windenergieplanung soll durch die gesteuerte Standortwahl der Windenergienutzung zum einen angemessen Raum verschafft und zum anderen ein zusätzlicher Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft gewährleistet werden. Im Ergebnis werden Vorranggebiete Windenergienutzung im zweiten RROP-Entwurf ausgewiesen, die aus Sicht des Regionalplanungsträgers für eine umweltverträgliche Nutzung für die Windenergie geeignet sind.

Nach der ersten öffentlichen Beteiligung des RROP ist eine avifaunistische Überprüfung aller potenziellen Windenergiestandorte in Auftrag gegeben worden, um die fachgutachterliche Einschätzung anhand aktueller Kartierungen unter Berücksichtigung der Hinweise aus dem ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren des RROP-Entwurfs zu aktualisieren bzw. zu verifizieren. Im Rahmen der avifaunistischen Bewertung wurden die geltenden artenschutzrechtlichen Bestimmungen des BNatSchG berücksichtigt. Das Ergebnis wurde bei der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung berücksichtigt. Die Hinweise der Einwendung wurden dabei inhaltlich bereits teilweise im Rahmen des 1. Beteiligungsverfahrens vorgebracht (siehe BE-ID 1089 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren).

Die Eignung als Brut- und Großvogellebensraum, die Nähe zum Naturschutz- und FFH-Gebiet sowie die Lage in einer Vogelzugschneise wurde bereits im Rahmen des 1. Beteiligungsverfahrens inhaltlich vorgebracht. Für die Abwägung siehe ebenfalls BE-ID 1089 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren.

Die Einwendung enthält keine zusätzlichen planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Der Fokus des avifaunistischen Gutachtens liegt dabei auf den schlaggefährdeten Groß- und Greifvögeln, insbesondere auf dem Rotmilan. Die Betroffenheit von weiteren in der Einwendung genannten Brutvogelarten, die über die 1. Einwendung hinausgehen, sind im

immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Anlagenplanung zu bewerten. Dabei sind, je nach Betroffenheit der Arten, entsprechende Ersatzhabitate zu schaffen. Auch bauzeitliche Störungs- und Vergrämungseffekte werden im Verfahren zu berücksichtigen sein. Erforderliche Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang bieten eine Chance, dringend benötigte Futterquellen für samen- und insektenfressende Arten herzustellen. Der Regionalplanungsträger geht davon aus, dass mögliche, über die im avifaunistischen Gutachten bewerteten Konflikte hinausgehende Artenschutzkonflikte sowie baubedingten Beeinträchtigungen durch die Anwendung von fachlich geeignete Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, ggf. in Verbindung mit vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen, bewältigt werden können.

Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ist der Artenschutz im Sinne einer Vorabschätzung zu berücksichtigen. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindbares Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine dem Planungsmaßstab angepasste Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint. Die konkrete Auseinandersetzung mit avifaunistischen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Avifaunistische Konflikte lassen sich im nachgelagerten Zulassungsverfahren regelmäßig durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen bewältigen.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse, auch unter Berücksichtigung der empfohlenen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, dem Artenschutz Genüge getan, um auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen möglichst auszuschließen und geht mit der erfolgten avifaunistischen Untersuchung über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinaus.

Der Regionalplanungsträger verfolgt grundsätzlich das Ziel möglichst konfliktärmere Standorte für die Festlegung von Windenergiegebieten in Anspruch zu nehmen. Aufgrund der naturräumlichen Ausstattung des Landkreises Northeim mit einer großen geomorphologischen Vielfalt und dem Wechsel von agrarisch genutzten Becken und Senken sowie bewaldeten Bergkuppen und Höhenzügen, die von Fließgewässern durchzogen werden, bestehen im Planungsraum grundsätzlich keine Flächen, die für alle artenschutzfachlich relevanten Arten konfliktfrei sind. Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass die Fläche Gillersheim 01 nach Abwägung aller relevanten und bekannten Belangen in der summarischen Betrachtung im landkreisweiten Vergleich grundsätzlich nicht kritischer zu bewerten ist als andere Vorranggebiete Windenergienutzung.

Die Fläche wurde gegenüber den Vorentwürfen und nach dem 1. Beteiligungsverfahren im Rahmen der Überarbeitung deutlich verkleinert, um den Abstand zum Renshausener Bach und Gillersheimer Bach sowie zu den südlich und östlich angrenzenden älteren Laubmischwäldern zu erhöhen und schwerwiegende avifaunistische Konflikte vorsorgeorientiert grundsätzlich zu vermeiden. Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf der Fläche Gillersheim 01 im angepassten Flächenzuschnitt unter Berücksichtigung der rechtlichen aktuellen Rahmenbedingungen durchsetzen kann. Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung.

---

Stellungnehmer-ID: **114** Stellungnahme-ID: **135** BE-ID: **298** **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

**Einwendung:**

namens und im Auftrag der [Inhalt anonymisiert] nehmen wir zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Northeim (nachfolgend: 2. RROP-Entwurf) Stellung.

Als in Niedersachsen verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [Inhalt anonymisiert] das Bestreben des Landkreises Northeim, eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie im Landkreis sicherzustellen.

Die [Inhalt anonymisiert] sieht die Herausforderungen und Chancen, die in der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung liegen, um die nach dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ erforderlichen Flächenbeitragswerte gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in Verbindung mit dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) im Landkreis Northeim zu erreichen. Dabei bringen die [Inhalt anonymisiert] gemeinsam mit uns gerne unsere fach- und ortsspezifischen sowie raumordnungsrechtlichen Kenntnisse ein, um für die Regionalplanungen einen Mehrwert zu schaffen sowie ein belastbares und nicht angreifbares RROP 2025 für den Landkreis Northeim zu erreichen.

Ausweislich der Erläuterungskarte 2 – Änderungen in den Festlegungen des 2. RROP-Entwurfs sind zahlreiche Vorranggebiete Windenergienutzung gegenüber dem 1. RROP-Entwurf weggefallen. Dies hat zur Konsequenz, dass nach der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 361 f. nur noch ein Flächenumfang von 1.210,57 ha und damit 0,95 % der Landkreisfläche – gegenüber ursprünglich 1.832,82 ha bzw. 1,44 % der Landkreisfläche nach dem 1. RROP-Entwurf – als Vorranggebiete Windenergienutzung vorgesehen werden. Auch wenn damit das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel von 1.019 ha (nachrichtlich: 0,80 %) des Planungsrahms nach dem NWindG erreicht würde, so geht der Landkreis Northeim damit ein unnötiges Risiko ein. Schon beim Wegfall eines großen Vorranggebietes Windenergienutzung oder zwei bis drei kleinerer Vorranggebiete wird das regionale Teilflächenziel unterschritten mit der Konsequenz, dass dann im gesamten Landkreis Northeim – ggf. auch nur über kurzfristig zu erhaltene Vorbescheide

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

nach § 9 Abs. 1a BImSchG im vereinfachten Verfahren – Windenergieanlagen wieder als privilegierte Außenbereichsvorhaben zulässig sind. Auf dieses Risiko weist Abschnitt 9.1 der Arbeitshilfe für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Regionalen Raumordnungsprogrammen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stand: April 2025, ausdrücklich hin.

Auch wenn es nachvollziehbar ist, dass aus guten Gründen einzelne Vorranggebiete Windenergienutzung im Rahmen der Fortschreibung des Entwurfs hin zum 2. RROP-Entwurf entfallen sind, so bedarf es einer selbstkritischen Prüfung hinsichtlich solcher Vorranggebiete Windenergienutzung, welche allein aufgrund einer Abwägungsentscheidung nach Ausweisung im 1. RROP-Entwurf herausgenommen wurden. Dies gilt nicht nur, weil der 2. RROP-Entwurf aufgrund von Abwägungsfehlern damit rechtlich angreifbar wird, sondern weil unnötig auf einen weiteren Sicherheitspuffer für das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel verzichtet wird und sogar das regionale Teilflächenziel 31.12.2032 (1.319 ha) erreichbar gewesen und der Landkreis vor erneuten, teils heiß geführten Diskussionen hätte verschont werden können.

Besonders augenscheinlich ist, dass die Abwägungsentscheidung zum Wegfall der Festlegung des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf relevanten Fehler unterliegt und diese Potenzialfläche weiterhin auch unter Berücksichtigung der Einwendungen zum 1. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen ist.

Dies ist insofern auch relevant und für die Abwägung erheblich, weil die [Inhalt anonymisiert] unterstützt durch die Flächeneigentümer bereits wesentliche Planungsschritte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich unternommen haben. So wurde zur Vorbereitung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrags während der Brutzeit 2023 durch einen Umweltgutachter eine Kartierung und Erfassung der Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel durchgeführt.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024 (Anlage 1).

Zudem wurde im Vorfeld die Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen) abgeprüft.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022 (Anlage 2).

Damit kommt dies dem positiven Abwägungskriterium D.1.4 bestehende und verfestigt geplante Windenergieanlagen jedenfalls der Sache nach nahe.

In der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren wird an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 auf die BE ID 1189 und die dortige entsprechende Abwägung (S. 555/674) verwiesen, weshalb die Potenzialfläche Hohnstedt 01 im 2. RROP- Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung enthalten sei. Die Abwägungsentscheidung lautet:

„Die Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 entfällt auf Grund der Abprüfung der Umfassung der Ortschaften unter Berücksichtigung der zur Ausweisung vorgesehenen Vorranggebiete Windenergienutzung und Bestandswindparks. Hohnstedt 01 wird nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen.“

Dies ist nach § 7 Abs. 2 ROG abwägungsfehlerhaft.

Gemäß § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen.

Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.

Statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.

Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die



Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen.

BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45.

Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Umfassung der Ortschaften hinsichtlich der Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 ergeben. Hieran fehlt es bereits.

Sofern der Landkreis Northeim auf das Abwägungsrelevante Kriterium im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung und dabei auf den Aspekt „Umfassung von Ortschaften bei Zusammenwirken mehrerer Vorranggebietsvorschläge: Abstand der Vorrangflächen zueinander (räumlicher Zusammenhang)“ abstellen wollte, ist dies unzutreffend erfolgt. So wird in der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 429 f. hierzu ausgeführt:

„Der Planungsträger will eine Umfassung der Ortschaften durch Windenergieanlagen vermeiden. Im Rahmen der Abwägung wird eine ortsbezogene Überprüfung durchgeführt. Für die Überprüfung der Umfassung besteht keine standardisierte Regelung oder Methodik.

Die Vorgehensweise im Zuge der Überprüfung einer möglichen Umfassungswirkung sowie die konkrete Berücksichtigung dieses Belanges im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung orientiert sich im Grundsatz an einer im Jahr 2012 im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern entwickelten Methodik, die im Jahr 2021 aktualisiert wurde<sup>72</sup> und welche im Folgenden cursorisch erläutert wird. [...].“

Rechtlicher Hintergrund der Berücksichtigung einer Umfassungswirkung ist – wie auch im zitierten Gutachten ausgeführt – das Schutzgut Mensch nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UVPG. Insofern muss bei der entsprechenden rechtlichen Anknüpfung an das Schutzgut Mensch, die Behandlung der Frage der Umfassungswirkung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG in der Umweltprüfung erfolgen. Dies ist vorliegend im Umweltbericht 2. RROP-Entwurf, S. 83 auch geschehen. Allerdings droht eine fehlerhafte doppelte Gewichtung, wenn die Umfassungswirkung als Abwägungsrelevante Kriterium und über die Umweltprüfung nach § 7 Abs. 2 Satz 2 ROG bei der vorzunehmenden Abwägung zu berücksichtigen ist.

Offen ist zudem, welche objektivierten Verfahren bei der Berücksichtigung des Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ Anwendung finden. Es fehlt es an einer Nachvollziehbarkeit dieses Abwägungsrelevanten Kriteriums. So ergibt sich aus dem Planungskonzept nicht, nach welchen Kriterien bei mehreren Möglichkeiten der Reduzierung einer Umfassungswirkung auf 120° die Entscheidung für eine und damit zwingend gegen eine andere Fläche erfolgt.

Jedenfalls darf eine Abwägung zwischen verschiedenen Potenzialflächen, die bei Festlegung als Vorranggebiet in ihrer Summe zu einer Überschreitung des Umfassungswinkels von 120° führen würden, nur hinsichtlich des Abwägungsrelevanten Kriteriums auf Grundlage einheitlicher Kriterien stattfinden. Es käme einer sachfremden Erwägung gleich, wenn das Abwägungsrelevante Kriterium insofern mit anderen Abwägungsrelevanten Kriterien vermischt würde. Letztendlich maßgeblich bei der Entscheidung für und damit notwendigerweise gegen eine Potenzialfläche sind in diesem Kontext das übergeordnete Ziel der Schaffung umsetzbarer Flächen für die Nutzung der Windenergie. Während dies für das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gewährleistet ist und mit den vorliegenden Unterlagen (Anlagen 1 und 2) nochmals unterstrichen wird, sind im Bereich der nördlich gelegenen Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 durchgehend drei besetzte Rotmilanbrutplätze zu finden (vgl. 2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27). Insofern ist ein höherer artenschutzrechtlicher Konflikt im Zulassungsverfahren zu erwarten. Darauf wird es aber auch nicht ankommen, weil beide Flächen zutreffend festgelegt werden können.

Zudem hat die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung verdeutlicht, dass eine Übertragung des Gutachtens aus Mecklenburg-Vorpommern auf andere Landesteile und rechtliche Situationen mit erheblichen Abwägungsmängeln einhergehen kann.

Ausführlich Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. September 2024 – 22 D 48/24.NE –, Rn. 78 ff., juris.

Insofern ist es besonders problematisch, dass – soweit ersichtlich – nur das Entfallen des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im Rahmen der Abwägungsentcheidung auf dieser zweifelhaften Methode fußt. Dabei ist dies – wie nachfolgend ausgeführt – nicht einmal in der Binnenlogik des Planungsträgers erforderlich.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Wendet man nämlich dennoch entsprechend dem Planungskonzept das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, welches von der Firma UmweltPlan aus Stralsund im Januar 2013 vorgelegt wurde

abrufbar unter <https://www.rpv-vorpommern.de/projekte/energie-und-klima-schutz/gutachten-zur-umfassung-von-ortschaften-durch-windenergieanlagen> (zuletzt abgerufen am 22.05.2025); eine „Aktualisierung des Gutachtens von 2013“ (vgl. Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 459) ist weder offiziell verfügbar noch durch den Landkreis verfügbar gemacht worden, sodass sich eine fehlerfreie Abwägungsentscheidung hierauf mangels Vorlage der maßgeblichen Entscheidungskriterien bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung nicht berufen kann;

mit den dort beschriebenen Kriterien im Bereich des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf an, ergibt sich folgendes Ergebnis, welches als Anlage 3 auch kartographisch unterlegt wurde:

Von der Gemeinde Kalefeld liegt das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ca. 4 km entfernt, sodass das Abwägungsrelevante Kriterium zur Umfassungswirkung aufgrund der Überschreitung des (Vorsorge-)Abstands von 2.500 m nach dem Planungskonzept keine Relevanz hat. Auch die zwei Bestandsanlagen dürften außerhalb dieses Bereichs liegen.

Für die Ortschaft Eboldshausen ist zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ein Freihaltewinkel von 62° vorhanden. Dabei sind die betroffenen Sichtkorridore mit 9° und 16° aufgrund der Lage und Entfernung besonders gering und hinzu kommt eine Lage und Sichtverschattung durch Wälder auf Erhebungen, was im Einzelfall durch den Landkreis als Argument sogar für eine Unterschreitung des Winkels von 60° herangezogen wurde. Zudem wird insgesamt eine Umfassung von 99° erreicht, mithin sehr deutlich unter 120°, was sogar mit einem Blick insgesamt als zulässig erachtet würde.

Zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf besteht von Ahlshausen ausgehend ein Freihaltewinkel von 92° – und damit deutlich mehr als 60°, was im Einzelfall durch den Landkreis auch deutlich unterschritten wird. Auch wird insgesamt höchstens eine Umfassung von 88° erreicht, mithin deutlich unter 120°.

Eine Verklammerung aufgrund der zwei Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen ist unzulässig und abwägungsfehlerhaft. Die dicht beieinanderliegenden beiden Bestandsanlagen weisen eine Gesamthöhe von 61,5 m bei einer Inbetriebnahme in den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) auf. Nach dem Planungskonzept des Landkreises Northeim findet das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (UmweltPlan Stralsund 2013 – s.o.) Anwendung. Auf S. 13 wird darin beschrieben, dass bei der Betrachtung von einem Anlagenbestand mit Gesamthöhen von 90 m bis 200 m ausgegangen wird. Zusätzlich wird erläutert, dass je größer eine Anlage ist, desto größer erscheint auch die Fernwirkung der Windenergieanlagen. Anlagen, die kleiner als 90 m sind, können damit nach dem Gutachten nicht im Kontext der Umfassungswirkung berücksichtigt werden. Vorliegend hat der Landkreis Northeim selbst festgehalten:

„Das Gutachten geht bei der Ermittlung und Definition des Betrachtungsraums und der Erheblichkeitsschwelle von Windenergieanlagen mit einer Bauhöhe von 300 m aus.“ (Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 430).

Insofern erfolgte im Planungskonzept eine Fortentwicklung zur Berücksichtigung der Referenzwindenergieanlage mit 250 m sowie ein vorsorgeorientierter Ansatz, welcher technische Weiterentwicklungen von Windenergieanlagen berücksichtigt und deshalb den Betrachtungsraum auf 2.500 m erweitert. Umgekehrt können aber bereits nach dem UmweltPlan Stralsund 2013 sowie der Fortentwicklung im Rahmen des Planungskonzepts des Landkreises keine 61,5 m hohe Anlage aus den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m hohe Anlage aus dem Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) zusätzliche Beachtung finden – mind. 150 m niedriger als die Bestandsanlage (und 50 % der unter worst case-Gesichtspunkten herangezogene Bauhöhe von bis zu 300 m). Für diese beiden Anlagen besteht eine äußerst geringe, eigentlich zu vernachlässigende Fernwirkung und sie können nicht dazu führen, dass die Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf als optische Verklammerung zu einem großen Windpark zusammengezogen oder zu addieren sind. Für die Ortschaft Eboldshausen ist zudem entscheidend, dass diese zwei niedrigen Bestandsanlagen hinter einer bewaldeten Bergkuppe liegen und in der Praxis kaum bis gar nicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist auch in die Abwägung einzustellen, dass die zwei Bestandsanlagen in Kürze oder während des nach § 5 Abs. 7 Satz 1 NROG relevanten Planungszeitraums von 10 Jahren des RROP mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zurückgebaut werden und nicht vergleichbar sind mit Anlagen, die aufgrund ihrer 20jährigen Förderperiode nach dem EEG diesen Planungszeitraum klar überdauern. So wurde bereits zutreffend im 1. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01, S. 171 ausgeführt, dass derzeit auch kein Interesse bestünde, die Altanlagen zu repowern (unabhängig von der Frage der Zulässigkeit aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung).

Schließlich kann bei zwei solch kleinen Bestandsanlagen, deren Betriebszeit absehbar abläuft, nicht von einem „Bestandswindpark“ im Sinne des Planungskonzepts gesprochen werden, jedenfalls nicht als solcher

in die Abwägung eingestellt werden.

Zudem hat der Landkreis Northeim zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 festgehalten:

„Im direkten Umfeld sind zudem zwei Bestandsanlagen vorhanden. Die Flächen sowie die Bestandswindenergieanlagen wirken kumulativ auf die angrenzenden Ortschaften.

Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der Topographie nicht gegeben, da zwischen den Flächen und der Bestandsanlagen 60° eingehalten werden bzw. die Fläche aus dem Blickwinkel der Ortschaften jeweils keine 120° einnehmen (vgl. Begründung 4.2.1 Kapitel E.2.7).“ (2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27).

Wieso diese Aussage (60 %) in Bezug auf die zwei Bestandswindenergieanlagen zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 im Unterschied zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gelten soll, erschließt sich mit Blick auf die als Anlage 3 vorgelegte Karte nicht. Aus dieser ist vielmehr zu erkennen, dass der Winkel zwischen den zwei Bestandswindenergieanlagen zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf größer ist als zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01. Damit muss unter Berücksichtigung der vorliegenden Aussagen zur Abwägung im Einzelfall erst recht die Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gleich ausfallen, will der Landkreis Northeim keinen Abwägungsfehler begehen.

Die eingangs wiedergegebene Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf zur BE ID 1189 verfängt jedenfalls nicht, greift zu kurz und behandelt eine ungleiche Situation – lediglich zwei niedrige Altanlagen – gleich mit anderen Planungssituationen (aktuellere große Windenergieanlagen).

Schließlich gilt die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Niedersachsen – noch weit entfernt ist. Hieraus ergibt sich ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären.

Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris.

Auch unter Berücksichtigung dieser Abwägungsdirektive spricht weit Überwiegendes dafür, dass im vorliegenden Einzelfall nicht die zwei Bestandsanlagen unter 100 m Gesamthöhe Beachtung bei der Bewertung des Abwägungsrelevanten Kriteriums im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung finden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im 3. RROP-Entwurf wieder aufzunehmen ist. Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten und Abstände nicht gegeben und nicht zu erwarten.

Des Weiteren ist festzustellen, dass – wie auch im 1. RROP-Entwurf vorgesehen und dort hinsichtlich der Abwägungsrelevante Einzelbelange in Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01 zutreffend ausgeführt – keine Tabuzone und anderen Abwägungsbelange dem wiederaufzunehmenden Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 entgegenstehen. Vielmehr sind die als Anlage 1 und 2 vorgelegten Unterlagen sogar geeignet, etwaige Belange aus dem Bereich des Natur- und Artenschutzes als begründet nicht relevant zu kennzeichnen. Dabei ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG nach § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan, hier das RROP. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial beschränkt sich auf diesen Zeitpunkt und gleichzeitig sind die vorgelegten Anlagen 1 und 2 dabei nun zu berücksichtigen.

BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38.

Insofern verfangen auch nicht die übrigen in der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 vorgetragenen Einwände:

- 1) BE-ID 821: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 2) BE-ID 396 / 656: Zur unsubstantiiert behaupteten Einklemmung bzw. Umschließung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der vogelkundlichen Aufzeichnungen sowie artenschutzrechtlichen Aspekten wird auf Anlage 1 als aktuelle Kartierung Bezug genommen.
- 3) BE-ID 1138: Es liegt keine Substantiierung der Einwendung vor, nachdem der Anhang 1 der Stellungnahme in der Synopse (rechtsfehlerhaft) nicht wiedergegeben ist. Insofern kann hierauf nicht eingegangen werden. Im

Übrigen wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

4) BE-ID 594: Die angesprochenen Belange (Schall, Eiswauf) sind im Rahmen des immissions- schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Positionie- rung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und können bewältigt werden. Eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung ist der aktuelle Standard und wird vorgesehen.

5) BE-ID 369: Zu den angesprochenen unsubstantiierten Ausführungen bezüglich der Avifauna wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind. Die Ausführungen zur optisch bedrängenden Wirkung übersehen § 249 Abs. 10 BauGB. Die ange- sprochenen Belange (Schall, Luftfahrt) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des An- lagentyps etc. zu beurteilen und stehen nach dem Planungskonzept nicht entgegen. Eine Ge- nehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen im Gebiet steht nicht in Frage. Hinsichtlich der Hinweise zum Flächenumfang des RROP wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

6) BE-ID 663: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführun- gen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlag- schatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Be- rücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“

7) BE-ID 1189: Zu den abstrakten Ausführungen bezüglich der Avifauna (Rotmilan) wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind.

8) BE-ID 1183: Die Einwendung verkennt das Verhältnis von Bauleitplanung zur Regionalplanung (§ 1 Abs. 4 BauGB). Zudem verbleibt das vermeintlich „Veto“ unsubstantiiert.

Vielmehr darf dem Landkreis Northeim nicht aufgrund von diesen vereinzelt Stimmen der Abwägungsfehler unterlaufen, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 aus anderen – wie vorliegend aufgezeigt nicht tragfähigen – Gründen zu streichen.

Wir fordern deshalb den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 wieder aufzunehmen und einen maßgeblichen Abwägungsfehler damit zu vermeiden.

[Anlage 1: [Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024]

[Anlage 2: [Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022]

[Anlage 3: Übersichtskarten optische Umfassung]

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Kritik, die Abwägung und Begründung im Rahmen der RROP- Erarbeitung sowie der Ausschluss der Fläche Hohnstedt 01 sei abwägungsfehlerhaft, wird entschieden zurückgewiesen.

Der Landkreis Northeim legt im aktuellen RROP-Entwurf keine Vorranggebiete Windenergienutzung mit Ausschlusswirkung i. S. d. § 7 Abs. 3 Satz 2 ROG fest. Aufgrund der aktuellen Rechtslage weist der Planungsträger Vorranggebiete Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung aus und führt somit eine Positivplanung durch. Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei sollen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermittelt und beurteilt werden. Die planerische Abwägung umfasst grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Der Abwägungsspielraum wurde dabei bereits durch die verbindlichen Vorgaben von Teilflächenzielen vorbestimmt. Der Regionalplanungsträger ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann. Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 WindBG ist mit dem Erreichen der regionalen Teilflächenziele für die Ausweisung von Windenergie an Land dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Windenergie nach § 2 EEG ausreichend Rechnung getragen.

Die Kritik, die Abwägung und Begründung im Rahmen der RROP- Erarbeitung sei fehlerhaft, wird entschieden zurückgewiesen. Die Abwägung und Begründung wird von Seiten des Regionalplanungsträgers auch nach der Überprüfung und Überarbeitung im Rahmen der Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf als hinreichend und sachgerecht erachtet.

Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept erfüllt der Planungsträger die gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung vollumfänglich. Der Planungsträger muss bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nicht den gesamten Planungsraum flächendeckend untersuchen und die Entscheidung darlegen, welche Entscheidung gegen eine Fläche erfolgt. § 249 Abs. 6 Satz 2 BauGB hebt hierbei nochmal hervor, was für reine Vorrangplanungen, d. h. Planungen ohne Ausschlusswirkung, wie die vorliegende, in Bezug auf Vorrangflächen Windenergienutzung, ohnehin gilt: eine planerische Begründung ist allein für die ausgewählten, nicht jedoch für die nicht ausgewählten Vorranggebietsflächen erforderlich. Der Planungsträger muss nicht beweisen mit den festgelegten Windenergiegebieten eine „Bestenauswahl“ getroffen zu haben und muss nicht, wie in der Einwendung gefordert, darlegen, welche Entscheidung gegen die Aufnahme einer Potenzialfläche geführt hat. Es ist für das Planungskonzept ausreichend darzulegen, dass sich die Windenergienutzung auf den festgelegten Gebieten im Grundsatz durchsetzen kann. Dies hat der Regionalplanungsträger für die getroffenen Festlegungen vollumfänglich erfüllt.

Eine verfestigte Planung im Bereich der Fläche Hohnstedt ist aufgrund des Planungsstandes nicht zu verzeichnen. Ein immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsantrag liegt aktuell im Bereich des ehem. Vorranggebietes Hohnstedt 01 nicht vor. Bestands-WEA sind dort ebenfalls nicht vorhanden. Der Aussage, dass aufgrund der vorgenommenen Abstimmungen und avifaunistischen Untersuchungen nahezu eine verfestigte Planung auf Regionalplanungsebene i. S. d. Abwägungskriteriums D.1.4 vorläge, wird daher widersprochen. Die Formulierung der Einwendung „kommt dies [...] jedenfalls der Sache nahe“ impliziert bereits, dass der verfestigte Planungsstand zum aktuellen Zeitraum nicht gegeben ist. Windenergieanlagen, die keine verfestigten Planungsstand aufweisen, werden im Rahmen des vorliegenden Planungskonzeptes nicht als Positivkriterium berücksichtigt. Der Planungsträger gibt in den Bereichen dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug. Der Planungsträger verfolgt das Ziel durch die gesteuerte Standortwahl der Windenergienutzung zum einen angemessenen Raum zu verschaffen und zum anderen einen zusätzlichen Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft zu gewährleisten. Dabei soll unter anderem eine Gleichverteilung im Raum, unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und Charakteristika, angestrebt werden, um eine durch Windenergieanlagen großräumig visuelle Überprägung und Beeinträchtigung des Planungsraumes zu vermeiden und einen geordneten Ausbau der Windenergienutzung zu ermöglichen. Aus Sicht des Planungsträgers werden so die unterschiedlichen – oftmals konkurrierenden – Interessen an der Nutzung des Planungsraums bestmöglich berücksichtigt sowie die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergienutzung erhöht.

Auch eine fehlerhafte doppelte Gewichtung bei der Berücksichtigung der Umfassung ist aus Sicht des Planungsträgers nicht gegeben. Die Überprüfung der Umfassung ist ein planerisches Kriterium, welches im Ermessensspielraums des Planungsträgers und seinem begründeten planerischen Willen für die Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung angewendet wird, um ein unzumutbare Beeinträchtigung einzelner Ortschaften und eine Überprägung des näheren Umfelds der Siedlungen durch Windenergieanlagen vorsorgeorientiert zu vermeiden. Die Umweltprüfung wird als unselbstständiger Teil des Aufstellungsverfahrens in die Verfahrensschritte zur Neuaufstellung des RROP integriert und beinhaltet einen iterativen Abstimmungsprozess und Informationsaustausch. Der Umweltbericht dokumentiert die Umweltprüfung und beschreibt sowie bewertet die Umweltauswirkungen der im RROP tatsächlich getroffenen Festlegungen. Dabei sind auch die Auswirkungen auf den Menschen zu berücksichtigen.

Die vom Einwender herangezogene, obergerichtliche Rechtsprechung („Ausführlich Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. September 2024 – 22 D 48/24.NE –, Rn. 78 ff., juris.“) und damit einhergehende Argumentation beziehen sich auf eine Planung von Windenergiegebieten mit Ausschlusswirkung und sind nach erfolgter Prüfung nach hiesiger Auffassung nicht auf die Planung des Landkreises Northeim übertragbar.

Aus Gründen der Klarstellung und Aufklärung erfolgt an dieser Stelle der Hinweis, dass im vorliegenden RROP-Entwurf keine pauschale Anwendung der im aktualisierten Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen angeführten Methodik (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, 2021) erfolgt ist. Die Betrachtung einer möglichen Umfassung erfolgt unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und der Topographie des Planungsraumes. Im Rahmen der Abwägung wird für die Vorranggebieten Windenergienutzung eine ortsbezogene Überprüfung durchgeführt. Dies ist in der Begründung zu den Vorranggebieten Windenergienutzung unter E.2.7 dokumentiert.

Die in der Einwendung getroffene Aussage, dass von den beiden Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen eine äußerst geringe Fernwirkung ausgeht, die eigentlich zu vernachlässigen sei und dass die Berücksichtigung unzulässig und abwägungsfehlerhaft sei, wird nicht geteilt. Die Bestandswindenergieanlagen sind im Ergebnis der regionalplanerischen Überprüfung zu betrachten und werden vorsorgeorientiert aufgrund ihrer Lage im Raum und ihrer optischen Wirkung mitberücksichtigt. Für die Bewertung der Umfassungswirkung und Intensität der optischen Wirkung von Windenergieanlagen ist die Entfernung zur betroffenen Ortschaft relevant, da die Anlagen mit zunehmender Entfernung zum Betrachter immer kleiner wirken und somit die visuelle Wahrnehmung und damit die beeinträchtigende bzw. bedrängende Wirkung abnimmt. Die Bestandswindenergieanlagen sind zwar im Verhältnis zur im Planungskonzept herangezogenen Referenzwindenergieanlage deutlich niedriger, sie liegen allerdings auch deutlich näher an den direkt angrenzenden Ortschaften. Eine Nicht-Betrachtung der Bestandswindenergieanlagen wird vom Regionalplanungsträger für nicht sachgerecht und nicht begründbar erachtet.

Wie vom Einwender beschrieben, weisen die „[...]“ zwei Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen „[...]“ zwar ein fortgeschrittenes Alter auf („[...]“ Gesamthöhe von 61,5 m bei einer Inbetriebnahme in den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) „[...]“). In Anbetracht des mittel- bis langfristigen Planungshorizontes des RROP besteht zumindest die Wahrscheinlichkeit, dass diese Anlagen repowert werden und sich in ihrer Gesamthöhe anschließend an die Referenzwindenergieanlage mindestens annähern. Im Rahmen der neuen Bundesgesetzgebung werden Repoweringvorhaben bevorzugt behandelt und die Umsetzung erleichtert. Die planerische Ausschlusswirkung gemäß Baugesetzbuch (BauGB) wird für Repowering-Vorhaben bis zum Ablauf des Jahres 2030 durch den Bundesgesetzgeber aufgehoben. Bis 2030 bleibt das Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb ausgewiesener Vorranggebiete Windenergienutzung privilegiert (§ 249 Abs. 3 BauGB). Das Repowering ist der Regelungskompetenz und Steuerungswirkung des Regionalplanungsträgers entzogen. Der Planungsträger kann aktuell nicht prognostizieren oder steuern, ob und an welchem Standort die Anlagen repowert werden. Eine Einbeziehung dieser WEA, wie in Abb. 4.2.1-11 der Begründung zum RROP-Entwurf dokumentiert, berücksichtigt die aktuellen räumlichen Gegebenheiten im Einzelfall. In einem anschließenden Fortschreibungsverfahren zum RROP erfolgt zur Erreichung des Teilflächenziels zum 31.12.2032 eine erneute Überprüfung zu den bestehenden und verfestigt geplanten Windenergieanlagen.

Die Hinweise zur Erfüllung des regionalen Teilflächenziels bis zum 31.12.2027 werden zur Kenntnis genommen. In einem anschließenden Fortschreibungsverfahren zum RROP strebt der Planungsträger eine

Überprüfung des Planungskonzepts und eine Ausweisung weiterer Vorranggebiete Windenergienutzung an, deren Umfang mindestens dem zugewiesenen regionalen Teilflächenziel vom 31.12.2032 entspricht. Die Fortschreibung bietet die Möglichkeit, Änderungen der gesetzlichen Grundlagen und Vorgaben sowie aktuelle Entwicklungen und Voraussetzungen berücksichtigen zu können, sofern sie dem aktualisierten Planungskonzept und dem planerischen Willen eines raumverträglichen Energieausbaus entsprechen. Im Ergebnis sind im Bereich des ehem. Vorranggebietes Hohnstedt 01 keine verfestigten Planungen auf Ebene der Raumordnung vorhanden. Die Fläche Hohnstedt erfüllt aufgrund des angesetzten Planungskonzeptes für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung mit seinen Tabuzonen, entsprechenden Abstandskriterien und planerischen Kriterien der Einzelfallprüfung und kumulativen Prüfung aktuell nicht die Voraussetzungen für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren. Auch die in der Einwendung vorgebrachten Hinweise und Anlagen ändern nichts an der Einschätzung. Die Avifauna wurde auf Grundlage der avifaunistischen Bewertung des erstellten Fachgutachtens in die Abwägung eingestellt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der 2024 aktualisierten Horstkartierung ist die Potenzialfläche Hohnstedt 01 im Ergebnis avifaunistisch kritischer zu bewerten. Die Herausnahme des Vorranggebietes Hohnstedt 01 erfolgt aufgrund einer Umfassungswirkung zur Vermeidung einer übermäßigen teilträumlichen Kumulation als planerisches Kriterium und ist in Anbetracht der aktuellen Anforderungen an eine Positivplanung bzw. eine Planung ohne Ausschlusswirkung, wie sie im aktuellen RROP-Entwurf erfolgt, zulässig. Der Forderung, das Vorranggebiet Hohnstedt 01 wieder in das RROP aufzunehmen, wird daher nicht gefolgt. Hilfsweise wird, wie bereits beschrieben, ausgeführt, dass der Landkreis Northeim als Regionalplanungsträger nicht verpflichtet ist, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen eine Windenergienutzung sich bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem ggf. nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchsetzen kann. Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 WindBG ist mit dem Erreichen der regionalen Teilflächenziele für die Ausweisung von Windenergie an Land dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Windenergie nach § 2 EEG ausreichend Rechnung getragen. Der Regionalplanungsträger hält an der Herausnahme der Fläche Hohnstedt 01 aufgrund der Abprüfung der Umfassung fest (vgl. BE ID 1189 des 1. Beteiligungsverfahrens). Ein Abwägungsmangel oder, wie in der Eingabe beschrieben, gar ein Abwägungsausfall, ist vorliegend nicht gegeben.

Stellungnehmer-ID: 113 Stellungnahme-ID: 133 BE-ID: 225 Privat

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ... der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ... im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ... die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- **Konzentrationswirkung:** Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- **Raumverträglichkeit:** Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- **Ertragseffizienz der Fläche:** Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **132**   Stellungnahme-ID: **153**   BE-ID: **474**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ich bin Flächeneigentümer innerhalb des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf. Mit großer Verwunderung habe ich wahrgenommen, dass diese Fläche im 2. RROP-Entwurf entfallen ist und dies mit einer angeblichen Umfassungswirkung von Ortschaften begründet wird. Dabei kann ich mit meiner Ortskenntnis mitteilen, dass jedenfalls die zwei östlich von Ahlshausen befindlichen alten, kleinen Windkraftanlagen keine maßgebliche Wirkung auf die Umgebung entfalten.

Ich mache mir insofern auch die anwaltliche Stellungnahme in Anlage zu eigen zu meiner Äußerung und fordere den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 in das RROP wieder aufzunehmen sowie damit den zwischenzeitlichen Fehler des 2. RROP-Entwurfs zu beseitigen. Anderenfalls wäre sonst mein sich bereits durch laufende Planungen für Windkraftanlagen auf meinen Flächen verfestigtes Eigentumsinteresse fehlerhaft und nachhaltig sowie nachteilig betroffen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 472.

---

Stellungnehmer-ID: **34**   Stellungnahme-ID: **37**   BE-ID: **39**   **Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

bezüglich Ihrer Anfrage vom 12.03.2025

- Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim - Auslegung (Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 3 ROG)– und der BOS-Richtfunkstrecken im angezeigten Bereich bestehen unsererseits keine Bedenken, solange der Abstand zu unseren Richtfunkstrecken mindestens 30m zum maximal möglichen Rand des Hindernisses (vertikal und horizontal) beträgt.

Es befindet sich eine aktive Richtfunkverbindung im angezeigten Bereich [Inhalt anonymisiert]



[Inhalt anonymisiert]

[Inhalt anonymisiert]

Falls es in Zukunft Planungsänderungen gibt, bitte ich Sie, uns weiterhin darüber zu informieren und zu beteiligen.  
Informationen zu BOS-Richtfunkstrecken sind nicht öffentlich. Ich bitte die Daten nur im Rahmen der Notwendigkeit weiterzugeben.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die genannte Richtfunkverbindung ist dem Planungsträger bekannt und wurde bereits bei der Ausweisung des betroffenen Vorranggebietes Windenergienutzung berücksichtigt (vgl. Begründung des RROP-Entwurfes zu Abschnitt 4.1.2 Ziffer 03 bis 06). Ein Hinweis erfolgt zudem in dem entsprechenden Gebietsblatt (vgl. Anlage 4.1.2-1 Gebietsblätter Vorranggebiete Windenergienutzung). Aus der übermittelten Richtfunkverbindung ist kein bisher unberücksichtigter Fall erkennbar.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Eine weitere Beteiligung des Einwenders ist vorgesehen.

Zur Sachaufklärung wird auf Folgendes hingewiesen:

Zu Richtfunktrassen wird im vorliegenden Planungskonzept kein pauschaler Abstand angewendet. Die linienhaften Infrastrukturen werden im Rahmen der Einzelfallprüfung berücksichtigt. Unter dem Aspekt, dass Windenergieanlagen in einem Windpark einen gewissen Abstand voneinander einhalten müssen, um sich nicht gegenseitig zu stören, kann über die Wahl der Standorte im dem RROP nachgelagerten Genehmigungsverfahren grundsätzlich sichergestellt werden, dass die Richtfunkverbindungen mit den ihnen jeweils zuzuordnenden Schutzabständen Berücksichtigung finden.

---

Stellungnehmer-ID: **116**   Stellungnahme-ID: **151**   BE-ID: **299**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfes**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ANLAGE

namens und im Auftrag der [Inhalt anonymisiert] nehmen wir zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Northeim (nachfolgend: 2. RROP-Entwurf) Stellung.

Als in Niedersachsen verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [Inhalt anonymisiert] das Bestreben des Landkreises Northeim, eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie im Landkreis sicherzustellen.

Die [Inhalt anonymisiert] sieht die Herausforderungen und Chancen, die in der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung liegen, um die nach dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ erforderlichen Flächenbeitragswerte gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in Verbindung mit dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) im Landkreis Northeim zu erreichen. Dabei bringen die [Inhalt anonymisiert] gemeinsam mit uns gerne unsere fach- und ortsspezifischen sowie raumordnungsrechtlichen Kenntnisse ein, um für die Regionalplanungen einen Mehrwert zu schaffen sowie ein belastbares und nicht angreifbares RROP 2025 für den Landkreis Northeim zu erreichen.

Ausweislich der Erläuterungskarte 2 – Änderungen in den Festlegungen des 2. RROP-Entwurfs sind zahlreiche Vorranggebiete Windenergienutzung gegenüber dem 1. RROP-Entwurf weggefallen. Dies hat zur Konsequenz, dass nach der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 361 f. nur noch ein Flächenumfang von 1.210,57 ha und damit 0,95 % der Landkreisfläche – gegenüber ursprünglich 1.832,82 ha bzw. 1,44 % der Landkreisfläche nach dem 1. RROP-Entwurf – als Vorranggebiete Windenergienutzung vorgesehen werden. Auch wenn damit das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel von 1.019 ha (nachrichtlich: 0,80 %) des Planungsrahms nach dem NWindG erreicht würde, so geht der Landkreis Northeim damit ein unnötiges Risiko ein. Schon beim Wegfall eines großen Vorranggebietes Windenergienutzung oder zwei bis drei kleinerer Vorranggebiete wird das regionale Teilflächenziel unterschritten mit der Konsequenz, dass dann im gesamten Landkreis Northeim – ggf. auch nur über kurzfristig zu erhaltene Vorbescheide nach § 9 Abs. 1a BImSchG im vereinfachten Verfahren – Windenergieanlagen wieder als privilegierte Außenbereichsvorhaben zulässig sind. Auf dieses Risiko weist Abschnitt 9.1 der Arbeitshilfe für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Regionalen Raumordnungsprogrammen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stand: April 2025, ausdrücklich hin.

Auch wenn es nachvollziehbar ist, dass aus guten Gründen einzelne Vorranggebiete Windenergienutzung im Rahmen der Fortschreibung des Entwurfs hin zum 2. RROP-Entwurf entfallen sind, so bedarf es einer



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

selbstkritischen Prüfung hinsichtlich solcher Vorranggebiete Windenergienutzung, welche allein aufgrund einer Abwägungsentscheidung nach Ausweisung im 1. RROP-Entwurf herausgenommen wurden. Dies gilt nicht nur, weil der 2. RROP-Entwurf aufgrund von Abwägungsfehlern damit rechtlich angreifbar wird, sondern weil unnötig auf einen weiteren Sicherheitspuffer für das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel verzichtet wird und sogar das regionale Teilflächenziel 31.12.2032 (1.319 ha) erreichbar gewesen und der Landkreis vor erneuten, teils heiß geführten Diskussionen hätte verschont werden können.

Besonders augenscheinlich ist, dass die Abwägungsentscheidung zum Wegfall der Festlegung des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf relevanten Fehler unterliegt und diese Potenzialfläche weiterhin auch unter Berücksichtigung der Einwendungen zum 1. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen ist.

Dies ist insofern auch relevant und für die Abwägung erheblich, weil die [Inhalt anonymisiert] unterstützt durch die Flächeneigentümer bereits wesentliche Planungsschritte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich unternommen haben. So wurde zur Vorbereitung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrags während der Brutzeit 2023 durch einen Umweltgutachter eine Kartierung und Erfassung der Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel durchgeführt.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024 (Anlage 1).

Zudem wurde im Vorfeld die Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen) abgeprüft.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022 (Anlage 2).

Damit kommt dies dem positiven Abwägungskriterium D.1.4 bestehende und verfestigt geplante Windenergieanlagen jedenfalls der Sache nach nahe.

In der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren wird an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 auf die BE ID 1189 und die dortige entsprechende Abwägung (S. 555/674) verwiesen, weshalb die Potenzialfläche Hohnstedt 01 im 2. RROP- Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung enthalten sei. Die Abwägungsentscheidung lautet:

„Die Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 entfällt auf Grund der Abprüfung der Umfassung der Ortschaften unter Berücksichtigung der zur Ausweisung vorgesehenen Vorranggebiete Windenergienutzung und Bestandswindparks. Hohnstedt 01 wird nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen.“

Dies ist nach § 7 Abs. 2 ROG abwägungsfehlerhaft.

Gemäß § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen.

Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.

Statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.

Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen.

BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45.

Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Umfassung der Ortschaften hinsichtlich der Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 ergeben. Hieran fehlt es bereits.

Sofern der Landkreis Northeim auf das Abwägungsrelevante Kriterium im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung und dabei auf den Aspekt „Umfassung von Ortschaften bei Zusammenwirken mehrerer Vorranggebietsvorschläge: Abstand der Vorrangflächen zueinander (räumlicher Zusammenhang)“ abstellen wollte, ist dies unzutreffend erfolgt. So wird in der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 429 f. hierzu ausgeführt:

„Der Planungsträger will eine Umfassung der Ortschaften durch Windenergieanlagen vermeiden. Im Rahmen der Abwägung wird eine ortsbezogene Überprüfung durchgeführt. Für die Überprüfung der Umfassung besteht keine standardisierte Regelung oder Methodik.

Die Vorgehensweise im Zuge der Überprüfung einer möglichen Umfassungswirkung sowie die konkrete Berücksichtigung dieses Belanges im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung orientiert sich im Grundsatz an einer im Jahr 2012 im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern entwickelten Methodik, die im Jahr 2021 aktualisiert wurde<sup>72</sup> und welche im Folgenden cursorisch erläutert wird. [...].“

Rechtlicher Hintergrund der Berücksichtigung einer Umfassungswirkung ist – wie auch im zitierten Gutachten ausgeführt – das Schutzgut Mensch nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UVPG. Insofern muss bei der entsprechenden rechtlichen Anknüpfung an das Schutzgut Mensch, die Behandlung der Frage der Umfassungswirkung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG in der Umweltprüfung erfolgen. Dies ist vorliegend im Umweltbericht 2. RROP-Entwurf, S. 83 auch geschehen. Allerdings droht eine fehlerhafte doppelte Gewichtung, wenn die Umfassungswirkung als Abwägungsrelevante Kriterium und über die Umweltprüfung nach § 7 Abs. 2 Satz 2 ROG bei der vorzunehmenden Abwägung zu berücksichtigen ist.

Offen ist zudem, welche objektivierten Verfahren bei der Berücksichtigung des Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ Anwendung finden. Es fehlt es an einer Nachvollziehbarkeit dieses Abwägungsrelevanten Kriteriums. So ergibt sich aus dem Planungskonzept nicht, nach welchen Kriterien bei mehreren Möglichkeiten der Reduzierung einer Umfassungswirkung auf 120° die Entscheidung für eine und damit zwingend gegen eine andere Fläche erfolgt.

Jedenfalls darf eine Abwägung zwischen verschiedenen Potenzialflächen, die bei Festlegung als Vorranggebiet in ihrer Summe zu einer Überschreitung des Umfassungswinkels von 120° führen würden, nur hinsichtlich des Abwägungsrelevanten Kriteriums auf Grundlage einheitlicher Kriterien stattfinden. Es käme einer sachfremden Erwägung gleich, wenn das Abwägungsrelevante Kriterium insofern mit anderen Abwägungsrelevanten Kriterien vermischt würde. Letztendlich maßgeblich bei der Entscheidung für und damit notwendigerweise gegen eine Potenzialfläche sind in diesem Kontext das übergeordnete Ziel der Schaffung umsetzbarer Flächen für die Nutzung der Windenergie. Während dies für das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gewährleistet ist und mit den vorliegenden Unterlagen (Anlagen 1 und 2) nochmals unterstrichen wird, sind im Bereich der nördlich gelegenen Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 durchgehend drei besetzte Rotmilanbrutplätze zu finden (vgl. 2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27). Insofern ist ein höherer artenschutzrechtlicher Konflikt im Zulassungsverfahren zu erwarten. Darauf wird es aber auch nicht ankommen, weil beide Flächen zutreffend festgelegt werden können.

Zudem hat die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung verdeutlicht, dass eine Übertragung des Gutachtens aus Mecklenburg-Vorpommern auf andere Landesteile und rechtliche Situationen mit erheblichen Abwägungsmängeln einhergehen kann.

Ausführlich Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. September 2024 – 22 D 48/24.NE –, Rn. 78 ff., juris.

Insofern ist es besonders problematisch, dass – soweit ersichtlich – nur das Entfallen des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im Rahmen der Abwägungsentcheidung auf dieser zweifelhaften Methode fußt. Dabei ist dies – wie nachfolgend ausgeführt – nicht einmal in der Binnenlogik des Planungsträgers erforderlich.

Wendet man nämlich dennoch entsprechend dem Planungskonzept das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, welches von der Firma UmweltPlan aus Stralsund im Januar 2013 vorgelegt wurde

abrufbar unter <https://www.rpv-vorpommern.de/projekte/energie-und-klima-schutz/gutachten-zur-umfassung-von-ortschaften-durch-windenergieanlagen> (zuletzt abgerufen am 22.05.2025); eine „Aktualisierung des

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Gutachtens von 2013" (vgl. Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 459) ist weder offiziell verfügbar noch durch den Landkreis verfügbar gemacht worden, sodass sich eine fehlerfreie Abwägungsentscheidung hierauf mangels Vorlage der maßgeblichen Entscheidungskriterien bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung nicht berufen kann;

mit den dort beschriebenen Kriterien im Bereich des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf an, ergibt sich folgendes Ergebnis, welches als Anlage 3 auch kartographisch unterlegt wurde:

Von der Gemeinde Kalefeld liegt das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ca. 4 km entfernt, sodass das Abwägungsrelevante Kriterium zur Umschließungswirkung aufgrund der Überschreitung des (Vorsorge-)Abstands von 2.500 m nach dem Planungskonzept keine Relevanz hat. Auch die zwei Bestandsanlagen dürften außerhalb dieses Bereichs liegen.

Für die Ortschaft Eboldshausen ist zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ein Freihaltewinkel von 62° vorhanden. Dabei sind die betroffenen Sichtkorridore mit 9° und 16° aufgrund der Lage und Entfernung besonders gering und hinzu kommt eine Lage und Sichtverschattung durch Wälder auf Erhebungen, was im Einzelfall durch den Landkreis als Argument sogar für eine Unterschreitung des Winkels von 60° herangezogen wurde. Zudem wird insgesamt eine Umschließung von 99° erreicht, mithin sehr deutlich unter 120°, was sogar mit einem Blick insgesamt als zulässig erachtet würde.

Zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf besteht von Ahlshausen ausgehend ein Freihaltewinkel von 92° – und damit deutlich mehr als 60°, was im Einzelfall durch den Landkreis auch deutlich unterschritten wird. Auch wird insgesamt höchstens eine Umschließung von 88° erreicht, mithin deutlich unter 120°.

Eine Verklammerung aufgrund der zwei Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen ist unzulässig und abwägungsfehlerhaft. Die dicht beieinanderliegenden beiden Bestandsanlagen weisen eine Gesamthöhe von 61,5 m bei einer Inbetriebnahme in den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) auf. Nach dem Planungskonzept des Landkreises Northeim findet das Gutachten zur „Umschließung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (UmweltPlan Stralsund 2013 – s.o.) Anwendung. Auf S. 13 wird darin beschrieben, dass bei der Betrachtung von einem Anlagenbestand mit Gesamthöhen von 90 m bis 200 m ausgegangen wird. Zusätzlich wird erläutert, dass je größer eine Anlage ist, desto größer erscheint auch die Fernwirkung der Windenergieanlagen. Anlagen, die kleiner als 90 m sind, können damit nach dem Gutachten nicht im Kontext der Umschließungswirkung berücksichtigt werden. Vorliegend hat der Landkreis Northeim selbst festgehalten:

„Das Gutachten geht bei der Ermittlung und Definition des Betrachtungsraums und der Erheblichkeitsschwelle von Windenergieanlagen mit einer Bauhöhe von 300 m aus.“ (Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 430).

Insofern erfolgte im Planungskonzept eine Fortentwicklung zur Berücksichtigung der Referenzwindenergieanlage mit 250 m sowie ein vorsorgeorientierter Ansatz, welcher technische Weiterentwicklungen von Windenergieanlagen berücksichtigt und deshalb den Betrachtungsraum auf 2.500 m erweitert. Umgekehrt können aber bereits nach dem UmweltPlan Stralsund 2013 sowie der Fortentwicklung im Rahmen des Planungskonzepts des Landkreises keine 61,5 m hohe Anlage aus den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m hohe Anlage aus dem Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) zusätzliche Beachtung finden – mind. 150 m niedriger als die Bestandsanlage (und 50 % der unter worst case-Gesichtspunkten herangezogene Bauhöhe von bis zu 300 m). Für diese beiden Anlagen besteht eine äußerst geringe, eigentlich zu vernachlässigende Fernwirkung und sie können nicht dazu führen, dass die Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf als optische Verklammerung zu einem großen Windpark zusammengezogen oder zu addieren sind. Für die Ortschaft Eboldshausen ist zudem entscheidend, dass diese zwei niedrigen Bestandsanlagen hinter einer bewaldeten Bergkuppe liegen und in der Praxis kaum bis gar nicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist auch in die Abwägung einzustellen, dass die zwei Bestandsanlagen in Kürze oder während des nach § 5 Abs. 7 Satz 1 NROG relevanten Planungszeitraums von 10 Jahren des RROP mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zurückgebaut werden und nicht vergleichbar sind mit Anlagen, die aufgrund ihrer 20jährigen Förderperiode nach dem EEG diesen Planungszeitraum klar überdauern. So wurde bereits zutreffend im 1. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01, S. 171 ausgeführt, dass derzeit auch kein Interesse bestünde, die Altanlagen zu repowern (unabhängig von der Frage der Zulässigkeit aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung).

Schließlich kann bei zwei solch kleinen Bestandsanlagen, deren Betriebszeit absehbar abläuft, nicht von einem „Bestandswindpark“ im Sinne des Planungskonzepts gesprochen werden, jedenfalls nicht als solcher in die Abwägung eingestellt werden.

Zudem hat der Landkreis Northeim zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 festgehalten:

„Im direkten Umfeld sind zudem zwei Bestandsanlagen vorhanden. Die Flächen sowie die Bestandswindenergieanlagen wirken kumulativ auf die angrenzenden Ortschaften.

Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der Topographie nicht gegeben, da zwischen den Flächen und der Bestandsanlagen 60° eingehalten werden bzw. die Fläche aus dem Blickwinkel der Ortschaften jeweils keine 120° einnehmen (vgl. Begründung 4.2.1 Kapitel E.2.7).“ (2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27).

Wieso diese Aussage (60 %) in Bezug auf die zwei Bestandswindenergieanlagen zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 im Unterschied zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gelten soll, erschließt sich mit Blick auf die als Anlage 3 vorgelegte Karte nicht. Aus dieser ist vielmehr zu erkennen, dass der Winkel zwischen den zwei Bestandswindenergieanlagen zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf größer ist als zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01. Damit muss unter Berücksichtigung der vorliegenden Aussagen zur Abwägung im Einzelfall erst recht die Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gleich ausfallen, will der Landkreis Northeim keinen Abwägungsfehler begehen.

Die eingangs wiedergegebene Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf zur BE ID 1189 verfängt jedenfalls nicht, greift zu kurz und behandelt eine ungleiche Situation – lediglich zwei niedrige Altanlagen – gleich mit anderen Planungssituationen (aktuellere große Windenergieanlagen).

Schließlich gilt die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Niedersachsen – noch weit entfernt ist. Hieraus ergibt sich ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären.

Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris.

Auch unter Berücksichtigung dieser Abwägungsdirektive spricht weit Überwiegendes dafür, dass im vorliegenden Einzelfall nicht die zwei Bestandsanlagen unter 100 m Gesamthöhe Beachtung bei der Bewertung des Abwägungsrelevanten Kriteriums im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung finden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im 3. RROP-Entwurf wieder aufzunehmen ist. Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten und Abstände nicht gegeben und nicht zu erwarten.

Des Weiteren ist festzustellen, dass – wie auch im 1. RROP-Entwurf vorgesehen und dort hinsichtlich der Abwägungsrelevante Einzelbelange in Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01 zutreffend ausgeführt – keine Tabuzone und anderen Abwägungsbelange dem wiederaufzunehmenden Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 entgegenstehen. Vielmehr sind die als Anlage 1 und 2 vorgelegten Unterlagen sogar geeignet, etwaige Belange aus dem Bereich des Natur- und Artenschutzes als begründet nicht relevant zu kennzeichnen. Dabei ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG nach § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan, hier das RROP. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial beschränkt sich auf diesen Zeitpunkt und gleichzeitig sind die vorgelegten Anlagen 1 und 2 dabei nun zu berücksichtigen.

BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38.

Insofern verfangen auch nicht die übrigen in der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 vorgetragenen Einwände:

- 1) BE-ID 821: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 2) BE-ID 396 / 656: Zur unsubstantiiert behaupteten Einklemmung bzw. Umschließung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der vogelkundlichen Aufzeichnungen sowie artenschutzrechtlichen Aspekten wird auf Anlage 1 als aktuelle Kartierung Bezug genommen.
- 3) BE-ID 1138: Es liegt keine Substantiierung der Einwendung vor, nachdem der Anhang 1 der Stellungnahme in der Synopse (rechtsfehlerhaft) nicht wiedergegeben ist. Insofern kann hierauf nicht eingegangen werden. Im Übrigen wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.
- 4) BE-ID 594: Die angesprochenen Belange (Schall, Eiswauf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und können bewältigt werden. Eine bedarfsgerechte Nachkennzeichnung ist der aktuelle Standard und wird vorgesehen.
- 5) BE-ID 369: Zu den angesprochenen unsubstantiierten Ausführungen bezüglich der Avifauna wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind. Die Ausführungen zur optisch

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

bedrängenden Wirkung übersehen § 249 Abs. 10 BauGB. Die angesprochenen Belange (Schall, Luftfahrt) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und stehen nach dem Planungskonzept nicht entgegen. Eine Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen im Gebiet steht nicht in Frage. Hinsichtlich der Hinweise zum Flächenumfang des RROP wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

6) BE-ID 663: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“

7) BE-ID 1189: Zu den abstrakten Ausführungen bezüglich der Avifauna (Rotmilan) wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind.

8) BE-ID 1183: Die Einwendung verkennt das Verhältnis von Bauleitplanung zur Regionalplanung (§ 1 Abs. 4 BauGB). Zudem verbleibt das vermeintlich „Veto“ unsubstantiiert.

Vielmehr darf dem Landkreis Northeim nicht aufgrund von diesen vereinzelt Stimmen der Abwägungsfehler unterlaufen, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 aus anderen – wie vorliegend aufgezeigt – nicht tragfähigen – Gründen zu streichen.

Wir fordern deshalb den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 wieder aufzunehmen und einen maßgeblichen Abwägungsfehler damit zu vermeiden.

[Anlage 1: [Inhalt anonymisiert], Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024]

[Anlage 2: [Inhalt anonymisiert], Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022]

[Anlage 3: Übersichtskarten optische Umfassung]

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 298.

---

Stellungnehmer-ID: **43**    Stellungnahme-ID: **45**    BE-ID: **46**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

mit großem Interesse habe ich eine erste Sichtung der Unterlagen des zweiten RROP-Entwurfs vorgenommen. Ich muss gestehen, dass mich die Art und Weise der Argumentation des Entwurfes überrascht haben.

§ 1 Abs.1 Raumordnungsgesetz (ROG) definiert die Aufgabe und Leitvorstellung der Raumordnung wie folgt: „Der Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume sind durch Raumordnungspläne, durch raumordnerische Zusammenarbeit und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Dabei sind

1. unterschiedliche Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen und die auf der jeweiligen Planungsebene auftretenden Konflikte auszugleichen,
2. Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen des Raums zu treffen.“

Bereits nach einer ersten Durchsicht des Entwurfes steht fest, dass er diese Anforderungen nicht zu erfüllen vermag. Insbesondere ein Ausgleich der bei der Planung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung auftretenden Konflikte mit den avifaunistischen Naturschutzbelangen gelingt nicht. Ich möchte Ihnen diese Problematik exemplarisch anhand des geplanten Vorranggebiets Moringen 01 aufzeigen.

Auf S. 59 der Avifaunistischen Untersuchung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Zuge der Neuausweisung des RROP für den Landkreis Northeim der ÖKOTOP GbR (2024) findet sich die folgende gutachterliche Stellungnahme:

„Bereits in der ersten Fassung des Fachgutachtens (ÖKOTOP GbR 2020) wurde dieses Gebiet als Schwerpunktgebiet des Rotmilans beschrieben. Die Ergebnisse aus der aktuellen Erfassung bestätigen das Bild vor vier Jahren. Einige der alten Brutplätze sind zwar erloschen, jedoch wurden einige neue gebaut und weitere fünf potenzielle Rotmilanhorste, die unbesetzt blieben, zeigen die Stetigkeit als Bruthabitat. Die Nähe zum Waldrand und somit zu potenziellen Brutplätzen des Rotmilans verstärken die Konflikte. Drastische Abschaltmaßnahmen wären hier gefordert, dennoch bliebe das Risiko einer erheblichen Störung allein durch die Anlagen, da die Fläche so nah vom Bruthabitat des Rotmilans umgeben ist. Ob die Paare das Gebiet auch weiterhin als Brutplatz nutzen würden, ist ungewiss. Eine WE-Nutzung wird hier folglich nicht empfohlen.“ Aus der Begründung des Entwurfes vermag ich nicht zu erschließen, inwieweit die Ausweisung eines Vorranggebietes für die Windenergienutzung, in dem sich ein Schwerpunktgebiet des Rotmilans befindet und indem trotz drastischer Abschaltmaßnahmen das Risiko einer erheblichen Störung allein durch die Anlagen verbleibe, da die Fläche so nah vom Bruthabitat des Rotmilans umgeben ist, zum Ausgleich der Konflikte einer Windenergienutzung mit Naturschutzbelangen beitragen kann. Da die gutachterliche Stellungnahme davon spricht, dass die Nähe zum Waldrand und somit zu potenziellen Brutplätzen des Rotmilans die Konflikte verstärken, bleibt sowohl bei korrekter juristischer Bewertung des Sachverhaltes als auch bei Anwendung des gesunden Menschenverstandes nur die Schlussfolgerung, dass die Planung die auftretenden Konflikte nicht ausgleichen, sondern verschärfen würde.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Warum ein Gebiet, das objektiv wegen massiver Konflikte mit avifaunistischen Naturschutzbelangen für die Windenergienutzung ungeeignet ist, dennoch als Vorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen werden soll, bleibt das Geheimnis der Planer. Eine Planung, die derart diametral der gesetzlichen Leitvorstellung der Raumordnung widerspricht, kann nicht rechtmäßig sein.

Sind Sie wirklich anderer Auffassung?

Eine Erörterung dieser Angelegenheit mit den für die Kommunalaufsicht zuständigen Stellen muss ich mir vorbehalten.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Einschätzung, die Planung der Vorranggebiete Windenergienutzung widerspreche den gesetzlichen Anforderungen, wird nicht geteilt. Es ist Aufgabe der Regionalplanung und des RROP, sämtliche z. T. konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei sollen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermittelt und beurteilt werden. Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept kommt der Planungsträger den gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nach. Im Ergebnis werden Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP-Entwurf ausgewiesen, die aus Sicht des Regionalplanungsträgers für eine Windenergienutzung geeignet sind.

Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ist der Artenschutz im Sinne einer Vorabschätzung zu berücksichtigen. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindbares Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine, dem Planungsmaßstab angepasste, Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint. Die konkrete Auseinandersetzung mit avifaunistischen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Avifaunistische Konflikte lassen sich im nachgelagerten Zulassungsverfahren regelmäßig durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vermeiden.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse, auch unter Berücksichtigung der empfohlenen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, dem Artenschutz Genüge getan, um auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen möglichst auszuschließen.

Eine Unüberwindbarkeit artenschutzrechtlicher Belange ist auf der Fläche Moringen 01 bereits aus tatsächlichen Gründen nicht gegeben. Für die Fläche sind aufgrund der überdurchschnittlich hohen Dichte an Rotmilan-Brutpaaren und der Lage im direkten Umfeld von hochwertigen Brut- und potenziellen Nahrungshabitaten schwerwiegende artenschutzfachliche Konflikte zwar nicht auszuschließen. Diese stehen einer Windenergienutzung allerdings nicht grundsätzlich entgegen, da sie durch geeignete Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen auf nachgelagerter Ebene in vergleichbaren Fällen und unter Berücksichtigung der aktuellen artenschutzrechtlichen Regelungen regelmäßig für eine Windenergienutzung überwunden werden können. Im Bereich der Fläche wurden vier Windenergieanlagen unter Berücksichtigung und Festlegung entsprechender Nebenbestimmungen genehmigt. Die artenschutzrechtlichen Hürden wurden im abgeschlossenen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windenergieanlagen genommen. Auf regionalplanerischer Ebene kann somit prognostiziert werden, dass sich die Windenergienutzung unter entsprechenden Auflagen auf dem Vorranggebiet im Grundsatz durchsetzen kann. Es sind zwischenzeitlich Tatsachen geschaffen, zumal die angesprochene Fläche im Rahmen von Bauleitplanungen bereits als Sonderbauflächen für die Windenergienutzung ausgewiesen worden sind. Daher überwiegt an dieser Stelle die regionalplanerische Abwägung zum RROP zugunsten der Windenergienutzung, auch um das Erreichen des regionalen Teilflächenziels sicherzustellen und gleichzeitig auf Festlegungen an anderer Stelle verzichten zu können.

Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

Der Hinweis zur Erörterung mit der Kommunalaufsicht wird zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: 109    Stellungnahme-ID: 134    BE-ID: 282    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Der Unterzeichner hält seine im Herbst 2023 erhobenen Einwendungen (Identifikationsnummer: 381) gegen die Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieerzeugung Moringen 01, Moringen 02 und Hollenstedt 01 aufrecht und verweist vollumfänglich auf die am 26.11.2023 abgegebene Stellungnahme, die leider in der überarbeiteten Planung nicht berücksichtigt wurde. Zur Begründung der Einwendungen wird ergänzend wie folgt vorgetragen:

Die am 25. September 2024 von der ÖKOTOP GbR vorgelegte Avifaunistische Untersuchung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Zuge der Neuausweisung des RROP für den Landkreis Northeim bestätigt nicht nur, sondern erhöht die Relevanz der im Herbst 2023 erhobenen Einwendungen. Es ist daher mehr als unverständlich, warum diesen Einwendungen nicht gefolgt werden soll.

Der Landkreis Northeim missachtet bei der Aufstellung seines Regionalen Raumordnungsprogrammes nicht nur die Belange des Artenschutzes, sondern betreibt dadurch gleichzeitig eine rechtswidrige Verhinderungsplanung zu Lasten der Nutzung der Windenergie. Durch diese Planungen wird insbesondere gegen das Gebot der Konfliktvermeidung verstoßen.

Das Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz definiert die Zielsetzung der Raumordnung wie folgt:



Aufgabe der Raumordnung ist es, die vielfältigen Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und einen „Grundkonsens“ über die Nutzung des Raums und seine weitere Entwicklung zu schaffen. Raumordnung soll zwischen den unterschiedlichen Interessen und Belangen vermitteln und die verschiedenen Anforderungen an den Raum aufeinander abstimmen. Sie soll zusammenfassend, fachübergreifend und überörtlich dafür vorsorgen, dass für die einzelnen Nutzungen und Funktionen genügend geeignete Flächen zur Verfügung stehen und dass Konflikte möglichst vermieden oder ausgeglichen werden.

Quelle: [https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/raumordnung\\_landesplanung/grundlagen\\_der\\_raumordnung\\_landes\\_und\\_regionalplanung/aufgabe-der-raumordnung-145476.html](https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/raumordnung_landesplanung/grundlagen_der_raumordnung_landes_und_regionalplanung/aufgabe-der-raumordnung-145476.html)

Bezüglich der Windenergienutzung folgt daraus, dass wenn einem Regionalen Raumordnungsprogramm Windenergieflächen mit Ausschlusswirkung ausgewiesen werden, die Planung der Windenergienutzung nicht nur substantiell Raum geben muss, sondern dies auf eine möglichst konfliktarme Art und Weise gewährleisten muss. Ob diese Zielsetzung erreicht wurde, kann anhand der Nebenbestimmungen, mit der eine Genehmigung nach dem BImSchG zu versehen wäre, zu überprüfen. Je mehr Auflagen, insbesondere Abschaltzeiten, wegen Artenschutzbelangen verfügt werden müssen, desto weniger werden Konflikte vermieden oder ausgeglichen.

Diese Grundsätze werden in den bisherigen Planungen verkannt. Stattdessen scheinen die Planungen davon auszugehen, dass die Konflikte durch die Abwägungsentscheidungen entschärft wurden. In Wirklichkeit werden die Konflikte mit dem Artenschutz durch die Abwägungsentscheidungen jedoch verschärft. Diese Zusammenhänge werden im Folgenden anhand der Potenzialflächen Moringen 01, Moringen 02 und Moringen 03 dargestellt:

Im ersten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes wurde das avifaunistische Konfliktpotenzial der Potenzialflächen Moringen 01, Moringen02 und Moringen03 wie folgt bewertet:

### Moringen 01

Nach gutachterlicher Einschätzung weist die Potenzialfläche insgesamt ein hohes avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird nicht empfohlen (ÖKOTOP 2020).

Schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte können derzeit nicht ausgeschlossen werden. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens sind die Belange der Avifauna besonders zu beachten.

Kleinräumig vorhandene Gehölze stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen.

- Die Hochspannungsleitung sowie die LV Radaranlage Auenhausen können zu Einschränkungen der Nutzbarkeit für Windenergieanlagen führen.

### Moringen 02

Nach gutachterlicher Einschätzung weist die Teilfläche ein mittleres avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird als bedingt möglich bewertet. Die Teilfläche a weist ein hohes avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird nicht empfohlen (ÖKOTOP 2020).

### Moringen 03

Nach gutachterlicher Einschätzung weist die Potenzialfläche ein mittleres avifaunistisches Konfliktpotenzial auf und eine Windenergienutzung wird als bedingt möglich bewertet (ÖKOTOP 2020).

Im Widerspruch zu dieser gutachterlichen Einschätzung sollen nach dem Willen der Planer die Gebiete Moringen 01 und Moringen 02 zu Vorranggebieten für die Windenergienutzung werden. Das Gebiet Moringen 03 soll hingegen kein Vorranggebiet für die Windenergienutzung werden. Trotz der am 25. September 2024 von der ÖKOTOP GbR vorgelegten Avifaunistische Untersuchung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Zuge der Neuausweisung des RROP für den Landkreis Northeim, welche die die Nichteignung des Gebietes Moringen 01 bestätigt, wird an dieser Entscheidung festgehalten. Auch die Tatsache, dass massive Auflagen, d.h. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, verhängt werden muss, vermochte die Planer nicht umzustimmen.

Diesbezüglich finden sich im aktuellen Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes die folgenden Erläuterungen:

„Im niedersächsischen Verbreitungsschwerpunkt des Rotmilans gelegen, ist dem Landkreis Northeim eine besondere Bedeutung als Lebensraum für den Rotmilan zuzuschreiben. Der Rotmilan kann im Landkreis Northeim im Waldrandbereich mit geeigneten Horstbäumen und im Offenland potenziell überall vorkommen. Die avifaunistischen Untersuchungen der Potenzialflächenkulis, durchgeführt in den Jahren 2020 und 2024, bieten eine fachliche Grundlage zur Berücksichtigung der Avifauna bei der Abwägung zur Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung. Trotzdem bedarf es Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind und die dann auch auf sich ggf. veränderte Vorkommen kollisionsgefährdeter Arten anzupassen sind. Auf Grundlage des avifaunistischen Gutachtens werden dabei die folgenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen empfohlen, die im Genehmigungsverfahren bevorzugt berücksichtigt werden sollen:

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

- V 1 Erfassung von Groß- und Greifvögeln (Gastvögel)
- V 2 Angepasste Standortwahl auf Basis von Erfassungsdaten
- V 4 Phänologisches Abschaltkonzept
- V 5 Bewirtschaftungsabschaltung
- V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel

Zum Schutz der Fledermäuse ist bei der Neuerrichtung von Windenergieanlagen regelmäßig ein Gondelmonitoring durchzuführen. Im 1. Betriebsjahr sind pauschale Abschaltzeiten einzuhalten, die im 2. Betriebsjahr durch anlagenspezifische Abschaltalgorithmen ersetzt werden.

Die vorgenannten Anforderungen beinhalten nicht alle nach BNatSchG aus Natur- und Artenschutzgründen erforderlichen Nebenbestimmungen, die in das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren eingehen. Die vollständigen Nebenbestimmungen sind erst in der endgültigen Genehmigung enthalten und werden im Einzelfall standort- und artenbezogen festgelegt.“

Auf S. 59 der avifaunistischen Untersuchung der ÖKOTOP GbR vom 25. September 2024 ist zu lesen:

### Konflikte mit Avifauna

Das Potenzialgebiet wurde im Jahr 2024 von insgesamt vier besetzten Rotmilan-Horsten innerhalb des 1.200-m-Radius umgeben. Dabei brütete ein Paar in unter 500 m Entfernung zum Vorranggebiet, das somit innerhalb des artspezifischen Nahbereichs der Art liegt. Im erweiterten Prüfbereich von 3,5 km befinden sich nordöstlich zwei weitere Rotmilanbrutplätze, sowie ein Altnachweis aus dem Jahr 2022 südlich des Vorranggebiets vor. Aufgrund der hohen Revierdichte, die bereits bei der Erfassung im Jahr 2020 herausgestochen ist, ist mit einer hohen Flugaktivität über dem Vorranggebiet zu rechnen. Neben dieser hohen Dichte von Brutrevieren des Rotmilans kamen auch zwei Mäusebussarde als Brutvögel innerhalb des 1.200-m-Radius vor.

### Begründung Konfliktbewertung

Bereits in der ersten Fassung des Fachgutachtens (ÖKOTOP GBR 2020) wurde dieses Gebiet als Schwerpunktgebiet des Rotmilans beschrieben. Die Ergebnisse aus der aktuellen Erfassung bestätigen das Bild vor vier Jahren. Einige der alten Brutplätze sind zwar erloschen, jedoch wurden einige neue gebaut und weitere fünf potenzielle Rotmilanhorste, die unbesetzt blieben, zeigen die Stetigkeit als Bruthabitat. Die Nähe zum Waldrand und somit zu potenziellen Brutplätzen des Rotmilans verstärken die Konflikte. Drastische Abschaltmaßnahmen wären hier gefordert, dennoch bliebe das Risiko einer erheblichen Störung allein durch die Anlagen, da die Fläche so nah vom Bruthabitat des Rotmilans umgeben ist. Ob die Paare das Gebiet auch weiterhin als Brutplatz nutzen würden, ist ungewiss. Eine WE-Nutzung wird hier folglich nicht empfohlen.“ Davon unbeeindruckt treffen die Planer die folgende Abwägungsentscheidung:

„Die Belange können bei der Errichtung und dem Betrieb von WEA teilweise zu Einschränkungen führen, es bestehen jedoch auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse der regionalplanerischen Prüfung keine Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung in dem Vorranggebiet im Grundsatz durchsetzen kann.

Nach umfassender Prüfung ist nicht davon auszugehen, dass die aufgeführten Belange weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit einer möglichen Windenergienutzung im Bereich des festgelegten Vorranggebietes Windenergienutzung grundsätzlich entgegenstehen.

Verbleibende Konflikte werden als nicht unüberwindbare Hindernisse beurteilt und sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, z.B. durch die Anwendung von Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen oder durch die Positionierung der Windenergieanlagen, lösbar oder werden im Rahmen der Abwägung weniger gewichtet. In der Abwägung wurde dabei das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung und den Betrieb von WEA als vorrangiger Belang in der Schutzgüterabwägung berücksichtigt (§ 2 EEG).“

Zunächst ist zu bedenken, dass bezüglich des besser für die Windenergienutzung geeigneten Gebietes Moringen 03, in dem wesentlich weniger starke Auflagen zur Sicherstellung des Artenschutzes ausgereicht hätten, Ausschlusswirkung besteht. Die obenstehende Abwägungsentscheidung wird daher die Windenergienutzung in Gebieten mit weniger gravierenden Konflikten mit dem Natur- und Artenschutz, die trotzdem nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen, beispielsweise der 2020 untersuchten Potentialfläche Moringen 03, ausschließen. Das kann nicht dem öffentlichen Interesse an umweltfreundlicher Stromerzeugung dienen.

Innerhalb des geplanten Vorranggebietes Moringen 01 sind die oben dargestellten umfangreichen Auflagen erforderlich. Insbesondere werden massive Abschaltzeiten erforderlich. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zweifelhaft, ob eine wirtschaftliche Nutzung im geplanten Vorranggebiet überhaupt möglich wäre. Sollte dennoch die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet gewagt werden, verbliebe laut der avifaunistischen Untersuchung „das Risiko einer erheblichen Störung allein durch die Anlagen, da die Fläche so nah vom Bruthabitat des Rotmilans umgeben ist.“ Ob die Paare das Gebiet auch weiterhin als

Brutplatz nutzen würden, sei ungewiss. Folglich kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass eine Windenergienutzung im vorgesehenen Gebiet Moringen 01 nicht empfehlenswert ist.

Die bisherigen Planungen maximieren folglich die Konflikte zwischen der wirtschaftlichen Nutzung der Windenergie und artenschutzrechtlichen Belangen.

Schließlich kommt es Sicht der Raumplanung nicht darauf an, ob in einem Gebiet theoretisch unter sehr hohen Auflagen der Betrieb von Windenergieanlagen genehmigungsfähig wäre. Wenn die entsprechenden Genehmigungen nur mit erheblichen Auflagen, insbesondere Abschaltzeiten, erteilt werden können, an anderen Standorten, bezüglich derer nach den Planungen allerdings Ausschlusswirkung bestehen soll, solche Auflagen nicht erforderlich wären, ist der Nutzung der Windenergie nicht substantiell Raum gegeben.

Weiterhin ist es nachvollziehbar, warum südlich des Vogelschutzgebietes „Leinepolder bei Salzderhelden“ ein knapp 10km breiter Riegel in Ost-West Richtung aus Potentialflächen für die Windenergienutzung entstehen soll. Kollisionen auf dem in Nord-Süd Richtung stattfindenden Vogelzug durch das Leinetal und das Moringer Becken zum überregional bedeutsamen wichtigen Rastgebiet im Vogelschutzgebietes „Leinepolder bei Salzderhelden“ mit Windenergieanlagen sind durch die geplante Anordnung der Windenergieanlagen vorprogrammiert. Dieses Risiko hätte durch eine Nord-Süd Ausrichtung, der Potentialflächen für die Windenergienutzung, welche die Zugwege der Vögel freihält, deutlich verringert werden können. Das zu erkennen, wäre Aufgabe der Raumplanung gewesen. Leider ist das jedoch nicht erfolgt.

Nach alledem muss leider das Fazit gezogen werden, dass die jetzigen Pläne des Landkreises Northeim zur Aufstellung seines Regionalen Raumordnungsprogrammes die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllen können, weil sie gegen das Gebot der Konfliktvermeidung verstoßen, artenschutzrechtliche Belange nicht ausreichend berücksichtigen und der Nutzung der Windenergie nicht substantiell Raum geben. Würde hingegen anstatt der Fläche Moringen 01 die Fläche Moringen 03 berücksichtigt werden, würden diese Fehler nicht begangen werden. Eine solche Planung würde tatsächlich zur Konfliktvermeidung beitragen.

Vor diesem Hintergrund wird freundlich darum gebeten, den Einwendungen zu folgen. Sollte das nicht geschehen, muss die Einschaltung der Kommunalaufsicht vorbehalten bleiben.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 111.

---

Stellungnehmer-ID: **131**    Stellungnahme-ID: **152**    BE-ID: **300**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ANLAGE

namens und im Auftrag der [Inhalt anonymisiert] nehmen wir zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Northeim (nachfolgend: 2. RROP-Entwurf) Stellung.

Als in Niedersachsen verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [Inhalt anonymisiert] das Bestreben des Landkreises Northeim, eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie im Landkreis sicherzustellen.

Die [Inhalt anonymisiert] sieht die Herausforderungen und Chancen, die in der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung liegen, um die nach dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ erforderlichen Flächenbeitragswerte gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in Verbindung mit dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) im Landkreis Northeim zu erreichen. Dabei bringen die [Inhalt anonymisiert] gemeinsam mit uns gerne unsere fach- und ortsspezifischen sowie raumordnungsrechtlichen Kenntnisse ein, um für die Regionalplanungen einen Mehrwert zu schaffen sowie ein belastbares und nicht angreifbares RROP 2025 für den Landkreis Northeim zu erreichen.

Ausweislich der Erläuterungskarte 2 – Änderungen in den Festlegungen des 2. RROP-Entwurfs sind zahlreiche Vorranggebiete Windenergienutzung gegenüber dem 1. RROP-Entwurf weggefallen. Dies hat zur Konsequenz, dass nach der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 361 f. nur noch ein Flächenumfang von 1.210,57 ha und damit 0,95 % der Landkreisfläche – gegenüber ursprünglich 1.832,82 ha bzw. 1,44 % der Landkreisfläche nach dem 1. RROP-Entwurf – als Vorranggebiete Windenergienutzung vorgesehen werden. Auch wenn damit das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel von 1.019 ha (nachrichtlich: 0,80 %) des Planungsrahms nach dem NWindG erreicht würde, so geht der Landkreis Northeim damit ein unnötiges Risiko ein. Schon beim Wegfall eines großen Vorranggebietes Windenergienutzung oder zwei bis drei kleinerer Vorranggebiete wird das regionale Teilflächenziel unterschritten mit der Konsequenz, dass dann im gesamten Landkreis Northeim – ggf. auch nur über kurzfristig zu erhaltene Vorbescheide

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

nach § 9 Abs. 1a BImSchG im vereinfachten Verfahren – Windenergieanlagen wieder als privilegierte Außenbereichsvorhaben zulässig sind. Auf dieses Risiko weist Abschnitt 9.1 der Arbeitshilfe für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Regionalen Raumordnungsprogrammen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stand: April 2025, ausdrücklich hin.

Auch wenn es nachvollziehbar ist, dass aus guten Gründen einzelne Vorranggebiete Windenergienutzung im Rahmen der Fortschreibung des Entwurfs hin zum 2. RROP-Entwurf entfallen sind, so bedarf es einer selbstkritischen Prüfung hinsichtlich solcher Vorranggebiete Windenergienutzung, welche allein aufgrund einer Abwägungsentscheidung nach Ausweisung im 1. RROP-Entwurf herausgenommen wurden. Dies gilt nicht nur, weil der 2. RROP-Entwurf aufgrund von Abwägungsfehlern damit rechtlich angreifbar wird, sondern weil unnötig auf einen weiteren Sicherheitspuffer für das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel verzichtet wird und sogar das regionale Teilflächenziel 31.12.2032 (1.319 ha) erreichbar gewesen und der Landkreis vor erneuten, teils heiß geführten Diskussionen hätte verschont werden können.

Besonders augenscheinlich ist, dass die Abwägungsentscheidung zum Wegfall der Festlegung des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf relevanten Fehler unterliegt und diese Potenzialfläche weiterhin auch unter Berücksichtigung der Einwendungen zum 1. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen ist.

Dies ist insofern auch relevant und für die Abwägung erheblich, weil die [Inhalt anonymisiert] unterstützt durch die Flächeneigentümer bereits wesentliche Planungsschritte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich unternommen haben. So wurde zur Vorbereitung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrags während der Brutzeit 2023 durch einen Umweltgutachter eine Kartierung und Erfassung der Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel durchgeführt.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024 (Anlage 1).

Zudem wurde im Vorfeld die Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen) abgeprüft.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022 (Anlage 2).

Damit kommt dies dem positiven Abwägungskriterium D.1.4 bestehende und verfestigt geplante Windenergieanlagen jedenfalls der Sache nach nahe.

In der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren wird an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 auf die BE ID 1189 und die dortige entsprechende Abwägung (S. 555/674) verwiesen, weshalb die Potenzialfläche Hohnstedt 01 im 2. RROP- Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung enthalten sei. Die Abwägungsentscheidung lautet:

„Die Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 entfällt auf Grund der Abprüfung der Umfassung der Ortschaften unter Berücksichtigung der zur Ausweisung vorgesehenen Vorranggebiete Windenergienutzung und Bestandswindparks. Hohnstedt 01 wird nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen.“

Dies ist nach § 7 Abs. 2 ROG abwägungsfehlerhaft.

Gemäß § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen.

Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.

Statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.

Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen.

BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45.

Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Umfassung der Ortschaften hinsichtlich der Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 ergeben. Hieran fehlt es bereits.

Sofern der Landkreis Northeim auf das Abwägungsrelevante Kriterium im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung und dabei auf den Aspekt „Umfassung von Ortschaften bei Zusammenwirken mehrerer Vorranggebietsvorschläge: Abstand der Vorrangflächen zueinander (räumlicher Zusammenhang)“ abstellen wollte, ist dies unzutreffend erfolgt. So wird in der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 429 f. hierzu ausgeführt:

„Der Planungsträger will eine Umfassung der Ortschaften durch Windenergieanlagen vermeiden. Im Rahmen der Abwägung wird eine ortsbezogene Überprüfung durchgeführt. Für die Überprüfung der Umfassung besteht keine standardisierte Regelung oder Methodik.

Die Vorgehensweise im Zuge der Überprüfung einer möglichen Umfassungswirkung sowie die konkrete Berücksichtigung dieses Belanges im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung orientiert sich im Grundsatz an einer im Jahr 2012 im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern entwickelten Methodik, die im Jahr 2021 aktualisiert wurde<sup>72</sup> und welche im Folgenden cursorisch erläutert wird. [...].“

Rechtlicher Hintergrund der Berücksichtigung einer Umfassungswirkung ist – wie auch im zitierten Gutachten ausgeführt – das Schutzgut Mensch nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UVPG. Insofern muss bei der entsprechenden rechtlichen Anknüpfung an das Schutzgut Mensch, die Behandlung der Frage der Umfassungswirkung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG in der Umweltprüfung erfolgen. Dies ist vorliegend im Umweltbericht 2. RROP-Entwurf, S. 83 auch geschehen. Allerdings droht eine fehlerhafte doppelte Gewichtung, wenn die Umfassungswirkung als Abwägungsrelevante Kriterium und über die Umweltprüfung nach § 7 Abs. 2 Satz 2 ROG bei der vorzunehmenden Abwägung zu berücksichtigen ist.

Offen ist zudem, welche objektivierten Verfahren bei der Berücksichtigung des Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ Anwendung finden. Es fehlt es an einer Nachvollziehbarkeit dieses Abwägungsrelevanten Kriteriums. So ergibt sich aus dem Planungskonzept nicht, nach welchen Kriterien bei mehreren Möglichkeiten der Reduzierung einer Umfassungswirkung auf 120° die Entscheidung für eine und damit zwingend gegen eine andere Fläche erfolgt.

Jedenfalls darf eine Abwägung zwischen verschiedenen Potenzialflächen, die bei Festlegung als Vorranggebiet in ihrer Summe zu einer Überschreitung des Umfassungswinkels von 120° führen würden, nur hinsichtlich des Abwägungsrelevanten Kriteriums auf Grundlage einheitlicher Kriterien stattfinden. Es käme einer sachfremden Erwägung gleich, wenn das Abwägungsrelevante Kriterium insofern mit anderen Abwägungsrelevanten Kriterien vermischt würde. Letztendlich maßgeblich bei der Entscheidung für und damit notwendigerweise gegen eine Potenzialfläche sind in diesem Kontext das übergeordnete Ziel der Schaffung umsetzbarer Flächen für die Nutzung der Windenergie. Während dies für das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gewährleistet ist und mit den vorliegenden Unterlagen (Anlagen 1 und 2) nochmals unterstrichen wird, sind im Bereich der nördlich gelegenen Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 durchgehend drei besetzte Rotmilanbrutplätze zu finden (vgl. 2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27). Insofern ist ein höherer artenschutzrechtlicher Konflikt im Zulassungsverfahren zu erwarten. Darauf wird es aber auch nicht ankommen, weil beide Flächen zutreffend festgelegt werden können.

Zudem hat die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung verdeutlicht, dass eine Übertragung des Gutachtens aus Mecklenburg-Vorpommern auf andere Landesteile und rechtliche Situationen mit erheblichen Abwägungsmängeln einhergehen kann.

Ausführlich Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. September 2024 – 22 D 48/24.NE –, Rn. 78 ff., juris.

Insofern ist es besonders problematisch, dass – soweit ersichtlich – nur das Entfallen des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im Rahmen der Abwägungsentcheidung auf dieser zweifelhaften Methode fußt. Dabei ist dies – wie nachfolgend ausgeführt – nicht einmal in der Binnenlogik des Planungsträgers erforderlich.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Wendet man nämlich dennoch entsprechend dem Planungskonzept das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, welches von der Firma UmweltPlan aus Stralsund im Januar 2013 vorgelegt wurde

abrufbar unter <https://www.rpv-vorpommern.de/projekte/energie-und-klima-schutz/gutachten-zur-umfassung-von-ortschaften-durch-windenergieanlagen> (zuletzt abgerufen am 22.05.2025); eine „Aktualisierung des Gutachtens von 2013“ (vgl. Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 459) ist weder offiziell verfügbar noch durch den Landkreis verfügbar gemacht worden, sodass sich eine fehlerfreie Abwägungsentscheidung hierauf mangels Vorlage der maßgeblichen Entscheidungskriterien bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung nicht berufen kann;

mit den dort beschriebenen Kriterien im Bereich des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf an, ergibt sich folgendes Ergebnis, welches als Anlage 3 auch kartographisch unterlegt wurde:

Von der Gemeinde Kalefeld liegt das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ca. 4 km entfernt, sodass das Abwägungsrelevante Kriterium zur Umfassungswirkung aufgrund der Überschreitung des (Vorsorge-)Abstands von 2.500 m nach dem Planungskonzept keine Relevanz hat. Auch die zwei Bestandsanlagen dürften außerhalb dieses Bereichs liegen.

Für die Ortschaft Eboldshausen ist zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ein Freihaltewinkel von 62° vorhanden. Dabei sind die betroffenen Sichtkorridore mit 9° und 16° aufgrund der Lage und Entfernung besonders gering und hinzu kommt eine Lage und Sichtverschattung durch Wälder auf Erhebungen, was im Einzelfall durch den Landkreis als Argument sogar für eine Unterschreitung des Winkels von 60° herangezogen wurde. Zudem wird insgesamt eine Umfassung von 99° erreicht, mithin sehr deutlich unter 120°, was sogar mit einem Blick insgesamt als zulässig erachtet würde.

Zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf besteht von Ahlshausen ausgehend ein Freihaltewinkel von 92° – und damit deutlich mehr als 60°, was im Einzelfall durch den Landkreis auch deutlich unterschritten wird. Auch wird insgesamt höchstens eine Umfassung von 88° erreicht, mithin deutlich unter 120°.

Eine Verklammerung aufgrund der zwei Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen ist unzulässig und abwägungsfehlerhaft. Die dicht beieinanderliegenden beiden Bestandsanlagen weisen eine Gesamthöhe von 61,5 m bei einer Inbetriebnahme in den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) auf. Nach dem Planungskonzept des Landkreises Northeim findet das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (UmweltPlan Stralsund 2013 – s.o.) Anwendung. Auf S. 13 wird darin beschrieben, dass bei der Betrachtung von einem Anlagenbestand mit Gesamthöhen von 90 m bis 200 m ausgegangen wird. Zusätzlich wird erläutert, dass je größer eine Anlage ist, desto größer erscheint auch die Fernwirkung der Windenergieanlagen. Anlagen, die kleiner als 90 m sind, können damit nach dem Gutachten nicht im Kontext der Umfassungswirkung berücksichtigt werden. Vorliegend hat der Landkreis Northeim selbst festgehalten:

„Das Gutachten geht bei der Ermittlung und Definition des Betrachtungsraums und der Erheblichkeitsschwelle von Windenergieanlagen mit einer Bauhöhe von 300 m aus.“ (Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 430).

Insofern erfolgte im Planungskonzept eine Fortentwicklung zur Berücksichtigung der Referenzwindenergieanlage mit 250 m sowie ein vorsorgeorientierter Ansatz, welcher technische Weiterentwicklungen von Windenergieanlagen berücksichtigt und deshalb den Betrachtungsraum auf 2.500 m erweitert. Umgekehrt können aber bereits nach dem UmweltPlan Stralsund 2013 sowie der Fortentwicklung im Rahmen des Planungskonzepts des Landkreises keine 61,5 m hohe Anlage aus den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m hohe Anlage aus dem Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) zusätzliche Beachtung finden – mind. 150 m niedriger als die Bestandsanlage (und 50 % der unter worst case-Gesichtspunkten herangezogene Bauhöhe von bis zu 300 m). Für diese beiden Anlagen besteht eine äußerst geringe, eigentlich zu vernachlässigende Fernwirkung und sie können nicht dazu führen, dass die Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf als optische Verklammerung zu einem großen Windpark zusammengezogen oder zu addieren sind. Für die Ortschaft Eboldshausen ist zudem entscheidend, dass diese zwei niedrigen Bestandsanlagen hinter einer bewaldeten Bergkuppe liegen und in der Praxis kaum bis gar nicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist auch in die Abwägung einzustellen, dass die zwei Bestandsanlagen in Kürze oder während des nach § 5 Abs. 7 Satz 1 NROG relevanten Planungszeitraums von 10 Jahren des RROP mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zurückgebaut werden und nicht vergleichbar sind mit Anlagen, die aufgrund ihrer 20jährigen Förderperiode nach dem EEG diesen Planungszeitraum klar überdauern. So wurde bereits zutreffend im 1. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01, S. 171 ausgeführt, dass derzeit auch kein Interesse bestünde, die Altanlagen zu repowern (unabhängig von der Frage der Zulässigkeit aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung).

Schließlich kann bei zwei solch kleinen Bestandsanlagen, deren Betriebszeit absehbar abläuft, nicht von einem „Bestandswindpark“ im Sinne des Planungskonzepts gesprochen werden, jedenfalls nicht als solcher



in die Abwägung eingestellt werden.

Zudem hat der Landkreis Northeim zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 festgehalten:

„Im direkten Umfeld sind zudem zwei Bestandsanlagen vorhanden. Die Flächen sowie die Bestandswindenergieanlagen wirken kumulativ auf die angrenzenden Ortschaften.

Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der Topographie nicht gegeben, da zwischen den Flächen und der Bestandsanlagen 60° eingehalten werden bzw. die Fläche aus dem Blickwinkel der Ortschaften jeweils keine 120° einnehmen (vgl. Begründung 4.2.1 Kapitel E.2.7).“ (2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27).

Wieso diese Aussage (60 %) in Bezug auf die zwei Bestandswindenergieanlagen zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 im Unterschied zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gelten soll, erschließt sich mit Blick auf die als Anlage 3 vorgelegte Karte nicht. Aus dieser ist vielmehr zu erkennen, dass der Winkel zwischen den zwei Bestandswindenergieanlagen zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf größer ist als zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01. Damit muss unter Berücksichtigung der vorliegenden Aussagen zur Abwägung im Einzelfall erst recht die Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gleich ausfallen, will der Landkreis Northeim keinen Abwägungsfehler begehen.

Die eingangs wiedergegebene Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf zur BE ID 1189 verfängt jedenfalls nicht, greift zu kurz und behandelt eine ungleiche Situation – lediglich zwei niedrige Altanlagen – gleich mit anderen Planungssituationen (aktuellere große Windenergieanlagen).

Schließlich gilt die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Niedersachsen – noch weit entfernt ist. Hieraus ergibt sich ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären.

Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris.

Auch unter Berücksichtigung dieser Abwägungsdirektive spricht weit Überwiegendes dafür, dass im vorliegenden Einzelfall nicht die zwei Bestandsanlagen unter 100 m Gesamthöhe Beachtung bei der Bewertung des Abwägungsrelevanten Kriteriums im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung finden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im 3. RROP-Entwurf wieder aufzunehmen ist. Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten und Abstände nicht gegeben und nicht zu erwarten.

Des Weiteren ist festzustellen, dass – wie auch im 1. RROP-Entwurf vorgesehen und dort hinsichtlich der Abwägungsrelevante Einzelbelange in Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01 zutreffend ausgeführt – keine Tabuzone und anderen Abwägungsbelange dem wiederaufzunehmenden Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 entgegenstehen. Vielmehr sind die als Anlage 1 und 2 vorgelegten Unterlagen sogar geeignet, etwaige Belange aus dem Bereich des Natur- und Artenschutzes als begründet nicht relevant zu kennzeichnen. Dabei ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG nach § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan, hier das RROP. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial beschränkt sich auf diesen Zeitpunkt und gleichzeitig sind die vorgelegten Anlagen 1 und 2 dabei nun zu berücksichtigen.

BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38.

Insofern verfangen auch nicht die übrigen in der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 vorgetragenen Einwände:

- 1) BE-ID 821: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 2) BE-ID 396 / 656: Zur unsubstantiiert behaupteten Einklemmung bzw. Umschließung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der vogelkundlichen Aufzeichnungen sowie artenschutzrechtlichen Aspekten wird auf Anlage 1 als aktuelle Kartierung Bezug genommen.
- 3) BE-ID 1138: Es liegt keine Substantiierung der Einwendung vor, nachdem der Anhang 1 der Stellungnahme in der Synopse (rechtsfehlerhaft) nicht wiedergegeben ist. Insofern kann hierauf nicht eingegangen werden. Im

Übrigen wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.

- 4) BE-ID 594: Die angesprochenen Belange (Schall, Eiswauf) sind im Rahmen des immissions- schutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionie- rung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und können bewältigt werden. Eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung ist der aktuelle Standard und wird vorgesehen.
- 5) BE-ID 369: Zu den angesprochenen unsubstantiierten Ausführungen bezüglich der Avifauna wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind. Die Ausführungen zur optisch bedrängenden Wirkung übersehen § 249 Abs. 10 BauGB. Die ange- sprochenen Belange (Schall, Luftfahrt) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des An- lagentyps etc. zu beurteilen und stehen nach dem Planungskonzept nicht entgegen. Eine Ge- nehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen im Gebiet steht nicht in Frage. Hinsichtlich der Hinweise zum Flächenumfang des RROP wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.
- 6) BE-ID 663: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführun- gen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlag- schatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Be- rücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 7) BE-ID 1189: Zu den abstrakten Ausführungen bezüglich der Avifauna (Rotmilan) wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind.
- 8) BE-ID 1183: Die Einwendung verkennt das Verhältnis von Bauleitplanung zur Regionalplanung (§ 1 Abs. 4 BauGB). Zudem verbleibt das vermeintlich „Veto“ unsubstantiiert.

Vielmehr darf dem Landkreis Northeim nicht aufgrund von diesen vereinzelt Stimmen der Abwägungsfehler unterlaufen, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 aus anderen – wie vorliegend aufgezeigt nicht tragfähigen – Gründen zu streichen.

Wir fordern deshalb den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 wieder aufzunehmen und einen maßgeblichen Abwägungsfehler damit zu vermeiden.

[Anlage 1: [Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024]

[Anlage 2: [Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022]

[Anlage 3: Übersichtskarten optische Umfassung]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 298.

---

Stellungnehmer-ID: **117**   Stellungnahme-ID: **137**   BE-ID: **258**   **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Hollenstedt 01

Im Gebietsblatt zum Vorranggebiet Windenergienutzung – Hollenstedt 01 wird im Fazit unter Punkt 2.4 Natur- und Artenschutz ausgeführt, dass der Artenschutz im Bereich der Fläche kein unüberwindbares Hindernis darstelle und im Bereich der Fläche bereits Windenergieanlagen vorhandenseien. Die Kartendarstellung unter Punkt 1 Beschreibung zeigt jedoch keine bestehenden oder genehmigten Windenergieanlagen. Unter Punkt 2.8 des Gebietsblattes werden lediglich laufende immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren angeführt. Dieser Widerspruch ist vom Plangeber zu überprüfen und aufzulösen.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Das Gebietsblatt zu Hollenstedt 01 wird überprüft und entsprechend angepasst.

---

Stellungnehmer-ID: **78**   Stellungnahme-ID: **94**   BE-ID: **110**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor. Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung,

insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ...die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt. Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der in der Einwendung genannte Erweiterungsbereich bezieht sich auf den planerisch angewendeten Waldrandabstand und einer Vergrößerung der Fläche Oldenrode 01 in nördliche Richtung.

Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass der planerisch angewendete Waldrandabstand von 100 m und Rotor-Out-Zugabe gemessen an der Referenzwindenergieanlage von ergänzenden 80 m bereits im 1. RROP-Entwurf festgelegt und landkreisweit angewendet wurde. Das Kriterium zum Waldrandabstand hat sich nach dem 1. Beteiligungsverfahren nicht verändert.

Nach der Beteiligung zum 1. RROP-Entwurf wurde im Rahmen der Erarbeitung des 2. RROP-Entwurfs die ehemaligen sogenannten Repoweringflächen überprüft und überarbeitet. Ein Großteil der Bestandswindenergieanlagen und somit der für ein Repowering in Betracht kommenden Anlagen befindet sich im Landkreis Northeim gegenwärtig außerhalb der Potenzialflächen, die unter Anwendung der

Tabuzonen ermittelt wurden. Aus Sicht des Regionalplanungsträger sollen die Flächen dabei nicht pauschal als Vorranggebiet Windenergienutzung aufgenommen werden, da der Planungsträger nach wie vor das Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien anstrebt. Im Rahmen des Planungskonzeptes wurde eine Vereinbarkeit der Flächen mit den Planungszielen und ein mögliches Abweichen von den pauschalen Tabuzonen im Einzelfall und unter Berücksichtigung von möglicherweise bestehenden, unüberwindbaren rechtlichen Ausschlussgründen überprüft. Im Zuge dieser Überprüfung erfolgte eine Anpassung des Vorranggebietes Oldenrode 01 als ehem. Repoweringfläche unter Anwendung des landkreisweit einheitlich angesetzten Kriteriums des Waldrandabstandes von 100 m zuzüglich einer Rotor-Out-Zugabe von 80 m.

Im Bereich des Vorranggebietes Oldenrode 01 wird zwar teilweise vom Planungskonzept abgewichen. Ein Abweichen von den Ausschluss- und Abstandskriterien erfolgt allerdings im vorliegenden Fall nur begründet unter Berücksichtigung der bestehenden Windenergieanlagen. Darüberhinausgehende Erweiterungen in dem Bereich widersprechen dem landkreisweit angewendeten Planungskonzept.

Nach §13 Abs. 2 ROG sind rechtskräftige Flächennutzungspläne der Gemeinden zwar als abwägungsrelevanter Belang (§7 Abs. 2 ROG) in die regionalplanerische Abwägung einzubeziehen. Sie erzeugen für Regionalplanungsträger allerdings keine Bindungswirkung. Der Regionalplanungsträger führt die Behandlung der Sonderbauflächen der Städte und Gemeinden in den Gebietsblättern flächenkonkret an und führt die Thematik zusätzlich in der Begründung allgemein aus. Der Regionalplanungsträger stellt in seinem RROP auf die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und die Erreichung des regionalen Teilflächenziels nach NWindG ab und bezieht hierbei die Sonderbauflächen in die Abwägung mit ein, ohne sie ungeprüft in ihrer Abgrenzung zu übernehmen. Eine pauschale Berücksichtigung der Sondergebiete der Städte und Gemeinden erfolgt nicht.

Der Planungsträger gibt in den Bereichen dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug. Der Schutz der Wohnbevölkerung und die Gleichbehandlung aller Wohnstandorte soll grundsätzlich über das Interesse Einzelner an der gewohnten Weiternutzung der Windenergiestandorte und über die Festlegung von Sondergebieten Windenergienutzung der Flächennutzungs- bzw. Bebauungspläne gestellt werden.

Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Die planerische Abwägung umfasst grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Der Abwägungsspielraum wurde dabei bereits durch die verbindlichen Vorgaben von Teilflächenzielen vorbestimmt. Der Regionalplanungsträger ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann.

Die Anzahl und Anordnung der Windenergieanlagen sind unter anderem abhängig von der räumlichen Situation sowie der Anlagenkonfiguration, -typ und -standort und unterliegt nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung. Die Regionalplanung legt die konkreten Standorte der Windenergieanlagen nicht fest, diese Informationen liegen auf Ebene des RROP nicht vor und können nicht berücksichtigt werden. Die Wirtschaftlichkeit und mögliche Ertragsverluste sind abhängig von vielzähligen Faktoren, die sich der regionalplanerischen Prüfebene entziehen. Eine detaillierte Prüfung geht weit über die auf Ebene der Regionalplanung erforderliche Ermittlungstiefe hinaus.

Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung.

Der genannte Erweiterungsbereich wird nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien überwiegt an dieser Stelle. Der Planungsträger ist lediglich verpflichtet sicherzustellen, dass in seinem Planungsraum die festgelegten Teilflächenziele zu den entsprechenden Stichtagen für die Windenergie an Land erreicht werden, um die Windenergie zu steuern und die Privilegierung-Plus abzuwenden. Gemäß § 249 Abs. 6 Satz 2 BauGB ist es unbeachtlich, ob und welche sonstigen Flächen im Planungsraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind.

---

Stellungnehmer-ID: **81**    Stellungnahme-ID: **98**    BE-ID: **144**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgender Potenzialflächen zur Windenergienutzung Hevensen 01, Stellung bezogen.

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### **3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung**

... "Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten"

Und gehen dann unter Punkt 5. "Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen" auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., "V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel". Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEFMaßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotop, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

„Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WE-Nutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: **77**    Stellungnahme-ID: **93**    BE-ID: **153**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung des zweiten Entwurfs zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) 2025

hiermit nehmen wir als Windparkentwickler und Betreiber im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) des Landkreises Northeim Stellung zur Windparkplanung bei Süllberg.

Die im ersten Entwurf zur Neuaufstellung des RROP dargestellte Potenzialfläche „Greene 01“ wurde im zweiten Entwurf nicht berücksichtigt. Die hierfür angeführten Gründe erscheinen aus unserer Sicht nicht ausreichend tragfähig und sollten einer erneuten fachlichen Prüfung unterzogen werden. Wir bitten daher, die nachfolgenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planung und Abwägung für unseren Flächenvorschlag zu berücksichtigen.

### Abbildung 1: Entfallene Potenzialfläche Greene 01

#### Höhenbeschränkungen

Als ausschlaggebender Grund für den Ausschluss der Fläche wurde die bestehende Höhenbegrenzung gemäß dem Bebauungsplan angeführt. Die Höhenbeschränkung wurde pauschal als Ausschlusskriterium herangezogen, ohne dass eine vertiefte inhaltliche Prüfung der tatsächlichen Auswirkungen auf die Eignung der Fläche für die Windenergienutzung erfolgt ist. Insbesondere fehlt eine differenzierte Auseinandersetzung mit folgenden Aspekten:

#### Mögliche Flexibilität im Umgang mit bestehenden Planungen

Auch wenn § 249 Abs. 5 BauGB sich ausdrücklich auf Darstellungen in Flächennutzungsplänen bezieht, lässt sich aus dem Gesamtzusammenhang der gesetzlichen Regelungen und dem politischen Ziel der Energiewende ableiten, dass eine gewisse Offenheit im Umgang mit bestehenden Planungen – insbesondere, wenn sie älteren Datums sind – sachgerecht erscheint. Vor diesem Hintergrund sollten, bestehende Festsetzungen, wie etwa Höhenbegrenzungen, nicht als absolut bindend betrachtet werden, sondern im Rahmen einer erneuten Abwägung auf ihre Aktualität und Angemessenheit hin geprüft werden.

#### Höhenbegrenzungen als dynamische Planungsinhalte

Bebauungspläne sind grundsätzlich veränderbar und können an neue Rahmenbedingungen, wie veränderte gesetzliche Vorgaben oder übergeordnete energiepolitische Zielsetzungen, angepasst werden. Eine starre Auslegung bestehender Höhenbegrenzungen kann daher der planerischen Entwicklung und dem Ziel der Flächenausweisung für die Windenergienutzung entgegenstehen.

Wir bitten daher um eine erneute, differenzierte Prüfung der Potenzialfläche unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte sowie eine transparente Abwägung im Sinne einer zukunftsorientierten Regionalplanung.

#### Windflächenpotenzialstudie

Die im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz erarbeitete Windflächenpotenzialstudie zeigt deutlich, dass der Bereich der Potenzialfläche Greene 01 zu einem großen Teil



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

dunkelgrün (KRW 1 ) markiert ist und dementsprechend mit der besten Bewertungskategorie im Hinblick auf die Realisierungswahrscheinlichkeit definiert wurde. Das Konfliktpotenzial für die Windenergienutzung mit anderen Belangen wurde offensichtlich als gering eingestuft. Das Flächenpotenzial, welches auch hier von Bosch & Partner sowie dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) ermittelt wurde, konnte als ein besonders belastbarer Ausgangspunkt für die Zuweisung der Teilflächenziele auf Ebene der Landkreise dienen.

### Repowering

Das Repowering der Windenergieanlagen der Fläche Greene 01 kann ein zentrales Instrument zur Optimierung der Energieerzeugung vor Ort darstellen. Dabei werden ältere, leistungsschwächere Anlagen durch moderne, technologisch fortgeschrittene Windenergieanlagen ersetzt. Diese neuen Anlagen verfügen in der Regel über größere Nabenhöhen und Rotordurchmesser, was zu einer signifikanten Steigerung der Stromerträge führt.

Trotz der erhöhten Gesamthöhe moderner Anlagen kann durch die höhere Einzelanlagenleistung die Anzahl der erforderlichen Windenergieanlagen reduziert werden. Dies führt zu einer potenziellen Entlastung des Landschaftsbildes sowie zu einer Verringerung der Schallemissionen. Darüber hinaus sind moderne Anlagentypen mit geräuschoptimierten Komponenten, wie schallreduzierten Rotorblättern und intelligenten Betriebsführungen ausgestattet, die eine deutliche Reduktion der akustischen Immissionen ermöglichen.

Neben der Steigerung der Energieeffizienz leistet das Repowering somit auch einen Beitrag zur Minimierung der Umweltauswirkungen. Es stellt damit eine sinnvolle Maßnahme dar, um bestehende Standorte zukunftsfähig weiterzuentwickeln und gleichzeitig die Ausbauziele der Energiewende zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund der dargestellten technischen, planerischen und rechtlichen Aspekte erscheint die Ausweisung der Fläche im Regionalplan als Windvorranggebiet nicht nur sachgerecht, sondern auch erforderlich, um einen wirksamen Beitrag vor Ort zu leisten.

### Vorteile der Fläche & Vorbelastung

Flächen, die bereits mit Windenergieanlagen bebaut sind, bieten aufgrund ihrer technischen Vorbelastung besonders geeignete Voraussetzungen für ein Repowering. Die vorhandene Infrastruktur – wie Zuwegungen, Kranstellflächen, Netzanschlusspunkte sowie interne Verkabelung – ist in der Regel bereits vorhanden und auf die Nutzung durch Windenergieanlagen ausgelegt. Auch technische Einrichtungen wie Umspannwerke oder Einspeisepunkte sind i.d.R. bereits vorhanden und können weiterverwendet oder mit geringem Aufwand angepasst werden. Zudem liegen für diese Standorte oftmals umfangreiche technische und umweltbezogene Gutachten vor. Diese Datenbasis ermöglicht eine fundierte und beschleunigte Planung neuer Anlagen.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Stellungnahme im weiteren Verfahren und um Sendung einer Eingangsbestätigung.

### Abwägung:

#### *Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden (vgl. Stellungnahme-ID 157, BE-ID 219 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Die in der Einwendung geforderte Fläche war im 1. und ist im 2. RROP-Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung vorgesehen.

Zur Sachaufklärung wird Folgendes ausgeführt:

Die Fläche bleibt weiterhin im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren unberücksichtigt. Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung. Der Regionalplanungsträger ist grundsätzlich nicht verpflichtet, sämtliche als grundsätzlich geeignet erscheinenden Potenzialflächen als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen. § 249 Abs. 6 Satz 2 BauGB stellt klar, dass ein Planungsträger weder über die erforderlichen Teilflächenziele hinaus das „maximal Mögliche“ ausweisen muss, noch, dass er beweisen muss, mit seinen festgelegten Windenergiegebieten eine „Bestenauswahl“ getroffen zu haben.

---

Stellungnehmer-ID: **132**    Stellungnahme-ID: **153**    BE-ID: **301**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

ANLAGE

namens und im Auftrag der [Inhalt anonymisiert] nehmen wir zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Northeim (nachfolgend: 2. RROP-Entwurf) Stellung.

Als in Niedersachsen verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [Inhalt anonymisiert] das Bestreben des Landkreises Northeim, eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie im Landkreis sicherzustellen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die [Inhalt anonymisiert] sieht die Herausforderungen und Chancen, die in der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung liegen, um die nach dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ erforderlichen Flächenbeitragswerte gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in Verbindung mit dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) im Landkreis Northeim zu erreichen. Dabei bringen die [Inhalt anonymisiert] gemeinsam mit uns gerne unsere fach- und ortsspezifischen sowie raumordnungsrechtlichen Kenntnisse ein, um für die Regionalplanungen einen Mehrwert zu schaffen sowie ein belastbares und nicht angreifbares RROP 2025 für den Landkreis Northeim zu erreichen.

Ausweislich der Erläuterungskarte 2 – Änderungen in den Festlegungen des 2. RROP-Entwurfs sind zahlreiche Vorranggebiete Windenergienutzung gegenüber dem 1. RROP-Entwurf weggefallen. Dies hat zur Konsequenz, dass nach der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 361 f. nur noch ein Flächenumfang von 1.210,57 ha und damit 0,95 % der Landkreisfläche – gegenüber ursprünglich 1.832,82 ha bzw. 1,44 % der Landkreisfläche nach dem 1. RROP-Entwurf – als Vorranggebiete Windenergienutzung vorgesehen werden. Auch wenn damit das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel von 1.019 ha (nachrichtlich: 0,80 %) des Planungsrahms nach dem NWindG erreicht würde, so geht der Landkreis Northeim damit ein unnötiges Risiko ein. Schon beim Wegfall eines großen Vorranggebietes Windenergienutzung oder zwei bis drei kleinerer Vorranggebiete wird das regionale Teilflächenziel unterschritten mit der Konsequenz, dass dann im gesamten Landkreis Northeim – ggf. auch nur über kurzfristig zu erhaltene Vorbescheide nach § 9 Abs. 1a BImSchG im vereinfachten Verfahren – Windenergieanlagen wieder als privilegierte Außenbereichsvorhaben zulässig sind. Auf dieses Risiko weist Abschnitt 9.1 der Arbeitshilfe für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Regionalen Raumordnungsprogrammen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stand: April 2025, ausdrücklich hin.

Auch wenn es nachvollziehbar ist, dass aus guten Gründen einzelne Vorranggebiete Windenergienutzung im Rahmen der Fortschreibung des Entwurfs hin zum 2. RROP-Entwurf entfallen sind, so bedarf es einer selbstkritischen Prüfung hinsichtlich solcher Vorranggebiete Windenergienutzung, welche allein aufgrund einer Abwägungsentscheidung nach Ausweisung im 1. RROP-Entwurf herausgenommen wurden. Dies gilt nicht nur, weil der 2. RROP-Entwurf aufgrund von Abwägungsfehlern damit rechtlich angreifbar wird, sondern weil unnötig auf einen weiteren Sicherheitspuffer für das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel verzichtet wird und sogar das regionale Teilflächenziel 31.12.2032 (1.319 ha) erreichbar gewesen und der Landkreis vor erneuten, teils heiß geführten Diskussionen hätte verschont werden können.

Besonders augenscheinlich ist, dass die Abwägungsentscheidung zum Wegfall der Festlegung des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf relevanten Fehler unterliegt und diese Potenzialfläche weiterhin auch unter Berücksichtigung der Einwendungen zum 1. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen ist.

Dies ist insofern auch relevant und für die Abwägung erheblich, weil die [Inhalt anonymisiert] unterstützt durch die Flächeneigentümer bereits wesentliche Planungsschritte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich unternommen haben. So wurde zur Vorbereitung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrags während der Brutzeit 2023 durch einen Umweltgutachter eine Kartierung und Erfassung der Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel durchgeführt.

[Inhalt anonymisiert], Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024 (Anlage 1).

Zudem wurde im Vorfeld die Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen) abgeprüft.

[Inhalt anonymisiert], Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022 (Anlage 2).

Damit kommt dies dem positiven Abwägungskriterium D.1.4 bestehende und verfestigt geplante Windenergieanlagen jedenfalls der Sache nach nahe.

In der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren wird an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 auf die BE ID 1189 und die dortige entsprechende Abwägung (S. 555/674) verwiesen, weshalb die Potenzialfläche Hohnstedt 01 im 2. RROP-Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung enthalten sei. Die Abwägungsentscheidung lautet:

„Die Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 entfällt auf Grund der Abprüfung der Umfassung der Ortschaften unter Berücksichtigung der zur Ausweisung vorgesehenen Vorranggebiete Windenergienutzung und Bestandswindparks. Hohnstedt 01 wird nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen.“

Dies ist nach § 7 Abs. 2 ROG abwägungsfehlerhaft.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Gemäß § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzuwägen.

Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.

Statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.

Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestaltungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen.

BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45.

Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsentscheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Umfassung der Ortschaften hinsichtlich der Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 ergeben. Hieran fehlt es bereits.

Sofern der Landkreis Northeim auf das Abwägungsrelevante Kriterium im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung und dabei auf den Aspekt „Umfassung von Ortschaften bei Zusammenwirken mehrerer Vorranggebietsvorschläge: Abstand der Vorrangflächen zueinander (räumlicher Zusammenhang)“ abstellen wollte, ist dies unzutreffend erfolgt. So wird in der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 429 f. hierzu ausgeführt:

„Der Planungsträger will eine Umfassung der Ortschaften durch Windenergieanlagen vermeiden. Im Rahmen der Abwägung wird eine ortsbezogene Überprüfung durchgeführt. Für die Überprüfung der Umfassung besteht keine standardisierte Regelung oder Methodik.

Die Vorgehensweise im Zuge der Überprüfung einer möglichen Umfassungswirkung sowie die konkrete Berücksichtigung dieses Belanges im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung orientiert sich im Grundsatz an einer im Jahr 2012 im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern entwickelten Methodik, die im Jahr 2021 aktualisiert wurde<sup>72</sup> und welche im Folgenden cursorisch erläutert wird. [...].“

Rechtlicher Hintergrund der Berücksichtigung einer Umfassungswirkung ist – wie auch im zitierten Gutachten ausgeführt – das Schutzgut Mensch nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UVPG. Insofern muss bei der entsprechenden rechtlichen Anknüpfung an das Schutzgut Mensch, die Behandlung der Frage der Umfassungswirkung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG in der Umweltprüfung erfolgen. Dies ist vorliegend im Umweltbericht 2. RROP-Entwurf, S. 83 auch geschehen. Allerdings droht eine fehlerhafte doppelte Gewichtung, wenn die Umfassungswirkung als Abwägungsrelevante Kriterium und über die Umweltprüfung nach § 7 Abs. 2 Satz 2 ROG bei der vorzunehmenden Abwägung zu berücksichtigen ist.

Offen ist zudem, welche objektivierte Verfahren bei der Berücksichtigung des Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ Anwendung finden. Es fehlt es an einer Nachvollziehbarkeit dieses Abwägungsrelevanten Kriteriums. So ergibt sich aus dem Planungskonzept nicht, nach welchen Kriterien bei mehreren Möglichkeiten der Reduzierung einer Umfassungswirkung auf 120° die Entscheidung für eine und damit zwingend gegen eine andere Fläche erfolgt.

Jedenfalls darf eine Abwägung zwischen verschiedenen Potenzialflächen, die bei Festlegung als Vorranggebiet in ihrer Summe zu einer Überschreitung des Umfassungswinkels von 120° führen würden, nur hinsichtlich des Abwägungsrelevanten Kriteriums auf Grundlage einheitlicher Kriterien stattfinden. Es käme einer sachfremden Erwägung gleich, wenn das Abwägungsrelevante Kriterium insofern mit anderen Abwägungsrelevanten Kriterien vermischt würde. Letztendlich maßgeblich bei der Entscheidung für und damit notwendigerweise gegen eine Potenzialfläche sind in diesem Kontext das übergeordnete Ziel der Schaffung umsetzbarer Flächen für die Nutzung der Windenergie. Während dies für das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gewährleistet ist und mit den vorliegenden Unterlagen (Anlagen 1 und 2) nochmals unterstrichen wird, sind im Bereich der nördlich gelegenen Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 durchgehend drei besetzte Rotmilanbrutplätze zu finden (vgl. 2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27). Insofern ist ein höherer artenschutzrechtlicher Konflikt im Zulassungsverfahren zu erwarten. Darauf wird es aber auch nicht ankommen, weil beide Flächen zutreffend festgelegt

werden können.

Zudem hat die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung verdeutlicht, dass eine Übertragung des Gutachtens aus Mecklenburg-Vorpommern auf andere Landesteile und rechtliche Situationen mit erheblichen Abwägungsmängeln einhergehen kann.

Ausführlich Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. September 2024 – 22 D 48/24.NE –, Rn. 78 ff., juris.

Insofern ist es besonders problematisch, dass – soweit ersichtlich – nur das Entfallen des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im Rahmen der Abwägungsentcheidung auf dieser zweifelhaften Methode fußt. Dabei ist dies – wie nachfolgend ausgeführt – nicht einmal in der Binnenlogik des Planungsträgers erforderlich.

Wendet man nämlich dennoch entsprechend dem Planungskonzept das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, welches von der Firma UmweltPlan aus Stralsund im Januar 2013 vorgelegt wurde

abrufbar unter <https://www.rpv-vorpommern.de/projekte/energie-und-klima-schutz/gutachten-zur-umfassung-von-ortschaften-durch-windenergieanlagen> (zuletzt abgerufen am 22.05.2025); eine „Aktualisierung des Gutachtens von 2013“ (vgl. Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 459) ist weder offiziell verfügbar noch durch den Landkreis verfügbar gemacht worden, sodass sich eine fehlerfreie Abwägungsentscheidung hierauf mangels Vorlage der maßgeblichen Entscheidungskriterien bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung nicht berufen kann;

mit den dort beschriebenen Kriterien im Bereich des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf an, ergibt sich folgendes Ergebnis, welches als Anlage 3 auch kartographisch unterlegt wurde:

Von der Gemeinde Kalefeld liegt das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ca. 4 km entfernt, sodass das Abwägungsrelevante Kriterium zur Umfassungswirkung aufgrund der Überschreitung des (Vorsorge-)Abstands von 2.500 m nach dem Planungskonzept keine Relevanz hat. Auch die zwei Bestandsanlagen dürften außerhalb dieses Bereichs liegen.

Für die Ortschaft Eboldshausen ist zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ein Freihaltewinkel von 62° vorhanden. Dabei sind die betroffenen Sichtkorridore mit 9° und 16° aufgrund der Lage und Entfernung besonders gering und hinzu kommt eine Lage und Sichtverschattung durch Wälder auf Erhebungen, was im Einzelfall durch den Landkreis als Argument sogar für eine Unterschreitung des Winkels von 60° herangezogen wurde. Zudem wird insgesamt eine Umfassung von 99° erreicht, mithin sehr deutlich unter 120°, was sogar mit einem Blick insgesamt als zulässig erachtet würde.

Zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf besteht von Ahlshausen ausgehend ein Freihaltewinkel von 92° – und damit deutlich mehr als 60°, was im Einzelfall durch den Landkreis auch deutlich unterschritten wird. Auch wird insgesamt höchstens eine Umfassung von 88° erreicht, mithin deutlich unter 120°.

Eine Verklammerung aufgrund der zwei Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen ist unzulässig und abwägungsfehlerhaft. Die dicht beieinanderliegenden beiden Bestandsanlagen weisen eine Gesamthöhe von 61,5 m bei einer Inbetriebnahme in den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) auf. Nach dem Planungskonzept des Landkreises Northeim findet das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (UmweltPlan Stralsund 2013 – s.o.) Anwendung. Auf S. 13 wird darin beschrieben, dass bei der Betrachtung von einem Anlagenbestand mit Gesamthöhen von 90 m bis 200 m ausgegangen wird. Zusätzlich wird erläutert, dass je größer eine Anlage ist, desto größer erscheint auch die Fernwirkung der Windenergieanlagen. Anlagen, die kleiner als 90 m sind, können damit nach dem Gutachten nicht im Kontext der Umfassungswirkung berücksichtigt werden. Vorliegend hat der Landkreis Northeim selbst festgehalten:

„Das Gutachten geht bei der Ermittlung und Definition des Betrachtungsraums und der Erheblichkeitsschwelle von Windenergieanlagen mit einer Bauhöhe von 300 m aus.“ (Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 430).

Insofern erfolgte im Planungskonzept eine Fortentwicklung zur Berücksichtigung der Referenzwindenergieanlage mit 250 m sowie ein vorsorgeorientierter Ansatz, welcher technische Weiterentwicklungen von Windenergieanlagen berücksichtigt und deshalb den Betrachtungsraum auf 2.500 m erweitert. Umgekehrt können aber bereits nach dem UmweltPlan Stralsund 2013 sowie der Fortentwicklung im Rahmen des Planungskonzepts des Landkreises keine 61,5 m hohe Anlage aus den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m hohe Anlage aus dem Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) zusätzliche Beachtung finden – mind. 150 m niedriger als die Bestandsanlage (und 50 % der unter worst case-Gesichtspunkten herangezogene Bauhöhe von bis zu 300 m). Für diese beiden Anlagen besteht eine äußerst geringe,

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

eigentlich zu vernachlässigende Fernwirkung und sie können nicht dazu führen, dass die Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf als optische Verklammerung zu einem großen Windpark zusammengezogen oder zu addieren sind. Für die Ortschaft Eboldshausen ist zudem entscheidend, dass diese zwei niedrigen Bestandsanlagen hinter einer bewaldeten Bergkuppe liegen und in der Praxis kaum bis gar nicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist auch in die Abwägung einzustellen, dass die zwei Bestandsanlagen in Kürze oder während des nach § 5 Abs. 7 Satz 1 NROG relevanten Planungszeitraums von 10 Jahren des RROP mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zurückgebaut werden und nicht vergleichbar sind mit Anlagen, die aufgrund ihrer 20jährigen Förderperiode nach dem EEG diesen Planungszeitraum klar überdauern. So wurde bereits zutreffend im 1. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01, S. 171 ausgeführt, dass derzeit auch kein Interesse bestünde, die Altanlagen zu repowern (unabhängig von der Frage der Zulässigkeit aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung).

Schließlich kann bei zwei solch kleinen Bestandsanlagen, deren Betriebszeit absehbar abläuft, nicht von einem „Bestandswindpark“ im Sinne des Planungskonzepts gesprochen werden, jedenfalls nicht als solcher in die Abwägung eingestellt werden.

Zudem hat der Landkreis Northeim zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 festgehalten:

„Im direkten Umfeld sind zudem zwei Bestandsanlagen vorhanden. Die Flächen sowie die Bestandswindenergieanlagen wirken kumulativ auf die angrenzenden Ortschaften.

Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der Topographie nicht gegeben, da zwischen den Flächen und der Bestandsanlagen 60° eingehalten werden bzw. die Fläche aus dem Blickwinkel der Ortschaften jeweils keine 120° einnehmen (vgl. Begründung 4.2.1 Kapitel E.2.7).“ (2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27).

Wieso diese Aussage (60 %) in Bezug auf die zwei Bestandswindenergieanlagen zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 im Unterschied zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gelten soll, erschließt sich mit Blick auf die als Anlage 3 vorgelegte Karte nicht. Aus dieser ist vielmehr zu erkennen, dass der Winkel zwischen den zwei Bestandswindenergieanlagen zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf größer ist als zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01. Damit muss unter Berücksichtigung der vorliegenden Aussagen zur Abwägung im Einzelfall erst recht die Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gleich ausfallen, will der Landkreis Northeim keinen Abwägungsfehler begehen.

Die eingangs wiedergegebene Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf zur BE ID 1189 verfängt jedenfalls nicht, greift zu kurz und behandelt eine ungleiche Situation – lediglich zwei niedrige Altanlagen – gleich mit anderen Planungssituationen (aktuellere große Windenergieanlagen).

Schließlich gilt die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zumal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Niedersachsen – noch weit entfernt ist. Hieraus ergibt sich ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären.

Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris.

Auch unter Berücksichtigung dieser Abwägungsdirektive spricht weit Überwiegendes dafür, dass im vorliegenden Einzelfall nicht die zwei Bestandsanlagen unter 100 m Gesamthöhe Beachtung bei der Bewertung des Abwägungsrelevanten Kriteriums im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung finden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im 3. RROP-Entwurf wieder aufzunehmen ist. Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten und Abstände nicht gegeben und nicht zu erwarten.

Des Weiteren ist festzustellen, dass – wie auch im 1. RROP-Entwurf vorgesehen und dort hinsichtlich der Abwägungsrelevante Einzelbelange in Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01 zutreffend ausgeführt – keine Tabuzone und anderen Abwägungsbelange dem wiederaufzunehmenden Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 entgegenstehen. Vielmehr sind die als Anlage 1 und 2 vorgelegten Unterlagen sogar geeignet, etwaige Belange aus dem Bereich des Natur- und Artenschutzes als begründet nicht relevant zu kennzeichnen. Dabei ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG nach § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan, hier das RROP. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial beschränkt sich auf diesen Zeitpunkt und gleichzeitig sind die vorgelegten Anlagen 1 und 2 dabei nun zu berücksichtigen.

BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg-Vorpommern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38.

Insofern verfangen auch nicht die übrigen in der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 vorgetragenen Einwände:

- 1) BE-ID 821: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 2) BE-ID 396 / 656: Zur unsubstantiiert behaupteten Einklemmung bzw. Umschließung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der vogelkundlichen Aufzeichnungen sowie artenschutzrechtlichen Aspekten wird auf Anlage 1 als aktuelle Kartierung Bezug genommen.
- 3) BE-ID 1138: Es liegt keine Substantiierung der Einwendung vor, nachdem der Anhang 1 der Stellungnahme in der Synopse (rechtsfehlerhaft) nicht wiedergegeben ist. Insofern kann hierauf nicht eingegangen werden. Im Übrigen wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.
- 4) BE-ID 594: Die angesprochenen Belange (Schall, Eiswauf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und können bewältigt werden. Eine bedarfsgerechte Nachkennzeichnung ist der aktuelle Standard und wird vorgesehen.
- 5) BE-ID 369: Zu den angesprochenen unsubstantiierten Ausführungen bezüglich der Avifauna wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind. Die Ausführungen zur optisch bedrängenden Wirkung übersehen § 249 Abs. 10 BauGB. Die angesprochenen Belange (Schall, Luftfahrt) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und stehen nach dem Planungskonzept nicht entgegen. Eine Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen im Gebiet steht nicht in Frage. Hinsichtlich der Hinweise zum Flächenumfang des RROP wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.
- 6) BE-ID 663: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 7) BE-ID 1189: Zu den abstrakten Ausführungen bezüglich der Avifauna (Rotmilan) wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind.
- 8) BE-ID 1183: Die Einwendung erkennt das Verhältnis von Bauleitplanung zur Regionalplanung (§ 1 Abs. 4 BauGB). Zudem verbleibt das vermeintlich „Veto“ unsubstantiiert.

Vielmehr darf dem Landkreis Northeim nicht aufgrund von diesen vereinzelt Stimmen der Abwägungsfehler unterlaufen, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 aus anderen – wie vorliegend aufgezeigt nicht tragfähigen – Gründen zu streichen.

Wir fordern deshalb den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 wieder aufzunehmen und einen maßgeblichen Abwägungsfehler damit zu vermeiden.

[Anlage 1: [Inhalt anonymisiert], Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024]

[Anlage 2: [Inhalt anonymisiert], Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022]

[Anlage 3: Übersichtskarten optische Umfassung]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 298.

---

Stellungnehmer-ID: **15**    Stellungnahme-ID: **106**    BE-ID: **289**

**Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Anmerkungen zu Bedarfsplanmaßnahmen – B 241 OU Uslar

In Bezug auf die OU Uslar sind alle Korridore westlich der Anschlussstelle Bollensen der B 241 (Ende der neuen durchgehenden Strecke) freizuhalten. Hier werden derzeit Varianten entwickelt (siehe Anlage 1).

Insbesondere zwischen dem Vorranggebiet Rohstoffgewinnung und dem Trinkwasserschutzgebiet sollten keine weiteren Gebiete anderen Zwecken, als dem Straßenbau, zugedacht werden. Dies betrifft eine geplante Fläche für Windenergieanlagen. Eine Erweiterung dieses Vorranggebiets Windenergienutzung nach Norden ist aus Sicht der NLStBV zu vermeiden.



### **Abwägung:**

#### *Wird nicht gefolgt*

Die Planung zur Ortsumgehung Uslar (B 241) wurde in der Vergangenheit aufgrund der Einstufung durch den Bundesverkehrswegeplan nicht vorrangig weiterverfolgt. Es besteht kein konkreter Straßenkorridor. Aktuell werden mehrere Varianten entwickelt. Aufgrund des frühen Planungsstands wird die Ortsumgehung Uslar aus Sicht des Regionalplanungsträgers nicht als Ausschlusskriterium gewertet und pauschal von einer möglichen Windenergienutzung freigehalten. Es besteht kein konkreter Planungsstand, der im laufenden Neuaufstellungsverfahren flächenkonkret und mit entsprechenden Schutzabständen berücksichtigt werden kann. Der Planungsträger kann nicht prognostizieren, welche Alternative vorrangig weiterverfolgt, wo die Ortsumgehung im Ergebnis auch nur annähernd verlaufen wird und in welchen Zeithorizont die OU Uslar geplant und realisiert wird.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass südlich von Uslar bereits mehrere Windenergieanlagen bestehen bzw. genehmigt sind. Die bestehenden Anlagen im Bereich der Fläche wurden teilweise im Jahr 2000 genehmigt und in Betrieb genommen. Sie sind somit im repoweringfähigen Alter. Die Flächenabgrenzung und die Erweiterung des Vorranggebietes Windenergienutzung berücksichtigt ein mögliches Repoweringpotenzial. Bis 2030 bleibt das Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb ausgewiesener Vorranggebiete Windenergienutzung privilegiert (§ 249 Abs. 3 BauGB). Das Repowering ist der Regelungskompetenz und Steuerungswirkung des Regionalplanungsträgers entzogen. Der Planungsträger kann aktuell nicht prognostizieren oder steuern, ob und an welchem Standort die Anlagen repowert werden. Selbst wenn der Bereich zwischen dem Vorranggebiet Rohstoffgewinnung und dem Trinkwasserschutzgebiet freigehalten wird, wäre auch dort ein Repowering möglich.

Da Windenergieanlagen untereinander mehrere 100 m Abstand zueinander einhalten, können Konflikte mit der Planung der OU Uslar und dem konkreten Straßenverlauf durch eine geeignete Positionierung der Anlagen vermieden und die notwendigen Schutzabstände eingehalten werden. Eine weitergehende Berücksichtigung bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung ist vor diesem Hintergrund des aktuellen Planungsstands nicht erfolgt. Der Planungsträger gewichtet im Rahmen der Abwägung unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Windenergieanlagen in dem Bereich die Windenergienutzung höher, um ein Erreichen der regionalen Teilflächenziele sicherzustellen und hierfür andernorts auf zusätzliche Festlegungen verzichten zu können. Eine Vereinbarkeit ist aus Sicht des Planungsträgers grundsätzlich gegeben.

Im entsprechenden Gebietsblatt erfolgt ein Hinweis auf die OU Uslar. Die tatsächliche und geplante Nutzung ist im Rahmen nachgelagerter Planverfahren der betroffenen Ortsumgehung detailliert zu betrachten. Das Vorgehen berücksichtigt aus Sicht des Planungsträgers die aktuellen räumlichen Gegebenheiten im Einzelfall. In einem anschließenden Fortschreibungsverfahren zum RROP erfolgt zur Erreichung des Teilflächenziels zum 31.12.2032 eine erneute Überprüfung zu den bestehenden sowie verfestigt geplanten Windenergieanlagen. Die Fortschreibung bietet dabei die Möglichkeit, Änderungen der gesetzlichen Grundlagen und Vorgaben sowie aktuelle Entwicklungen und Voraussetzungen berücksichtigen zu können, sofern sie dem aktualisierten Planungskonzept und dem planerischen Willen eines raumverträglichen Energieausbaus entsprechen.

Windenergieanlagen stehen der Realisierung der Ortsumgehung grundsätzlich nicht unüberwindbar entgegen. Gleichzeitig steht eine geplante Ortsumgehung der Genehmigung von Windenergieanlagen nicht unüberwindbar entgegen.

---

Stellungnehmer-ID: **127** Stellungnahme-ID: **147** BE-ID: **376** **Klosterkammer Hannover**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

nach Prüfung des vorgelegten Entwurfs besteht aus der Sicht der Klosterkammer Hannover die Notwendigkeit für folgende Anmerkungen:

Der Zweite Entwurf sieht die Streichung der Windpotentialflächen "Westerhöfer Bergland 01" und Westerhöfer Bergland 02" vor. Dieser Entfall stößt seitens der Klosterkammer Hannover auf große Bedenken.

Das Revier liegt im Bereich der Stadt Northeim sowie der Gemeinde Kalefeld. Die Hauptliegenschaft umfasst eine Fläche von über 1.900 ha. Es handelt sich um einen Wald, der in den letzten Jahren in Folge multipler Kalamitäten - insbesondere massiver Borkenkäferbefälle sowie Sturmschäden - gravierend geschädigt wurde. Die dominierende Baumart Fichte ist in weiten Teilen bereits abgestorben oder vitalitätsgeschwächt. Der ökologische und forstwirtschaftliche Wert dieser Bestände ist inzwischen stark reduziert. Eine natürliche Regeneration ist auf vielen dieser Flächen nur noch eingeschränkt möglich.

Vor diesem Hintergrund wird die pauschale Festsetzung dieser schwer geschädigten Kalamitätsflächen als "Vorranggebiet Wald" für nicht mehr sachgerecht gehalten. Die historische Ableitung dieser Vorrangkulisse aus der preußischen Landesaufnahme berücksichtigt weder den gegenwärtigen Zustand des Waldes noch dessen ökologische Leistungsfähigkeit. Es ist aus unserer Sicht dringend geboten, das aktuelle Waldbild differenzierter zu betrachten - insbesondere dort, wo naturnaher Mischwald nicht mehr vorhanden ist und eine Umwandlung in klimaresiliente Strukturen ohnehin unumgänglich wird. Die Streichung als "Vorranggebiet Wald" hätte wiederum zur Folge, dass nach dem derzeitigen Entwurf einer Verordnung zur Änderung des LROP kein Ausschlussbestand gegeben wäre, da danach ein Nebeneinander von Vorranggebiet Wald und Vorranggebiet Windenergienutzung ausgeschlossen und erst dann möglich wäre, wenn das Teilflächenziel 2032 nicht erreicht sein sollte.

Gleichzeitig bietet das Revier "Westerhof" durch seine exponierte, windreiche Lage (durchschnittlich 7 m/s laut Windatlas Anemos) hervorragende Voraussetzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen. Das Areal ermöglicht den Bau von bis zu zwei Dutzend Anlagen mit einem geschätzten Stromertrag von 490.865 MWh pro Jahr. Ein Eingriff in rund 25 ha (1,3% der Fläche) ist erforderlich - ein äußerst geringer Flächenverlust im Verhältnis zum Nutzen. Die Einnahmen aus der Windenergienutzung könnten direkt in den dringend notwendigen Umbau des Waldes hin zu klimaresilienten Mischbeständen reinvestiert werden. Damit würde nicht

nur ein Beitrag zur Energiewende geleistet, sondern zugleich ein nachhaltiger, gemeinwohlorientierter Waldumbau ermöglicht - ganz im Sinne unseres Stiftungsauftrags.

Zudem ergibt sich durch §2 EEG 2023 sowie das Windenergieflächenbedarfsgesetz eine neue gesetzliche Grundlage: Die Windenergie steht im überragenden öffentlichen Interesse und genießt Vorrang gegenüber anderen Belangen - auch gegenüber festgesetzten Raumordnungszielen, soweit diese einer Zielerreichung entgegenstehen.

Es wird daher gebeten, eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen und die Kalamitätsflächen im Revier "Westerhof" im laufenden RROP-Verfahren aus der Vorrangkategorie "Wald" zu entlassen und stattdessen als Windvorranggebiete auszuweisen. Eine starre Bindung an historische Waldfunktionen wird der heutigen klimatischen, ökologischen und energiewirtschaftlichen Realität nicht gerecht.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Aufgrund der zwingenden Berücksichtigung der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als rechtliche Tabuzone für das vorliegende Planungskonzept für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung sind die Potenzialflächen Westerhöfer-Bergland 01 und 02 nicht mehr als Vorranggebiete Windenergienutzung im zweiten RROP-Entwurf enthalten. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind ins RROP zu übernehmen und dürfen nicht verkleinert werden. Sie sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Das Auftreten von Kalamitätsbereichen ändert an diesen bindenden Vorgaben nichts.

§ 2 EEG ist im Rahmen von planerischen Abwägungen zwar zu berücksichtigen, wirkt aber nur gegenüber abwägbaren Belangen. Die Vorranggebiete Wald können dadurch nicht überwunden werden. § 249 Abs. 5 BauGB ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Überwindung von Zielen der Raumordnung. Dies betrifft die planerische Abwägung und berechtigt die Träger der Regionalplanung nur dann zur Nichtbeachtung von Planvorgaben, soweit dies „erforderlich ist“, um das gesetzlich vorgegebene Teilflächenziel zu erreichen. Das Hineinplanen in Vorranggebiete des LROP ist nur dann „erforderlich“, wenn keine anderen Flächen verfügbar sind, auf denen die Vereinbarkeit mit Zielen der Raumordnung oder anderen Belangen oder Erfordernissen gegeben ist. Die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme von Vorranggebieten Wald liegt nicht vor, da im Landkreis Northeim das vorgegebene Teilflächenziel ohne Einbezug der Vorranggebiete Wald (LROP) erreichen wird.

Die Hinweise der Einwendung führen im Ergebnis zu keiner neuen Erkenntnis. Die verbleibenden Teilflächen sind zu kleinräumig und entsprechen nicht den zugrunde liegenden Planungskriterien des Regionalplanungsträgers. Es wird auf die BE-ID 1220, 866 und 352 der Abwägung zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren zum RROP verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **63**    Stellungnahme-ID: **78**    BE-ID: **92**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Zuge der o.g. Öffentlichen Beteiligung zum 2. Entwurf des RROP's Landkreis Northeim geben wir nachfolgende Stellungnahme ab. Wir, [Name anonymisiert] planen und betreiben Windenergieanlagen in Norddeutschland und sind vertraglich mit Grundstückseigentümern in Windenergiegebieten im Landkreis verbunden. Damit haben wir ein berechtigtes Interesse für die Abgabe einer Stellungnahme.

Wir befürworten sehr, dass die beiden Teilflächen Langfast 01 als Vorranggebiet Windenergie im 2. Entwurf ebenfalls enthalten sind. Wir halten beide Teilflächen für sehr gut geeignet für eine Windenergienutzung.

In 2023 haben wir für die Flächen und die Umgebung eine avifaunistische Untersuchung vornehmen lassen. Die Gebiete befinden sich nicht innerhalb des Nahbereichs für windenergiesensible Brutvogelarten gem. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1-5 BNatschG. Damit deckt sich diese Untersuchungen mit denen des Landkreises aus 2024. Die Windvorrangfläche im Bereich des Golfplatzes befindet sich zwar innerhalb des 1.200 m-Puffers um Rotmilan-Horste (und damit im zentralen Prüfbereich), jedoch ist hier eine Errichtung von Windenergieanlagen nicht pauschal ausgeschlossen. Die Anwendung fachlich anerkannter Schutzmaßnahmen vermeidet Konflikte zwischen Avifauna und den Betrieb der Windenergieanlagen (WEA).

Die größere Fläche südlich des Golfplatzes liegt weder innerhalb des Nahbereichs oder des zentralen Prüfbereichs. Gem. § 45 b Abs. 4 BNatschG ist damit das signifikante Tötungsrisiko in der Regel nicht erhöht.

Deshalb teilen wir die Meinung des Gutachters aus dem Umweltbericht nicht, dass aufgrund unbekannter und komplexer Wirkungen von WEA im Wald, hier die Windenergienutzung nicht empfohlen wird. Insbesondere aufgrund seiner vorherigen Anmerkung, dass nur wenige Horste nachgewiesen wurden und darunter keine windenergiesensiblen Brutvogelarten vorkommen.

Wir beantragen, dass beide Teilflächen uneingeschränkt für eine Windenergienutzung zur Verfügung stehen und im rechtskräftigen RROP des Landkreises Northeim als Vorranggebiete Windenergie - ohne Einschränkungen - ausgewiesen werden.

## Abwägung:

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Die beiden in der Einwendung genannten Teilflächen sind als Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt. Der Regionalplanungsträger muss für die Vorranggebiete Windenergienutzung die Prognose erstellen, dass sich die Windenergienutzung auf nachgelagerter Ebene in den Vorranggebieten auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse, vorliegenden und erhobenen Daten und im Ergebnis der regionalplanerischen Überprüfung im Grundsatz auf den Flächen durchsetzen kann. Es besteht auf Ebene der Regionalplanung kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf der Fläche Langfast 01 unter Berücksichtigung der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen vorrangig durchsetzen kann. Dies ist im Gebietsblatt zu dem Vorranggebiet entsprechend dokumentiert.

Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei müssen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermitteln und bewerten werden. Nach gutachterlicher Einschätzung wird im Bereich der südlichen Teilfläche des Vorranggebietes Langfast 01 eine Windenergienutzung zwar nicht empfohlen. Der Regionalplanungsträger weicht in der regionalplanerischen Prüfung im Bereich der Fläche allerdings von der gutachterlichen Einschätzung ab. Der Planungsträger hat im Rahmen einer „Vollziehbarkeitsprognose“ überschlägig zu prüfen, ob davon auszugehen ist, dass in dem ausgewiesenen Gebiet BImSchG-Genehmigungen für Windenergieanlagen erteilt werden können. Für die Vollziehbarkeitsprognose orientiert sich der Planungsträger an den aktuell genehmigten Windenergieanlagen und den geltenden rechtlichen Bestimmungen und kommt im Bereich der Teilfläche zu der Einschätzung, dass auf einigen Flächen eine Windenergienutzung zwar artenschutzfachlich nicht empfohlen wird, eine Windenergienutzung artenschutzrechtlich jedoch grundsätzlich möglich ist. In den Gebietsblättern wird das Ergebnis für die jeweiligen Flächen überprüft, dargestellt und ggf. erläutert. An der Formulierung in dem Gebietsblatt zu Langfast 01 wird festgehalten. Sie führt auf Ebene der Regionalplanung grundsätzlich nicht zu einer möglichen Einschränkung. Die artenschutzrechtliche Letztentscheidung kann erst im Zulassungsverfahren erfolgen.

Die Festlegung von konkreten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen erfolgt nicht auf Ebene der Regionalplanung, sondern ist Bestandteil nachgelagerter Genehmigungsverfahren und der konkreten Standort- und Anlagenplanung. Entsprechende Hinweise auf Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, die bereits auf Ebene der Regionalplanung absehbar sind, sind in den Gebietsblättern als Anlage zur Begründung des RROP enthalten und an die nachgelagerte Ebene adressiert. Sie sind jedoch auf Ebene des RROP nicht verbindlich oder verpflichtend. Dem Einwand, dass im RROP keine Einschränkungen für die Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt werden sollen, wird daher bereits sinngemäß gefolgt.

Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass nach Überprüfung der Unterlagen zum RROP sich der Einwand nach hiesiger Auffassung nicht auf den Umweltbericht (SUP) zum RROP-Entwurf, sondern auf das avifaunistische Fachgutachten als Anlage zum RROP bezieht.

---

Stellungnehmer-ID: **73**    Stellungnahme-ID: **88**    BE-ID: **280**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

## Einwendung:

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergie- nutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Wald- gebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächen- nutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersicht- lich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ..die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anord- nungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt. Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- **Konzentrationswirkung:** Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- **Raumverträglichkeit:** Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- **Ertragseffizienz der Fläche:** Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **117**   Stellungnahme-ID: **137**   BE-ID: **253**   **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Dannhausen 01

Das Vorranggebiet Windenergienutzung grenzt unmittelbar an eine Hubschraubertiefflugstrecke. Dieser militärische Sicherheitskorridor steht einer Windenergienutzung (Anlage einschließlich des Rotorblattes) i. d. R. nicht zur Verfügung und wurde daher flächig und zuzüglich einer Rotor-Out-Zugabe als Ausschlusskriterium in Ihre Planung eingestellt (vgl. Tab. 4.2.1-3 der Begründung). Sie legen im Gebietsblatt dar, dass vor dem Hintergrund bereits genehmigter Windenergieanlagen, die mit der gewählten Referenzanlage vergleichbar sind, von einer grundsätzlichen Vereinbarkeit beider Nutzungen ausgegangen werden kann. Festzustellen ist, dass die Abgrenzung der Vorrangfläche teilweise über die Standorte der genehmigten Windenergieanlagen hinausgeht. Da Sie gem. Abschnitt 4.2.1 Ziffer 04 Vorranggebiete mit Rotor-außerhalb-Flächen festlegen, ist zu prüfen, ob dadurch neue bzw. zusätzliche Beeinträchtigungen der anliegenden Hubschraubertiefflugstrecke hervorgerufen werden und sich die vorrangige Zweckbestimmung des Vorranggebiets in der Form möglicherweise nicht durchsetzen kann. In diesen Fällen ist der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes Windenergienutzung räumlich anzupassen.

Im Gebietsblatt zum Vorranggebiet Windenergienutzung – Dannhausen 01 wird unter Punkt 2.7 Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung dargelegt, dass von einer grundsätzlichen Vereinbarkeit mit Vorbehaltsgebieten ausgegangen wird. Es wird nicht ersichtlich, ob die Aussage generell verstanden werden soll, oder auf das, einige Sätze zuvor thematisierte Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft oder noch auf weitere betroffene Vorbehaltsgebiete zu beziehen ist. Die Aussage sollte präzisiert werden.

### Abwägung:

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Im Rahmen der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung hat sich der Planungsträger intensiv mit den Belangen der Bundeswehr und den Hubschraubertiefflugkorridoren auseinandergesetzt.

Im Bereich der Fläche Dannhausen 01 wurde auf eine Rotor-Out-Zugabe im Bereich des Hubschraubertiefflugkorridors verzichtet. Der Hubschraubertiefflugkorridor wurde als Tabuzone gewertet. Für die Berücksichtigung der Tabuzone wurden die schriftlichen und telefonischen Stellungnahmen des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) im Zeitraum von 2019 bis 2024 zur Vorabeteiligung zum 1. und 2. Entwurf des RROP sowie 1. öffentlichen Auslegungsverfahren des RROP berücksichtigt. Außerdem wurde die Datensendung zu den militärischen Belangen des MU im Jahr

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

2023 und die Stellungnahmen ausgewertet, die im Rahmen der laufenden Genehmigungs- und Vorbescheidsverfahren für Windenergieanlagen eingegangen sind.

Aufgrund der Auswertung und Überprüfung der Stellungnahmen ist davon auszugehen, dass im Randbereich des Hubschraubertiefflugkorridors durch die Festlegung des Vorranggebietes Windenergienutzung im vorliegenden standortbezogenen Einzelfall keine neuen bzw. zusätzlichen Beeinträchtigungen hervorgerufen werden.

Im Rahmen des 2. öffentlichen Auslegungsverfahrens sind von Seiten des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) keine neueren Hinweise eingegangen. Das Gebietsblatt wird im Rahmen der Überarbeitung präzisiert.

Die Aussage bezüglich der Vereinbarkeit des Vorranggebietes Windenergienutzung mit dem Vorbehaltsgebiet bezieht sich auf das überlagernde Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. Aus der Zeichnerischen Darstellung wird eindeutig ersichtlich, dass keine weiteren überlagernden Vorbehaltsgebiete dort vorhanden sind. Das Gebietsblatt zu Dannhausen 01 wird unter Punkt 2.7 entsprechend präzisiert und statt Plural der Singular verwendet.

Stellungnehmer-ID: 134 Stellungnahme-ID: 154 BE-ID: 302 Privat

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ANLAGE

namens und im Auftrag der [Inhalt anonymisiert] nehmen wir zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Northeim (nachfolgend: 2. RROP-Entwurf) Stellung.

Als in Niedersachsen verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [Inhalt anonymisiert] das Bestreben des Landkreises Northeim, eine verlässliche und damit akzeptierte Steuerung sowie Grundlage für die Nutzung der Windenergie im Landkreis sicherzustellen.

Die [Inhalt anonymisiert] sieht die Herausforderungen und Chancen, die in der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung liegen, um die nach dem „Windenergie-an-Land-Gesetz“ erforderlichen Flächenbeitragswerte gemäß dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in Verbindung mit dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) im Landkreis Northeim zu erreichen. Dabei bringen die [Inhalt anonymisiert] gemeinsam mit uns gerne unsere fach- und ortsspezifischen sowie raumordnungsrechtlichen Kenntnisse ein, um für die Regionalplanungen einen Mehrwert zu schaffen sowie ein belastbares und nicht angreifbares RROP 2025 für den Landkreis Northeim zu erreichen.

Ausweislich der Erläuterungskarte 2 – Änderungen in den Festlegungen des 2. RROP-Entwurfs sind zahlreiche Vorranggebiete Windenergienutzung gegenüber dem 1. RROP-Entwurf weggefallen. Dies hat zur Konsequenz, dass nach der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 361 f. nur noch ein Flächenumfang von 1.210,57 ha und damit 0,95 % der Landkreisfläche – gegenüber ursprünglich 1.832,82 ha bzw. 1,44 % der Landkreisfläche nach dem 1. RROP-Entwurf – als Vorranggebiete Windenergienutzung vorgesehen werden. Auch wenn damit das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel von 1.019 ha (nachrichtlich: 0,80 %) des Planungsrahms nach dem NWindG erreicht würde, so geht der Landkreis Northeim damit ein unnötiges Risiko ein. Schon beim Wegfall eines großen Vorranggebietes Windenergienutzung oder zwei bis drei kleinerer Vorranggebiete wird das regionale Teilflächenziel unterschritten mit der Konsequenz, dass dann im gesamten Landkreis Northeim – ggf. auch nur über kurzfristig zu erhaltene Vorbescheide nach § 9 Abs. 1a BImSchG im vereinfachten Verfahren – Windenergieanlagen wieder als privilegierte Außenbereichsvorhaben zulässig sind. Auf dieses Risiko weist Abschnitt 9.1 der Arbeitshilfe für die Ausweisung von Windenergiegebieten in Regionalen Raumordnungsprogrammen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Stand: April 2025, ausdrücklich hin.

Auch wenn es nachvollziehbar ist, dass aus guten Gründen einzelne Vorranggebiete Windenergienutzung im Rahmen der Fortschreibung des Entwurfs hin zum 2. RROP-Entwurf entfallen sind, so bedarf es einer selbstkritischen Prüfung hinsichtlich solcher Vorranggebiete Windenergienutzung, welche allein aufgrund einer Abwägungsentscheidung nach Ausweisung im 1. RROP-Entwurf herausgenommen wurden. Dies gilt nicht nur, weil der 2. RROP-Entwurf aufgrund von Abwägungsfehlern damit rechtlich angreifbar wird, sondern weil unnötig auf einen weiteren Sicherheitspuffer für das bis zum 31.12.2027 zu erreichende regionale Teilflächenziel verzichtet wird und sogar das regionale Teilflächenziel 31.12.2032 (1.319 ha) erreichbar gewesen und der Landkreis vor erneuten, teils heiß geführten Diskussionen hätte verschont werden können.

Besonders augenscheinlich ist, dass die Abwägungsentscheidung zum Wegfall der Festlegung des Vorranggebietes Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf relevanten Fehler unterliegt und diese Potenzialfläche weiterhin auch unter Berücksichtigung der Einwendungen zum 1. RROP-Entwurf als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen ist.

Dies ist insofern auch relevant und für die Abwägung erheblich, weil die [Inhalt anonymisiert] unterstützt durch die Flächeneigentümer bereits wesentliche Planungsschritte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in diesem Bereich unternommen haben. So wurde zur Vorbereitung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrags während der Brutzeit 2023 durch einen Umweltgutachter eine Kartierung

und Erfassung der Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel durchgeführt.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024 (Anlage 1).

Zudem wurde im Vorfeld die Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen) abgeprüft.

[Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022 (Anlage 2).

Damit kommt dies dem positiven Abwägungskriterium D.1.4 bestehende und verfestigt geplante Windenergieanlagen jedenfalls der Sache nach nahe.

In der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren wird an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 auf die BE ID 1189 und die dortige entsprechende Abwägung (S. 555/674) verwiesen, weshalb die Potenzialfläche Hohnstedt 01 im 2. RROP- Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung enthalten sei. Die Abwägungsentscheidung lautet:

„Die Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 entfällt auf Grund der Abprüfung der Umfassung der Ortschaften unter Berücksichtigung der zur Ausweisung vorgesehenen Vorranggebiete Windenergienutzung und Be- standwindparks. Hohnstedt 01 wird nicht als Vorranggebiet Windenergie- nutzung ausgewiesen.“

Dies ist nach § 7 Abs. 2 ROG abwägungsfehlerhaft.

Gemäß § 7 Abs. 2 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG – wie die vorliegende – sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG abschließend abzu- wägen.

Allgemein ist das Abwägungsgebot verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattgefunden hat, in die Abwägung nicht alle Belange eingestellt worden sind, die nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden mussten oder die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen worden ist, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.

Statt vieler BVerwG, 24.11.2011 - 9 A 24/10 -, juris Rn. 54 m.w.N.

Innerhalb dieser Grenzen wird das Abwägungsgebot nicht verletzt, wenn sich die Behörde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen entscheidet; die darin liegende Gewichtung der von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belange ist vielmehr ein wesentliches Element der planerischen Gestal- tungsfreiheit und damit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle entzogen.

BVerwG, 13.10.2011 - 4 A 4001/10 -, BVerwGE 141, 1 ff., juris Rn. 45.

Da sich die Vorgehensweise des Plangebers und die von ihm zur Begründung seiner Abwägungsent- scheidungen angestellten Überlegungen in den Planungsunterlagen in der Form wiederfinden müssen, dass eine Rechtskontrolle überhaupt möglich ist, muss sich hieraus auch die Begründung zur Umfassung der Ortschaften hinsichtlich der Potenzialfläche Windenergienutzung Hohnstedt 01 ergeben. Hieran fehlt es bereits.

Sofern der Landkreis Northeim auf das Abwägungsrelevante Kriterium im Rahmen der flächenbezoge- nen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung und dabei auf den Aspekt „Umfassung von Ortschaften bei Zusammenwirken mehrerer Vorranggebietsvorschläge: Abstand der Vorrangflächen zueinander (räumlicher Zusammenhang)“ ab- stellen wollte, ist dies unzutreffend erfolgt. So wird in der Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 429 f. hierzu ausgeführt:

„Der Planungsträger will eine Umfassung der Ortschaften durch Windenergieanlagen vermeiden. Im Rahmen der Abwägung wird eine ortsbezogene Überprüfung durchgeführt. Für die Überprüfung der



Umfassung besteht keine standardisierte Regelung oder Methodik.

Die Vorgehensweise im Zuge der Überprüfung einer möglichen Umfassungswirkung sowie die konkrete Berücksichtigung dieses Belanges im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung orientiert sich im Grundsatz an einer im Jahr 2012 im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern entwickelten Methodik, die im Jahr 2021 aktualisiert wurde<sup>72</sup> und welche im Folgenden cursorisch erläutert wird. [...].“

Rechtlicher Hintergrund der Berücksichtigung einer Umfassungswirkung ist – wie auch im zitierten Gutachten ausgeführt – das Schutzgut Mensch nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UVPG. Insofern muss bei der entsprechenden rechtlichen Anknüpfung an das Schutzgut Mensch, die Behandlung der Frage der Umfassungswirkung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG in der Umweltprüfung erfolgen. Dies ist vorliegend im Umweltbericht 2. RROP-Entwurf, S. 83 auch geschehen. Allerdings droht eine fehlerhafte doppelte Gewichtung, wenn die Umfassungswirkung als Abwägungsrelevante Kriterium und über die Umweltprüfung nach § 7 Abs. 2 Satz 2 ROG bei der vorzunehmenden Abwägung zu berücksichtigen ist.

Offen ist zudem, welche objektivierte Verfahren bei der Berücksichtigung des Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ Anwendung finden. Es fehlt es an einer Nachvollziehbarkeit dieses Abwägungsrelevanten Kriteriums. So ergibt sich aus dem Planungskonzept nicht, nach welchen Kriterien bei mehreren Möglichkeiten der Reduzierung einer Umfassungswirkung auf 120° die Entscheidung für eine und damit zwingend gegen eine andere Fläche erfolgt.

Jedenfalls darf eine Abwägung zwischen verschiedenen Potenzialflächen, die bei Festlegung als Vorranggebiet in ihrer Summe zu einer Überschreitung des Umfassungswinkels von 120° führen würden, nur hinsichtlich des Abwägungsrelevanten Kriteriums auf Grundlage einheitlicher Kriterien stattfinden. Es käme einer sachfremden Erwägung gleich, wenn das Abwägungsrelevante Kriterium insofern mit anderen Abwägungsrelevanten Kriterien vermischt würde. Letztendlich maßgeblich bei der Entscheidung für und damit notwendigerweise gegen eine Potenzialfläche sind in diesem Kontext das übergeordnete Ziel der Schaffung umsetzbarer Flächen für die Nutzung der Windenergie. Während dies für das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gewährleistet ist und mit den vorliegenden Unterlagen (Anlagen 1 und 2) nochmals unterstrichen wird, sind im Bereich der nördlich gelegenen Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 durchgehend drei besetzte Rotmilanbrutplätze zu finden (vgl. 2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27). Insofern ist ein höherer artenschutzrechtlicher Konflikt im Zulassungsverfahren zu erwarten. Darauf wird es aber auch nicht ankommen, weil beide Flächen zutreffend festgelegt werden können.

Zudem hat die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung verdeutlicht, dass eine Übertragung des Gutachtens aus Mecklenburg-Vorpommern auf andere Landesteile und rechtliche Situationen mit erheblichen Abwägungsmängeln einhergehen kann.

Ausführlich Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 27. September 2024 – 22 D 48/24.NE –, Rn. 78 ff., juris.

Insofern ist es besonders problematisch, dass – soweit ersichtlich – nur das Entfallen des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im Rahmen der Abwägungsentcheidung auf dieser zweifelhaften Methode fußt. Dabei ist dies – wie nachfolgend ausgeführt – nicht einmal in der Binnenlogik des Planungsträgers erforderlich.

Wendet man nämlich dennoch entsprechend dem Planungskonzept das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“, welches von der Firma UmweltPlan aus Stralsund im Januar 2013 vorgelegt wurde

abrufbar unter <https://www.rpv-vorpommern.de/projekte/energie-und-klima-schutz/gutachten-zur-umfassung-von-ortschaften-durch-windenergieanlagen> (zuletzt abgerufen am 22.05.2025); eine „Aktualisierung des Gutachtens von 2013“ (vgl. Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 459) ist weder offiziell verfügbar noch durch den Landkreis verfügbar gemacht worden, sodass sich eine fehlerfreie Abwägungsentscheidung hierauf mangels Vorlage der maßgeblichen Entscheidungskriterien bereits aus Gründen der Transparenz, aber auch zur Nachvollziehbarkeit wie auch Auseinandersetzung nicht berufen kann;

mit den dort beschriebenen Kriterien im Bereich des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf an, ergibt sich folgendes Ergebnis, welches als Anlage 3 auch kartographisch unterlegt wurde:

Von der Gemeinde Kalefeld liegt das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ca. 4 km entfernt, sodass das Abwägungsrelevante Kriterium zur Umfassungswirkung aufgrund der Überschreitung des (Vorsorge-)Abstands von 2.500 m nach dem Planungskonzept keine Relevanz hat. Auch die zwei Bestandsanlagen dürften außerhalb dieses Bereichs liegen.

Für die Ortschaft Eboldshausen ist zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf ein Freihaltewinkel von 62°

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

vorhanden. Dabei sind die betroffenen Sichtkorridore mit 9° und 16° aufgrund der Lage und Entfernung besonders gering und hinzu kommt eine Lage und Sichtverschattung durch Wälder auf Erhebungen, was im Einzelfall durch den Landkreis als Argument sogar für eine Unterschreitung des Winkels von 60° herangezogen wurde. Zudem wird insgesamt eine Umfassung von 99° erreicht, mithin sehr deutlich unter 120°, was sogar mit einem Blick insgesamt als zulässig erachtet würde.

Zwischen der Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf besteht von Ahlshausen ausgehend ein Freihaltewinkel von 92° – und damit deutlich mehr als 60°, was im Einzelfall durch den Landkreis auch deutlich unterschritten wird. Auch wird insgesamt höchstens eine Umfassung von 88° erreicht, mithin deutlich unter 120°.

Eine Verklammerung aufgrund der zwei Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen ist unzulässig und abwägungsfehlerhaft. Die dicht beieinanderliegenden beiden Bestandsanlagen weisen eine Gesamthöhe von 61,5 m bei einer Inbetriebnahme in den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) auf. Nach dem Planungskonzept des Landkreises Northeim findet das Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ (UmweltPlan Stralsund 2013 – s.o.) Anwendung. Auf S. 13 wird darin beschrieben, dass bei der Betrachtung von einem Anlagenbestand mit Gesamthöhen von 90 m bis 200 m ausgegangen wird. Zusätzlich wird erläutert, dass je größer eine Anlage ist, desto größer erscheint auch die Fernwirkung der Windenergieanlagen. Anlagen, die kleiner als 90 m sind, können damit nach dem Gutachten nicht im Kontext der Umfassungswirkung berücksichtigt werden. Vorliegend hat der Landkreis Northeim selbst festgehalten:

„Das Gutachten geht bei der Ermittlung und Definition des Betrachtungsraums und der Erheblichkeitsschwelle von Windenergieanlagen mit einer Bauhöhe von 300 m aus.“ (Begründung 2. RROP-Entwurf, S. 430).

Insofern erfolgte im Planungskonzept eine Fortentwicklung zur Berücksichtigung der Referenzwindenergieanlage mit 250 m sowie ein vorsorgeorientierter Ansatz, welcher technische Weiterentwicklungen von Windenergieanlagen berücksichtigt und deshalb den Betrachtungsraum auf 2.500 m erweitert. Umgekehrt können aber bereits nach dem UmweltPlan Stralsund 2013 sowie der Fortentwicklung im Rahmen des Planungskonzepts des Landkreises keine 61,5 m hohe Anlage aus den 90er Jahren (nördliche Bestandsanlage) sowie 99,7 m hohe Anlage aus dem Jahr 2011 (südliche Bestandsanlage) zusätzliche Beachtung finden – mind. 150 m niedriger als die Bestandsanlage (und 50 % der unter worst case-Gesichtspunkten herangezogene Bauhöhe von bis zu 300 m). Für diese beiden Anlagen besteht eine äußerst geringe, eigentlich zu vernachlässigende Fernwirkung und sie können nicht dazu führen, dass die Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf als optische Verklammerung zu einem großen Windpark zusammenzuziehen oder zu addieren sind. Für die Ortschaft Eboldshausen ist zudem entscheidend, dass diese zwei niedrigen Bestandsanlagen hinter einer bewaldeten Bergkuppe liegen und in der Praxis kaum bis gar nicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist auch in die Abwägung einzustellen, dass die zwei Bestandsanlagen in Kürze oder während des nach § 5 Abs. 7 Satz 1 NROG relevanten Planungszeitraums von 10 Jahren des RROP mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zurückgebaut werden und nicht vergleichbar sind mit Anlagen, die aufgrund ihrer 20jährigen Förderperiode nach dem EEG diesen Planungszeitraum klar überdauern. So wurde bereits zutreffend im 1. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01, S. 171 ausgeführt, dass derzeit auch kein Interesse bestünde, die Altanlagen zu repowern (unabhängig von der Frage der Zulässigkeit aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung).

Schließlich kann bei zwei solch kleinen Bestandsanlagen, deren Betriebszeit absehbar abläuft, nicht von einem „Bestandswindpark“ im Sinne des Planungskonzepts gesprochen werden, jedenfalls nicht als solcher in die Abwägung eingestellt werden.

Zudem hat der Landkreis Northeim zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 festgehalten:

„Im direkten Umfeld sind zudem zwei Bestandsanlagen vorhanden. Die Flächen sowie die Bestandswindenergieanlagen wirken kumulativ auf die angrenzenden Ortschaften.

Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfassung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der Topographie nicht gegeben, da zwischen den Flächen und der Bestandsanlagen 60° eingehalten werden bzw. die Fläche aus dem Blickwinkel der Ortschaften jeweils keine 120° einnehmen (vgl. Begründung 4.2.1 Kapitel E.2.7).“ (2. RROP-Entwurf, Anlage 4.2.1-1, S. 27).

Wieso diese Aussage (60 %) in Bezug auf die zwei Bestandswindenergieanlagen zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01 im Unterschied zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gelten soll, erschließt sich mit Blick auf die als Anlage 3 vorgelegte Karte nicht. Aus dieser ist vielmehr zu erkennen, dass der Winkel zwischen den zwei Bestandswindenergieanlagen zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf größer ist als zur Potenzialfläche Ahlshausen-Sievershausen 01. Damit muss unter Berücksichtigung der vorliegenden Aussagen zur Abwägung im Einzelfall erst recht die Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf gleich ausfallen, will der Landkreis Northeim keinen Abwägungsfehler begehen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die eingangs wiedergegebene Abwägung zum Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf zur BE ID 1189 verfährt jedenfalls nicht, greift zu kurz und behandelt eine ungleiche Situation – lediglich zwei niedrige Altanlagen – gleich mit anderen Planungssituationen (aktuellere große Windenergieanlagen).

Schließlich gilt die Sollbestimmung des § 2 Satz 2 EEG 2023 für alle Abwägungsentscheidungen, zu- mal die Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung im Bundesgebiet – nicht nur in Niedersachsen – noch weit entfernt ist. Hieraus ergibt sich ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen wären.

Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 7. Februar 2023 – 5 K 171/22 OVG –, Rn. 160, juris.

Auch unter Berücksichtigung dieser Abwägungsdirektive spricht weit Überwiegendes dafür, dass im vorliegenden Einzelfall nicht die zwei Bestandsanlagen unter 100 m Gesamthöhe Beachtung bei der Bewertung des Abwägungsrelevanten Kriteriums im Rahmen der flächenbezogenen Einzelfallprüfung Nr. 2.7 Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung finden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf im 3. RROP- Entwurf wieder aufzunehmen ist. Eine unzumutbare oder unverhältnismäßige Umfangung ist im Ergebnis der regionalplanerischen Prüfung und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten und Abstände nicht gegeben und nicht zu erwarten.

Des Weiteren ist festzustellen, dass – wie auch im 1. RROP-Entwurf vorgesehen und dort hinsichtlich der Abwägungsrelevante Einzelbelange in Anlage 4.2.1-1 zum Gebietsblatt 28 Hohnstedt 01 zutreffend ausgeführt – keine Tabuzone und anderen Abwägungsbelange dem wiederaufzunehmenden Vorrang- gebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 entgegenstehen. Vielmehr sind die als Anlage 1 und 2 vorgelegten Unterlagen sogar geeignet, etwaige Belange aus dem Bereich des Natur- und Artenschutzes als begründet nicht relevant zu kennzeichnen. Dabei ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG nach § 11 Abs. 3 ROG der Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan, hier das RROP. Das zu berücksichtigende Abwägungsmaterial be- schränkt sich auf diesen Zeitpunkt und gleichzeitig sind die vorgelegten Anlagen 1 und 2 dabei nun zu berücksichtigen.

BVerwG, 18.08.2015 - 4 CN 7/14 -, juris Rn. 7; OVG Mecklenburg-Vorpom- mern, 10.03.2015 - 3 K 25/11 -, juris Rn. 38.

Insofern verfangen auch nicht die übrigen in der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren an verschiedenen Stellen zum Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 vor- getragenen Einwände:

- 1) BE-ID 821: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführun- gen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlagschatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 2) BE-ID 396 / 656: Zur unsubstantiiert behaupteten Einklemmung bzw. Umschließung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Hinsichtlich der vogelkundlichen Aufzeichnungen sowie artenschutzrechtlichen Aspekten wird auf Anlage 1 als aktuelle Kartierung Bezug genom- men.
- 3) BE-ID 1138: Es liegt keine Substantiierung der Einwendung vor, nachdem der Anhang 1 der Stellungnahme in der Synopse (rechtsfehlerhaft) nicht wiedergegeben ist. Insofern kann hierauf nicht eingegangen werden. Im Übrigen wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.
- 4) BE-ID 594: Die angesprochenen Belange (Schall, Eiswurf) sind im Rahmen des immissions- schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Positionie- rung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen und können bewältigt werden. Eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung ist der aktuelle Standard und wird vorgesehen.
- 5) BE-ID 369: Zu den angesprochenen unsubstantiierten Ausführungen bezüglich der Avifauna wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind. Die Ausführungen zur optisch bedrängenden Wirkung übersehen § 249 Abs. 10 BauGB. Die ange-prochenen Belange (Schall, Luftfahrt) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des An- lagentyps etc. zu beurteilen und stehen nach dem Planungskonzept nicht entgegen. Eine Ge-nehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen im Gebiet steht nicht in Frage. Hinsichtlich der Hinweise zum Flächenumfang des RROP wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen.
- 6) BE-ID 663: Zur unsubstantiiert behaupteten Einkesselung wird auf die vorstehenden Ausführun- gen verwiesen. Hinsichtlich der befürchteten Beeinträchtigungen durch Infraschall und Schlag- schatten hat der Landkreis zutreffend ausgeführt: „Die angesprochenen Belange (Schall, Schattenwurf) sind im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren unter Be- rücksichtigung der konkreten Positionierung der WEA, des Anlagentyps etc. zu beurteilen.“
- 7) BE-ID 1189: Zu den abstrakten Ausführungen bezüglich der Avifauna (Rotmilan) wird auf die konkreten Untersuchungen verwiesen, die als Anlage 1 vorgelegt sind.
- 8) BE-ID 1183: Die Einwendung verkennt das Verhältnis von Bauleitplanung zur Regionalplanung (§ 1 Abs. 4 BauGB). Zudem verbleibt das vermeintlich „Veto“ unsubstantiiert.

Vielmehr darf dem Landkreis Northeim nicht aufgrund von diesen vereinzelt Stimmen der Abwägungsfehler unterlaufen, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 aus anderen – wie vorliegend aufgezeigt

nicht tragfähigen – Gründen zu streichen.

Wir fordern deshalb den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 wieder aufzunehmen und einen maßgeblichen Abwägungsfehler damit zu vermeiden.

[Anlage 1: [Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Raumnutzung durch Groß- und Greifvögel 2023, Dezember 2024]

[Anlage 2: [Inhalt anonymisiert] , Windpark Hohnstedt. Verträglichkeit des Neubaus eines Windparks mit den Schutz- und Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes V08 Leinetal bei Salzderhelden im Landkreis Northeim (Niedersachsen), 11.05.2022]

[Anlage 3: Übersichtskarten optische Umfassung]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 298.

---

Stellungnehmer-ID: **86**    Stellungnahme-ID: **103**    BE-ID: **281**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

diese Stellungnahme bezieht sich auf den geplanten Windenergieausbau im Gebiet Oldenrode 01 entlang des Harzhorns. Der zuletzt angepasste Entwurf zeigt eine Verschiebung des Ausbaugebiets in Richtung Wiershausen, wodurch ein schmaler Planungstreifen entstanden ist.

### Aktuelle Situation:

In diesem Bereich ist bereits eine Repowering-Maßnahme vorgesehen, bei der ein Investor mit den Grundstückseigentümern über neue Windkraftanlagen der 7-MW-Klasse verhandelt. Aufgrund der Flächengröße lassen sich derzeit maximal drei Windräder realisieren. Während die wirtschaftlichen Vorteile insbesondere für die beteiligten Parteien entstehen würden, besteht für die Anwohner von Düderode-Oldenrode und Wiershausen vor allem die visuelle Präsenz der Anlagen.

### Bürgerenergie als Schlüssel zur Akzeptanz

Die Unterstützung der Allgemeinheit ist in den Verhandlungen der Projektgesellschaft mit den Eigentümern bisher nur eingeschränkt auf die Unterstützung regionaler Vereine ausgerichtet. Eine Beteiligungsmöglichkeit in Form einer Bürgerenergiegesellschaft für nicht organisierte Anwohner wäre ein sehr wichtiger Schritt, das lokale Gemeinwohl zu unterstützen und die Akzeptanz für Projekte in regenerativen Energien zu erhöhen. Dies aus der Dringlichkeit eines Windenergieausbaus, um die Klimaziele der Bundesregierung bis 2045 zu erreichen. Eine nachhaltige Umsetzung erfordert somit die aktive Einbindung der Bevölkerung. Daher sollte auf einem Teil der geplanten Fläche Bürgerenergieprojekte entstehen, um eine gerechtere Verteilung der Vorteile zu ermöglichen.

### Vorschlag der Grundstückseigentümer:

Erstmals gibt es Gespräche über eine mögliche Bürgerbeteiligung im geplanten Ausbaugebiet auf Initiative der Grundstückseigentümer. Die Grundstückseigentümer möchten sich im Rahmen der Verhandlungen für ein Bürgerwindrad einsetzen. In typischen Windparks sind jedoch mindestens drei Anlagen nötig, um die Investition für den Investor wirtschaftlich zu machen. Ein zusätzliches Windrad für Bürgerenergie lässt sich meist erst als vierte Anlage realisieren. Da in der aktuellen Planung nur drei Windräder möglich sind, wäre eine Bürgerbeteiligung quasi ausgeschlossen.

### Konkretisierung des Vorschlags:

Um eine direkte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, sollte die geplante Fläche nach Norden bis zur Waldkante, siehe Abbildung 1, erweitert werden. Dadurch ließe sich ein weiteres Windrad realisieren, das anteilig als Bürgerwindrad betrieben wird. Forderung der Bürger ist diese zusätzliche Fläche exklusiv für Bürgerenergiewindkraft auszuweisen. Unterstützung kann hier durch politische Initiativen auf Landkreis- und Gemeindeebene erfolgen, etwa durch die Ausweisung als Vorranggebiet für Bürgerenergie.

### Vorteile der Flächenerweiterung:

- Erhöhte Einnahmen für die Gemeinde: Durch vier statt drei Windräder steigen die gesetzlichen Beteiligungen gemäß §6 EEG 2021 um ca. 20.000 €/Jahr.
- Direkte Bürgerbeteiligung: Anwohner profitieren durch vergünstigten Stromtarif oder Renditezahlungen.
- Effiziente Flächennutzung: Eine kompakte Windparkplanung verringert die Verspargelung der Landschaft.

- Mehr Unabhängigkeit für die Kommune: Beteiligung an Bürgerenergie senkt die Investitionsverschuldung der Gemeinde.

Diese Anpassung stärkt die lokale Akzeptanz und fördert eine faire Verteilung der wirtschaftlichen Vorteile – eine zukunftsweisende Lösung für die Energiewende.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Der in der Einwendung geforderte Erweiterungsbereich war im 1. und 2. RROP-Entwurf nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung vorgesehen.

Zur Sachaufklärung wird Folgendes ausgeführt:

Es erfolgt der Hinweis, dass die Regionalplanung die Aufgabe hat, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Die planerische Abwägung umfasst grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Der Abwägungsspielraum wurde dabei bereits durch die verbindlichen Vorgaben von Teilflächenzielen vorbestimmt. Der Regionalplanungsträger ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann. Der Regionalplanungsträger gibt dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug.

Die Aussage, dass sich Windparks mit mindestens drei Anlagen nötig sind, um die Investition für den Investor wirtschaftlich zu machen und sich ein zusätzliches Windrad für Bürgerenergie meist erst als vierte Anlage realisieren lässt, kann aus Sicht des Planungsträgers nicht nachvollzogen werden. Es werden regelmäßig Vorhaben mit einer oder zwei Windenergieanlagen realisiert.

Der Landkreis Northeim strebt grundsätzlich die Konzentration der Windenergie und eine Bündelung von Windenergieanlagen im Planungsraum an. Die Fläche Oldenrode 01 erfüllt die planerischen Voraussetzungen für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung und bietet Platz für mindestens drei Windenergieanlagen. Die Anzahl und Anordnung der Windenergieanlagen, die auf der Fläche ggf. realisiert werden, sind unter anderem abhängig von der räumlichen Situation sowie der Anlagenkonfiguration, -typ und -standort und unterliegen nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung.

Grundsätzlich begrüßt der Landkreis Northeim Kooperationsmodelle, die eine Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung auf Projektebene ist nicht Gegenstand des RROP und kann durch die Regionalplanung grundsätzlich nicht beeinflusst bzw. gesteuert werden. Zur Bürgerbeteiligung und finanziellen Teilhabe wird ergänzend auf das Niedersächsische Gesetz über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen (NWindPVBetG) hingewiesen. Das Gesetz hat das Ziel, die Akzeptanz für erneuerbare Energien zu erhöhen. Betreiber von Windenergieanlagen sind gesetzlich verpflichtet, die Anwohner und Kommunen in der Nähe von Windenergieanlagen eine finanzielle Beteiligung an den wirtschaftlichen Erträgen zu ermöglichen.

Ergänzend erfolgt der Hinweis, dass im Rahmen der neuen Bundesgesetzgebung Repoweringvorhaben bevorzugt behandelt und die Umsetzung erleichtert werden. Bis 2030 bleibt das Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb ausgewiesener Vorranggebiete Windenergienutzung privilegiert (§ 249 Abs. 3 BauGB). Das Repowering ist der Regelungskompetenz und Steuerungswirkung des Regionalplanungsträgers entzogen.

Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung. Der genannte Erweiterungsbereich wird weiterhin nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien überwiegt an dieser Stelle. Der Planungsträger ist lediglich verpflichtet sicherzustellen, dass in seinem Planungsraum die festgelegten Teilflächenziele zu den entsprechenden Stichtagen für die Windenergie an Land erreicht werden, um die Windenergie zu steuern und die Privilegierung-Plus abzuwenden. Gemäß § 249 Abs. 6 Satz 2 BauGB ist es unbeachtlich, ob und welche sonstigen Flächen im Planungsraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind.

---

Stellungnehmer-ID: **63**    Stellungnahme-ID: **78**    BE-ID: **93**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Im ersten Entwurf waren nördlich der beiden nun vorgesehenen Flächen im Bereich Langfast noch zwei weitere Gebiete ausgewiesen, allerdings im Vorranggebiet Wald (lt. LROP). Es handelt sich um Kalamitätsflächen die erst in den nächsten Jahren wieder einen fertigen Baumbestand entwickeln werden.

Bis das der Fall ist, lässt sich eine Windenergienutzung hier gut realisieren. Wir regen an, diese Gebiete ebenfalls als Windvorranggebiete auszuweisen, insbesondere da der LK Northeim die finalen Flächenziele bis

Ende 2032 in diesem Entwurf noch nicht erreicht hat. Es würde bei der Errichtung kein historisch wertvoller Baumbestand zerstört werden, da dieser momentan gar nicht da ist.

Der erste Entwurf des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) wurde gerade veröffentlicht. Demnach kann der Landkreis Northeim als Träger der Regionalplanung, nach Erreichen des regionalen Teilflächenziels, 374 ha als Vorranggebiet Wind im Vorranggebiet Wald (nach LROP) ausweisen. (vgl. S. 10 Entwurf 2025 Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes- Raumordnungsprogramm Niedersachsen). Wie schon erwähnt, handelt es sich hier um Kalamitätsflächen, die eine Windenergienutzung zulassen.

Da auch die ländlichen Regionen unterstützt werden sollen, wird mit einer behutsamen Öffnung der Windenergienutzung im Wald auch Möglichkeiten für eine zusätzliche Wertschöpfung geschaffen (vgl. S. 11 Begründung der Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes- Raumordnungsprogramm Niedersachsen Teil A).

Wir beantragen, auch im Namen der Grundstückseigentümer, die Beibehaltung der Ausweisung des Windvorranggebiets Langfast 01 als Vorranggebiet Windenergienutzung im rechtskräftigen RROP sowie die Aufnahme der beiden nördlich gelegenen Flächen, die sich im Bereich des Vorranggebiets Wald nach LROP befinden (ein entsprechender Lageplan zur Verortung der Flächen ist angefügt).

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die in der Einwendung genannten und in der Anlage dargestellten Teilflächen liegen im Vorranggebiet Wald des LROP 2022.

Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind ins RROP zu übernehmen und dürfen nicht verkleinert werden. Sie sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Die Vorranggebiete Wald gemäß LROP 2022 lassen eine Windenergienutzung aufgrund der geltenden Rechtslage nicht zu und wurden im Rahmen des Planungskonzeptes zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung im überarbeiteten zweiten Entwurf als Ausschlusskriterium berücksichtigt (vgl. Stellungnahme-ID 308, BE-ID 1177 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Das Auftreten von Kalamitätsbereichen ändert an diesen bindenden Vorgaben nichts.

Der Hinweis zum ersten Entwurf zum Fortschreibungsverfahren des LROP wird zur Kenntnis genommen. Das RROP hat zum Zeitpunkt der Genehmigung den aktuell gültigen Rechtsrahmen zu Grunde zu legen und ist aus dem LROP zu entwickeln (vgl. § 13 Abs. 2 Satz 1 ROG).

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **140**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

zu 18 Northeim 03

Es ist fraglich, weshalb eine Umbenennung des Vorranggebietes von Northeim 01 zu Northeim 03 erfolgt ist, da dies die Nachvollziehbarkeit erschwert und ggf. zu Verständnisschwierigkeiten hinsichtlich der Gebietsverortungen führen kann.

zu 2.4 - Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild

Der Argumentation im Rahmen der Abwägung hinsichtlich der weiteren Siedlungsentwicklung der Ortschaft Denkershausen kann nicht gefolgt werden. Es wird weiterhin gefordert, die Fläche am „Uhberg“ gemäß der Kartendarstellung 1 aufgrund der Nähe zum Naturschutzgebiet „Denkershäuser Teich“ in Gänze zu streichen. Begründet wird dieses weiterhin damit, dass der Denkershäuser Teich mit Verordnung vom 22. März 1948 aufgrund seiner außergewöhnlichen Vogelwelt als Naturschutzgebiet ausgewiesen worden ist.

Ebenfalls liegt für die Ortschaft Denkershausen eine visuelle Belastung und eine hiermit erhebliche Beeinträchtigung bei der Dorfentwicklung vor. Gemäß Flächennutzungsplan ist für die Ortschaft Denkershausen eine Fläche von 10.000m<sup>2</sup> als Bauland ausgewiesen. Aufgrund des zweiten Entwurfes des RROP und der dort enthaltenen Potenzialfläche Windenergie am Uhberg haben bislang alle Investoren eine Erschließung abgelehnt.

zu 2.5 - Boden und Wasser

Die Fläche im Teilraum 8 Northeim Nord - Kreiensen wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt und weist großräumig eine hohe bis äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit auf. Es heißt, dass aufgrund des geringen Flächenverbrauchs von Windenergieanlagen im Offenland eine Beeinträchtigung der Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit sowie der seltenen Böden nur im geringen Maß zu erwarten sei.

Um dem Ausbau der Windenergie eine hohe Priorität zu verleihen wird das dort liegende Vorranggebiet Landwirtschaft aus dem RROP Entwurf Stand 2022 zu einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft herabgestuft. Diese



Vorgehensweise wird als Entflechtung bezeichnet.

Der Flächenverlust an besonders hochwertigen Böden mit Bodenzahlen der Bodenschätzung zwischen 76 und 80 für die Landwirtschaft in Form von Zuwegungen und Aufstellflächen der Windenergieanlagen wird in diesen Bereichen kritisch gesehen (vergl. Themenkarte Bodenschätzungskarte 1:5000 Niedersächsisches Bodeninformati-onssystem NIBIS Karenservers. <https://nibis.lbeg.de/cardomap3/>).

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Bei der Umbenennung des Vorranggebietes handelt es sich um eine rein redaktionelle Anpassung. Die vorgenommene Änderung ist entsprechend in den RROP-Dokumenten gekennzeichnet, insbesondere ist hier die Übersicht der angepassten Flächenbezeichnungen zu Beginn der Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter zu den Vorranggebieten Windenergienutzung im 2. RROP-Entwurf zu nennen. Eine Nachvollziehbarkeit der Umbenennung ist daher aus Sicht des Planungsträgers gegeben.

Die Einwände zur Nähe des Vorranggebietes Northeim 03 zum NSG „Denkershäuser Teich“ sowie zu einer möglichen Beeinträchtigung der Siedlungsentwicklung der Ortschaft Denkershausen wurden bereits im 1. Beteiligungsverfahren vorgebracht und enthalten keine neuen, für die Abwägung oder Planung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden (s. Stellungnahme-ID 113, BE-ID 354 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren und zugehörige Abwägung).

Der Einwand zum Flächenverlust besonders hochwertiger Böden durch die Errichtung von Windenergieanlagen wird zur Kenntnis genommen. Bezüglich der vorgenommenen Entflechtung wird auf den Einwand und entsprechende Abwägung in der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren unter der Stellungnahme-ID 219, BE-ID 717 verwiesen. Der Erreichung des Teilflächenziels für die Windenergienutzung wird bei der vorgelegten Planung eine herausragende Bedeutung zugesprochen. Mit der Festlegung der betroffenen Bereiche als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft wird nach wie vor auf hochwertige Böden hingewiesen, diese sollen weitestmöglich von konkurrierenden und potenziell konkurrierenden Nutzungen freigehalten werden. Es ergeht an dieser Stelle der Hinweis, dass das Vorkommen seltener und schutzwürdiger Böden im nachgelagerten Genehmigungsverfahren regelmäßig keine unüberwindbare Hürde für eine Windenergienutzung darstellt. Im Bereich der Vorrangfläche Northeim 03 liegt für den Landkreis Northeim kein atypischer Fall vor. Es handelt sich bei den seltenen oder besonders fruchtbaren Böden regelmäßig nicht um einen Ablehnungsgrund für die Errichtung von Windenergieanlagen, somit ist auf regionalplanerischer Ebene die Prognose möglich, dass sich die Windenergienutzung auf den Flächen durchsetzen kann.

---

Stellungnehmer-ID: **128** Stellungnahme-ID: **148** BE-ID: **482** **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte] Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ...die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte] Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- **Konzentrationswirkung:** Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- **Raumverträglichkeit:** Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- **Ertragseffizienz der Fläche:** Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **79**    Stellungnahme-ID: **95**    BE-ID: **109**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom

Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ...die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt. Die Rückkehr zum 100m Walddistanz könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Walddistanz von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **123**   Stellungnahme-ID: **143**   BE-ID: **480**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor. Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte] Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ...die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte] Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **82**    Stellungnahme-ID: **99**    BE-ID: **146**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Hevensen 01

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotox, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

### „Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch

geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Klarstellung und Sachaufklärung erfolgt der Hinweis, dass nach der ersten öffentlichen Beteiligung des RROP eine avifaunistische Überprüfung aller potenziellen Windenergiestandorte in Auftrag gegeben wurde, um die fachgutachterliche Einschätzung anhand aktueller Aufnahmen sowie Hinweise aus den eingegangenen Stellungnahmen zu aktualisieren bzw. verifizieren. Die unterschiedliche gutachterliche Bewertung der Fläche beruht auf einer Aktualisierung und erneuten Kartierung. Auf Ebene der Regionalplanung ist mit dem vorliegenden Planungskonzept unter Vorsorgegesichtspunkten angesetzt, weiträumige sensible und besonders kritische Bereiche, die dem Erhalt und Schutz der Lebensräume dienen, von einer möglichen Windenergienutzung auszuschließen.

Die in der Einwendung getroffenen Aussagen zu § 2 EEG und § 45b BNatSchG werden zur Kenntnis genommen. Die Regionalplanung unterliegt nicht unmittelbar den Verboten des Artenschutzes, weil die Planung selbst noch keine direkte Beeinträchtigung geschützter Arten hervorruft.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse, dem Artenschutz Genüge getan, um auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen möglichst auszuschließen und geht mit der erfolgten avifaunistischen Untersuchung über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinausgeht.

Der Regionalplanungsträger gewichtet den Arten- und Naturschutz in seiner Planung dabei grundsätzlich hoch. Aufgrund der naturräumlichen Ausstattung des Landkreises Northeim mit einer großen geomorphologischen Vielfalt und dem Wechsel von agrarisch genutzten Becken und Senken sowie bewaldeten Bergkuppen und Höhenzügen, die von Fließgewässern durchzogen werden, bestehen im Landkreis Northeim grundsätzlich keine Flächen, die für alle artenschutzfachlich relevanten Arten konfliktfrei sind. Das Gebiet ist mit einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotenzial bewertet, was im landkreisweiten Vergleich eher einer günstigen Bewertung gleichkommt. Die Fläche Hevensen 01 ist zudem bereits in der Flächennutzungsplanung teilweise als Sonderbauflächen für die Windenergienutzung festgelegt.

Das überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung und den Betrieb von WEA (§ 2 EEG) wird im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Es erfolgt allerdings keine pauschale regionalplanerische Entscheidung zugunsten der Windenergienutzung.

Die kleinräumigen Kompensationsmaßnahmen stehen einer möglichen Windenergienutzung auf der Fläche nicht grundsätzlich entgegen und führen auf Ebene der Regionalplanung nicht zu einem pauschalen Ausschluss oder zu einer Nichteignung der Fläche. Mögliche Konflikte können im Rahmen des ggf. folgenden Genehmigungsverfahrens grundsätzlich über die Standortpositionierung der Windenergieanlagen vermieden werden.

Die in der Einwendung getroffene Vermutung, dass wirtschaftliche und politische Interessen auf das gutachterliche Ergebnis Einfluss nehmen, wird widersprochen.

Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf den Flächen Hevensen 01 unter Berücksichtigung der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen durchsetzen kann. Die in der Einwendung genannten Belange führen nicht zu einer veränderten Einschätzung der Fläche und der getroffenen Abwägung.

---

Stellungnehmer-ID: **94**    Stellungnahme-ID: **113**    BE-ID: **167**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2 Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgender Potenzialflächen zur Windenergienutzung Hevensen 01, Stellung bezogen.

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen. Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. - Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt - was für eine Überraschung Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotop, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

„Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WENutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: **102**    Stellungnahme-ID: **122**    BE-ID: **216**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Northeim; Erneute Auslegung mit eingeschränkter Beteiligung – 2. Entwurf; hier: Vorranggebiet „Sudershausen 01“

im Namen der [Inhalt anonymisiert] möchten wir im Rahmen der erneuten Auslegung mit eingeschränkter Beteiligung – 2. Entwurf wie folgt Stellung nehmen und beantragen:

Das im ersten (1.) Entwurf RROP vorgesehene Vorranggebiet „Sudershausen 01“ (Beteiligungsverfahren vom 02.10.2023 bis 13.11.2023 gem. Beschluss Kreistags vom 15. September 2023) nach Maßgabe der in Anlage 1 beigefügten Karte als Vorranggebiet (VRG) für die Windenergienutzung im RROP auszuweisen.

Zur Begründung erlauben wir uns wie folgt vorzutragen:

Das VRG „Sudershausen 01“ im Landkreis Northeim grenzt unmittelbar an das im LK Göttingen in Aufstellung befindliche VRG „Bovenden 03“. Das VRG „Bovenden 03“ kann mit ca. 4 WEA-Standorten beplant werden. Bei Ausweisung des VRG „Sudershausen 01“ könnte das VRG „Bovenden 03“ sinnvoll um maximal zwei weitere Standorte für Windenergie erweitert werden, wodurch sich die Flächen zwischen den Ortschaften Sudershausen, Reyershausen und Spanbeck bestmöglich für die Windenergie nutzen lassen. Beide VRG können landkreisübergreifend als ein zusammengefasstes VRG betrachtet werden, weshalb die Mindestanforderung von 3 Windenergieanlagen (WEA) des Landkreises Northeim für die Ausweisung für dieses VRG nicht relevant ist.

Die [Name anonymisiert] hat mit den Landeigentümern innerhalb der VRG „Sudershausen 01“ und „Bovenden 03“ langfristige Nutzungsverträge abgeschlossen. Die Ausweisung des VRG „Sudershausen 01“ liegt somit im berechtigten wirtschaftlichen Interesse der [Name anonymisiert] .

Von Seiten der [Name anonymisiert] kann nicht nachvollzogen werden, weshalb das zur Ausweisung beantragte Gebiet von der Regionalplanung als Vorranggebiet Wald dargestellt wird. Zwar ist das Gebiet auf Ebene des LROP als Vorranggebiet Wald festgelegt. Aufgrund des im Raumordnungsgesetz verankerten Entwicklungsgebots ist neben der Übernahme aber auch eine räumliche/regionale Konkretisierung und Entwicklung der Vorranggebiete Wald geboten (z.B. aufgrund der Maßstabsebene von 1:500000 im LROP).

Die Situation vor Ort stellt sich aber so dar, dass der Bereich bedingt durch den Sturm Friederike im Jahr 2018 komplett von Kalamitäten betroffen und gesamthaft vorgeschädigt ist. Vor dem Sturm war der Bereich ein intensiv wirtschaftlich genutzter Fichten-Forst. Ein naturnaher und historischer wertvoller Wald war und ist nicht vorhanden. Eine Anpassung des Vorranggebiets Wald auf regionaler Ebene ist hier demzufolge dringend geboten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die eingereichte Stellungnahme des Flächeneigentümers [Name anonymisiert], in welcher die Historie und die aktuelle Situation des zur Ausweisung beantragten Bereiches detailliert erläutert wird. Zugleich würde durch die Errichtung von WEA auf den Kalamitätsflächen aufgrund der genehmigungsrechtlich erforderlichen Ersatzaufforstungen ein wertvoller Beitrag zur

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

standgerechten und klimaresilienten Wiederherstellung der Waldflächen geleistet.

Vor diesem Hintergrund dürfte es im Interesse der Regionalplanung liegen, das VRG „Suderhausen 01“ in der dargestellten Form in den ROP als VRG für Windenergie aufzunehmen. Denn nur dann leisten diese WEA einen Beitrag zur Erreichung des regionalen Teilflächenziels gem. § 4 Abs. 1 S. 1 WindBG.

Wir bitten daher darum, das VRG „Suderhausen 01“ nach Maßgabe der beigefügten Karte nordöstlich des VRG „Bovenden 03“ im Landkreis Göttingen zu erweitern und die Fläche somit gesamthaft als Vorranggebiet auszuweisen.

- Anlage 1: Karte mit Antrag Gebietsabgrenzung „Sudershausen 01“ / VRG Sudershausen  
[Karte]

### **Abwägung:**

*Kann nicht gefolgt werden*

Der angesprochene Waldbereich ist im aktuell rechtsgültigen LROP 2022 als Vorranggebiet Wald ausgewiesen. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind ins RROP zu übernehmen und dürfen nicht verkleinert werden. Sie sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Das Auftreten von Kalamitätsbereichen ändert an diesen bindenden Vorgaben nichts. An der verpflichtenden Ausweisung als Vorranggebiete Wald muss daher festgehalten werden.

Die Vorranggebiete Wald gemäß LROP 2022 lassen eine Windenergienutzung aufgrund der geltenden Rechtslage nicht zu und wurden im Rahmen des Planungskonzeptes zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung im überarbeiteten zweiten Entwurf als Ausschlusskriterium berücksichtigt.

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **131**   Stellungnahme-ID: **152**   BE-ID: **473**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ich bin Flächeneigentümer innerhalb des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf. Mit großer Verwunderung habe ich wahrgenommen, dass diese Fläche im 2. RROP-Entwurf entfallen ist und dies mit einer angeblichen Umfassungswirkung von Ortschaften begründet wird. Dabei kann ich mit meiner Ortskenntnis mitteilen, dass jedenfalls die zwei östlich von Ahlshausen befindlichen alten, kleinen Windkraftanlagen keine maßgebliche Wirkung auf die Umgebung entfalten.

Ich mache mir insofern auch die anwaltliche Stellungnahme in Anlage zu eigen zu meiner Äußerung und fordere den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 in das RROP wieder aufzunehmen sowie damit den zwischenzeitlichen Fehler des 2. RROP-Entwurfs zu beseitigen. Anderenfalls wäre sonst mein sich bereits durch laufende Planungen für Windkraftanlagen auf meinen Flächen verfestigtes Eigentumsinteresse fehlerhaft und nachhaltig sowie nachteilig betroffen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 472.

---

Stellungnehmer-ID: **82**   Stellungnahme-ID: **99**   BE-ID: **147**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Nörten-Hardenberg 01

In Ihrem RROP-Entwurf 08/2023 wurde unter Punkt 2.4 „Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild“ noch folgender Befund aufgeführt:

„Der aktuell besetzte Rotmilan-Horst befindet sich in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Grenze der Potentialfläche.“

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Im aktuellen RROP, 2. Entwurf Stand: 11/2024 ist dieser Rotmilan-Horst weder aufgeführt noch erwähnt. Wie kommt es, dass ein so wichtiger und entscheidender Fund nicht weiter untersucht wird. Werden kritische Bereiche von der avifaunistischen Untersuchung generell ausgeschlossen oder schaut man einfach nicht so genau hin, damit sich die Windkraft auch in ökologisch wichtigen Bereichen „durchsetzen“ kann?

Des Weiteren schreiben Sie:

„Im Bereich der Fläche liegt zudem ein Entwicklungskorridor für Offenland, mit dem Ziel Grünland und Feuchtbiotopen zu entwickeln (po 44) (PU 2020). Die Korridore stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Die Korridordarstellung steht lediglich symbolisch für einen Suchraum, in welchen Wildkatzen wahrscheinlich wandern...“

Zudem wird auf die beiden angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete „Wahrberg“ und „Mäuseberg und Eulenberg“ hingewiesen.

Was ist denn jetzt das Ziel in diesem Bereich?

Wollen Sie ein attraktives Naherholungs- und Naturschutzgebiet schaffen oder weisen Sie die Gebiete nur „symbolisch“ aus, um öffentliche Subventionen einwerben zu können? Eine Weiterentwicklung des Gebietes in ein offenes Grünland und Feuchtbiotop hat doch nicht nur symbolischen Charakter. Das Gebiet ist hoch attraktiv für eine Vielzahl von Vögeln, Greifvögeln und Fledermäusen.

Die Windkraftnutzung führt damit unweigerlich, wie Sie ja auch schon im Entwurf 08/2023 unter Punkt 2.4 festgestellt haben, zu schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten!

Die unter Punkt 5, vorgeschlagene Maßnahme „V6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereiches und der Zuwegung im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ ist in diesem Zusammenhang wohl als Witz zu verstehen, oder? Wollen Sie die stark subventionierten Feuchtbiootope im Rahmen der Errichtung der Windkraftanlagen wieder trockenlegen?

Hier scheint ein Konzept bereits in der Planungsphase nicht stimmig zu sein. Dies muss als Konsequenz haben, dass der RROP diesbezüglich überprüft und nachgearbeitet wird. Eine Verlagerung des Konzeptes auf die Genehmigungsphase wird der Diskrepanz, die bereits in der Planungsphase vorliegt, nicht gerecht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Vorranggebiete der Windenergienutzung bereits jetzt im Planungsstand im Überschwemmungsgebiet der Leine befinden. Dies erfordert, wie Sie selbst schreiben, besondere Nebenbestimmungen, die mit der Unteren Wasserbehörde im Genehmigungsverfahren festzulegen und zu prüfen sind.

Zudem befinden sich im angrenzenden Bereich in Richtung Elvase Wasserschutzgebiete für die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvase zugunsten des Flecken Nörten- Hardenberg mit der Schutzgüte I bis III.

Die Standortwahl in einem Überschwemmungsgebiet und der direkten Nähe zum Fluss lassen einen sehr weichen Boden bis in größere Tiefen vermuten. Um die Windkraftanlagen unter diesen Umständen sicher aufbauen und betreiben zu können, werden sog. Pfahlgründungen errichtet. Dies sind in der Regel Ortbetonrammpfähle und/oder Rüttelstopfsäulen, die nicht selten bis zu Tiefen von über 30 m! in den Boden reichen. Pro Windkraftanlage können bis zu 60 Pfähle nötig sein!

Die Auswirkungen dieser Pfahlgründungen auf das Grundwasser sowie insbesondere auf die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvase sind in Ihrem RROP-Entwurf nicht aufgeführt. Zudem sind die Auswirkungen der Pfahlgründungen in einem wassertechnisch genutzten und damit hoch sensiblen Bereich nicht abschätzbar. Eine Durchstoßung von wasserführenden Schichten kann verheerende und irreparable Auswirkungen haben, insbesondere auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvase. Die Folgen könnten gesellschaftliche und politische Verwerfungen mit sich bringen.

Die Fließrichtung der Leine ist beim Hochwasserschutz besonders zu berücksichtigen. Die Leine passiert zunächst den Ort Nörten-Hardenberg bevor dieser die gleich angrenzenden beiden Vorranggebiet der Windkraftanlagen Nörten-Hardenberg 01 passiert. Ein Rückstau an den hier geplanten Windkraftanlagen hätte unmittelbar die Folge, dass die tiefer liegen Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt würden. Aufgrund des Klimawandels ist mit vermehrten Wetterextrem zu rechnen, lange Trockenzeiten (wie gerade im April und Mai 2025) sowie extreme starregen Ereignisse. Auch dieser Sachverhalt muss bereits im Planungsentwurf mit entsprechenden Gutachten berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe des Landkreises und, so nehme ich an, der Unteren Wasserbehörde Vorsorge für Jahrhunderthochwasser zu treffen und Schaden von der Bevölkerung möglichst abzuwenden.

Fazit:

Aufgrund des Entwicklungskorridors mit Grünland und Feuchtbiotop, den angrenzenden Naturschutzbereichen und insbesondere den nicht abzusehenden baulichen Folgen auf die Wassergewinnung, dem Grundwasser- und dem Hochwasserschutz muss das Windvorranggebiet Nörten-Hardenberg 01 aus der RROP-Planung ausgeschlossen werden.

**Abwägung:**

### *Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Die Fläche Nörten-Hardenberg 01 wird im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren weiterhin als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen.

Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass nach der ersten öffentlichen Beteiligung des RROP eine avifaunistische Überprüfung aller potenziellen Windenergiestandorte in Auftrag gegeben wurde, um die fachgutachterliche Einschätzung anhand aktueller Aufnahmen sowie Hinweise aus den eingegangenen Stellungnahmen zu aktualisieren bzw. zu verifizieren. Hierzu erfolgten im Jahr 2024 erneut Kartierungen und das Gutachten wurde aktualisiert. Der in der Einwendung genannte Horst wurde beim avifaunistischen Gutachten des Landkreises Northeim berücksichtigt und ist in die fachgutachterliche Einschätzung eingeflossen. Die Fläche ist avifaunistisch nicht kritischer zu bewerten als andere Vorranggebiete Windenergienutzung. Die ausgewiesene Fläche war bereits im 1. RROP-Entwurf mit einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotenzial bewertet, was im landkreisweiten Vergleich eher einer günstigen Bewertung gleichkommt. Die gutachterliche Bewertung des Gebietes hat sich im Laufe des Verfahrens nicht verändert. Aufgrund gesetzlicher Änderungen und Anpassungen des Planungskonzeptes, wurde die Formulierung in den Gebietsblättern (Anlage 4.2.1-1) unter Punkt 2.4 angepasst. Die Entwicklungskorridore im Offenland sowie Wildkatzenkorridore dienen als Suchraum für die Verknüpfung von bestehenden Strukturen. Sie schließen eine Windenergienutzung grundsätzlich nicht aus. Die Beeinträchtigung bestehender Biotope und Strukturen im Sinne der Entwicklungskorridore kann durch die Standortpositionierung grundsätzlich vermieden werden.

Das Überschwemmungsgebiet stellt grundsätzlich kein unüberwindbares Hindernis für eine mögliche Windenergienutzung dar und wurde im Rahmen der Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung berücksichtigt. Ein Rückstau an den möglichen Windenergieanlagen mit der Folge, dass die tiefer liegenden Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt werden, lässt sich auf Ebene der Regionalplanung nicht prognostizieren. Durch das Fundament und den Turmfuß wird der Wasserstand und der Abfluss regelmäßig nicht erheblich nachteilig beeinträchtigt. Auf Grundlage vergleichbarer Vorhaben im Überschwemmungsbereich ist davon auszugehen, dass der Retentionsraum ausgeglichen werden kann und dadurch die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt wird.

Das Wasserschutzgebiet „Elvese“ liegt ca. 1.500 m vom dem Vorranggebiet Windenergienutzung entfernt. Es besteht keine direkte Betroffenheit. Aufgrund des Abstands sind auf Ebene der Regionalplanung grundsätzlich keine erheblichen Beeinträchtigungen auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvese zu erkennen. Es ist aus regionalplanerischer Sicht keine pauschale Aussage möglich, dass sich eine Windenergieanlage negativ auf die Trinkwasserversorgung und das Grundwasser auswirkt, weder qualitativ noch quantitativ. Übertragen der Erkenntnisse von Untersuchungen bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Trinkwasserschutzgebieten (Zone III) wird regelmäßig keine Beeinträchtigung der Menge und Qualität des Trinkwassers an den Trinkwassergewinnungsanlagen festgestellt.

Eine Beurteilung der Gründung ist im ggf. folgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen, unter entsprechender Berücksichtigung der Anlagenstandorte und -konfigurationen. Dies kann auf Ebene der Regionalplanung nicht vorgezogen werden und obliegt dem Zulassungsverfahren.

Auf Ebene der Regionalplanung ist die Prognose zu führen, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auf dem Vorranggebiet Windenergienutzung durchsetzen kann. Es besteht auf regionalplanerischer Ebene durch die räumliche Ausgestaltung auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse und Untersuchungen kein Zweifel an einer möglichen verträglichen Umsetzung der Windenergienutzung in dem betroffenen Bereich. Die in der Einwendung genannten Belange führen nicht zu einer veränderten Einschätzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Nörten-Hardenberg 01 und der getroffenen Abwägung und werden zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: **124** Stellungnahme-ID: **144** BE-ID: **481** **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergie-nutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte] Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine

Vergrößerung auf 180 Meter begründen.

- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ...die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte] Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **49**    Stellungnahme-ID: **61**    BE-ID: **57**    **Media Broadcast GmbH**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

wir haben Ihre Anfrage vom 11. März 2025 erhalten. Wir bedanken uns für die weitere Einbindung in den Planungs- und Abstimmungsprozess.

Die MEDIA BROADCAST mit Sitz in Köln, Europas größter Full-Service-Provider der Rundfunk- und Medienbranche und Betreiber kritischer Infrastruktur, betreibt unter anderem Richtfunkverbindungen im Plangebiet und verfügt über gültige, von der Bundesnetzagentur ausgestellte, Frequenzuteilungen für diese Richtfunkverbindungen. Die nachfolgend genannten, von Media Broadcast GmbH betriebenen Richtfunkverbindungen verlaufen innerhalb des durch das RROP betroffenen Gebietes.

Die Koordinaten (WGS84) der Richtfunkstrecken sind:

13 GHz-Richtfunkstrecke (Link 104) [Inhalt anonymisiert]

18 GHz-Richtfunkstrecke (Link 197) [Inhalt anonymisiert]

Zur besseren Veranschaulichung sind die Richtfunkstrecken im nachfolgenden Kartenausschnitt skizziert.

[Karte]



Bild 1: Übersicht der Richtfunkstrecken im Bereich des Planungsgebietes

Durch Baumaßnahmen im Planungsgebiet kann unsere Richtfunkverbindung beeinträchtigt werden. Wir bitten Sie, bei den Planungen sowie den Baumaßnahmen allseitig mindestens 50 Meter Abstand zu unseren Richtfunkverbindungen einzuhalten. Bitte beachten Sie, dass ein dadurch verursachter Ausfall umfangreiche Schadensersatzansprüche auslösen kann. Wir bitten um Verständnis. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte gern an uns. Ihre Ansprechpartner sind: [Inhalt anonymisiert]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (s. BE-ID 125 des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **139**   Stellungnahme-ID: **160**   BE-ID: **483**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte] Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ..die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte] Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo

verringern.

- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.
- Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft: Eine höhere Ertragseffizienz in der Fläche könnte den Investor dazu bewegen eine Anlage einer noch zu gründenden Energiegenossenschaft zu überlassen. Dieses würde die Akzeptanz der Windenergie vor Ort stärken.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

Die Gründung einer Bürgergenossenschaft unterliegt nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung und führt nicht zu einer veränderten Einschätzung der Fläche Oldenrode 01 oder der Abwägung. Die Möglichkeit der Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft besteht aktuell bereits.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **138**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

zu Anlage 4.2.1-1 - Gebietsblätter Windenergie

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Flächen im Stadtgebiet Northeim um 307 ha verkleinert worden sind und somit noch 328 ha betragen. Die vorherigen Gebiete Bühle 01, Edesheim 01, Hohnstedt 01 und Westerhöfer Bergland 01 entfallen. Dies ist wünschenswert, da dadurch die Beeinträchtigung der Landschaft im Offenland minimiert werden kann.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **130**    Stellungnahme-ID: **150**    BE-ID: **354**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Hevensen 01

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt – was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotop, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen: „Begründung Konfliktbewertung  
Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WE-Nutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schiefelage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 229 Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

1.B Weitere oberste Landesbehörden

Das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gibt folgende Hinweise aus forstfachlicher Sicht:

Zum Teil Windenergienutzung Anlage 4.2.1-1:

In den Gebietsblättern Windenergie Anlage 4.2.1-1 wird zu den Gebieten Nr. 15 und 22 zur Waldinanspruchnahme folgende Aussage getroffen:

„Im Bereich der Fläche liegen entsprechend der Waldfunktionenkarte keine besonderen Waldfunktionen vor, die eine Windenergienutzung grundsätzlich ausschließen.“

Um die negativen Auswirkungen der Windenergienutzung auf die Waldfunktionen zu begrenzen, soll bei der Festlegung von Vorranggebieten auf in ihrer Schutz-, Nutz- oder Erholungsfunktion besonders eingeschränkte Waldbereiche zurückgegriffen werden oder, sofern es sich im konkreten Einzelfall anbietet, auch auf Kalamitätsflächen. Bereiche des Waldes, in denen die Waldfunktionen durchschnittlich oder besser ausgeprägt sind, sollen hingegen nicht für die Windenergienutzung in den Blick genommen werden.

Die Waldfunktionenkarte stellt bei der Beurteilung zweifelsohne einen wichtigen Teilaspekt dar. Jedoch bildet sie die vielfältigen Funktionen des Waldes sowie seine Bedeutung für den Klimaschutz vor Ort nicht umfassend ab. Zur Frage der Eignung eines Standortes bedarf es einer umfänglichen Berücksichtigung der Funktionen des Waldes vor Ort in Form einer Betrachtung des Bestandes.

In beiden Gebieten wird in den Gebietsblättern zwar das Vorhandensein von Kalamitätsflächen beschrieben, ob jedoch die Gesamtfläche betroffen ist, wird aus den Beschreibungen nicht ersichtlich und wäre noch zu überprüfen.

### **Abwägung:**

#### *Wird nicht gefolgt*

Der Planungsträger hat die angesprochenen Waldflächen in der Einzelfallprüfung flächenbezogen umfänglich betrachtet. Neben der Berücksichtigung der Waldfunktionenkarte wurde für die Beurteilung unter anderem auch die tatsächliche Bestockung und das Vorhandensein von Kalamitäten geprüft. Die Vorranggebiete Windenergienutzung im Wald sind in Waldbereichen festgelegt, die bereits vorhandene Schädigungen aufweisen und großräumig von Kalamitäten betroffen sind.

Im Rahmen des Planungskonzeptes werden besonders sensible und wertvolle Waldbereiche, die unter anderem eine besondere Bedeutung für die Schutz-, Nutz- oder Erholungsfunktion aufweisen, von einer möglichen Windenergienutzung grundsätzlich ausgeschlossen. Bei der Beurteilung der Waldfunktionen wird auf die landesweit verfügbare, von fachlicher Stelle bereitgestellte und objektiv bewertete Kulisse der Waldfunktionenkarte abgestellt. Eine "eigene" Interpretation der Waldfunktionen erscheint subjektiv und willkürlich.

Die angesprochenen Waldgebiete sind vor Ort Sommer 2024 nach der ersten öffentlichen Beteiligung zum RROP erneut begutachtet und der Regionalplanungsträger bestätigt die Einschätzung der Waldfunktionenkarte und eine maximal durchschnittliche Ausprägung der Waldfunktionen, besondere Waldfunktionen werden für die zur Ausweisung vorbereiteten Flächen nicht festgestellt.

Das Fehlen von besonderen Waldfunktionen nach Waldfunktionenkarte weist nach Einschätzung des Regionalplanungsträgers deutlich darauf hin, dass eine maximal durchschnittliche Ausprägung im Sinne dieser Einwendung vorhanden ist.

Im Ergebnis werden aus Sicht des Planungsträgers die regionalen Besonderheiten im Landkreis Northeim berücksichtigt und sichergestellt, dass die Funktionen des Waldes grundsätzlich nicht großflächig und schwerwiegend beeinträchtigt werden.

Das Vorhandensein von Kalamitäten wurde überprüft und in der gebietsbezogenen Einzelfallprüfung dokumentiert. In 2022 wurde eine flächendeckende Kartierung der Waldflächen im Landkreis Northeim und Untersuchung auf Kalamitäten beauftragt, die in die Planung einbezogen wurde. Im Ergebnis werden Waldgebiete als Vorranggebiete Windenergienutzung ausgewiesen, die sich als weiträumige Kalamitätsbereiche und durch geringere ökologische Wertigkeit auszeichnen.

Im Rahmen der Überarbeitung erfolgt eine Konkretisierung in den Gebietsblättern. Eine gesamtträumliche Betroffenheit der Fläche von Kalamitäten ist aus Sicht des Planungsträgers nicht grundsätzlich Voraussetzung für die Ausweisung eines Vorranggebietes Windenergienutzung im Wald.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 254    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Begründung, Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter Windenergienutzung – Gremshiem 01

Das Vorranggebiet Gremshiem 01 liegt innerhalb einer militärischen Hubschraubertiefflugstrecke. Im Gebietsblatt legen Sie dar, dass ein Vorantrag für die Errichtung und den Betrieb mehrerer Windenergieanlagen gestellt, die Bundeswehr beteiligt und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens die luftverkehrsrechtliche Zustimmung erteilt wurde. Der Errichtung der Anlagen sei dabei grundsätzlich zugestimmt worden. Unklar bleibt, wie sich die beantragten Windenergieanlagen in ihrer räumlichen Lage zum Vorranggebiet verhalten und ob sie mit der planerisch gewählten Referenzanlage Ihres RROP-Entwurfes vergleichbar sind. Dadurch ist nicht

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

erkennbar, ob die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ergangene Stellungnahme der Bundeswehr auch hinsichtlich des beabsichtigten Vorranggebietes trägt. Im Gebietsblatt ist hinreichend zu belegen, dass sich die Windenergienutzung im Vorranggebiet ungeachtet der Lage in einer Hubschraubertiefflugstrecke überwiegend durchsetzen kann und die Referenzanlage auch unter militärischen Gesichtspunkten genehmigungsfähig ist.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Das Gebietsblatt zu dem Vorranggebiet Windenergienutzung Gremshaus 01 wird präzisiert. Die beantragten Windenergieanlagen liegen innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung und sind mittlerweile genehmigt.

Die Windenergienutzung kann sich im Vorranggebiet ungeachtet der Lage in einer Hubschraubertiefflugstrecke überwiegend durchsetzen. Die genehmigten Windenergieanlagen sind vollständig vergleichbar mit der planerisch angewendeten Referenzanlage.

Im Rahmen des 2. öffentlichen Auslegungsverfahrens sind von Seiten des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) keine neueren Hinweise eingegangen.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **139**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

zu 15 Vorranggebiet Langfast 01

Die Verkleinerung des Gebietes um insgesamt 96 ha als auch die weitere Eignung des Vorranggebietes Langfast ist grundsätzlich zu begrüßen, da es sich auf einer Höhenlage und innerhalb bestehender Waldgebiete befindet. Dadurch kann erreicht werden, dass eine Beeinträchtigung des Offenlandes möglichst geringgehalten werden kann.

Fraglich ist jedoch die Darstellung und Aussagen des aktuell gültigen LROP, dass Vorranggebiete Wald nicht für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung herangezogen werden dürfen. Es wird erwartet, dass sich der Landkreis bei der aktuellen Überarbeitung des LROP dafür einsetzen wird, sodass dieser Zustand zukünftig verändert werden wird.

zu 2.7 - Raumverträglichkeit / sonstige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung

Der Golfplatz östlich der Gemarkung Böhle gilt als Vorranggebiet regional bedeutsame Sportanlage mit regionaler Bedeutung für die Erholung, eingebettet in das großflächige Waldgebiet des LSG-NOM 15 „Westerhöfer Bergland-Langfast“. Die Windenergienutzung gilt dort ebenfalls als Vorranggebiet. Die Windenergieanlagen beeinflussen weder den laufenden Betrieb auf dem Golfplatz, noch führt die Lage auf dem Golfplatz zu einer Nicht-Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen. Beide Zielfestlegungen sind daher miteinander vereinbar.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Zustimmung zu der Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung Langfast 01 wird zur Kenntnis genommen. Es besteht keine Überlagerung des Vorranggebietes Langfast 01 mit Vorranggebieten Wald, entsprechend sind die Vorgaben des aktuell gültigen LROP im zweiten RROP-Entwurf berücksichtigt.

Der Hinweis bezüglich des aktuell angestoßene LROP-Änderungsverfahrens wird zur Kenntnis genommen.

Die Aussage zu der Überlagerung des Golfplatzes mit dem Vorranggebiet Windenergienutzung Langfast 01 beinhaltet keine weiteren für die Planung relevanten Hinweise und ist teilweise ein Zitat aus Tabelle 3.2.3-3 der Begründung des 2. RROP-Entwurfes.

---

Stellungnehmer-ID: **140**    Stellungnahme-ID: **161**    BE-ID: **484**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte] Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- Der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- Im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Osten des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- Die Fläche ist im vorliegenden Entwurf in West – Ost Richtung schmal. Diese Richtung ist zugleich die Hauptwindrichtung. Daher führt die Rückkehr zu 100 m Waldabstand potentiell zu erheblichen Ertragsvorteilen in der Windparkplanung, da weniger wechselseitige „Störungen“ in Windrichtung zu erwarten wären.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte] Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Fazit:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 halten wir eine maßvolle Anpassung der Flächenkulisse in nördlicher Richtung für sachgerecht. Sie würde zu einer besseren Flächennutzung beitragen, ohne dabei neue, unzumutbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelt Eingabe, einzelne Passagen sind umformuliert. Für die Abwägung wird daher auf die BE-ID 110 verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **116**    Stellungnahme-ID: **151**    BE-ID: **472**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

ich bin Flächeneigentümer innerhalb des Vorranggebiets Windenergienutzung Hohnstedt 01 nach dem 1. RROP-Entwurf. Mit großer Verwunderung habe ich wahrgenommen, dass diese Fläche im 2. RROP-Entwurf entfallen ist und dies mit einer angeblichen Umfassungswirkung von Ortschaften begründet wird. Dabei kann ich mit meiner Ortskenntnis mitteilen, dass jedenfalls die zwei östlich von Ahlshausen befindlichen alten,



kleinen Windkraftanlagen keine maßgebliche Wirkung auf die Umgebung entfalten.

Ich mache mir insofern auch die anwaltliche Stellungnahme in Anlage zu eigen zu meiner Äußerung und fordere den Landkreis Northeim auf, das Vorranggebiet Windenergienutzung Hohnstedt 01 in das RROP wieder aufzunehmen sowie damit den zwischenzeitlichen Fehler des 2. RROP-Entwurfs zu beseitigen. Anderenfalls wäre sonst mein sich bereits durch laufende Planungen für Windkraftanlagen auf meinen Flächen verfestigtes Eigentumsinteresse fehlerhaft und nachhaltig sowie nachteilig betroffen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Hinweise, die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Wirkung der beiden Bestandsanlagen östlich von Ahlshausen eingegangen sind, wurden überprüft. Die Bestandswindenergieanlagen sind im Ergebnis der regionalplanerischen Überprüfung zu betrachten und werden vorsorgeorientiert aufgrund ihrer Lage im Raum und ihrer optischen Wirkung berücksichtigt. Die Bestandswindenergieanlagen sind zwar im Verhältnis zur modernen Windenergieanlagen und der im Planungskonzept herangezogenen Referenzwindenergieanlage deutlich niedriger, sie liegen allerdings auch deutlich näher an den direkt angrenzenden Ortschaften. In Anbetracht des mittel- bis langfristigen Planungshorizontes des RROP besteht zudem zumindest die Wahrscheinlichkeit, dass diese Anlagen repowert werden und sich in ihrer Gesamthöhe anschließend an die Referenzwindenergieanlage mindestens annähern. Im Rahmen der neuen Bundesgesetzgebung werden Repoweringvorhaben bevorzugt behandelt und die Umsetzung erleichtert. Bis 2030 bleibt das Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb ausgewiesener Vorranggebiete Windenergienutzung privilegiert (§ 249 Abs. 3 BauGB). Das Repowering ist der Regelungskompetenz und Steuerungswirkung des Regionalplanungsträgers entzogen. Der Planungsträger kann aktuell nicht prognostizieren oder steuern, ob und an welchem Standort die Anlagen repowert werden. Eine Einbeziehung dieser WEA berücksichtigt die aktuellen räumlichen Gegebenheiten im Einzelfall.

Der Planungsträger verfolgt das Ziel durch die gesteuerte Standortwahl der Windenergienutzung zum einen angemessen Raum zu verschaffen und zum anderen einen zusätzlichen Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft zu gewährleisten. Dabei soll unter anderem eine Gleichverteilung im Raum, unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und Charakteristika, angestrebt werden, um eine durch Windenergieanlagen großräumig visuelle Überprägung und Beeinträchtigung des Planungsraumes zu vermeiden und einen geordneten Ausbau der Windenergienutzung zu ermöglichen. Aus Sicht des Planungsträgers werden so die unterschiedlichen – oftmals konkurrierenden – Interessen an der Nutzung des Planungsraums bestmöglich berücksichtigt sowie die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergienutzung erhöht.

Windenergieplanungen, die keinen verfestigten Planungsstand aufweisen, werden im Rahmen des vorliegenden Planungskonzeptes nicht als Positivkriterium berücksichtigt. Der Planungsträger gibt in den Bereichen dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug.

Der Forderung, das Vorranggebiet Hohnstedt 01 wieder in das RROP aufzunehmen, wird nicht gefolgt. Ein Fehler, wie in der Eingabe beschrieben, ist vorliegend nicht gegeben. Hilfsweise wird ausgeführt, dass der Landkreis Northeim als Regionalplanungsträger nicht verpflichtet ist, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen eine Windenergienutzung sich bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem ggf. nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchsetzen kann.

Die anwaltliche Stellungnahme der Anlage ist unter BE-ID 298 eingegangen. Für die Abwägung siehe dort.

---

Stellungnehmer-ID: **72**    Stellungnahme-ID: **87**    BE-ID: **113**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Stellungnahme zum 2. Entwurf des RROP 2023 Northeim zum Vorranggebiet Windenergienutzung Oldenrode 01

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Wald-gebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall aus folgenden Gründen angemessen:

- Der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- Im Rahmen der Abwägung der dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- Die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu

erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um einen Auszug aus der Stgn. die unter BE-ID 110 eingegangen ist. Für die Abwägung sh. dort.

---

Stellungnehmer-ID: **103**   Stellungnahme-ID: **123**   BE-ID: **200**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

zu dem 2. Entwurf des RROP Nr. 25 vom 21.03.25 nehme ich wie folgt Stellung:

Die Ortschaft Offensen ist von dem RROP insbesondere durch die Ausweisung von Potentialflächen Offensen 01 und Offensen 02 für Windenergie betroffen.

Beide wurden durch den Landkreis am 24.11.20 in der Zusammenfassung/Schlußfolgerung als nicht geeignet eingestuft !

Seither hat sich nichts geändert, wie in dem 2. Entwurf RROP auch aufgeführt.

Windhöflichkeit - Zitat Anlage 4.2.1-1, Seite 151

„Lt. der vom Landkreis in Auftrag gegebenen Windpotenzialstudie Cube 2014 sind die Standorte nur bedingt geeignet“

Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild:

Weiterhin liegen die Gebiete komplett im Landschaftsschutzgebiet“Solling“und die Entfernung zum FFH-Gebiet „Bremke und Wald am Hohen Rott bei Verliehausen“ wird mit nur mind. 450 m angegeben. 02 liegt in einer Entfernung von ca. 370 m zum FFH-Gebiet „Schwülme und Ausschnippe“

Artenschutz - Zitat Anlage 4.2.1-1, Seite 151

„Nördlich und östlich der Fläche 01 liegen zwei Großvogellebensräume landesweiter Bedeutung. Es wurden Rotmilan-Horste dokumentiert in 1200 und 3500 m“.

Ein Rotmilan fliegt täglich zur Nahrungssuche bis zu 6000 m.

In allen Waldgebieten um Offensen herum (betrifft Fläche 01 + 02) befinden sich Rotmilan- und Bussard-Horste.

Diese und die Flugrouten sind durch jahrelange avifaunistische Erhebungen dokumentiert.

Für beide Vogelarten stellen WEA's eine Gefahrenquelle dar. Wird ein Alt-Vogel getötet, kann die Brut meist nicht erfolgreich aufgezogen werden.

Zitat: Anlage 4.2.1-1, Seite 151

„Nördlich und westlich der Fläche stellen Niederungen und Fließgewässer Schwarzstorchlebensräume landesweiter Bedeutung dar“.

Schwarzstörche suchen in der Regel in einem Radius von ca. 3000 m nach Nahrung.  
Bei fehlender Nahrung werden auch weitere Strecken geflogen. Auch sie könnten durch die WEA's gefährdet sein.

Zitat: Anlage 4.2.1-. Seite 151

„Nach fachgutachterlicher Einschätzung weist die Fläche ein mittleres avifaunistisches Konfliktpotential auf und eine Windenergienutzung ist bedingt möglich.“

Zitat: Anlage Ökotox 6.1.10.3, Seite 85

„Das Gebiet ist im Hinblick auf die WE-Nutzung als kritisch anzusehen.  
Umfangreiche Maßnahmen können hier eine WE-Nutzung bedingt möglich machen.  
Die Durchführung der artenschutzfachlich erforderlichen Maßnahmen geht mit einem hohen Aufwand einher.“

WEA'S sollten nur errichtet werden, wenn es kein avifaunistisches Konfliktpotenzial gibt und eine sehr gute Windhöflichkeit gegeben ist!

Zitat: Anlage 4.2.1-1, Seite 152

„Die Windenergienutzung ist unter Berücksichtigung der derzeit gültigen artenschutzrechtlichen Voraussetzungen und des überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung und den Betrieb von WEA's im Grundsatz möglich.“

Ich sehe kein überragendes öffentliches Interesse zur Errichtung und Betrieb von WEA's. Auch ist es definitiv kein Argument dafür, schädliche Eingriffe in Natur und Umwelt vorzunehmen!

Zitat: Anlage 4.2.1-1, Seite 153

„Die Fläche überlagert sich kleinräumig mit dem Vorranggebiet Trinkwasserversorgung. Negative Auswirkungen können i.d.R. durch geeignete Maßnahmen vermieden werden.“

Wer garantiert, dass es keine negativen Auswirkungen geben wird? Die Trinkwasserversorgung ist elementar wichtig.

Zitat: Anlage 4.2.1-1, Seite 155

„Die planerisch angesetzten Siedlungsabstände werden eingehalten und die planerische Betrachtung der Umgebung ergibt im Ergebnis keine unzumutbaren oder erheblichen zu erwartenden Umzingelungswirkungen auf die Ortschaft.“

Offensen liegt auf einer Höhe von ca. 150 m  
Die Fläche 01 = ca. 260 m plus Gesamthöhe WEA mit 244 = Gesamthöhe 504 m  
Die Fläche 02 = ca. 180 m plus Gesamthöhe WEA mit 244 = Gesamthöhe 424 m  
Eine Umzingelungswirkung wird es aufgrund der Höhe definitiv geben auch in Hinblick auf ein im Bereich KS09 genehmigtes Windrad.

Die Ausweisung der Potentialflächen Offensen 01 + 02 lehne ich daher vollständig ab, wie auch bereits der Kreistag selbst am 24.11.20.

**Abwägung:**

### Wird zur Kenntnis genommen

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Die Flächen Offensen 01 und Offensen 02 werden im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren weiterhin als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Die in der Einwendung genannten Belange wurden im Rahmen der Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung berücksichtigt und führen nicht zu einer veränderten Einschätzung der Vorranggebiete oder der Abwägung.

Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass es sich bei dem in der Einwendung angesprochenen RROP-Entwurf aus dem Jahr 2020 um keinen offiziellen und verbindlichen Entwurf handelt, es ist keine öffentliche Auslegung und Beteiligung erfolgt. Er ist als Vorentwurf zu werten, nimmt jedoch Bezug auf veraltete avifaunistische Bewertungen, Kartierungen und gesetzliche Grundlagen und ist somit als überholt anzusehen. Seit 2020 haben sich unter anderem die gesetzlichen Grundlagen und planerischen Voraussetzungen umfassend verändert.

Stellungnehmer-ID: **88**    Stellungnahme-ID: **105**    BE-ID: **162**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

### Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- Der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- Im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- Die Fläche ist im vorliegenden Entwurf in West – Ost Richtung schmal. Diese Richtung ist zugleich die Hauptwindrichtung. Daher führt die Rückkehr zu 100 m Waldabstand potentiell zu erheblichen Ertragsvorteilen in der Windparkplanung, da weniger wechselseitige „Störungen“ in Windrichtung zu erwarten wären.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

### Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.

- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

### Fazit

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 halten wir eine maßvolle Anpassung der Flächenkulisse in nördlicher Richtung für sachgerecht. Sie würde zu einer besseren Flächennutzung beitragen, ohne dabei neue, unzumutbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelt Eingabe, einzelne Passagen sind umformuliert. Für die Abwägung wird daher auf die BE-ID 110 verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **89**    Stellungnahme-ID: **107**    BE-ID: **163**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### Einwendung:

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor. Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zum Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- ...ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ..die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt. Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo

verringern.

Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.

Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelt Eingabe, für die Abwägung wird daher auf die BE-ID 110 verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **141**   Stellungnahme-ID: **162**   BE-ID: **485**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

die BI Moringer Becken hat bereits zur ersten Auslegung des RROP ihre Ansicht und Überzeugung mitgeteilt.

Offenbar wurden unsere Argumente kaum oder gar nicht berücksichtigt; sonst hätte die durch uns geforderte und erwartete Streichung der Fläche „Hevensen 01“ aus dem RROP Entwurf erfolgen müssen.

Dem jetzigen Abwägungsergebnis können wir nicht folgen und werden dabei von Fakten und Fachleuten unterstützt.

Nach Begehungen am 28. und 29. März 2025 wurden wieder (wie 2024 und in den Vorjahren) zahlreiche Horste und größere Nester im Umfeld der beplanten Fläche gefunden und durch [Name anonymisiert] und [Name anonymisiert] am 07. April 2025 eingemessen (Liste liegt an).

Allein die Zahl von 21 Örtlichkeiten, einige davon mit mehreren Horsten/Nestern, macht deutlich, dass die im zweiten Entwurf aufgeführten Zahlen zur Ornithologie kaum stimmen können.

Offenbar waren die Beobachtungszyklen und -zeiten nicht angemessen gewählt und deren Ergebnis ist somit fachlich stark anzuzweifeln.

Sachlich falsch ist die Erwähnung des Rotmilanschlafplatzes mit der Positionierung „bei Thüdinghausen“.

Wie bereits mehrfach mitgeteilt, befindet sich dieser für Niedersachsen bedeutende Schlafplatz in einer Baum- Buschreihe westlich der Planfläche Hevensen 01 und nicht „bei Thüdinghausen“.

Als Brut-, Aufzucht-, Jagd-, Rast- und Schlafplatzgebiet ist die Fläche, „Hevensen 01“- auch mit fragwürdigen Maßnahmen zur Kollisionsvermeidung - völlig ungeeignet für die Windkraftnutzung.

Es besteht nicht nur eine Gefahr für das Individuum, sondern ein signifikantes Tötungsrisiko für einen beträchtlichen Teil der Population der Art Rotmilan.

Die Projektkritik teilen übrigens ein international renommierter Ornithologe ([Name anonymisiert]) und ein Naturschutzbeauftragter des Landkreises Northeim ([Name anonymisiert]).

Auch das NLWKN hat sich in der Vergangenheit (2018) ablehnend zur Windkraftnutzung im hier behandelten Gebiet geäußert.

Und wir verweisen nochmals auf das „Helgoländer Papier“ als Basis naturvertraglicher Windkraftplanung.

In diesem Zusammenhang wurde der LK Northeim am 02. Mai 2025 durch die BI Moringer Becken darum gebeten, eine aktuelle Stellungnahme des NLWKN einzuholen.

Außerdem wurde beim Umweltminister des Landes Niedersachsen die Ausweisung als Rotmilan-Dichtezentrum beantragt.

Wir haben uns immer für die Streichung der Fläche Hevensen 01 aus der Planung eingesetzt, fordern dies weiter und halten nach wie vor eine Verlagerung der Entscheidung auf die Planungs- und Bauphase für falsch.

Ohne „schmutzige Wäsche“ waschen zu wollen, stellt sich nebenbei die Frage, welche Kriterien bei der Herausnahme oder Verkleinerung anderer Flächen des RROP Entwurfes eine Rolle gespielt haben?



Verschiedentlich wurde dabei die Avifauna als Begründung erwähnt.

Diese Begründung muss letztlich überall identische Folgen haben.

Übereinstimmende Argumente und Tatsachen dürfen nicht unterschiedlich gewichtet werden.

Der ornithologische Wert des Gebietes „Hevensen 01“ wurde übersehen und/oder falsch eingeschätzt bzw. bewertet.

Das hat nichts mit fairer Gleichbehandlung zu tun und muss dringend korrigiert werden.

Belege für die Ungeeignetheit von „Hevensen 01“ hat die BI jahrelang vorgebracht, sie haben weiterhin Bestand.

Ein Nachsatz:

Artenschutz und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nur artenschützende Standorte sind zur Windkraftnutzung geeignet.

Abschaltzeiten nützen dem Klima nicht.

In diesem Zusammenhang empfehlen wir zur Entscheidungsfindung das aktuelle Heft „Naturschutz Magazin“ des anerkannten und klageberechtigten Verbandes „Naturschutz-Initiative“.

Außerdem behalten wir uns juristische Schritte mit Unterstützung einer spezialisierten und qualifizierten Rechtsanwalts-Kanzlei vor.

Anlagen:

- Einbeziehung NLWKN 2025
- Horstliste 2025
- Stellungnahme [Name anonymisiert]
- Stellungnahme [Name anonymisiert]
- E-Mail der BI Position Schlafplatz
- Schreiben an Umweltminister
- Stellungnahme [Name anonymisiert]
- Horstliste 2024
- Zeitungsmeldungen 2018
- NLWKN 2018

[Foto]

"Am Schlafplatz"

[Foto]

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Die im ersten Beteiligungsverfahren vorgebrachten Einwendungen wurden abgewogen. Die Horstmeldungen aus dem Jahr 2024 wurden bereits im Rahmen der Aktualisierung des avifaunistischen Gutachtens berücksichtigt. Sie führten im Ergebnis allerdings zu keiner Flächenanpassung bzw. Herausnahme von Hevensen 01. Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gehalten.

Die in der Einwendung genannten Horste aus dem Jahr 2025 wurden erneut kontrolliert. Der westlich der Vorrangfläche gelegene Rotmilan-Schlafplatz ist in seiner Verortung bekannt und wurde in der Bewertung des

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

avifaunistischen Konfliktpotenzials bereits umfassend berücksichtigt und in die Abwägung eingestellt. Die Positionierung des Rotmilanschlafplatzes sowie das Ergebnis der Horstkontrolle wird in den aktualisierten Gebietsblättern präzisiert bzw. dokumentiert, führen im Ergebnis allerdings nicht zu einer veränderten Einschätzung der Abwägung.

Die in der Einwendung getroffene Aussage, dass die Beobachtungszyklen und -zeiten nicht angemessen gewählt und deren Ergebnis somit fachlich stark anzuzweifeln seien, wird widersprochen. Im Bereich von potenziellen Windenergiegebieten wurden in den Jahren 2020 und 2024 von einem renommierten Gutachterbüro eine umfassende Horstkartierung mit Besatzkontrolle durchgeführt, die den aktuellen fachlichen Anforderungen entspricht. Dabei wurde die bestehende Datengrundlage der Unteren Naturschutzbehörde, der staatlichen Vogelschutzwarte sowie gemeldete Horststandorte, die unter anderem im 1. Beteiligungsverfahren mitgeteilt wurden, vom Gutachterbüro einbezogen und auf Aktualität geprüft, sodass eine umfassende Datengrundlage im Bereich der Vorranggebiete Windenergienutzung vorliegt, die über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinausgeht.

Das NLWKN wurde im Rahmen des 1. und 2. Beteiligungsverfahrens zum 1. und 2. RROP-Entwurf beteiligt.

Die Ankündigung zur möglichen Einleitung juristischer Schritte sowie die Ausführungen zum Rotmilan-Dichtezentrum werden zur Kenntnis genommen. Ebenso wird die als Anlage beigefügte Stellungnahme zur Unterstützung der Ausweisung eines sog. Dichtezentrums für das Vorkommen von Rotmilanen zur Kenntnis genommen. Die Antwort des Umweltministeriums ist dem Regionalplanungsträger bekannt und führt zu keinem anderen Abwägungsergebnis.

Zur Klarstellung und Sachaufklärung erfolgen folgende Hinweise:

Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ist der Artenschutz im Sinne einer Vorabschätzung zu berücksichtigen. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindbares Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine dem Planungsmaßstab angepasste Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint. Die konkrete Auseinandersetzung mit avifaunistischen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Avifaunistische Konflikte lassen sich im nachgelagerten Zulassungsverfahren regelmäßig durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vermeiden bzw. verringern.

Der Regionalplanungsträger hat aus seiner Sicht durch die erfolgten Untersuchungen und entsprechende Prüftiefe sowie fachlicher Auseinandersetzung und Wertung der Gegebenheiten und Ergebnisse, dem Artenschutz Genüge getan, um auf seiner Planungsebene erhebliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung und nachfolgender entsprechender zu erwartender Nutzungen möglichst auszuschließen und geht mit der erfolgten avifaunistischen Untersuchung über das auf der Ebene der Regionalplanung gesetzlich gebotene Maß der Datenerhebung hinaus. Eine artenschutzrechtlich unzulässige Beeinträchtigung oder Gefährdung der genannten Populationen im Landkreis Northeim kann aus den Hinweisen und den Ergebnissen der avifaunistischen Untersuchung nicht abgeleitet werden. Der Regionalplanungsträger gewichtet den Arten- und Naturschutz in seiner Planung dabei grundsätzlich hoch. Aufgrund der naturräumlichen Ausstattung des Landkreises Northeim mit einer großen geomorphologischen Vielfalt und dem Wechsel von agrarisch genutzten Becken und Senken sowie bewaldeten Bergkuppen und Höhenzügen, die von Fließgewässern durchzogen werden, bestehen im Landkreis Northeim grundsätzlich keine Flächen, die für alle artenschutzfachlich relevanten Arten konfliktfrei sind. Die Fläche Hevensen 01 in ihrem Zuschnitt ist avifaunistisch nicht kritischer zu bewerten als andere Vorranggebiete Windenergienutzung im Planungsraum. Die Fläche ist zudem im Rahmen von Bauleitplanungen bereits teilweise als Sonderbauflächen für die Windenergienutzung in den Blick genommen worden. Das Gebiet ist mit einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotenzial bewertet, was im landkreisweiten Vergleich eher einer günstigen Bewertung gleichkommt.

Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf den Flächen Hevensen 01 unter Berücksichtigung der rechtlichen aktuellen Rahmenbedingungen durchsetzen kann.

Auch die weiteren in der Einwendung vorgebrachten Hinweise und Anlagen führen nicht zu einer veränderten Einschätzung der Fläche und der getroffenen Abwägung.

Die Ausführungen zu dem Rotmilan-Schlafplatz in dem Schreiben des Ornithologen, welches als Anlage beigefügt ist, führen zu keinem anderen Abwägungsergebnis. Die Dichte an Rotmilanen ist im gesamten Landkreis sehr hoch. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine dem Planungsmaßstab angepasste Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint. Die konkrete Auseinandersetzung mit avifaunistischen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Avifaunistische Konflikte lassen sich im nachgelagerten Zulassungsverfahren regelmäßig durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, hier voraussichtlich auch ansammlungsbedingte Abschaltungen, vermeiden bzw. verringern. Im Rahmen des Planungskonzeptes erfolgte ein Ausschluss substantieller Flächenanteile des Potenzialflächenkomplexes. Die gutachterliche Empfehlung des beauftragten Büros zu der nunmehr zur Ausweisung als Vorranggebiete Windenergienutzung Hevensen 01 vorgesehenen Flächen ist durch den Regionalplanungsträger berücksichtigt worden. Angemerkt wird darüber hinaus, dass Hevensen 01 teilweise bestandssichernden Charakter hat.

Stellungnehmer-ID: 104 Stellungnahme-ID: 126 BE-ID: 219 Privat

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

zu dem RROP, Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten im Amtsblatt für den Landkreis Northeim Nr. 25 vom 20.06.2016, S. 216 – 222, 2. Entwurf 2025, wird wie folgt Stellung genommen:

Zu der Potentialfläche Windenergie Uslar 01, Anlage 4.2.1-1, ID 316/46/99:

Sowohl der Ortsrat Offensen als auch der [Inhalt anonymisiert] haben zur 1. Auslegung zum RROP auf das erhebliche Konfliktpotential zur der Fläche Uslar 01 hinsichtlich der Nutzung für Windenergie hingewiesen.

Sämtliche anderen Potentialflächen in dem Bereich im Wald aus dem 1. Entwurf (u.a. Schöning 02, Offensen 03, Uslar 01 Teilflächen a, b, d, e, f, h, i und j) wurden gestrichen u.a. aufgrund ihrer „Lage im LSG Solling“ oder aufgrund ihrer Lage im als „Vorranggebiete Wald“ ausgewiesenen Flächen. Die Fläche Uslar 01 liegt dicht neben den anderen Flächen, ebenfalls im „gleichen“ Wald. Ausgerechnet diese Flächen Uslar 01c, die unmittelbar im Quellgebiet des Lohbaches liegen, im Tal mit entspr. wenig Windhöflichkeit, sind weiterhin ausgewiesen.

In Anlage 4.2.1-1 wird auf den naturraumtypischen Charakter mit sehr hoher Bedeutung und das hohe Konfliktpotential zum Artenschutz; Brut- und Nahrungshabitat mit zahlreichen Horsten verwiesen. Lt. Avifaunistischer Untersuchung wird eine Nutzung als WEA-Fläche nicht empfohlen!

Die Kalamitätsflächen sind bereits weitgehend zugewachsen, so dass hier wertvolle Lebensräume mit verjüngten Busch- und Jungwaldflächen angesiedelt haben. Im Zeitalter des Insektensterbens sind gerade solche Flächen mit blühenden Pflanzen erhaltenswert, da sich auf den Lichtungen ähnlich wie bei Waldrändern um erhöhte Dichte an Flora und Fauna handelt. Demnach sollten hier die gleichen Grundsätze wie an Waldrändern angesetzt werden (100m Abstand)

Die Eingriffe zur Errichtung der WEA werden in der Anlage als „gering“ eingestuft. Je WEA-Anlage werden ca. 1.000 LKW An- und Abfahrten erforderlich. Das Gelände ist stark geneigt. Um die Anfahrten zu den Baustellen zu ermöglichen werden sehr umfangreiche Erd- und Straßenbauarbeiten erforderlich. Dazu kommen die Arbeiten zum Ausbau der Feld- und Waldwege, da das Gelände nur über steile und kurvenreiche Schotterwege erreichbar ist. Für die Fundamentarbeiten werden je WEA allein für den Aushub ca. 350 LKW-fahrten erforderlich, zumal Tiefergründungen (ggf. aus Sorge um Verunreinigung des Trink- und Quellwassers) ausgeschlossen wurden. Wer hat demnach die Einstufung der Eingriffe als „gering“ vorgenommen und welcher Maßstab wurde dabei angesetzt? Das ist so absolut nicht nachvollziehbar.

Das Anlegen der Baustraßen und der Fundamente birgt erhebliche Risiken zu Veränderungen am Grundwasser- und Quellverlauf der Lohbachquelle, die dort entspringt, und somit für den Trinkwasserbrunnen Offensen, über den auch Fürstentum versorgt wird. In der Anlage wird auf das Trinkwasserschutzgebiet Hettensen hingewiesen. Wesentlich gefährdeter ist jedoch das Trinkwasser Offensen. Auf mögliche Havarien beim Bau oder Betrieb und der Verwendung von Bauschadstoffen (Schalöl, Hydrauliköl, Kunststoffe...) die ins Grundwasser und die Quellen gelangen können und die dadurch entstehenden Gefährdung des Trinkwassers wurde bereits ausführlich zum 1. Entwurf hingewiesen. Diesen Hinweisen wurde anscheinend nicht weiter nachgegangen.

Eine Ausweitung der Trinkwasserschutzflächen wird hiermit beantragt, so dass die Fläche Uslar 01 innerhalb dieser Trinkwasserschutzflächen liegt.

Unter Punkt 2.8 ist beschrieben, dass es keinen Unterschied zu einer Waldrandnahen Planung gibt. Das ist so nicht richtig. Die Flächen liegen im Wald. Demnach besteht bei Trockenheit eine erheblich höhere Waldbrandgefahr als bei waldrandnahen Flächen. Die Löschwasserversorgung ist in dem Bereich ebenfalls nicht gegeben. Eine Verlagerung dieses Konfliktpotentials in die nachfolgende Genehmigungsebene ist nicht akzeptabel sondern spricht eindeutig gegen die Ausweisung dieser Flächen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Das Vorranggebiet Windenergienutzung Uslar 01 wurde unter der summarischen Betrachtung und Berücksichtigung aller relevanter und bekannter Belange im Vergleich vom 1. zum 2. RROP-Entwurf verkleinert. Die Aussage, dass Potenzialflächen allein aufgrund ihrer Lage im LSG gestrichen wurde, ist nicht zutreffend. Das Vorranggebiet Uslar 01 erfüllt im angepassten Flächenzuschnitt die Kriterien zur Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung. Der Planungsträger hat zu prognostizieren, dass sich die Windenergie auf den als Vorranggebiet ausgewiesenen Flächen überwiegend durchsetzen kann. Dies ist im Bereich des Vorranggebietes Uslar 01 aus dem 2. RROP-Entwurf erfüllt. Aus dem Einwand gehen keine neuen Aspekte hervor, die zu einer anderen Erkenntnis führen.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die avifaunistischen Belange sind berücksichtigt. Der Regionalplanungsträger kann mit hinreichender Sicherheit prognostizieren, dass avifaunistische Belange einer Windenergienutzung im Vorranggebiet Uslar 01 nicht unüberwindbar entgegenstehen. Die konkrete Auseinandersetzung mit artenschutzrechtlichen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Artenschutzrechtliche Konflikte lassen sich im nachgelagerten Zulassungsverfahren regelmäßig durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vermeiden.

Der Abstand zu den Waldrändern als planerisches Kriterium dient dem Schutz der Waldränder als Übergangsbereich zwischen Wald und Offenland, um eine Beeinträchtigung vorsorgeorientiert zu vermeiden. Das Vorranggebiet Uslar 01 befindet sich im Wald. Waldblößen und Lichtungen gelten als Wald und werden dementsprechend nicht als Offenland im Planungskonzept behandelt.

Bezüglich der Einwände einer möglichen Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung und der Ausweisung als Trinkwasserschutzfläche wird auf die Abwägung des aktuellen Beteiligungsverfahrens unter den BE-IDs 220 und 223 verwiesen.

Eine mögliche Waldbrandgefahr steht der Ausweisung der Fläche Uslar 01 grundsätzlich nicht unüberwindbar entgegen und ist im Rahmen der Abwägung bereits berücksichtigt. Verfügbare Brandstatistiken deuten grundsätzlich nicht darauf hin, dass von Windenergieanlagen erhöhte Brandgefahren ausgehen. Die Anzahl der aufgetretenen Brände gemessen an der Gesamtanzahl der Windenergieanlagen in Deutschland ist als gering einzustufen (vgl. Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (2018): Faktenpapier Sicherheit von Windenergieanlagen. Abgerufen am 24.06.2025). Eine bloße abstrakte Brandgefahr steht einer möglichen Genehmigung von Windenergieanlagen grundsätzlich nicht entgegen, wenn die Anforderungen an den Brandschutz eingehalten werden. Eine genauere Betrachtung ist erst unter Berücksichtigung der standort- und anlagenkonkreten Informationen im Rahmen der nachgelagerten Zulassungsverfahren möglich.

Die konkrete Umsetzung von Windenergienutzungen auf Projektebene ist nicht Gegenstand des RROP. Die Erschließung und Tiefgründung sowie das mögliche Verkehrsaufkommen stehen einer möglichen Windenergienutzung grundsätzlich nicht unüberwindbar entgegen.

Die in der Einwendung genannten Belange stellen im Bereich der Fläche kein unüberwindbares Hindernis für eine mögliche Windenergienutzung dar. Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf der Fläche Uslar 01 im angepassten Flächenzuschnitt unter Berücksichtigung der rechtlichen aktuellen Rahmenbedingungen im Grundsatz durchsetzen kann. Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung.

---

Stellungnehmer-ID: **74**    Stellungnahme-ID: **89**    BE-ID: **97**    **Landkreis Göttingen**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Zu Gebietsblatt 9 Gillersheim 01:

Die Verkleinerung des Vorranggebietes Gillersheim 01 wird seitens des Landkreises Göttingen begrüßt. Eine Freihaltung von mehr als 60 Grad zwischen dem Vorranggebiet Gillersheim 01 des Landkreises Northeim und dem Vorranggebiet Gieboldehausen (Höherberg) des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen wird durch die vorliegende Planung nun gewährleistet. Gleichzeitig wird dadurch die Umfassungswirkung der Ortschaft Bilshausen deutlich entschärft. Eine unzumutbare Beeinträchtigung der Umsetzbarkeit des Vorranggebietes Gieboldehausen (Höherberg) des Teilplanes Windenergie liegt somit für den Landkreis Göttingen nicht mehr vor.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **135**    Stellungnahme-ID: **155**    BE-ID: **476**    **Gemeinde Bilshausen**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Ich nehme hiermit zu dem zweiten Entwurf des RROP Landkreis Northeim 2025 Stellung, insbesondere zu den ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung.

Ich habe positiv zur Kenntnis genommen, dass das Windvorranggebiet Gillersheim 01 aus avifaunistischen Gründen verringert wurde. Eine Überfrachtung des Landschaftsraumes besteht unter Berücksichtigung des bestehenden Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Gieboldehausen sowie des Entwurfs des Teilplanes Windenergie des Landkreises Göttingen dennoch in diesem Bereich. Die Umfassungswirkung ist aus Sicht der Gemeinde Bilshausen noch immer nicht auf ein zumutbares Maß reduziert. Eine Überprüfung und Anpassung des Zuschnitts dieser Fläche wird erneut gefordert, um die unvermeidbare Beeinträchtigung der Gemeinde Bilshausen bzw. deren EinwohnerInnen zu vermeiden.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch wird durch die Riegelbildung im Zusammenhang mit den bereits bestehenden Flächen am Höherberg trotz Reduzierung nach wie vor als über dem Zumutbaren gesehen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Um unzulässige Beeinträchtigungen im Bereich der Landkreisgrenze zu vermeiden, erfolgte eine Überprüfung der Umfassung unter Berücksichtigung des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen sowie der Flächennutzungsplanungen der Samtgemeinden Gieboldehausen und Hattorf am Harz und frühzeitige Abstimmung mit dem Landkreis Göttingen. Das Vorranggebiet Gillersheim 01 wurde im Vergleich vom 1. zum 2. RROP-Entwurf verkleinert, wodurch sich eine veränderte, günstigere Einschätzung der Umfassung im 2. RROP-Entwurf ergibt. Eine unzumutbare Umfassung oder optisch bedrängende Wirkung sind nicht zu erwarten (vgl. Anhang zum Umweltbericht, Ausführungen zum Mensch/menschliche Gesundheit). Bei der Umfassungswirkung handelt es sich um ein planerisches Kriterium, das im Rahmen nachgelagerter Zulassungsverfahren regelmäßig nicht als Ablehnungsgrund für eine Errichtung von Windenergieanlagen angeführt werden kann.

Der Erreichung des regionalen Teilflächenziels nach NWindG für den Landkreis Northeim unter Berücksichtigung der im zweiten RROP-Entwurf vorgelegten Flächen überwiegt an dieser Stelle gegenüber einer weiteren Reduzierung.

Es obliegt dem Landkreis Göttingen, seine Planungen in seinem Regionalplan zugunsten einer raumverträglicheren Verteilung weiter zu reduzieren und die Vorranggebiete Windenergienutzung des RROP-Entwurfs des Landkreises Northeim für seine weitere Bearbeitung heranzuziehen.

Es wird auf die BE-ID 1037 der Abwägung zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren des RROP des Landkreises Northeim verwiesen.

Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gehalten. Zur Sachaufklärung wird zusätzlich auf die BE-ID 94 und entsprechende Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **87**    Stellungnahme-ID: **104**    BE-ID: **161**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

In Ihrem Entwurf zum neuen RROP findet sich auch die Fläche USLAR 01. Diese Fläche liegt mitten im Wald in einem äußerst ruhigen Bereich des südl. Solling. „Sie befindet sich östlich von Schoningen und Verliehausen im Wald im Stadtgebiet Uslar“. Wie nachstehend konkretisiert, melde ich erhebliche Bedenken gegen die Ausweisung als WEA Vorranggebiet an.

Es handelt sich um Flächen oberen Einzugsgebiet/Quellgebiet des Lohbaches und seiner westlichen und östlichen Hangbereiche, die nach Ihrer Planung nicht als historische Waldstandorte dargestellt sind. Abseits des südl. angrenzenden Wiesentals liegen jedoch zahlreiche als historische Waldstandorte erkennbaren Flächen (s. beigefügte Abbildung der kurhannoverschen Landesaufnahme). Mindestens für Teilflächen dieser Gebiete ist aus der kurhannoverschen Landesaufnahme nicht eindeutig zu erkennen, dass es sich nicht doch um historische Waldstandorte handelt. Die Waldflächensignatur ist in der preussischen Landesaufnahme noch ausgedehnter. Im Gegenteil. Die Kartengrundlage legt genau das eher nahe. Daran ändern auch nichts die derzeitigen bzw. vergangenen Bestockungen, die den letzten Jahren nicht standgehalten hatten, weil die falschen Baumarten auf dem falschen Standorten gezogen wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass schon die Erarbeitung der „historischen Waldstandorte“ im Jahr 2008 nur diese groben Karten der kurhannoverschen Landesaufnahme ggf. der preussischen Landesaufnahme zugrunde legen konnte. Eine Parzellenschärfe, wie in den Darstellungen des Entwurfes des RROP suggeriert, können diese historischen Planunterlagen gar nicht begründen.

Es ist daher sehr fraglich, ob der obere schmale Talbereich eines bis heute vorhandenen, außerordentlich ruhigen und damit sensiblen Wald-Landschaftsraumes, legitim aus dieser Waldkulisse herausgeschnitten werden darf, nur weil dort im Mittelalter eine nicht näher abzugrenzende mittelalterliche Wüstung (Bremke) bestanden hat. Weder ist die Grundlagenkarte dafür flächenscharf genug, noch würde das einem heute „historischen Waldstandort“ widersprechen.

Im übrigen steht dort kein Fichtenforst, wie sie schreiben, denn dieser nicht standortangepasste Bestand wurde vom Käfer und von den Wetterbedingungen der letzten Jahre abgeräumt. Zur Zeit entwickelt sich auf den Flächen ein äußerst wertvoller Pionierwald aus Birken, Ebereschen und Weidengehölzen, wie er naturnäher nicht sein könnte. Insofern ist ihre Darstellung falsch.

Sie selbst haben in ihrem Entwurf die zahlreichen Qualitäten der teilweise unmittelbar angrenzenden Waldbereiche dargelegt. Ihre Aussage, dass es sich „nicht um einen intakten Bereich zusammenhängender Wälder“ handeln soll, kann ich nicht nachvollziehen und muss ich scharf kritisieren. Ich nehme diesen Landschaftsraum wie folgt wahr:

Es handelt sich um einen sehr wertvollen ausgedehnten und besonders ruhigen Wald-Landschaftsraum mit eingestreuten Grünlandflächen entlang des Bachlaufes. Alte Eichen- und Buchenbestände dominieren. Auf Teilflächen, auf denen standortfremde Fichtenkulturen begründet wurden, entwickelt sich nach ihrem frühzeitigen Absterben gerade ein naturnaher Wald aus Pioniergehölzen. Insgesamt ein ruhiger, ausgedehnter Waldkomplex mit hoher landschaftlicher Qualität. Dies schreiben Sie selbst zum Thema Landschaftsbild.

In den Kern dieses Landschaftsraumes wollen Sie große Industrieanlagen bauen, die Wege massiv umbauen. Die bestehende Waldwege sind keineswegs geeignet, 100m lange Rotoren zu transportieren. Insbesondere die Kreuzungen müssen hierfür massiv ausgebaut werden. Es werden große Radien in den Kurven dauerhaft erforderlich, um allein die Rotoren zu transportieren. Diese können auch nicht zurückgebaut werden, da ja solche Geräte auch einmal repariert werden. Hierfür muss also zusätzlich Wald in nicht unerheblichem Umfang gerodet werden.

### Artenschutzrechtliche Konflikte:

Ihr eigener Gutachter empfiehlt die Fläche von der Windenergienutzung auszuschließen!

„Schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte sind nicht auszuschließen“.

### Betroffenheit Fledermäuse:

Ihre Aussage zu Konflikten mit den Fledermäusen, dahingehend, dass diese im gesamten Landkreis vorkommen würden, ist mehr als ärgerlich. Das kann nicht das Niveau sein, mit dem Sie streng geschützte Arten behandeln. Derzeit existiert für Niedersachsen kein Leitfaden für den Bau und Betrieb von WEA im Wald. Die Fragestellungen und Problematiken sind hier gänzlich andere als im Offenland, da damit zu rechnen ist, dass im Nahbereich (Waldvorranggebiete, alte Eichen- und Buchenbestände) mit Quartieren diverser Waldfledermausarten zu rechnen ist. Eine völlig andere Situation als auf ausgeräumten Ackerflächen, wo es in der Regel ausschließlich um betriebsbedingte Minderung der Schlaggefährdung von Abendseglern und Rauhaufledermäusen geht. Diese Problematik ist in der Tat mit Abschaltungen zu lösen, nicht aber die waldspezifischen Fragestellungen, die hier dazu kommen und scheinbar keine Rolle spielen.

Zum Beispiel ist bisher nicht bekannt, wie WEA im Wald auf die Fledermausfauna der Wälder wirkt (hier vor allem die hochspezialisierten Waldfledermausarten), ob z.B. durch die Lärmbelastung für die waldbewohnenden, in der Regel sehr leise ortenden Fledermausarten der Gattung Myotis (Fransenfledermaus, Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr, Langohrarten, Bartfledermäuse) weitreichende Meideeffekte durch Geräuschmaskierung ihrer Ortungsrufe auftreten und damit eine massive Abwertung des Landschaftsraumes für diese Arten einhergeht. Zu den üblichen Fragestellungen der Schlaggefährdung von Fledermäusen beim Betrieb von WEA im offenen Luftraum, für die es mittlerweile Lösungsansätze durch Abschaltungen im Betrieb gibt, kommen in Waldstandorten also sehr viele weitere Fragen hinzu, die bisher nicht abschließend beantwortet sind, artenschutzrechtlich aber behandelt und geklärt werden müssen. Es gibt daher gute Gründe, eher vorsichtig zu sein, als dieses Thema als erledigt zu betrachten. Werden nahegelegene Quatierbereiche so gestört, dass Arten sich zurückziehen? Welche Rolle spielen jetzt dort vorhandenen Pionierwälder z.B. für das Vorkommen des hochbedrohten Grauen Langohrs, welches Bestände in Süd-Niedersachsen besitzt (und die anderen Waldarten). Ohne Beantwortung dieser Fragen, können solche Waldstandorte artenschutzrechtlich nicht angemessen beurteilt werden. Erst recht nicht mit der Aussage: „Fledermäuse gibt es im gesamten Landkreis“.

### Betroffenheit Vögel:

Ich gehe davon aus, dass neben den vom Gutachter genannten Arten (Schwarzstorch-Lebensraum) auch Waldschnepfen diesen Bereich besiedeln. Jedenfalls ist das in den Wäldern der Umgebung der Fall. Auch für diese Art gibt es Hinweise der Meidung solcher durch den Bau- und Betrieb von WEA entstehenden Lärmbelastung. Für ihre Balzflüge ist absolute Ruhe im Wald erforderlich, da sie ebenfalls sehr leise vorgetragen werden – unabhängig von der Frage möglicher Schlagopfer. Auswirkungen auf Brutvögel der Wälder sind bisher ebenfalls in keinem Leitfaden berücksichtigt, was nicht bedeutet, dass sie artenschutzrechtlich unbeachtlich sind, zumal der bestehende Leitfaden ausschließlich und ausdrücklich für das Offenland erstellt wurde. Er ist daher nicht abschließend hier anwendbar. Es existiert zum Thema WEA im Wald eine eigene Arbeitsgruppe bei MU, was dokumentiert, dass auch hier die Problematik anders gesehen wird.

### Betroffenheit weiterer Säugetiere:

Weiterhin möchte ich darauf aufmerksam machen, dass genau dieser südl. Solling seit einigen Jahren nicht nur die bekannte Wildkatze beherbergt, sondern hier auch mehrere Luchse leben. Auswirkungen auf diese eben erst angesiedelte Art sind bisher unberücksichtigt geblieben. Ich gehe davon aus, dass auch der Luchs sehr ruhige Waldbereiche bevorzugt. Nicht umsonst hat er sich im südl. Solling angesiedelt, was eine Besonderheit darstellt und keineswegs selbstverständlich ist. Die Art hat große Schwierigkeiten, sich auszubreiten. Auch nach mehr als 25 Jahren der Ansiedlung im Harz, ist sie bisher kaum darüber hinaus gekommen! Zahlreiche Jäger haben diese Art in den letzten Jahren in ihren Wildkameras im südl. Solling bestätigt. Ich selbst habe erst letzte Woche eine Riss etwa 1km entfernt vom Gebiet gefunden (Fotobeleg liegt vor). Es ist kaum vorstellbar, dass diese Art in diesem Bereich unbeeinträchtigt verbleibt, wenn die zu erwartende Erschließung stattfinden wird oder der Betrieb der Anlagen die dortige Waldlandschaft verlärmte. Ein Luchsrevier ist viele Quadratkilometer groß. Auch hier gibt es aber Kernbereiche der Besiedlung und es ist mir bekannt, dass der Luchs in der Nähe reproduziert. Die Errichtung der WEA würde dazu führen, diese junge Ansiedlung zu gefährden, da nicht bekannt ist, wie diese Art mit solch massiven Baumaßnahmen in ihren Revieren umgeht.

### Thema Wald:

Die Aussagen zum Thema Wald sind nicht richtig. Es wird so dargestellt, dass („Aussage des Entwurfes“)



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

- „Das Vorranggebiet mit einem sonstigen Nadelwald bestanden wäre“. Dies ist falsch. Es wächst hier derzeit ein naturnaher Pionierwaldbestand auf.
- „Die Fläche ist von Kalamitäten betroffen und daher vorgeschädigt“. Dies ist falsch. Fehlerhafte Entwicklungen aus wirtschaftlichem Interesse wurden durch die Natur korrigiert. Worin soll die Vorschädigung bestehen? Im Abgang einer standortfremden Fichtenaufforstung? Im Gegenteil: Die Schädigung bestand in dem Anpflanzen eines Fichtenforstes. Nunmehr kann sich die Fläche naturnah erholen und ist massiv dabei dies zu tun. Dieser Heilungsprozess hat bereits begonnen.
- „Aufgrund des geringen und punktuellen Flächenverbrauches von Windenergieanlagen im Wald und die Vorprägung mit ausgebauten Forstwegen in direkter räumlicher Nähe, ist eine Beeinträchtigung der Böden und der zu erwartende Eingriff als gering zu bewerten.“ Diese Behauptung ist falsch. Wie bereits dargestellt ist der Flächenverbrauch durch die Zuwegungen und die erforderlichen Radien insbesondere in Kurven, erheblich. Die Flächen liegen, je nach Zuwegungsrichtung, 2-5 km vom ausgebauten Straßennetz entfernt mitten im Wald. Es sind daher massive Ausbauten der Zuwegungen und damit verbunden, dauerhafte Waldrodungen insbesondere in zahlreichen Kurvenbereichen erforderlich. Zusätzlich muss für jede einzelne WEA eine Fläche von ca. 1ha massiv dauerhaft befestigt werden – ebenfalls mitten im Waldgebiet. Wie kann das als geringer Eingriff beurteilt werden? Das ist in keiner Weise nachvollziehbar.

Obwohl die besonderen Werte des Landschaftsraumes teilweise im Entwurf des RROP deutlich genannt wurden, suggerieren die zum Gebiet USLAR 01 gehörenden Texte eine deutliche Verharmlosung des tatsächlichen Verhältnisse. Auch das muss scharf kritisiert werden. Die Aussagen sind teilweise nicht nur verharmlosend, sondern auch inhaltlich falsch.

[Anlage Kartenausschnitt 1]

[Anlage Kartenausschnitt 2]

### **Abwägung:**

#### *Wird nicht gefolgt*

Der Aussage, dass historisch alte Waldstandorte nicht allein an dem Zustand der aktuellen Bestockung ausgemacht werden können, kann zugestimmt werden. Der Einwand thematisiert jedoch die Identifizierung der historisch alten Waldstandorte nach Waldfunktionenkarte (WFK), die als ein Kriterium zur Festlegung der Vorranggebiete Wald im Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) dienen. Diese Vorranggebiete Wald des LROP sind in die Regionalen Raumordnungsprogramme verbindlich zu übernehmen. Das im Einwand genannte Gebiet im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung Uslar 01 ist nach WFK nicht als historisch alter Waldstandort verzeichnet und im LROP nicht als Vorranggebiet Wald, Vorranggebiet Biotopverbund oder Vorranggebiet Natura 2000 festgelegt. Die Ermittlung der historisch alten Waldstandorte in der WFK und die dabei zugrunde gelegte Datengrundlage sowie die im LROP getroffenen Festlegungen zu den Vorranggebieten Wald sind nicht Bestandteil dieses Beteiligungsverfahrens zum RROP und unterliegen nicht dem Ermessen des Landkreises Northeim.

Es ist erklärtes politisches Ziel des Landkreises Northeim, geeignete Waldgebiete für eine Nutzung für die Windenergie zur Verfügung zu stellen. Der Planungsträger hat sich mit dem Grundsatz des LROP unter Abschnitt 4.2.1 Ziffer 02 Satz 9, dass zunächst Waldstandorte in Anspruch genommen werden sollen, die von technischen Einrichtungen oder Bauten vorbelastet und mit Nährstoffen vergleichsweise schwächer versorgt sind, auseinandergesetzt und dies entsprechend in der Begründung zu den Vorranggebieten Windenergienutzung unter E.2.4 sowie den Gebietsblättern zu den Vorranggebieten Windenergienutzung dokumentiert.

Aus Gründen der Klarstellung und Aufklärung wird ausgeführt, dass das RROP nicht parzellenscharf, sondern im verbindlich vorgegebenen Maßstab 1:50.000 plant.

Das Vorranggebiet Uslar 01 wurde im Vergleich vom 1. zum 2. RROP-Entwurf nach erneuter Überprüfung und vor Ort Begutachtung deutlich verkleinert.

Die Zuwegung bzw. Erschließung wurde bereits, wie im entsprechenden Gebietsblatt dokumentiert, in die Einzelfallprüfung zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung einbezogen. Eine genauere Betrachtung ist erst unter Berücksichtigung der standort- und anlagenkonkreten Informationen im nachgelagerten Zulassungsverfahren des Eingriffs möglich. Der Regionalplanungsträger geht davon aus, dass es sich bei der Herstellung der Zuwegung etc. um einen erheblichen Eingriff handeln wird, der entsprechend nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung abzuarbeiten ist, im Ergebnis einer möglichen Windenergienutzung allerdings nicht unüberwinbar entgegensteht. Die Bewertung im Gebietsblatt setzt die Erschließbarkeit der Fläche ins Verhältnis zu anderen Waldgebieten.

Der Planungsträger hat zu prognostizieren, dass sich die Windenergie auf den als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesenen Flächen überwiegend durchsetzen kann. Dies ist im Bereich des Vorranggebietes Uslar 01 aus dem 2. RROP-Entwurf auch in Hinblick auf artenschutzrechtliche Belange erfüllt. Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ist der Artenschutz im Sinne einer Vorabschätzung zu berücksichtigen. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindbares Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist eine dem Planungsmaßstab angepasste Prognose vorzunehmen, ob unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint.

Die konkrete Auseinandersetzung mit artenschutzrechtlichen Belangen durch eine Windenergieplanung ist auf nachgelagerter Ebene im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchzuführen. Beim

Vorliegen geeigneter Habitatstrukturen werden dabei regelmäßig auch Haselmäuse, Reptilien und Amphibien betrachtet.

Fledermausvorkommen stehen einer möglichen Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen und sind im immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. mit entsprechenden Maßnahmen zu würdigen. Dem immissionsschutzrechtlichen Verfahren vorgelagert findet dabei in der Regel eine Fledermauskartierung eines unter Berücksichtigung der Anlagenstandorte abgegrenzten Untersuchungsgebietes statt. Diese umfasst in der Regel eine Quartiererfassung sämtlicher Eingriffsflächen mit zuvor festgelegten Pufferbereichen unter Berücksichtigung von Studienergebnissen zum Meideverhalten von Waldfledermäusen in Bezug auf die Geräuschemissionen der Anlagen. Da bodengebundene Untersuchungen regelmäßig nicht die tatsächliche Situation auf Rotorhöhe widerspiegelt, werden die Abschaltungen der Anlagen meist nach einem worst-case-Szenario festgesetzt. Durch ein Gondelmonitoring können diese dann ggf. auf die tatsächliche Situation angepasst werden. Vorkommen von Waldschnepfen sind nur vereinzelt aus dem Solling und dem Bramwald bekannt. Im Rahmen der konkreten Windenergieplanung werden für Vorkommen der Waldschnepfe im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mögliche notwendige Maßnahmen in das Vermeidungskonzept miteinbezogen werden müssen.

Auch Wildkatze und Luchs sind im nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Es ist auf Ebene der Regionalplanung nicht davon auszugehen, dass mit der Errichtung von Windenergieanlagen im Vorranggebiet Uslar 01 erhebliche Beeinträchtigungen der Reviere dieser großräumig agierenden Arten einhergehen.

Das Vorkommen der in der Einwendung genannten Arten stehen einer Windenergienutzung nicht unüberwindbar entgegen. Artenschutzrechtliche Konflikte lassen sich im nachgelagerten Zulassungsverfahren regelmäßig durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vermeiden.

Die Kritik, dass die Aussagen zum Landschaftsraum im Bereich von Uslar 01 verharmlosend und inhaltlich falsch seien, wird entschieden zurückgewiesen. Der Planungsträger hat die angesprochenen Waldflächen in der Einzelfallprüfung flächenbezogen umfänglich betrachtet. Die Wertigkeit des Bestands und eine Umsetzbarkeit potentieller Windenergieplanungen wurde 2024 durch eine Inaugenscheinnahme verifiziert. Im Rahmen des Planungskonzeptes werden besonders sensible und wertvolle Waldbereiche, die unter anderem eine besondere Bedeutung für die Schutz-, Nutz- oder Erholungsfunktion aufweisen, von einer möglichen Windenergienutzung grundsätzlich ausgeschlossen. Im Ergebnis werden aus Sicht des Planungsträgers die regionalen Besonderheiten im Landkreis Northeim berücksichtigt und sichergestellt, dass die Funktionen des Waldes grundsätzlich nicht großflächig und schwerwiegend gefährdet werden.

Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf der Fläche Uslar 01 im angepasstem Flächenzuschnitt unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen durchsetzen kann. Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **141**    **Stadt Northeim**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

**Einwendung:**

zu Hollenstedt 01

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass das Vorranggebiet Hollenstedt 01 um insgesamt 82 ha verkleinert worden ist. Die vorherigen Teilflächen b, c, d, e und f aus dem vorherigen Entwurf des RROP wurden dabei gestrichen. Es verbleibt somit eine große Restfläche mit insgesamt 234 ha.

zu 2.2 - Siedlung und Erholung

Wie mitgeteilt wird im Rahmen der Regionalplanung vorsorgeorientiert ein Abstand von 1.080 bzw. 600 Metern zu Siedlungsbereichen mit Wohnnutzung bzw. Einzelgebäuden im Außenbereich bereits auf Ebene der Tabuzonen eingestellt. Aus dem Gebietsblatt geht jedoch hervor, dass die Vorrangfläche im südlichen Bereich einen Abstand von lediglich mindestens 900 m zu den Siedlungsbereichen mit Wohnnutzungen einhält. Der Begründung, dass das Abweichen unter Berücksichtigung der beantragten Windenergieanlagen im Rahmen der Abwägung als sinnvoll erachtet wird, kann nicht gefolgt werden. Es wird somit gefordert, dass ein Abstand von 1.080 m zu den Siedlungsbereichen mit Wohnnutzungen sichergestellt wird. Die Wohnnutzung ist gemäß der festgelegten Tabuzone zu schützen.

Der Northeimer Kieselsee ist als Vorranggebiet für regional bedeutsame Sportanlagen mit der Zweckbestimmung Wassersport dargestellt. Besonders der Segelsport wird auf dem Gewässer intensiv betrieben. Die Festlegung von Hollenstedt 01 als Vorranggebiet Windenergienutzung kann zu deutlichen Einschränkungen der Sportanlage führen, da von Windverwirbelungen aufgrund der geplanten Höhen der Windenergieanlagen von 250 m auszugehen ist. Der Standort Kieselsee als regional bedeutsame Sportanlage würde damit nachhaltig beschränkt werden.

zu 2.4 - Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild

Ein Schutzabstand von mindestens 2000 m zum Vogelschutzgebiet Leinetal bei Salzderhelden (V08) ist einzuhalten.

Die Gemarkung Hollenstedt ist bereits durch große Stromleitungen und künftig auch durch

„Suedlink“ beeinträchtigt. Ebenfalls muss in diesem Zusammenhang auch die Thematik „erneuerbare Energie“ kritisch, unter erträglichen, wirtschaftlichen und umsetzbaren Maß-ße, erörtert werden. Das Vorranggebiet Hollenstedt 01 westlich von Hollenstedt führt un-wei-gerlich dazu, dass die Belastung durch Errichtung von Windenergie ein kaum erträg-liches Ausmaß ergibt und wird entsprechend abgewiesen.

### zu 2.5 – Boden und Wasser

Die Fläche im Teilraum 2 Leinegraben-Moringer Becken, auch als Leinegraben oder Lei-netal bezeichnet wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt und weist eine hohe Bo-denfruchtbarkeit geprägt durch hohe Lösauf-lagen auf.

Der RROP Entwurf geht von einer Vereinbarkeit des Vorranggebietes Landwirtschaft mit dem Vorranggebiet Kabeltrassenkorridor Gleichstrom „SüdLink“ aus, da der Schutzstrei-fen nach Ablauf der Bauarbeiten wieder landwirtschaftlich nutzbar wird.

Es ist durch wissenschaftliche Studien sicherzustellen, dass die besonders hochwertigen Böden mit Bodenzahlen der Bodenschätzung zwischen 76 und 85 auch nach dem Eingriff weiterhin so fruchtbar bleiben wie vor dem Eingriff in das gewachsene Boden-profil innerhalb des Schutzstreifens der Kabeltrasse. Sollte es dennoch zu Ernteeinbu-ßen kommen, so sind diese dauerhaft fortlaufend zu entschädigen. Der Nachweis ist leicht zu erbringen, indem die Fläche des Schutzstreifens hinsichtlich der Erntemenge und –qualität mit der benachbarten Referenzfläche verglichen wird.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Das Vorranggebiet Hollenstedt 01 wurde im Zuge der Erstellung des 2. RROP-Entwurfes im südlichen Randbereich geringfügig erweitert und somit an die Sonderbaufläche sowie das Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan der Stadt Northeim angepasst. Die an den Erweiterungsbereich angrenzende, im Genehmigungsverfahren befindliche Windenergieanlage weist gemäß dem zugrundeliegenden Planungskonzept einen verfestigten Planungsstand auf und wurde bereits im Zuge der Erarbeitung der Vorranggebiete Windenergienutzung im 1. und 2. RROP-Entwurf berücksichtigt. Mit der Erweiterung des Vorranggebietes im südlichen Randbereich wird im Vergleich zum 1. RROP-Entwurf daher keine zusätzliche Belastung der angrenzenden Siedlungen vorbereitet. Der im Planungskonzept angelegte, vorsorgeorientierte Siedlungsabstand von regelmäßig 1080 m übersteigt die rechtlichen Anforderungen an den Abstand einer Windenergieanlage deutlich. Unzumutbare Beeinträchtigungen der Wohnnutzung sind aufgrund des Abstandes nicht zu erwarten. Ein Abweichen des Vorranggebietes Hollenstedt 01 vom vorsorgeorientierten Abstand zur benachbarten Siedlungen wird unter Berücksichtigung der beantragten Windenergieanlage im Rahmen der Abwägung als sinnvoll erachtet, um ein Erreichen des regionalen Teilflächenziels sicherzustellen und im aktuellen Verfahren andernorts auf zusätzliche Festlegungen verzichten zu können. An der Festlegung wird daher festgehalten.

Die Einwände bezüglich möglicher Windverwirbelungen am Northeimer Freizeitsee, zum geforderten Schutzabstand von mind. 2000 m zum Vogelschutzgebiet „Leinetal bei Salzderhelden“ sowie zur Belastung der Ortschaft Hollenstedt durch technische Überprägung wurden bereits im 1. Beteiligungsverfahren vorgebracht. Die Einwände enthalten keine für die Planung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden (vgl. Stellungnahme-ID 25, BE-ID 21 (Freizeitsee) und Stellungnahme-ID 113, BE-ID 353 (Vogelschutzgebiet und Belastung von Hollenstedt) der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren).

### Zu 2.5 – Boden und Wasser

Die geforderten wissenschaftlichen Studien sind nicht Bestandteil des RROP, sondern der konkreten Planung und Ausführung des SuedLink durch die zuständigen Verfahrensträger. Es wurden bzw. werden bereits wissenschaftliche Untersuchungen in Gebieten durchgeführt, die mit den naturräumlichen Gegebenheiten im Landkreis Northeim vergleichbaren sind, in deren Zusammenhang sich abzeichnet, dass die Verlegung und Existenz eines Erdkabels voraussichtlich zu keinen maßgeblichen Ernteeinbußen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen führt. Eine Bodenkundliche Baubegleitung ist zudem fester Bestandteil des Vorhabens SuedLink. Die Entschädigung von möglichen Ernteeinbußen ist nicht Bestandteil bzw. Aufgabe des RROP oder der Regionalplanung. Der Hinweis wird daher lediglich zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: **81**      Stellungnahme-ID: **97**      BE-ID: **114**      **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des RROP 2. Entwurf, Stand: 11/2024 vom Landkreis Northeim wird zu folgender Potenzialflächen zur Windenergienutzung Nörten-Hardenberg 01, Stellung bezogen.

In Ihrem RROP-Entwurf 08/2023 wurde unter Punkt 2.4 „Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild“ noch folgender Befund aufgeführt:

„Der aktuell besetzte Rotmilan-Horst befindet sich in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Grenze der Potentialfläche.“

Im aktuellen RROP, 2. Entwurf Stand: 11/2024 Ist dieser Rotmilan-Horst weder aufgeführt noch erwähnt. Wie kommt es, dass ein so wichtiger und entscheidender Fund nicht weiter untersucht wird. Werden kritische Bereiche von der avifaunistischen Untersuchung generell ausgeschlossen oder schaut man einfach nicht so genau hin, damit sich die Windkraft auch in ökologisch wichtigen Bereichen „durchsetzen“ kann?

Des Weiteren schreiben Sie:

„Im Bereich der Fläche liegt zudem ein Entwicklungskorridor für Offenland, mit dem Ziel Grünland und Feuchtbiotopen zu entwickeln (po 44) (PU 2020). Die Korridore stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Die Korridordarstellung steht lediglich symbolisch für einen Suchraum, in welchen Wildkatzen wahrscheinlich wandern ...“

Zudem wird auf die beiden angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete „Wahrberg“ und „Mäuseberg und Eulenberg“ hingewiesen.

Was ist denn jetzt das Ziel in diesem Bereich?

Wollen Sie ein attraktives Naherholungs- und Naturschutzgebiet schaffen oder weisen Sie die Gebiete nur „symbolisch“ aus, um öffentliche Subventionen einwerben zu können? Eine Weiterentwicklung des Gebietes in ein offenes Grünland und Feuchtbiotop hat doch nicht nur symbolischen Charakter. Das Gebiet ist hoch attraktiv für eine Vielzahl von Vögeln, Greifvögeln und Fledermäusen.

Die Windkraftnutzung führt damit unweigerlich, wie Sie ja auch schon Im Entwurf 08/2023 unter Punkt 2.4 festgestellt haben, zu schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten!

Die unter Punkt 5, vorgeschlagene Maßnahme „V6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereiches und der Zuwegung Im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ Ist in diesem Zusammenhang wohl als Witz zu verstehen, oder? Wollen Sie die stark subventionierten Feuchtbiopte im Rahmen der Errichtung der Windkraftanlagen wieder trockenlegen?

Hier scheint ein Konzept bereits In der Planungsphase nicht stimmig zu sein. Dies muss als Konsequenz haben, dass der RROP diesbezüglich überprüft und nachgearbeitet wird. Eine Verlagerung des Konzeptes auf die Genehmigungsphase wird der Diskrepanz, die bereits In der Planungsphase vorliegt, nicht gerecht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Vorranggebiete der Windenergienutzung bereits jetzt im Planungsstand im Überschwemmungsgebiet der Leine befinden. Dies erfordert, wie Sie selbst schreiben, besondere Nebenbestimmungen, die mit der Unteren Wasserbehörde im Genehmigungsverfahren festzulegen und zu prüfen sind.

Zudem befinden sich Im angrenzenden Bereich in Richtung Elvase Wasserschutzgebiete für die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvase zugunsten des Flecken Nörten-Hardenberg mit der Schutzgüte I bis III.

Die Standortwahl in einem Überschwemmungsgebiet und der direkten Nähe zum Fluss lassen einen sehr weichen Boden bis in größere Tiefen vermuten. Um die Windkraftanlagen unter diesen Umständen sicher Aufbauen und betreiben zu können, werden sog. Pfahlgründungen errichtet. Dies sind in der Regel Ortbetonrammpfähle und/oder Rüttelstopfsäulen, die nicht selten bis zu Tiefen von über 30 m! in den Boden reichen. Pro Windkraftanlage können bis zu 60 Pfähle nötig sein!

Die Auswirkungen dieser Pfahlgründungen auf das Grundwasser sowie insbesondere auf die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvase sind in Ihrem RROP-Entwurf nicht aufgeführt. Zudem sind die Auswirkungen der Pfahlgründungen in einem wassertechnisch genutzten und damit hoch sensiblen Bereich nicht abschätzbar.

Eine Durchstoßung von wasserführenden Schichten kann verheerende und Irreparable Auswirkungen haben, insbesondere auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvase. Die Folgen könnten gesellschaftliche und politische Verwerfungen mit sich bringen.

Die Fließrichtung der Leine ist beim Hochwasserschutz besonders zu berücksichtigen. Die Leine passiert zunächst den Ort Nörten-Hardenberg bevor dieser die gleich angrenzenden beiden Vorranggebiet der Windkraftanlagen Nörten-Hardenberg 01 passiert. Ein Rückstau an den hier geplanten Windkraftanlagen hätte unmittelbar die Folge, dass die tiefer liegen Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt würden. Aufgrund des Klimawandels ist mit vermehrten Wetterextrem zu rechnen, lange Trockenzeiten (wie gerade im April und Mai 2025) sowie extreme starregen Ereignisse. Auch dieser Sachverhalt muss bereits im Planungsentwurf mit entsprechenden Gutachten berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe des Landkreises und, so nehme ich an, der Unteren Wasserbehörde Vorsorge für Jahrhunderthochwasser zu treffen und schaden von der Bevölkerung möglichst abzuwenden.

Fazit:

Aufgrund des Entwicklungskorridors mit Grünland und Feuchtbiotop, den angrenzenden Naturschutzbereichen und Insbesondere den nicht abzusehenden baulichen Folgen auf die Wassergewinnung, dem Grundwasser- und dem Hochwasserschutz muss das Windvorranggebiet Nörten-Hardenberg 01 aus der RROP-Planung ausgeschlossen werden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 147.

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **338**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Vorranggebiet Windenergienutzung Oldenrode 01 mit folgender Änderung:

Der Waldabstand des neuen Windvorranggebietes, gemäß dem 2. Entwurf des RROP von 2023 in Oldenrode 01, sollte auf 100 Meter angepaßt werden.

- Der Abstand von 100 Metern zum Wald wurde bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt und es sind keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- Ein 100-Meter-Abstand würde weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren.
- Die Fläche ist im vorliegenden Entwurf in West – Ost Richtung sehr schmal. Diese Richtung ist zugleich die Hauptwindrichtung. Daher führt die Rückkehr zu 100 m Waldabstand potenziell zu erheblichen Ertragsvorteilen in der Windparkplanung, da weniger wechselseitige „Störungen“ in Windrichtung zu erwarten wären.

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- Konzentrationswirkung: Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- Raumverträglichkeit: Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- Ertragseffizienz der Fläche: Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Der in der Einwendung genannte Erweiterungsbereich bezieht sich auf den planerisch angewendeten Waldrandabstand und einer Vergrößerung der Fläche Oldenrode 01 in nördliche Richtung.

Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass der angewendete Waldrandabstand von 100 m und Rotor-Out-Zugabe gemessen an der Referenzwindenergieanlage von ergänzenden 80 m bereits im 1. RROP-Entwurf festgelegt und landkreisweit angewendet wurde. Das Kriterium zum Waldrandabstand hat sich nach dem 1. Beteiligungsverfahren nicht verändert.

Nach der Beteiligung zum 1. RROP-Entwurf wurde im Rahmen der Überarbeitung die ehemaligen sogenannten Repoweringflächen überprüft und überarbeitet. Ein Großteil der Bestandswindenergieanlagen und somit der für ein Repowering in Betracht kommenden Anlagen befindet sich im Landkreis Northeim gegenwärtig außerhalb der Potenzialflächen, die unter Anwendung der Tabuzonen ermittelt wurden. Aus Sicht des Regionalplanungsträger sollen die Flächen dabei nicht pauschal als Vorranggebiet Windenergienutzung aufgenommen werden, da der Planungsträger nach wie vor das Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien anstrebt. Im Rahmen des Planungskonzeptes wurde eine Vereinbarkeit der Flächen mit den Planungszielen und ein mögliches Abweichen von den pauschalen Tabuzonen im Einzelfall und unter Berücksichtigung von möglicherweise bestehenden, unüberwindbaren rechtlichen Ausschlussgründen überprüft. Im Zuge dieser Überprüfung erfolgte eine Anpassung des Vorranggebietes Oldenrode 01 als ehem. sogenannte Repoweringfläche unter Anwendung des landkreisweit einheitlich angesetzten Kriteriums des Waldrandabstandes von 100 m zuzüglich einer Rotor-Out-Zugabe von 80 m.

Im Bereich des Vorranggebietes Oldenrode 01 wird zwar teilweise vom Planungskonzept abgewichen. Ein Abweichen von den Ausschluss- und Abstandskriterien erfolgt allerdings im vorliegenden Fall nur begründet unter Berücksichtigung der bestehenden Windenergieanlagen. Darüberhinausgehende Erweiterungen in dem Bereich widersprechen dem landkreisweit angewendeten Planungskonzept.

Der Planungsträger gibt in den Bereichen dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der

Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug.

Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Die planerische Abwägung umfasst grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Der Abwägungsspielraum wurde dabei bereits durch die verbindlichen Vorgaben von Teilflächenzielen vorbestimmt. Der Regionalplanungsträger ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann.

Der Landkreis Northeim strebt grundsätzlich die Konzentration der Windenergie und eine Bündelung von Windenergieanlagen im Planungsraum an. Die Fläche Oldenrode 01 erfüllt die planerischen Voraussetzungen für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung und bietet Platz für mindestens drei Windenergieanlagen. Die Anzahl und Anordnung der Windenergieanlagen, die auf der Fläche ggf. realisiert werden, sind unter anderem abhängig von der räumlichen Situation sowie der Anlagenkonfiguration, -typ und -standort und unterliegen nicht der Steuerungswirkung der Regionalplanung. Die Wirtschaftlichkeit und mögliche Ertragsverluste sind abhängig von Vielzahl Faktoren, die sich der regionalplanerischen Prüfebene entziehen. Eine detaillierte Prüfung geht weit über die auf Ebene der Regionalplanung erforderliche Ermittlungstiefe hinaus.

Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung. Der genannte Erweiterungsbereich wird nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien überwiegt an dieser Stelle. Der Planungsträger ist lediglich verpflichtet sicherzustellen, dass in seinem Planungsraum die festgelegten Teilflächenziele zu den entsprechenden Stichtagen für die Windenergie an Land erreicht werden, um die Windenergie zu steuern und die Privilegierung-Plus abzuwenden. Gemäß § 249 Abs. 6 Satz 2 BauGB ist es unbeachtlich, ob und welche sonstigen Flächen im Planungsraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind.

---

Stellungnehmer-ID: **97**    Stellungnahme-ID: **116**    BE-ID: **173**    **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum zweiten Entwurf des RROP 2023 vom Landkreis Northeim schlage ich die Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergienutzung Oldenrode 01 vor.

Konkret schlage ich eine Erweiterung des westlichen Teils des Vorrang-Gebietes in nördlicher Richtung vor. Mit unseren Überlegungen beziehen wir uns auf die Ergebnisse der Abwägungen in der Regionalplanung, insbesondere zu dem Thema Waldrandabstand.

[Karte]

Abb. 1: VRG Oldenrode 01 gemäß des zweiten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Anpassung des Waldrandabstands auf der nördlichen Grenze

Die nördliche Begrenzung des Vorranggebiets erfolgt durch den Abstand zu einem größeren Waldgebiet. Im zweiten Entwurf des Regionalplans wurde der Waldrandabstand von vormals 100 Metern auf 180 Meter erhöht. Diese Erhöhung stellt jedoch eine übermäßige Einschränkung für die Flächennutzung und den zu erwartenden Energieertrag dar.

Eine Absenkung des Waldrandabstands auf 100 Meter wäre in diesem Einzelfall angemessen, weil:

- ...der ursprüngliche Abstand von 100 Metern bereits im ersten Entwurf des Regionalplans festgelegt wurde und keine neuen ökologischen Erkenntnisse oder Veränderungen ersichtlich sind, die eine Vergrößerung auf 180 Meter begründen.
- ...im Rahmen der Abwägung der in Abb. 1 dargestellten Fläche bereits davon abgewichen wurde (Waldstück im Süd-Östen des Gebiets)
- Ein 100-Meter-Abstand weiterhin die Schutzfunktionen des Waldrands bewahren würde.
- ...die Fläche in Nord/Süd-Richtung derzeit sehr schmal ist, gibt es weniger flexible Anordnungsmöglichkeiten der WEA. Das würde zu erheblichen Ertragsverlusten führen, da West/Ost die Hauptwindrichtung darstellt.

Die Rückkehr zum 100m Waldabstand könnte somit wechselseitige Störungen der WEA in Windrichtung vermeiden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Flächennutzungsplan (F-Plan) der Gemeinde Kalefeld ein Sondergebiet für Windenergie darstellt. Im ersten Entwurf des Regionalplans entsprach die Darstellung der



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Repowering-Fläche noch der Gebietsausweisung im F-Plan. Gemäß § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) gilt das Gegenstromprinzip, nach welchem sich Flächennutzungspläne und Regionalpläne wechselseitig anpassen sollen. Um eine kohärente und abgestimmte Planung zwischen kommunaler und regionaler Ebene sicherzustellen, sollte das Vorranggebiet im zweiten Entwurf des Regionalplans wieder an die im F-Plan dargestellte Größe angepasst werden.

[Karte]

Abb. 2: Repowering-Fläche Oldenrode gemäß des ersten Entwurfs des RROP 2023 LK Northeim

Weitere relevante Abwägungskriterien

Neben den Hauptaspekt des Waldrandabstands lassen sich weitere Argumente für eine Erweiterung der Fläche anführen:

- **Konzentrationswirkung:** Die Erweiterung der Fläche würde eine stärkere Konzentration von Windenergieanlagen in bereits vorbelasteten Bereichen ermöglichen und die Notwendigkeit neuer Flächen anderswo verringern.
- **Raumverträglichkeit:** Die Regionalplanung hat festgestellt, dass sich die Fläche in einem technisch vorbelasteten Raum befindet (Autobahn A7, Bundesstraße B248, Hochspannungsleitung). Eine maßvolle Erweiterung würde diese bestehende Vorbelastung effizient nutzen.
- **Ertragseffizienz der Fläche:** Eine leicht vergrößerte Vorrangfläche kann dazu beitragen, eine bessere Anordnung von Windenergieanlagen zu ermöglichen und so die Flächeneffizienz zu maximieren.

Zusammenfassende Bitte:

Unter Berücksichtigung der bereits von der Regionalplanung anerkannten Abwägungskriterien für das Vorranggebiet Oldenrode 01 ist eine maßvolle Anpassung der Flächenplanung in nördlicher Richtung für hilfreich (Rückkehr zum ursprünglichen Waldabstand von 100 m). Sie würde zu einem besseren Stromertrag beitragen, ohne dabei spürbare Beeinträchtigungen zu schaffen.

Ich bitte daher um eine Berücksichtigung dieser Stellungnahme im weiteren Planungsverfahren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 110.

---

Stellungnehmer-ID: **129**   Stellungnahme-ID: **149**   BE-ID: **351**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Hevensen 01

Sie schreiben in der Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung, Vorranggebiet Hevensen 01 unter Punkt 3 folgendes:

### 3. Zusammenfassende Bewertung/Abwägung

... „Es sind auf Regionalplanungsebene keine naturschutz- oder artenschutzrechtlichen unüberwindbaren Hindernisse erkennbar und zu erwarten. Es ist auf Ebene der Regionalplanung prognostizierbar, dass sich die Windenergienutzung (mit Festlegung von Vermeidungsmaßnahmen) im Grundsatz auf der Fläche durchsetzen kann.“

Des Weiteren schreiben Sie:

- Kleinräumige vorhandene Gehölze und Kompensationsflächen sowie der angrenzende Ummelbach stehen einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht entgegen
- Die Belange der Avifauna sind besonders zu beachten“

Und gehen dann unter Punkt 5. „Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen“ auf eine ganze Reihe von Maßnahmen ein, die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu regeln sind.

Wie beispielsweise unter Punkt 5., „V 6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereichs und der Zuwegungen im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“. Gleichzeitig schreiben Sie aber unter Punkt 2.4 Naturschutz, dass Sie auf einem Flurstück in einem Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung eine Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) für die Herstellung eines Feldlerchenfensters und Blühstreifens berücksichtigen.

Diese beiden Maßnahmen widersprechen sich im Ansatz. Feldlärchenfenster und Blühstreifen sind auch für Greifvögel hoch attraktive Flächen und erhöhen das Tötungsrisiko für artgeschützte Vogelarten

signifikant. Wenn Sie die Attraktivität der Fläche senken, kommen Sie der, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen, Ausgleichsmaßnahme nicht mehr entgegen. Dieser Konflikt ist bereits im RROP-Planungsverfahren offensichtlich und entsprechend zu berücksichtigen.

Ihr Verweis, dass sich die Windenergienutzung im Grundsatz auch hier „durchsetzen“ kann, ist dabei nicht nachzuvollziehen. Natürlich kann sich die Windenergie durchsetzen. Die Windenergieanlagen werden aufgebaut, die Vögel, Fledermäuse und Insekten kollidieren und sterben und die Windenergieanlage dreht sich dennoch weiter. Also hat sich die Windenergieanlage durchgesetzt – was für eine Überraschung. Daher verstehe ich den Verweis nicht und kann diesen auch nicht nachvollziehen.

Unter Punkt 2.4 Artenschutz führen Sie auf, dass in 800m Entfernung ein landesweit bedeutender Schwarzstorchlebensraum besteht. Zudem liegen in 1200m Entfernung zwei Rotmilan- und ein Schwarzmilan-Horst sowie im Umkreis bis 3500 m drei Weißstorchpaare, zwei Mäusebussard- und ein Baumfalkenpaar. In Thüdinghausen befindet sich zudem noch der landesweit einmalige Rotmilan-Schlafplatz, an dem bereits bis zu 80 Rotmilan-Exemplare an einem Tag gezählt wurden.

Im RROP-Entwurf 08/2023 ist das Gutachten, auch aufgrund des in der Nähe liegenden Rotmilanschlafplatzes und der damit zu rechnenden hohen Flugaktivitäten, noch zu dem Schluss eines hohen avifaunistischen Konfliktpotentials mit schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten gekommen.

Im neuen RROP von 11/2024 ist nur noch von einem mittleren avifaunistischen Konfliktpotential die Rede. Zudem wird die Fläche für die Windenergienutzung als bedingt möglich bewertet.

Die Herabstufung des avifaunistischen Konfliktpotentials von hoch auf mittel ist nicht nachvollziehbar, da Sie selbst, auch in Ihrem RROP-Entwurf 11/2024, auf eine Vielzahl von Konflikten hinweisen. Die Flächen sind, wie Sie selbst schreiben, nur dann für die Windenergienutzung geeignet, wenn geeignete Maßnahmen eingehalten werden, um damit schwerwiegende artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden.

In der avifaunistischen Untersuchung von Ökotox, Büro für angewandte Landschaftsökologie wird ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen: „Begründung Konfliktbewertung

Dieses Vorranggebiet weist eine Vielzahl von Konflikten auf, was eine hinreichende und vollumfassende Bewertung schwierig gestaltet. Neben diversen Konflikten zur Brutzeit (u.a. Lage innerhalb eines der Schwerpunktgebiete des Rotmilans) folgen potenziell nachbrutzeitliche Konflikte mit dem nahegelegenen Schlafgebiet des Rotmilans bis in die Wintermonate hinein. Dies kann zu einer langen Abschaltung der WEA führen. Eine umfangreiche Kombination von Vermeidungsmaßnahmen muss hier für eine Genehmigung von WEA umgesetzt werden. Aus fachgutachterlicher Sicht ist eine WE-Nutzung mit geeigneten Maßnahmen (vgl. Tab. 27) bedingt möglich.“

Dennoch kommen Sie im Fazit zum Ergebnis, dass der Artenschutz im Bereich der Windvorrangflächen kein unüberwindbares Hindernis darstellt, und begründen dies mit dem überragenden öffentlichen Interesse an der Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen nach § 2 EEG.

Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht jedoch rechtswidrig.

Die Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraft und des Naturschutzes in schwerwiegender Schieflage geraten und, dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.

Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/146/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor.

§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen demnach gegen Europäisches Recht und gegen Art. 20a GG und können damit nicht als Rechtfertigung für ein erhöhtes Tötungsrisiko von avifaunistisch geschützten Arten dienen. Diese Belange sind in das Planungsverfahren des RROP für die Windvorrangflächen zu berücksichtigen und nicht erst als sekundäre Maßnahmen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Eine erneute Prüfung muss als Ergebnis haben, dass das Vorranggebiet Hevensen 01 als Windkraftvorranggebiet nicht geeignet ist. Es sei denn, und diese Vermutung ist naheliegend, andere wirtschaftliche und politische Interessen nehmen Einfluss auf das gutachterliche Ergebnis. Dies würde auch die avifaunistische Herabstufung erklären.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 146.

---

Stellungnehmer-ID: 136    Stellungnahme-ID: 156    BE-ID: 349    **Flecken Nörten-Hardenberg**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

3.

Vorranggebiete Windenergienutzung zu Hevensen 01, Nörten-Hardenberg 01 und Lanqfast 01

Die Flächen für die Windkraftanlagen sollen zentral über das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Northeim geregelt werden. Zurzeit erfolgt die Neuaufstellung des RROP. Darin werden Vorrangflächen für die Windenergie ausgewiesen. Der Mindestabstand zwischen Siedlungsgebieten und Windenergieanlagen beträgt in den Planungen 1.080 Meter, wobei hiervon 500 Meter als harte Tabuzone und zusätzlich 500 Meter als weiche Tabuzone dienen. Aufgrund der Rotor-Out-Planung, in der die Rotorblätter die Grenze überstreichen dürfen, wird die Rotor-Out-Zugabe von 80 Metern hinzugefügt.

Der Flecken Nörten-Hardenberg hat sich mit einer Kooperationsvereinbarung der Planung angeschlossen.

Zu den Potenzialflächen wird wie folgt Stellung genommen:

Natur- und Artenschutz, Boden und Wasser, Brandschutz, Erschließung usw.

Die Potenzialflächen werden von gefährdeten Arten besiedelt, welches zu einem Konfliktpotenzial führen kann.

Der Landkreis Northeim verweist hier auf die Ebene des Genehmigungsverfahrens und sieht grundsätzlich kein pauschales Ausschlusskriterium bei der planerischen Flächenausweisung von Windenergieanlagen.

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens ist vom Antragsteller eine artenschutzfachliche Einschätzung zur Errichtung der Windenergieanlagen zu erbringen, um eine Einschätzung der Gefährdung zu erhalten.

Auch hinsichtlich der Darstellung des Eingriffes für Brutvogelarten des Offenlandes, wie z.B. die Vorkommen der Feldlerchen und der Erfassung des Feldhamsters, sind in einem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag nachzuweisen. Weiterhin ist der Nachweis über den Bestand der Fledermäuse zu dokumentieren, um auch hier gefährdete Arten zu schützen.

Weiterhin stehen u.a. die Themen des Hochwasserschutzes sowie des Brandschutzes im Vordergrund. Diese Thematiken sind laut Entwurf auch im Genehmigungsverfahren nachzuweisen.

Aufgrund der Brisanz dieses Themas, ist der Brandschutz und die Löschwasserversorgung in Abstimmung mit dem Flecken Nörten-Hardenberg (Gemeindebrandmeister) im Zuge des Genehmigungsverfahrens für das Gebiet des Gemeinde durchzuführen. Analog sollte die anliegenden Kommunen hinsichtlich ihrer Standorte von WEA eng in das Thema mit einbezogen werden. Notwendige Brandschutz- und Löschwassermaßnahmen gehen zu Lasten des Antragstellers.

Die Standortwahl und die Anzahl der WEA ist im weiteren Verfahren zu prüfen.

Die Zugänglichkeit und somit die Erschließung / Zuwegung zu den WEA ist im Vorfeld zu betrachten. Dies ist unter anderem Voraussetzung für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen. Daher sollte bereits im laufenden Verfahren eine Flurkarte mit der Straßen- und Wegeführung vorgelegt werden, die letztlich auch in Anspruch genommen wird. Dies ist unter anderem auch hinsichtlich des Arten- und Naturschutzes (Fällung von Bäumen, Sträucher usw.) erforderlich.

Die entscheidenden Erklärungen zur Sicherung der Erschließung / Zuwegung sollen vor Genehmigung schriftlich nachgewiesen werden. Die Gemeinde hat in der Vergangenheit vielfältig die Erfahrung gemacht, dass die notwendige Klärung zur Erschließung erst im Nachgang erfolgt. Dies ist aber nicht zielführend, da für alle Beteiligten klar sein muss, wo es lang geht!

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwendung enthält keine planerischen für die Abwägung relevante Hinweise. Die Anmerkungen beziehen sich auf die nachfolgenden Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen innerhalb der Vorranggebiete Windenergienutzung. Sie beziehen sich inhaltlich nicht auf das Verfahren zur Neuaufstellung des RROP und werden daher zur Kenntnis genommen.

Zur Klarstellung erfolgt der Hinweis, dass der Regionalplanungsträger im Planungskonzept zur Windenergienutzung nicht mehr zwischen harten und weichen Tabuzonen unterscheidet. Die Unterscheidung und Trennung in harte und weiche Taubzonen ist im Rahmen der Erarbeitung des 2. RROP-Entwurf nach der Beteiligung zum 1. RROP-Entwurf entfallen. Am Siedlungsabstand von insgesamt 1.080 m wird weiterhin grundsätzlich festgehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **129**   Stellungnahme-ID: **149**   BE-ID: **352**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Nörten-Hardenberg 01

In Ihrem RROP-Entwurf 08/2023 wurde unter Punkt 2.4 „Natur- und Artenschutz sowie Landschaftsbild“ noch folgender Befund aufgeführt:

„Der aktuell besetzte Rotmilan-Horst befindet sich in einer Entfernung von weniger als 300 m zur Grenze der Potentialfläche.“

Im aktuellen RROP, 2. Entwurf Stand: 11/2024 ist dieser Rotmilan-Horst weder aufgeführt noch erwähnt. Wie kommt es, dass ein so wichtiger und entscheidender Fund nicht weiter untersucht wird. Werden kritische Bereiche von der avifaunistischen Untersuchung generell ausgeschlossen oder schaut man einfach nicht so genau hin, damit sich die Windkraft auch in ökologisch wichtigen Bereichen „durchsetzen“ kann?

Des Weiteren schreiben Sie:

„Im Bereich der Fläche liegt zudem ein Entwicklungskorridor für Offenland, mit dem Ziel Grünland und Feuchtbiotopen zu entwickeln (po 44) (PU 2020). Die Korridore stehen einer Windenergienutzung nicht grundsätzlich entgegen. Die Korridordarstellung steht lediglich symbolisch für einen Suchraum, in welchen Wildkatzen wahrscheinlich wandern...“

Zudem wird auf die beiden angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete „Wahrberg“ und „Mäuseberg und Eulenberg“ hingewiesen.

Was ist denn jetzt das Ziel in diesem Bereich?

Wollen Sie ein attraktives Naherholungs- und Naturschutzgebiet schaffen oder weisen Sie die Gebiete nur „symbolisch“ aus, um öffentliche Subventionen einwerben zu können? Eine Weiterentwicklung des Gebietes in ein offenes Grünland und Feuchtbiotop hat doch nicht nur symbolischen Charakter. Das Gebiet ist hoch attraktiv für eine Vielzahl von Vögeln, Greifvögeln und Fledermäusen.

Die Windkraftnutzung führt damit unweigerlich, wie Sie ja auch schon im Entwurf 08/2023 unter Punkt 2.4 festgestellt haben, zu schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikten!

Die unter Punkt 5, vorgeschlagene Maßnahme „V6 Senkung der Attraktivität des Mastfußbereiches und der Zuwegung im Windpark als Nahrungshabitat für Greifvögel“ ist in diesem Zusammenhang wohl als Witz zu verstehen, oder? Wollen Sie die stark subventionierten Feuchtbiotop im Rahmen der Errichtung der Windkraftanlagen wieder trockenlegen?

Hier scheint ein Konzept bereits in der Planungsphase nicht stimmig zu sein. Dies muss als Konsequenz haben, dass der RROP diesbezüglich überprüft und nachgearbeitet wird. Eine Verlagerung des Konzeptes auf die Genehmigungsphase wird der Diskrepanz, die bereits in der Planungsphase vorliegt, nicht gerecht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Vorranggebiete der Windenergienutzung bereits jetzt im Planungsstand im Überschwemmungsgebiet der Leine befinden. Dies erfordert, wie Sie selbst schreiben, besondere Nebenbestimmungen, die mit der Unteren Wasserbehörde im Genehmigungsverfahren festzulegen und zu prüfen sind.

Zudem befinden sich im angrenzenden Bereich in Richtung Elvise Wasserschutzgebiete für die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise zugunsten des Flecken Nörten-Hardenberg mit der Schutzgüte I bis III.

Die Standortwahl in einem Überschwemmungsgebiet und der direkten Nähe zum Fluss lassen einen sehr weichen Boden bis in größere Tiefen vermuten. Um die Windkraftanlagen unter diesen Umständen sicher aufbauen und betreiben zu können, werden sog. Pfahlgründungen errichtet. Dies sind in der Regel Ort betonrammpfähle und/oder Rüttelstopfsäulen, die nicht selten bis zu Tiefen von über 30 m! in den Boden reichen. Pro Windkraftanlage können bis zu 60 Pfähle nötig sein!

Die Auswirkungen dieser Pfahlgründungen auf das Grundwasser sowie insbesondere auf die Wassergewinnungsanlage Brunnen Elvise sind in Ihrem RROP-Entwurf nicht aufgeführt. Zudem sind die Auswirkungen der Pfahlgründungen in einem wassertechnisch genutzten und damit hoch sensiblen Bereich nicht abschätzbar.

Eine Durchstoßung von wasserführenden Schichten kann verheerende und irreparable Auswirkungen haben, insbesondere auf die Wassergewinnung des Brunnen Elvise. Die Folgen könnten gesellschaftliche und politische Verwerfungen mit sich bringen.

Die Fließrichtung der Leine ist beim Hochwasserschutz besonders zu berücksichtigen. Die Leine passiert zunächst den Ort Nörten-Hardenberg bevor dieser die gleich angrenzenden beiden Vorranggebiete der Windkraftanlagen Nörten-Hardenberg 01 passiert. Ein Rückstau an den hier geplanten Windkraftanlagen hätte unmittelbar die Folge, dass die tiefer liegen Ortsteile von Nörten-Hardenberg überschwemmt würden. Aufgrund des Klimawandels ist mit vermehrten Wetterextrem zu rechnen, lange Trockenzeiten (wie gerade im April und Mai 2025) sowie extreme starregen Ereignisse. Auch dieser Sachverhalt muss bereits im Planungsentwurf mit entsprechenden Gutachten berücksichtigt werden. Es ist Aufgabe des Landkreises und, so nehme ich an, der Unteren Wasserbehörde Vorsorge für Jahrhunderthochwasser zu treffen und Schaden von der Bevölkerung möglichst abzuwenden.

Fazit:

Aufgrund des Entwicklungskorridors mit Grünland und Feuchtbiotop, den angrenzenden Naturschutzbereichen und insbesondere den nicht abzusehenden baulichen Folgen auf die Wassergewinnung, dem Grundwasser- und dem Hochwasserschutz muss das Windvorranggebiet Nörten-Hardenberg 01 aus der RROP-Planung ausgeschlossen werden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 147.

---

Stellungnehmer-ID: **118**   Stellungnahme-ID: **138**   BE-ID: **386**   **Privat**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Die [Inhalt anonymisiert] plant im Auftrag der [Inhalt anonymisiert], welche bereits im Rahmen der Beteiligung zum ersten Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Northeim (1. RROP-Entwurf) Stellung genommen hat, einen Windpark auf der Gemarkung der Stadt Uslar. Aufgrund der beabsichtigten Festlegungen im zweiten Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Northeim (2. RROP-Entwurf) sind wir in unseren Planungen betroffen und beantragen daher,

die im Entwurf der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms beabsichtigte Fläche „Offensen 01“ wird entsprechend der in Anlage 1 dargestellten Flächenausweisung erweitert.

Den Antrag auf Anpassung der Flächenausweisung entsprechend der Darstellung in Anlage 1 begründen wir wie folgt:

### A. Ausgangslage

Die [Inhalt anonymisiert] hat auf dem Gemeindegebiet der Stadt Uslar eine Potenzialfläche für Windenergie identifiziert und die Planung für einen Windpark vorangetrieben. Hierfür wurden Pachtverträge mit Flächeneigentümern und Flächeneigentümerinnen abgeschlossen und die Flächensicherung weitestgehend abgeschlossen. Es wurden Voruntersuchungen im Bereich Schall und Schatten sowie Richtfunk durchgeführt. Darüber hinaus wurden bereits notwendige Fachgutachten für den Genehmigungsantrag nach BImSchG extern beauftragt. Zum aktuellen Stand deuten die Untersuchungen auf keine der Genehmigung entgegenstehenden Belange hin. Die Kosten, die die [Inhalt anonymisiert] bisher für die Entwicklung aufgewendet hat, belaufen sich auf einen hohen 5-stelligen Betrag und bezeugen das fortgeschrittene Entwicklungsstadium des geplanten Windparks. Im Umkreis der beantragten Fläche wurden zusätzlich faunistische und avifaunistische Untersuchungen durchgeführt, deren Ergebnis zu einer Anpassung des vormals geplanten Gebietsumrisses der Potenzialfläche entsprechend der hier beigefügten Karte führt.

Abbildung 1 zeigt die Potenzialfläche des geplanten Windparks der [Inhalt anonymisiert] sowie die Potenzialflächen und die geplanten Vorranggebiete „Windenergienutzung“ des zweiten Entwurfs des RROP Northeim.

[KARTE]

Abbildung 1 Flächen für geplanten Windpark der [Inhalt anonymisiert]

### B. Stellungnahme

Da aus der Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren hervorgeht, dass dem bisherigen Antrag auf Erweiterung der Flächenausweisung nicht gefolgt wurde, möchten wir im Folgenden verdeutlichen, dass die beantragte Fläche in die Gebietskulisse aufzunehmen ist. Nach Darstellung der allgemeinen Planungsmethodik (B.1) wird aufgezeigt, dass die beantragte Fläche – insbesondere entgegen dem Vorbringen in der Abwägungssynopse – die eigens gewählten planerischen Vorgaben erfüllt (B.2).

#### B.1 Planungsmethodik

Zur Verdeutlichung, dass das gegenständlich beantragte Gebiet in die Flächenkulisse, wie unter B.2 dargestellt, aufzunehmen ist, wird vorab die Planungsmethodik für die Ermittlung von Vorranggebieten für die Windenergie zusammenfassend aufgezeigt.

Die in sämtlichen Bereichen überarbeitete Planungsmethodik erfolgt im Wesentlichen in drei Schritten, worunter zunächst in einem ersten Arbeitsschritt die Potenzialflächenkulisse ermittelt wird. Diese Potenzialflächenkulisse ermittelt der Planungsträger unter anderem über die Identifikation von Tabuzonen, wobei zwischen harten und weichen bzw. vorsorgeorientierten Tabuzonen unterschieden wird.

Harte Tabuzonen sind danach ausdrücklich die Bereiche im Planungsgebiet, die aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht für die Windenergienutzung zur Verfügung stehen. Sie werden der Abwägung entzogen und sind von vornherein von der Windenergienutzung ausgeschlossen.

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 369 -

Wiederum liegen weiche Tabuzonen im Ermessensspielraum des Planungsträgers. In den Bereichen der weichen Tabuzonen wäre zwar generell eine Windenergienutzung möglich, das Planungskonzept sieht jedoch vor, dass diese Bereiche nicht als Vorranggebiete Windenergienutzung ausgewiesen werden sollen.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 370 -

Anschließend wird nach dem Ausschluss der Tabuzonen die verbleibende Rohkulisse um kleine Splitterflächen bereinigt und es werden Potenzialflächencluster gebildet, die daraufhin überprüft werden, ob die Eignung für einen Windpark bestehend aus mindestens drei Windenergieanlagen gegeben ist. Diese Kulisse wird um die bestehenden Windenergieanlagen und um die Windenergieanlagen, die sich in laufenden Genehmigungsverfahren mit verfestigtem Planungsstand befinden, ergänzt.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 370 -

Nach diesem ersten Arbeitsschritt erfolgt in einem zweiten eine Einzelfallprüfung, an welche sich in einem dritten Arbeitsschritt die Überprüfung auf die Erreichung des Teilflächenziels anschließt.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 371 f. -

### B.2 Erfüllung der planerischen Kriterien

Im Folgenden wird aufgezeigt, dass die Fläche über die Vorgehensweise der planerischen Methodik in die Gebietskulisse aufzunehmen ist, da sie den eigens gewählten planerischen Kriterien entspricht.

In der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren zum 1. RROP-Entwurf äußert der Regionalplanungsträger, dass er nicht verpflichtet ist, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann.

- vgl. Abwägungssynopse zum 1. RROP-Entwurf, S. 342 -

In jedem Fall ist der Regionalplanungsträger aber verpflichtet, sich an die eigens gewählten Kriterien zu halten.

So stellt der Planungsträger unter den Ausführungen zur methodischen Vorgehensweise im Rahmen der Begründung zum 2. RROP-Entwurf selbst fest, dass das Wesen jeder Planung eine planerische Abwägung mit Hilfe von Bewertungskriterien ist, die sich der Planungsträger selbst gibt. Im Rahmen eines Planungskonzeptes werden diese Kriterien und die daraus resultierenden Vorranggebiete Windenergienutzung begründet.

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 368 f. -

Ausweislich dieser eigens gewählten Kriterien und der damit einhergehenden Planungsmethodik ist die hier beantragte Fläche in die Gebietskulisse aufzunehmen.

#### B.2.1 Verbleiben der Fläche als Potenzialfläche im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes

Die beantragte Fläche verbleibt im Hinblick auf den ersten Arbeitsschritt der planerischen Methodik als Potenzialfläche. Es fehlt bereits an einer nachvollziehbaren Planungsmethodik im Hinblick auf die planerisch ermittelten Tabuzonen, sodass diese Kriterien der gegenständlich beantragten Flächenausweisung schon nicht entgegengehalten werden können (B.2.1.1). Darüber hinaus stünden auch die einzelnen Tabukriterien – falls diese zu berücksichtigen wären – der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche nicht entgegen (B.2.1.2 und B.2.1.3). Schließlich verbleibt die beantragte Fläche auch unter Berücksichtigung der weiteren Kriterien des ersten Arbeitsschrittes in der Potenzialflächenkulisse (B.2.1.4).

##### B.2.1.1 Vorab: Fehlen einer nachvollziehbaren Planungsmethodik im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes

Der Ausweisung der hier beantragten Fläche können schon nicht die Kriterien für die Ermittlung von Tabuzonen entgegengehalten werden. Denn der Potenzialflächenermittlung über die Auswahl von Tabuzonen fehlt es nach der Überarbeitung des Plankonzeptes bzw. der planerischen Begründung schon an einer nachvollziehbaren Methodik, die zu einer abwägungsfehlerhaften Planung führt und deswegen vorliegend unbeachtlich ist.

Zwar wurde die Planungssystematik nach dem Inkrafttreten des Entwurfs eines Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land auf eine Positivplanung umgestellt. Auch soll die Planung durch die Umstellung des im Gesetz angelegten Verhältnisses zwischen Planung und Privilegierung, die nunmehr nach der Maßgabe des § 249 BauGB besteht, und die Einbettung der Flächenbeitragswerte und Teilflächenziele des WindBG in die Systematik des Planungsrechts nunmehr erheblich vereinfacht werden.



- vgl. BT-Drs. 20/2355, S. 33 -

Diese Umstellung des Planungsregimes und Vereinfachung der Planung für Windenergieflächen entbindet den Planungsträger aber nicht von der Einhaltung allgemeiner Anforderungen, die an eine rechtswirksame Planung gestellt werden, wie insbesondere auch aus der im Zuge der Umstellung des Planungsregimes eingeführten Planerhaltungsvorschrift § 249 Abs. 6 BauGB ersichtlich wird. Denn für die Rechtswirksamkeit eines Plans ist es nach wie vor erforderlich, dass die diesbezüglich gewählte planerische Methodik sowie das Ergebnis nachvollziehbar sind.

- vgl. BT-Drs. 20/2355, S. 34 -

Durch die Planerhaltungsvorschrift sollen damit zwar die gerichtliche Überprüfung und die Folgen etwaiger Planungsmängel beschränkt werden. Die rechtlichen Anforderungen an die Planung als solche bleiben demgegenüber aber unberührt.

So bringt selbst nach Umstellung des Planungsregimes eine abwägungsgerechte Planung mit sich, dass bei der Auswahl der für die Windenergie geeigneten Gebiete – eine solche Eignung müssen die dargestellten Windenergiebereiche zwingend haben – auch die gegen eine solche Eignung sprechenden Aspekte ermittelt, bewertet und abgewogen werden (müssen).

- vgl. OVG Münster, Beschl. v. 26.09.2024 -

Demnach sind Negativabgrenzungen, um Positivflächen für die Windenergie zu ermitteln, ebenfalls bei der Planung zu berücksichtigen und müssen ihrerseits abwägungsfehlerfrei sein.

Aus der gegenständlichen und überarbeiteten Planbegründung wird hingegen deutlich, dass die Planung an Abwägungsfehlern leidet, da die planerische Methodik schon im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes, wonach gegen eine Eignung als Windenergiegebiet sprechende Aspekte ermittelt werden, nicht nachvollziehbar ist.

So unterscheidet der Planungsträger, wie bereits unter „B.1 Planungsmethodik“ aufgezeigt, ausdrücklich zwischen harten und weichen Tabuzonen. Diese Tabuzonen werden im Rahmen der Planbegründung – sogar entsprechend der gängigen Definitionen für die Tabuzonen im Rahmen der früheren Ausschlussplanung – ausdrücklich definiert. Auf der anderen Seite führt der Plangeber nach dieser strikten Trennung im Zuge der Überarbeitung des Planungskonzeptes nunmehr auf, dass die harten und weichen Tabuzonen im vorliegenden Planungskonzept gemeinsam betrachtet und begründet werden.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 370 -

Zum einen ist die Planungsmethodik damit schon in sich widersprüchlich und deswegen nicht nachvollziehbar. Denn nach einer zunächst formalen und ausdrücklich stringenten Differenzierung von Negativkriterien, werden diese dann im Rahmen der jeweiligen konkreten Begründung wiederum vollständig vermischt. Zum anderen ist aus der Planungsmethodik vollkommen unklar, welche eigens durch den Plangeber gewählten Kriterien für eine Positivausweisung von Flächen sprechen und welche nicht. Denn – das stellt der Plangeber sogar selbst ausdrücklich klar – die über die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen bestehenden Tabuzonen hinausgehenden, vorsorgeorientierten Tabuzonen im Planungskonzept dienen dazu, dem planerischen Willen bei der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung Ausdruck zu verleihen.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 370 -

Ohne Differenzierung ist aber gerade nicht nachvollziehbar, welche konkreten Kriterien dem planerischen Willen bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung Ausdruck verleihen sollen. Gerade weil die weichen Tabuzonen im Ermessensspielraum des Planungsträgers liegen, diese Kriterien vorliegend aber vollständig mit denen der harten Tabuzonen vermischt werden, ist vollkommen unklar, bezüglich welcher Kriterien der Planungsträger ein eigenes Konzept ermittelt hat, um Positivflächen für die Windenergie zu ermitteln. Denn die Flächen, die von weichen Tabukriterien betroffen sind, sind der Windenergienutzung gerade nicht von vornherein entzogen.

Im Ergebnis fehlt es der gegenständlichen Potenzialflächenermittlung nach Überarbeitung des Plankonzeptes bzw. der Planbegründung über die Auswahl von Tabuzonen daher schon an einer nachvollziehbaren Methodik, die zu einer abwägungsfehlerhaften Planung führt. Allein deshalb können der Ausweisung der hier beantragten Fläche schon nicht die Kriterien für die Ermittlung von Tabuzonen bzw. die harten und weichen Tabuzonen als solche entgegengehalten werden.

### B.2.1.2 Kriterium Siedlungsstruktur

Aufgrund der schon fehlerhaften Planungsmethodik im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes ist das Kriterium Siedlungsstruktur einschließlich der darunter konkret aufgeführten Siedlungsbereiche gem. § 30 und 34 BauGB, Krankenhäuser und Pflegeheime sowie vergleichbarer Bebauungen wie beispielsweise Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich schon nicht anwendbar, sodass dieses Kriterium der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche nicht entgegensteht.

Im Übrigen verbliebe die hier gegenständlich beantragte Fläche aber selbst nach der Auswahl über dieses Tabukriterium in der Flächenkulisse, da dieses Tabukriterium nur hinsichtlich desjenigen 500m-Abstands anwendbar ist (mit Ausnahme von Gewerbe- und Industriegebieten), der aus dem gesetzlich verankerten Schutzabstand hinsichtlich des Belangs der optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB resultiert.

Zumindest hinsichtlich dieses Schutzabstandes stellt der Plangeber zutreffend fest, dass im Bereich Siedlungsstruktur der gesetzlich verankerte Schutzabstand der zweifachen Höhe einer Windenergieanlage hinsichtlich des Belangs der optisch bedrängenden Wirkung (§ 249 Abs. 10 BauGB) berücksichtigt wird. Ausgehend von der planerisch aufgeführten Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 250m ergibt sich daraus ein Mindestabstand zwischen Wohnnutzung und Windenergieanlagen von 500 m ( $2H = 500 \text{ m}$ ).

Unzutreffend und auch unklar ist jedoch, wie der Plangeber den anderweitigen, zusätzlichen Schutzabstand ermittelt.

Sollte davon auszugehen sein, dass der darüberhinausgehende Schutzabstand ein weiches Tabukriterium ist – was aus der einheitlichen Begründung von Tabuzonen nunmehr gerade nicht deutlich wird – würde der Plangeber dennoch verkennen, dass kein Erfordernis für einen derartigen Schutzabstand besteht.

Der Plangeber begründet den insgesamt mit 1080m bzw. 600m angesetzten Schutzabstand auch nach der Überarbeitung der Planbegründung erneut ausdrücklich damit, dass ein zusätzlicher Vorsorgeabstand notwendig sei.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 376, 378 f. -

Eine nähere fachliche Begründung für die Festsetzung dieses Vorsorgeabstands bleibt aber aus.

Auf die möglichen umweltrelevanten Wirkungen von WEA auf Menschen, die der Plangeber nicht weiter differenziert, möchten wir im Folgenden eingehen und darlegen, weshalb auf planerischer Ebene kein Erfordernis für eine solche Vorsorge besteht. Diese umfassen v.a. Schallimmissionen, eine optisch bedrängende Wirkung, Schattenschlagimmissionen und die Wirkung der zum Schutz des Luftverkehrs erforderlichen Tages- und Nachtkennzeichnungen der Anlagen, sowie die Überprägung des Wohnumfeldes (unter B.2.1.2.1). Zudem ist angesichts der Begründung zum Entwurf erkennbar, dass der Plangeber bei der Entscheidung über den Vorsorgeabstand zu Siedlungsstrukturen die zwingend zu berücksichtigende Abwägungsdirektive des § 2 S. 2 EEG außer Acht gelassen hat, indem er der Windenergienutzung keinen Vorrang eingeräumt hat (unter B.2.1.2.2). Schließlich fehlt es auch hinsichtlich des vom Plangeber getroffenen Rotor-Out-Abstandes an einer sachlichen Begründung und nachvollziehbaren Abwägung (unter B.2.1.2.3).

#### B.2.1.2.1 Kein Erfordernis für planerische Vorsorge

Außerhalb des aus dem Belang der optisch bedrängenden Wirkung (§ 249 Abs. 10 BauGB) resultierenden Abstandes von 500m im Bereich Siedlungsstruktur besteht kein weitergehendes Erfordernis für die Vorsorge vor „erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen“ auf regionalplanerischer Ebene durch Festlegung eines Vorsorgeabstandes.

In Bezug auf die umweltrelevanten Wirkungen von WEA auf Menschen in Gestalt von Schallimmissionen ist hervorzuheben, dass bei der Genehmigung von WEAs zum Schutz der Anwohnenden vor Lärm hohe Anforderungen gestellt werden. So müssen unbedingt die in § 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) formulierten Anforderungen des Immissionsschutzrechts eingehalten werden. Die TA-Lärm konkretisiert die rechtlichen Vorgaben des BImSchG und definiert konkrete Richtwerte für Wohn-, Misch- oder Gewerbegebiete. Eine Genehmigung durch die zuständige Immissionsschutzbehörde wird nur erteilt, wenn die Einhaltung dieser Richtwerte nachgewiesen werden kann. Das Erfordernis einer planerischen Vorsorge in Hinblick auf den Schutz vor Schallimmissionen besteht mithin nicht, da die Prüfung der Einhaltung der schallimmissionsschutzrechtlichen Anforderungen vollumfänglich im nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgt.

Dasselbe gilt auch für eine mögliche optische bedrängende Wirkung von WEA auf Menschen. In Bezug auf eine mögliche optisch bedrängende Wirkung hat der Gesetzgeber in § 249 Abs. 10 BauGB klar festgelegt, dass „in der Regel“ keine optisch bedrängende Wirkung vorliegt, wenn der Abstand zwischen WEA und Wohnhaus mindestens die zweifache Anlagenhöhe beträgt. Ob von der Regel abgewichen wird, wird vielmehr erst auf Genehmigungsebene relevant. Auch die aktuelle Rechtsprechung zeigt, dass eine optisch bedrängende Wirkung ausgeschlossen ist, wenn eine Entfernung von 2H zwischen WEA und Wohnhaus eingehalten wird (OVG Münster, Urteil vom 25. März 2025 – 7 D 214/23.AK). Auch danach besteht kein Raum für eine (zusätzliche) planerische Vorsorge auf Planungsebene.

In Bezug auf die Wirkung der zum Schutz des Luftverkehrs erforderlichen Tages- und Nachtkennzeichnungen der WEA gilt die Verpflichtung zur bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung für kennzeichnungspflichtige Windenergieanlagen. Hierdurch werden die umweltrelevanten Wirkungen von WEA auf Menschen durch die erforderlichen Tages- und Nachtkennzeichnungen deutlich reduziert, sodass auch hier eine Vorsorge auf planerischer Ebene nicht erforderlich ist.

Die vom Plangeber genannten umweltrelevanten Wirkungen von WEA auf Menschen rechtfertigen somit keine pauschalen Vorsorgeabstände in der planerisch festgelegten Größenordnung. Wie hier dargelegt wurde, ist der pauschal veranschlagte Vorsorgeabstand weder durch zu befürchtende Schallimmissionen noch durch eine optisch bedrängende Wirkung oder die Wirkung der zum Schutz des Luftverkehrs erforderlichen Tages- und Nachtkennzeichnung der Anlagen zu rechtfertigen. Inwiefern eine Überprägung des Wohnumfeldes mit Windenergieanlagen erfolgt, kann auf Grund der Relevanz spezifischer topografischer Gegebenheiten nur im Einzelfall untersucht werden.

### B.2.1.2.2 Abwägungsdirektive des § 2 S. 2 EEG durch Plangeber zu beachten

Der Plangeber hat zudem im jetzigen Planungsstand § 2 EEG außer Acht gelassen, obwohl die in § 2 S. 2 EEG normierte Abwägungsdirektive auch bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung zwingend zu berücksichtigen ist:

Die in § 2 S. 2 EEG enthaltene Abwägungsdirektive beinhaltet, dass sich die Erneuerbaren Energien im Regelfall gegen andere öffentliche und private Belange durchsetzen sollen:

Der Gesetzgeber hat mit dem „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ vom 20.07.2022 unter anderem in § 2 EEG ausdrücklich geregelt:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden.“

Zur Rechtswirkung des § 2 EEG führt der Gesetzgeber in den Gesetzesmaterialien konkret aus:

„Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u.a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen oder sie im Einzelfall überwiegen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind wie z.B. Belange zur unmittelbaren Sicherheit der Landes- und Bündnisverteidigung (§ 2 Satz 3 EEG 2023) oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.“

- BT-Drucksache 20/1630 (Gesetzentwurf Bundesregierung), S. 159 -

Klar und unmissverständlich tritt damit hervor, dass sich die Belange der erneuerbaren Energien nach dem erklärten Willen des Gesetzgebers im Rahmen einer Abwägung gegen widerstreitende Belange durchsetzen sollen. Nur in Ausnahmefällen soll die Schutzgüterabwägung noch zulasten der Belange erneuerbarer Energien ausfallen können.

Die so umschriebene Wirkung von § 2 EEG entspricht wohl am ehesten der Qualität einer sog. „Gewichtungsvorgabe“. Gewichtungsvorgaben messen einem Belang oder Interesse – verbindlich – ein so hohes Gewicht bei, dass sie, so die ständige Rechtsprechung

„in der Interessenabwägung zugunsten des Vorhabens erheblich zu Buche schlagen“

- so die stRspr des BVerwG, vgl. Urteile v. 12.06.2019 (9 A 2/18), v. 12.03.2008 (9 A 3.06) und v. 23.04.2014 (9 A 25.12) jeweils m.w.N. -

also diesen Belangen erhöhte Durchsetzungskraft verleihen, sodass sich diese in der Abwägung regelhaft durchsetzen, allerdings: Ohne den derart aufgewerteten Belang ganz der Abwägung zu entziehen und einen Abwägungsvorgang zu erübrigen - ähnlich den aus dem Fachplanungsrecht bekannten „Optimierungsgeboten“.

- OVG Lüneburg, Beschl. v. 12.10.2022 (12 MS 188/21) vgl. zu Optimierungsgeboten BVerwG, Urt. v. 22.03.1985 (4 C 73/82) -

Auch bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ist eine Schutzgüterabwägung durch den Plangeber vorzunehmen, bei welcher die nunmehr in § 2 S. 2 EEG normierte Abwägungsdirektive zwingend Berücksichtigung finden muss. So heißt es in § 7 Abs. 2 S. 1 ROG:

„Bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen.“

Unzureichend ist, dass sich der Plangeber allein darauf beruft, dass er mit der Ausweisung der Flächen die notwendig zu erreichenden Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 des WindBG bzw. nach Anlage des NWindBG erreichen wird, sodass dem § 2 EEG bereits damit Genüge getan sei.

- vgl. Abwägungssynopse zum 1. RROP-Entwurf, S. 342 -

Denn die in § 2 S. 2 EEG normierte Abwägungsdirektive gilt bis zur Erreichung der Treibhausgasneutralität und damit auch über die Erreichung der in Anlage 1 zum WindBG bzw. der in der Anlage zum NWindG festgesetzten Flächenbeitragswerte hinaus.

Die bei der Aufstellung des Regionalplans zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung vorzunehmende Abwägungsentscheidung des hiesigen Plangebers ist damit an § 2 S. 2 EEG zu messen:

Dabei hat der hiesige Plangeber bei der Aufstellung seines Planungskonzeptes zwingend zu beachten, dass nicht nur auf der Ebene des zweiten Arbeitsschrittes seines Plankonzeptes, der sog. Einzelfallprüfung,

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 371 -

eine Abwägungsentscheidung stattfindet, bei der die in § 2 S. 2 EEG normierten Abwägungsdirektive zwingend zu berücksichtigen und der Windenergienutzung damit Vorrang einzuräumen ist. Vielmehr wäre auch bei der Ermittlung der, vom hiesigen Plangeber benannten, weichen Tabuzonen (hinsichtlich derer er in der konkreten Begründung keine Differenzierung zu harten Tabuzonen vornimmt) eine Schutzgüterabwägung vorzunehmen und § 2 EEG daher auch auf dieser Ebene zwingend als „Abwägungsdirektive“ zu berücksichtigen.

Soweit es in der Begründung zum 2. RROP-Entwurf jedoch zur Ermittlung der „weichen“ Tabuzonen heißt

„Ergänzt wird das Planungskonzept durch sogenannte weiche bzw. vorsorgeorientierte Tabuzonen. Die weichen Tabuzonen liegen im Ermessensspielraum des Planungsträgers. In den Bereichen der weichen Tabuzonen wäre zwar generell eine Windenergienutzung möglich, das Planungskonzept sieht jedoch vor, dass diese Bereiche nicht als Vorranggebiete Windenergienutzung ausgewiesen werden sollen.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 370 -

liegt die Vermutung nahe, dass der Plangeber das Erfordernis, bei der Erarbeitung seines Plankonzeptes und der Festlegung von „weichen“ Tabuzonen ebenfalls § 2 S. 2 EEG als Gewichtungsvorgabe zu berücksichtigen, bisher nicht erkannt hat. Deutlich wird dies vor allem bei der konkreten Begründung zum Kriterium Siedlungsstruktur:

„Die Tabuzone dient als zusätzlicher Schutzabstand. Dieser Abstand trägt zum Immissionsschutz und zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte bei. Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG soll bei der Errichtung und beim Betrieb von genehmigungsbedürftigen Anlagen Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen werden.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 376 -

Der Plangeber stützt sich bei der Begründung des pauschalen Vorsorgeabstandes darauf, dass der Abstand zur Vorsorge schädlicher Umwelteinwirkungen erforderlich sei. Er hat dabei jedoch, wie bereits ausführlich dargelegt, verkannt, dass die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Genehmigungsverfahren umfassend geprüft werden und ein planerischer Vorsorgeabstand gar nicht notwendig ist.

Die Begründung des Plangebers zeugt zum anderen davon, dass die Belange der Windenergienutzung nicht in die vorzunehmende Abwägung eingestellt und damit auch die in § 2 S. 2 EEG normierte Abwägungsdirektive unberücksichtigt gelassen hat. Denn: Der Ausgleich zwischen den durch die Planung berührten Belangen wird hier in einer Weise vorgenommen, der zur Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht und der Windenergienutzung - entgegen der Abwägungsdirektive in § 2 S. 2 EEG und trotz des Erfordernisses eines Vorrangs der Windenergienutzung bei ordnungsgemäßer Abwägung - keinen Vorrang einräumt. Unter Berücksichtigung der vom Gesetzgeber eindeutig formulierten Dringlichkeit des Ausbaus der Erneuerbare Energien ist dies jedoch zwingend geboten.

Die Verknennung der Gewichtungsvorgabe des § 2 S. 2 EEG im Rahmen der vorzunehmenden Abwägung bei der Festlegung von Tabukriterien führt im Ergebnis dazu, dass die Festlegung des Vorsorgeabstandes abwägungsfehlerhaft sein wird. Der Plangeber hat damit bei der erneuten Überarbeitung des Planentwurfes den Abwägungsvorrang gem. § 2 S. 2 EEG und mithin die Belange der Windenergienutzung derart zu gewichten und in die Abwägung einzustellen, dass er zwingend zu dem Ergebnis kommen muss, dass die Windenergienutzung sich auch innerhalb des Vorsorgeabstandes durchsetzen wird. Die Abwägungsentscheidung ist folglich, unter Beachtung des § 2 S. 2 EEG, dringend dahingehend zu korrigieren, dass auf den Vorsorgeabstand um Siedlungsstrukturen verzichtet wird.

### B.2.1.2.3 Rotor-Out-Zugabe

Auch hinsichtlich des vom Planungsträger getroffenen Rotor-Out-Abstandes fehlt es an einer sachlichen Begründung und nachvollziehbaren Abwägung.

So führt der Planungsträger zur Rotor-Out-Zugabe aus:

„Aufgrund rechtlicher Grundlagen oder aufgrund des planerischen Willens erfolgt teilweise eine Rotor-Out-Zugabe auf die Tabuzonen. Die Rotor-Out-Zugabe entspricht dem Rotorradius der ermittelten Referenz-Windenergieanlage von 80 m.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 370 -

Unter der konkreten Begründung zum Abstand zur Siedlungsstruktur fehlt es sogar vollständig an einer Begründung. An der Nachvollziehbarkeit fehlt es darüber hinaus deswegen, da der Planungsträger – ohne jegliche Begründung – zu einigen Tabuzonen eine Rotor-Out-Zugabe macht, zu anderen wiederum nicht. Diese Differenzierung ist willkürlich und nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen führt die Berücksichtigung der Rotor-Out-Zugabe zu einer doppelten Einbeziehung der Rotorblattlänge als Vorsorgeabstand. Denn bereits für die Festlegung des Abstandes nach Maßgabe des § 249 Abs. 10 Satz 1 BauGB wird der Abstand „von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken“ gemessen und beläuft sich auf mindestens die zweifache Höhe der Windenergieanlage. Eine zusätzliche Rotor-Out Zugabe führt damit zu einer doppelten Berücksichtigung der Rotorlänge und ist somit unzulässig.

Auch hier gelten die bereits oben dargestellten Ausführungen, wonach im Wege der erforderlichen Abwägung § 2 S. 2 EEG zwingend zu berücksichtigen ist und sich hiernach Windenergieanlagen im Regelfall gegen andere öffentliche und private Belange durchsetzen sollen. Dies gilt damit insbesondere für den Bereich, den der Plangeber als sog. „Rotor-out-Abstand“ festgelegt hat, da die Festlegung eines solchen Abstandes sachlich nicht gerechtfertigt und darüber hinaus schon nicht nachvollziehbar ist.

### B.2.1.2.4 Ergebnis

Im Ergebnis ist das Kriterium Siedlungsstruktur einschließlich der darunter konkret aufgeführten Siedlungsbereiche gem. § 30 und 34 BauGB, Krankenhäuser und Pflegeheime sowie vergleichbarer Bebauungen wie beispielsweise Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich schon aufgrund der fehlerhaften Planungsmethodik im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes nicht anwendbar, sodass dieses Kriterium der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche nicht entgegensteht.

Im Übrigen verbliebe die hier gegenständlich beantragte Fläche aber selbst nach der Auswahl über dieses Tabukriterium in der Flächenkulisse, da dieses Tabukriterium nur hinsichtlich desjenigen 500m-Abstands anwendbar ist (mit Ausnahme von Gewerbe- und Industriegebieten), der aus dem gesetzlich verankerten Schutzabstand hinsichtlich des Belangs der optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB resultiert.

### B.2.1.3 Kriterium Waldrand

Auch das Kriterium Waldrand steht der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche nicht entgegen.

Denn die besondere Bedeutung der Waldränder für die Artenvielfalt und die Erholung rechtfertigt nicht die Anlegung eines pauschalen Mindestabstandes auf Planungsebene. Nach der planerischen Begründung sollen die Waldränder als Übergangszonen zwischen den offenen und geschlossenen Bereichen von störenden Nutzungen und Bebauungen freigehalten werden. Zugleich wird näher ausgeführt, dass der Abstand der Wahrung des Landschaftsbilds, einem vorsorgeorientierten Schutz vor Schäden und der langfristigen Erhaltung wichtiger Klima- und Artenschutzfunktionen und forstwirtschaftlich-maschineller Bewirtschaftungsmöglichkeiten dient.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 391 -

Dabei erfolgt aber keinerlei fachliche Begründung, welche Arten durch den Bau oder Betrieb von Windenergieanlagen am Waldrand beeinträchtigt werden, die nicht bereits durch das BImSchG-Genehmigungsverfahren intensiv untersucht und deren Fortbestand geschützt wird. Vielmehr erfolgt lediglich eine pauschale Begründung zur Bedeutung des Waldrandes:

„Die Bedeutung des Waldrandes geht über die ökologische Wertigkeit des Waldrandes hinaus und begründet sich in der besonderen Bedeutung als Puffer des Waldes mit entsprechender Bedeutung der Schutzwürdigkeit, Sensibilität und dem Anspruch auf ggf. rasche Wiederherstellung dieser Funktionen durch eine Wiederbewaldung mit heterogen ausgeprägten intakten Strukturen und Bestockung.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 391 -

Ebenso rechtfertigt die Bedeutung von Waldrändern für die Erholung keinen pauschalen Abstand zum Waldrand. Das gilt vorliegend insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass es sich bei den die gegenständliche Fläche betreffenden Waldrändern überwiegend um Kalamitätsflächen handelt. Hierbei bleibt fraglich, wie sich der Schutzbedarf einer Randlinie von Kalamitätsflächen gegenüber dem beschleunigten Ausbau von Windenergie in der Schutzgüterabwägung durchsetzen kann. Im Übrigen bleibt auch unklar, inwiefern Waldränder von Kalamitätsflächen der Erholung dienen. Wir unterstützen den Schutz von Flächen, die der landschaftsbezogenen Erholung dienen, sehen hier aber eine differenzierte Betrachtung der Flächen als Voraussetzung. Landschaftsräume sind nach unserem Verständnis nur dann mit der Begründung der Erholung schützenswert, wenn sie sich durch eine herausragende Landschaftsqualität hervorheben und aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit oder ihrer kulturhistorischen Bedeutung besonders für die ruhige Erholung und die Naherholung geeignet sind. Eine pauschale Festlegung von Waldrandlinien als Tabuzonen mit Abstandsflächen und etwaiger Rotor-Out-Zugabe verfehlt eine ausreichende fachliche Begründung. Der Ausgleich zwischen den durch die Planung berührten Belangen wird hier in einer Weise vorgenommen, der zur Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht und insbesondere die in § 2 S. 2 EEG normierte Abwägungsdirektive rechtsfehlerhaft unberücksichtigt lässt. Die fehlerhafte Gewichtung der Belange der Windenergienutzung im Rahmen der zwingend vorzunehmenden Abwägung bei der Festlegung eines pauschalen Abstandes zu Waldflächen führt damit bereits für sich genommen zur Fehlerhaftigkeit der Abwägungsentscheidung. Auch hier gilt: Hätte der Plangeber § 2 S. 2 EEG und damit die Belange der Windenergienutzung im Rahmen der Abwägung berücksichtigt, so hätte er zwingend zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die Windenergienutzung sich auch innerhalb des vom Plangeber gewählten Abstandes von 100m bzw. 180m zu Waldflächen durchsetzen muss.

Im Ergebnis steht der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche damit auch nicht das Kriterium Waldrand entgegen.



### B.2.1.4 Verbleiben der Fläche in der Potenzialflächenkulisse – Erfüllung des Kriteriums: Windpark aus mindestens drei Windenergieanlagen sowie Bildung von Potenzialflächenclustern

Die gegenständlich beantragte Fläche verbleibt auch unter Berücksichtigung der weiteren Kriterien im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes in der Potenzialflächenkulisse.

Entgegen dem Vorbringen des Planungsträgers in der Abwägungssynopse zum 1. RROP-Entwurf sind insbesondere die Kriterien erfüllt, welche die Eignung des potentiellen Windparks mit mindestens drei Windenergieanlagen auf im Zusammenhang stehenden Flächen vorsehen.

So bringt der Planungsträger in der Abwägungssynopse vor:

„Der Landkreis Northeim verfolgt mit seinem grundlegenden Planungsansatz die Absicht, eine Konzentration von mindestens drei Windenergieanlagen im räumlich zusammenhängenden Komplex zu erreichen. Nach Abzug der im Planungskonzept festgelegten Tabukriterien verbleibt im vom Einwender angesprochenen Bereich des Gebietes Offensen 03 a (1. RROP-Entwurf) eine Potenzialfläche im Offenlandbereich. Diese ist nicht geeignet für eine Konzentration von 3 Anlagen aufgrund des geringen Flächenzuschnitts. Eine Komplexbildung mit der Potenzialfläche Offensen 01 ist nach erneuter Überprüfung nach dem ersten Beteiligungsverfahren zum RROP aufgrund der Topographie und Struktur des räumlichen Umfelds und Distanz zwischen den Potenzialflächen nicht gegeben.“

- vgl. Abwägungssynopse zum 1. RROP-Entwurf, S. 342 -

Demgegenüber ist die Bildung eines einheitlichen, komplexen Gebiets unter Berücksichtigung der nördlich und südlich liegenden, hier beantragten Potenzialfläche, möglich, da diese Flächenbildung den eigenen planerischen Kriterien entspricht.

So überschreiten beide Flächen die Mindestgröße von 0,5 ha sowie eine Mindestbreite von 10m.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 399 -

Zum anderen sind die nördlich und südlich liegende Fläche als einheitliche Potenzialfläche zu betrachten, die insgesamt die Eignung für die Realisierung von mindestens drei Windenergieanlagen bietet.

Ausweislich der Planbegründung

„[...] werden auch kleine Flächen berücksichtigt, die Raum für mindestens eine Anlage bieten, wenn sie in einem räumlich funktionalen Zusammenhang zu anderen Potenzialflächen liegen. Für die Ermittlung dieser Potenzialflächenkomplexe wird zunächst ein maximaler Abstand von 1.000 m als Voraussetzung eines räumlichen Zusammenhangs angenommen.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 400 -

Auf der nördlich liegenden Fläche plant die [Inhalt anonymisiert] die Errichtung von einer Windenergieanlage. Auf der südlich liegenden Fläche plant sie die Errichtung von zwei bis drei Windenergieanlagen. Die nördlich und südlich liegende Fläche liegen auch weniger als 1000m voneinander entfernt. Auch besteht ein räumlich-funktionaler Zusammenhang zwischen den beiden Flächen, sodass diese Flächen ein Flächencluster abbilden. Denn beide Flächen zeichnen sich durch landwirtschaftlich genutzte Flächen am Waldrand aus. Zwischen den Potenzialflächen befindet sich lediglich ein schmaler Waldstreifen und ein Bachlauf. Zudem ist der Baumbestand in diesem Bereich nicht durchgehend und darüber hinaus deutlich beschädigt. Der Höhenunterschied zwischen den Potenzialflächen und dem tiefer gelegenen Bachlauf des Lohbachs beläuft sich auf maximal 50 Meter. Nicht gefordert ist von der Planbegründung hingegen, dass es sich räumlich um eine einheitliche und homogene Fläche handeln muss. Abbildung 3 zeigt den hier eindeutig vorliegenden räumlichen Zusammenhang.

[ 2 KARTENAUSSCHNITTE ]

Abbildung 2: Google Maps, 20. November 2023 Abbildung 3: OpenStreetMap, 20. November 2023

Aus der weiteren Planbegründung zur Eignung der Potenzialfläche für mindestens drei Windenergieanlagen wird zudem deutlich, dass das Kriterium des räumlich-funktionalen Zusammenhangs nicht überbeansprucht werden kann und damit die Begrifflichkeit des räumlich-funktionalen Zusammenhangs weit zu verstehen ist. Denn in der Begründung zum Planentwurf wird unter dem Kriterium, dass sich die Gebiete für Windparks mit mindestens drei Windenergieanlagen eignen müssen, konkret ausgeführt:

„Windenergieanlagen in einem Windpark müssen bestimmte Abstände zueinander einhalten, um sich während des Betriebs nicht gegenseitig zu stören.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 400 -

Weiter geht aus der Planbegründung ausdrücklich hervor:

„Ausgehend von der Referenzanlage müssten die Windenergieanlagen demnach in Hauptwindrichtung mit einem Abstand von mindestens 800 m zueinanderstehen und quer zur Hauptwindrichtung mit einem Abstand von mindestens 480 m.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 400 -

Eindeutig ist danach, dass der Planungsträger Mindestabstände vorsieht, die zwischen Windenergieanlagen einzuhalten sind und zugleich maßgeblich sind, ob die Gebiete Raum für die Realisierung von mindestens drei Windenergieanlagen bieten.

In diesem Kontext wird in der Planbegründung weiter ausgeführt:

„Die Potenzialflächen, die nicht in Zusammenhang mit benachbarten Flächen liegen und auf denen keine drei Windenergieanlagen Raum finden, werden nicht weiter betrachtet.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 401 -

Der Planungsträger geht also selbst davon aus, dass Windenergieanlagen – und das unabhängig von den Gegebenheiten der konkreten Fläche, auf der sie errichtet werden sollen – einen jeweiligen Mindestabstand zueinander einhalten müssen. Dieser Mindestabstand kann schon dem Wortlautverständnis nach weiter als 800m sein, da er eine Mindestvorgabe darstellt. Gewissermaßen stehen also das planerische Kriterium des Mindestabstands der WEA (800m bzw. 480m) zueinander sowie das Kriterium des maximalen Abstands der Flächen (1000m) zueinander in einem Spannungsverhältnis. Nach diesem Spannungsverhältnis verbliebe unter Umständen nur wenig Raum für die Bildung von Flächenclustern. Damit sich das Kriterium der Bildung von Potenzialflächenclustern aber hinreichend durchsetzen kann, ist daher der Begriff des räumlich-funktionalen Zusammenhangs weit zu verstehen ist. Gerade auch unter dieser Betrachtung besteht ein räumlich-funktionaler Zusammenhang zwischen der nördlich und südlich liegenden Fläche.

Im Ergebnis handelt es sich bei der gegenständlich beantragten Fläche um eine nach den planerischen Kriterien zusammenhängende Fläche (Potenzialflächencluster), die Raum für mindestens drei Windenergieanlagen bietet. Die Fläche verbleibt nach Anwendung der planerischen Kriterien insgesamt in der Potenzialflächenkulisse.

### B.2.1.5 Ergebnis

Im Ergebnis verbleibt die beantragte Fläche im Hinblick auf den ersten Arbeitsschritt der planerischen Methodik als Potenzialfläche. Es fehlt bereits an einer nachvollziehbaren Planungsmethodik im Hinblick auf die planerisch ermittelten Tabuzonen, sodass diese Kriterien der gegenständlich beantragten Flächenausweisung schon nicht entgegengehalten werden können. Darüber hinaus stünden auch die einzelnen Tabukriterien der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche nicht entgegen. Auch unter Berücksichtigung der weiteren Kriterien, also über die Tabukriterien des ersten Arbeitsschrittes hinaus, verbleibt das beantragte Gebiet in der Potenzialflächenkulisse.

### B.2.2 Erfüllung der Kriterien des zweiten Arbeitsschrittes

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Auch nach Durchführung des zweiten Arbeitsschrittes ist die beantragte Fläche in die Gebietskulisse aufzunehmen, da diese die planerischen Kriterien erfüllt.

Das gilt vor allem auch hinsichtlich der im Rahmen des zweiten Arbeitsschrittes durchzuführenden Einzelfallprüfung.

„Hierbei wird eine abschließende Abwägung nach allen bereits auf Ebene der Regionalplanung erkennbaren Belangen durchgeführt und in der Begründung sowie den als Anlage der Begründung angehängten Gebietsblättern dokumentiert. Eine entscheidende Bedeutung hat hierbei die voraussichtliche Genehmigungs- und Betriebsfähigkeit von Windenergieanlagen.“

- Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 371 -

Konkret im Hinblick auf den Artenschutz kommt die Einzelfallprüfung für die Fläche Offensen 01 zu dem zutreffenden Fazit, dass im Bereich der Fläche keine unüberwindbaren Hindernisse bestehen.

- vgl. Anlage 4.2.1-1 zum Teil Windenergienutzung 2. RROP-Entwurf, S. 152 -

Auch hinsichtlich des Bereichs, der über die aktuell im Entwurf befindliche Fläche hinausgeht und Gegenstand des vorstehenden Antrags ist, bestehen keine unüberwindbaren artenschutzrechtlichen Bedenken. So hat das Ergebnis der im Umkreis der Fläche durchgeführten faunistischen und avifaunistischen Untersuchungen (siehe Anlagen 2 und 3) dazu geführt, dass der nördlich liegende Flächenzuschnitt angepasst wurde, um die artenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Aus den Untersuchungen geht insgesamt hervor, dass unter Einhaltung der vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen während Planungs-, Bau- und Betriebsprozesses keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu erwarten sind. Im Ergebnis bestehen deswegen auch keine unüberwindlichen artenschutzrechtlichen Bedenken.

Vorstehende Ausführungen gelten vor allem auch unter Berücksichtigung der überarbeiteten planerischen Begründung, die selbst davon ausgeht, dass die Möglichkeit artenschutzrechtlicher Hindernisse sowie das Vorhandensein von besetzten Horsten grundsätzlich kein pauschales Ausschlusskriterium bei der planerischen Flächenausweisung ist.

- vgl. Begründung zum 2. RROP-Entwurf, S. 420 -

Mithin ist von einer Genehmigungs- und Betriebsfähigkeit der geplanten Windenergieanlagen auszugehen. Im Ergebnis ist die beantragte Fläche daher auch unter Berücksichtigung der Kriterien des zweiten Arbeitsschrittes in die Gebietskulisse aufzunehmen.

### B.2.3 Erfüllung der Kriterien des dritten Arbeitsschrittes

Auch unter Berücksichtigung der beantragten Fläche kann sichergestellt werden, dass das gem. § 2 NWindG i.V.m. § 3 Abs. 2 WindBG vorgegebene regionale Teilflächenziel erreicht ist. Mithin ist die beantragte Fläche auch unter Berücksichtigung des Kriteriums des dritten Arbeitsschrittes in die Gebietskulisse aufzunehmen.

### B.2.4 Schließlich: Überwiegendes öffentliches Interesse an der Windenergienutzung

Neben den planerisch gewählten Kriterien ist auch das überwiegende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung als erneuerbare Energie zu berücksichtigen.

Auch an dieser Stelle ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass es unzureichend ist, wenn sich der Plangeber allein darauf beruft, dass er mit der Ausweisung der Flächen die notwendig zu erreichenden Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 des WindBG bzw. nach Anlage des NWindG erreichen wird und dementsprechend zu dem Ergebnis kommt, dass dem § 2 EEG bereits damit Genüge getan sei.

- vgl. Abwägungssynopse zum 1. RROP-Entwurf, S. 342 -

Denn die in § 2 S. 2 EEG normierte Abwägungsdirektive gilt bis zur Erreichung der Treibhausgasneutralität und damit auch über die Erreichung der in Anlage 1 zum WindBG festgesetzten Flächenbeitragswerte hinaus.

Vielmehr gebietet das überwiegende öffentliche Interesse an erneuerbaren Energien zusätzlich das durch Europa – und bundesrechtliche Vorschriften zum Ausdruck kommende besondere Interesse an einer

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

gesteigerten Nutzung der Windenergie, die raumordnungsrechtlich geeignete Fläche in ihrer Gesamtheit als Vorranggebiet für die Windenergienutzung vorzusehen. Ein besonderes Interesse an der Ausweisung des gesamten Gebietes für die Windenergienutzung folgt bereits aus dem Umstand, dass gesetzgeberisch normiert ist, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient.

Denn daran, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zum Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen, bestand jedenfalls nach der gesetzgeberischen Grundentscheidung in § 2 EEG kein Zweifel mehr.

So ergibt sich aus § 2 S. 1 EEG 2023:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.“

Der deutsche Gesetzgeber hat damit die Diskussion darüber, ob für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses sprechen, endgültig beendet. Weiterhin ist auf europäischer Ebene ebenfalls die gesetzgeberische Grundentscheidung getroffen worden, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen, vgl. Art. 3 Abs. 1 der EU Notfallo (2022/2577) bzw. Art. 16f RED III (2023/2413).

Damit ist nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene unmissverständlich klargestellt, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen.

Auch die höchstrichterliche Rechtsprechung hat in ihrer Grundsatzentscheidung vom 24. März 2021 angemahnt, dass die bisherigen Anstrengungen für den Schutz des Klimas nicht ausreichen und damit ein zwingendes Erfordernis besteht, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern und zu beschleunigen. Das oberste deutsche Gericht verlangt

„den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten“

- BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021 (1 BvR 2656/18; 1 BvR 78/20; 1 BvR 96/20; 1 BvR 288/20) -

Namentlich verbietet das verfassungsrechtliche Klimaschutzgebot aus Art. 20a GG ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel:

„Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dem steht neben den grundrechtlichen Schutzpflichten vor allem das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG entgegen, welches die Gesetzgebung – verfassungsrechtlich maßgeblich – durch das Ziel konkretisiert hat, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.“

- BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021 (1 BvR 2656/18; 1 BvR 78/20; 1 BvR 96/20; 1 BvR 288/20) -

Das Gericht bringt damit zum Ausdruck, dass die Anstrengungen im Hinblick auf den Klimaschutz zu maximieren und alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten sind, um einen möglichst frühzeitigen Übergang zur Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu muss ein Baustein insbesondere der zeitnahe Ausbau der erneuerbaren Energien sein. Zusammenfassend kommt dem vom Bundesverfassungsgericht besonders betonten möglichst raschen und frühzeitigen Übergang zur Klimaneutralität durch eine nachhaltige Energieerzeugung also ein evidentes Gewicht zu, das bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ebenfalls zwingend zu berücksichtigen ist. So steuert die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen einem – verfassungswidrigen – unbegrenztem Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel wirksam entgegen.

Der deutsche Gesetzgeber verfolgt nicht zuletzt mit der Festlegung von sog. Flächenbeitragswerten in der Anlage 1 zum WindBG insoweit das überragende Allgemeinwohntinteresse an einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energieversorgung auch für künftige Generationen. Zur Erreichung dieser Ziele ist jedoch eine grundlegende Änderung der regionalplanerischen Praxis notwendig: Bei der Flächenbetrachtung und Abwägung müssen nunmehr die Belange der Windenergienutzung entsprechend der in § 2 S. 2 EEG normierten Abwägungsdirektive gewichtet werden und sich bei der Abwägung widerstreitender Interessen im Ergebnis durchsetzen.

Mithin besteht ein überragendes öffentliches Interesse an dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und insbesondere am Ausbau der Windenergienutzung. Die Erweiterung der Vorrangfläche „Offensen 01“ entsprechend dem gestellten Antrag liegt damit im besonderen öffentlichen Interesse und ist demnach dringend geboten.

### C. Fazit

Im Ergebnis ist die beantragte Fläche in die Gebietskulisse des in Aufstellung befindlichen Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Northeim aufzunehmen, da die Fläche den eigens gewählten planerischen Kriterien entspricht. Dies gilt, soweit die planerischen Kriterien zu berücksichtigen sind.

So verbleibt die beantragte Fläche bereits im Hinblick auf den ersten Arbeitsschritt der planerischen Methodik als Potenzialfläche. Denn im Hinblick auf die planerisch ermittelten Tabuzonen fehlt es bereits an einer nachvollziehbaren Planungsmethodik, sodass diese Kriterien der gegenständlich beantragten Flächenausweisung schon nicht entgegengehalten werden können. Darüber hinaus stünden auch die einzelnen Tabukriterien – selbst für den Fall, dass diese zu berücksichtigen wären – der Ausweisung der gegenständlich beantragten Fläche nicht entgegen. Auch unter Berücksichtigung der weiteren Kriterien des ersten Arbeitsschrittes verbleibt das beantragte Gebiet in der Potenzialflächenkulisse.

Die beantragte Fläche ist auch nach Durchführung des zweiten Arbeitsschrittes in die Gebietskulisse aufzunehmen. Das gilt vor allem deswegen, da hinsichtlich des Artenschutzes keine unüberwindbaren Hindernisse bestehen, wonach von einer Genehmigungs- und Betriebsfähigkeit der geplanten Windenergieanlagen auszugehen ist.

Schließlich ist mit der zusätzlichen Flächenausweisung auch das Kriterium des dritten Arbeitsschrittes – die Sicherstellung des Erreichens des nach § 2 NWindG i.V.m. § 3 Abs. 2 WindBG vorgegebenen Teilflächenziels – erfüllt.

In Bezug auf das geplante Vorranggebiet Offensen 1 empfehlen wir daher, unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Förderung der Windenergienutzung, die Erweiterung des Vorranggebietes entsprechend des Flächenvorschlags in Abbildung 1 („Potenzialfläche [Inhalt anonymisiert]“). Dies ermöglicht eine erhebliche Leistungssteigerung im Vergleich zu den potenziellen Anlagenstandorten innerhalb der im Entwurf vorgesehenen Flächenzuschnitte und führt zu einer Konzentration von Windenergieanlagen im Planungsraum.

Vor dem Hintergrund der übergeordneten Flächen- und Ausbauziele möchten wir hervorheben, dass es unbedingt erforderlich ist, geeignete Flächenpotenziale, deren rasche Umsetzung aufgrund der Mitwirkungsbereitschaft von Flächeneigentümern und des fortgeschrittenen Entwicklungsstandes möglich ist, vorrangig und vollumfänglich zu entwickeln.

[ANLAGE 1 KARTE OFFENSEN]

[ANLAGE 2 STELLUNGNAHME ZU DEN FAUNISTISCHEN UNTERSUCHUNGEN]

[ANLAGE 3 HORSTKARTIERUNG OFFENSEN]

### **Abwägung:**

#### *Wird nicht gefolgt*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden (s. Stellungnahme-ID 262, BE-ID 957 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht erachtet.

Der in der Einwendung genannte Erweiterungsbereich bezieht sich auf den planerisch angewendeten Waldrand- und Siedlungsabstand und einer Vergrößerung des Gebietes um eine zusätzliche Fläche nördlich des Lohbachs bzw. nördlich des Vorranggebietes Offensen 01.

Aus Gründen der Klarstellung und Nachvollziehbarkeit ergeht an dieser Stelle der Hinweis, dass die in der Einwendung geforderte Erweiterungsfläche (Anlage 1 zum Einwand) des Vorranggebietes Offensen 01 im Flächenzuschnitt großflächig bereits im 1. Beteiligungsverfahren unter der Stellungnahme-ID 262, BE-ID 957 vorgebracht wurde. Die Flächenabgrenzung der geforderten Erweiterungsfläche im 2.

Beteiligungsverfahren wurde lediglich um den Nahbereich eines Rotmilanhorstes verkleinert.

Der geforderte Erweiterungsbereich erfüllt im Vergleich vom 1. zum 2. RROP-Entwurf weiterhin unverändert die Kriterien zur Festlegung als Vorranggebiet nicht.

Zur Klarstellung und Sachaufklärung wird Folgendes ausgeführt:

Die Kritik, die Abwägung und Begründung im Rahmen der RROP- Erarbeitung sei fehlerhaft und nicht nachvollziehbar, wird entschieden zurückgewiesen. Die Abwägung und Begründung wird von Seiten des Regionalplanungsträgers auch nach der Überprüfung und Überarbeitung im Rahmen der Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf als hinreichend und sachgerecht erachtet. Die Begründung zu den Vorranggebieten Windenergienutzung sowie die Gebietsblätter wurden im 2. RROP-Entwurf um Erläuterungen ergänzt, die aus Sicht des Planungsträgers zur Nachvollziehbarkeit beitragen.

Mit dem zugrundeliegenden Planungskonzept erfüllt der Planungsträger die gesetzlichen Anforderungen für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung vollumfänglich. Der Planungsträger muss bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung nicht den gesamten Planungsraum flächendeckend untersuchen und die Entscheidung darlegen, welche gegen die Aufnahme einer Fläche erfolgt. § 249 Abs. 6 Satz 2 BauGB hebt hierbei nochmal hervor, was für reine Vorrangplanungen, d. h. Planungen ohne Ausschlusswirkung, wie die vorliegende, in Bezug auf Vorrangflächen Windenergienutzung, ohnehin gilt: Eine planerische Begründung ist allein für die ausgewählten, nicht jedoch für die nicht ausgewählten Vorranggebietsflächen erforderlich. Der Planungsträger muss nicht beweisen, mit den festgelegten Windenergiegebieten eine „Bestenauswahl“ getroffen zu haben. Es ist für das Planungskonzept ausreichend darzulegen, dass sich die Windenergienutzung auf den festgelegten Gebieten im Grundsatz durchsetzen kann und beschränkt sich im Ergebnis auf die Festlegung und Rechtfertigung der Positivflächen, um die Eignung der ausgewiesenen Vorranggebiete für eine mögliche Windenergienutzung sicherzustellen. Dies hat der Regionalplanungsträger für die getroffenen Festlegungen vollumfänglich erfüllt.

Das überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung und den Betrieb von WEA (§ 2 EEG) wird im Rahmen der Abwägungs- und Ermessensentscheidung bei der Auswahl der Vorranggebiete Windenergienutzung berücksichtigt. § 2 EEG bewirkt allerdings nicht, dass in jedem Konfliktfall stets und automatisch eine regionalplanerische Entscheidung zugunsten der Windenergie ergehen muss. Auf Ebene der Regionalplanung ändert ein überragendes öffentliches Interesse nichts daran, dass eine Abwägung nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG stattfinden muss, in die alle öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abzuwägen sind. Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Dabei sollen alle maßgeblichen Belange ordnungsgemäß ermittelt und beurteilt werden. Die planerische Abwägung umfasst grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Der Abwägungsspielraum wurde dabei bereits durch die verbindlichen Vorgaben von Teilflächenzielen vorbestimmt.

Die Planung der Vorranggebiete Windenergienutzung geht über die Anforderungen eines immissionsschutzrechtlichen Verfahrens hinaus, um einen zusätzlichen Schutz von Mensch sowie Natur und Landschaft zu gewährleisten und um die unterschiedlichen – oftmals konkurrierenden – Interessen an der Nutzung des Planungsraums bestmöglich zu berücksichtigen. Der Planungsträger gibt dem Interesse der Gleichbehandlung der Bevölkerung durch die grundsätzliche Anwendung einheitlicher Abstands- und Abwägungskriterien gegenüber dem Interesse der Anlagenbetreiber und Grundstückseigentümern, mit den geplanten Vorhaben bzw. Standorten in ein Vorranggebiet Windenergienutzung einbezogen zu werden, den Vorzug. Eine fehlerhafte Planung oder Abwägung, wie in der Einwendung beschrieben, lässt sich daraus nicht generieren. Der Regionalplanungsträger ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen über das erreichte Teilflächenziel hinaus als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen sich eine Windenergienutzung im Grundsatz und bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgelagerten Verfahren durchsetzen kann. Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 WindBG ist mit dem Erreichen der regionalen Teilflächenziele für die Ausweisung von Windenergie an Land dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Windenergie nach § 2 EEG ausreichend Rechnung getragen.

Die Erweiterungsfläche erfüllt aufgrund des angesetzten Planungskonzeptes für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung mit seinen Tabuzonen, entsprechenden Abstandskriterien und planerischen Kriterien der Einzelfallprüfung und kumulativen Prüfung aktuell nicht die Voraussetzungen für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung im laufenden RROP-Neuaufstellungsverfahren. Auch die in der Einwendung vorgebrachten Hinweise und Anlagen ändern nichts an der Einschätzung. Es wird somit daran festgehalten, dass die vom Einwender beantragte Flächenerweiterung nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen wird und die bisherigen Flächenzuschnitte aufgrund des Planungs- und Tabuzonenkonzeptes bestehen bleiben. Die Nichtberücksichtigung ist in Anbetracht der aktuellen Anforderungen an eine Positivplanung bzw. eine Planung ohne Ausschlusswirkung, wie sie im aktuellen RROP-Entwurf erfolgt, zulässig. Der Forderung, die beantragte Fläche in das RROP aufzunehmen, wird daher nicht gefolgt. Hilfsweise wird, wie bereits beschrieben, ausgeführt, dass der Landkreis Northeim als Regionalplanungsträger nicht verpflichtet ist, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflächen als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen eine Windenergienutzung sich bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem ggf. nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchsetzen kann. Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 WindBG ist mit dem Erreichen der regionalen Teilflächenziele für die Ausweisung von Windenergie an Land dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Windenergie nach § 2 EEG ausreichend Rechnung getragen.

---

Stellungnehmer-ID: **62**    Stellungnahme-ID: **77**    BE-ID: **88**    **NABU-Ortsgruppe Gillersheim**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

### **Einwendung:**

Wir bedanken uns beim Landkreis Northeim für die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie für die Berücksichtigung der relevanten Hinweise aus unserer ersten Eingabe zur Ausweisung der Windenergie-Vorrangflächen „Gillersheim 01“ und „Langfast 01“ vom 23.11.2023. Wir bitten darum, auch die Inhalte dieser ersten Stellungnahme weiterhin in die Entscheidungsfindung einzubeziehen – insbesondere in Bezug auf den Standort „Langfast 01“.



## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die im Herbst 2023 vorgebrachten Einwendungen wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vollumfänglich abgewogen (siehe Stellungnahme-ID 297 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Das Ergebnis kann dem vorliegenden zweiten RROP-Entwurf und der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren entnommen werden.

Stellungnehmer-ID: **143** Stellungnahme-ID: **164** BE-ID: **478** **Gemeinde Bodensee**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der Vorranggebiete Windenergienutzung**

## Einwendung:

die Gemeinde Bodensee nimmt zu dem zweiten Entwurf des RROP des Landkreises Northeim 2025, insbesondere zu den ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung, wie folgt Stellung: Das geplante Windvorranggebiet Gillersheim 01 steht in engem räumlichen Bezug zu der geplanten Ausweisung von Vorrangflächen des Landkreises Göttingen am Höherberg. Die dortige Planung weist inzwischen auch eine Reduzierung aus. Allerdings betrifft das nicht die Höhenlage des Höherberges. Sie stellt neben den bereits vorhandenen Windenergieanlagen (mit Repoweringpotential) eine deutliche zusätzliche Belastung des Raumes dar. In Ihrer Begründung stellen Sie auf die Entfernung zwischen den Plangebieten und die topografische Situation ab. Dabei lassen Sie unberücksichtigt, dass die Höhe einer neuen Windenergieanlage heute bereits mehr als 250 m beträgt. Bereits jetzt sind Anlagen mit einer Höhe von mehr als 350 m in der Planung. Insofern ist mittelfristig eine Beeinträchtigung zu befürchten.

## Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Um unzulässige Beeinträchtigungen im Bereich der Landkreisgrenze zu vermeiden, erfolgte eine Überprüfung der Umfassung unter Berücksichtigung des 1. Entwurfs des Teilplanes Windenergie (Entwurf 2024) des Landkreises Göttingen sowie der Flächennutzungsplanungen der Samtgemeinden Gieboldehausen und Hattorf am Harz und frühzeitige Abstimmung mit dem Landkreis Göttingen. Das Vorranggebiet Gillersheim 01 wurde im Vergleich vom 1. zum 2. RROP-Entwurf verkleinert, wodurch sich eine veränderte, günstigere Einschätzung der Umfassung im 2. RROP-Entwurf ergibt. Die Reduzierung betrifft insbesondere den südlichen Bereich des Vorranggebietes, der sich im 1. RROP-Entwurf in Richtung der Ortschaft Bodensee befand. Bei der Umfassungswirkung handelt es sich um ein planerisches Kriterium, das im Rahmen nachgelagerter Zulassungsverfahren regelmäßig nicht als Ablehnungsgrund für eine Errichtung von Windenergieanlagen angeführt werden kann. Aus den Vorranggebieten Windenergienutzung des Landkreises Northeim in seinen bereits angepassten Zuschnitten des zweiten RROP-Entwurfs entstehen keine umfassenden, erheblichen Beeinträchtigungen auf die Ortschaften des Landkreises Göttingen. Der Erreichung des regionalen Teiflächenziels nach NWindG für den Landkreis Northeim unter Berücksichtigung der im zweiten RROP-Entwurf vorgelegten Flächen überwiegt an dieser Stelle gegenüber einer weiteren Reduzierung.

Zum Zeitpunkt der Planung der Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP-Entwurf ist die genaue Windparkkonfiguration und der Anlagentyp potenzieller Planungen in der Regel noch nicht bekannt. Die Vereinbarkeit mit den Ausschlusskriterien und den abwägungsrelevanten Belangen der Einzelfallprüfung, so auch der Betrachtung der Umfassung, wird daher anhand einer Referenzanlage geprüft. Hinsichtlich der Auswahl der Referenzanlage als Grundlage für die Planung steht dem Plangeber ein Typisierungsspielraum zu. Seit 2021 wurde im Landkreis Northeim vor allem der Anlagentyp Vestas V162 mit einer Gesamthöhe von 250 m verwendet. Der Anlagentyp wird als Referenzanlage dem vorliegenden Planungskonzept zugrunde gelegt. Die Anlagenparameter entsprechen den technischen Eigenschaften derzeit beantragter und realisierter Windenergieanlagen im Landkreis Northeim (Stand Juli 2025). Planungen mit einer Gesamthöhe von mehr als 350 m liegen aktuell nicht vor. An der gewählten Referenzwindenergieanlage wird daher festgehalten.

Das Vorranggebiet am Höherberg ist Bestandteil des Teilplans Windenergie des Landkreises Göttingen. Es obliegt dem Landkreis Göttingen, seine Planungen in seinem Regionalplan zugunsten einer raumverträglicheren Verteilung weiter zu reduzieren und die Vorranggebiete Windenergienutzung des RROP-Entwurfs des Landkreises Northeim für seine weitere Bearbeitung heranzuziehen (vgl. Stellungnahme-ID 281, BE-ID 1037 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren).

Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung ist bereits erfolgt und wird nach erneuter Prüfung an dieser Stelle weiterhin für sachgerecht gehalten. Zur Sachaufklärung wird zusätzlich auf die BE-ID 94 und entsprechende Abwägung verwiesen.

Stellungnehmer-ID: **121** Stellungnahme-ID: **141** BE-ID: **430** **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument: **Anlagen zur Begründung des 2. RROP-Entwurfs**

Gliederungspunkt: **Anlage 4.2.1-2 Fachbeitrag zur Aktualisierung ausgewählter LRP-Schutzgüter – Teilbericht Landschaftsbewertung (Planungsgruppe Umwelt, 2020)**

## Einwendung:

Als Eigentümer von Waldflächen der Niedersächsischen Landesforsten geben wir folgende Hinweise:

## Anlage 3.1.2-2 Fachbeitrag Biotopverbund Karte

Die in der zeichnerischen Darstellung abgebildete VR Biotopverbundfläche nördlich vom Basaltsteinbruch Bramburg (LK GÖ) ist deutlich größer als die durch das LROP vorgegebene Fläche (s. Abb. 1 auf nachfolgender Seite). Sie ist allerdings in der Anlage 3.1.2\_2 nicht mit einer Kennzeichnung wie bspw. „kw12“ hinterlegt, sodass nicht nachvollzogen werden kann, wieso es an dieser Stelle zu einer Vergrößerung des Gebiets kam.

Daher wird darum gebeten, die Flächen entsprechend zu reduzieren oder die Begründung bzw. Bezeichnung nachzuliefern.

[KARTENAUSSCHNITT1] [KARTENAUSSCHNITT 2]

Abb. 1. links Auszug aus Anlage 3.1.2\_2, rechts Zeichnerische Darstellung 2. Entwurf mit markierter VR Biotopverbundfläche

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um das Vorranggebiet Biotopverbund kw 158, wie der Beikarte zur Begründung 3-1 Natur und Landschaft zur RROP-Begründung des zweiten Entwurfs entnommen werden kann. Die Erläuterung zum Gebiet ist der Begründung zu entnehmen. Es handelt sich um eine Übernahme aus dem LROP 2022 mit regionaler Erweiterung aufgrund der Vorranggebietsabgrenzung Wald (LROP 2022), Natura 2000 Lage und aufgrund der Biotopverbundstruktur, mit besonderer Bedeutung für die Vernetzung des Biotopverbundes für den Lebensraumkomplex Wald. Im Bereich der regionalen Erweiterung des Kerngebietes sind gegenüber dem ersten RROP-Entwurf keine Veränderungen vorgenommen. Die Festlegung wird beibehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **104** Stellungnahme-ID: **126** BE-ID: **221** **Privat**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### Einwendung:

Zu ID 316 / 46 / 93: Umfassungswirkung der Ortschaft Offensen:

In der Abwägungssynopse wird „keine unzumutbare Umfassung“ der Ortschaft festgestellt. Das sieht der [Inhalt anonymisiert] anders. Durch wen wurde das festgestellt und mit welchen Methoden und Ergebnissen? Der [Inhalt anonymisiert] fordert die Einsichtnahme in das Gutachten.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Entsprechende Ausführung zur Betrachtung der Umfassung und der angewendeten Methodik inklusive Quellenangaben sind bereits in der Begründung des 2. RROP-Entwurfs unter "Teil II – Ausführliche methodische Begründung zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung", Abschnitt E.2.7 enthalten.

Es wird zudem auf die Abb. 4.2.1-12 "Vertiefende Betrachtung der Umfassung - Uslarer Becken" verwiesen. Die Überprüfung der Umfassung ist ein planerisches Kriterium, welches im Ermessensspielraum des Planungsträgers und seinem begründeten planerischen Willen vorsorgeorientiert für die Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung angewendet wird.

---

Stellungnehmer-ID: **101** Stellungnahme-ID: **121** BE-ID: **212** **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### Einwendung:

BE-ID 139: akzeptiert. Ich gehe davon aus, dass die Anpassung in der Begründung für alle Gewässer II. Ordnung im Landkreisgebiet vorgenommen wurden, sollte ich bei meiner damaligen Stellungnahme ein Gewässer nicht aufgeführt haben.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

Wie bereits in der Abwägung zum ersten Beteiligungsverfahren angeführt entspricht die genannte Forderung dem Leitbild einer Entwicklung und Erhaltung standortgerechter und extensiv genutzter Gehölzsäume entlang der Gewässer und findet in der Begründung bereits Berücksichtigung. Die in der Begründung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung genannten Schutzzwecke und Hinweise für Entwicklungsmaßnahmen sind als Orientierungshilfe für die nachgelagerte Planungs- und Maßnahmenebene zu verstehen. Es handelt sich um keine abschließende und

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

allumfassende Aufzählung. Nach erneuter Prüfung der Gebiete an Gewässern und unabhängig der Gewässerordnung stehen die erfolgten Hinweise nicht im Widerspruch zum o.g. Leitbild; die Festlegungen werden in der bestehenden Form beibehalten.

Stellungnehmer-ID: **75** Stellungnahme-ID: **90** BE-ID: **117** **Stadt Northeim**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

Die Anforderung der Stadt Northeim an die Regionalplanung zur Weiterentwicklung der Windpotenzialfläche Edesheim 01 hat weiterhin Bestand.

Zu 2.4

Insbesondere soll die Windpotenzialfläche Edesheim 01 erhalten bleiben. Ein Schutzab-stand von 2000 m zum Vogelschutzgebiet in der Leineau wird zwar nicht eingehalten, sollte jedoch in den Nordostbereichen abweichend auf 1500 m reduziert werden. Die Windvorrangfläche Edesheim 01 soll nicht aus der Planung herausgenommen, sondern wieder in die Planung aufgenommen werden.

Zu Stellungnehmer-ID: 250 Stellungnahme-ID: 113 BE-ID: 350 Stadt Northeim, 2.1 Stadt-planung

Dokument: Anlagen zur Begründung Gliederungspunkt: Anlage 4.2.1-1 Gebietsblätter der in die Einzelfallprüfung einbezogenen Potenzialflächen für Windenergie

Einwendung: Edesheim 01

Abwägung:

Wird nicht gefolgt

Im Rahmen der Überarbeitung des RROP-Entwurfs auf Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen aus dem ersten Beteiligungsverfahren sowie der avifaunistischen Über-prüfung aller Potenzialflächen Windenergie in 2024 hält der Regionalplanungsträger im Ergebnis an seiner Einschätzung fest, dass Edesheim 01 im zweiten Entwurf der RROP-Neuaufstellung nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen wird. Hierbei sind die im Beteiligungsverfahren eingegangenen abwägungsrelevanten Hinweise gänzlich berücksichtigt worden. Siehe auch BE-ID 960 und entsprechende Abwägung dort. Der Landkreis Northeim ist nicht verpflichtet, sämtliche grundsätzlich geeigneten Potenzialflä-chen als Vorranggebiete Windenergienutzung auszuweisen, in denen eine Windenergie-nutzung sich bei entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen aus dem nachgela-gerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durchsetzen kann. Dem § 2 EEG ist dadurch Genüge getan, dass durch die Ausweisungen das regionale Teilflächen-ziel nach § 2 NWindG erreicht wird. Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche kon-kurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Es wird daran festgehalten, Edesheim 01 nicht als Vorranggebiet Wind-energienutzung auszuweisen und die Flächen anderweitigen Raumansprüchen zur Verfü-gung zu stellen. Die vorgebrachten Einwendungen sind im Rahmen der avifaunistischen Überprüfung nach dem ersten Beteiligungsverfahren berücksichtigt. Die Einwendung ent-hält keine weiteren planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Der Einwand wurde, wie vom Einwender beschrieben, bereits im 1. Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf vorgebracht (s. Stellungnahme-ID 113, BE-ID 350 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: **101** Stellungnahme-ID: **121** BE-ID: **206** **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

BE-ID 133: Es sollte im RROP deutlich hervorgehoben werden, dass auch der Landkreis an einer Bereitstellung von Fläche bzw. der Akquise von Fläche für Maßnahmen zur Renaturierung der Gewässer und der Gewässerlandschaften beteiligt sein sollte. Eine reine Auswahl von Gewässerabschnitten zur Renaturierung nach der aktuell vorliegenden Flächenverteilung würde eine Zielerreichung der WRRL bis 2027 nicht ermöglichen. Ein Biotopverbund würde ohne zusätzlich nutzbare Flächen entlang der Gewässer nicht realisiert werden können.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Die Bereitstellung und Akquise von Flächen für Renaturierungsmaßnahmen fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Regionalplanung und entziehen sich der Steuerungswirkung des RROP. Die Hinweise werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, die Formulierungen werden beibehalten.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 101 Stellungnahme-ID: 121 BE-ID: 211 **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

BE-ID 138: Die nun beigefügte Karte 3.1 zeigt die Leine für den Großteil der Fließstrecke als Vorranggebiet Natur und Landschaft (linienhaft). Eine Ausnahme bildet der Abschnitt auf Höhe der Ortschaft Elvese. Hier fehlt die Markierung. Eine flächenhafte Markierung als Vorranggebiet Natur und Landschaft ist ebenfalls nicht erkennbar. Ich bitte um Erläuterung.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um ein Kerngebiet des Gewässerverbundes, das flächenhaft als Vorranggebiet Biotopverbund kg 53 ausgewiesen wird und den nahtlosen Lückenschluss unter Einbezug des Gewässerverlaufs darstellt. Eine überlagernde Festlegung als linienhaftes Vorranggebiet Natur und Landschaft ist obsolet, aus Gründen der Darstellbarkeit und Übersichtlichkeit wird auf die Ausweisung daher verzichtet.

Stellungnehmer-ID: 104 Stellungnahme-ID: 126 BE-ID: 220 **Privat**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

In der Abwägung zu ID 316/46/99 wurde darauf hingewiesen, dass zur Reduzierung potentieller Beeinträchtigungen Teilbereiche entlang des Lohbachs reduziert wurden. Demnach sind Beeinträchtigungen zu erwarten. Das betrifft insbesondere die Fläche Uslar 01c, da diese genau im Quellgebiet des Lohbachs liegt und mitten im Wald, umgeben von Vorranggebieten Wald. Ein Verweis auf nachgeschaltete Genehmigungsebenen bzgl. o.g. Punkten birgt erhebliches Konfliktpotential. Eine mögliche Verunreinigung oder ein Versiegen des Grund- und Trinkwassers ist irreparabel. Eine Verlagerung der Trinkwasserversorgung der Ortschaften Offensen und Fürstenhagen über die Uslarer Italquelle ist aufgrund der trockenen Sommer und sinkenden Grundwasserstände nicht möglich. Um mögliche Risiken diesbezüglich auszuschließen ist die Herausnahme aller Teilflächen Uslar 1 als WEA-Fläche zwingend erforderlich. Ein Vor-Ort-Termin würde hier schnell zu Klarheit führen. Der [Inhalt anonymisiert] wäre dazu jederzeit bereit.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Die Belange des Trinkwasserschutzes bzw. die Wasserschutzgebiete wurden im Rahmen der gebietsbezogenen Einzelfallprüfung in die Ermittlung der Vorranggebiete Windenergienutzung unter Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde des Landkreises einbezogen. Dies ist in der Begründung zu den Vorranggebieten Windenergienutzung bspw. unter Abschnitt "D. 1.2.3 Natur und Landschaft, Umwelt" und den jeweiligen Gebietsblättern in Anlage 4.2.1-1 zum RROP dokumentiert. Das Vorranggebiet Uslar 01 liegt weder in einem Trinkwassergewinnungsgebiet noch in einem Wasserschutzgebiet. Auf Ebene des RROP ist keine pauschale Aussage möglich, dass sich die Errichtung von Windenergieanlagen negativ auf die Trinkwasserversorgung und das Grundwasser auswirkt, weder qualitativ noch quantitativ. Erkenntnisse von Untersuchungen bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Trinkwasserschutzgebieten (Zone III) zufolge wird regelmäßig keine Beeinträchtigung der Menge und Qualität des Trinkwassers an den Trinkwassergewinnungsanlagen festgestellt.

Die Regionalplanung hat zu prognostizieren, dass sich die Windenergienutzung auf dem Vorranggebiet Windenergienutzung im Grundsatz durchsetzen kann. Die Belange des Wasserschutzes stellen in der Regel kein unüberwindbares Hindernis dar und führen regelmäßig nicht zu einer Ablehnung von vergleichbaren Vorhaben. Windenergieanlagen sind (ggf. unter Auflagen) grundsätzlich genehmigungsfähig. Erhebliche Beeinträchtigungen sowie negative Auswirkungen können auf der nachgelagerten Zulassungsebene unter Berücksichtigung der anlagen- und standortkonkreten Informationen sowie entsprechender Auflagen und geeigneter Maßnahmen grundsätzlich vermieden werden.

Mit Bezug auf die im Einwand genannte Abwägung aus dem 1. Beteiligungsverfahren (vgl. Stellungnahme-ID 46, BE-ID 99) ergeht die Klarstellung, dass die vorsorgeorientierte Verkleinerung der Fläche Uslar 01 entlang des Lohbachs nach dem 1. Beteiligungsverfahren unter der summarischen Betrachtung und Berücksichtigung aller relevanter und bekannter Belange erfolgte. „Entlang des Lohbachs“ dient der Verortung der Verkleinerung und bezieht sich nicht alleine auf die Berücksichtigung der Belange des Wasserschutzes.

Die Fläche Uslar 01 wurde im Rahmen einer Ortsbegehung im Sommer 2024 begutachtet.

Die in der Einwendung genannten Belange stellen im Bereich der Fläche kein unüberwindbares Hindernis für eine mögliche Windenergienutzung dar. Es besteht nach den vorliegenden Daten und Kenntnissen auf Regionalplanungsebene kein Zweifel daran, dass sich die Windenergienutzung auf der Fläche Uslar 01 im angepassten Flächenzuschnitt unter Berücksichtigung der rechtlichen aktuellen Rahmenbedingungen im Grundsatz durchsetzen kann. Die in der Einwendung genannten Belange führen im Ergebnis der regionalplanerischen Betrachtung nicht zu einer veränderten Einschätzung oder Abwägung.

---

Stellungnehmer-ID: **104** Stellungnahme-ID: **126** BE-ID: **222** **Privat**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

**Einwendung:**

Zu ID 316 / 46 / 95: Windhöflichkeit und Waldflächen:

Der Regionalplanungsträger teilt die Einschätzung zu den Waldflächen. Vorranggebiete Wald wurden rausgenommen, Abstände zu Waldrändern werden eingehalten, aber gleich daneben bleibt Uslar 01 Teilfläche c als Potentialfläche im Wald erhalten, trotz der o.g. Konflikte. Das ist nicht nachvollziehbar und ein Widerspruch. Vgl. BE ID 844

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Aus dem Einwand gehen keine für die Planung relevanten Hinweise hervor, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Es ergeht an dieser Stelle der Hinweis, dass die Fläche Uslar 01 weder als Vorranggebiet Wald ausgewiesen ist noch aufgrund ihrer Lage innerhalb des Waldes einen Waldrandbereich entsprechend des angesetzten Planungskriteriums aufweist. Es wird auf die weiteren Abwägungen unter der Stellungnahme-ID 126 des 2. Beteiligungsverfahrens verwiesen. Die Aussage, dass der Regionalplanungsträger die Einschätzung zu den Waldflächen teilt sowie die Widersprüchlichkeit zu der Abwägung unter der Stellungnahme-ID 243, BE-ID 844 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren, können nicht nachvollzogen werden.

---

Stellungnehmer-ID: **101** Stellungnahme-ID: **121** BE-ID: **210** **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

**Einwendung:**

BE-ID 137: akzeptiert. Die textliche Abwägung wird so verstanden, dass alle Gewässer II. Ordnung, für die der Leineverband unterhaltungspflichtig ist, als lineare Vorranggebiete Natur und Landschaft gesichert werden und der beschriebene Gewässerrandstreifen in einer Breite von 5 m inbegriffen ist.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Fließgewässer sind in der Begründung zu 3.1.2 Ziffer 05 genannt. Die Ausweisungen orientieren sich an der Funktion im Biotopverbund sowie den naturräumlichen Gegebenheiten, nicht an Unterhaltungspflicht und Eigentumsverhältnissen. Die Überprüfung der vom Einwender in der Stellungnahme zum ersten Beteiligungsverfahren genannten Gewässerverläufe sind in der Abwägungssynopse unter BE-ID 137 dokumentiert.

---

Stellungnehmer-ID: **75** Stellungnahme-ID: **90** BE-ID: **116** **Stadt Northeim**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

**Einwendung:**

Abwägungssynopse zum ersten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Anforderung der Stadt Northeim an die Regionalplanung zur Siedlungsentwicklung der Ortschaft Hammenstedt hat weiterhin Bestand.

Um eine Weiterentwicklung der Ortschaft Hammenstedt nicht in der Zukunft einzuschränken ist es erforderlich, dass zusätzliche Flächen über den Eigenbedarf als Wohngebiete auszuweisen sind.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Stadt sich in alle Richtungen entwickeln soll, dabei darf der östliche Teil der Stadt Northeim, Ortschaft Hammenstedt, nicht ausgeschlossen werden.

Laut der gesetzlichen Leitvorstellung der Raumordnung sollte dies zu einer großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen führen. Das wird auch für Hammenstedt gefordert.

Zu Stellungnehmer-ID: 250 Stellungnahme-ID: 113 BE-ID: 299 Stadt Northeim, 2.1 Stadtplanung

Dokument: Beschreibende Darstellung Gliederungspunkt: 2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur Ziele und Grundsätze: 08

Einwendung 2.1 08 Satz 1 und 2:

In der Abwägung wird der Anforderung der Stadt Northeim teilweise / sinngemäß gefolgt.

Die Ortschaft Hammenstedt erfüllt weder die Kriterien zur Festlegung als Standort für die Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten (vgl. Begründung des RROP zu Abschnitt 2.1 Ziffer 10 Satz 1 (ehem. Ziffer 11)) noch zur Festlegung als Standort für die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten (vgl. Begründung des RROP zu Ziffer 11 Satz 1 (ehem. Ziffer 12)) oder als Grundzentrum (vgl. Begründung des RROP zu Abschnitt 2.2 Ziffer 06 Satz 1). Nach Überprüfung gibt es nach wie vor keine Anhaltspunkte, dass Hammenstedt aktuell die entsprechenden Kriterien erfüllt. Hammenstedt zählt daher nicht zu den Zentralen Orten oder den Siedlungsgebieten mit ausreichender Infrastruktur, auf die die Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten konzentriert werden soll (vgl. Abschnitt 2.1 Ziffer 05). Bei der in Abschnitt 2.1 Ziffer 05 enthaltenen LROP-Übernahme handelt es sich, wie eingangs beschrieben, um einen Grundsatz der Raumordnung, von dem in begründeten (Einzel)Fällen abgewichen werden kann, bspw., wenn sich die Anzahl der Einrichtungen für die Daseinsvorsorge in der entsprechenden Ortschaft erhöht. Eine Entwicklung der Ortschaft Hammenstedt wird durch die Festlegungen im RROP-Entwurf nicht ausgeschlossen. Die Ausweisung neuer Bauflächen ist in Bezug auf die vorhandene Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge in einem verträglichen Rahmen und unter Beachtung des schonenden Umgangs mit Grund und Boden (§1a Abs. 2 BauGB) grundsätzlich möglich. Hammenstedt wird im Ergebnis der Überprüfung nicht als Standort für die Sicherung und Entwicklung von Wohn- oder Arbeitsstätten in den zweiten RROP-Entwurf aufgenommen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde, wie vom Einwender beschrieben, bereits im 1. Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf vorgebracht (s. Stellungnahme-ID 113, BE-ID 299 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Zur Sachverhaltsaufklärung wird angeführt, dass eine Entwicklung der Ortschaft Hammenstedt durch die Festlegungen im RROP-Entwurf nicht ausgeschlossen wird. Die Grundsätze des RROP sind eine Vorgabe für die nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidung.

---

Stellungnehmer-ID: 101    Stellungnahme-ID: 121    BE-ID: 209    **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

BE-ID 136: akzeptiert. Bitte geben Sie den Hinweis zur Kontrolle der Einhaltung der Randstreifen an die zuständige Stelle beim Landkreis Northeim weiter.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: 101    Stellungnahme-ID: 121    BE-ID: 208    **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

BE-ID 135: akzeptiert. Ergänzungen in 3.2.4, Ziffer 21, verdeutlichen, dass auch die natürliche Rückhaltewirkung der Gewässerauen bedacht wird und dem entsprechend natürlicher Retentionsraum gesichert bzw. zurückgewonnen werden soll.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: 101    Stellungnahme-ID: 121    BE-ID: 207    **Leineverband**

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

### **Einwendung:**

BE-ID 134: akzeptiert, insbesondere durch die Ergänzungen in 3.2.4, Ziffer 21, Satz 2.



## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 101 Stellungnahme-ID: 121 BE-ID: 213

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

## Einwendung:

BE-ID 140: akzeptiert.

**Leineverband**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 101 Stellungnahme-ID: 121 BE-ID: 214

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

## Einwendung:

BE-ID 141: akzeptiert.

**Leineverband**

Gliederungspunkt: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 101 Stellungnahme-ID: 121 BE-ID: 205

Dokument: **Abwägungssynopse 1. Beteiligungsverfahren**

## Einwendung:

zu den vorliegenden Planungsabsichten zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim im 1. Entwurf 2023 habe ich wie erbeten Hinweise und Anregungen vorgebracht. Meine Belange wurden in der von Ihnen mit übersandten Abwägungssynopse behandelt und entsprechend Ihren Abwägungsergebnissen in das Konzept eingepflegt.

Mein Schreiben vom 13.11.2023 wurde unter diversen BE-IDs in der Abwägungssynopse kommentiert. Ich möchte wie folgt zu den einzelnen BEs Stellung nehmen:

BE-ID 132: akzeptiert.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 117 Stellungnahme-ID: 137 BE-ID: 232

Dokument: **Umweltbericht zum 2. RROP-Entwurf**

## Einwendung:

Zum Umweltbericht:

**Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Gliederungspunkt: **Umweltbericht zum 2. RROP-Entwurf**

Folgende Aussage im Umweltbericht unter 4.4 Schutzgut Landschaft wird aufgrund der Größe heutiger Anlagen mit Oberhöhen von 240 m angezweifelt und ist zu streichen:

„Für WEA innerhalb von Waldflächen ist von einem geringeren Wirkraum erheblicher Beeinträchtigungen auszugehen, da durch den Wald eine sichtverschattende Wirkung ausgeübt wird.“

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Die Formulierung im Umweltbericht ist missverständlich und wird überarbeitet. Gemeint ist nicht ein kleinerer Wirkraum (im Sinne einer maximalen Entfernung erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds infolge der Sichtbarkeit), sondern insbesondere eine auf Teilflächen erfolgende erhebliche Minderung der Wirkintensität oder gar Aufhebung der negativen Wirkung. Dies betrifft jene Teile innerhalb des Wirkradius' der Windenergieanlagen, die ebenfalls bewaldet sind. Denn aus dem Wald heraus sind Windenergieanlagen, selbst aus geringer Entfernung, aufgrund der sichtverschattenden Wirkung der 20-30 m hohen Bäume und des dichten Bewuchs faktisch kaum oder gar nicht sichtbar.

---

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 274    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument: **Umweltbericht zum 2. RROP-Entwurf**

Gliederungspunkt: **Umweltbericht**

### **Einwendung:**

Umweltbericht, Kapitel 1.1

Der Verweis in Tabelle 1 auf Seite 2 auf § 10 Abs. 3 NROG in Bezug auf die Erarbeitung des Umweltberichts ist fehlerhaft und zu korrigieren. Der angeführte Paragraph bezieht sich auf das Verfahren zur Raumverträglichkeitsprüfung.

### **Abwägung:**

*Wird gefolgt*

Der fehlerhafte Verweis wurde entfernt.

---

Stellungnehmer-ID: 19    Stellungnahme-ID: 24    BE-ID: 10    **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

2. Die hoheitlichen Aufgaben der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), einschließlich der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen dürfen durch die Regionalplanung nicht eingeschränkt werden. Nach § 7 Pkt. 1 Bundeswasserstraßengesetz ist die WSV zur Unterhaltung der Bundeswasserstraßen verpflichtet. Sowohl die Unterhaltung als auch Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und zur Gefahrenabwehr dürfen durch die sich ergebenden Festlegungen weder aufgehoben noch eingeschränkt werden, ebenso deren Aus- und Neubau (§ 12 Abs. 1 WaStrG). Die Widmung der Bundeswasserstraßen als Verkehrsweg bestimmt ihren wegrechtlichen Status auf Dauer und bewirkt eine Zweckerhaltung, die nur im Wege einer Bestandsänderung nach § 2 WaStrG beseitigt werden kann. Eine Überplanung der dem allgemeinen Verkehr gewidmeten Bundeswasserstraßen einschließlich ihres Zubehörs nach § 1 Abs. 4 WaStrG ist grundsätzlich unzulässig, wenn dadurch die Wahrung der hoheitlichen Aufgaben der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung beeinträchtigt wird.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (sh. BE-ID 32 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: 26    Stellungnahme-ID: 31    BE-ID: 31    **50Hertz Transmission GmbH**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Im Sinne einer papiersparenden Arbeitsweise genügt der 50Hertz Transmission GmbH die Beteiligung in elektronischer Form per Datenträger oder Download-Link. Ihre Antragsunterlagen können Sie uns auch gern digital an unsere E-Mail-Adresse [Inhalt anonymisiert] übersenden.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Hinweis zur Digitalisierung:

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Für eine effiziente Identifizierung der (Nicht-) Betroffenheit bitten wir bei künftigen Beteiligungen nach Möglichkeit um Übersendung der Plangebietsfläche(n) sowie eventueller externer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einem standardisierten und georeferenzierten Geodaten austauschformat (vorzugsweise als KML-Datei oder im SHP-Format inkl. PRJ-Datei).

### Abwägung:

Wird gefolgt

Der Verteiler ist für zukünftige Beteiligungsverfahren entsprechend aktualisiert. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: **39**      Stellungnahme-ID: **91**      BE-ID: **179**      **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

S. 236 ff im RROP-Entwurf- Begründung: Gefordert wird unter anderem eine Entwicklung alter und strukturreicher Wälder u.a. auch als potenzieller störungsarmer Lebensraum für den Schwarzstorch zur Verbesserung der Biotopstruktur etc.

Dieses bedeutet eine Einschränkung der Waldbewirtschaftung und ist zudem bereits als Entwicklungsziel in jungen bis mittelalten Laub-, Mischwäldern mit Fichte und Buche aufgeführt. Es entstehen so vergreiste Wälder mit einem stark erhöhten Risiko für Kalamitäten.

Im Klimawandel erweist sich die nachhaltige Waldbewirtschaftung mit einer breiten Vielfalt von standortgerechten Baumarten, auch nicht-europäischer Baumarten, als zentrale Voraussetzung für resiliente und zukunftsfähige Wälder.

Auf S. 32 im RROP-Entwurf-beschreibende Darstellung: Die hierfür aus forstwirtschaftlicher Sicht besonders geeigneten Waldflächen, die mit Nährstoffen sehr gut versorgt bis mäßig versorgt sind und daher als besonders geeignet für Laubwaldbaumarten gelten, sollen von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freigehalten werden.

Ein schnelles Handeln, Umsetzen von effektiven Klimaschutzmaßnahmen gegen die Erderwärmung ist dringlicher, als der klassische konservierende Naturschutz, um so auch die Biodiversität erhalten zu können. Auch nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) liegt die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse und ist ein Anliegen öffentlicher Sicherheit. Außerdem legt § 2 EEG fest, dass dem Ausbau Erneuerbarer Energien im Rahmen einer jeden Abwägungsentscheidung Vorrang eingeräumt werden soll – also auch gegenüber anderen umwelt- und naturschutzrechtlichen Belangen.

2. Entwurf – RROP Begründung S. 398 : Der Landkreis Northeim weist eine Größe von 126.786 ha auf. Von der Fläche sind nach der Berücksichtigung aller Tabuzonen 124.438 ha aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen oder aufgrund des planerischen Willens von der Windenergie ausgeschlossen. Die Ausschlussflächen umfassen somit insgesamt 98 % des Landkreises. Waldflächen sind dabei fast ganz ausgeschlossen. Außerdem werden 96 % der Waldfläche im Landkreis Northeim durch ein Vorbehaltsgebiet (ca. 88%) oder ein Vorranggebiet Wald (ca. 8%) überplant. Dazu auch auf S. 95 in der Begründung der RROP -E: Der Waldverbund macht mit einem Anteil von 15 % des Landkreises bzw. 19.580 ha flächenmäßig den größten Anteil des Biotopverbundsystems im Landkreis Northeim aus (73 % des Biotopverbundes).

Die Sozialbindung des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 2 GG wird verfassungswidrig zu Lasten der Schutzfunktion/Naturschutz überzogen. Solcher Eingriff in das Waldeigentum sowie auf die Berufsausübungsfreiheit nach § 12 GG der Betroffenen ist nicht gerechtfertigt. Die Überplanung des Privatwaldes mit naturschutzmotivierten Vorranggebieten ist als unverhältnismäßiger und damit verfassungswidriger Eingriff in die Grundrechte der Waldeigentümer zu werten.

V.a. die Festlegung der Vorranggebiete hat massive Auswirkungen auf die Waldbewirtschaftung und einzelne Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Forderung: Vorranggebiete Wald sowie sonstige einseitig ausgewiesene Vorranggebiete mit naturschutzbezogener Zielsetzung werden im RROP als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen und einer nachvollziehbaren, ausgewogenen Abwägung unter Beteiligung der betroffenen Grundeigentümer zugeführt.

Dazu ist ein entsprechendes Verfahren durchzuführen, um auch vorgegebene Vorranggebiete aus dem LROP zu ändern.

Es ist immer ein Abwägungsprozess, eine Einzelfallentscheidung erforderlich, die bei Vorbehaltsgebieten, aber nicht bei Vorranggebieten gewährleistet ist.

Beispiel: Aufgrund der Dynamik von Waldlebensräumen sind der Zustand und die Ausdehnung der z.B. Lebensraumtypen/NATURA 2000-Gebiete einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen. Den Status quo erhalten zu wollen, muss zwangsläufig scheitern. Natürliche Prozesse wie u.a. Sturmereignisse/Wetterextreme mit nachfolgenden Auswirkungen entziehen sich der Festlegung. Die Darstellung der Schutzflächen bildet einen statischen Zustand ab, der sich aufgrund natürlicher Prozesse in Waldlebensräumen stetig ändert. An dem Schutzstatus kann nicht festgehalten werden und läuft dem beständigen Wechsel in der Natur zuwider.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Weiterhin werden verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht: Waldbewirtschaftung/ Holzproduktion, aber auch die Erweiterung der Geschäftsfelder über die Holzproduktion hinaus werden gegenüber „Naturschutzbelangen“ nachrangig behandelt, dadurch wird in das Eigentumsrecht (Art. 14 GG) eingegriffen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um einen Auszug der zu späterem Zeitpunkt erneut übersandten Stellungnahme. Es hat geringfügige inhaltliche offensichtliche Korrekturen gegeben, für die Abwägung wird auf die BE-ID 397 dieser Abwägungssynopse zum zweiten RROP-Entwurf verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **32**      Stellungnahme-ID: **35**      BE-ID: **34**      **Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH**  
Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

hiermit sende ich Ihnen im Auftrag der Geschäftsführung eine Negativmeldung. Es gibt von Seiten der Metropolregion Hannover keine Bedenken.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **35**      Stellungnahme-ID: **38**      BE-ID: **40**      **LGLN Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg**  
Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

wir erkennen als Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg keine Betroffenheit in diesem Verfahren. Wir sehen auch von einer weiteren Beteiligung in diesem Verfahren ab. Die Belange des Vermessungs- und Katasterwesens werden hinreichend durch die Beteiligung des LGLN, Regionaldirektion Northeim gewahrt. Wir als Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg grenzen an keinem Punkt an das Verfahrensgebiet an.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **19**      Stellungnahme-ID: **24**      BE-ID: **12**      **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser**  
Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

5. In der zeichnerischen Festlegung sind Teile der Weser als „Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung und Vorbehaltsgebiet Grünlandbewirtschaftung“ gekennzeichnet. Dies widerspricht der bestimmungsgemäßen Nutzung der Bundeswasserstraßen im Sinne von § 4, Nr. 4 Bundesnaturschutzgesetz (sog. Funktionssicherungsklausel; siehe Nummern 3).

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (sh. BE-ID 34 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens). Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **29**      Stellungnahme-ID: **33**      BE-ID: **32**      **Avacon Netz GmbH**  
Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

über den nachfolgenden Link können Sie innerhalb der nächsten 7 Tage Ihre Dokumente zum Auskunftsfall 1403129-AVA herunterladen:

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

[Inhalt anonymisiert]

Bitte antworten Sie nicht direkt auf diese Nachricht, da sie automatisch erzeugt wurde.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an [Inhalt anonymisiert]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **40**    Stellungnahme-ID: **42**    BE-ID: **50**    **TenneT TSO GmbH**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Wir gehen davon aus, auch weiterhin bei Änderungen bzw. Fortschreibungen Ihres Verfahrens und bei einem konkreten Bauvorhaben, von Ihnen beteiligt zu werden. Bei weiterem Schriftwechsel bitten wir stets um die Angabe unserer oben genannten Vorgangsnummer. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Eine weitere Beteiligung ist vorgesehen.

---

Stellungnehmer-ID: **126**    Stellungnahme-ID: **146**    BE-ID: **401**    **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Bergbau: Ost

Das Vorhaben befindet sich nach den dem LBEG vorliegenden Unterlagen im Bereich von bergbaulichen Leitungen. Nach den geltenden Vorschriften wird entlang der Leitungen ein Schutzstreifen festgelegt. Der Schutzstreifen ist von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenwuchs freizuhalten. Wir bitten Sie, sich mit dem/den genannten Unternehmen in Verbindung zu setzen und ggf. die zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen:

[Tabelle]

Das Vorhaben befindet sich nach den dem LBEG vorliegenden Unterlagen im Bereich von aktivem Bergbau. Entsprechend allgemeiner Vorschriften sind Bohrpunkte in einem Schutzradius von 5,0 m von jeglicher Bebauung sowie Bepflanzung mit tiefwurzelnden Pflanzen frei zu halten. Ggf. ist auch eine Zufahrtsmöglichkeit für schwere Technik zu belassen. Für die Abstimmung der notwendigen Schutzmaßnahmen kontaktieren Sie bitte den Auftraggeber bzw. seinen Rechtsnachfolger. Das Verfahren erfasst nach den uns vorliegenden Informationen die folgenden Bohrungen.

[Tabelle]

Wir bitten darum, sich mit dem/den betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und die ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen. Sofern Ihr Planungsvorhaben Windenergieanlagen betrifft, wird auf die Rundverfügung: Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus verwiesen, auch zu finden als Download auf der Webseite des LBEG.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Regionalplanungsträger erarbeitet das Regionale Raumordnungsprogramm. Nachgelagerte Vorhaben sind im Rahmen der ggf. vorgesehenen Beteiligungsverfahren der notwendigen standortkonkreten Genehmigungsverfahren zu erwarten und unterliegen nicht der Steuerungswirkung und Beteiligungspflicht der Regionalplanung. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen bzw. sind bereits im Verfahren berücksichtigt. Es wird auf die BE-IDs 629, 630 und 624 des ersten Beteiligungsverfahrens zum RROP und entsprechende Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **27**    Stellungnahme-ID: **32**    BE-ID: **37**    **Bundespolizeidirektion Hannover**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

die Belange der Bundespolizeidirektion Hannover werden durch Ihr Vorhaben in dem oben genannten Bereich nicht berührt. Ich habe daher keine Anregungen bzw. Bedenken.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **19**    Stellungnahme-ID: **24**    BE-ID: **8**    **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Gegen die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) bestehen keine grundsätzlichen Einwände, sofern der verkehrliche Widmungszweck der davon berührten Bundeswasserstraßen einschließlich deren Unterhaltung und des Betriebes der bundeseigenen Anlagen gemäß den gesetzlichen Vorgaben (Bundeswasserstraßengesetz - WaStrG) weiterhin gewährleistet bleibt („Vorranggebiet Schifffahrt“).

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (sh. BE-ID 30 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

---

Stellungnehmer-ID: **44**    Stellungnahme-ID: **46**    BE-ID: **54**    **PLEDOC**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:

- OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **126**    Stellungnahme-ID: **146**    BE-ID: **400**    **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Baugrund

In Teilen des Landkreises Northeim sind örtlich in Bereichen mit im Untergrund anstehender Sulfat- oder Karbonatgesteine die geologischen Voraussetzungen für das Entstehen von Erdfällen gegeben. Über das Gebiet des Landkreises verteilt gibt es eine Vielzahl bekannter Erdfälle. Im Niedersächsischen Bodeninformationssystem NIBIS (<http://nibis.lbeg.de/cardomap3/>) können Informationen zur Lage von bekannten erdfallgefährdeten Gebieten (gehäuftes Auftreten von Erdfällen) und Einzelerdfällen abgerufen werden. Für Bauvorhaben in erdfallgefährdeten Gebieten wird empfohlen gegebenenfalls entsprechende konstruktive Sicherungsmaßnahmen einzuplanen. Weiterführende Informationen dazu unter [www.lbeg.niedersachsen.de](http://www.lbeg.niedersachsen.de) > Geologie > Geogefahren > Subrosion > Hinweise zum Umgang mit Subrosionsgefahren.



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Lokal liegen uns Hinweise auf mögliche Gefährdungen durch gravitative Massenbewegungen (Rutschungen, Fließbewegungen) vor. Informationen über die Art der Bewegungsprozesse sowie zur Mächtigkeit und räumlichen Ausdehnung, zum Zustand oder der aktuellen Aktivität liegen uns derzeit nicht vor. Wir empfehlen, im Zuge der Planungen Baugrunderkundungen gemäß Eurocode 7 (A 2.1.2.4; zuvor DIN 1054) durchzuführen und mögliche Auswirkungen auf die Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit der Planvorhaben zu prüfen. Die Erkundungen sollten sowohl den jeweils eigentlichen Planungsbereich als auch die ggf. angrenzenden oder umliegenden potentiell instabilen Gefahrenbereiche umfassen.

Im Zuge der Planung von Baumaßnahmen verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver (Thema Ingenieurgeologie). Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise werden im Hinblick auf dem RROP nachgelagerte ggf. folgende Genehmigungsverfahren zur Kenntnis genommen. Sie entziehen sich jedoch maßstabsbedingt der Steuerungswirkung der Regionalplanung und zielen auf die Berücksichtigung bei der Planung von Baumaßnahmen ab.

---

Stellungnehmer-ID: **19**    Stellungnahme-ID: **24**    BE-ID: **13**    **Wasserstraßen- und Schiffsamt Weser**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Für weitere, genauere Beurteilungen von Einzelobjekten/-vorhaben zum jetzigen Zeitpunkt sind die Angaben zu ungenau. Grundsätzlich ist daher zu beachten, dass bei allen Vorhaben, die sich auf die Bundeswasserstraße und/oder auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auswirken können, das örtlich zuständige Wasserstraßen- und Schiffsamt im Vorfeld zu beteiligen ist.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (sh. BE-ID 35 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **64**    Stellungnahme-ID: **79**    BE-ID: **105**    **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

mit den o. g. E-Mail-Eingängen vom 12.03.2025 im Funktionspostfach [Inhalt anonymisiert] sowie auch im Funktionspostfach [Inhalt anonymisiert] der Sparte Bundesforst - letzterer wurde zuständigkeitshalber an mich weitergeleitet - haben Sie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) darüber informiert, dass der Kreistag des Landkreises Northeim in seiner Sitzung am 07.03.2025 den zweiten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) als Grundlage zur Durchführung des erneuten Beteiligungsverfahrens gem. § 9 Abs. 3 ROG beschlossen hat. Gleichzeitig baten Sie um Stellungnahme zu den Änderungen am Planentwurf infolge der ausgewerteten Stellungnahmen aus dem vorherigen Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 3 NROG (a. F.).

Nach Durchsicht und Prüfung der zur Verfügung gestellten Unterlagen nimmt die BImA als Trägerin öffentlicher Belange und Eigentümerin wie folgt Stellung:

Es wird festgestellt, dass die mit der BImA-Stellungnahme MDPM.TÖB-03-2020-0031.1106 vom 13.11.2023 vorgebrachten Hinweise entsprechend evaluiert wurden, so dass zu den Änderungen am Planentwurf zum zweiten Entwurf zur Neuaufstellung des RROP aus Sicht der BImA keine weiteren Hinweise bzw. Einwände vorgebracht werden.

Um Beteiligung im weiteren Verfahren wird gebeten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **137**    Stellungnahme-ID: **158**    BE-ID: **465**    **NLWKN**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Der Unteren Naturschutzbehörde in Ihrem Haus sowie dem zuständigen Amt für regionale Landesentwicklung sende ich dieses Schreiben ebenfalls zu.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **142**    Stellungnahme-ID: **163**    BE-ID: **466**    **Stadt Uslar**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 11.03.2025 erhalten Sie die Hinweise und Anregungen der Stadt Uslar „zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim“ zur Kenntnisnahme.

Änderungen/ Ergänzungen der Stadt Uslar zum RROP

Anlage 1: Schreiben der Stadt Uslar vom 18.03.2017

Anlage 2: Einzelhandelskonzept der Stadt Uslar vom 20.09.2018, Zentraler Versorgungsbereich (ZVB) entspricht Altstadt und Wiesenstraße.

Anlage 3: Mail der Stadt Uslar vom 25.07.2019

Anlage 4: Masterplan der Stadt Uslar vom 04.11.2019, Strategische Ausrichtung und Maßnahmenkatalog für die Innenstadt (Altstadt und Wiesenstraße).

Anlage 5: Mails der Stadt Uslar vom 29.10.2020

Anlage 6: Anregungen und Hinweise aus dem Wirtschafts- Umwelt- und Entwicklungsausschuss vom 22.11.2023

Anlage 7: Schreiben der Jagdgenossenschaft Offensen vom 24.11.2023

Anlage 8: Stellungnahme des Orsrates Offensen vom 09.01.2025

Anlage 9: Anregungen und Hinweise aus dem Wirtschafts-, Umwelt- und

Entwicklungsausschuss vom 29.04.2025 [Die Inhalte des TOP 4 inkl. Beschluss der Ratssitzung und TOP 6 der Anlage 9 werden als Part der Stgn. im Wortlaut aufgenommen]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Das Schreiben der Stadt zu der Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten des RROP-Entwurfes sowie Hinweise zum ersten RROP-Beteiligungsverfahren wurden bereits als Stellungnahmen im dazugehörigen, vorausgegangenen Verfahrensschritt erfasst und entsprechend bereits in der RROP-Neuaufstellung berücksichtigt. Die als Anlage übersendeten Korrespondenzen zwischen dem Landkreis und der Stadt sind dem Landkreis bekannt. Aus dem Einzelhandelskonzept sowie dem Masterplan der Stadt Uslar resultieren unter Berücksichtigung der Hinweise keine Forderungen an den zweiten RROP-Entwurf. Anlage 7 ist im ersten RROP-Beteiligungsverfahren als Stellungnahme eingegangen und abgewogen. Die Stellungnahme des Orsrates Offensen ist hausintern aus einem unabhängig des RROP-Verfahrens laufenden Genehmigungsverfahren bekannt und enthält keine für die weitere planerische Abwägung relevanten Inhalte. Anlage 9 enthält neben Anregungen zum RROP Hinweise zu dem RROP unabhängigen Sachverhalten und wird daher partiell nicht berücksichtigt.

Die Anlagen 1 bis 8 enthalten daher keine weiteren für die planerische Abwägung relevanten Forderungen, Anregungen oder Bedenken und werden lediglich zur Kenntnis genommen. Anlage 9 wird, den das RROP-Verfahren betreffenden TOP 4 inkl. Beschluss der Ratssitzung und TOP 6, als Stellungnahme gewertet und in eigenständigen BE-IDs verarbeitet.

---

Stellungnehmer-ID: **64**    Stellungnahme-ID: **79**    BE-ID: **106**    **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Hinweis in eigener Sache:

Die Wahrnehmung der Aufgaben als Träger öffentlicher Belange und als Eigentümer für die BIMA-eigenen Liegenschaften im Bundesland Niedersachsen erfolgt ausschließlich von hier aus.

Ich bitte Sie daher, für eine fristgerechte Bearbeitung erforderlicher Stellungnahmen künftig Ihre Beteiligungsschreiben für Vorhaben in Niedersachsen ausschließlich an folgende Anschrift zu adressieren:

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben  
[Adresse anonymisiert]  
E-Mail-Adresse: [Inhalt anonymisiert].

Die von Ihnen zu diesem Planvorgang verwendete Anschrift Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Bundesforst, Ellerstraße 56, 53119 Bonn mit der E-Mail-Adresse [Inhalt anonymisiert] bitte ich daher aus Ihrem Verteiler zu löschen.

## **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der TÖB-Verteiler wird entsprechend aktualisiert.

---

Stellungnehmer-ID: **40**    Stellungnahme-ID: **42**    BE-ID: **53**    **TenneT TSO GmbH**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

## **Einwendung:**

Bitte geben Sie im Fall einer nachfolgenden weiteren Anfrage in dieser Angelegenheit stets unsere oben im Betreff genannte Vorgangsnummer an und geben Sie diesen Hinweis bitte auch an Auftragnehmer bzw. Bauausführende weiter.

## **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **126**    Stellungnahme-ID: **146**    BE-ID: **408**    **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

## **Einwendung:**

Hinweise

Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (unser Zeichen: LID.4-L67214-07-2024- 0001).

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

## **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Regionalplanungsträger erarbeitet das Regionale Raumordnungsprogramm. Nachgelagerte ggf. notwendige Beteiligungsverfahren sind im Rahmen standortkonkreter Genehmigungsverfahren zu erwarten und gesondert zu prüfen. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen bzw. sind bereits im Verfahren berücksichtigt.

---

Stellungnehmer-ID: **54**    Stellungnahme-ID: **65**    BE-ID: **72**    **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest)**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

## **Einwendung:**

Wir bitten um weitere Beteiligung im Verfahren und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

## **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **138**    Stellungnahme-ID: **159**    BE-ID: **433**    **Gemeinde Kalefeld**

Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

die Gemeinde Kalefeld hat den zweiten Entwurf 2025 zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) für den Landkreis Northeim zur Kenntnis genommen und gibt dazu keine Stellungnahme ab.

**Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **29**    Stellungnahme-ID: **33**    BE-ID: **33**    **Avacon Netz GmbH**

Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Unsere Stellungnahme mit der laufenden Nummern 23-000498 / LR-ID 0972863-AVA vom 19. Oktober 2023 behält weiterhin ihre Gültigkeit. Bei Einhaltung der dort im Anhang aufgeführten Hinweise haben wir keine weiteren Einwände oder Bedenken. Änderungen der uns vorliegenden Planung bedürfen unserer erneuten Prüfung. Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

**Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Die Hinweise aus der Stgn. vom 19.10.2023 sind im Rahmen der Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs bereits vollständig berücksichtigt. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die weitere Beteiligung im RROP - Verfahren wird gewährleistet.

---

Stellungnehmer-ID: **16**    Stellungnahme-ID: **21**    BE-ID: **3**    **Bundesnetzagentur**

Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Für eine Funkbetreiberauskunft vom Referat 226:

-----  
Zusätzlich haben Sie die Möglichkeit, eine Funkbetreiberauskunft (u. a. Richtfunk) gesondert per E-Mail an [Inhalt anonymisiert] anzufragen.

Dafür schicken Sie uns das vollständig ausgefüllte Formular (als Anhang per E-Mail), welches Sie unter folgendem Link finden:

[www.bnetza.de/648280](http://www.bnetza.de/648280)

Für die Funkbetreiberauskunft ist die Angabe der Koordinaten zwingend erforderlich. Hierzu können Sie sich auch an den Planungsträger wenden.

**Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Im RROP-Verfahren sind keine Koordinaten konkreter Baumaßnahmen bekannt. Die Hinweise werden daher zur Kenntnis genommen und der Verteiler für zukünftige Verfahren entsprechend aktualisiert.

---

Stellungnehmer-ID: **20**    Stellungnahme-ID: **25**    BE-ID: **22**    **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Belange der militärischen Luftfahrt bleiben unberührt. Diese werden vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, wahrgenommen.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 39      Stellungnahme-ID: 91      BE-ID: 119      **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Eingabe einer Stellungnahme zum zweiten 2. RROP - Entwurf des Landkreises Northeim und weisen darauf hin, dass unsere Eingaben vom 24. November 2023 weiterhin uneingeschränkt ihre Gültigkeit haben. Bisher wurden von Ihnen keine ausreichenden wissenschaftlich fundierten Untersuchungen/Gutachten vorgelegt – etwa zur Erforderlichkeit einer großräumigen Ausweisung eines Biotopverbundes –, so dass wir an den bisherigen Ausführungen festhalten. Dass sich die Ausweisung eines Biotopverbundes z.B. auf mögliche potenzielle Vorkommen ohne den Nachweis konkreter Arten stützt, stellt keine ausreichende Begründung dar. Dies gilt ebenso für das Vorranggebiet „Wald/Historisch alte Waldstandorte“, dessen ökologische Wertigkeit erst durch aktuelle Nachweise belegt werden muss und nicht allein auf Grundlage historischer Karten angenommen werden kann. Auch in der Begründung zum RROP- Entwurf auf Seite 388 ist zu den FFH und Vogelschutzgebieten ausgeführt: Aufgrund ihrer besonderen Schutzwürdigkeit werden die Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete pauschal als Tabuzone berücksichtigt, auch wenn insbesondere für die großflächigen Schutzgebiete keine abschließende Aussage dazu möglich ist, dass alle der einbezogenen Flächen für den angestrebten Schutzzweck essentiell sind. Sie sollen aber der Windenergienutzung wegen ihrer Bedeutung für den Erhalt der biologischen Vielfalt und für den Schutz eines regionalen und überregionalen Biotopverbundes nicht zur Verfügung stehen.

Mit Interesse sehen wir Ihren Unterlagen / Gutachten entgegen, die eine transparente Abwägung der ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Hinblick auf deren naturschutzmotivierte Ausweisung aufzeigen.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um einen Auszug der zu späterem Zeitpunkt erneut übersandten Stellungnahme. Es hat geringfügige inhaltliche offensichtliche Korrekturen gegeben, für die Abwägung wird auf die BE-ID 391 dieser Abwägungssynopse zum zweiten RROP-Entwurf verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: 39      Stellungnahme-ID: 157      BE-ID: 416      **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Einzufügen: 8. In waldarmen Teilräumen sollen Waldflächen vergrößert und der Waldanteil erhöht werden.

Zu streichen: 07 [durchgestrichen]5 In waldreichen Teilräumen sollen die für die Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt bedeutsamen Freiflächen von Aufforstungen freigehalten werden. [durchgestrichen]

Anmerkung: Entscheidet sich der Eigentümer für eine Aufforstung, ist dieses, auch in Anbetracht des übergeordneten Klimaschutzes, zu genehmigen.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine inhaltlich doppelte Eingabe. Für die Abwägung sh. BE-ID 190.

---

Stellungnehmer-ID: 56      Stellungnahme-ID: 120      BE-ID: 199      **Regierungspräsidium Kassel**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

aus den von hier zu vertretenden Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege bestehen gegen die textlichen und zeichnerischen Festlegungen des 2. Entwurfs zum Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Northeim keine Bedenken.

Grenzüberschreitende Auswirkungen der geänderten Teile zu den Zielen und Grundsätzen zur Entwicklung der Siedlungs- und Versorgungsstruktur, der Freiraumstruktur und Freiraumnutzungen sowie der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotenziale in Richtung Nordhessen mit Konfliktpotenzial aus naturschutzfachlicher Sicht sind nicht erkennbar.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **22**    Stellungnahme-ID: **27**    BE-ID: **25**    **Privat**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Hallo Landkreis Northeim wenn man sich so eure Berichte ansehen tut wird einem schlecht !!  
Windräder brauchen wir hier nicht wohin bitte ?  
Glaub der Landkreis hat ganz andere Probleme anstatt sich um Windräder jetzt Gedanken zu machen !  
Wohnungsnot und bezahlbar aber anstatt sich Mal Mitarbeiter Gedanken macht wird nach Wohnungen gesucht für Flüchtlinge ist nicht euer ernst ihr solltet Mal bei euch aufnehmen anstatt ne welle zu reißen zudem es ja ab 1 April ne bezahlkarte gibt schon Mal überlegt das dann der Diebstahl Kack wieder los geht ?  
Auch keine Gedanken gemacht wirklich traurig der Landkreis muss noch viel aufholen anstatt Dinge die wichtiger sind in Schrank zu legen !!  
Die Stadt Northeim schafft sich ab und feste gibt nicht mehr da sollte man Mal überlegen  
aber Flüchtlinge die hier kein benehmen haben die sind an der Tagesordnung sorry da läuft was schief bei uns !!  
Unsere Landrätin und unser Bürgermeister die nicht wissen damit umzugehen anstatt wird eingebürgert muss nicht sein !!  
Und jetzt zum Schluss Windräder wo soll man die hinsetzen nochmal nirgends man muss sich schon schämen als Bürger von Northeim was hier los ist!!

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise werden als Statement gewertet. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

---

Stellungnehmer-ID: **26**    Stellungnahme-ID: **31**    BE-ID: **30**    **50Hertz Transmission GmbH**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Ihre Anfrage haben wir dankend erhalten.  
Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen befinden. Dazu zählen z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **233**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (Koordination Abteilung Gesundheit und Prävention) gibt folgenden Hinweis:

Ich bitte zu berücksichtigen, dass Flächen, auf denen sich Friedhöfe oder Bestattungswälder in Niedersachsen befinden, nicht durch das o. g. Vorhaben tangiert werden; hierbei sind auch die Grundsätze aus § 1 Nrn. 1 bis 3 des Niedersächsischen Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) vom 8. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2022 (Nds. GVBl. S. 134), maßgeblich.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Grundsätze nach § 1 BestattG (NI) werden durch die im RROP-Entwurf getroffenen Festlegungen nicht berührt. Rechtskräftig genehmigte und bestehende Anlagen genießen zudem auch ohne konkrete



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Ausweisung im RROP Bestandsschutz und werden durch die Festlegungen im RROP aus Sicht des Regionalplanungsträgers und nach erneuter Prüfung der Friedhöfe und Friedwälder im Landkreis nicht beeinträchtigt. Aus dem vorgebrachten Einwand resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf.

---

Stellungnehmer-ID: **17**    Stellungnahme-ID: **22**    BE-ID: **5**    **Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt**

Dokument:

Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

anbei erhalten Sie die Stellungnahme der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt zu o.g. Vorhaben, ausschließlich per E-Mail.

Für Ihre Regionalplanungen, wie hier der zweite Entwurf, ist das Wasserstraßen- und Schifffahrtsams (WSA) Weser, Kasseler Straße 5, 34346 Hann. Münden [Inhalt anonymisiert] zuständig, dass Sie bereits angeschrieben haben. Bitte beteiligen Sie auch weiterhin das WSA Weser.

**Abwägung:**

Wird gefolgt

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beteiligung ist vorgesehen.

---

Stellungnehmer-ID: **37**    Stellungnahme-ID: **40**    BE-ID: **41**    **LK Northeim FB 44 - Untere Bodenschutzbehörde und Untere Abfallbehörde**

Dokument:

Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Seitens der UAB und UBB sind keine Anmerkungen zum 2. Entwurf vorzutragen.

**Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **40**    Stellungnahme-ID: **42**    BE-ID: **51**    **TenneT TSO GmbH**

Dokument:

Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Für unseren geplanten SuedLink (Projekt A100) gilt: SuedLink ist ein Gesamtvorhaben, das von den beiden Übertragungsnetzbetreibern TenneT TSO GmbH und TransnetBW GmbH umgesetzt wird. Für die Genehmigung im Rahmen der Bundesfachplanung wurde der SuedLink in fünf Abschnitte (A, B, C, D, E) eingeteilt. Da sich der geplante Geltungsbereich im Abschnitt der TransnetBW GmbH befindet, leiten wir Ihre Mail an die TransnetBW GmbH weiter, die Ihnen die entsprechende Stellungnahme anfertigen wird. In Zukunft bitten wir Sie, alle Anliegen, die sich um diesen Vorgang drehen, auch an die TransnetBW GmbH ([Web-Adresse anonymisiert]) zu senden.

**Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Die TransnetBW GmbH ist als TöB am Verfahren bereits beteiligt.

---

Stellungnehmer-ID: **30**    Stellungnahme-ID: **34**    BE-ID: **35**    **terraneis bw**

Dokument:

Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

wir bestätigen Ihnen hiermit den Eingang Ihrer Anfrage zum oben genannten Vorhaben, zu der wir Ihnen Folgendes mitteilen: In dem bezeichneten Gebiet (gilt nur für rot markierten Bereich) liegen keine Anlagen der terraneis bw GmbH sowie des Zweckverbandes Gasversorgung Oberschwaben (GVO), so dass wir von dieser Maßnahme nicht betroffen sind. Eine Beteiligung am weiteren Verfahren ist nicht erforderlich. Um eine schnellstmögliche Antwort zu erhalten, nutzen Sie bitte zukünftig den Link zur kostenlosen BIL Online-Leitungsauskunft: [Web-Adresse anonymisiert].

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **111**    Stellungnahme-ID: **130**    BE-ID: **218**    **Privat**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

## Einwendung:

ich beabsichtige die Beantragung eines Außenstart- und Landeplatzes für einen Motorschirm.  
Dafür ist z.B. eine Wiese geeignet mit einem Durchmesser von 70m.  
Bauliche Maßnahmen sind nicht erforderlich.  
Die Benutzung ist auf Einzelpersonen beschränkt und ca. 1x/Woche vorgesehen.  
Vorgesehen ist der Platz nordöstlich von Offensen, bis ca. 500m von der Ortschaft entfernt.  
Genauere Abstimmungen mit den Grundstücksbesitzern, der Gemeinde und dem DULV (Deutscher Ultraleichtflugverband) sind noch nicht erfolgt.  
Sofern mein Anliegen bei der Erstellung des RROP maßgeblich ist, bitte ich um Berücksichtigung.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Aufgrund des im Einwand genannten, unverfestigten Planungsstandes wird von einer näheren Beurteilung des potenziellen Vorhabens abgesehen. Es ergeht an dieser Stelle der Hinweis, dass gem. § 4 Abs. 2 Nr. 3 ROG bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen, Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen sind.

---

Stellungnehmer-ID: **24**    Stellungnahme-ID: **29**    BE-ID: **27**    **Telekom Technik GmbH**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben PTI Nord24\_2023\_66298 vom 21.11.2023 fristgerecht Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.

Für den zukünftigen Schriftverkehr benutzen Sie bitte weiterhin die Adresse des zentralen E-Mail-Postfaches: [Inhalt anonymisiert]

## Abwägung:

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Der Verteiler ist für zukünftige Beteiligungen entsprechend aktualisiert. Die Hinweise aus der Stgn. vom 21.11.2023 sind im Rahmen der Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs bereits vollständig berücksichtigt.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **126**    Stellungnahme-ID: **146**    BE-ID: **399**    **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

## Einwendung:

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Altbergbau

Im Plangebiet befinden sich mehrere Standorte an denen konventioneller Altbergbau umgegangen ist

Standorte des Kalibergbaus:

Volpriehausen, Vogelbeck und Nörten- Hardenberg.

Standorte des Braunkohlebergbaus:

Delliehausen, Oldenrode- Düderode, Allershausen

Standorte des Gipsabbaues

Lüthorst

Standorte des Eisenerzbergbaus:

Echte- Kalefeld.

Weiterhin befinden sich im Plangebiet zahlreiche stillgelegte Bohrungen der Erdöl- und Erdgasindustrie. Stillgelegte Bohrungen, die während der Teufarbeiten und/oder während des Betriebes Gasanzeichen hatten, dürfen nicht überbaut werden. Um die Bohrungen herum ist ein Radius von 5m von Bebauung frei zu halten.

Es würde den Rahmen der Stellungnahme sprengen, die einzelnen Altbergbaustandorte im Einzelnen detailliert aufzuführen und zu bewerten. Es wird daher gebeten, das LBEG bei konkreten Planungen erneut zu beteiligen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **26**      Stellungnahme-ID: **31**      BE-ID: **29**      **50Hertz Transmission GmbH**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

anhängig erhalten Sie unsere Stellungnahme zum Planverfahren. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte unter Angabe der Vorgangsnummer, welche im Anschreiben angegeben ist, an unser Postfach [Inhalt anonymisiert] . Bitte antworten Sie nicht auf den Absender dieser E-Mail.

Hinweis: Im Sinne einer papiersparenden Arbeitsweise genügt der 50Hertz Transmission GmbH die Beteiligung in elektronischer Form per Datenträger oder Download-Link. Das Anschreiben inkl. Unterlagen können Sie uns auch gern digital an unser Postfach [Inhalt anonymisiert] übersenden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Verteiler ist für zukünftige Beteiligungsverfahren entsprechend aktualisiert, siehe auch BE-ID 31.

---

Stellungnehmer-ID: **36**      Stellungnahme-ID: **39**      BE-ID: **42**      **Gascade Gastransport GmbH**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber [Inhalt anonymisiert] sowie [Inhalt anonymisiert]

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Nachträgliche Lageänderungen in der Projektplanung bedürfen eines erneuten Antrags auf Zustimmung.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen, TÖB-Beteiligungen etc. an die oben genannten Anlagenbetreiber über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter [Inhalt anonymisiert] einzuholen sind.

Bitte richten Sie daher Ihre zukünftigen Anfragen an uns, direkt an das o.g. BIL-Portal.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **62**    Stellungnahme-ID: **77**    BE-ID: **89**    **NABU-Ortsgruppe Gillersheim**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung. Zudem würden wir einen offenen Austausch begrüßen und schlagen in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Begehung der betroffenen Gebiete vor.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **303**    **Privat**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Vorbemerkungen zur Stellungnahme des 2. Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Northeim

Leider weist der RROP-Entwurf einige Schwächen auf, auf die nachfolgend näher eingegangen werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind unzureichend und nicht in seiner dynamischen Entwicklung berücksichtigt. Alle Planungen sollten entsprechend der klimatischen Entwicklung Anpassungsoptionen haben.

Der Landkreis sollte Möglichkeiten in Betracht ziehen, im Sinne des Klimawandels und zur Erhaltung der Vielseitigkeit und Nachhaltigkeit, einerseits einen Beitrag zur Eindämmung des Temperaturanstiegs zu leisten und andererseits für die Attraktivität des Landkreises wettbewerbsfähige, bezahlbare und nachhaltige Energie bereitstellen und dafür die notwendigen Werkzeuge und Voraussetzungen schaffen.

Die Forstwirtschaft muß ebenfalls als raumbedeutsamer und kulturlandschaftsprägender Wirtschaftszweig beschrieben und anerkannt werden.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Einwendung enthält keine konkreten Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Der Klimawandel findet in den Festlegungen des RROP-Entwurfs bereits Berücksichtigung.

Zur Sachaufklärung wird auf die BE-ID 178 und 180 dieser Synopse mit inhaltlich vergleichbaren Ausführungen sowie auf die BE-ID 1126 der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **75**    Stellungnahme-ID: **90**    BE-ID: **115**    **Stadt Northeim**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Vorbemerkung

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Die Hinweise und Anforderungen aus der Stellungnahme der Stadt Northeim vom 20.11.2023 zum ersten Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim haben weiterhin Bestand.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise aus dem ersten Beteiligungsverfahren sind vollumfänglich abgewogen und das Ergebnis kann dem vorliegenden zweiten RROP-Entwurf und der Abwägungssynopse zum ersten Beteiligungsverfahren unter Stgna-ID 113 der ersten Abwägungssynopse entnommen werden.

---

Stellungnehmer-ID: **16**      Stellungnahme-ID: **21**      BE-ID: **1**      **Bundesnetzagentur**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:

1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter bzw. um eine Planung einer Solar- / Photovoltaik-Freifläche. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich.
2. Entweder ist die Bauhöhe unbekannt oder es handelt sich um eine Maßnahme mit einer unveränderten Bauhöhe. Zum Beispiel: Flurbereinigung, Landschafts- / Naturschutz, unterirdische Leitung oder Aufhebungsverfahren.
3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, konkrete Baumaßnahmen erfolgen nicht auf Planungsebene des RROP.

---

Stellungnehmer-ID: **57**      Stellungnahme-ID: **72**      BE-ID: **80**      **LK Northeim FB 44 - Untere Wasserbehörde**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Zum oben genannten Vorhaben bestehen keine Bedenken.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **41**      Stellungnahme-ID: **43**      BE-ID: **47**      **sewikom GmbH**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

aus Sicht der sewikom GmbH bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: 25      Stellungnahme-ID: 30      BE-ID: 28      **Regionales Landesamt für Schule und Bildung - Dez. 1**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

ich Bedanke mich für die Beteiligung im Rahmen des o. g. Beteiligungsverfahrens gem. § 9 Abs. 3 ROG. Seitens des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung Braunschweig bestehen keine Bedenken, es werden keine Einwände erhoben.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 39      Stellungnahme-ID: 157      BE-ID: 397      **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

S. 236 ff im RROP-Entwurf- Begründung: Gefordert wird unter anderem eine Entwicklung alter und strukturreicher Wälder u.a. auch als potenzieller störungsarmer Lebensraum für den Schwarzstorch zur Verbesserung der Biotopstruktur etc.

Dieses bedeutet eine Einschränkung der Waldbewirtschaftung und ist zudem bereits als Entwicklungsziel in jungen bis mittelalten Laub-, Mischwäldern mit Fichte und Buche aufgeführt. Es entstehen so vergreiste Wälder mit einem stark erhöhten Risiko für Kalamitäten. Im Klimawandel erweist sich die nachhaltige Waldbewirtschaftung mit einer breiten Vielfalt von standortgerechten Baumarten, auch nicht-europäischer Baumarten, als zentrale Voraussetzung für resiliente und zukunftsfähige Wälder.

Auf S. 32 im RROP-Entwurf-beschreibende Darstellung: Die hierfür aus forstwirtschaftlicher Sicht besonders geeigneten Waldflächen, die mit Nährstoffen sehr gut versorgt bis mäßig versorgt sind und daher als besonders geeignet für Laubwaldbaumarten gelten, sollen von entgegenstehenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen freigehalten werden.

Ein schnelles Handeln, Umsetzen von effektiven Klimaschutzmaßnahmen gegen die Erderwärmung ist dringlicher, als der klassische konservierende Naturschutz, um so auch die Biodiversität erhalten zu können. Auch nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) liegt die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse und ist ein Anliegen öffentlicher Sicherheit. Außerdem legt § 2 EEG fest, dass dem Ausbau Erneuerbarer Energien im Rahmen einer jeden Abwägungsentscheidung Vorrang eingeräumt werden soll – also auch gegenüber anderen umwelt- und naturschutzrechtlichen Belangen.

2 . Entwurf – RROP Begründung S. 398 : Der Landkreis Northeim weist eine Größe von 126.786 ha auf. Von der Fläche sind nach der Berücksichtigung aller Tabuzonen 124.438 ha aus rechtlichen und 2 ? tatsächlichen Gründen oder aufgrund des planerischen Willens von der Windenergie ausgeschlossen. Die Ausschlussflächen umfassen somit insgesamt 98 % des Landkreises.

Waldflächen sind dabei fast ganz ausgeschlossen. Außerdem werden 96 % der Waldfläche im Landkreis Northeim durch ein Vorranggebiet (ca. 88%) oder ein Vorbehaltsgebiet Wald (ca. 8%) überplant.

Dazu auch auf S. 95 in der Begründung der RROP -E: Der Waldverbund macht mit einem Anteil von 15 % des Landkreises bzw. 19.580 ha flächenmäßig den größten Anteil des Biotopverbundsystems im Landkreis Northeim aus (73 % des Biotopverbundes).

Die Sozialbindung des Eigentums gemäß Art. 14 Abs. 2 GG wird verfassungswidrig zu Lasten der Schutzfunktion/Naturschutz überzogen. Solcher Eingriff in das Waldeigentum sowie auf die Berufsausübungsfreiheit nach § 12 GG der Betroffenen ist nicht gerechtfertigt.

Die Überplanung des Privatwaldes mit naturschutzmotivierten Vorranggebieten ist als unverhältnismäßiger und damit verfassungswidriger Eingriff in die Grundrechte der Waldeigentümer zu werten.

V.a. die Festlegung der Vorranggebiete hat massive Auswirkungen auf die Waldbewirtschaftung und einzelne Bewirtschaftungsmaßnahmen.

### **Forderung:**

Vorranggebiete Wald sowie sonstige einseitig ausgewiesene Vorranggebiete mit naturschutzbezogener Zielsetzung werden im RROP als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen und einer nachvollziehbaren, ausgewogenen Abwägung unter Beteiligung der betroffenen Grundeigentümer zugeführt.

Dazu ist ein entsprechendes Verfahren durchzuführen, um auch vorgegebene Vorranggebiete aus dem LROP zu ändern.

Es ist immer ein Abwägungsprozess, eine Einzelfallentscheidung erforderlich, die bei Vorbehaltsgebieten, aber nicht bei Vorranggebieten gewährleistet ist.

Beispiel: Aufgrund der Dynamik von Waldlebensräumen sind der Zustand und die Ausdehnung der z.B. Lebensraumtypen/NATURA 2000-Gebiete einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen. Den Status quo



erhalten zu wollen, muss zwangsläufig scheitern. Natürliche Prozesse wie u.a. Sturmereignisse/Wetterextreme mit nachfolgenden Auswirkungen entziehen sich der Festlegung. Die Darstellung der Schutzflächen bildet einen statischen Zustand ab, der sich aufgrund natürlicher Prozesse in Waldlebensräumen stetig ändert. An dem Schutzstatus kann nicht festgehalten werden und läuft dem beständigen Wechsel in der Natur zuwider.

Weiterhin werden verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht: Waldbe- wirtschaftung/Holzproduktion, aber auch die Erweiterung der Geschäftsfelder über die Holzproduktion hinaus werden gegenüber „Naturschutzbelangen“ nachrangig behandelt, dadurch wird in das Eigentumsrecht (Art. 14 GG) eingegriffen.

### **Abwägung:**

*Wird nicht gefolgt*

Im Fokus der regionalplanerischen Festlegungen steht die Entwicklung stabiler Waldökosysteme mit standortgerechten Mischwäldern möglichst mit ihren autochthonen Arten der Flora und Fauna unter Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen. Es wird auf die Ausführungen der BE-ID 192 dieser Synopse verwiesen. Die in der Einwendung angesprochene textliche Festlegung 3.2.1 04 Satz 4 stammt aus dem LROP und ist in das RROP zu übernehmen.

Die Regionalplanung hat die Aufgabe, sämtliche konkurrierende Nutzungsansprüche an den Raum in Bezug zu setzen und durch ihre Planung zu vereinbaren. Die planerische Abwägung umfasst dabei grundsätzlich die Freiheit des Planungsträgers zu entscheiden, ob bzw. in welchem Maße er eine bestimmte Nutzung ermöglichen und wo er hierfür Flächen in seinem Planungsraum ausweisen möchte. Auf Ebene der Regionalplanung ändert ein überragendes öffentliches Interesse nichts daran, dass eine Abwägung nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG stattfinden muss. Das „überragende öffentliche Interesse“ wurde im Rahmen der planerischen Abwägungen berücksichtigt. Strikte verbindliche rechtliche Vorgaben können dadurch nicht überwunden werden. Vorranggebiete Wald sind aus dem LROP 2022 verpflichtend zu übernehmen und stehen für eine Windenergienutzung nach aktuell geltendem Recht nicht zur Verfügung. Der Träger der Regionalplanung hat die Öffentlichkeit zu dem 1. und 2. RROP-Entwurf beteiligt. Die Vorranggebiete des LROP sind endabgewogen und regelmäßig in das RROP zu übernehmen. Vorranggebiet Natura 2000 werden auf Grundlage der Flächenkulisse der FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete ausgewiesen; eine Überarbeitung der Flächenkulisse sowie der entsprechenden Schutzgebietsziele entzieht sich der Regelungskompetenz der Regionalplanung.

Gemäß Art. 14 Abs. 1 GG ist das Eigentumsrecht nicht unbegrenzt. Art. 14 Abs. 2 GG stellt klar, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Gleichwohl wird in Art. 14 Abs. 1 GG bereits auf Inhalt und Schranken des Eigentums durch Gesetze hingewiesen. Es wird auf die bereits erfolgten inhaltlichen Auseinandersetzungen in der ersten Abwägungssynopse unter BE-ID 1230 und BE-ID 571 verwiesen.

Der Regionalplanungsträger hat sich bereits im ersten Beteiligungsverfahren ausführlich und mehrfach zu den Eigentumsverhältnissen und entsprechender Berücksichtigung, sowie Auswirkungen auf die Waldbesitzenden geäußert. Es wird auf die BE-ID 1225, 1224, 1230 und 1118 der ersten Abwägungssynopse verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: <b>45</b>	Stellungnahme-ID: <b>132</b>	BE-ID: <b>304</b>	<b>Privat</b>
Dokument:			Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Dies vorausgeschickt, sind noch folgende allgemeine Anmerkungen zu machen.

Nach § 2 Nr. 2 NROG sollen die verdichteten und die ländlichen Regionen gleichrangig zur Entwicklung des ganzen Landes beitragen. Dies kann im Rahmen der Energiewende für den ländlichen Raum nur gelingen, wenn maßgeblich nach vertretbaren und möglichst einheitlichen naturschutzfachlichen Maßstäben auf Bundes- und Landesebene und im Übrigen nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geeignete Windkraftstandorte und PV – Standorte im Wald genutzt werden können. Für den Landkreis Northeim ist das vollumfängliche Ausschöpfen des Potentials der Windenergie über Wald im Integrierten Klimakonzept aufzunehmen.

Bei einer durchschnittlichen WEA mit 10 Mio. kWh/a erzielt man 4.000 t CO<sub>2</sub> Ersparnis, bei einer ganz neuen höheren WEA mit 20 Mio. kWh/a können 8.000 t/a eingespart werden. Ein Wald bindet etwa 8-12t CO<sub>2</sub>/ha/a im Durchschnitt. Eine WEA bindet etwa bis zu 1.000 mal mehr CO<sub>2</sub> (bei heutigem Strommix) als 1 ha Wald. Bei Errichtung einer Windenergieanlage im Wald wird aber erfahrungsgemäß nur 0,5 ha Wald verdrängt. Somit bindet die Windenergieanlage 2.000 mal mehr CO<sub>2</sub> als der von ihr verdrängte Wald. Unterstellt man, dass der erzeugte Strom in den Bereichen Wärme und Verkehr zum Betrieb von E-Autos und Wärmepumpen verwendet wird, dann „bindet“ dieses System bis zu 4.000 mal mehr CO<sub>2</sub> als der verdrängte Wald.

Im Landkreis Northeim sind die windhöffigen Bergkuppen regelmäßig bewaldet. Diese Standorte versprechen – bei Nutzung des gleichen Anlagentyps und entsprechend der gleichen Beanspruchung von Ressourcen – einen um rund 70 % höheren Energieertrag gegenüber den bisher fokussierten Gebieten der Tallagen um Einbeck oder im Leinetal. Zwar ist aufgrund der besonderen Ausgestaltung des EEG ein wirtschaftlicher Anlagenbetrieb auch in diesen Tallagen möglich; um die gleichen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen in diesen Tallagen aber 70 % mehr Windenergieanlagen errichtet werden, als es bei einer Nutzung der

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

windhöffigen Waldstandorte erforderlich wäre. Der Verzicht auf die Waldstandorte ist verbunden mit einer Verschwendung von Ressourcen und einer vermeidbaren Belastung für die Anwohner.

Wälder eignen sich für die Windenergie auch, weil sie meist siedlungsferner sind (Einhaltung von relativ großen Schutzabständen zu Siedlungen / Anwohnenden) und die Bäume ermöglichen eine Sichtverschattung und einen Schallschutz im näheren Umfeld.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Das Integrierte Klimaschutzkonzept ist nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des RROP. Unabhängig von dem im landkreisweiten Planungskonzept zur Windenergie berücksichtigten Kriteriums der Windhöffigkeit stehen weiträumige Waldgebiete des Landkreises Northeim aufgrund der aktuell geltenden Rechtslage und verpflichtenden Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 weiträumig nicht für eine Windenergienutzung zur Verfügung. Die Vorranggebiete Wald des LROP 2022 sind rechtlich bindend, endabgewogen und unterliegen nicht der Abwägung durch den Regionalplanungsträger. Dieser Sachverhalt steht somit nicht im Ermessensspielraum des Regionalplanungsträgers. Die Einwendung enthält keine planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Es wird auf die BE-ID 1129 der Abwägungssynopse des ersten Beteiligungsverfahrens verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **23**    Stellungnahme-ID: **28**    BE-ID: **26**    **Ericsson**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten.

Für ein allgemeines Raumordnungsprogramm können wir Ihnen leider keine Beeinflussung von Richtfunkstrecken nennen.

Um eine qualitativ hochwertige Betrachtung zur Beeinflussung von Richtfunkstrecken liefern zu können, bitten wir Sie, nach Vorliegen konkreter Planungen, uns diese Planungsunterlagen zuzusenden.

Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson – Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom.

Bitte richten Sie Ihre Anfragen (Ericsson und Deutsche Telekom) ausschließlich per Email an die: [Inhalt anonymisiert]

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, die angegebene E-Mail-Adresse ist bereits im Verteiler hinterlegt.

---

Stellungnehmer-ID: **33**    Stellungnahme-ID: **36**    BE-ID: **38**    **Nowega GmbH**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Von dem Vorhaben sind bekanntlich nachfolgende Anlagen der Nowega GmbH betroffen: Gashochdruckleitung [Inhalt anonymisiert]

Unsere Stellungnahme vom 13.10.2023 (Az.: N2023-1012-1) im bisherigen Verfahren möchten wir dahingehend ergänzen, dass die Rundverfügung 4.45 des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie – LBEG zwischenzeitlich in einer neuen Version vom 04.02.2025 vorliegt. Darüber hinaus ergeben sich für den zweiten Entwurf 2025 des Regionalen Raumordnungsprogramms keine neuen Anregungen oder Bedenken.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Für eine möglichst effiziente Bearbeitung Ihrer behördlichen Planungsanfragen sowie Beteiligungsverfahren bitten wir Sie, diese ab sofort über das kostenlose Onlineportal BIL Leitungsauskunft einzustellen. Auch Sie profitieren von einem vollständig digitalen und auf behördliche Bedürfnisse angepassten Workflow.

Unter folgender URL ist das Portal für Sie ab erreichbar:

[Inhalt anonymisiert]

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Weitere Informationen zum BIL-Prozess finden Sie in der Anlage „Boarding Pass Behörde“ zu dieser Stellungnahme. Und BIL unterstützt Sie bei Bedarf jederzeit gerne bei der Integration Ihrer eigenen Beteiligungsportale.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (siehe BE-ID 41 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden. Die aktualisierte Rundverfügung wird zur Kenntnis genommen.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **228**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

1. Hinweise und Anregungen der obersten Landesbehörden

1.A Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Belange der obersten Landesplanungsbehörde

Grundsätzliches

Ich weise zunächst darauf hin, dass sich eine Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) im Verfahren befindet. Die Bekanntgabe der allgemeinen Planungsabsichten erfolgte am 02.08.2023 im Niedersächsischen Ministerialblatt Nr. 28. Am 09.04.2025 wurden im Niedersächsischen Ministerialblatt (Nds. MBl. Nr. 157/2025) die Auslegung und die Beteiligung zum LROP-Entwurf öffentlich bekannt gemacht. Soweit in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung vorliegen, sind sie gemäß § 4 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG) zu berücksichtigen. Das RROP darf gem. § 5 Abs. 3 Sätze 7 und 8 NROG ohne Umsetzung der Planungsaufträge sowie ohne Anpassung an Ziele und Grundätze des LROP, soweit der Raumordnungsplan keine Ziele, die mit den Zielen des LROP unvereinbar sind, festlegt, abgeschlossen werden, wenn die Genehmigung bis zum 31.12.2027 beim ArL beantragt wird. Für die Genehmigung des RROP gilt die zum Genehmigungszeitpunkt geltende LROP-Fassung.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Im Entwurf des RROP wird auf die rechtsgültige Fassung des LROP von 2022 abgestellt und das LROP-Änderungsverfahren bei den Planungen angemessen berücksichtigt. Eine Beantragung der Genehmigung beim ArL bis zum 31.12.2027 ist vorgesehen. Es resultiert im Ergebnis kein Anpassungsbedarf aus dem vorgebrachten Einwand.

---

Stellungnehmer-ID: **125**    Stellungnahme-ID: **145**    BE-ID: **363**    **Deutsche Bahn AG - DB Immobilien**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Konkrete Planungen und Vorhaben in der Nähe von Bahnanlagen sind uns zwingend erneut zur Prüfung und Stellungnahme vorzulegen.

Wir behalten uns weitere Auflagen und Bedingungen vor.

Wir bitten Sie uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die weitere Beteiligung im RROP - Verfahren wird gewährleistet.

---

Stellungnehmer-ID: **44**    Stellungnahme-ID: **71**    BE-ID: **79**    **PLEDOC**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Tabelle der betroffenen Anlagen:

[TABELLE der betroffenen Anlagen, s. Karte und Anhang]

von der [Name anonymisiert], [Ort anonymisiert], sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt. [Name anonymisiert] ist Eigentümerin eines deutschlandweiten Kabelschutzrohr(KSR)-Anlagennetzes mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-Kabeln in welchem zu öffentlichen Zwecken dienende Telekommunikationslinien betrieben werden. Ihr wurde gem. § 125 Abs. 2 TKG durch die Bundesnetzagentur die Berechtigung übertragen öffentlich gewidmete Verkehrswege unentgeltlich zu nutzen.

Unabhängig davon, ob es sich bei den aufgeführten Kabelschutzrohranlagen um eine oder mehrere Kabelschutzrohranlagen handelt, bezeichnen wir diese nachfolgend als KSR-Anlage.

Die Trassenführung der KSR-Anlage ist aus den Planunterlagen zu entnehmen. Berücksichtigen Sie bitte das Merkblatt zur Dokumentation.

[Name anonymisiert] gibt i.d.R. keine digitalen Daten an Dritte heraus.

Mithilfe der Koordinaten an den Tangentenschnittpunkten (TS-Punkten) oder Leitungspunkten (LP) in den beiliegenden Bestandsplänen ist eine sehr präzise Übernahme der LWL-Trasse in CAD-Systeme möglich. In Ausnahmefällen liegen allerdings keine Koordinaten vor.

Mit unserem Schreiben 20231001629 haben wir bereits folgende Aussagen abgegeben, die nach wie vor Gültigkeit haben und zu beachten sind:

Wir bitten Sie, die KSR-Anlage nachrichtlich in den Regionalplan zu übernehmen, im Erläuterungsbericht entsprechend zu erwähnen und in der Legende zu erläutern.

Wir gehen davon aus, dass der Bestandsschutz der KSR-Anlage gewährleistet ist und sich durch die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms keinerlei Nachteile für den Bestand und den Betrieb der KSR-Anlage sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben.

Zur Vermeidung von Anpassungsmaßnahmen an der KSR-Anlage ist zu berücksichtigen, dass bei den nachgelagerten Planverfahren (Bauleitplanung/Fachplanung) alle Details, die Einfluss auf den Bestand und den Betrieb der KSR-Anlage haben, mit uns abzustimmen sind.

Wir weisen darauf hin, dass gemäß unseren Unterlagen in dem von Ihnen angefragten Bereich eine Produktenleitung / Kabelschutzrohranlage verläuft, die von nachfolgender Gesellschaft beauskunftet wird:

[Name anonymisiert] Schutzstreifentrasse in Zuständigkeit der AVACON AG [Adresse anonymisiert] <> [Name anonymisiert] Schutzstreifentrasse in Zuständigkeit der Nowega GmbH – <https://portal.bil-leitungsauskunft.de/>

Anlagen

Planunterlagen

[Übersichtskarte Zuständigkeit und Fremdtrassen, Bestandslagepläne]

## Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Der vorgebrachte Einwand ist inhaltlich identisch mit dem im 1. Beteiligungsverfahren zum RROP-Entwurf vorgebrachten Einwand (s. Stellungnahme-ID 94, BE-ID 237 und 1197 der Abwägungssynopse zum 1. Beteiligungsverfahren). Die genannten Unternehmen Avacon AG und Nowega GmbH wurden sowohl im 1. als auch im 2. Beteiligungsverfahren beteiligt.

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **157**    BE-ID: **391**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**  
Dokument:    Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Eingabe einer Stellungnahme zum 2. RROP - Entwurf des Landkreises Northeim und weisen darauf hin, dass unsere Eingaben vom 24. November 2023 weiterhin uneingeschränkt ihre Gültigkeit haben. Bislang wurden von Ihnen keine ausreichenden wissenschaftlich fundierten Untersuchungen/Gutachten vorgelegt – etwa zur Erforderlichkeit einer großräumigen Ausweisung eines Biotopverbundes –, so dass wir an den bisherigen Ausführungen festhalten. Dass sich die Ausweisung eines Biotopverbundes z.B. auf mögliche potenzielle Vorkommen ohne den Nachweis konkreter Arten stützt, stellt keine ausreichende Begründung dar. Dies gilt ebenso für das Vorranggebiet „Wald/Historisch alte Waldstandorte“, dessen ökologische Wertigkeit erst durch aktuelle Nachweise belegt werden muss und nicht allein auf Grundlage historischer Karten angenommen werden kann. Auch in der Begründung zum RROP- Entwurf auf Seite 388 ist zu den FFH und Vogelschutzgebieten ausgeführt: Aufgrund ihrer besonderen Schutzwürdigkeit werden die Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete pauschal als Tabuzone berücksichtigt, auch wenn insbesondere für die großflächigen Schutzgebiete keine abschließende Aussage dazu möglich ist, dass alle der einbezogenen Flächen für den angestrebten Schutzzweck essentiell sind. Sie sollen aber der Windenergienutzung wegen ihrer Bedeutung für den Erhalt der biologischen Vielfalt und für den Schutz eines regionalen und überregionalen Biotopverbundes nicht zur Verfügung stehen.

Mit Interesse sehen wir Ihren Unterlagen / Gutachten entgegen, die eine transparente Abwägung der ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Hinblick auf deren naturschutzmotivierte Ausweisung aufzeigen.

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Der Regionalplanungsträger ist zur Ausweisung der genannten Gebietskategorien sowie zur Übernahme aus dem LROP 2022 verpflichtet. Vorranggebiete Wald stehen nach aktuell geltender Rechtslage für eine Windenergienutzung nicht zur Verfügung. Die Ausführungen in der Begründung der Gebiete und festgelegten Tabuzonen für die Windenergienutzung werden für ausreichend und nachvollziehbar erachtet. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: 112    Stellungnahme-ID: 131    BE-ID: 369    **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest) - Außenstelle Bad Gandersheim**

Dokument:    Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Wir bitten um eine weitere Beteiligung im Verfahren, sofern sich eine Betroffenheit unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen ergeben kann.

### Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: 121    Stellungnahme-ID: 141    BE-ID: 429    **Niedersächsische Landesforsten Forstamt Neuhaus**

Dokument:    Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Anlage Erläuterungskarten

Die Erläuterungskarten haben leider eine sehr schlechte Auflösung, sodass das Bild beim Hineinzoomen schnell „verpixelt“ und genaue Grenzverläufe schwer ersichtlich werden. Für eine Detailprüfung wäre eine höhere Auflösung im nächsten Entwurf wünschenswert.

### Abwägung:

*Wird nicht gefolgt*

Der Einwender nennt nicht, über welchen Zugang die Unterlagen gesichtet wurden. Die Kritik kann nach Sichtung der Unterlagen nicht nachvollzogen werden und wird zurückgewiesen. Die Unterlagen zum zweiten RROP-Entwurf waren digital u. a. über die Homepage des Landkreises Northeim sowie über die Beteiligungsplattform einsehbar. Aus Gründen der Performance waren die Unterlagen z. T. in zweifacher Form - hochaufgelöste Originalgröße sowie Größenreduziert - bereitgestellt. Zudem konnten die Unterlagen im Kreishaus eingesehen werden. Dem Regionalplanungsträger ist kein entsprechender eingegangener Hinweis im Verlauf des Beteiligungsverfahrens bekannt.

---

Stellungnehmer-ID: 40    Stellungnahme-ID: 42    BE-ID: 48    **TenneT TSO GmbH**

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Für Rückfragen zu unserer Stellungnahme wenden Sie sich bitte ausschließlich an die im beigefügten Schreiben genannten Kontaktdaten. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die Stellungnahmen zu Anfragen im Bereich der Fremd- und Bauleitplanung ausschließlich digital (per E-Mail) versandt werden. Für Sie zur Info: Ab sofort sind Anfragen über den Leitungsbestand der TenneT auch über das BIL Portal möglich. Warum BIL? Das BIL-Portal ist ein kostenloser Auskunftsdienst der Betreibergemeinschaft aller Versorgungssparten. Eine Anfrage wird automatisch an alle im BIL-Portal vertretenen und betroffenen Netzbetreiber geleitet – so werden über 120 Betreiber mit einer Anfrage erreicht. Hier der Link zum BIL Portal: [Web-Adresse anonymisiert]

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 19      Stellungnahme-ID: 24      BE-ID: 9      **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Folgende Punkte bitte ich zu beachten:

1. Die Nutzung und Benutzung von Bundeswasserstraßen ist im Bundeswasserstraßengesetz und den dieses Gesetz ergänzenden Vorschriften abschließend geregelt. Die Grenze der Raum-/Regionalplanung sollte so gezogen werden, dass die Bundeswasserstraßen außerhalb der Plangebiete liegen.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (sh. BE-ID 31 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---

Stellungnehmer-ID: 18      Stellungnahme-ID: 23      BE-ID: 14      **Amprion GmbH**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, es sind weitere für die Versorgungsleitungen zuständige Unternehmen am Verfahren beteiligt.

---

Stellungnehmer-ID: 20      Stellungnahme-ID: 25      BE-ID: 16      **Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dez 42**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Für die Hindernisfreiflächen des Sonderlandeplatzes für Luftsportgeräte Hoppensen wenden Sie sich an den Deutschen Aero Club e.V. Dieser führt die Aufsicht über diesen Flugplatz.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Der Deutschen Aero Club e.V. wurde am Verfahren beteiligt.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **59**      Stellungnahme-ID: **74**      BE-ID: **83**      **Landkreis Höxter**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### Einwendung:

ich bedanke mich für die Beteiligung im Verfahren zum Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Northeim. Seitens des Kreises Höxter bestehen keine Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf. Der Hinweis der unteren Naturschutzbehörde im vorangegangenen Beteiligungsverfahren zur Berücksichtigung des FFH-Gebietes DE4322-303 "Hannoversche Klippen" an der Landkreisgrenze in Würgassen wurde in der aktuellen Abwägung unter Stellungnehmer-ID: 169, Stellungnahme-ID: 104, BE-ID: 193 aufgenommen. Demnach wird der Hinweis im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung erneut geprüft. Das Natura 2000-Gebiet "Hannoversche Klippen" wird in die FFH-Verträglichkeitsprüfung der SUP aufgenommen und entsprechende Ausführungen werden ergänzt. Dies wird dankend zur Kenntnis genommen. Weitere, im Grenzbereich an den Kreis Höxter zu erkennende Betroffenheiten sind nicht gegeben.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **17**      Stellungnahme-ID: **22**      BE-ID: **6**      **Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Wie ich Ihnen bereits in meinem Schreiben vom 25.09.2023 mitgeteilt habe, bitte ich Sie nochmals zu unserer beiderseitigen Verwaltungsvereinfachung, verbindlich die Anschrift: Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Am Probsthof 51, 53121 Bonn [Inhalt anonymisiert] zu streichen – vorab vielen Dank!

### Abwägung:

Wird teilweise / sinngemäß gefolgt

Auf Hinweis der oberen Landesplanungsbehörde und Genehmigungsbehörde des RROP vom 28.10.2020 in Bezug auf die Aktualität der Ausführungen unter Nr. 2.3.2.2 der VV-NROG/ROG – RROP von 2018 soll die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt bei jeder Planneuaufstellung sowie -fortschreibung der RROP beteiligt werden. Daher ist die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt im Nachgang der ersten öffentlichen Beteiligung zum ersten RROP-Entwurf des Landkreises Northeim erneut in den Verteiler zur zweiten öffentlichen Beteiligung aufgenommen worden. Die Forderung nach der Streichung des Beteiligten wird unter diesen Gegebenheiten erneut geprüft.

---

Stellungnehmer-ID: **65**      Stellungnahme-ID: **80**      BE-ID: **90**      **Deutscher Wetterdienst**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. a. Vorhaben. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **45**      Stellungnahme-ID: **132**      BE-ID: **339**      **Privat**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Darüber hinaus verweise ich auf ergänzende Hinweise und Eingaben des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen e.V. in seiner Stellungnahme.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen



Stellungnehmer-ID: **39**      Stellungnahme-ID: **157**      BE-ID: **415**      **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## **Einwendung:**

Einzufügen: 7.

Das Potenzial von Waldflächen für Windenergie wird ausgeschöpft. Windenergieanlagen (WEA) im Wald leisten einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und versorgen die regionalen Stromnetze.

Für Höchstspannungsleitungen wird eine Ausnahme vom VR Wald im LROP 3.2.1 -04 mit der Begründung in Teil B, S. 29 aufgenommen: Übertragungsnetzausbau ist ein zwingend notwendiger Schritt, der den Ausbau der erneuerbaren Energien begleitet.

Damit leistet er einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Netzstabilität in Deutschland. Neben dem Netzausbau ist aber auch die regenerative Erzeugung von Strom von Bedeutung und das dezentral.

Windenergie über Wald leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz und versorgt die regionalen Stromnetze, für die es in absehbarer Zeit große Speicheranlagen geben wird. Also auch hier ist eine allgemeingültige Ausnahme aufzunehmen.

Begründung in Teil B, S. 29 Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) soll zur Beschleunigung des Ausbaus der länder- und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beitragen, die aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind (§ 1 NABEG).

Ein überragendes öffentliches Interesse besteht ebenfalls an einer dezentralen Versorgungssicherheit, bezahlbaren Energiepreisen und verlässlichen Rahmenbedingungen durch WEA im Wald!

§ 2 EEG. Begründung in Teil B, S. 29: Um zu vermeiden, dass Vorranggebiete Wald eine unüberwindbare Barriere für Netzausbauprojekte nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz darstellen, ist für diese eine entsprechende Ausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG erforderlich.

Es sollte kein Vorranggebiet Wald festgelegt, sondern es sollten die Potentiale genutzt werden.

Ziel der Raumordnung muss der Ausbau der Windenergie über Wald sein. Die Festlegung von Vorranggebieten Wald ist zu streichen. Unsere enggestrickte solide Bundes- und Landeswaldgesetzgebung enthält bereits klare Maßgaben zum Walderhalt, es bedarf keiner weiteren Regulierung. Zu bedenken ist auch, dass ein Vorranggebiet Wald der Entwicklung von Mooren entgegensteht.

## **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Es handelt sich um eine bereits in ähnlichem Wortlaut und inhaltlich vergleichbar vorgebrachte Einwendung, für die Abwägung sh. BE-ID 189 dieser Abwägungssynopse.

Stellungnehmer-ID: **42**      Stellungnahme-ID: **44**      BE-ID: **45**      **Landwirtschaftskammer**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## **Einwendung:**

im o. a. Neuaufstellungsverfahren für das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Northeim hatten wir uns mit Stellungnahme vom 09.11.2023 im Rahmen der ersten Beteiligungsverfahren bereits zu dem Planungsvorhaben geäußert.

Wir verweisen auf unsere o. a. Stellungnahme. Weitere Hinweise oder Anregungen werden nicht abgegeben.

## **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

Die Hinweise aus der Stgn. vom 09.11.2023 sind im Rahmen der Überarbeitung des ersten RROP-Entwurfs bereits vollständig berücksichtigt (s. BE-ID 123 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: **16**      Stellungnahme-ID: **21**      BE-ID: **2**      **Bundesnetzagentur**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Bitte beachten Sie die Zuständigkeitstrennung bei der Bundesnetzagentur.

Für Planungs- oder Genehmigungsverfahren:

Zukünftig richten Sie bitte Ihre Anfragen zu Planungs- oder Genehmigungsverfahren an die zuständige Stelle unter folgender Adresse:

Bundesnetzagentur, Referat 814, Postfach 80 01, 53105 Bonn oder

unter der E-Mail-Adresse: [Inhalt anonymisiert]

Weitere Information entnehmen Sie bitte dem Link unter: [www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligen/VerfahrenDritter/de](http://www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligen/VerfahrenDritter/de)

## Abwägung:

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Der Verteiler wird entsprechend geändert. Die angegebene Mailadresse ist bereits beteiligt.

---

Stellungnehmer-ID: **15**    Stellungnahme-ID: **106**    BE-ID: **288**    **Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr**

Dokument:    Gliederungspunkt:

## Einwendung:

mit E-Mail vom 12.03.2025 geben Sie mir die Möglichkeit, Hinweise und Anregungen zum 2. Entwurf des RROPs für den Landkreis Northeim hervorzubringen. Dies ist eine gesammelte Stellungnahme des zentralen Geschäftsbereichs (Dezernat 22) sowie des regionalen Geschäftsbereichs Gandersheim der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV).

## Abwägung:

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **190**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:    Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Einzufügen: 8. In waldarmen Teilräumen sollen Waldflächen vergrößert und der Waldanteil erhöht werden.

Zu streichen: 07 [durchgestrichen] 5In waldreichen Teilräumen sollen die für die Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt bedeutsamen Freiflächen von Aufforstungen freigehalten werden. [durchgestrichen]

Anmerkung: Entscheidet sich der Eigentümer für eine Aufforstung, ist dieses, auch in Anbetracht des übergeordneten Klimaschutzes, zu genehmigen.

## Abwägung:

*Kann nicht gefolgt werden*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) erfolgt (s. LROP-Abschnitt 3.2.1 Ziffer 05 ) und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

---

Stellungnehmer-ID: **39**    Stellungnahme-ID: **91**    BE-ID: **189**    **Waldbesitzerverband Niedersachsen**

Dokument:    Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Einzufügen: 7.

Das Potenzial von Waldflächen für Windenergie wird ausgeschöpft. Windenergieanlagen (WEA) im Wald leisten einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und versorgen die regionalen Stromnetze.

Für Höchstspannungsleitungen wird eine Ausnahme vom VR Wald im LROP 3.2.1 -04 mit der Begründung in Teil B, S. 29 aufgenommen: Übertragungsnetzausbau ist ein zwingend notwendiger Schritt, der den Ausbau der erneuerbaren Energien begleitet.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Damit leistet er einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Netzstabilität in Deutschland. Neben dem Netzausbau ist aber auch die regenerative Erzeugung von Strom von Bedeutung und das dezentral.

Windenergie über Wald leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz und versorgt die regionalen Stromnetze, für die es in absehbarer Zeit große Speicheranlagen geben wird. Also auch hier ist eine allgemeingültige Ausnahme aufzunehmen.

Begründung in Teil B, S. 29 Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) soll zur Beschleunigung des Ausbaus der länder- und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beitragen, die aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind (§ 1 NABEG).

Ein überragendes öffentliches Interesse besteht ebenfalls an einer dezentralen Versorgungssicherheit, bezahlbaren Energiepreisen und verlässlichen Rahmenbedingungen durch WEA im Wald! § 2 EEG.

Begründung in Teil B, S. 29: Um zu vermeiden, dass Vorranggebiete Wald eine unüberwindbare Barriere für Netzausbauprojekte nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz darstellen, ist für diese eine entsprechende Ausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG erforderlich.

Es sollte kein Vorranggebiet Wald festgelegt, sondern es sollten die Potentiale genutzt werden.

Ziel der Raumordnung muss der Ausbau der Windenergie über Wald sein. Die Festlegung von Vorranggebieten Wald ist zu streichen. Unsere enggestrickte solide Bundes- und Landeswaldgesetzgebung enthält bereits klare Maßgaben zum Walderhalt, es bedarf keiner weiteren Regulierung. Zu bedenken ist auch, dass ein Vorranggebiet Wald der Entwicklung von Mooren entgegensteht.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die angesprochene Festlegung ist vom Land Niedersachsen im Landes-Raumordnungsprogramm erfolgt und nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens. Der Regionalplanungsträger ist zur Übernahme der Vorranggebiete Wald des LROP 2022 als Vorranggebiete Wald im RROP verpflichtet. Windenergieanlagen sind nach aktuell geltender Rechtslage im Vorranggebiet Wald nicht zulassungsfähig.

Die Einwendung wurde bereits in ähnlicher Form im ersten Beteiligungsverfahren zum RROP vorgebracht, es wird auf die BE-ID 1125 und entsprechende Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **120**    Stellungnahme-ID: **140**    BE-ID: **387**    **Bundesinstitut für Bau-,Stadt- und Raumforschung**

Dokument:    *Gliederungspunkt:*

### **Einwendung:**

Bereits im ersten Beteiligungsverfahren im November 2023 hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) Stellung zu den Ausführungen des Raumordnungsprogrammmentwurfs für den Landkreis Northeim hinsichtlich des (vorbeugenden) Hochwasserschutzes bezogen.

Als für den Vollzug des Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) zuständige Stelle wurden durch das BBSR im ersten Beteiligungsverfahren konkrete Empfehlungen und Anregungen zur Umsetzung einer adäquaten Hochwasservorsorge eingebracht. Mit dem zweiten Entwurf des RROP wurden bereits angeregte Verbesserungsvorschläge im Sinne der Bundesraumordnung aufgenommen. Der Plangeber hat sich augenscheinlich intensiv mit den eingebrachten Anregungen der Bundesraumordnung beschäftigt. Dennoch wird für einige Punkte ein weiter Verbesserungsbedarf gesehen, den wir in unserer zweiten Stellungnahme konkretisieren.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **105**    Stellungnahme-ID: **124**    BE-ID: **204**    **Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - Dez. Binnenfischerei**

Dokument:    *Gliederungspunkt:*

### **Einwendung:**

Um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Die weitere Beteiligung im RROP - Verfahren wird gewährleistet.

---

Stellungnehmer-ID: **76**    Stellungnahme-ID: **92**    BE-ID: **159**    **Stadt Einbeck**

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Dokument: Gliederungspunkt:

Einwendung:

Den Inhalten dieses Schreibens wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Einbeck am 14.05.2025 zugestimmt. Der Beschluss des Rates aus der Sitzung vom 18.06.2025 wird nachgereicht.

Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 276    Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: Gliederungspunkt:

Einwendung:

Hinweise der Flurbereinigung (Teildezernat 4.2) des ArL Braunschweig

Der RROP-Entwurf adressiert verschiedene Raumnutzungsansprüche. Es wird darauf hingewiesen, dass die Flurbereinigung ein wichtiges Instrument zur Lösung von Landnutzungskonflikten im ländlichen Raum darstellt. Sie kann dazu beitragen, Maßnahmen des Naturschutzes, des Hochwasserschutzes, der Infrastruktur oder der Energiewende sozialverträglich und eigentumsschonend umzusetzen und gleichzeitig die Agrarstruktur zu verbessern (Bewältigung von Nutzungskonflikten).

Es wird angeregt, die Flurbereinigung bei der Umsetzung von Zielen und Maßnahmen des RROP, insbesondere bei Projekten mit erheblichem Flächenbedarf oder zur Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen, als mögliche Option zu berücksichtigen und frühzeitig die Abstimmung mit der Flurbereinigungsbehörde zu suchen.

Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer-ID: 76    Stellungnahme-ID: 92    BE-ID: 154    Stadt Einbeck

Dokument: Gliederungspunkt:

Einwendung:

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes für den Landkreis Northeim (RROP), 2. Entwurf; hier: Stellungnahme der Stadt Einbeck

der Landkreis Northeim hat die Stadt Einbeck zur Neuaufstellung seines Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) beteiligt und um Abgabe einer Stellungnahme zum 2. Entwurf gebeten.

Vorangestellt wird, dass die seitens der Stadt Einbeck im Schreiben vom 23.11.2023 zum 1. Entwurf vorgetragenen Bedenken, Anregungen und Hinweise zu den Themen Windenergie, Siedlungsentwicklung/Zentrale Siedlungsentwicklung/Zentrale Orte, Einzelhandel/Grundzentraler und Mittelzentraler Kongruenzraum, Standorte mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung und Fremdenverkehr (F), Land- und Forstwirtschaft, Verkehr und Tourismus an dieser Stelle nicht wiederholt werden, da diese durch den Landkreis im Rahmen seiner aufgestellten Synopse bereits abgewogen und bei dem nicht öffentlichen Termin am 24.01.2025 erörtert wurden.

Ungeachtet dessen wird unter Beteiligung der verwaltungsinternen Sachgebiete zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des RROP Folgendes ausgeführt, wobei zu beachten ist, dass eigenständige Stellungnahmen von Ortsräten bzw. OrtsvorsteherInnen nicht vorlagen:

Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer-ID: 117    Stellungnahme-ID: 137    BE-ID: 279    Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2

Dokument: Gliederungspunkt:

Einwendung:

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

### Abschließende Hinweise

Generell hat der Raumordnungsplan zum Zeitpunkt der Genehmigung den aktuell gültigen Rechtsrahmen zu Grunde zu legen. Insofern sind alle im Regionalen Raumordnungsprogramm sowie seinen Anlagen genannten rechtlichen Grundlagen fortlaufend auf Aktualität zu überprüfen und ggf. anzupassen.

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **15**    Stellungnahme-ID: **106**    BE-ID: **291**    **Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

Ich bitte um weitere Beteiligung des zentralen Geschäftsbereichs in Hannover (Dezernat 22 – Planung und Umweltmanagement ([Inhalt anonymisiert] ) und Dezernat 42 – Luftverkehr ([Inhalt anonymisiert] )), sowie des regionalen Geschäftsbereichs Bad Gandersheim ([Inhalt anonymisiert] ) im Verfahren, vielen Dank!

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Die weitere Beteiligung im RROP - Verfahren wird gewährleistet.

---

Stellungnehmer-ID: **117**    Stellungnahme-ID: **137**    BE-ID: **227**    **Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig - Dezernat 2**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen zum Beteiligungsverfahren (2. Offenlage) für die Neuaufstellung Ihres RROP gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG). Für die Bearbeitung des Entwurfs Ihres RROP gebe ich die nachfolgenden Hinweise und Anregungen in Bezug auf die zu vertretenden Belange der obersten Landesbehörden sowie des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig (ArL BS).

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass diese Stellungnahme nicht den Zweck einer umfassenden Prüfung des Entwurfs bzgl. der Genehmigungsvoraussetzungen verfolgt. Dies bleibt ausschließlich dem späteren Genehmigungsverfahren vorbehalten. Meine Stellungnahme gliedert sich in folgende drei Abschnitte:

1. Hinweise und Anregungen der obersten Landesbehörden
2. Genehmigungsrelevante Aspekte aus der Sicht der oberen Landesplanungsbehörde
3. Sonstige Hinweise aus Sicht der oberen Landesplanungsbehörde

### Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **99**    Stellungnahme-ID: **117**    BE-ID: **175**    **Landkreis Holzminden**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### Einwendung:

2.66 Umwelt- und Naturschutz

Untere Abfallbehörde:

Gemäß der hier zu vertretenden Aspekte bestehen keine Bedenken.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Untere Bodenschutzbehörde:

Gemäß der hier zu vertretenden Aspekte bestehen keine Bedenken.

Untere Naturschutzbehörde:

Auf die Abgabe einer Stellungnahme wurde verzichtet.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **45**    Stellungnahme-ID: **132**    BE-ID: **309**    **Privat**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Nutzungsmöglichkeiten im Wald wie z.B. Tiny -Häuser für den Tourismus und die Erholung dürfen nicht durch Vorranggebiete, Vorbehaltsgebiete Wald etc. (Ausnahme NSG, LRT NATURA 2000) ausgeschlossen werden. Ebenso darf Windenergie im Wald nicht durch Vorranggebiete Wald oder andere Vorranggebiete (Ausnahme NSG, LRT NATURA 2000) ausgeschlossen werden. Eine Tabuisierung im LROP wie im RROP, ohne den Schutzzweck klar auszuführen und ohne Abwägung der Interessen des Gemeinwohls/öffentlicher Belange wird abgelehnt. Sozioökonomische Kriterien sind zu berücksichtigen!

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Es handelt sich um eine Wiederholung bereits im ersten Beteiligungsverfahren vorgebrachter Einwendungen, für die Abwägung wird an der unter BE-ID 1126 des ersten Beteiligungsverfahrens dokumentierten inhaltlichen Auseinandersetzung festgehalten.

---

Stellungnehmer-ID: **19**    Stellungnahme-ID: **24**    BE-ID: **7**    **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

mit Ihren Schreiben vom 11.03.2025 an das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser und der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) gaben Sie der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum o.g. Vorhaben.

Die Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) sind durch die vorgesehenen Maßnahmen in Bezug auf die Bundeswasserstraßen Weser betroffen. Vor diesem Hintergrund wurde die nachfolgende Stellungnahme durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser basierend auf der Abstimmung der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GWDS) erstellt, so dass Sie von dort keine gesonderten Stellungnahmen erhalten.

Bitte streichen Sie für Ihre Regionalplanungen die GDWS (unter: Sonstige Beteiligte) aus Ihrer Adressenliste.

### **Abwägung:**

*Wird teilweise / sinngemäß gefolgt*

Auf Hinweis der oberen Landesplanungsbehörde und Genehmigungsbehörde des RROP vom 28.10.2020 in Bezug auf die Aktualität der Ausführungen unter Nr. 2.3.2.2 der VV-NROG/ROG – RROP von 2018 soll die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt bei jeder Planneuaufstellung sowie -fortschreibung der RROP beteiligt werden. Daher ist die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt im Nachgang der ersten öffentlichen Beteiligung zum ersten RROP-Entwurf des Landkreises Northeim erneut in den Verteiler zur zweiten öffentlichen Beteiligung aufgenommen worden. Die Forderung nach der Streichung des Beteiligten wird unter diesen Gegebenheiten erneut geprüft.

---

Stellungnehmer-ID: **142**    Stellungnahme-ID: **163**    BE-ID: **468**    **Stadt Uslar**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Auszug „Anlage 9“

TOP 4:

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, 2. Öffentlichkeitsbeteiligung

Vorlage: 0493/2025

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

[Name anonymisiert] begrüßt alle Anwesenden und dankt für das zahlreiche Erscheinen, insbesondere auch der Vertreter und Vertreterinnen der Ortsräte.

Er erläutert, dass das RROP sich aus 11 Teilpaketen zusammensetzt, die den gesamten Landkreis betreffen. Der öffentliche Prozess begann am 22.11.2023 mit der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung. Eine dritte Öffentlichkeitsbeteiligung ist für den Sommer 2026 geplant.

"Auszug aus dem Protokoll für den Rat aus der 22. Sitzung am 14.05.2025

Tagesordnungspunkt 8; 0493/2025

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, 2. Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschluss:

Zur Weiterleitung der eingegangenen Hinweise und Anregungen der Kernstadt Uslar, der Ortschaften, der Fraktionen und der Verwaltung zum 2. Entwurf 2025 zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) in Bezug auf die geänderten Teile, die in den Unterlagen kenntlich gemacht sind, 2. Öffentlichkeitsbeteiligung, wird das Einvernehmen der Stadt Uslar erteilt.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst."

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

Stellungnehmer-ID: 107    Stellungnahme-ID: 127    BE-ID: 293    **Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. - vero**

Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. (vero) vertritt die Interessen von rund 700 Unternehmen und Gesellschaften aus allen Zweigen der Baustoff- und Rohstoffindustrie. In über 1.000 Betrieben produzieren unsere Mitgliedsunternehmen Kies, Sand und Naturstein, Quarz, Naturwerksteine, Transportbeton, Asphalt, Betonbauteile, Werkmörtel und Recyclingbaustoffe.

Im Allgemeinen begrüßen wir auch diesen Entwurf sehr. Da es im Vergleich zum ersten Entwurf keine negativen Veränderungen im Bereich der Rohstoffbilanzierung (Bedarfsdeckung) gegeben hat, wird die gemäß Raumordnungsgesetz (ROG) gebotene Versorgungssicherheit für mineralische Rohstoffe, wie z.B. Kies, Sand, Naturstein und Ton, im Planungszeitraum von 20-30 Jahren weiterhin berücksichtigt. Dadurch ist eine langfristige, dezentrale Rohstoffversorgung, um politische Ziele wie z.B. Bau von bezahlbarem Wohnraum, Sanierung von Infrastruktur und Errichtung von Windkraftanlagen zu realisieren, gewährleistet, und der Rohstoffbedarf muss nicht aus entfernten Regionen gedeckt werden. Es wird also eine verbrauchernahe Rohstoffversorgung sichergestellt, wodurch unnötige CO2-Emissionen und eine weitere Verteuerung von öffentlichen und privaten Bauvorhaben vermieden werden.

**Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Stellungnehmer-ID: 126    Stellungnahme-ID: 146    BE-ID: 402    **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Dokument:    Gliederungspunkt:

**Einwendung:**

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen



## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Im Plangebiet verlaufen zahlreiche erdverlegte Hochdruckleitungen. Diese sind in der Örtlichkeit gekennzeichnet und daher für Dritte erkennbar. Das LBEG geht davon aus, dass die Bergbehörde im jeweiligen Einzelfall des Bauvorhabens erneut beteiligt wird. Wir werden dann im Einzelfall auf die Belange Gashochdruckleitungen/Rohrfernleitungen hinweisen.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Regionalplanungsträger erarbeitet das Regionale Raumordnungsprogramm. Nachgelagerte Vorhaben sind im Rahmen der ggf. vorgesehenen Beteiligungsverfahren der notwendigen standortkonkreten Genehmigungsverfahren zu erwarten und unterliegen nicht der Steuerungswirkung und Beteiligungspflicht der Regionalplanung. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen bzw. sind bereits im Verfahren berücksichtigt. Es wird auf die BE-IDs 629, 630 und 624 des ersten Beteiligungsverfahrens zum RROP und entsprechende Abwägung verwiesen.

---

Stellungnehmer-ID: **70**    Stellungnahme-ID: **83**    BE-ID: **102**    **Bezirksregierung Detmold**

Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Gegen die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim bestehen aus Sicht der Bezirksregierung Detmold keine Bedenken.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **84**    Stellungnahme-ID: **101**    BE-ID: **151**    **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe**

Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Die Prüfung des zweiten Entwurfs zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Landkreis Northeim zur Durchführung des erneuten Beteiligungsverfahrens gem. § 9 Abs. 3 ROG hat ergeben, dass Belange des BBK resp. des Schutzes Kritischer Infrastrukturen nicht erkennbar berührt sind.

Von einer weitergehenden Stellungnahme sehe ich daher ab.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

---

Stellungnehmer-ID: **142**    Stellungnahme-ID: **163**    BE-ID: **471**    **Stadt Uslar**

Dokument:    Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

[Name anonymisiert] äußert die Frage, warum angesichts des Raumordnungsprogramms und der Vorgaben zur Flächenversorgung bestehende Beschlüsse, wie etwa die Planvorstellung Wiesenstraße, nicht umgesetzt werden.

[Name anonymisiert] erklärt, dass ein Einzelhandelskonzept für Uslar vorliegt und der zentrale Versorgungsbereich gezielt erweitert wurde, um die ansässigen Unternehmen in der Wiesenstraße zu halten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Bevölkerung weiterhin die Möglichkeit hat, in Uslar einzukaufen. Zudem ist geplant, die Verbindung zwischen der Altstadt und der Wiesenstraße weiter auszubauen."

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise.

## Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, Abwägungssynopse zum zweiten öffentlichen Beteiligungsverfahren

Stellungnehmer-ID: **47**    Stellungnahme-ID: **59**    BE-ID: **55**    **Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Ihre Anfrage vom 11.03.2025 bezüglich der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Northeim, zweites Beteiligungsverfahren für den zweiten Entwurf habe ich erhalten.

Wie auch schon mit Schreiben vom 13.06.2017 mitgeteilt, liegt der gesamte Landkreis Northeim außerhalb von zivilen Flugsicherungseinrichtungen. Weitere Planungen im Zusammenhang mit dem RROP sind dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung daher nicht mehr vorzulegen. Anbei sende ich Ihnen nochmals das Schreiben vom 13.06.2017, sowie den Webtool-Report.

Ich verweise an dieser Stelle auch auf die öffentlich zugängliche 2D Übersichtskarte der Anlagenschutzbereiche unter [https://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz\\_kartentool.html](https://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz_kartentool.html) .

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **53**    Stellungnahme-ID: **64**    BE-ID: **68**    **Fernstraßen-Bundesamt**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Wir bitten um eine weitere Beteiligung im Verfahren, sofern sich eine Betroffenheit unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen ergeben kann.

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **106**    Stellungnahme-ID: **125**    BE-ID: **217**    **Vodafone GmbH Niederlassung Nord**

Dokument:

Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.

In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.

Weiterführende Dokumente:

- Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH
- Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH
- Zeichenerklärung Vodafone GmbH
- Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH

### **Abwägung:**

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: **112**    Stellungnahme-ID: **131**    BE-ID: **364**    **Autobahn GmbH (Niederlassung Nordwest) - Außenstelle Bad Gandersheim**

Dokument:

Gliederungspunkt:

## Einwendung:

Mit Schreiben von 11.03.2025 beteiligte der Landkreis Northeim die Autobahn GmbH des Bundes gemäß § 9 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des RROP.

Das Raumordnungsprogramm umfasst folgende Schwerpunkt:

- Daseinsvorsorgeeinrichtungen
- Biotopverbund
- Rohstoffgewinnung
- Windenergienutzung
- Siedlungs- und Vorsorgestrukturen
- Erholung und Tourismus
- Land und Forstwirtschaft
- Wasserversorgung und Hochwasserschutz

Zum 2. Entwurf nimmt die Autobahn GmbH des Bundes AS Bad Gandersheim wie folgt Stellung:

Für das weitere Verfahren sind die nachfolgenden allgemeinen Hinweise bzgl. anbaurechtlicher Belange zu beachten.

Längs der Bundesautobahnen dürfen nach § 9 Abs. 1 FStrG Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden. Dies gilt gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 FStrG auch entsprechend für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfanges.

Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn bauliche Anlagen längs der BAB in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Dabei können Zustimmungen nach § 9 Abs. 2 FStrG gemäß § 9 Abs. 3 FStrG versagt oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden, soweit dies aufgrund der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der Ausbauabsichten oder der Straßenbaugestaltung nötig ist.

Bei geplanten Bundesfernstraßen gelten die Beschränkungen der Absätze 1 und 2 des § 9 FStrG vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen. Auf § 9a FStrG wird hingewiesen.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

Im RROP wird die Anbauverbotszone nach § 9 FStrG für Bundesstraßen und § 24 NStrG für Landesstraßen berücksichtigt und findet sich entsprechend in der Begründung wieder. Dies wird für die Ebene der Regionalplanung für sachgerecht und ausreichend erachtet.

Im Rahmen nachgelagerter Zulassungsverfahren erfolgt eine maßstabsbedingt konkrete Betrachtung, die nicht Bestandteil dieses Verfahrens ist.

---

Stellungnehmer-ID: 51      Stellungnahme-ID: 62      BE-ID: 58      **Landkreis Kassel**

Dokument:      Gliederungspunkt:

## Einwendung:

unter Bezugnahme auf unsere Stellungnahme vom 09.03.2017 (Az.: PV 16-0059) wird mitgeteilt, dass vom Kreisausschuss des Landkreises Kassel zu o. a. Vorhaben weiterhin keine Anregungen und/oder Hinweise vorgetragen werden.

## Abwägung:

Wird zur Kenntnis genommen

---

Stellungnehmer-ID: 19      Stellungnahme-ID: 24      BE-ID: 11      **Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Weser**

Dokument:      Gliederungspunkt:

### **Einwendung:**

3. Nach § 4, Nr. 4 des Bundesnaturschutzgesetzes ist bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken der See- oder Binnenschifffahrt dienen, die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten („Funktionssicherungsklausel“).

4. Die bestimmungsgemäße Nutzung der Bundeswasserstraße schließt die zugehörigen Betriebsanlagen (z. B. Schleusen, Bauhäfen, Bauhöfe, Sicherheitstore, Pumpwerke (einschl. der zugehörigen Zuleitungskanäle) aber auch Dämme, Betriebswege u. s. w.) mit ein. An den Betriebsanlagen werden regelmäßig und fallweise Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit durchgeführt.

### **Abwägung:**

*Wird zur Kenntnis genommen*

Der Einwand wurde bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum ersten RROP-Entwurf vorgebracht (sh. BE-ID 33 der Abwägungssynopse des 1. Beteiligungsverfahrens).

Nach Überprüfung resultiert aus dem vorgebrachten Einwand im Ergebnis kein Anpassungsbedarf. Die Einwendung enthält keine Hinweise zu geänderten Festlegungen (Präklusionswirkung § 9 Abs. 2 Satz 4 ROG) bzw. planerischen für die Abwägung relevanten Hinweise, die nicht bereits berücksichtigt wurden.

---